

Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend einen Antrag auf Festlegung des Landesvoranschlages 1990 (Beilage 4/1989-XXV.)

Er wurde im Finanzausschuß und im Volkswirtschaftlichen Ausschuß am 6. Dezember beraten. Zum Berichter-

statter wurde der Abgeordnete Fink gewählt.

Ich muß jedoch, bevor wir diesen Tagesordnungspunkt in Angriff nehmen, darüber berichten, daß im Erweiterten Präsidium keine Einigung über eine Redezeitbeschränkung erzielt werden konnte, d.h. also, daß es im Gegensatz zu anderen Jahren heuer keine Redezeitbeschränkung gibt. Eine solche Redezeitbeschränkung zu verfügen wäre mir nur möglich, wenn das Präsidium dem einstimmig zustimmt. Es wird auch keine Beschränkung auf bestimmte Themen geben, wie wir sie in den Jahren zuvor gehabt haben. Trotzdem wird es nicht zu umgehen sein, daß wir in bestimmten Kapiteln die Diskussion in Unterabschnitte gliedern.

Obwohl es keine Redezeitbeschränkung gibt, oder vielleicht gerade deswegen, möchte ich an die Damen und Herren Abgeordneten appellieren, diszipliniert zu diskutieren. Disziplin in der Diskussion kann sicherlich dem Landtag insgesamt nur gut tun. Meiner Meinung nach war die Redezeitbeschränkung deshalb gut und richtig, weil jeder und jede Abgeordnete sich auf das Wesentliche beschränken mußte und dadurch hat die Diskussion, die sich doch über zwei oder drei Tage hinzieht, sicherlich nur gewonnen. Diese Disziplin und Selbstbeschränkung ist auch, wenn die Abgeordneten sich entsprechend verhalten, ohne Redezeitbeschränkung möglich. Ich hoffe also, daß wir in diesem Sinne eine disziplinierte und konzentrierte Diskussion durchführen können. Ich muß aber Disziplin noch in einem anderen Sinne fordern, insbesondere in der Wahl der Ausdrücke und der Worte gerade bei Zwischenrufen. Diesbezüglich haben wir hier im Präsidium ein Problem; man versteht nämlich Zwischenrufe und Zwiegespräche hier viel weniger gut als in den Abgeordnetenbänken. Das haben mir auch die Vizepräsidenten anlässlich der letzten Sitzung des Erweiterten Präsidiums bestätigt. Manche Zwischenrufe in der letzten Landtagssitzung, die ordnungsrufverdächtig waren, habe ich in der Zeitung gelesen und erst nach Überprüfung festgestellt, daß sie tatsächlich gefallen sind. Deshalb ersuche ich auch, sich bei Zwischenrufen und Zwiegesprächen möglichst diszipliniert zu verhalten und ich werde sie auch, gerade was Zwiegespräche anlangt, so bald und so weit es geht, unterbinden. So bitte ich also um Disziplin auch in der Wortwahl, damit ich nicht gezwungen bin, Ordnungsrufe zu erteilen. Nun also zum Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend einen Antrag auf Festlegung des Nachtragsvoranschlags 1990.

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter Abg. Ing. Fink.

Ing. Fink: Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Die Vorarlberger Landesregierung hat gemäß Art. 39 der Landesverfassung den Landesvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1990 dem Landtag vorgelegt. Diese Vorlage mit der Kennnummer Beilage 4 wurde am 22.11.1989 vom Landtag dem Finanzausschuß zur weiteren Beratung zugewiesen und von diesem am 6. Dezember durchdiskutiert unter der Prämisse des

gesetzmäßigen, sparsamen und wirtschaftlichen Handelns. Dabei konnten wir feststellen, daß es wiederum gelungen ist, einen Voranschlag vorzulegen ohne zusätzliche Netto-Neuverschuldung. Der Gesamthaushalt sieht bei den Einnahmen S 7.708.254.000,- und bei den Ausgaben S 7.778.073.000,- vor. Dies ergibt einen Abgang von S 69.819.000,-, zu dessen Bedeckung eine 10%ige Bindung aller Förderungsausgaben mit Ermessenscharakter vorgesehen ist. Eine Auflassung dieser Bindung ist nur mit Regierungsbeschluß möglich. Neben dieser Bindung kann die Gebarung nur dadurch ausgeglichen werden, daß Darlehensaufnahmen von S 40.000.000,- und Rücklagenentnahmen von S 56.844.000,- getätigt werden. Der Voranschlagsrahmen erhöht sich gegenüber dem heurigen Jahr um + 5,89 %. Der Schuldenstand des Landes wird zum 31.12.1990 S 1.148.918.547,- betragen und der Schuldendienst S 84.162.338,- ausmachen. Diese Erhöhung um rund 17 % ist bedingt durch die Erhöhung der Zinssätze auf dem Kapitalmarkt. Diese relativ geringe Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 3.500,-S pro Kopf ermöglicht neben wirtschaftlichen Förderungen auch österreichweit einmalige Wohnbau-, Sozial- sowie Umweltinitiativen und tatsächlich wichtige Vorhaben können dadurch realisiert werden. Die Ausgabenschwerpunkte des Voranschlags 1990 liegen beim Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzbereich bei 306.000.000,-S, bei der Wohnbauförderung mit 1.066.000.000,- S, die Landeskrankenanstalten erfordern 1.037.000.000,-S, die soziale Wohlfahrt 170.000.000,-S, die Land- und Forstwirtschaft wird mit 217.000.000,-S gefördert, die Bildung und Wissenschaft mit 175.000.000,-S und im Landeshochbau sind 220.000.000,-S einschließlich der Leasingfinanzierung vorgesehen. Von der SPÖ wurden im Finanzausschuß 15 Abänderungsanträge eingebracht mit einer Abänderungsausgabensumme von 144.370.000,-S, die zum Teil mehrheitlich modifiziert oder abgelehnt wurden. Die ÖVP-Fraktion brachte einen Antrag ein, eine neue Ausgabensstelle zu eröffnen mit einem Ansatz von 1.000,- S. Der Budgetentwurf 1990 wurde im Finanzausschuß mehrheitlich angenommen mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ. Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, die Generaldebatte zu eröffnen.

Präsident: Ich erteile dem Finanzreferenten Dr. Lins das Wort zur Budgetrede.

Dr. Lins: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte versuchen, da die Redezeitbeschränkung nicht zustande gekommen ist, mit gutem Beispiel voranzugehen (Applaus). Vor fünf Jahren bin ich zum ersten Mal hier gestanden, um einen Voranschlag des Landes Vorarlberg vorzustellen. Fünf Budgets liegen also hinter mir und fünf liegen vor uns. Da ist es wohl richtig, eine Art Bilanz zu ziehen und sich auch kritisch zu fragen: Was ist gelungen und wo ist noch einiges zu tun? Wenn man eine längere Bergtour unternimmt, hat man sich ordentlich vorzubereiten, die Kräfte einzuteilen und die Route richtig zu wählen. Und bei einer ausgiebigen Rast wird man auch den bereits zurückgelegten Weg überdenken, die Aus-

rüstung nochmals prüfen und allenfalls die Wahl des Weges zum geplanten Ziel korrigieren. Nur eines wird man nicht tun, wenn die Tour einigermaßen erfolgreich verlaufen ist, dann wird man das Ziel nicht in Frage stellen. Wir haben jetzt, meine Damen und Herren, diese Pause, diese Rast hinter uns, wenn es auch eine seltsame Pause war, in der besonders hart gearbeitet werden mußte. Denn in der Demokratie werden ja Weg und Ziel letztlich nicht von uns, sondern vom Wähler festgelegt und korrigiert. Diese Entscheidung ist für fünf Jahre wieder gefallen und sie kann und soll als Kritik oder Bestätigung aufgefaßt werden, nur eines darf sie nicht: uns übermütig stimmen oder Standpunkte verhärten. Es gilt ganz schlicht und einfach, den Blick nach vorne zu richten und den Weg wieder unter die Füße zu nehmen. Hoher Landtag! Nach dem großzügigen Ausbau der Riegersburg, die wir heuer besichtigt haben, schrieb Elisabeth Katharina von Galler im Jahre 1653 über das Eingangstor: »Kein Thaller mich nicht reuen thuet, Ich mains dem Vaterland zu guett«. Diesen Satz sollte man über jeden Rechnungsabschluß schreiben können. Ich kann nicht sagen, kein Schilling, der in den letzten fünf Jahren ausgegeben wurde, hätte mich nicht gereut; gelegentlich war das schon der Fall; nur beispielsweise, wenn Broschüren oder anderes Bedrucktes en masse erzeugt und versandt wurden mit der ziemlich sicheren Gewißheit, daß es ohne besondere Wirkung rasch den Weg in die Papierfabrik zurückfinden wird. Aber so im großen und ganzen meine ich, haben wir das Geld in den letzten fünf Jahren vernünftig ausgegeben und richtig auf die verschiedenen Aufgabenbereiche verteilt. Und wenn ich mich recht entsinne, so hat sich auch die Kritik an der Verteilung sehr in Grenzen gehalten. Mancher hätte sich mehr Geld zum Verteilen gewünscht, aber das wäre zu Lasten jenes Grundsatzes gegangen, den wir vor fünf Jahren aufgestellt und konsequent durchgehalten haben: nämlich die Schulden des Landes nicht mehr zu erhöhen, eher abzubauen, Reserven zu bilden für schlechtere Zeiten oder für besondere Aufgaben. Wir haben dieses Ziel erreicht, ein Zwischenziel, und sollten es neuerlich setzen auch für die kommenden fünf Jahre. Zu Beginn der letzten Landtagsperiode am 1.1.1985 hatten wir, daran darf ich erinnern, rund 1,3 Milliarden Schulden (ohne die ASFINAG-Vorfinanzierung). Wir stehen heute bei 1 Milliarde 150 Millionen, also doch um 150 Millionen weniger. Außerdem haben wir aber den Erlös aus dem Verkehr der 20 % VKW-Aktien nicht verbraucht und nicht zur Schuldentilgung verwendet, sondern im Landesentwicklungsfonds gut angelegt und zum Teil noch auf Rücklage. Auch die Dividenden und Genußrechtszahlungen, die die Vorarlberger Illwerke in den letzten Jahren an das Land Vorarlberg geleistet haben, sind nicht (verbraucht worden. Das Budgetvolumen hat sich von 6.455 Millionen (ohne die VIW-Darlehenssache) auf 7.778 Millionen, also um etwa 20% erhöht. Wir haben eine gute Entwicklung im Finanzbereich erreicht durch eine konsequente, sparsame Haushaltspolitik. Und das hat uns andererseits einen sehr erfreulichen Spielraum für Neues geschaffen. Ich darf daran erinnern: Bereits 1985 wurde der Fonds zur Rettung

des Waldes eingeführt und stets mit soviel Mitteln dotiert, daß er all seinen vielfältigen Aufgaben im Bereich der forstwirtschaftlichen Maßnahmen, der Luftreinhaltung, nachkommen konnte. Das Technologie-Transfer - Zentrum wurde seit 1986 aufgebaut, die Familienförderung 1988 eingeführt und 1989 verdoppelt, Betriebszuschüsse für unsere Bauern wurden geschaffen und ganz neu die Pflegezuschüsse ab dem Jahre 1990. Ich meine, das Land Vorarlberg hat gerade mit diesen Maßnahmen gezeigt, daß man stets zu Innovation bereit und fähig ist. In anderen Bundesländern wurden diese Aktionen als beispielhaft angesehen und inzwischen teilweise nachgeahmt. Wir haben aber im Bereich der Finanzen - wie ich meine - auch sonst einiges verbessert: die Förderung der Gemeinden für Kultursäle, für Kleingemeinden, bei der Sozialhilfe, für Dorfentwicklung und anderes wurde neu eingeführt oder erhöht. Wir haben den Finanzkraftschlüssel für die Sozialhilfe gerechter gestaltet, die Waldaufsichtsumlage abgeschafft, die Anzeigenabgabe von 10 auf 7 % reduziert und bei der Kriegssopferabgabe alle Kulturveranstaltungen, Vereine und die Kinos befreit, sowie die Verwaltungsabgaben vereinfacht und ebenfalls reduziert. Wir haben also die finanzielle Ordnung nicht etwa durch höhere Abgaben erkaufte, sondern im Gegenteil: dort wo wir Ertragshoheit haben, sie ist gering genug, wurde auf Einnahmen verzichtet. Hervorheben möchte ich auch noch einmal, daß die Regierungsparteien und die Regierung im besonderen Maße die soziale Verantwortung erkannt und hievon nicht nur geredet, sondern gehandelt haben: Die größten Steigerungsraten der vergangenen Jahre hatte jeweils das Kapitel »Soziale Wohlfahrt«. Mehr denn je wird für die Schwächeren unserer Gesellschaft in diesem Lande ausgegeben und damit das soziale Gewissen unter Beweis gestellt. Wir wissen aber auch, daß dies nur möglich ist dank der Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen, dank der Leistungsbereitschaft unserer Mitbürger und aus der daraus resultierenden Steuerkraft. So können wir jenen verstärkt helfen, die sich selbst nicht ausreichend zu helfen vermögen. Wurden 1985 noch 536 Millionen ausgegeben, werden es im Jahre 1990 970 Millionen sein, also fast eine Milliarde für die soziale Wohlfahrt. Die Steigerungsrate gegenüber dem Voranschlagswert des Vorjahres beträgt 13,63% und ich nenne ausnahmsweise doch noch einige Zahlen zu den einzelnen Bereichen: Sozialhilfe mit den Gemeinden gemeinsam 528 Millionen Schilling, Behinderten- und Blindenhilfe, wo das Land allein die ganze Last trägt: 313 Millionen Schilling, Jugendwohlfahrt 38 Millionen Schilling, freie Wohlfahrt 37 Millionen Schilling und familienpolitische Maßnahmen 52 Millionen Schilling. Nun Hoher Landtag, zum Sozialen gehört auch der Wohnbau, der uns die letzten fünf Jahre ein großes Anliegen war und auch in der nächsten Periode sein wird. Die vielgenannte Wohnbaumilliarde wird auch 1990 zur Verfügung stehen und dies, obwohl der Bund bekanntlich im Zuge der Verländerung des Wohnbaus seinen Beitrag um 10% gekürzt hat. Wir haben diese Kürzung im Landesbudget wie versprochen aufgefangen, sodaß wir sowohl für Neubau als auch für Althausanierung die erforderli-

chen Mittel prompt zur Verfügung stellen können. Und dabei wurde das Programm ergänzt durch besonders hohe Förderungen für energiesparende Maßnahmen, um den Erfordernissen des Umweltschutzes zu entsprechen. Ich habe schon letztes Jahr gesagt: Umweltschutz hat wohl eine Selbstverständlichkeit zu sein und für diesen Bereich, darf uns das Geld nicht reuen. Es muß der Grundsatz gelten, daß für jede vernünftige Maßnahme auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen und zwar auch dann, wenn sich das Erfordernis erst im Laufe des Jahres ergibt. Das Kapitel Umweltschutz hat daher auch folgerichtig die zweithöchste Steigerungsrate gegenüber dem Wert des Vorjahres mit knapp 13 % und präliminierten Mitteln von 306 Millionen. Aber, meine Damen und Herren, hiezu gehört auch, daß im Bereich Straßenbau in den letzten fünf Jahren die größte Reduktion erzielt worden ist. Waren es 1985 noch 211 Millionen, die wir für Straßeneubauten zur Verfügung gestellt haben, so sind es im kommenden Jahr nur noch 120 Millionen - von 211 auf 120 Millionen reduziert. Wahrlich ein Signal, wie wir Umweltschutz und Verkehr verstehen und danach handeln. Hoher Landtag! Aus meiner Sicht möchte ich die vergangenen fünf Jahre zusammenfassen als finanzielle Konsolidierung, Verstärkung der sozialen Wohlfahrt und Aufbruch zu einer konsequenten Umweltpolitik. Aber für die Zukunft braucht es Aussichten, Visionen; wenn auch ein prominenter Politiker gesagt hat: »Wer Visionen hat, braucht einen Arzt«. Ich meine Visionen im Sinne von Vorstellung für räumlich Entferntes, künftiges als realisierbare Aussicht, nicht Illusion als subjektive Wunschvorstellung, sachlich nicht gerechtfertigtes Zukunfts- und Realitätsbild. Ich habe schon gelegentlich zitiert, daß das Hegen guter Absichten allein eine äußerst anspruchslose Geistestätigkeit ist. Es geht bei den Absichten und Aussichten eben nicht darum, einfach etwas gut und besser machen zu wollen, denn gut gemeint wird vieles. Aber ist es nicht im Grunde genommen ein vernichtendes Urteil, wenn man im nachhinein sagt, man hat es gut gemeint? Es geht darum, die Absicht, das Wollen auch vernünftig umzusetzen. Und genau das sehe ich als zentrale Verpflichtung in der Politik. Der französische Arbeiterdichter Gustave Leroy hat 1848 geschrieben: »Was wir begehren von der Zukunft Fernen? Daß Brot und Arbeit uns bereitet stehen, daß unsere Kinder in der Schule lernen und unsere Alten nicht mehr betteln gehen!« Hier ist auf eine ergreifende Weise ausgedrückt, was Politik sein kann, sein muß: Ein Vorsatz, eine Vision, die Wirklichkeit werden soll. Und diese Vision aus dem Jahre 1848 ist ja inzwischen in unseren mitteleuropäischen Ländern weitgehend Realität geworden und darum, Hoher Landtag, sollte es meines Erachtens in den nächsten fünf Jahren gehen. Auf der Basis einer gesunden, florierenden Wirtschaft, auf der Basis eines gerechten, sozialen Ausgleiches sollte möglich sein: 1. Die Erhaltung oder - soweit geschädigt - die Wiedererringung einer Umwelt, die die Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Erde bewahrt. Und es bedarf hier aller Anstrengungen und konsequenten Handelns, unser schönes Land so zu erhalten, daß man das Wasser trinken, die Luft atmen und die Früchte der Erde

essen kann. Und ich sage ganz bewußt, daß auch mancher aus der Wirtschaft - viele haben es schon erkannt - noch lernen muß, daß hier Gemeinnutz wirklich vor Eigennutz zu gehen hat. 2. Mehr Bildung ist mehr Humanität. Es gilt daher nicht nur im Interesse einer prosperierenden Wirtschaft, sondern für den Menschen an sich die Bildungsmöglichkeiten zu erweitern - auch in den universitären Bereich hinein. Im kommenden Budget ist vorgesehen, daß eine entsprechende Studie erarbeitet werden soll, welche die universitären Bildungsmöglichkeiten im Auge hat. Das ist eine konsequente Fortsetzung des Weges, den unser Landeshauptmann mit der Bildungsoffensive beschriften hat. 3. Kunst und Kultur sind jene Aspekte des Lebens, die den Menschen über den Alltag hinaus bereichern und seinem Leben wirklich Sinn geben. Daher ist eine wesentliche Aufgabe der Politik, die Basis dieses kulturellen Lebens zu verbreiten und auch für besondere Leistungen des Künstlers Chancen zu eröffnen. In diesem Sinne mögen die erheblichen Ausgaben für Landesgalerie, Konservatorium, Landesausstellungen und die Erhöhung der Ausgaben für die Kulturveranstalter verstanden werden. Hoher Landtag! Am Ende eines Jahres besteht auch Grund, sich zu bedanken und ich möchte daher auch heuer wieder die Gelegenheit wahrnehmen und all jenen Dank sagen, die mich bei der Arbeit unterstützen, insbesondere bei der Erstellung des Jahresvoranschlags: meinen Regierungskollegen, den Abgeordneten der Regierungsfractionen und insbesondere meinen besonders fleißigen und engagierten Mitarbeitern aus der Finanzabteilung, namentlich den Herren Dr. Singer und Heinz Fischer. (Applaus) Die Mitarbeiter stehen oft im Schatten, aber wie würden wir ohne sie im Rampenlicht agieren? Es hat vielleicht auch Vorteile, im Schatten zu stehen, denn das Licht der Scheinwerfer zeigt die Falten im Gesicht, die nicht immer durch Schminke überdeckt werden können. Das nächste Stück Weg beginnt mit dem Budget für das Jahr 1990, bei dem ich wieder das Motto der Elisabeth Katharina von Galler versuchen möchte: »Kein Thaller mich nicht reuen thuet, ich mains dem Vaterland zu guett.« Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Als nächster hat das Wort der Abg. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Eingangsbemerkung: Ich bin gegen Geschichtsklitterung, auch dann, wenn sich die historische Betrachtungsweise nur auf fünf Jahre bezieht und vor allem dann, wenn man als Glanzlicht seiner Budgetpolitik die etwas reduzierte Verschuldung des Landes von diesem Rednerpult aus zum Besten gibt, ohne hinzuzufügen - und das muß ich zur Ehre des hier anwesenden Alt-Landesstatthalters Dr. Mandl tun - daß diese Politik bereits vor sechs Jahren eingeleitet worden ist. Ich sage das deshalb, um einmal zu erklären, wer diesen Schritt als erstes gesetzt hat - es wäre Ihnen angestanden, dies einmal sehr deutlich zu sagen, wenngleich diese Bemerkung - das sage ich auch gleich, unsere Einschätzung an der Qualität dieses Budgets natürlich in keiner Weise ändert. Wir haben das Budget des Vorgängers attackiert, wir attack-

kieren mit sehr guten Gründen auch jenes seines Nachfolgers.

Und so setze ich an die Spitze meiner Äußerungen, meine Damen und Herren, die Frage, was unterscheidet das erste Budget der neuen Regierung, die im Oktober gewählt worden ist, von den bisherigen Voranschlägen? Und das ist gleichzeitig die Frage, um die Haltung der sozialistischen Landtagsfraktion zu eruieren. Hoher Landtag! Das vorliegende Budget unterscheidet sich in nichts. Unsere Haltung bleibt daher konsequent, wir werden den vorliegenden Entwurf ablehnen. Das soll jedoch nicht heißen, meine Damen und Herren, daß wir in Bausch und Bogen jeden Voranschlagsansatz für falsch halten. Es soll auch nicht heißen, daß wir die Richtigkeit des einen oder anderen budgetären Schwerpunktes bezweifeln. Zum Beispiel der Pflegezuschuß, bei dessen plötzlicher Erfindung vor der Landtagswahl wohl der Bund mit seiner Ankündigung die treibende Kraft gewesen ist; oder der Familienzuschuß, letzterer adaptiert auf die Berücksichtigung des ersten Kindes und ohne die Bedingung, daß Mütter ihren Beruf aufgeben müssen, findet auch unsere Zustimmung.

Ich füge weiters hinzu: Sie haben dieses Mal zwar den einen oder anderen Antrag angenommen, sind also, wenn Sie wollen, um eine Spur beweglicher geworden - und das heißt für die ÖVP schon sehr viel - aber etwas wirklich Neues, was die Struktur dieses Budgets verändern würde, was essentiellen Handlungsbedarf berücksichtigte, auf ein solches Anliegen, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, sind Sie nicht eingegangen. Ihre Zugeständnisse haben den Charakter eines Köders, mit dem man die Zustimmung der größeren Oppositionsfraktion zu diesem Voranschlag gewinnen will, ohne eigentliche Konzessionen zu machen, die die deutliche Handschrift der sozialistischen Fraktion tragen und die im Ergebnis, meine Damen und Herren, mehr oder weniger ihrer eigenen Klientel zugute kommen. Ihre Bereitschaft, neue Signale für notwendige Veränderungen zu setzen, waren leider - muß ich sagen - nur rudimentär vorhanden. Der lebensferne, wenig realistische Alles oder Nichts-Standpunkt der ÖVP hat es nicht zugelassen, Anträge zu berücksichtigen, die die vorhandenen budgetären Schwerpunkte ergänzt bzw. neue Akzente bedeutet hätten. Und unsere Anträge - das darf ich bei aller Bescheidenheit sagen, meine Damen und Herren - wären geeignet gewesen, dieses Budget zu einem besseren Instrument für die geänderten Ansprüche der Bürger an die Landesverwaltung einerseits und für die veränderten politischen, ökonomischen und ökologischen Strukturen andererseits zu gestalten. Sie, meine Damen und Herren der ÖVP und ihr Schoßhündchen FPÖ, haben es wiederum vorgezogen, die zum Teil überholten und festgefahrenen Strukturen der Landesvoranschläge durch undifferenziertes Fortschreiben zu verhärten und damit den neuen sozialen Entwicklungen der letzten Jahre nicht Rechnung zu tragen. Diejenigen, - das ist Ihre Philosophie - die am Rand der Gesellschaft und deren Zahl wird nicht kleiner, angesiedelt sind, sollen nach der schwarz-blauen Budgetphilosophie auch dort bleiben. Ihr in Zahlen gefaßtes Regie-

rungsprogramm, Hoher Landtag, Ihre Haltung zu unseren Anträgen reflektiert genau jene Casino-Gesellschaft, der es in erster Linie um die Optimierung der Gewinne und nicht um soziale Ausgewogenheit geht und für die der Wirtschaftsständler Martin Purtscher, persönlich gestärkt durch das Wahlergebnis vom 8. Oktober - ich füge hinzu leider - gerade steht. Diese Landesregierung, meine Damen und Herren, ist zur einseitigen Interessenvertretung der Unternehmer und die Klubs der Regierungsparteien sind zu unkritischen Ja-Sagern verkümmert, die parlamentarisch absegnen dürfen, was sie der Herr Landeshauptmann absegnen läßt

Erschreckend sichtbar ist vor allem die Bedeutungslosigkeit des ÖVP-Klubs im Zusammenhang mit dem Streit um die Besetzung des Vorsitzenden des Energiepolitischen Ausschusses verdeutlicht worden. Dabei, meine Damen und Herren, halte ich es in der Sache für kein Unglück, daß Manfred Vallaster nicht Vorsitzender dieses Ausschusses wurde, genauso wenig wie es eines gewesen wäre, wenn er diese Funktion erhalten hätte. Bedenklich ist jedoch, wie ein ganzer Klub, meine Damen und Herren, nach einem einstimmig gefaßten Beschluß, wie ein vollgetroffener Kegel umfällt, nur weil derjenige, den Sie, meine Damen und Herren ÖVP-Abgeordneten, von der Verfassung her eigentlich kontrollieren sollten, Ihre Klubentscheidung nicht akzeptieren will. Und ich meine, deutlicher ist die Arroganz der Macht der Regierenden gegenüber einem Teil des Parlaments wohl noch nie zu Tage getreten und es wäre verfehlt, hier Schadenfreude über einen internen Streit der ÖVP zu empfinden. Uns und mir - das sage ich Ihnen ganz offen - macht es Sorgen, daß schon am Beginn der Funktionsperiode die größte Fraktion dieses Hauses infolge Entmündigung durch den Landeshauptmann ihrem verfassungsmäßigen Auftrag als Parlamentsfraktion nicht nachkommen wird bzw. ihn offenbar darin erblickt, sich von ihm am Nasenring vorführen zu lassen. Diese Erkenntnis, meine Damen und Herren, ist das einzig Interessante am Fall Vallaster, und in Anbetracht dieser demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklung, deren Bedeutung den Abgeordneten des ÖVP-Klubs wahrscheinlich bis heute noch gar nicht zu Bewußtsein gekommen ist, werden die anderen Fraktionen sich doppelt anstrengen müssen, um das Vakuum, das durch den Ausfall der größten Fraktion dieses Hauses entsteht, wettzumachen.

Meine Damen und Herren, ein Voranschlag sollte mehr sein als die Fortschreibung von Zahlen. Dazu bedarf es eigentlich keiner Regierung, dies können auch Beamte, und Beamte wie Dr. Singer, dem ich ebenfalls danke namens meiner Fraktion, können das sehr gut und diese brauchen sich nur der Computer zu bedienen.

Budgetieren im politischen Sinne kann nur heißen, Handlungswillen auszudrücken. Zunächst soll dokumentiert werden, wo gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht.

Budgetieren im politischen Sinn, Hoher Landtag, soll aber auch eine methodische Frage beantworten. Ob man nämlich unter Demokratie mehr versteht, als daß die Mehrheit mit ihrem Stellwagen an den Hals der Minder-

heit fährt; eine Praxis, die die letzten Jahre bei der ÖVP gang und gäbe war, oder sieht man in ihr den ernsthaften Versuch, die in einer pluralistischen Gesellschaft naturgemäß vorhandenen unterschiedlichen Meinungen zu harmonisieren. Teilten Sie letztere Auffassung - und unsere ist dies - dann müßten Sie bei der Erstellung des Voranschlages neue Wege einschlagen. Die Minderheitsfraktionen wären endlich einmal in den Budgeterstellungsprozeß einzubinden, mit allen Informationen und Wünschen, die zur Finanzierung über das Budget anstehen, zu versehen, deren Anliegen bereits in dieser Erstellungsphase mit zu verhandeln und in höherem Maße zu berücksichtigen, als dies bisher erfolgt ist. Stattdessen wird den Oppositionsfraktionen in diesem Hause ein fixfertiges Budget auf den Tisch gelegt, dessen Diskussion und Beschluß im Ausschuß eigentlich nicht viel mehr als eine Formsache ist. Letzten Endes, meine Damen und Herren, geht es bei der Budgeterstellung nicht um das Erfinden von Wünschen an den öffentlichen Haushalt, sondern um die Festlegung von Prioritäten, in welcher Reihenfolge öffentliche Anliegen erfüllt werden sollen. Für diese, auf Konsens hin orientierte Vorgangsweise, ist die ÖVP, trotz einiger Zugeständnisse, nicht zu gewinnen. Sie fröhnen in Ihrer Eitelkeit und Überheblichkeit lieber dem Dogma der Unfehlbarkeit, in dem Sie im vorhinein nie die Möglichkeit ernsthaft ins Auge faßten, einen Voranschlag gemeinsam zu beschließen. Und was Ihre Worthülsen, Herr Landeshauptmann, wie »Politik sei ein Wettbewerb der Ideen«, in der Alltagsrealität wert sind, zeigt das Verhalten Ihrer Partei auch bei dieser Budgeterstellung. Sie verweigern einfach die Voraussetzung, um dieser, nochmals Original Dr. Purtscher »Kernidee unseres demokratischen Systems« (Ende des Originals) gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, wir haben schon oft erklärt, daß dieses Land gegenüber anderen Regionen unseres Staates unbestritten Vorteile aufweist. Wir verwiesen und verweisen auf die zentrale Grenzlage, auf den offenen Markt an allen Grenzen, auf den Umstand, daß zahlreiche Vorarlberger qualifizierte Arbeitsplätze, wenigstens im benachbarten Ausland, finden können und einige andere Dinge mehr. Nur wo Licht ist - das wissen Sie - da ist auch Schatten und ein großer schwarzer Schatten aus unserer Sicht, der nicht verborgen bleibt, ist diese, manche Probleme unserer Zeit nicht erkennende, hinter Fortschrittsrhetorik sich versteckende, strukturkonservative Landesregierung. Und unsere Aufgabe ist es daher, den Blick dorthin zu lenken, wo realer gesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht, die Blindheit dieser Regierung ihn nicht erkennt bzw. durch ideologische Scheuklappen nicht erkennen will.

Lassen Sie mich mit einem der größten auf uns zukommenden Probleme, das Sie sträflicherweise von Anfang an verniedlichten, beginnen. Es sind die schon bestehenden, vor allem aber die in absehbarer Zeit auf uns zukommenden, Verkehrsprobleme. Ich rede nicht von der zwiespältigen Haltung zum LKW-Nachtfahrverbot, meine Damen und Herren, ein Thema, bei dem die ÖVP jede Glaubwürdigkeit verloren hat. Sie können nicht Frachter- und

Umweltinteressen gleichzeitig vertreten. Der Versuch, das LKW-Nachtfahrverbot über großzügige Ausnahmeregelungen in Vorarlberg zu unterlaufen, ist zunächst einmal dank der konsequenten Haltung des Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreters Hans Tanzer und ich stehe auch nicht an zu sagen, von Landeshauptmann Partl, kläglich gescheitert. Und ich füge hinzu Gott-sei-Dank. Gerade Ihr Vorgehen, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Sausgruber, hat wohl am deutlichsten gezeigt, daß die ÖVP-Phrase von der ökosozialen Marktwirtschaft überall dort ihr jähes Ende findet, wo beinharte und einseitige Lobby-Interessen befreundeter Wirtschaftsverbände auf Kosten von Umwelt und Lebensqualität durchgesetzt werden sollen.

Meine Damen und Herren, anstatt diese bescheidende Nachtfahrverbotsregelung mit allen Mätzchen zu torpedieren, sollte Vorarlberg in seinen Forderungen bereits einen Schritt weitergehen. Warum sollen, fragen wir uns, nicht auch lärmarme LKWs vom Nachtfahrverbot betroffen sein? Die jetzige Regelung - wissen wir alle - ist völlig marktkonform, die Verkehrszunahme auf den Straßen wird sich nachts nur ein wenig verzögern, aber sie wird sich nicht verhindern lassen, und der Druck, die Transporte auf die Schiene zu verlegen, wird in Bälde gleich Null sein. Die verkehrspolitische Zielsetzung, Güterferntransporte auf der Schiene zu bewerkstelligen, wird diese ordnungspolitische Maßnahme nicht bzw. nur unzulänglich erreichen. Es muß uns gelingen, meine Damen und Herren, technologische Innovationen und Investitionen auch öffentlicher Art, nicht auf immer mehr und immer neuere, aber trotzdem luftverpestende und lärmerezeugende LKWs zu lenken, sondern voll auf den technischen Fortschritt und Ausbau der Bahn umzuleiten. Dazu bedarf es aber eine klaren Prioritätensetzung der Landesregierung zugunsten des Schienenverkehrs, zu welcher Sie, Herr Landeshauptmann, aber bis heute nicht bereit gewesen sind.

Noch dramatischer, meine Damen und Herren, ist das Problem des öffentlichen Nahverkehrs zu sehen. Der Zeitpunkt ist absehbar, wo er in einigen Ballungsgebieten Vorarlbergs kollabieren wird. Er befindet sich sozusagen in einem »kollabierenden Galopp«, wenn Sie wollen. Wir brauchen ein öffentliches Personennahverkehrssystem, das von den Individualverkehrsteilnehmern auch angenommen wird. Sie, meine Herren der Regierung, huldigen dem Prinzip der freien Wahl des Verkehrsmittels, was allerdings nur dann sinnvoll wäre, wenn jedem Verkehrsträger die von ihm verursachten volkswirtschaftlichen Kosten voll zugerechnet würden. Dem ist nicht so, das wissen wir alle, daher müssen Sie ein System anbieten, das so attraktiv ist, daß freiwillig vom individuellen Verkehrsmittel auf das Massenverkehrsmittel umgestiegen wird. Also: eine angebotsorientierte, und nicht eine nachfrageorientierte Verkehrspolitik gestalten. Die Gemeinden in den Ballungsregionen sind beim Ausbau eines solchen Systems besonders gefordert. Sie nehmen diese Herausforderung auch an, da sie hautnah spüren, daß der Kollaps nicht mehr fern ist. Sie spüren und erkennen aber auch, daß ein solches Nahverkehrssystem für sie nicht

finanzierbar ist, und daß das Land mit anderen Größenordnungen unter die Arme greifen muß, als es in diesem Budget zum Ausdruck kommt.

Wir sind der Meinung, daß das Land nicht mickrige 20%, sondern wenigstens die Hälfte der Kosten für ein solches System auf kommunaler und überregionaler Ebene zu tragen hätte. Und bei diesem - gemessen an der Größe des Problems noch bescheidenen - Anspruch, nehmen sich die im Voranschlag vorgesehenen 15 Millionen Schilling kläglich aus. Vor allem wenn man weiß, daß mit dieser Summe nicht nur der Halbpriestriß, sondern auch die Durchtarifierungsverluste des »Tarifmodell Vorarlberg« finanziert werden sollen, sodaß für neue, auf regionaler und kommunaler Ebene gesetzte Initiativen kaum Geld verbleibt.

Und uns ist es daher zu wenig, meine Damen und Herren von der ÖVP, wenn Sie erklären, sollten mehr Mittel gebraucht werden, machen wir eine Verwendungszusage, daß diese zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, vielleicht hat es bei manchen von Ihnen noch nicht gedämmert, aber der Vorarlberger Landtag budgetiert nicht Verwendungszusagen, sondern Zahlen. Und wenn der Mehraufwand so klar erkenn- und absehbar ist, wie bei diesem Ansatz, und Sie unseren Antrag dennoch nicht ohne Wenn und Aber berücksichtigen wollen, dann kommt Ihre »Verwendungszusage« über den Stellenwert einer taktischen Finte nicht hinaus. Wir stellen heute diesen Antrag daher erneut. Wir wollen mit dessen zahlenmäßiger Berücksichtigung in diesem Budget die Ernsthaftigkeit dokumentieren, a) zur Lösung des Nahverkehrsproblems Entscheidendes zu tun, b) den Gemeinden - das ist ganz wichtig - die Chancen konkreter Förderung signalisieren und wenn es Ihnen ernst ist mit Ihrer Absichtserklärung, dieses brennende Problem wirklich zu lösen, dann können Sie nur mitstimmen, oder, wie wir vermuten, wenn Sie es nicht tun, es mit Wilhelm Busch halten: »Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen, nennt Ihr die Dinge sich entwickeln lassen!«

Meine Damen und Herren, über unsere Wohnbauinitiative haben wir in diesem Hause schon eingehend und ausführlich gesprochen. Was die Regierung betrifft, leider an eine Wand. Erkennen Sie doch endlich - und ich wiederhole das - daß mit Ihrer Wohnbauphilosophie »soviel Eigentum wie möglich, soviel Mietwohnungen wie notwendig« nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Unsere Forderung, in den nächsten zehn Jahren in einer gemeinsamen Anstrengung zusätzlich 5.000 kostengünstige Mietwohnungen zu errichten, wird von Tag zu Tag drängender. Auf den Wohnungsämtern der Gemeinden spielen sich doch manchmal wahre Tragödien ab, weil nicht einmal soziale Notfälle voll versorgt werden können, gar nicht zu reden von jenen immer mehr werdenden Wohnungssuchenden, die auch, ohne ein Sozialfall zu sein, zurecht Anspruch, auf eine eigene Wohnung erheben. Und: Die »Brutalität der Wohnungswirklichkeit«, meine Damen und Herren, zeigt sich in seinem ganzen Ausmaß dort, wo selbst durchschnittliche Einkommensbezieher durch die hohen Mietzahlungen an den sozialen Rand gedrängt werden. Denken Sie, meine Herren der Regie-

runge, an die von Ihnen vor einigen Jahren initiierte Jugendstudie, aus der hervorgeht, daß beinahe 80% aller jungen Menschen den Wunsch haben, eine Wohnung zu erhalten und dieser Wunsch an erster - Kollege Vallaster nickt dankenswerterweise zustimmend - überragend an erster Stelle steht. Verdrängen Sie doch nicht ständig die hohe Scheidungsrate, was ja nichts anderes heißt, daß jede Scheidung einen zusätzlichen Wohnungssuchenden bedeuten kann. Und jede dritte Ehe in Vorarlberg wird nun einmal geschieden. Und das larmoyante Gerede, daß die Institution Ehe wieder mit einem höheren moralischen Stellenwert versehen werden müsse, mag als frommer Wunsch richtig sein. Ich gehe hier mit dem Herrn Landesbischof voll d'accord, meine Damen und Herren. (Zwischenruf Landesrat Mayer: Ehrlich!) Es ist aber kein Rezept, um die anstehenden Probleme zu lösen. Sie dürfen nicht verlängerter Arm des Herrn Landesbischofs sein, Sie haben andere Aufgaben zu erfüllen. Politik ist konkret, um ein Wort Bert Brechts abzuwandeln und konkret ist, daß alle Kennzahlen, mittels denen künftiger Wohnungsbedarf abgeschätzt wird, für die Verwirklichung unseres Antrages sprechen. Die Zahl der Haushalte wird in Vorarlberg um weit über 40% zunehmen, bis zum Jahre 2011 wird es eine Vermehrung von über 45.000 geben und es werden statt jetzt 100.000, dann 145.000 Haushalte mit Wohnungen versorgt werden müssen. Das Bevölkerungswachstum wird zwar auch in Vorarlberg etwas abflachen, aber ungleich dynamischer bleiben als in anderen Bundesländern und nichts spricht dafür, daß die Scheidungsrate geringer wird. Von den rund 2.000 Eheschließungen im Jahr, meine Damen und Herren, müssen Sie rechnen, daß über 600 wieder aufgelöst werden, und ein großer Teil der Partner auf den Wohnungsmarkt drängt. Meine Damen und Herren, wir stellen diesen Wohnbauantrag nicht aus Jux und Tollerei oder um die ÖVP zu ärgern, sondern aus der berechtigten Sorge, daß Sie einen immer dringender werdenden gesellschaftlichen Handlungsbedarf verschlafen, der sich zur sozialpolitischen Zeitbombe entwickeln wird. Ihr Argument, die gegenwärtige Konjunktur - das ist der Stehsatz des Herrn Landesrates Lins - sei für ein solches Programm ungünstig, richtet sich doch von selbst. Die Deckung eines Grundbedürfnisses, und Wohnen ist ein solches, da stimmen wir hoffentlich alle überein, kann wohl nicht allein von der Konjunktur abhängen. Die benachbarte Bundesrepublik Deutschland belehrt Sie, meine Damen und Herren, eines Besseren, die trotz Hochkonjunktur ein gigantisches Sonderwohnbauprogramm in die Wege leitet und umsetzt. Der Druck auf den Wohnungsmarkt mag dort durch das Flüchtlingsproblem größer sein, das sei zugegeben; dem Grunde nach sind unsere Situation und die daraus resultierenden Konsequenzen durchaus vergleichbar.

Was fehlt noch in diesem Budget, meine Damen und Herren? Die Sozialpolitik ist unvollständig vertreten. Ich habe schon eingangs erwähnt, daß die Einführung eines Pflegezuschusses auch unsere Zustimmung findet, wenn die Richtlinien für dessen Erhalt noch die eine oder andere Adaption erfahren. Aber, meine Damen und Her-

ren, es gibt ja viele ältere Menschen, denen der Zuschuß nichts nützt, weil sie niemanden haben, der sie pflegt weil keine Verwandten mehr da sind oder diese voll im Beruf stehen - und oft auch die Wohnungsverhältnisse gar nicht ausreichen. Die Alten- bzw. Seniorenbetreuung hat nach Ansicht der sozialistischen Landtagsfraktion neben der grundsätzlichen staatlichen Garantie und Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme auf drei Säulen zu beruhen. 1. Auf der Familie, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe. 2. Auf ambulanten Diensten und 3. Auf stationären Einrichtungen, also Altenheimen- und Chronisch-Krankenstationen. Eine fortschrittliche Sozialpolitik, meine Damen und Herren, muß darauf bedacht sein, diese drei Säulen gleichzeitig als ein ganzes soziales Dienstleistungspaket anzubieten, damit niemand, der eine solche Leistung beansprucht, durch den Rost fällt, und vor allem - das ist wichtig - weil jedes Element dieses Pakets, das andere ergänzt und unterstützt. Die sozialpolitische Zielsetzung, daß der ältere Mensch möglichst lange im eigenen Haushalt verbleiben kann, ist richtig. Die Voraussetzungen hierfür sind jedoch gegenwärtig nicht gegeben und vor allem vor diesem Hintergrund ersuche ich Sie, unseren Antrag auf Eröffnung einer neuen Vorschlagsstelle »Beitrag des Landes zur Errichtung mobiler Hilfsdienste« zu sehen. Ihre Fraktion, meine Damen und Herren der ÖVP, geht noch viel zu sehr vom romantischen Bild des Familienverbandes inklusive innerfamiliärer Rollenverteilung aus. Ein Bild, das der heutigen Realität einfach nicht gerecht wird. Hier müssen professionelle mobile Hilfsdienste als Rechtsanspruch eingreifen. Diese Säule, professionell organisiert, fehlt im Lande und ohne sie kann die wohl humanste Form der menschlichen Betreuung nicht vollständig verwirklicht werden. Mir ist schon bewußt, Hoher Landtag - ich weiß das etwa aus der Stadt Feldkirch sehr gut - daß wir eine Reihe, auf freiwilliger Basis agierender und funktionierender, Hilfsdienste haben, die jedoch einen Anspruch nicht erfüllen können: Daß der Hilfsbedürftige jeweils dann die Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann, wenn er sie auch tatsächlich braucht. Die Ablehnung dieses Antrages, der durchaus auch in die sozialpolitische Philosophie der Österreichischen Volkspartei passen müßte, ist für uns daher umso unverständlicher.

Meine Damen und Herren, die beiden einzigen Anträge, die Sie ohne Wenn und Aber angenommen haben, waren jene der sozialistischen Landtagsfraktion, die Lebensmittelnaheversorgung zu verbessern. Im Lichte der dramatischen Entwicklung, die das Geschäftssterben mit sich bringt, wobei die Tendenz leider steigend ist, konnten Sie sich diesen beiden Anträgen wohl nicht verschließen: nämlich die Beiträge zur Erhaltung der Lebensmittelnaheversorgung um weitere 400.000 Schilling anzuheben und einen Beitrag in Höhe von 300.000 Schilling ins Budget aufzunehmen, um ein umfassendes Konzept zu entwickeln, wie ein Mindestversorgungsstandard in Vorarlberg gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren, die sozialistische Landtagsfraktion sieht in der Bewältigung des Nahversorgungsproblems eine finanz-, wirtschafts- und raumordnungspoli-

tische Herausforderung. Es geht nicht nur um die Dotation. Allein, so wichtig sie ist, hier sind auch konzeptionelle Schritte gefragt und solche Schritte dringend erforderlich. Dazu gehört, meine Damen und Herren, daß zunächst die Einkaufszentren gesetzlich viel umfassender von der Kontrolle und von der Kontrolle ungleich stärker an die Kandare genommen werden, als dies bisher der Fall gewesen ist. Die Bewilligung für deren Errichtung sollte nicht nur von der Größe der Verkaufsfläche, sondern auch von der Zahl der zu schaffenden neuen Dauerarbeitsplätze abhängig gemacht werden. Sie müßten - das könnte man sich überlegen - zur Erhaltung von Filialen verpflichtet werden, wobei die dort angebotenen Waren nicht teurer sein dürften als in den Supermärkten. Es müßte also, wenn Sie wollen, eine Mischkalkulation zum Tragen kommen. Es wäre auch zu verlangen, daß das Bewilligen von Einkaufszentren, abgesehen von landschafts- und verkehrsbedingten Auflagen, auch von der Zahl der Ausbildungsplätze, die geschaffen werden, abhängig gemacht wird. Die Lehrlinge - eine ganz wichtige Sache, meine Damen und Herren - dürften dort nicht mehr länger als billige Regalhilfsarbeiter mißbraucht und verwendet werden. Auch die Errichtung von Wiederverwertungsanlagen und -Vorkehrungen sollte die Bedingung für die Errichtung eines solchen Marktes sein. Ich denke an Leergut, an Aludosen, Zinkdosen, Papier, Verpackungsmaterial und und und. Daß der Großhandel ungehindert Direktverkäufe an Endverbraucher tätigt, wobei diese Umsätze oft größer sind als diejenigen, die er mit den Einzelhändlern macht, rundet das Bild dieses unhaltbaren Zustandes, will man das Nahversorgungsproblem ernsthaft bewältigen, nur ab. Meine Damen und Herren, schon aus diesen paar Beispielen können Sie ersehen, daß gerade bei diesem Fragenkomplex, auch und vor allem, die Raumordnung gefordert ist. Die Raumordnungsabteilung müßte meines Erachtens zur wirtschaftlichen Stabsstelle ausgebaut werden. Es ist einfach zu wenig, wenn sie nur beobachtet, ob Gemeindeflächenwidmungspläne rechtzeitig erstellt bzw. die funktionale Aufteilung von Grund und Boden annähernd richtig vorgenommen wird. Sie muß vielmehr zu einer Stabsstelle für die Koordinierung aller wirtschaftlich relevanten Maßnahmen der öffentlichen Hand im Rahmen von verbindlichen Entwicklungsvorstellungen, Entwicklungsplanungen und deren Umsetzung werden. Und ein erster Schritt, hoffen wir in diese Richtung, um diese Vorstellung zu verwirklichen, ist die Berücksichtigung unseres Antrages, für ein Nahversorgungskonzept eine entsprechende Dotation im Budget aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, die weiteren Anträge unserer Fraktion möchte ich nicht weiter ausführen. Deren Wichtigkeit und Bedeutung werden von unseren Bereichssprechern umfassend dargelegt werden. Sie beinhalten vor allem familien-, weitere sozial-, bildungspolitische und andere Anliegen. Meine Damen und Herren, ich habe grob zu skizzieren versucht, wie und wo die sozialistische Landtagsfraktion die budgetären Schwerpunkte setzen würde. Es sind einige zentrale, gesellschaftliche Bereiche, wie Verkehrs-, Sozial- und Wirtschaftspoli-

litik. Die Forderungen der sozialistischen Landtagsfraktion sind vom Bedarf her unbestritten, von den Kosten her bewältigbar, von der Dringlichkeit her notwendiger denn je. Entgegenkommen der ÖVP gibt es, wenn überhaupt, nur dort, wo Forderungen der SPÖ in bestehende ÖVP-Ansätze integrierbar sind. Ein Wille zu wirklicher Innovation oder neuen Schwerpunktsetzungen gibt es nicht. Daher lehnen Sie ja unsere Wohnbauinitiative ab, daher lehnen Sie die mobilen Hilfsdienste ab, daher zeigen Sie keine Bereitschaft zu qualitativ neuen Umweltmaßnahmen, vor allem nicht zu solchen, die ausnahmsweise - ich betone ausnahmsweise - auch einmal der Wirtschaft weh tun könnten. Die Aufstockung des Luftreinhaltkonzeptes um 1,5 Millionen Schilling ist zwar begrüßenswert, Herr Landeshauptmann, ist aber noch lange keine Verwirklichung, um nur ein Beispiel zu nennen, des von der SPÖ vehement geforderten Emissionskatasters. Gerade bei diesem Antrag zeigt sich, wie weit die Rücksichtnahme der ÖVP auf industrielle Umweltsünder geht, und sie nicht bereit ist, in Vorarlberg einmal etwas zu verwirklichen, was etwa im frei marktwirtschaftlich organisierten St. Gallen bereits und schon lange Realität ist.

Hinzu kommt - und das kann ich Ihnen nicht ersparen - Ihre unüberbietbare Kleinkariertheit in Einzelfragen, welche aber Tür das Grundklima in diesem Land symptomatisch ist. Sie genießen sich nicht, aus parteipolitischen Motiven dem bestens funktionierenden Arbeitersamarterbund eine bescheidene Subvention zu gewähren. Sie füttern die Handelskammer mit Geld, das hinten hinein befördert wird, wenn es vorne keinen Platz mehr hat, sind aber nicht bereit, dem Berufsförderungsinstitut, das auf dem berufsspezifischen Ausbildungsektor sehr viel leistet, einen winzigen Bruchteil der Handelskammerförderung zukommen zu lassen und Sie lehnen weiters eine praktikable Form der Schuldensanierung ab und negieren damit Probleme einer Gruppe von Menschen, die von Tag zu Tag größer wird.

Verstehen Sie, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, unsere Kritik nicht falsch. Uns liegt nichts an einer verbalen Harmonie oder an einem Schwall ausgeglichener Platitüden. Nutzen Sie die Beratungen und Auseinandersetzungen zur Verbesserung Ihrer Praxis. Aber nehmen Sie zur Kenntnis: dieses Budget ist weder geeignet, die gegenwärtigen gesellschaftlichen und sozialen Fragestellungen befriedigend zu beantworten, noch sie einer Lösung näher zu bringen. Man kann nicht in der täglichen politischen Diskussion davon ausgehen, daß sich alles Wesentliche verändert habe, sei es in der Familie, im Beruf, in der Arbeit, in der Ehe, in der Wirtschaft, beim Wohnen, in der Technik, in der Wissenschaft, im Verkehr, im Einkommen und dann ein Budget vorlegen, das davon ausgeht, daß sich in der Familie, im Beruf, in der Arbeit, in der Ehe, in der Wirtschaft, beim Wohnen, in der Wissenschaft, im Verkehr, im Einkommen nichts Wesentliches verändert habe. Die sozialistische Landtagsfraktion wird daher den Budgetentwurf 1990 ablehnen, sämtliche Anträge in der Spezialdebatte neu stellen und ich darf diese Ihnen in einem jetzt bereits überreichen. (Applaus)

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Dr. Mader. Auf der Galerie begrüße ich die beiden Alt-Abgeordneten Ing. Heinz Illigen und Hans Ludescher.

Dr. Mader: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich bedauere es sehr, daß für diese Budgetsitzung im Vorarlberger Landtag keine Redezeitvereinbarung zwischen den drei im Erweiterten Präsidium vertretenen Klubs abgeschlossen werden konnte, obwohl sich diese in den vergangenen Jahren zur strafferen Abwicklung der Debatte bestens bewährt hat. Wir werden sehen, meine Damen und Herren Kollegen, ob es auch ohne eine solche Vereinbarung gelingt, und die Abgeordneten von sich aus eine gewisse Disziplin an den Tag legen. Auch der Ermüdungsfaktor wird hier uns etwas behilflich sein, wie ich meine. Es war das gute Recht der sozialistischen Landtagsklubs, hier neue Wege zu beschreiten, trotzdem könnte in der Beschränkung und Kürze von Reden mehr Würze stecken, als in einer langen und wohl vorbereiteten Rede. Wir werden ja sehen, was herauskommt. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wir werden für das Arbeiten bezahlt und nicht für das Reden!)

Die Landtagswahlen im Oktober dieses Jahres haben dem Wähler die Möglichkeit gegeben, die Zusammensetzung des Landesparlamentes neu zu mischen. Er hat dies wahrgenommen, die Machtverhältnisse im Lande aber nicht grundlegend geändert. Die ÖVP hat die absolute Mehrheit im Landtag behalten, aber stimmenmäßig Verluste in Kauf nehmen müssen. Landeshauptmann Purtscher wurde in seiner Funktion bestätigt. Die bisherige Arbeit der Regierung wurde vom Wähler gutgeheißen. Die Regierungspartnerschaft von ÖVP und FPÖ erhielt einen Mandatszuwachs von 23 auf 26 Mandate, der von der FPÖ allein mit drei Mandaten eingebracht werden konnte. Die Opposition wurde mandatsmäßig um diese drei Mandate reduziert, wobei eines die Sozialisten und zwei die Grün-Alternativen einbüßten. Ein weiteres Mandat ging den Sozialisten durch den Auszug von Herrn Ernst Winder verloren, sodaß der Abstand zwischen der freiheitlichen und sozialistischen Fraktion nurmehr ein Mandat beträgt. Wer hätte eine solche Entwicklung vor Jahresfrist für möglich gehalten? Und Herr Kollege Keckeis, wenn Sie uns nun hier als Schoßhündchen apostrophieren, so darf (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ich sagte Schoßhund, Sie sind ja größer geworden!) - nein, Sie haben gesagt »Schoßhündchen«. In diesem Falle muß ich Ihnen das zurückgeben, ich könnte also hier festhalten, daß auch die SPÖ ein Oppositionshündchen in dem Falle ist, weil ein Mandat, glaube ich, kann man hier also nicht mehr als große Differenz darlegen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie sind der Wachhund und nit der Schoßhund!) Die schon in der letzten Periode gespaltene grün-alternative Fraktion trat zu diesen Landtagswahlen getrennt an und prompt blieben die Grünen auf der Strecke und schafften nicht mehr den Einzug ins Landesparlament. Früher waren es vier, jetzt noch zwei Abgeordnete. Der Zuwachs an Stimmen und Mandaten für die freiheitliche Fraktion (Zwischenruf Dr. Keckeis: Mit Ihrer Zustimmung - Präsident: Bitte nicht so viel Zwischenrufe, weil es Schwierigkeiten gibt! Das Wort hat der

Klubobmann Dr. Mader) wirkte sich bei den Regierungsverhandlungen für die FPÖ so aus, daß wir in der Landesregierung wie bisher mit einem Landesregierungsmandat betraut sind, aber ein Zuwachs an Referaten bekamen - den Straßen- und Hochbau.

Die Wirtschaftsentwicklung ist als positiv zu bezeichnen und durch einen Arbeitskräftemangel gekennzeichnet, im besonderen bei den Fachkräften. Die Banken sind in der Lage, die Investitionen zu finanzieren und die Steuereingänge bei Bund und Gemeinden lassen einen nicht zu erwarteten Zuwachs erkennen. Wie Landesrat Lins in der Finanzausschußsitzung vor einer Woche berichtete, haben die Vorarlberger Gemeinden allein für 1989 mit einem Mehreingang aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 141 Millionen Schilling zu rechnen und auch das Gewerbesteueraufkommen ist stark im Steigen. Die Gewinner dieser Steuerreform sind neben dem Steuerzahler die Gemeinden, die im Jahre 1990 mit einem weiteren Zuwachs durch die Kapitalertragssteuer II rechnen können. Die bisherige solide Finanzpolitik des Landes soll auch 1990 fortgesetzt werden und die Nettoneuverschuldung 0 soll weiter beibehalten werden. Der Schuldenstand - wie es der Landesfinanzreferent schon dargetan hat - beläuft sich auf 1.150.000.000 Schilling und ist - und das ist glaube ich etwas, was die wenigstens wissen - mit 712.000.000 Schilling nicht ausgenützt, sodaß der effektive Schuldenstand nur 437.000.000 Schilling beträgt, wobei im Vergleich dazu die Stadt Bregenz 452.000.000 Schilling im Budget 1990 an Schulden ausweist. Diese Finanzen lassen es auch zu, daß, falls eine Konjunkturbremsung kommt, eine gewisse zusätzliche Verschuldung zur Ankurbelung der Wirtschaft möglich ist. Wir stehen damit im Spitzenfeld aller österreichischer Bundesländer, was den Schuldenstand anbelangt und sie beneiden uns auch darin.

Dadurch wurden auch erst Aktionen möglich wie die Familienförderung, die Pflegegelder sowie die Direktzahlungen an unsere Bergbauern und zwar, wie ich meine, auf Dauer. Leistungen der öffentlichen Hand, die wir erstmals in Österreich eingeführt haben, und wie auch Landesrat Lins schon dargetan hat, die von anderen Bundesländern nun teilweise übernommen werden. Das Budget 1990 fußt auf den guten Ertragsanteilen, einer relativ sparsamen Verwaltung und einer niedrigen Verschuldung, sodaß der frei verfügbare Spielraum immer noch Aktionen zuläßt. Die Hauptausgabenpost betrifft das Kapitel 4 - Soziales und Wohnbauförderung - wo bereits ein Viertel, oder genau 26,4 % des Budgets, einfließen. Trotz eines höheren Volkseinkommens wird jener Teil der Bevölkerung, der der öffentlichen Unterstützung bedarf - und hier verweise ich eben auf die neuen Förderungsaktionen Familienförderung, Pflegezuschüsse oder Bergbauernförderung - die zwar unter der Wirtschaftsförderung eingereiht ist - also immer wieder größer, der wir von der Landesseite soziale Mittel zukommen lassen müssen. Alle diese sozialen Aktionen sind damit zu einem zentralen Anliegen dieses Budgets geworden und sie sind - wie ich meine - noch nicht abgeschlossen und werden auch in Zukunft noch mehr Mittel erfordern.

Die Gruppe 2 - Unterricht und Erziehung - mit

1.758.780.000 Schilling zweitgrößte Ausgabenpost ist budgetmäßig für das Land nicht von dieser Bedeutung, weil diese mit über 66 % nur eine Durchläuferpost darstellen, da diese vom Bund refundiert wird. Der Gesundheitsbereich mit 1.460.000.000 Schilling an Ausgaben rührt von den Landesspitälern her, wo heute mehr Personal - 1.541 Beschäftigte - tätig ist als in der Hoheitsverwaltung und den sonstigen Betrieben des Landes mit 1.538 Beschäftigten. Zwar hat der KRAZAF die Abgänge aller Krankenanstalten etwas reduziert und läßt jährlich einige 100.000.000 Millionen ins Land fließen, die wir aber vorher alle als Steuer- und Beitragszahler einzuzahlen haben. War vor 10 Jahren die Gruppe 5 - Gesundheit - mit 11,75 % an den Gesamtausgaben im Landesbudget beteiligt, wird dieser Anteil 1990 bereits 18,76% betragen und dies, obwohl Vorarlberg in der Vorsorgemedizin seit Jahren sehr aktiv und erfolgreich ist. Der medizinische Fortschritt und die personalintensiven Dienste im Gesundheitsbereich lassen auch in Zukunft noch einiges an Mehrkosten erwarten. Die Krankenversicherungen können ihrer Aufgabenstellung immer weniger gerecht werden, wofür die öffentliche Hand einzuspringen hat. Von den Gesamtausgaben am Landeskrankenhaus Feldkirch mit 761 Millionen bzw. 741 Millionen ohne bauliche Maßnahmen leisten die Sozialversicherungsträger nurmehr 204 Millionen an Pflegegebühren, d.s. nur mehr rund 28%. Damit wird die Schere zwischen den Kosten und dem Kostenersatz deutlich sichtbar. Wie man diesen Teufelskreis politisch durchbrechen kann, wird immer schwieriger und grundlegende Änderungen sind nur auf Vorarlberg bezogen sicherlich nicht zielführend.

Bemerkenswert ist auch für uns noch der Rückgang der Mittel für Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr von 7,7 % im Jahre 1990 gegenüber 12,4 % im Jahre 1980. Das zeigt, daß der Straßenbau wesentlich reduziert wurde, aber gleichzeitig wurden die Mittel für den öffentlichen Schienenverkehr von 35 Millionen Schilling im Jahre 1980 auf 76 Millionen Schilling im kommenden Jahr erhöht.

Nun, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, die Verzögerungs- und Verhinderungstaktik, die Sie beim Kauf von Illwerke-Aktien durch das Land von der Republik Österreich hier darlegen, ist ein besonderes Kapitel unserer Landespolitik, das wir Freiheitlichen nicht verstehen und auch aufs Schärfste kritisieren - eine Gesellschaft, die durch das Land initiiert wurde, wobei weitblickende Verträge bei der Gründung dem Land die Wasserkraftausnutzung sichern, fiel durch den Staatsvertrag an die Republik Österreich. Der SPÖ ist es nun vorbehalten, diesen Rückkauf zu torpedieren. Ich meine, zuerst sind wir Vorarlberger, haben wir doch als Landtagsabgeordnete das Interesse des Landes wahrzunehmen. Der Bund war prinzipiell bereit, diese Aktien zu verkaufen. Jetzt wird durch den Verbund sogar der Kaufpreis lizitiert, jedoch hat der Wähler, wie wir meinen von der freiheitlichen Fraktion, Ihre Taktik durchschaut. Das Landtagswahlergebnis müßte Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, doch zum Nachdenken bringen. Es liegen Entwicklungschancen für unsere Wirtschaft bei den Illwerken brach, wobei Zeit auch Geld bedeutet und Zeit oft

durch Geld nicht mehr zu ersetzen ist Nutzen wir die gemeinsame Chance, die Illwerke, wie es schon im Firmennamen verankert ist, wieder zu Vorarlberger Illwerken zu machen. Die finanziellen Mittel zum Kauf liegen bereit, wie es aus dem Budget ersichtlich ist

Die S18, der Dauerbrenner politischer Auseinandersetzungen, hat durch das Veto vom Verkehrs- und Finanzminister beim Bau einer Tunnellösung unter dem Rhein einen neuen Rückschlag erlitten. Klar ist nun, daß der Bund nur die Brückenvariante finanziert und nun der politische Konsens im Land gefunden werden muß. Die generelle Planung ist von Bundesseite - Bautenministerium - genehmigt worden, sodaß die Detailplanung in Auftrag gegeben wurde und danach ab Mitte 1990 das Auflageverfahren beginnen kann. Wir Freiheitlichen sind immer zu einer Verbindung zwischen der österreichischen und der Schweizer Autobahn gestanden und meinen auch heute noch, daß sie gebaut werden muß. Die Verkehrszunahme auf der Rheinstraße, im speziellen der Ziel- und Quellverkehr, ist stark im Steigen begriffen. Wenn man, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich heute vorstellen müßte, wir hätten keine Autobahn im Rhetntal, dann erkennt man deutlich, daß es ohne diese Autobahn heute gar nicht mehr möglich wäre, diesen Verkehr zu bewältigen. Und ich gebe zu, daß das sicherlich bei vielen der Anrainer Nachteile gebracht hat, aber im Gesamtinteresse war es doch notwendig, die Verkehrsmagistrale im Rheintal zu erstellen und ich nehme an, daß auch die Magistrale in die Schweiz sozusagen die logische Ergänzung zur Rheintalautobahn darstellt.

Die Entscheidung zur Schaffung eines Landesentwicklungsfonds mit fast 30 Millionen Schilling, im wesentlichen durch den Zinsertrag von der Hälfte des Verkaufs der VKW-Aktien ist wirtschafts- und bildungspolitisch eine Weichenstellung für Vorarlberg, die unseren Facharbeitern Bildungsangebote eröffnet, die der Bund nie zustande gebracht hätte und andererseits unserer Wirtschaft hochqualifiziertes Fachpersonal sicherstellt. Diese Einrichtung ist auch flexibel genug, um auf Änderungen in der Nachfrage zu reagieren und gerade die Universitäts- und Hochschullehrgänge haben sich als Renner bewiesen. Technikum und Auslandsstipendien ergänzen und runden das Angebot des Landesentwicklungsfonds ab.

Die Umweltmaßnahmen des Landes sind nur dann - wie wir meinen - auf Dauer erfolgreich, wenn sie langfristig und grenzüberschreitend angelegt sind. Bei einer Bevölkerungsdichte von 950 Personen pro km² im Rheintal sind alle Voraussetzungen für Umweltprobleme, wie z.B. in den Bereichen Verkehr, Luft, Abwasser, Boden und Wald vorprogrammiert. Die wirtschaftliche und landschaftliche Gunstlage Vorarlbergs hat auch die Bevölkerung in den letzten acht Jahren von 313.577 auf 331.797, also um 18.220 Personen anwachsen lassen - der Größe von Lustenau, um das hier etwas plastisch darzustellen. Der Ausländeranteil stieg zwar um 2.540, die der Inländer allerdings um 15.690 Personen. Dieser Bevölkerungszuwachs ist ein Trend, der seit dem Zweiten Weltkrieg anhält und die Bevölkerungsprognose bis zum Jahre 2015 schätzt man mit 355.000 Einwohner, wobei dieser Zuwachs wie üblich

hauptsächlich im Rheintal und im Walgau stattfindet. Die Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen, Freizeiteinrichtungen steigt auch wie die Motorisierung. Waren 1980 noch 136.000 Kraftfahrzeuge angemeldet, so sind es heute laut dem letzten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1988 bereits 175.000 Fahrzeuge, also ein Plus von 28,5 % innerhalb von acht Jahren. Das Verkehrsaufkommen wird aber nicht nur durch die Zunahme der Kraftfahrzeuge in Vorarlberg, sondern auch durch den Touristenstrom, der sich in und durch unser Land ergießt, verstärkt. Und es ist interessant, in einem gestrigen Gespräch mit Herrn Landesrat Sausgruber haben wir erfahren, daß diese Kraftfahrzeugzunahme in Vorarlberg unterdurchschnittlich ist gegenüber dem Durchschnitt von ganz Österreich und daß Österreich wieder unter dem Durchschnitt von Europa liegt. Wir werden also dort auch in Zukunft noch einiges zu erwarten haben. Der stetige Zuwachs des Ziel- und Quellverkehrs wird uns zwingen, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten und hier bin ich mir mit dem Kollegen Keckeis als Vorredner einig, daß diese so zu gestalten sind, daß sie so attraktiv werden, daß zumindest der Pendler vom Auto zur Eisenbahn bzw. zum Bus wechselt (Zwischenruf Dr. Keckeis: Dann stimmen Sie mit bei dem Antrag, oder!) Herr Kollege Keckeis, ich möchte das vorweg nehmen, wir haben als freiheitliche Fraktion auch diesen Antrag gestellt, diese Mittel zu erhöhen, es wurde uns aber dargelegt, daß der Tarifverbund, den Sie wünschen wie wir, erst im Jahre 1991 kommt und damit für das Jahr 1990 keine Mittel benötigt werden. Über die andere Geschichte, die Sie angezogen haben und die ich auch bringen werde, bin ich auch Ihrer Meinung, daß der 20 %ige Anteil noch nicht das letzte Wort sein darf, daß hier also für die Gemeinden gewisse Verbesserungen stattfinden müssen, auch darüber sind Gespräche geführt worden. Es ist dies, wie der Landesrat Sausgruber gemeint hat, ein Ansatz, weil auch die Kostenexplosion hier etwas ist, das man noch nicht abschätzen kann, aber ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß auch in der Förderung des öffentlichen regionalen Verkehrs sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Das Land hat ja zum zweigleisigen Ausbau der Eisenbahn zwischen Bregenz und Feldkirch und jetzt zum weiteren Ausbau zwischen Feldkirch und Bludenz viele 100 Millionen mitbezahlt. Trotzdem, Herr Kollege Keckeis, ist der Erfolg bisher ausgeblieben, weil die Bahnstationen aufgrund der Zersiedelung im Rheintal nicht attraktiv - sprich - nahe genug vom Wohnort entfernt sind. Ein neues Bussystem ist unsere Eorderung, wobei sich Bahn und Post bisher als Busunternehmer nicht flexibel genug verhalten haben. Auch bevorrangte Busspuren müssen in Ballungsräumen zumindest getestet werden, sodaß die Attraktivität durch schnellere Fahrzeiten für die Busse steigt. Diesen Anreiz schätze ich höher ein als einen verbilligten Fahrpreis. Im Fahrpreisbereich müssen Zeitkarten Einzelkarten ersetzen, damit das Einsteigen rascher und die Aufenthalte verkürzt werden. Die Landesmittel, die Subventionierung für den öffentlichen Verkehr, wurde erst vor zwei Jahren eingeführt und betragen im kommenden Jahr 15 Millionen. Jedoch wird eine 20%ige Subven-

tionierung von regionalen Busbetrieben keine echte Hilfe für die Gemeinden darstellen, hier müßte eine Anhebung dieses Prozentsatzes noch möglich sein. Vor kurzem stellte die Firma Doppebnayr ein neues System für den Personennahverkehr vor, wobei sie die Kupplungstechnik aus dem Seilbahnbau für eine Konstruktion als Hochbahn mit festem Untergrund in der Mitte der bestehenden Straßen nutzen will. Vorerst sicher noch eine Vision, die relativ hohe Investitionskosten durch die Ein- und Aussteigepattformen sowie die Lifts erfordert, von den Betriebskosten aber - wie wir meinen - sehr attraktiv, da die Verkehrslösung mit sehr wenig Personal auskommt. Eine Anregung hierzu: Die Firma Doppelmayr wäre sicher interessiert, ihr System dem Landtag vorzustellen. Wir sollten nicht nur den Ausbruch des Ambergtunnels im Jänner besichtigen, sondern uns auch solchen neuen Entwicklungen offen zeigen. Im Verkehrsbereich zeigt sich, daß Bund, Land und Gemeinden eng kooperieren müssen, da der öffentliche Verkehr in Planung und Realisierung die Gemeindegrenzen übersteigt. Die finanzielle Problematik sehe ich nur dann bewältigbar, wenn, wie bei der Finanzierung des Abwasserproblems, das in der Vergangenheit auch eine riesige Finanzierungsproblematik beinhaltet hat, vielleicht langfristig man ebenfalls auf Bundeszuschüsse und verlorene Landeszuschüsse übergehen könnte.

Nun zu einem neuen Kapitel: Der Zahnärztekonflikt dauert nun schon - wie ich meine - zu lange auf dem Rücken der Bevölkerung, der Versicherten. Die Behandlung auf Krankenschein bei Zahnärzten ist abgebrochen und der Patient hat zuerst die Honorarnote selbst zu begleichen und erhält dann von der Gebietskrankenkasse einen Teil rückvergütet. Die Unsicherheit beim Patienten, was er selbst zu bezahlen hat, steigt, und die Folge davon ist, daß der Patient die Behandlung länger als nötig verschiebt. Die Lösungsansätze sind dadurch gekennzeichnet, daß die Gebietskrankenkasse an die gesamtösterreichische Honorarordnung beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger in Wien gebunden ist, aber andererseits durch den Abzug von Mitteln in gesamtösterreichische Spitalstöcke auch finanziell, glaube ich, kaum mehr in der Lage wäre, wesentlich höhere Zahnbehandlungskosten zu ersetzen. In dieser fast ausweglosen Situation haben die Zahnärzte den Vorschlag unterbreitet, die Patienten zum bisherigen Sozialtarif der Gebietskrankenkasse zu behandeln, wenn sie - die Patienten - es wollen, aber auch ein besseres Angebot an den Patienten zu stellen, wenn dies der Patient selbst wünscht. Die Mehrkosten zum Sozialtarif wären dann vom Patienten zu bezahlen. Dies lehnt die Gebietskrankenkasse - wie ich höre - in dieser Form ab, da der Patient entweder nur die Möglichkeit hat, die Grundversorgung auf Gebietskrankenkassenkosten in Anspruch zu nehmen, oder jede bessere Leistung voll selbst zu zahlen. Da die Sozialtarife aber nicht kostendeckend sind, wie die Zahnärzte nachweisen, muß dem Zahnarzt doch auch eine Möglichkeit eingeräumt werden, durch ein besseres Angebot auf seine Kosten zu kommen. Wenn die Gebietskrankenkasse nicht mehr als den Sozialtarif zahlen muß, kann es doch auch nur in ihrem Interesse gelegen sein, daß eine bessere Qualität auf Dauer auch ihr Kosten spart und die

Entscheidung, ob der Patient zusätzlich etwas dazu bezahlt, liegt ja dann voll und allein beim Patienten. Mehr Freiheit und Flexibilität für den Patienten kann und darf - wie ich meine - nicht durch die Sturheit der Gebietskrankenkassa eingeschränkt werden und es gäbe, wenn also hier die Lösungsmöglichkeit akzeptiert würde, wieder einen Vertrag zwischen den Zahnärzten und der GKK. Herr Landesrat Mayer, ich weiß, daß Sie in dieser Sache sehr bemüht waren, versuchen Sie doch alles, um mit der GKK und vor allem mit den von der Arbeiterkammer und Handelskammer entsandten Mitgliedern im sogenannten Aufsichtsrat der Gebietskrankenkassa auf diesen Kompromiß zu gelangen, der zum Vorteil der Versicherten, der Gebietskrankenkassa und der Zahnärzte wirksam werden würde, ohne daß hier die Verträge neu konzipiert werden müssen in der Höhe der Ersätze, die die Gebietskrankenkassa zu leisten hätte.

Im Gesundheitsbereich steht für uns die Frage der Integrierung des Unfallkrankenhauses Bregenz in das Städtische Krankenhaus Bregenz zur Entscheidung an. Baulich wollte man eine Verbesserung der Ambulanz im Unfallkrankenhause trotz Vorschlägen von Primarius Böckle nicht zulassen. Jetzt verschärft sich - wie wir meinen - die Situation, da die räumliche Beengtheit im Moment nicht überwunden werden kann. Wie stehen die Verhandlungen zwischen Stadt und Land sowie dem Eigentümer des UKH? Eine Entscheidung wäre schon längst fällig gewesen. Es darf keine Tabus bei diesen Überlegungen geben. Die Bevölkerung hat auch im Unterland das Recht auf eine optimale unfallärztliche Versorgung, wo doch die Einrichtungen des Krankenhauses Bregenz ebenfalls zur Verfügung stünden. Herr Landesrat, das Land als Spitalbehörde und als Träger der Krankenhausesgesellschaft ist daher in doppelter Hinsicht gefordert. Beschleunigen Sie die Verhandlungen, denn bis die baulichen Voraussetzungen geschaffen sind, vergehen noch einige Jahre und die sind - wie mir meinen - nicht mehr aufzuholen. Ansonsten darf man festhalten, daß die baulichen Ergänzungen im Landeskrankenhaus in Feldkirch und im Landes-Nervenkrankenhaus Valduna zügig voranschreiten.

Die sozialistischen Anträge zum Budget 1990 im Finanzausschuß brachten für unsere Fraktion keine wesentlichen Neuigkeiten. Die Musikschulförderung des Landes mit einem Drittel der Personalkosten wurde ja in der Vergangenheit in einigen Etappen erreicht und Ihr Antrag auf Erhöhung dieser Musikschulförderung ist, Herr Kollege Riedmann, unter dem Motto »Darf es ein bißchen mehr sein?« zu bewerten, wobei die gesamte Gemeindeförderung durch das Land nicht außer Acht zu bleiben hat. Man kann also sicherlich (Zwischenruf Riedmann: So leicht machen Sie es sich!) hier auf der einen Seite die Musikschulförderung wesentlich erhöhen und auf der anderen Seite die Dinge gleich belassen. Die Forderung nach Mitteln für die Errichtung einiger mobiler Hilfsdienste sehen wir als eine organisatorische Aufgabe, die die Gemeinden und die anderen Sozialeinrichtungen gegen Kostenersatz auch aus den Pflegeentgelten, die dem einzelnen zur Verfügung stehen, dann zu bezahlen wären. Die Familienförderung schon auf das erste Kind auszudehnen, meine Her-

ren von der sozialistischen Fraktion, ist wünschenswert. Nur würden für die Aufstockung diese 10 Millionen, die Sie hier in Ansatz gebracht haben, sicherlich nicht reichen, sondern es würde sicherlich das Zwei- bis Dreifache an Mitteln erfordern. Die Erhöhung der Darlehen an die VOGEWOSI - sprich - eine Verdoppelung von 100 auf 190 Millionen, wird nun schon seit Jahren von Ihnen gestellt, wobei die VOGEWOSI als Beispiel 1988 100 Millionen im Budget zur Verfügung hatte, aber davon nur 62,5 Millionen ausnutzen bzw. verbauen konnte. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Lassen Sie doch Private bauen!) Sie haben heute für diesen Finanzbedarf (Zwischenruf Elmar Mayer: Des müßt Dir aber zum Denka gi!) die VOGEWOSI als Vermittler dieser zusätzlichen 98 Millionen (Zwischenruf Dr. Keckeis: Do war ma kompromißfähig gewesen!) Wir sehen das Problem der fehlenden Mietwohnungen eher bei der Grundbeschaffung und den enorm steigenden Grundstückspreisen, wo sich gemeinnützige und private Wohnbauträger gegenseitig lizitieren. Hier liegt eine der Wurzeln, daß wir nicht nachkommen beim Mietwohnungsbau und dies vor allem in den Ballungszentren und es ist Bregenz heute hier als Beispiel genannt worden. Es wurde bis jetzt noch keine Mietwohnung aus Mangel an Wohnbauförderung nicht gebaut. Zudem werden die Mieter durch Annuitätzuschüsse auf 40 Schilling pro m² Wohnfläche zusätzlich zu den Darlehen heruntergestützt und wenn es dann nicht langt, ist auch noch die Wohnbauhilfe eine soziale Absicherung, wobei ich zugebe, daß heute die Mietzinse für Mietwohnungen relativ sehr sehr hoch sind (Zwischenruf Elmar Mayer: Die Errichtungskosten explodieren dabei! Unverantwortlich auch!) und sie werden durch die Grundstückspreise weiter steigen. Aber das hängt auch mit den Grundstückspreisen zusammen und ist nicht nur allein auf die Baukosten zurückzuführen. Abgelehnt wurden auch die Umweltberaterstellen bei den Bezirkshauptmannschaften, die laut Ihrem Antrag mit 8 Millionen dotiert werden sollten. Wir meinen, ein hoher Betrag, der im Moment im Budget keinen Platz finden konnte. Auch dem Zuschuß an den Arbeitersamariterbund wurde, wie in den Vorjahren, nicht stattgegeben, wogegen aber bei der Beschlußfassung über das neue Rettungsgesetz das bisherige Monopol des Roten Kreuzes auch von unserer Fraktion neu durchleuchtet werden wird. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Wo es abgelehnt wird, nicht durchleuchtet!) Das BFI sollte nach Vorstellungen der Sozialisten um 150 % mehr gefordert werden. Hier vertritt die FPÖ den Standpunkt, daß zuerst das Angebot an Weiterbildung besser koordiniert werden müßte - und wie wir hören, dem BFI zum Teil nicht einmal die Lernwerkstätten für die Kurse zur Verfügung stehen. Alle anderen Anträge wurden angenommen bzw. deren Umsetzung zugesichert. Die alternative Fraktion konnte ihre Anträge im Finanzausschuß nicht stellen, da sie durch kein Mitglied vertreten ist. Wir werden aber sicher ihre Wünsche noch heute in diesem Hohen Hause erfahren. Die freiheitliche Landtagsfraktion wird diesem Budget 1990 ihre Zustimmung erteilen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Souverän! »Vorarlbergs Finanzen sind Ordnung! Das Land Vorarlberg wird schon zum sechsten Mal keine neuen Schulden machen«, diese Jubelmeldungen gingen bereits vor einigen Wochen über die Hofberichterstattung, die Vorarlberger Landeskorespondenz, an die Öffentlichkeit. »Die Stimmung in der Regierung ist optimistisch - die Budgetsteigerung von 5,9 % entspreche der Zunahme des Bruttoinlandprodukts - die Konjunkturdaten für 1990 sagen ein reales Wirtschaftswachstum von 3 bis 3,4% voraus - »das Land« - wer immer das auch sein mag - »darf sich also auf hohe Steuereinnahmen freuen«, verkündet ebenfalls die VLK.

Nun läßt sich jedoch Ökonomie längst nicht mehr auf Quantitatives reduzieren. Ein Anstieg der Zahlen heißt nicht länger nur Fortschritt, ein Rückgang signalisiert nicht automatisch Abschwung. Die Ideologie der Zahlen ist längst überholt, angesichts der ökologischen und sozialen Zustände untragbar. Konjunkturdaten mit der Wirklichkeit gleichzusetzen ist am Rande des Öko-Kollaps unverantwortlich. Sich auf die Wirtschaftsforscher, die vor ihrer imaginären Glaskugel sitzen und Zukunftsprognosen stellen, zu verlassen, erscheint mir eine überholte Wirtschaftspolitik.

Die wahren Daten, die der volkswirtschaftlichen Auswirkungen durch Umweltbelastungen, bleiben weiter im Verborgenen. Daran ändert auch die vielgepriesene neue Schwerpunktsetzung im Budget, wie sie von der ÖVP mit stolz geschwellter Brust verkündet wird, nichts. Die Schwerpunkte Umweltschutz und Soziales werden gesetzt, weil die Finanzpolitik des Landes so hervorragend sei, läßt sich Landesrat Lins in der VLK zitieren (VLK Nr. 280). Ich finde es sehr nett vom Herrn Landesrat, daß er so gut ge wirtschaftet hat, damit für uns auch noch etwas übrig bleibt. Vorweihnachtszeit ist auch noch, also spendiert man 306 Millionen für den Umweltschutz und 40 Millionen für die Altenpflege...

Nun wäre es aber, denke ich, an der Zeit, einmal darüber nachzudenken, woher dieses Geld, das wir in den nächsten Stunden und Tagen verteilen werden, worüber wir entscheiden werden, kommt: Trockene Zahlen, gebunden in mehrere Kilo Papier - Zahlen, hinter denen sich jedoch nackte Realität verbirgt: Die Realität der sozialen Ungleichheit. Vieles passiert bei uns immer noch nach dem Prinzip »Wer hat, der bekommt, weiß auch, wo er sich immer mehr holen kann.« Das Lotteriespiel, viele zahlen und nur wenige ziehen das große Los, ist ein gängiges Lotteriespiel in unserer Gesellschaft. Leider stehen die Sieger von Anfang an fest. Dazu einige Fakten: Zwischen 1981 und 1987 ließ der Nationalrat die Verteilungswirkung der öffentlichen Ausgaben untersuchen. Das Ergebnis ist ein trauriges: Teilt man die Bevölkerung in drei Einkommensdrittel, dann profitieren die Reichsten mit 57 % am Straßenverkehr, das untere Drittel mit schlichten 9 %. Vom Bildungssystem haben die Besserverdienenden ebenso mehr als die Menschen aus dem unteren Drittel - genauso wie vom Recht, das ist zu 54 % für die Reichen und zu 16 % für die Armen da. Die Wohnbau- und Familienförderung wird

nach demselben Muster betrieben. 65 % der Zinserträge gehen an die Upperclass, 12 % an das untere Drittel. Im Bericht heißt es dazu schlicht: »Damit hat sich die Abgabenlast von den Unternehmen zu den Haushalten, von den Besitzereinkommen zu den Arbeitseinkommen verschoben.«

Genug bekommt das untere Drittel unserer Gesellschaft jedoch von der Umweltmisere mit. Hier verläuft die Verteilung umgekehrt. Gesundes, ruhiges Wohnen, bewußtes Leben, schadstoffarme Ernährung kosten Geld. Geld, das sich nur ein Bruchteil der Bevölkerung leisten kann. Schuld daran ist nicht zuletzt die ungerechte Preispolitik, die die Massenproduktion fördert und qualitativ hochstehende Produktion von Nahrungsmitteln z.B. in unrealistische Zahlen drängt.

Wir fordern keine Umweltpolitik, wie sie dieses Budget vorsieht, nämlich Reparatur an bereits vorhandenen Schäden - reine Fassadenpolitik, wir fordern eine zukunftsweisende, Umweltpolitik, die immer auch Sozialpolitik sein muß und sein wird.

Wir fordern - und das werden Sie auch aus unseren Anträgen ersehen - ein unabhängiges Öko-Institut für das Land Vorarlberg, wir unterstützen die Forderung der SPÖ nach einem Emissionskataster, damit endlich an die Ursachen der Umweltbelastung gegangen werden kann, wir fordern ein Bodenschutzgesetz und wir fordern die Installation von Umweltberatungsstellen in Vorarlberg. Zum Anfang zwei Stellen - eine in Bregenz, eine in Feldkirch, mit jeweils vier Menschen besetzt, die vorsorgende Umweltmaßnahmen in beratender Weise an die Bevölkerung, aber auch an die Gemeinden vermitteln können. Wir haben unter diesem Budgetposten 4,5 Millionen Schilling vorgesehen und haben auch einen Bedeckungsvorschlag dafür. Und zwar sollten die 4,5 Millionen umgewidmet werden aus der Parteienfinanzierung.

Wenn ich der Parteienfinanzierung ein Parteienförderungsgesetz, wie es von uns bereits bei der letzten Sitzung gefordert wurde und an den Rechtsausschuß verwiesen wurde, zugrundelege und eine gerechte Aufteilung der öffentlichen Mittel an die verschiedenen im Landtag vertretenen Parteien, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Rünzler's Pension hätt'scht no nit!) dann würden 5 Millionen gespart werden. 5 Millionen an öffentlichen Geldern, die man wieder dorthin zurückverteilen könnte, woher sie kommen, nämlich an die Bevölkerung über diese Umweltberatungsstellen.

Ein weiterer Posten, wo wir uns ca. 5 Millionen ersparen würden, wären die Beiträge des Landes an den Pensionsfonds - an den Pensionsfonds für die Landtagsabgeordneten und Mitglieder der Landesregierung. Ein Pensionsfonds, der mit über 5 Millionen in diesem Jahr aus öffentlichen Geldern gefördert wird, ein Pensionsfonds, der dazu da ist, Ihnen allen gutgepolsterte Zweitpensionen zu finanzieren. (Zwischenruf Halder: Jo, denn gond Ihr mit am guta Beispiel vora...! - Zwischenruf Flinspach: Das möchten wir bezweifeln!) Wenn wir von sozialer Ungleichheit reden, können wir uns, wir Politikerinnen und Politiker (Zwischenruf Dr. Häfele: Ihr beschließt des jo! Zwischenrufe - Glocke! Präsident: Das Wort hat die Frau

Kräutler-Berger!) - Arnulf, ich denke, ich werde in Deinem Sinne argumentieren, wenn man mich läßt. Wir sollten uns selbst an der Nase nehmen, wenn es darum geht, die soziale Ungleichheit auszugleichen, indem wir unsere Privilegien abbauen, weil wir sind ja schließlich der einzige Berufsstand, der sich seine Verträge selber macht, der sich seine Gelder selber zuschanzen kann. Ich rede hier auch von grünen Politikern, die - was ja menschlich ist - von diesen Privilegien auch Gebrauch machen. Ich halte es nicht (Zwischenruf Halder: Dia hond o' allad fescht g'schumpfa!) für gut, daß der Verwaltungsvorstand des Pensionsfonds eine Berufsunfähigkeitspension an den ehemaligen Abgeordneten Rünzler zuerkannt hat, ohne daß dieser Mann dieselben Schritte machen mußte wie ein ganz normal sozial- und Pensionsversicherter Angestellter. Wenn ihm von der ASVG diese Berufsunfähigkeit zuerkannt würde, wäre ich auch dafür, daß es von diesem Pensionsfonds gemacht wird, solange es diesen Fond noch gibt. Ich bin übrigens dafür, daß man diesen Fond schlicht und einfach abschafft, weil jeder und jede von uns verdient genug Geld, um sich eine private Pensionsversicherung leisten zu können. Ich bin auch dagegen, daß ich als Abgeordnete zwangsverpflichtet werde, 5.000 S im Monat in einen Pensionsfonds einzuzahlen, um dann Leute wie einen Herrn Vetter, einen Herrn Rünzler usw. zu finanzieren. Das zu diesem Thema.

Ich wäre sehr froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie einen Antrag von uns unterstützen würden in den nächsten Tagen, daß der Verwaltungsausschuß des Landtages, der wir alle sind, zusammentreten möge, um über dieses Problem der Pensionszuerkennung zu reden.

Um auf das Budget zurückzukommen, die Tatsache der sozialen Ungleichheit wird in diesem Budget nicht berücksichtigt. Die Tatsache, daß eine zukunftsweisende Umwelt- und Sozialpolitik vonnöten ist, ist nur in Ansätzen verwirklicht. 285,7 Millionen Schilling werden für den Straßenbau budgetiert, davon nur 15 Millionen für den öffentlichen Nahverkehr, demgegenüber steht eine Förderung für den Schienenverkehr von 75,9 Millionen. Ich denke, das sind Zahlen, die für sich sprechen. Wir beantragen weitere 20 Millionen für verkehrsberuhigende Maßnahmen an der Bundesstraße zwischen Lochau und Höchst. Gleichzeitig mit diesen verkehrsberuhigenden Maßnahmen sollte die Straßenbahnlinie Bregenz - Lustenau projektiert und verwirklicht werden. Der Herr Kollege Mader hat bereits die Idee der Firma Doppelmayr angepriesen, ich scheue mich nicht, die Idee des Verkehrsclubs Österreichs anzupreisen, nämlich diese des Baues einer Straßenbahn. Und die Experten des Verkehrsclubs sind sicher ebenfalls gerne bereit, dem Landtag über diese Idee mehr an Informationen zukommen zu lassen. Ich bitte Sie, Herr Schwarz, würden Sie das auch notieren.

Um einen zweiten wichtigen Punkt, den schon der Herr Kollege Keckeis erwähnt hat, der in diesem Budget wieder einmal sehr einseitig berücksichtigt wurde, zu erwähnen - die Wohnbauförderung. Es passiert eine einseitige Wohnbauförderung. Es wird durch diese Darlehensvergabe weiter die Versiegelung und die Zersiedelung unserer Landschaft, die beispiellos in Österreich ist, forciert. Häusle-

bauer werden weiter in tiefe Verschuldung getrieben. Kollege Keckeis hat bereits die große Zahl der Scheidungen angesprochen (Zwischenruf Dr. Lins: Sie sollten sich das ein bißchen besser überlegen, bevor Sie so etwas sagen!) - Wenn Sie mir zuhören würden, würden Sie vielleicht dann auch wissen (Zwischenruf Dr. Lins: Ja, wissen Sie, manches reizt zum Widerspruch!) was ich damit sagen will. Fragen Sie vielleicht einmal im IFS nach bei der Entschuldungsberatung und lassen Sie sich dort informieren, wie die Tatsachen in diesem Lande sind. Die Darlehen aus der Wohnbauförderung in Zahlen: 140 Millionen für gemeinnützige Bauträger, 540 Millionen für private Haushalte (Zwischenruf Dr. Lins: Na ja, Eigentumsbildung steht Ihnen nit gut!) - Diese Zahlen beweisen die Einseitigkeit dieses Budgets. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Herr Landesrat, das steht Ihnen besser!) Ich frage'mich, wann werden endlich genug günstige Mietwohnungen geschaffen, wird endlich diesem Häuslebauer-Wahnsinn ein Ende bereitet? Lieber Herr Landesrat Lins, ich denke, Sie haben in der Regierung Gelegenheit genug, sich zu äußern, lassen Sie mich doch diese paar Sätze zum Ende führen. (Zwischenruf Dr. Lins: Machen'S des nur!)

Mit der Familienförderung für Familien, die mindestens zwei Kinder vorweisen können, betreibt die ÖVP arge Ungleichbehandlung. Wir fordern die Familienförderung auch für Frauen und Männer (Zwischenruf Holzer: __ ohne Kinder!) mit nur einem Kind. Nichts destotrotz, diese Förderung könnte ein erster Schritt sein, ein erster Schritt zur gesellschaftlichen Anerkennung der Kinderbetreuungsarbeit und der Hausarbeit. Weitere Schritte: Eine entsprechende Entlohnung für diese Arbeit und die Pensionsberechtigung dafür müssen folgen.

Wir verstehen dieses Budget mit den vielgepriesenen Schwerpunkten als einen weiteren Ausdruck dafür, daß die Ideologie der Zahlen, daß technokratisches Denken noch allzu tief in den Köpfen der Machthabenden, hier der ÖVP, verwurzelt ist. Ansätze zu einem Umdenken zeigen sich und sollen auch anerkannt sein. Ich denke, es wird, was die Verkehrspolitik anbelangt, durch die Trennung in einen konzeptionell arbeitenden Landesrat und in einen betonierenden Landesrat, doch einiges an neuen Ideen Fuß fassen können. (Zwischenruf: A Hirn und Beton...) Ich möchte hiermit dem Herrn Landesrat Sausgruber Vorschußlorbeeren überreichen, ich hoffe, daß er sie verdient. (Zwischenruf Halder: Darum ist er auch gegangen!) Er hat nicht gewußt, was auf ihn zukommt.

Die grün-alternative Fraktion wird dem Landesvoranschlag aus diesen genannten Gründen nicht zustimmen. Ein weiterer Grund für unsere Ablehnung ist aber auch die demokratisch sehr bedenkliche Art und Weise, wie dieses Budget erstellt wurde. Die ÖVP erarbeitet in einer Klubklausur einen Budgetentwurf (Zwischenruf Landesrat Mayer: Das können Sie auch machen! - Zwischenruf Greber: So gut wie Sie!), läßt ihn vom Klubobmann via ORF in die Öffentlichkeit posaunen, schließlich läßt sie diesen Entwurf von der Regierung als Antrag einbringen, die Landtagsabgeordneten bekommen diesen Budgetentwurf drei Wochen vor der Budgetsitzung zu Gesicht - gnadenhalber - im Finanzausschuß darf die Opposition über die-

sen Entwurf diskutieren, darf Fragen stellen - auch ein paar Anträge - um den Schein der Mehr-Parteien-Demokratie in diesem Land zu wahren und schlußendlich beschließt der Landtag den längst beschlossenen Voranschlag. Oder vielleicht doch nicht. Vielleicht steht der eine oder die andere von Ihnen auf, erinnert sich daran, daß er/sie Volksvertreter/in ist, daß er Bauernvertreter, daß sie Frauenvertreterin, daß er Jugendvertreter ist und bringt entsprechende Anträge ein, unterstützt vielleicht Anträge der Opposition. Es wäre schön - ich lasse mich gerne überraschen.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Aberer.

Aberer: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Wie man den Ankündigungen der beiden Tageszeitungen vom Dienstag sowie der bisherigen Wortmeldung der SPÖ und der GAV entnehmen kann, so ist es das Faktum, daß dieser nun zur Diskussion stehende Voranschlag 1990, trotz vielfacher Übereinstimmung in Sachfragen, die beiden Fraktionen, diesen Vorschlag nicht gutheißen werden. Kollege Keckeis, für mich war Ihre Rede eigentlich eine Auflage üblicher Art, lediglich, daß Sie die Fraktion der ÖVP als »unkritische Jasager« und als »Ausfall« bezeichnen, darf ich Ihnen nur sagen, Sie werden in nächster Zeit über die innovatorische Kraft dieser ÖVP sicher noch vieles hören, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ischt alles relativ!), aber solche Wortmeldungen bedeuten für uns ein noch engeres Zusammenrücken. (Zwischenruf Riedmann: Warum, sind Ihr scho so wit usanand?) Redeschlachten werden angekündigt, Zustimmungen zu Anträgen werden als die »aufrichtigste Form der Schmeichelei« herabgewürdigt und es wird angekündigt, daß die Ablehnung allein zuwenig sei, man könne im Landtag Dinge nicht vom Tisch wischen, was völlig richtig ist.

Zu den Redeschlachten: Wir haben es seltsam gefunden, daß im erweiterten Präsidium die Vertreter der SPÖ auf die Geschäftsordnung verwiesen und eine gewisse Redezeitbeschränkung - wie sie schon viele Jahre früher gehandhabt wurde - ablehnen. Unser Klub wird in den sicher vielen Wortmeldungen seiner Mitglieder versuchen, sich trotzdem kurz zu fassen. Und ich glaube, um den Zwischenruf vom Kollegen Häfele insofern zu beantworten - die Kürze hat nicht unbedingt damit gemessen zu werden, daß man sich nicht anstrengt und arbeiten will. Im Gegenteil, (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie hängt mit der Länge der Aktenvermerke zusammen, die die Abgeordneten von der Regierung bekommen.) durch das, daß man sich kurz faßt und die Dinge komprimiert, muß man sogar noch mehr denken, als wenn man lang und ausschweifig reden will. Das ist meine Auffassung. Bezüglich den Zustimmungen zu SPÖ-Anträgen verhält es sich so, daß Zustimmungen unsererseits sachlich begründet und im Rahme einer parlamentarischen Demokratie absolut gang und gäbe sind und von der Volkspartei in diesem Hohen Hause jetzt, in der Vergangenheit und auch in der Zukunft weiter praktiziert werden. Auf das Faktum »vom Tisch wischen« bei Anträgen, die wir aus grundsätzlichen oder budgettechnischen Gründen ablehnen, nehmen wir die Diskussions-

aufforderung selbstverständlich gerne an, wir werden sicher gute Gründe ins Treffen führen können, um Ablehnungen zu rechtfertigen.

Geschätzte Damen und Herren, Landesfinanzreferent Dr. Guntram Lins hat in seiner unnachahmlichen Art für sein Budget 1990 geworben. Er hat in seiner wirtschaftlich-kulturellen Art eine Budgetrede gehalten und hat dabei gute politische Kultur signalisiert. Er stellt fest, daß es auf der Basis einer gesunden, florierenden Wirtschaft, auf der Basis eines gerechten, sozialen Ausgleichs in den kommenden Jahren möglich sein müßte - 1. Die Erhaltung oder Wiedererringung einer Umwelt, die die Lebensgrundlagen Wasser, Luft und Erde bewahrt, zu erreichen. 2. Daß mehr Bildung mehr Humanität bedeutet und 3. Daß Kunst und Kultur jene Aspekte des Lebens sind, die den Menschen über den Alltag hinaus bereichern und seinem Leben wirklich Sinn geben. Ich möchte diesen angesprochenen Ton weiterführen und meine: Es gibt immer ein Stückchen Welt, das man verbessern kann! Sich selbst - nämlich seelisch, geistig und körperlich. Die Familie - Wohnraum, Arbeitsplatz, materielle Absicherung. Die Nachbarschaft - ganz wichtig - nämlich die Umwelt und Initiativen. Die Gemeinde - Infrastrukturen, Erreichung von Lebensqualität. Das Land - ortsübergreifende Infrastrukturen, kulturelle Impulse, gesteigerte Anstrengungen im Bereich der Eigenverantwortlichkeit sowie das Bestreben, die Föderalismusdiskussion nicht einschlafen zu lassen. Den Bund - Rückführung der Verschuldung, Abbau der überwuchernden Bürokratie.

Zu all den angeführten Punkten haben der Vorarlberger Landtag und die Vorarlberger Landesregierung in den letzten Jahren Großes getan. Daß überall noch verbessert werden kann, liegt in der Natur der Sache, daß es aber dort, wo es dem Land möglich war, auch getan wurde, ist auf eine ganz konsequente Finanz- und Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Beispielsweise konnten die Ausgabenreduzierungen für Darlehenszinsen und den Straßenbau zu verstärkten Förderungen der Familien, von alters- und chronischkranken Mitmenschen, für die neue Bergbauernförderung, um nur einige zu nennen, herangezogen werden. Dazu einige Vergleichszahlen bzw. Schwerpunkte:

	VA 1985 in Mio. Schilling	VA 1990	
Umweltschutz	246 308		+ 25,1%
Wohnbauförderung	953 1,065		+ 11,88%
Krankenanstalten, ohne bauliche Maßnahmen	787 1,037		+ 31,77%
Soziale Wohlfahrt (insgesamt)	526 970		+ 84,22%
davon Behinderten- und Blindenhilfe	158 313		+ 98,98%
davon familienpolitische Maßnahmen	1 52		
Land- und Förderung	180 270		+ 20,81%
Bildung und Wissenschaft	86 172		+ 99,13%

Gemeindeförderung inkl.			
Bedarfszuweisungen	614	739	+ 18,83%
Zinsaufwendungen	170	84	- 49,51%
Bau- u. Erhaltung von Landesstraßen	303	208	- 31,41%

Unter Nachvollziehung von Bestimmungen der Europäischen Konvention wird zürn Ende des kommenden Jahres ein Senat für Verwaltungsstrafsachen ins Leben gerufen. Dieser wird nicht im Landhaus seinen Sitz haben, wird mit mindestens vier Juristen und den notwendigen Kanzleikräften seine Tätigkeit aufnehmen. Die Verwaltungsstraffälle werden dann in zweiter Instanz nicht nur vom Amt der Landesregierung, sondern von diesem neuen Senat bearbeitet werden. Damit komme ich schon zum Bereich der Bediensteten dieses Landes: Nachdem allenthalben in unserem Land im Bereiche der Mindestlöhne nach wie vor das Ziel 10.000,- S brutto für eine volle Monatsleistung angestrebt wird, darf ich neuerlich - ich habe das schon mehrmals getan - betonen, daß im Landes- und Gemeindedienst dieses Ziel schon vor vier Jahren erreicht wurde. Mit dem Beschluß der Landesregierung von gestern werden die Bezüge der Landes- und Gemeindebediensteten ab 1. Jänner 1990 zufolge der Gewährung einer 2,8 %igen Teuerungszulage für den Mindestlohn im Angestelltenbereich auf 11.275,- S und bei den Arbeitern auf 11.320,-S angehoben. Die Haushaltszulage wird ab 1.1.1990 512,- S, die Kinderzulage für das erste Kind 565,-, für das zweite Kind 589,- und das dritte 615,- S betragen, eine familienpolitische Maßnahme, die für die Erziehung der Kinder eine enorme Hilfe bedeutet. Ich darf aber auch berichten, daß die Verhandlungspartner Land/Gemeindeverband und die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes und jene der Gemeindebediensteten übereinkamen, auch eine Realloohnerhöhung auf eigenständiger Basis vornehmen zu wollen, allerdings die entsprechenden Übereinkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes abwarten wollen, um eine gerechtere Zuweisung von Erhöhungsbeträgen, wie vorhin erwähnt, eigenständig festzusetzen. Gleichzeitig ist eine Kommission eingesetzt worden, die ein neues Lohn- und Gehaltsschema erarbeiten soll, bei welchem der Lebensverdienst anders aufgeteilt werden soll mit der Maßgabe, daß die ersten 15 Jahre höhere Steigerungsbeträge im Bereiche der Biennalsprünge mitmachen und im Bereich der Höchstbeträge merklich niedrigere Ansätze auszuweisen wären. Fürwahr eine sehr sehr schwere Aufgabe unter Berücksichtigung des Art. 21 der Bundesverfassung, in welchem den Landtagen das Recht eingeräumt wird, das Dienst- und Besoldungsrecht der Landes- und Gemeindebediensteten sowie das Personalvertretungsrecht derart zu regeln, daß der Übertritt von Bediensteten des Bundes, der Länder und der Gemeinden ohne besondere Schwierigkeiten ermöglicht sein muß. Verhandlungen des Spitalerhalterverbandes mit den Spitalbediensteten sind im Gange, hier geht es insbesondere darum, die Zulagenordnung neu zu überdenken und auch den Bereich der Altenpflege, was die Bezahlung anbelangt, mit in die Zulagenordnung auf-

zunehmen. Über den Stellenwert der in der Altenpflege Tätigen und deren Ausbildung zeichnet sich hoffentlich auf Bundesebene bald eine Lösung ab. Die entsprechenden Vorstellungen des Landes und diverser Institutionen sind bereits erfolgt. Damit komme ich direkt zur Bundesstaatlichkeit, zum Föderalismus. Für jeden Bürger unseres Staates wird es in jenem Moment klar, daß es eine Gewaltentrennung, eine Aufgabenteilung, eine Zuständigkeit zur Erledigung gewisser Anliegen und Ansprüche braucht, wo er Anliegen, Anträge oder Rechtsansprüche bei Behörden beantragt. Ausgehend von der Volksabstimmung 1980, finalisiert durch das »8-Punkte-Programm« vom Jänner dieses Jahres, muß ständig mahndend und fordernd in den politischen Entscheidungszentren in Wien agiert werden. Mit der großen Koalition auf Bundesebene sind diese Dinge nicht leichter geworden, ja sie sind ausgesprochen zäh und es wird zunehmend schwerer, Erfolge zu erzielen. Bestes Beispiel ist der Bahnhofsneubau in Bregenz: Es wäre sicher einiges besser herausgekommen, wenn hiesige Baubehörden, was die Baulichkeit anbelangt, das Sagen gehabt hätten. Aber gerade solche Beispiele werden uns immer wieder beflügeln, nicht locker zu lassen und die Föderalismusbestrebungen aktiv zu betreiben, dazu gehört auch der heutige Tagesordnungspunkt 7 betreffend den Schutz der Bevölkerung vor atomarer Strahlung.

Damit komme ich auch schon zur aufgeworfenen Frage der Parteienfinanzierung. Geschätzte Damen und Herren! Wenn Landeshauptmann Ulrich Ilg, ein sicher sehr sparsamer, weitsichtiger aber auch konservativer Volksvertreter, schon im Jahre 1951 eine Parteifinanzierung beantragte und sie auch durchsetzte und diese Förderung in der langen Zwischenzeit verfeinert, ausgebaut und den heutigen Verhältnissen angepaßt und nunmehr eine Höhe von 16.948.000 S erreicht, so hat die Vorarlberger Landesregierung völlig richtig gehandelt und diese vielen Übereinkommen der letzten Jahre in einer Zusammenfassung mit Datum 5. Dezember 1989 festgeschrieben. Die widmungsgemäße Verwendung der empfangenen Gelder ist spätestens im nächsten Kalenderjahr dem Amt der Landesregierung nachzuweisen. Die Förderungsgelder, die Mitgliedsbeiträge sowie allfällige Spenden setzen die politischen Parteien in die Lage, ihre Aufgaben im Sinne ihrer Wähler zu erfüllen. Die innere Kontrolle (Kontrollausschüsse, Prüfbericht eines beeideten Buchsachverständigen) ist jeweils durch die Satzungen dieser Parteien gewährleistet. Ich darf nur noch einen Satz dazu sagen: Es ist sicher einer der Hauptgründe, daß Skandale, Korruption und Freunderlwirtschaft in unserem Lande praktisch nicht stattfinden, daß es seit Jahrzehnten eben eine entsprechend kontrollierbare Förderung der im Landtag vertretenen Parteien gibt. Es gibt sicher noch Gelegenheit, bei der Behandlung des Antrages der GAV auf spezielle Dinge ihrer Anregungen einzugehen. Auf jeden Fall etwas darf ich Ihnen, geschätzte Frau Kollegin Kräutler-Berger zu verstehen geben: Fondsaufösungen ohne Rechtsansprüche zu berücksichtigen, das braucht sehr viel Überlegung und sicher werden auch wir mit Ihren Argumenten uns auseinander zu setzen zu haben, aber ich sage Ihnen jetzt schon, Rechtsansprüche stehen ganz ganz oben an. Das

zur Behandlung und Beschlußfassung anstehende Budget 1990 des Landes Vorarlberg umfaßt eine Rekordhöhe von 7,778 Mrd. aber verzeichnet nur eine Steigerung zum Budget des Vorjahres um 5,89 %. In diesem Voranschlag 1990 werden Strukturen verstärkt, sodaß die Schwerpunkte »Sozialer Wohnbau, Soziale Wohlfahrt, Gesundheit, Bildung, Kultur sowie die Sicherheit und der Verkehr«, teilweise überproportional, dotiert sind. Eine Netto-Neuverschuldung findet nicht statt, die Schulden sowie der Schuldendienst sind rückläufig, die Rücklagen nehmen zu, sodaß ich als Klubobmann der Volkspartei im Namen aller meiner Kolleginnen und Kollegen gerne dieser Regierungsvorlage, die sorgfältig vom Finanzreferenten und seinen Mitarbeitern erarbeitet wurde, zustimme.

Präsident: Als nächster in der Generaldebatte zum Wort, gemeldet ist der Abg. Stadler. Ich erteile ihm das Wort. Ich möchte aber besonders darauf aufmerksam machen, daß wir uns in der Generaldebatte befinden, also nicht spezielle Themen, die einzelnen Kapiteln zugeordnet werden können, behandeln.

Stadler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Das letzte Mal hat mich die sozialistische Fraktion als »Wadelbeißer« bezeichnet, heute ist der Terminus gefallen, wir seien ein »Schoßhündchen«. Als ein Kopf dieses Schoßhündchens, kann ich den Damen und Herren der sozialistischen Fraktion sagen, daß ich nichts dagegen habe, wenn Sie in der Terminologie der Kynologie bleiben, denn wenn Ihnen dies das Leben mit uns leichter macht und den Umgang - sei's drum, wir tun ja alles, um das Leben der Oppositionsfraktionen zu erleichtern. Nun aber zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen, insbesondere was die Sache mit dem Pensionsfonds anbelangt. Nur ein Wort dazu, ich möchte nicht sehr speziell werden: Die Fondsabschaffung, glaube ich, steht hier nicht zur Diskussion. Und wenn Sie hier behaupten, es sei etwas endgültig entschieden worden, so möchte ich dem widersprechen. Mein Wissensstand ist der, daß in der Sache Rünzler noch kein endgültiger Beschluß gefaßt wurde, sondern daß hier noch ein Gutachten einzuholen ist und dann endgültig entschieden wird. Aber eines, Frau Kollegin, muß ich schon feststellen: Es fällt schon auf, daß von den fünf Leuten Ihres Couleurs, die bisher vor Ihnen im Landtag hier gesessen sind, zwei eine Berufsunfähigkeitspension haben wollen. Sie werden keinen Freiheitlichen finden, der ein derartiges Ansinnen je an den Landtag gestellt hat. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Aber Freiheitliche, die das unterstützen!) Meiner Ansicht nach wäre es besser statt den Fonds abzuschaffen, die Satzungen des Fonds zu überarbeiten, denn ich stimme mit Ihnen darin überein, daß ein Politiker, wenn es um eine Berufsunfähigkeitspension geht, keine Sonderbehandlung gegenüber sonstigen ASV- und ähnlich Versicherten haben soll, sondern daß hier der Fonds ebenfalls ein Gutachten eines Vertrauensarztes einholen sollte, bevor aufgrund eines Gutachtens, das der Ruhegenußwerber selbst bringt, über die Sache entschieden wird. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wieso hat denn Ihr Klubobmann zugestimmt?) Es ist ja

noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden, das ist mein Wissensstand. (Zwischenruf Elmar Mayer: Des ischt a glatte Lüge!) Meine Damen und Herren, das Budget 1990 - (Zwischenruf Elmar Mayer: Ihr Klubobmann war die treibende Kraft! - Glocke!) - Soweit ich informiert bin, ist noch ein Gutachten einzuholen, wenn Sie das Gegenteil behaupten, so muß ich sagen, (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie wollen sich verstecken mit ihren Beschlüssen! - Glocke! Präsident: Bitte um Ruhe!) stimmt das nicht mit dem überein, was wir an Informationsstand haben. (Zwischenruf Elmar Mayer: Nit dann den anderen die Schuld zuschieben!) Schuld braucht man gar niemandem zuschieben, es sei denn, daß man die Frage klärt, ob es klug war, damit vorzeitig, bevor ein endgültiger Beschluß gefaßt wird, an die Öffentlichkeit zu gehen und die Öffentlichkeit unruhig zu machen, weil man damit Politik betreiben möchte. Das ist eine andere Frage, dann kann man über Schuld reden. (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie wollen sich verstecken mit Ihrem Budget!) Das Budget 1990, meine Damen und Herren, trägt im wesentlichen die Handschrift - bis eben auf die Anträge der sozialistischen Fraktion, die im Finanzausschuß beschlossen wurden, die Handschrift der beiden Regierungsparteien FPÖ und ÖVP. Eines der Budgetziele dieses (Zwischenruf Dr. Keckeis: Umgekehrte Reihenfolge wäre auch angebracht!) Budgets, und das hat der Herr Landeshauptmann in seiner Grundsatzserklärung auch klagemacht, ist die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes in Vorarlberg. Nun, die große Koalition in Wien formuliert ähnliche Budgetziele, die Realität sieht allerdings etwas anders aus. Das Bauernsterben in Österreich geht weiter, die bäuerlichen Einkommen sinken real weiter, für die Bäuerinnen in Österreich gibt es nach wie vor keine Karenzregelung - da wird jetzt über ein zweites Karenzjahr bei allen möglichen Berufsgruppen, nur nicht über eine Karenz bei den Bäuerinnen gesprochen - und die Marktordnung, meine Damen und Herren, und das ist überhaupt nichts Neues, hat überhaupt versagt. Die Marktordnung ist überholt, das sieht man am Milchwirtschaftsfonds, das hat man gesehen am Weinwirtschaftsfonds, das sind beides nur Instrumente eines modernen Feudalismus über die Bauern und eine Form moderner Leibeigenschaft. Der Weinwirtschaftsfonds geht in Österreich, nachdem man ihn jetzt endlich abschafft hat, nach dem Weinskandal, niemandem ab. Mit einem Wort, meine Damen und Herren: Der Bund hat in der Agrarpolitik versagt. Stattdessen streiten sich die Herrschaften in Wien, wer mehr Schuld daran hat, daß der Skandal um den Milchwirtschaftsfonds an die Öffentlichkeit gelangt ist, ob man damit dem Herrn Vizekanzler ein wahlpolitisches Ei legen wollte oder nicht. Dieser Funktionsstreit ist für die Herrschaften politstrategisch weit wichtiger als wirkliche Agrarpolitik. Demgegenüber, meine Damen und Herren, tut das Land Vorarlberg sehr viel für die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes in diesem Land. Beispielsweise sind die Direktzahlungen an die Bergbauern im Land viereinhalbmal so hoch wie im österreichischen Durchschnitt. Und im Budget - der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen - sind rund

217 Millionen Schilling an Förderungsmitteln für die heimische Landwirtschaft vorgesehen, wovon rund 58,7 Millionen Schilling direkt der Landwirtschaftskammer für Vorarlberg zufließen, die dann das Großteils an die Bauern weitergibt. Die Landwirtschaftskammer spielt also in der Förderungspolitik des Landes eine sehr zentrale Rolle. Gemäß Art 10 Abs. 1 Z. 8 unserer Bundesverfassung in Verbindung mit Art 15 Abs. 1 ist das landwirtschaftliche Berufsvertretungswesen in der Kompetenz der Länder, d.h., in jedem Land sind eigene Landwirtschaftskammern installiert worden. Man kann nun zu diesen Landwirtschaftskammern stehen wie man will, ob man für eine Pflichtmitgliedschaft überhaupt im Kammernwesen eintritt, oder so wie wir, für eine freiwillige Mitgliedschaft, oder auch wie die Mehrheit der Leser einer Zeitung, der Vorarlberger Nachrichten, die laut einer Umfrage für eine freiwillige Mitgliedschaft bei den Kammern wären, was in dem Fall ja auch für die Landwirtschaftskammer Gültigkeit hätte. Aber aus föderalistischer Sicht, meine Damen und Herren, und aus der Sicht der Bauern, eben wegen der verfehlten und gescheiterten Agrarpolitik des Bundes, ist es zu begrüßen, daß die Landwirtschaftskammer im Kompetenzbereich der Länder liegt. Und, Herr Kollege Aberer, da haben Sie völlig recht, das Land, hat ständig bedacht zu sein, daß die Kompetenzen, welche die Länder haben, nicht ausgehöhlt werden. Wir haben derzeit Grund, in Vorarlberg besonders wachsam zu sein. Wir waren immer ein Land, das eine Vorreiterrolle im Föderalismus übernommen hatte und nun sind Bestrebungen in Wien im Gange, eine Bundeslandwirtschaftskammer zu errichten. Diese Bundeslandwirtschaftskammer würde zweifellos einen Übergang von Kompetenzen des Landes auf den Bund bedeuten, anders ist es ja nicht denkbar. Daher ist einmal aus föderalistischer Sicht eine Bundeslandwirtschaftskammer abzulehnen. Völlig unverständlich, meine Damen und Herren, ist mir aber die Haltung des Herrn Präsidenten Halder in dieser Frage. Herr Kollege Halder, ich habe von Ihnen als Vorarlberger Bauernvertreter eine andere Haltung erwartet, als daß Sie einer Bundeslandwirtschaftskammer zustimmen würden oder auch nur durch Ihr Stillschweigen zuschauen, wie man einen neuen Bürokratiempel in Wien installiert und damit einem Kompetenzverlust der Länder Vorschub leistet. Dafür, Herr Kollege Halder, bekommen Sie vom Land Vorarlberg keine 58 Millionen Schilling, daß Sie dann dafür eintreten, daß das Land Vorarlberg weniger Kompetenzen haben soll. Das ist auch in keiner Weise - und da werden Sie mir das vielleicht erklären können, aber ich finde nirgends einen Anhaltspunkt - wie das mit dem Föderalismus, den, es wie eben der Herr Kollege Aberer schon gesagt hat, zu schützen gilt - in Einklang zu bringen ist. Letztlich würde ja eine zusätzliche Agrarbürokratie in einer Bundeslandwirtschaftskammer ja auch Kosten verursachen und diese Kosten hätten ja - ich nehme an - die Bauern selbst zu tragen. D.h., die ganze Förderungspolitik des Landes wird ad absurdum geführt, wenn wir mit der einen Hand geben und mit der anderen Hand wieder für einen neuen Bürokratiempel den Bauern das Geld aus der Tasche ziehen. Das erklärte Bud-

getziel des Landes und auch die Regierungserklärung des Landeshauptmannes würden dadurch ad absurdum geführt werden, Herr Kollege Halder. Ich habe persönlich den Verdacht - und den habe ich hier schon einmal geäußert - daß eine Bundeslandwirtschaftskammer lediglich der Versorgung von Funktionären des Milchwirtschaftsfonds dienen soll, die jetzt, nachdem auch endlich dieser Fonds abgeschafft werden soll, von der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die Bauern werden jedenfalls dadurch von einer Abhängigkeit in die nächste Abhängigkeit und, wenn es geht, auch noch in eine Abhängigkeit, wo die Kompetenzen beim Bund liegen, gebracht. Herr Kollege, ich habe von Ihnen eine Klarstellung zur Abschaffung des Milchwirtschaftsfonds und die klare Ablehnung einer Bundeslandwirtschaftskammer vermisst. Die vermisse ich auch von Ihnen, Herr Landesrat Türtscher, und ich vermisse sie jetzt insbesondere vor dem Hintergrund des Skandals um den Milchwirtschaftsfonds und vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der ÖGB im Milchwirtschaftsfonds mitvertreten ist, auch von der sozialistischen Fraktion, (Zwischenruf Dr. Häfele: Stellen Sie doch einen Antrag, reden Sie nicht nur, stellen Sie einen Antrag, Herr Kollege!), daß der Milchwirtschaftsfonds abgelehnt wird. Einzig Ihr Parteifreund Wolf hat im Nationalrat gesagt, daß er jetzt für eine Abschaffung des Milchwirtschaftsfonds eintreten dürfe, nachdem der Bundeskanzler Vranitzky ihm grünes Licht gegeben habe. Soweit zu Ihren Belehrungen demokratiepolitischer Art gegenüber der ÖVP. Bei Ihnen schaut es keineswegs besser aus: wenn der Bundeskanzler einem Abgeordneten kein grünes Licht gibt, dann darf er im Parlament nicht für die Abschaffung eines Fonds eintreten. (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie können ja nicht einmal einen Pressebericht lesen!) Das ist die sozialistische Art der Gewaltenteilung. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie sitzen auf einem Haider-Mandat, wissen Sie das?) Meine Damen und Herren, statt einer Bundeslandwirtschaftskammer, Herr Kollege Halder, richte ich an Sie die höfliche Aufforderung, daß Sie in der Landwirtschaftskammer für ein EG-Referat eintreten, denn die Bauern dieses Landes sind aufgrund einer langjährigen, falschen, großkoalitionären, agrarbürokratischen Politik falsch programmiert. Sie sind keineswegs auf Europa und auf einen Vollbeitritt gefaßt und gerüstet. Tatsache ist, daß im Land bei der Landesregierung ein EG-Referat vom Herrn Landeshauptmann durchaus mit Gründen, die man untersuchen sollte, abgelehnt worden ist, daß aber deswegen gerade ein EG-Referat bei den Kammern um so wichtiger ist. Die Handelskammer hat eines, darauf hat auch der Herr Landeshauptmann hingewiesen, die Landwirtschaftskammer hat meines Wissens kein EG-Referat. Das wäre etwas, wofür es sich einzutreten lohnte, anstatt eine Agrartintenburg in Wien zu installieren. Wenn ich mir das auch vor dem Hintergrund der Mitteilungen im »Volksboten«, dem Mitteilungsblatt der Landwirtschaftskammer, anschau, daß die Bauernpensionen ab 1.1.1990 um sage und schreibe 300,- S für bäuerliche Mindestrentner erhöht werden sollen, daß für Ehepaare die Bauernpensionen um 430,- S erhöht werden sollen, dann kommen mir persönlich, Herr Kollege

Halder, die Tränen, wenn ich mir anschauen muß, wie Sie für den nächsten (Zwischenruf Halder: Bitte erkundige Dich, auf Bundesebene haben die Freiheitlichen dagegen gestimmt!) Tempel eintreten. Die Bauernbündnerinteressen, Herr Kollege Halder, scheinen Ihnen über die wirklichen bäuerlichen Interessen zu gehen und das ist eine Politik, die das Land ganz sicher nicht mitfinanzieren sollte. Herr Kollege Halder helfen Sie daher mit, eine glaubwürdige Agrarpolitik des Landes zu unterstützen, helfen Sie unter der Devise »weniger Agrarbürokratie und mehr Markt« mit, den Milchwirtschaftsfond abzuschaffen, helfen Sie mit, eine Bundeslandwirtschaftskammer »aktiv im Sinne des Föderalismus« - wie Ihr Klubobmann Aberer es genannt hat - zu verhindern und bitte treten Sie auch meinem Vorschlag, ein EG-Referat bei der Landwirtschaftskammer einzurichten, näher, damit würden Sie nämlich weit besser eine vernünftige, von der Landesregierung betriebene Agrarpolitik unterstützen. Noch ein Wort zur Klarstellung, meine Damen und Herren von der Opposition, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht: Die Kritik am Herrn Kollegen Halder als Präsident der Landwirtschaftskammer ist keine Kritik am Regierungspartner generell, denn, die Landesregierung hat im Gegensatz zum Herrn Kollegen Halder sehr wohl eine ablehnende Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Schaffung einer Bundeslandwirtschaftskammer abgegeben, d.h. hier herrscht ja Vernunft. Wo sie nicht zu herrschen scheint, das ist beim Bauernbund. Der Bauernbund, der noch nicht begriffen hat, daß die Bauern keine weitere Verwaltung brauchen, sondern daß die Bauern Freiheit brauchen, mehr Markt brauchen, damit sie freier produzieren und am Markt nicht vorbeiproduzieren können. Daher mein Appell an Sie, Herr Kollege Halder, nehmen Sie diesen großen Budgettopf, den Ihnen das Land zur Verfügung stellt, nehmen Sie dies auch als Aufforderung, die Politik der Landesregierung, eine vernünftige Agrarpolitik, mitzuunterstützen. Ich glaube, dann wäre dem Land wirklich gedient.

Präsident: Herr Abg. Stadler, das wäre ein Beitrag gewesen, der typisch in das Kapitel Landwirtschaft gehört hätte. (Zwischenruf Stadler: Ich habe den Föderalismus angesprochen!) Als nächster hat das Wort der Abg. Vizepräsident Falschlunger. Ich erteile es ihm.

Falschlunger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird sicher Gelegenheit geben, über Pensionsregelungen im Kapitel Null näher darauf einzugehen. Ich möchte nur nicht im Raum verschiedene Dinge stehen lassen, die hier ausgesagt wurden. Frau Abgeordnete Berger-Kräutler, Sie haben an einem Club 2 des ORF teilgenommen und nachdem ich Sie dort gehört habe und Sie Aussagen gemacht haben, wo ich der Meinung war, so etwas wird in Vorarlberg nicht vorkommen, habe ich Sie am nächsten Tag in den Gängen dieses Hauses getroffen und habe Sie wegen Ihrer Aussage sehr hart kritisiert. Ich stehe nicht an, mich heute dafür zu entschuldigen. Ich war damals allerdings nicht der Meinung, daß es im Verwaltungsvorstand des Pensionsfonds zu einem solchen

Beschluß kommen wird. Das vorläufig dazu. Herr Abgeordneter Stadler, Ihr letztes Geplänkel mit dem Abgeordneten Halder kann man so unter dem Motto sehen »Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß!« - einmal loben Sie ihn über allen Klee und dann greifen Sie ihn an, aber Herr Abgeordnete Stadler, ich muß schon fragen, ich weiß nicht, was Sie unter einem endgültigen Beschluß verstehen. Ich sage Ihnen bei Ehr' und Gewissen, daß mit 3 : 2 über die Pensionsregelung abgestimmt wurde, ist eine Abstimmung von endgültigem Beschluß. Ich nehme an, (Zwischenruf Stadler) - so verstehe ich das, sonst muß ich ja nicht abstimmen. Nach einer Diskussion, in der ich fast eine Stunde versucht habe zu argumentieren, warum wir das nicht tun sollten, ist dieser Beschluß gefaßt worden. Und ich verstehe schon und ich war eigentlich überrascht, daß gerade aus der Partei, die den Privilegienabbau auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Zustimmung kam. Aber wir werden dazu Möglichkeit haben, noch weiter zu reden. Ich darf nur noch daran erinnern, daß es bis heute so was nicht gab. Und Herr Landeshauptmann, als Sie noch Präsident des Landtages waren, werden Sie sich erinnern, daß wir zwei uns bei Ablehnung einer solchen Pensionszuerkennung nicht gerade lauter Freundlichkeiten geholt haben von jenen, bei denen es abgelehnt worden ist. Sie werden sich erinnern, wen ich meine. Und ich will eigentlich gar nichts anderes, als daß die Dinge heute gleich behandelt werden, in diesem Sinne und in diesem Geiste behandelt werden, (Zwischenruf Dr. Häfele: Damals hat es keine Wahlanfechtung gegeben, die zurückgenommen wurde!) im Geiste des Bezugesgesetzes und im Sinne der Pensionsordnung des Vorarlberger Landtages. (Zwischenruf Dipl.-Vw. Gasser: Also des ischt gewagt!) Meine Damen und Herren, neben den (Zwischenrufe Riedmann: Die Taten sprechen für sich! - Dipl.-Vw. Gasser: Da fehlt der Zusammenhang - Langanger: Damals hat es so viele Absprachen gegeben, daß man das nicht aussprechen kann!) Veränderungen, die sich in den Ostblockländern in den letzten Wochen abspielen und die tagtäglich die Medien füllen, gibt es ein Problem, das auch tagtäglich in den Medien ist, das sind die Verkehrsprobleme, die Verkehrsproblematik überhaupt. Lärm, Abgase, überhöhte Ozonwerte, Unfälle mit Milliardenfolgen, der Tod auf der Straße, beschäftigen die Bürger unseres Landes. Ein LKW-Nachtfahrverbot, eben falls jeden Tag in den Medien, das durch eine Unmenge Ausnahmegenehmigungen von den Ländern durch löchert wird, füllen diese Medien. Eine Frächterlobby versucht durch Blockaden andere Frächter und andere Straßenbenutzer zu terrorisieren. Wir wissen - und das alles, obwohl unbestritten ist und darüber, glaube ich, sind wir uns auch mit den Regierungsparteien einig, daß der Transitverkehr weiterhin gewaltig zunehmen wird, daß es jährlich neue Zulassungsrekorde für PKWs geben wird und daß es eigentlich nur daraus Alternativen gibt wie Einschränkungen im PKW-Verkehr, Einschränkungen im LKW-Verkehr, Transportvermeidungen vor allem in diesem Bereich. Um das durchsetzen zu können, ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs notwendig und ein Ausbau des kombinierten unbegleiteten Ver-

kehrs im Bereich des Transits und der Frachttransporte überhaupt. Man müßte also annehmen, daß in diesem Budget vor allem für diese Maßnahmen, Herr Dr. Sausgruber, wie auch gestern bei der Besprechung zutage getreten, wir uns über die Ziele schon klar sind, daß es eigentlich über die Ziele, die wir erreichen sollten, keine großen Unterschiede zwischen unserer Partei als Opposition und der Regierung gibt. Unterschiede gibt es und die sind gewaltig, in welcher Form und mit welchen Mitteln wir diese Ziele erreichen können, die wir uns da gemeinsam setzen. Und da gibt es große Unterschiede. Während die Österreichische Volkspartei und somit auch die Landesregierung, die tragende Säule der Landesregierung - wenn man so sagen kann - bei der freien Wahl des Verkehrsmittels bleiben will, mit Appellen an die Vernunft der Straßenbenutzer arbeiten will und glaubt, hier ans Ziel zu kommen, haben wir eine andere Meinung. Und diese unterschiedliche Meinung kommt natürlich auch im Budget zutage. Wenn wir wissen, daß es so nicht weiter gehen kann, daß im Interesse der Umwelt und der Menschen wir nicht weiter motorisieren können, daß wir nicht weiter zur Kenntnis nehmen können, daß der Frachtverkehr steigt, dann ist es schlimm, wenn Maßnahmen, die zur Veränderung dieser Situation führen, finanziell ausgedrückt, eigentlich nur 1 % im Budget machen. Wenn wir alles zusammenzählen, was Sie für den öffentlichen Nahverkehr übrig haben, für die Montafonerbahn, für den Lärmschutz usw., wenn ich großzügigerweise das alles dazu zähle, sind es rund 77 Millionen Schilling -1 % des Budgets. Das glaube ich, sollte uns zu denken geben. Aber dieser Unterschied der Bewertung des Erreichens der Ziele ist ja nicht nur bei uns im Lande, sondern zeigt sich auch international. Ich habe mir, Herr Landeshauptmann, das gemeinsame Leitbild für die Entwicklung und Sicherung des Alpengebietes (Beschluß der Regierungschefs vom 19. Juni 1981) herausgesucht - erstens einmal war ich der Meinung, dieser »alte Schinken« 1981, derweil sagt man mir bei der Auskunftsstelle der ARGE Alp im Hause, das sei immer noch gültig und das sei eigentlich neu. Auch hier sehen wir, daß die Regierungschefs der ARGE Alp eigentlich nur mit Appellen argumentieren. Wenn da steht: »Die interregionalen Verkehrsverbindungen, die der Einbindung des Alpenraumes in das europäische Verkehrssystem dienen und inneralpinen regionalen Verkehrsverbindungen sind unter Berücksichtigung einer bestmöglichen Verkehrsteilung auf Verkehrsträger und Verkehrsachsen hinreichend leistungsfähig auszubauen und unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse des Durchzugs- und Regionalverkehrs miteinander zu verknüpfen.« Das ist eine verrückte Aussage, Kollege Battlogg. Das ist ja weltbewegend, wenn man diesen Satz liest. Es weiß zwar kein Mensch, was das Besondere sein soll, aber hier steht es geschrieben. »Im transalpinen Verkehr liegt eine stärkere Inanspruchnahme der Eisenbahn im Interesse der Volkswirtschaft, der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes sowie einer sparsamen Energieverwendung, weil dadurch die Straßen entlastet werden könnten. Zu diesem Zweck ist eine Verbesserung des Bedienungsangebotes und damit eine Hebung der Attraktivität des Schienenverkehrs anzu-

streben.« Das wissen wir alle, das ist nichts Weltbewegendes für die Chefs der ARGE Alp. Dann heißt es noch: »Notwendige neue Verkehrswege sind in Berggebieten schonend in die Landschaft einzupassen. Straßenprojekte, die ausschließlich dem Fremdenverkehr dienen, sind besonders kritisch auf ihre ökologischen Auswirkungen und Umwelteinflüsse zu prüfen.« Das ist alles, was in dieser Broschüre über Verkehr steht. Hier darf ich vielleicht einmal sagen, was dazu, Kollege Battlogg, eine andere (Zwischenruf) ARGE Alp der Sozialdemokraten, der Sozialisten im Alpenraum dazu aussagen. Hier redet man also nicht nur davon, diese sind da, hier muß etwas geändert werden, sondern hier gibt es klare Zielvorstellungen. Hier heißt es: »Als Instrumente zur Erzielung dieser Ziele« - über die wir uns nicht streiten müssen, über die Ziele sind wir uns einig, nur steht da nichts drinnen, wie wir es erreichen. (Zwischenruf: Des ist doch nicht grad unser Regierungsprogramm?) - Das ist die Aussendung der ARGE Alp. Man kann die großen Verkehrsprobleme nicht nur in Österreich sehen, sondern im gesamten Alpenraum. Hier sagen die demokratischen Sozialisten im Alpenraum schon etwas anderes. Die sind der Meinung, jeder Verkehrsträger hat nur die von ihm verursachten Kosten voll zu tragen, d.h., die Schiene ist von den sozialen Belastungen, Sozialtarifen usw. zu entlasten, während der Straße nicht nur die Kosten, wie das heute geschieht, für das rollende Fahrzeug, sondern (Zwischenruf Dr. Keckeis) auch die Kosten für Wegebau und Wegeunterhalt, die Kosten für Unfälle und Umweltschäden anzulasten sind. Da ist nicht nur das Ziel zu erreichen, sondern jeder Verkehrsträger hat die Kosten, die er verursacht, selbst zu tragen. Das finde ich in der ARGE Alp nicht, das finde ich auch nicht bei Aussagen der Vorarlberger Landesregierung und der ÖVP. Im marktwirtschaftlichen Bereich ist die Unfallträchtigkeit auf der Straße 24x so hoch, Emissionen und Lärm 9x so hoch, Energieverbrauch 3 1/2 x beim PKW so hoch und 8,7 x so hoch beim LKW, aber auch der Flächenverbrauch und die Wegekosten für Bau- und Unterhalt sind zu berücksichtigen. Hier ist also Vergleich ARGE Alp der Regierungschefs - ARGE Alp der Sozialdemokraten im Alpenraum ein ganz anderer. Das Gleiche gilt auch, wenn man im Lande z.B. die Grundsätze und Ziele der Verkehrsplanung in Vorarlberg, die von der Vorarlberger Landesregierung erarbeitet wurden, anschaut. Hier sind wir auch einig in dem Feststellen, was verändert werden muß, aber nicht einig sind wir, wie wir dort zu diesem Ziel kommen sollen, weil Sie immer noch hoffen, Sie werden durch gutes Zureden die Probleme ändern. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Die Hoffnung!) Ja, die Hoffnung können Sie aufgeben, Herr Abg. Batlogg, je schneller desto besser, weil Sie werden damit nichts erreichen. Schauen Sie sich doch die freiwillige Nachrüstung mit dem KAT im Lande an. Was haben Sie denn erreicht für diesen Riesenaufwand? Freiwillig geht da nichts, oder fast nichts, sondern hier -, wenn man die Ziele erkennt und wenn die Ziele unbestritten sind, ganz einfach diesen Weg gehen. Das gilt ja auch - schauen wir doch das Budget an. Wenn wir sagen, wir sind einig, der

öffentliche Nahverkehr, der muß gefördert werden. Wenn 15 Millionen Schilling jetzt für die Förderung drinnen sind, wissen Sie ganz genau, daß Sie 10 Millionen schon ausgegeben haben - ausgegeben haben mit dem guten Halbpreis-Paß, das ist überhaupt keine Frage und sehr wahrscheinlich noch mehr im nächsten Jahr ausgeben müssen, das hoffe ich zumindest, daß dem so sei. Ja aber erklären Sie mir dann, wie Sie denn den öffentlichen Nahverkehr sonst noch fördern wollen. Wir haben gestern über den Tarifverbund gesprochen - da ist doch gar nicht daran zu denken, da können Sie nicht einmal kleckern. Da rühren Sie in der Verkehrswirtschaft und in der Verkehrspolitik überhaupt nichts um. Das ist die Frage, hier unterscheiden wir uns eben von der Landesregierung und vor allem von der Österreichischen Volkspartei in dieser Frage. Wir sind der Meinung, es ist durch Zielsetzungen alles in Ordnung, aber es ist ganz klar auch zu sagen, mit welchen Maßnahmen wird das erreicht. Aber das war ja auch in dem Lande immer so, das ist eigentlich auch nicht neu. Es ist nur schlimm, daß wir erst nach Jahren diese unsere Meinungen durchsetzen. Ich sage es Ihnen an ein paar Beispielen: Wenn ich daran denke, als 1969 der zweigleisige Ausbau zwischen Rankweil und Feldkirch gemacht worden ist von der Bundesbahn, habe ich das erste Mal - ich glaube 1970 - einen Antrag gestellt, die Landesregierung möchte sich da beteiligen, da hat man gesagt, na ja die paar Millionen werden wir aufbringen, aber in erster Linie ist das einmal Aufgabe der Bundesbahn. Mittlerweile hat die Vorarlberger Landesregierung Hunderte Millionen Schilling - richtigerweise - für diesen zweigleisigen Ausbau ausgegeben und wird noch viel Geld ausgeben müssen, daß der zweigleisige Ausbau nach Bludenz fertiggestellt wird. Das ist richtig, das ist gut so. Aber bittschön, warum lassen Sie sich denn immer von uns treiben in diesen Fragen? Denken Sie an den Halbpreis-Paß, die Übertragbarkeit. Können Sie sich noch erinnern Herr Kollege Battlogg, wie wir beide (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Das habt Ihr nicht ganz allein erfunden eigentlich, Herr Kollege Falschlunger!) - Ganz alleinige Erfindungen macht man selten, meistens ist sonst noch etwas dabei, das gebe ich gerne zu und ich gebe auch gerne zu, daß ich von den beiden Abgeordneten der ÖVP unterstützt worden bin. Aber ich muß Ihnen sagen, erinnern Sie sich noch, wie wir gesagt haben, na wenn das nicht kommt, braucht man den Halbpreis-Paß nicht, wenn die Übertragbarkeit nicht kommt. Da konnte ich Sie überzeugen und da bin ich natürlich sehr froh, daß mir das gelungen ist. (Zwischenruf Holzer: Die ÖBB hond mir müssa überzeugen!) Ein typisches Beispiel dafür, wie ständig der sozialistische Landtagsklub die Regierung treiben muß, damit etwas vorwärts geht, ist die Förderung des Nahverkehrs bei den Gemeinden. Wenn also Gemeinden Nahverkehrseinrichtungen schaffen wollen, ist eine Förderung vorläufig von 20 %, die halte ich für viel zu niedrig, aber vorläufig ist sie mit 20 % im Budget. Aber wenn ich daran denke, daß der Abgeordnete Keckeis im Jahre 1988 in einer Anfrage an den Landesrat Vetter wissen wollte, ob denn solche Nahverkehrseinrichtungen von Gemeinden initiiert, von Gemeinden mitfinanziert, auch mit

einer Mitfinanzierung des Landes rechnen könnten, hat der Landesrat Vetter in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt, das sei in erster Linie die Aufgabe der Gemeinden und nicht Aufgabe des Landes. Damals abgelehnt, heute gemacht, na Gott-sei-Dank - ein erster Schritt. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Die Sache ist entschieden!) Ich bin auch sicher, daß wir nächstes Jahr im Budget mehr Geld drinnen haben und sehr wahrscheinlich in absehbarer Zeit die 50 % erreichen könnten. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie treten zu lange auf der Stelle, das ist das Problem!) Warum machen Sie nicht mehr Initiativen mit uns gemeinsam, wenn man in den Zielen sich einig ist, aber über die Vorgangsweise nicht einig. Wir erkennen alle (Zwischenruf Dr. Kornexl: Haben wir eine neue Verkehrsdebatte?) - Herr Doktor, wenn Sie vorher zugehört haben, wenn Sie glauben, das Verkehrsproblem sei nicht so dringlich und das Nahverkehrsproblem wie vielleicht das Krankenhaus des Abg. Mader in Bregenz - auch eine wichtige Geschichte - aber wenn er darüber reden darf, werde ich über den Verkehr reden dürfen. Ich kann mir schon vorstellen, Herr Kornexl, daß Ihnen so eine Aussage nicht gerade immer angenehm ist (Zwischenruf Dr. Kornexl: Das gehört zur Spezialdebatte) - in der Spezialdebatte werde ich mich mit Euch noch lange darüber unterhalten. Ich halte die Fragen des öffentlichen Nahverkehrs und wenn Sie es, Herr Abgeordneter Bernhard, nicht einsehen wollen, ich kann ja nichts dafür, daß Sie es nicht einsehen. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Ich bin schon dafür.) Sie geben für diese entscheidende Frage 1 % des Budgets aus. Das müssen Sie sich sagen lassen, es ist Budgetdebatte, meine Herren. Und wenn ich darüber rede, daß das Thema wichtig ist, das werden Sie ja nicht bestreiten. Ich weiß nicht, lesen Sie keine Zeitungen, Herr Abgeordneter Bernhard, Sie finden keinen Tag in der Zeitung, wo nicht Verkehrsprobleme drinstehen. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Sie werden sich selber in der Spezialdebatte schwer tun!) Um mich brauchen Sie sich keine Sorge machen, das ist nicht das Problem, das bringen wir schon über die Bühne. Sie sitzen da hinten und hören da Abgeordnete ganz leise reden, dann versteht man mich nicht. Damit mache ich Schluß. Ich erwarte von der Regierung in der Zukunft, wenn man über die Ziele einig ist und wir alle wissen, daß wir das Umsteigen nur erreichen, wenn wir ganz massiv hier hinein fahren mit finanziellen Förderungen der Gemeinden im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, dann sollte man eigentlich im Budget das Geld dafür bereitstellen und sollte es nicht als eine so unwichtige Sache abtun, wo man dann sagt, ja wenn es denn sein muß. Reden wir darüber im Nachtragsvoranschlag.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Dr. Purtscher: Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Als ehemaliger Vorsitzender dieses Landesparlaments weiß ich aus leidvoller Erfahrung, wie schwierig es ist, die General- von der Spezialdebatte zu trennen. Ich möchte daher nicht selber auch in den Fehler verfallen, der mich früher in manche Schwierigkeiten brachte, und mich auf einige Sätze allgemeiner Art, die

von dem Hauptsprecher der sozialistischen Fraktion, Dr. Keckeis, gebracht wurden, einzugehen. Dennoch, Herr Vizepräsident Falschlunger, sehe ich mich veranlaßt, auf Ihre vorhergehende Wortmeldung bezüglich des Verkehrsleitbildes der ARGE Alp einzugehen. Ich bedauere, daß offensichtlich Ihre Information von der Dokumentationsstelle der ARGE Alp nicht vollständig war, denn unter meiner Vorsitzführung hat am 9. Juni d.J. die Konferenz der Regierungspräsidenten der ARGE Alp ein neues Leitbild, neue Zielvorstellungen für das alpine Verkehrsnetz geschaffen. Ich werde mir erlauben, im Anschluß daran Ihnen eine Kopie zu geben. Es sind vier Seiten, es wäre überstrapazierend für Sie alle. Ich nehme an, wenn es gewünscht wird, daß ich das auch allen übrigen Kollegen gerne in die Hand geben kann. Sie können daraus entnehmen, daß wir - und zwar auf meine Initiative damals -im Verkehrsausschuß eine völlige Überarbeitung des vor acht Jahren erstellten Konzeptes für das Verkehrswesen in den zehn Ländern der ARGE Alp erstellt haben, ein wie ich glaube, den heutigen Erfordernissen angepaßtes Konzept. Die drei Sätze, auf die ich eingehen möchte, Herr Kollege Keckeis, waren einmal »Wettbewerb der Ideen«, dann »strukturkonservative Landesregierung« und »kein soziales Verständnis«. Das waren Kernaussagen, die allgemeiner Natur sind und die ich kurz replizieren möchte. Sie fanden einen Widerspruch in unserer Ablehnung gegenüber einigen Ihrer Anträge, die 157 Millionen Mehraufwendungen gekostet hätten. Zu meiner Aussage, daß ich Politik in meinem Verständnis als einen Wettbewerb der Ideen finde und Sie sehen darin ein Abgehen von diesem Konkurrenzprinzip, zu dem ich mich nach wie vor bekenne. Ideen sind nun einmal zweifellos das beste Stimulans. Wir wissen alle, daß Ideen und vor allem die darauf dann basierenden Ideologien die Welt geformt haben und wir erleben dramatisch in diesen Wochen die Erkenntnisse, wie eine völlig falsche Ideologie 100 Millionen Menschen in Abhängigkeit gebracht hat, die sich jetzt erfreulicherweise davon trennen. Aber beim Wettbewerb der Ideen gilt es auch immer wieder abzuwägen, welche Prioritäten nun den einzelnen Anträgen zukommen. Und wir haben einfach erkannt, daß die 157 Millionen, primär angewandt im Wohnbausektor, unserem Prinzip der Neuverschuldung, der Vermeidung der Netto-Neuverschuldung, widersprechen. Wir standen ja nur vor der Alternative, eben eine entsprechende Mehrverschuldung auf uns zu nehmen. Die Konsequenzen einer permanenten Neuverschuldung haben wir ja in der Kreisky-Ära bitter erlebt und wir haben noch in den ganzen 90er-Jahren unter diesen Nachwehen zu leiden auf der Bundesebene. Sie wissen ganz genau, daß wir für jährlich rund etwa 80 Milliarden Schilling Finanzschulden aufkommen müssen, zwei Drittel der gesamten Lohnsteueraufwendungen kommen primär der Deckung der Zinsen für die Finanzschulden zustande, d.h. müssen dafür aufgewendet werden, die vor allem in der Ära Kreisky aufgenommen wurden. Im Jahre 1995 beträgt der Zinsaufwand allein 80 Milliarden, im Jahre 2000 110 Milliarden, selbst wenn jetzt diese Phase der Konsolidierung des Bundesbudgets Fortsetzung findet. Darüber hinaus

sind aber noch 12 Milliarden jährlich Subventionen an ausgelagerte Gesellschaften wie ASFINAG notwendig oder Länderbank, CA, ÖIAG usw. Das heißt, das Ergebnis einer sehr großen Ausgabefreudigkeit, erkennbar in den ungeheuren Defiziten, muß dann meist, so wie es jetzt geschieht, durch andere saniert werden. Jedenfalls hat das Umdenken der Budgetpolitik erst unter der Mitwirkung der ÖVP stattgefunden. Zu Ihrem zweiten Vorwurf »strukturkonservative Landesregierung«: Als ob wir, Herr Kollege, gerade dem öffentlichen Sektor oder der Bürokratie huldigen würden. Sie können sich erinnern - ich habe mehr als einmal von diesem Platz aus mich zu einem Wertkonservatismus bekannt, ich bekenne mich nach wie vor dazu, weil in dieser Epoche des großen Übergangs gegen Ende dieses Jahrhunderts und Jahrtausends so viele zeitlose Werte in Gefahr sind, daß es sehr wohl gilt, für sie einzutreten, mehr denn je. Daß ist aber ebenso ein absoluter Gegner des Strukturkonservatismus bin, weil ich aus der Privatwirtschaft komme und dort eben jedes Unternehmen gezwungen ist, die eigenen Strukturen jährlich zu überlegen, ob sie der Markt eben noch trägt. Das ist sicherlich in der öffentlichen Verwaltung nicht so. In allen Bereichen, in denen sogenannte Non-Profit-Organisationen sind, ist dieser Druck der Anpassung der Strukturen eben nicht gegeben. Ich finde es daher gut, daß die inzwischen heimatlos gewordene intellektuelle Linke sich überlegt, zumindest einige ihrer Vor- oder Nachdenker, welche Strukturen man denn heute überdenken muß. Herr Kollege, da empfehle ich Ihnen den Artikel von Novotny in der letzten Ausgabe der »Zukunft«, weil er dort sehr wohl zur Erkenntnis kommt, daß der Euro-Pessimismus ein Kernstück des Unbehagens in sich trägt über die Größe, die Funktion und die Effizienz des öffentlichen Sektors - und jene politischen Parteien, die für dieses Wachstum eingetreten sind, erlitten dementsprechende Niederlagen. Die europäische Sozialdemokratie wurden in die Defensive gedrängt. Das ist seine Erkenntnis. Und dann die Schlußfolgerung, nämlich daß der öffentliche Sektor überdacht werden muß. Er zitiert in dem Zusammenhang Schumpeter mit seinem Konzept der kreativen Zerstörung durch Konkurrenz - also neuerlich der Wettbewerbsgedanke. Er sagt, der Wettbewerbsgedanke ist der Ursprung des Fortschritts im privatwirtschaftlichen Bereich und findet es zumindest überlegenswert, daß wir einen neuen Sektor einführen, der weder rein privat noch rein staatlich ist, sondern ein autonomer Sektor der Volkswirtschaft. Ich möchte als kleines Beispiel das Institut für Sozialdienste nennen, das zwar öffentlich dotiert, aber ansonsten privat geführt ist und da gäbe es noch mehrere andere aufzuzählen. Und schließlich zu Ihrem dritten pauschalen Vorwurf, uns ginge Gewinnstreben vor sozialem Verständnis. Ich glaube, am besten widerlegt diese Behauptung die vom Finanzreferenten bereits betonte Steigerung des Sozialaufwandes in unserem Landesbudget. Binnen eines Jahres, Herr Kollege, ist der Aufwand für die Armen in unserem Land - die es leider auch gibt trotz unserer Wohlstandsgesellschaft - ist dieses Budget von rund 500 auf 969 Millionen Schilling gestiegen, also beinahe ver-

doppelt worden. Es gibt keinen Ansatz im ganzen Budget, in allen Sektoren und in allen diesen Budgets der vergangenen fünf Jahre, der eine solche Steigerung erfahren hat wie das Sozialbudget. Es waren jedes Jahr etwa ein Dutzend Prozent und zum Teil sogar mehr. Ich glaube, jetzt noch davon zu sprechen, man hätte kein soziales Verständnis, wo andere Länder dazu übergehen, unsere neuen sozialen Einrichtungen zu kopieren, ist wirklich ein unhaltbarer Vorwurf. Ich darf Ihnen versichern, daß uns der ökologische Friede mit der Natur und der soziale mit den Menschen das Hauptanliegen auch in dieser neuen Legislaturperiode sein wird.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Gorbach.

Gorbach: Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Abg. Kräutler-Berger hat uns in ihrer Aussage darüber informiert, wie ein Budget zustande kommt. Die Kollegin Kräutler-Berger ist in diesem Hause so neu wie ich und hat hier offensichtlich noch Unkenntnis, zumindest scheint es mir hier schon erwähnenswert zu ergänzen, daß dieses Budget nicht den Weg gemacht hat ÖVP-Klausur - Pressebericht oder Aussendung - Klubobmann Aberer - Regierungsbeschluß - Landtag, sondern daß da schon auch noch zuvor dieses Budget der Opposition und den Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurde, für Beratungen auch von der FPÖ als Mitregierungspartei in einer Klausurtagung behandelt wurde und allfällige Wünsche und Grundsätze der FPÖ mit dem Regierungspartner ÖVP besprochen wurden und mit in das Budget eingeflossen sind. Wenn der Herr Landesrat Lins in der grundsätzlichen Erläuterung des Budgets gesagt hat, es wäre vor fünf Jahren sein erstes Budget gewesen, also seit fünf Jahren legt er ein Budget vor, so darf ich einen bescheidenen Vergleich ziehen. Für mich ist es heute das erste Budget oder die erste Budgetdebatte und es war das erste Landesbudget, das ich einmal zu sichten hatte. Und ich habe offensichtlich, wie ich heute in der Diskussion sehe, wo es also schon in den grundsätzlichen Diskussionen über Landwirtschaft geht, über Verkehrspolitik geht und über alle möglichen Punkte geht, habe ich dieses Budget doch mit etwas anderen Augen betrachtet als der eine oder andere in diesem Saale, vielleicht vielmehr aus privatwirtschaftlicher Sicht oder aus der Sicht eines Abgeordneten, der auch in der Privatwirtschaft Verantwortung hat. Ich habe mir deshalb zu diesem Budget, das ich grundsätzlich für ein sehr ausgewogenes und gutes Budget halte, auch natürlich etwa die Bezüge der Beamten und Angestellten sehr kritisch angeschaut und insbesondere auch die Überstunden der Beamten und Angestellten angeschaut, im übrigen mich auch gewundert über die Positionen, die immer wieder vorkommen, den Positionen »Sonstige Nebenbezüge der Beamten und Angestellten«. Ich muß hier an dieser Stelle sagen, ich habe lange gebraucht, bis ich das kapiert habe, was in diesen »Sonstigen Nebenbezügen« alles drin ist und warum das separat aufgelistet - ausbezahlt - wird oder aufgeführt wird. Es ist mir schon klar, daß die Bezügeregelung nicht Sache des Vorarlberger Landtags oder des Landes Vorarlberg als solches ist,

aber ich glaube, auch hier wären Denkanstöße in Richtung Wien vom fortschrittlichen Ländle einmal angebracht, denn diese Verflechtung von verschiedenen Bezügen scheint mir nicht gerade geeignet, um das so oft gestörte Verhältnis zwischen Beamten oder Angestellten im öffentlichen Dienst und der Bevölkerung zu verbessern. Insgesamt gesehen, scheint es mir zumindest erwähnenswert, daß man im Amtsbetrieb - Landeswasserbauamt, Landesstraßenbauamt, Hochbauamt, Vermessungsamt, Landesarchiv und in den Bezirkshauptmannschaften Überstunden in der Höhe von 6.851.000,- S ausbezahlt und - was mich echt stört - diese Überstunden wird man vielleicht haben müssen, ich glaube zwar, man könnte sie reduzieren oder es sollte ein Ansinnen, ein Wunsch sein des Arbeitgebers Land, diese Überstunden zu reduzieren. Aber was mich echt stört, ist die Position »Bezugsvorschüsse von Beamten und Landesbediensteten« oder aber die Position »zinslose Darlehen« an Beamte und Landesbedienstete. Ich weiß schon, auch hier gibt es eine gesetzliche Regelung, die diese Positionen ermöglicht, aber auch schon, wie in vielen Debatten in der Gemeinde, glaube ich, hier anführen zu müssen, daß man diese Sache überdenken sollte von Seiten des Arbeitgebers Land. Denn immerhin sind es 4,5 und 3,8 Millionen Schilling, die glaube ich, an anderen Positionen, etwa öffentlicher Nahverkehr, besser eingesetzt wären. Und ich möchte auch darauf hinweisen, daß es hier im Gesetzestext ja ausschließlich hervorgeht, daß es sich um eine »Kann-Bestimmung« und nicht um eine »Muß-Bestimmung« handelt. Das ist sicherlich eine Bestimmung, die aus Zeiten kommt, wo Beamte noch Mangelware waren. Ich möchte also hier nicht zum Beamten-schreck des Landes Vorarlberg oder des Landtages werden, aber ich glaube, wir sollten Beamte und Landesangestellte (Zwischenruf Landesrat Mayer: Du bist auf dem besten Wege dazu!) ordentlich bezahlen, wir erwarten auch eine ordentliche Arbeit, dann braucht man derartige Privilegien im öffentlichen Dienst nicht. Und es ist nichts anderes als ein Privileg gegenüber Privatangestellten oder in der Privatwirtschaft Tätigen. Also ich bitte, diese Sache zu überlegen, es sei auch erlaubt, eine kritische Anmerkung hier doch an dieser Stelle zu diesen Positionen zu machen. Was mir etwas gefehlt hat, aber das scheint auch in der Natur der Politik und in der Natur der Opposition zu liegen, daß der sehr sachlich gehaltene Beitrag des Wirtschaftssprechers der SPÖ zu wenig die Ansätze angegriffen hat, die positiv für die Wirtschaft Vorarlbergs sind und die im Budget ja gute Berücksichtigung finden. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie stark hier auch in früheren Jahren der Druck der SPÖ mit eine Rolle gespielt hat, daß diese Positionen da sind, aber etwa 15 Millionen Schilling für den öffentlichen Nahverkehr, die Zuschüsse 20 %, dann für die Gemeinden, wenn sie etwas tun in dieser Richtung, sind sicherlich noch bescheiden, sollten vielleicht ausgebaut werden, aber diese 15 Millionen Schilling, das ist doch immerhin etwas, (Zwischenruf Dr. Häfele: Nur vielleicht!) das einen Beitrag verkehrspolitisch leisten wird. Oder etwa der Beitrag zur Errichtung - eine kleine Position, aber man sieht den Willen und den

Weg - privater Anschlußgleise 5 Millionen Schilling im Budget, auch eine Position, die hoffentlich ausgeweitet werden muß, weil sie explodiert in diesem Budgetjahr, Absicht vom Verkehr auf die Schiene zu verlagern, verkehrspolitisch doch unheimlich wichtig und die richtige Richtung. Oder etwa »Beitragprojekt Vorarlberg-Siegel für Lebensmittel« 1,7 Millionen Schilling. Auch Ansätze, die doch für die heimische Wirtschaft als durchaus positiv gewertet werden müssen. Oder aber unter dem Thema »Wirtschaftspolitische Maßnahmen« die Maßnahmen wie etwa Zinszuschüsse zur Stärkung der wirtschaftlichen Struktur 3,9 Millionen Schilling, Startdarlehen, Zinszuschüsse für Jungunternehmer 2,5 Millionen Schilling, Beiträge zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur 5,7 Millionen Schilling, das sind doch alles Beiträge und Positionen, die es früher nicht gegeben hat und wo man auch als Opposition, glaube ich, zugeben müßte, daß man froh sein soll, (Zwischenruf Dr. Keckeis) daß ein Budget im Land überhaupt derartigen Spielraum läßt, zumal es sich um ein Budget handelt, das eine große Absicht wieder erfüllen wird, nämlich eine Null-Netto-Neuverschuldung trotz Erfüllen neuer enormer Aufgaben. Insgesamt glaube ich, sollte man deshalb erkennen, daß es sich hier um ein sehr ausgewogenes, sehr gutes und sehr offensives Budget der Landesregierung handelt.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Präsident Halder. Aber bitte die Landwirtschaftsdebatte nicht zu sehr auszuweiten, wenn möglich, in das Kapitel Landwirtschaft zu verlegen. Ich darf auf der Galerie noch die Schülerinnen und Schüler der Handelsschule und Handelsakademie Lustenau mit Prof. Pichler begrüßen.

Halder: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte nicht die Spezialdebatte vorweg nehmen, ich glaube aber doch, nachdem vom Abgeordneten Stadler einige Bundesthemen angesprochen wurden, daß sie jetzt behandelt gehören. Herr Abgeordneter Stadler, Sie glauben, Sie können frischen Wind in die Landwirtschaftsdebatte bringen. Wenn ich so viel Uninformiertheit, so wenig Wissen, einfach so viel Nichtverstehen, feststelle, dann muß ich mich einfach ärgern und das nicht nur an der Bank dort, sondern auch hier diesem Ärger Luft machen, obwohl ich mich jetzt schon ein bißchen beruhigt habe. (Zwischenruf) Ich bin natürlich schon der Meinung, daß Ihnen ein paar Jahre Uni gut tun, ein paar Jahre »Baumschule« darangehängt, wäre sicherlich nicht schlecht. - (Zwischenruf) Die Bundeslandwirtschaftskammer würde keine Milliardenburg, sondern es wäre darum gegangen, den Verein Präsidentenkonferenz, der eben nicht auf gesetzlicher Basis fungiert (Zwischenruf) zu stärken, vor allem im Hinblick auf die EG-Verhandlungen. Vertreter von einer gesetzlichen Körperschaft hätten sicher mehr Gewicht als Vertreter eines Vereines. Das Unikum ist, daß die Länderkammern auf Ländergesetzen eingerichtet sind und jetzt wollte man laut Bundesgesetz verfassungsgerecht eine Bundeslandwirtschaftskammer einrichten. Aber hier (Zwischenruf Stadler: Das ist nicht verfassungskonform!) haben sich die Interessen gespießt und darum

habe ich veranlaßt, daß im Land mit den zuständigen Stellen ein Gespräch geführt wird. Es wurde versucht, eine einheitliche Meinungsbildung im Land herzustellen und dann wurde auch diese einheitliche Meinung in Wien vertreten, es wurden die Stellungnahmen seitens des Landes und der Kammer koordiniert. (Zwischenruf Stadler: Das Land hat aber abgelehnt!) Und hier bitte ich, daß man das zur Kenntnis nimmt Wir haben auch gesagt, wenn eine Stärkung notwendig wäre, dann könnte das vielleicht im Rahmen von 15a-Verträgen erfolgen. Das Land wird prüfen, ob so eine Vorgangsweise möglich ist. Wir unterstützen diese Vorgangsweise. Ein weiterer Punkt - der Milchwirtschaftsfonds. Natürlich skandalisieren, wie könnte man es anders erwarten. Ich habe keinen Grund, den Milchwirtschaftsfonds in Bausch und Bogen zu loben, ich kann aber sagen, wenn jemand glaubt, man könnte ganz auf ein Ausgleichssystem verzichten, dann täuscht man sich. Warum? Scheinbar ist es in Österreich ein größerer Skandal, eine Milliarde zu haben als Milliarden nicht zu haben. Das als erste Feststellung. Warum ist diese Milliarde zustande gekommen? Die Milliarde ist zustande gekommen, weil sich eine bessere Absatzentwicklung bei den Frischprodukten abgezeichnet hat und diese Frischprodukte eben die Ausgleichsträger, die Ausgleichskasse positiv beeinflußt haben und für die Ausgleichskasse teure Produkte, die heruntergestützt werden - Butter und Milchpulver vor allem - weniger verkauft wurden, also eine positive Entwicklung. Ein weiterer Punkt war, daß die Bauern freiwillig weniger Milch angeliefert haben, sodaß diese Produkte eben zuerst gar nicht erzeugt werden mußten und daher auch die Ausgleichskasse positiv beeinflußt wurde, sonst wäre ca. die Hälfte dieser Ausgleichskasse verbraucht, weil eben mehr Milch erzeugt worden wäre und diese Produkte das Geld wieder verbraucht hätten. Darum ist kurios, warum jetzt auf Bundesebene gerade bei den Milchpreisverhandlungen so ein Streit um diese Milliarde entsteht, wenn von uns aus angeboten wird, daß selbstverständlich auch ein Teil den Konsumenten zugute kommen muß, aber auch ein Teil den Bauern, weil sie auch zur positiven Entwicklung beigetragen haben. Daß dann 1.000 Bauern demonstrieren mußten, bis eine Verhandlungsbereitschaft - jetzt sind die SPÖ-Kollegen angesprochen - von Bundeskanzler Vranitzky signalisiert wurde, der seinen Finanzminister und den Landwirtschaftsminister beauftragt hat, bis heute in der Früh eine entsprechende Lösung vorzubringen, daß sie heute und morgen in den Gremien beschlossen werden kann, steht auf einem anderen Blatt. Ich hoffe, daß das Verständnis wieder einkehrt. (Zwischenruf Pröckl: Der Landwirtschaftsminister hat den Mund zu voll genommen; er hat zu viel versprochen - Das kann er jetzt nicht halten!) Zum Vorarlberger Vertreter - SPÖ-Abgeordneten Wolf, da hätte ich noch vieles zu sagen. Der hat die großen Stolpersteine in den Weg gelegt und nicht versucht, diese wieder auszuräumen. So war's, bitte lassen wir das. (Zwischenruf! - Glocke!) Dann zu der EG - die Bauern seien nicht auf die EG programmiert, Herr Abgeordneter Stadler, ich bin Gott-sei-Dank froh, daß sie nicht auf die EG programmiert sind. Die Bauern müssen programmiert sein auf

unser Land, unser Land intakt zu halten und unseren Mitbürgern einwandfreie Produkte zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, daß unser Lebens-, unser Siedlungsraum, unser Erholungsraum intakt ist und auch ein Fremdenverkehr möglich ist, der sich ja von einem auf das andere Jahr von 10 Milliarden Bruttowertschöpfung auf 12 Milliarden steigern kann. (Zwischenruf) Diese Grundlagen muß unsere Landwirtschaft erhalten und nicht auf die EG programmiert sein, so etwas Blödes habe ich noch nie gehört in meinem Leben. Nun zum Pensionsantrag: Ihre Aussagen steigern sich schön, darum habe ich sie auch so angeordnet Ich gehe konform damit, daß 300,- S Pensionserhöhung für die Bauern wenig ist Es ist wenig, aber es ist ein kleiner Schritt. (Zwischenruf Stadler: Des ischt beschämend!) - Ich sage Ihnen gleich, was beschämend ist Die Ausgedinge - Anrechnung wurde auch zurückgenommen, also leichte Fortschritte in den Verhandlungen. Aber zehnmal beschämender ist, daß die FPÖ-Nationalräte im Nationalrat auf der letzten Sitzung diesen Regelungen nicht zugestimmt haben. (Zwischenruf Stadler: Weil sie mehr wollten, selbstverständlich!) Nicht weil sie mehr wollten, sondern weil sie erstens den Durchblick nicht hatten wie Sie. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Gebhard, stimmt des?) Erkundigen Sie sich, das sind die Fakten. Wenn Sie sich in diesen Sachen erkundigen, können wir wahrscheinlich hier wieder eine sachliche Debatte fortsetzen.

Präsident: Ich habe eingangs gebeten, auch in der Wortwahl etwas zurückhaltend zu sein. Ich bitte das zu beherzigen. Das Wort hat der Abg. Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Sehr geehrter Präsident, Hoher Landtag! Es fällt mir schwer, von dieser Landwirtschaftsdebatte und von diesen hohen agrarpolitischen Beiträgen auf den Kern der Generaldebatte zurückzukommen. Es konnte wirklich der Eindruck entstehen, daß aufgrund zahlreicher Initiativen die unsere Fraktion in den früheren Jahren gesetzt hat und die jetzt erfreulicherweise, wenn auch noch nicht komplett, aber doch in ordentlichen Ansätzen im Budget vertreten sind, stärkere Zustimmung der SPÖ finden müßte. Ich erinnere zur Verstärkung des Herrn Vizepräsidenten an den Halbpriß-Paß, ich erinnere an die Familienhilfe, ich erinnere an den Pflegezuschuß. Eigentlich müßte - und da hat der eine oder andere Regierungspolitiker recht - die SPÖ einem solchen Budget die Zustimmung geben, wenn nicht es hinter den Kulissen anders aussieht. Unser Wirtschaftssprecher Dr. Keckeis hat bereits sehr eindeutig darauf hingewiesen, wie sehr die Arroganz der Macht die ÖVP und damit auch den - ich bezeichne ihn als kleinen Regierungspartner um nicht zu sehr auf das Schoßhündchen zu kommen - die Arroganz der Macht befallen hat. Man hat es gesehen bei der Regierungsbeteiligung und die Zusammensetzung der Regierung, bei der Ausschußbesetzung nicht zuletzt den Tiefschlag, den die Regierung oder persönlich der Landeshauptmann dem eigenen Klub versetzt hat durch die Abwahl eines Ausschußvorsitzenden. Alle Jahre wieder erhalten wir einen ausbudgetierten Zahlenkatalog, der

kaum mehr Korrekturen zuläßt - Korrekturen, die in den Bereichen Umwelt, Wohnbau, Soziales und Verkehr dringend notwendig sind. Die Anträge, wie sie Klubobmann Aberer begründet hat und wie sie behandelt wurden, ist sicherlich eine Schönfärberei, die so nicht im Raum stehengelassen werden kann. Es sei hier gesagt - ich nehme an, daß es noch in der Spezialdebatte kommt und daß sich die einzelnen ÖVP-Kollegen jetzt vorbereiten konnten in den Argumenten. Im Ausschuß auf jeden Fall ist auf keinen einzigen Antrag - obwohl sie in der Anzahl mehrheitlich abgelehnt wurden - in der Sache eingegangen worden. Also wir haben bisher noch keine Begründung - auch heute bisher noch nicht, warum die Mehrheitsfraktion unseren Anträgen ihre Zustimmung verwehrt hat Sie lehnen unsere stärkere Förderung der Musikschulen ab, erhöhen dafür die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, für Jubelbroschüren der Landesregierung. Sie sind gegen die Errichtung mobiler Hilfsdienste, budgetieren aber jährlich Millionenbeiträge für die Anschaffung von Dienstkarossen. Sie sprechen sich gegen den Fonds zur Schuldensanierung aus, um unverschuldet in Not geratenen Personen zu helfen, erhöhen aber die Repräsentationsausgaben der Landesregierung auf 3,3 Millionen Schilling. Sie sind gegen eine verbesserte Familienförderung des Landes, zahlen aber Millionen an Bankrottvereine, die wegen ihren Großmannsucht ihrer Funktionäre in argen Mißkredit geraten sind. Sie lehnen die Errichtung von Startwohnungen kategorisch ab und kürzen gleichzeitig die Mittel für Wohnbeihilfen und schaffen die soziale Staffelfung für Jungfamilien ab. Sie verweigern eine Förderung des ASB, besetzen das Rote Kreuz gleichzeitig parteipolitisch, schaffen ein Rettungsgesetz, das eindeutig diese Tendenz verstärkt und überfüllen nicht zuletzt -wie bereits vom Wirtschaftssprecher erwähnt - die Handelskammer mit Zuwendungen und finanziellen Mitteln und hungern das BFI finanziell aus. Zahlreiche Vorredner haben auch auf die große Bedeutung der Verkehrsplanung und der Verkehrskonzeption hingewiesen und dies in ihren Beiträgen hervorgehoben. In der Tat gibt es in den Gemeinden zahlreiche Initiativen, es tut sich was, nicht nur der Wälderbus, der Stadtbus in Bregenz, den Kummer-Bus im mittleren Rheintal, der Städtebus in Bludenz, die Busspur entlang der Rheinstraße oder die in Lustenau diskutierte Straßenbahn, die Verlängerung der Montafonerbahn und und und. Viele Projekte, die sehr wichtig sind und die zeigen, daß die Gemeindepolitiker vor Ort größtenteils sogar sehr viel weiter sind wie die eigentlich zuständige Landesregierung. Und es besteht die große Gefahr, daß auch in der Verkehrsplanung, besonders in der bürgernahen Verkehrsplanung, ähnliche Entwicklungen einsetzen wie bei der Umsetzung des Abfallkonzeptes, wo schnell husch, zum Teil auch Pusch, ein Gesetz erstellt wurde, das überhaupt nicht auf die Abfallvermeidung eingeht - außer in ihrem Titel - werden Millionenbeiträge in die Umsetzung werbemäßig hineingebuttert und gleichzeitig brauchen die Gemeinden noch einmal in etwa soviel Millionenbeiträge, um ihrerseits vor Ort dieses Konzept umzusetzen und trotzdem klappt es noch nicht, auf alle Fälle viel zu wenig. Und ähnliche

Erfahrungen muß ich - bereits seit meiner kurzen Obmannschaft als Geschäftsobmann des sozialistischen Gemeindevertreterverbandes - im Bereich Verkehr machen. Es ist erfreulich, wenn der Herr Landesstatthalter vom Dienst in Wohnbaufragen freigestellt wird, um sich für die Kommunalwahlen in Bregenz bereitzumachen. Der Herr Landtagspräsident - was ich das letzte Jahr bereits kritisiert habe - war daher froh, als über die Aufstockung der Landtagskanzlei beraten wurde, heute sehen wir warum, um auch in Bludenz den Rücken frei zu haben und verstärkt dort seine Tätigkeit vollbringen zu können und wo der Landesrat als Obmann von Bludenz hier sich stark macht um anzutreten. (Zwischenruf Landesrat Mayer: - Zwischenruf Dr. Bernhard: Herr Kollege Mayer, sind Sie mit selber auch angetreten? - Zwischenruf Landesrat Mayer Unterführungsfestival! Zurückkommen auf den Verkehr - damit auch das klar ist für die Mehrheit - auf den Straßenverkehr: Ein Beispiel wie sich bürgernahe Verkehrspolitik umsetzen läßt (Zwischenruf: Götzis!) - na, Götzis noch nicht so recht; aber die SPÖ-Fraktion in Götzis - ist sicherlich, den Bürger in die Planung miteinzubinden. Und da» glaube ich; was man beim Abfallkonzept versäumt hat, muß man beim Verkehrskonzept dringend einholen. Es würde den Rahmen einer Generaldebatte sprengen, hierauf einzelne Bereiche einzugehen, aber es scheint mir doch wichtig zu sein, daß bei den Leuten, wenn man sie vor Ort mit ihrer Situation konfrontiert, ein viel stärkeres Bewußtsein hier ist nach Tempoverringerung, nach der Senkung der inner-örtlichen Geschwindigkeit, wie das gemeinhin angenommen wird. Und vor allem Tempo-30-Zonen, die ideal und ein billiges Instrument wären, einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung zu leisten, sind hier entscheidend. Ich darf ganz kurz ein Ergebnis einer Befragung von insgesamt über 500 Mitbürgern einer Gemeinde kundtun, die zu dieser Problematik befragt wurden und zwar: »Mit welchen Veränderungen rechnen Sie, wenn in Ihrem Wohngebiet eine Tempo-30-Regelung eingeführt würde?« Und es zeigt, wie stark das Bewußtsein in der Bevölkerung meiner Meinung nach verankert ist. Verkehrsberuhigung sagen 32% der Befragten, sie rechnen mit einer positiven Veränderung Richtung Verkehrsberuhigung, 25 % versprechen sich mehr Sicherheit und 8 % eine Verbesserung für ihre Kinder und der Verkehrssituation. Keine Veränderung erwarten 16% und eine Verschlechterung der Umwelt 5 %, des Verkehrsstaus 10 % und sonstige Angaben haben 4% gemacht Also insgesamt erwarten sich zwei Drittel der betroffenen Bevölkerung eine erhebliche Verbesserung ihrer Situation, 16% nehmen keine Veränderung an und 19 % nur - und da würde dann auch die Aufklärungsarbeit ansetzen - befürchten eine Verschlechterung. Und das scheint mir der richtige Anlaß zu sein zu überlegen, was kann die Landesregierung, was können wir in diesem Budget tun, um diese Situation vor Ort besser zu nützen. Das Bewußtsein draußen bei der Bevölkerung ist sehr viel weiter fortgeschritten, wie zum Teil wir hier herinnen es wahr haben, aber ganz sicher, wie es von der Landesregierung vorgegeben wird. Wir fordern daher erneut, auch im Rahmen dieses Budgets, eine möglichst, rasche und

gezielte Umsetzung eines Verkehrskonzeptes, aber nicht von oben herab, sondern von unten nach oben.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz zwei Repliken: Zunächst möchte ich dem Jung-Abgeordneten Stadler eine Empfehlung für den weiteren parlamentarischen Lebensweg mitgeben und ihm dringend davon abraten, einen verbalen Eiertanz in der Form aufzuführen, daß er glaubt, die Schwarzen im Lande loben zu können und auf Bundesebene in Grund und Boden kritisieren zu müssen. Denn gerade im Bereich der Landwirtschaftspolitik, Kollege Stadler, geschieht auf Bundesebene überhaupt nichts, was nicht wesentlich von den Landwirtschaftspolitikern der Länder mitgetragen wird. Sie müssen sich also entscheiden, entweder kritisieren Sie die ÖVP in diesem wichtigen politischen Bereich oder Sie loben sie, aber versuchen Sie nicht zwiespältig und doppelzünftig hier eine Strategie zu entwickeln, die nicht einmal von Ihrem Koalitionspartner ÖVP honoriert wird. Das ist ein Ratschlag, den ich Ihnen empfehlen würde zu beherzigen.

Herr Landeshauptmann Dr. Purtscher, Sie haben gemeint, in meinem Debattenbeitrag wären drei Schwerpunkte gewesen, auf die Sie glaubten, eine Replik geben zu müssen. Ich bin der Auffassung, es waren andere Schwerpunkte, aber ich gehe auf die drei jetzt kurz ein. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Das waren die allgemeinen!)

1. Wettbewerb der Ideen: Herr Landeshauptmann, wie sie ihn in Ihrer Antrittsrede in der Regierungserklärung verstanden haben, stimmen wir völlig überein. Die Forderung als solche ist richtig. Nur wir als Oppositionsfraktionen müssen uns natürlich die Frage stellen, ob die Rahmenbedingungen stimmen, daß dieser Wettbewerb der Ideen auch tatsächlich zum Tragen kommt. Und stimmen die Rahmenbedingungen, Hoher Landtag, beim wichtigsten Beschluß, den dieses Parlament zu fassen hat, beim Budgetbeschluß? Die Kollegin Krätzler hat zurecht - wir haben dies ja auch schon seit Jahren getan - hier vorgetragen, daß wir mit einem völlig ausfinanzierten Budget konfrontiert werden und dann logischerweise mit jedem zusätzlichen Wunsch auf den unpopulären Weg der Fremdfinanzierung verwiesen werden. Und daher bestehen wir ja darauf und appellieren oder fordern Ihnen gegenüber, daß Oppositionsfraktionen früher in den Budgeterstellungsvorgang eingebunden werden, daß früher Prioritäten gesetzt werden können und wir dann auch mit eigenen Wünschen nicht jedesmal den Weg der Fremdfinanzierung beschreiten müssen. Nur, meine Damen und Herren, bei den gesellschaftlichen Anliegen, Herr Landeshauptmann, die wir haben, würden wir uns auch nicht genieren, die eine oder andere Mehrverschuldung mitzutragen. Wissen Sie - ich wiederhole mich jetzt nicht - Wohnbau ist von der Problematik her so dramatisch geworden, daß Sie in kürzester Zeit auch mehr tun werden als bisher - ich bin überzeugt - selbst um den Preis, daß die Verschuldung des Landesbudgets etwas ausgeweitet wird.

Und ich halte es überhaupt für deplaziert, wenn Sie die Kreisky-Ära noch glauben bemühen zu müssen. Herr Landeshauptmann, Sie sind lange genug in der Politik, um sich zurückerrinnern zu können, gegen Dr. Kreisky ist damals der Wirtschaftsständler Dr. Taus angetreten, wie Sie wissen, aus Ihrer Sicht heute noch der Paradefachmann, den es schlechthin gibt. Diesem Dr. Taus ist es damals natürlich nie gelungen, auch inhaltlich auch nur eine Alternative aufzuzeigen, die vom Wähler akzeptiert worden wäre. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Aber recht behalten hat er damals!) In den Siebzigerjahren hat sich - ja wissen Sie, rückblickend recht behalten ist keine Kunst, daß man Abend immer etwas mehr weiß wie am Morgen, das gelingt sogar Ihnen, Herr Dr. Bernhard. In der damaligen Auseinandersetzung hat es von der ÖVP keine ernsthafte Alternative gegeben. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Kreisky war der bessere Plauderer!) Und ich mache Sie auf noch etwas aufmerksam: Erinnern Sie sich zurück - Ich rede jetzt wieder mit einem Politiker, der etwas versteht - Herr Landeshauptmann, daß in den Siebzigerjahren, in denen Sie ununterbrochen die Verschuldung beklagt haben, die die sozialistische Regierung angeblich praktizierte, war's gerade die ÖVP im allgemeinen und der ÖAB im besonderen, der durch Zusatzanträge in ganz massiver Höhe das Bundesbudget erst in jene Situation gebracht hat, die diese ununterbrochen beklagten. Ich glaube, dieses Beispiel paßt überhaupt nicht hier her, um die sozialistischen Anträge in dieser Art und Weise - etwas vornehm und subtil - Anträge herunterzumachen, indem Sie sie für unfinanzierbar erklärten.

2. Strukturkonservatismus: Ich behaupte einfach, - nicht daß Sie der Bürokratie huldigen, das glaube ich Ihnen, das tun Sie nicht - daß Sie in dieser Gesellschaft einige Strukturen voraussehen, die der Realität nicht mehr entsprechen, aber auf dieser Annahme Ihre Politik aufbauen. Ich bringe Ihnen ein Beispiel, das ich in der Generalrede schon genannt habe: Ich halte den Grundsatz »In der Wohnbaupolitik so viel Eigentum wie möglich und so viel Mietwohnbau wie notwendig«, wie Sie ihn praktizieren, einfach nicht mehr für haltbar. Wir sehen die Entwicklungen auf dem Bodenpreissektor - hier bereits angeschnitten - wir sehen die Entwicklung, daß es eine immer größere Menge von Menschen gibt, die auch, trotz steigender Einkommen, die Wohnkosten nicht mehr bezahlen können. Wir sehen dieses und jenes, was Sie einfach übersehen, weil es in Ihrer Ideologie keinen Platz hat. Und ein zweites Beispiel: Aufgrund dieser übersteigerten Eigentumsideologie haben wir ja diese Zersiedelungsprobleme in diesem Land mit all der Problematik, die damit verbunden ist. Wir haben schon einige Male darauf hingewiesen, daß z.B. ein öffentliches Nahverkehrssystem - wir werden es ja in Bälde sehen - kaum mehr finanziert werden kann, ist Ausfluß dieser Ideologie. Und hier meine ich, Herr Landeshauptmann, sind Sie leider Gottes sehr konservativ.

3. Ich behaupte nicht, daß Sie kein soziales Verständnis haben. Es ist auch richtig, daß die Aufwendungen für Sozialhilfe oder im sozialen Bereich kräftig angestiegen sind, das ist ganz unbestritten. Nur, Herr Landeshaupt-

mann, gibt es Ihnen nicht zu denken, daß diese gewaltigen Steigerungsraten notwendig sind, und fragen Sie sich nicht manchmal, stimmen denn noch unsere gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wenn ich derart hohe Budgetmittel für den Sozialaufwand allgemein einsetzen muß? Muß ich mich nicht fragen: Stimmt in dieser Gesellschaft alles, wenn immer mehr voll im Beruf Stehende Sozialhilfemittel beanspruchen müssen? Das ist eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann. Sollten sich Sie hier nicht einmal umgekehrt fragen: Stimmt hier noch die Einkommenspolitik in diesem Lande? Stimmt die Wohnbaupolitik in diesem Lande? Stimmen Teile der Sozialpolitik? Es genügt nicht, daß ich die Budgetpost betrachte und deren Entwicklung, sondern ich muß in Gottes Namen auch das Umfeld sehr kritisch analysieren, in dem diese Budgetpost zustande kommt. Und so habe ich gemeint, muß das soziale Verständnis etwas umfassender werden, als es das Ihre ist und ich habe versucht, in diesem Generaldebattenbeitrag, sicherlich unzulänglich, in der Kürze der Zeit darzulegen, was wir unter einer umfassenden Sozialpolitik verstehen.

Präsident: Das Wort hat der Landesrat Dr. Lins.

Dr. Lins: Herr Präsident, Hoher Landtag! Herr Abgeordneter Dr. Keckeis, Sie haben es jetzt doch gegen Schluß Ihres Vortrages noch erreicht, daß Sie an Schwarzmalerei die Vorrednerin Abg. Kräutler fast übertreffen. Wenn man Sie hört, müßte man fast zum Ergebnis kommen, es stimme in diesem Land überhaupt kaum noch etwas. Die Wohnbaupolitik, die Sozialpolitik, die Verkehrspolitik, alles ist mehr oder weniger schlecht. Mich erinnert das stark an das Bild, daß man eine blühende Wiese mit einer vielfältigen Flora und darauf lebender Fauna natürlich auch von unten betrachten kann, dann sieht man nämlich nichts oder nur schwarz. Und genau in diesen Fehler sind Sie jetzt gegen Schluß Ihrer Rede verfallen, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Schwarz sehen Sie, Herr Landesrat!) das gleiche gilt aber, wie gesagt, in erheblichem Maße auch für die Abgeordnete Kräutler. Für Sie befindet sich ja unsere Gesellschaft, unser Europa oder vielleicht auch die ganze Welt am Rande des Öko-Kollaps, wie sie sich ausgedrückt hat. Es ist auch so, daß sie gegen 80,90 oder vielleicht sogar fast 100 % der Vorarlberger der Meinung ist, daß hier im Lande eine schlechte Wohnbaupolitik betrieben wird, daß das Häusle-Bauen etwas Negatives ist und wenn einige relativ wenige, eben im Rahmen auch ihrer freien Entscheidungsmöglichkeit und aufgrund von irrtümlichen Entscheidungen, was ihre eigene Leistungsfähigkeit anlangt, beim Wohnbau, bei der Finanzierung ihres Häusles in Schwierigkeiten geraten, dann das so zu verallgemeinern und so zu tun, als ob bei uns mit Häusle zersiedelt und der Mensch zugrunde gerichtet, in finanzielle Schwierigkeiten, in Schulden getrieben wird, dann ist das wirklich eine bunte Wiese von unten betrachtet und sonst gar nichts. Ja zu Kreisky, Herr Abgeordneter Keckeis, ist in diesem Haus schon manches gesagt worden, aber die entscheidenden Worte - das ist eigentlich Ihrer Partei noch anzurechnen - sind von Ihren

eigenen Leuten in Wien gesprochen worden, was die Ära Kreisky anlangt. Man hat sich nämlich sang- und klanglos, um nicht zu sagen unter Absingen gewisser Lieder, von ihm verabschiedet und zwar Sie haben sich von ihm verabschiedet, weil Sie erkannt haben, daß er außer dem historischen Verdienst, der SPÖ für einige Zeit in Österreich die Macht verschafft zu haben, keine besonderen Verdienste hat, insbesondere (Zwischenruf) kommt ihm das Verdienst zu, die österreichische verstaatlichte Industrie zugrunde gerichtet zu haben und das Budget in einen Zustand gebracht zu haben gemeinsam mit hochgelobten (Zwischenrufe) Finanzministern Ihrer Fraktion, daß dann die nächste Generation an Finanzministern zur Sanierung ansetzen mußte. (Zwischenruf Dr. Häfele: Jetzt spricht der ÖVP-Obmann zur Sanierung.! - Zwischenruf Dr. Keckeis) Wir werden alle noch lange an den Großtaten dieses Mannes zu tragen haben, das ist auch ganz sicher. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sagte der kleine Wicht!) Die Wichtelmännchen, jedenfalls jene aus den Märchen, haben oft manches besser gewußt, oder. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Schämen Sie sich, Herr Landesrat! - Zwischenruf Dr. Häfele: Wir lassen uns nicht ins Märchenreich versetzen...!) Vielleicht sagt man es von Ihnen auch einmal: Ach wie gut, daß niemand weiß..... Aber lassen wir diese eher persönlich werdenden humoristischen Bemerkungen. Zum Abgeordneten Gorbach muß ich doch etwas bemerken, was die Bezugsvorschüsse und die Dienstgeberdarlehen des Landes anlangt. Sie sind veranschlagt im Budget 1990 mit 4,5 und 3,8 Millionen, zusammen also 8,3 Millionen Schilling. Auf der Einnahmenseite stehen in den gleichen Positionen 7,3. Die Erhöhung ist darauf zurückzuführen, daß man die Bedingungen etwas verbessert hat, sonst ist im allgemeinen die Einnahmen- und Ausgabenseite der Bezugsvorschüsse und Dienstgeberdarlehen ausgeglichen, d.h. also, daß das Land in diesem Bereich eigentlich nichts anderes tut, als die Zinsen für diese Beträge zu übernehmen. Es bewegt sich also hier die Sozialleistung des Landes an seine Bediensteten in einer Größenordnung von 400.000,- bis 500.000,- Schilling pro Jahr. Ich glaube, daß das Land Vorarlberg mit diesen Bezugsvorschüssen und Dienstgeberdarlehen nichts anderes tut, als was auch in der Privatwirtschaft sehr wohl gehandhabt wird, auch dort gibt es Bezugsvorschüsse und Dienstgeberdarlehen. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, das Land dürfe sich im sozialen Bereich nicht etwa gleich gut, gleich großzügig verhalten, wie es ein guter privater Unternehmer auch tun wird. Das ist hiezu meine Auffassung. Die SPÖ hat zum Voranschlag des Jahres 1990 einige Anträge gestellt mit einem Gesamtvolumen von 154 Millionen. Man muß sich nun bewußt sein, daß der eigentliche Ermessensspielraum eines Budgets natürlich sich eigentlich nach wie vor in einem bescheidenen Rahmen hält. Die sogenannten Ermessensausgaben des Landes, die ja mit der 10%igen Kreditbindung versehen sind, betragen rund 700 Millionen, also man könnte sagen grob etwa 10 % des Rahmens. Wenn man natürlich das gegenüberstellt mit Ihren Anträgen, dann zeigt sich sehr wohl, daß natürlich ein Stattegeben dieser Anträge bedeuten würde, daß es sich um ein

völlig; anderes Budget handein würdig. Und damit komme ich auf die nächste Frage; Es ist natürlich nicht so, daß hier ein eigentümliches Demokratieverständnis der Regierungsfractionen vorliegt bei der Vorbereitung eines Budgets, sondern das ist doch eine Selbstverständlichkeit und wird auf der ganzen Welt so gehandhabt, Frau Abg. Kräutler. Überall ist das Budget eines Landes, eines Staates, auch einer Gemeinde ein Programm in Zahlen, eine Dotierung aller Ausgabe entsprechend den Vorstellungen der Regierung. Und: es wird natürlich deshalb in der Regierung und mit den Regierungsfractionen vorbereitet und dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt Das ist. doch: eine Selbstverständlichkeit Ich verstehe nicht, wo Sie hier ein demokratisches Defizit vermuten, das es wirklich nicht gibt Zum Personalaufwand des Landes noch ein letztes Wort Natürlich gibt es Überstunden, es gibt Sondervergütungen für Dienstleistungen und ähnliches: Man muß aber, glaube ich, wenn man die Personalkosten des Landes ansteht, den globalen Blick sich bewahren und: hier schneidet Vorarlberg sicher sehr gut ab. Ich darf die Zahlen für 1996 kurz anführen: Wenn man die Lehrpersonen und die Landeskrankenanstalten nicht berücksichtigt, nur den Personalaufwand des Landes für die- eigentliche Verwaltung sieht, dann haben wir hiefür einen Aufwand von 790 Millionen, d.s. 10 % des Voranschlags und das ist eine wirklich bescheidene Summe. Wir können sagen, daß das Land Vorarlberg nach wie vor bei den- Personalkosten eine wirklich beispielhafte niedrige Rate hat Und auch die Steigerungsrate gegenüber dem Voranschlag 1989 hält sich im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Steigerungsquoten nämlich mit 6,25 %. Das ist eine Steigerung, wie sie das Sozialprodukt unter Berücksichtigung des realen Wachstums und der Inflationsrate einnehmen wird. Man kann also sagen, daß auch das Budget im; Bereich Personalkosten den Gegebenheiten, aber andererseits natürlich auch den Anforderungen, die in vermehrtem Maße immer wieder gestellt werden, entspricht

Präsident: Das Wort hat der Herr Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf aufgrund der vormittägigen Debatte über die Entscheidung des Pensionsfonds. folgenden Antrag einbringen: Der Mehrheitsbeschluß des Verwaltungsvorstandes, steht nach; Ansicht der SPÖ-Fraktion sowie der unterzeichneten Abgeordneten im Widerspruch zur bisherigen Verwaltungspraxis des Pensionsfonds und soll daher nach § 10 Abs. 3 des Landes-Bezügegesetzes im Verwaltungsausschuß behandelt werden. Nicht zuletzt aufgrund der, Berichterstattung in den Medien bedarf diese Angelegenheit einer breiteren Diskussion und Aufklärung durch den Vorarlberger Landtag. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher gemäß § 21 Abs. 2 der Vorarlberger Landtags-Geschäftsordnung den Antrag auf ehestmögliche Einberufung einer Sitzung des Verwaltungsausschusses des Pensionsfonds des Vorarlberger Landtages, Dieser Verwaltungsausschuß dient der Prüfung des Mehrheitsbeschlusses des Verwaltungsvorstan-

des vom 7.12.1989 in der Pensionsangelegenheit des ehemaligen AL-VGÖ-Klubobmannes Manfred Rünzler.

Präsident: Danke. Als nächster hat das Wort der Landesrat Grabher.

Grubber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Abgesehen davon, Herr Kollege Mayer, daß wir von den Grundsätzen her bei einem solchen Antrag und einer solchen Neubesprechung oder -behandlung dieses Themas mitgehen können und mitreden wollen, möchte ich noch zur Generaldebatte zurückkommen. Ich freue mich, daß der Kollege Keckeis zum Thema Nahversorgung einiges in der Generaldebatte ausgeführt hat Er verlangt ein Konzept zur Situation der Nahversorgung. Er sagt auch, daß die Raumplanungsabteilung zu einer Stabsstelle entwickelt werden soll und vor allem auch die Wirtschaftsamtspitzen übernehmen soll. Ich hoffe nicht, daß Sie, Herr Kollege Keckeis, mir noch ein zusätzliches Ressort zuschanzen wollen innerhalb der Landesregierung, denn da bin ich mit Arbeit eingedeckt. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Da waren nicht Sie gemeint!) Was mich aber eigentlich etwas stutzig gemacht hat, Herr Kollege Keckeis, daß Sie auch im Sinne der Raumplanung schon wie bisher langfristige Entwicklungskonzepte, Entwicklungsplanungen verlangen. Ich muß Ihnen zur Nahversorgung folgendes sagen: Es sind natürlich Untersuchungen laufend in Gange, die federführend - und in diesem Thema ist es glaube ich, auch sachlich gerechtfertigt - von der Wirtschaftsabteilung geleitet werden, aber sehr wohl auch unter Mitbeteiligung der Raumplanungsstelle. Entscheidend ist, daß hier erforscht wird, welche Schwächen in der Nahversorgung gegeben sind und welche Maßnahmen hiefür auch erforderlich sind. Ich glaube, gerade solche Untersuchungen können dann auch als Grundlage dafür dienen, wie weiter vorgegangen werden soll, wenn es um die Genehmigung von Anträgen für die Errichtung von größeren Einkaufszentren und solchen Wünschen im Rheintal und im Walgau: geht Ich kann Ihnen also sagen, die Kooperation innerhalb der Abteilungen zu solchen Themen ist tatsächlich vorhanden und was diese Entwicklungskonzepte und Entwicklungsplanung betrifft, so muß ich Ihnen sagen, bitte das ist Wurzer'sche Raumplanungsphilosophie und die wird heute unter Fachleuten ganz entschieden bestritten und wird heute überhaupt nicht in der Praxis angewendet (Zwischenruf Dr. Keckeis: Außer in Mörgers!) und daher glaube ich, daß dies veraltet ist. Herr Kollege Keckeis, genau in dem Zusammenhang (Zwischenruf Dr. Keckeis: Wieso stimmen'S dem Antrag zu... es entspricht genau dieser Vorstellung! Na, dann brauchen Sie sie zusätzlich aufnehmen, wenn sie im Gange ist!) - weil sie schon im Gange ist diese Untersuchung, diese Wirtschaftserkundung. Herr Kollege Keckeis, wenn Sie (Zwischenruf Dr. Keckeis: Also wieso stimmen Sie dem Antrag zu, ich frage Sie?) - Herr Kollege Keckeis, weil ich nicht Abgeordneter bin, eine ganz einfache Antwort, weil ich kein Stimmrecht habe in diesem Hause. (Zwischenruf Dr. Keckeis: In der Sache hast Du nichts zu sagen!) In der Sache läuft eben diese Untersuchung, die Untersuchung

über die Möglichkeit (Zwischenruf Dr. Keckeis: Weiß das der Herr Landeshauptmann sieht? Glocke! Präsident: Keine Zwiegespräche bitte!) - Selbstverständlich! (Zwischenruf Dr. Keckeis: Wieso stimmt er zu? Er hat eine andere Auffassung offenbar oder?) Herr Kollege Keckeis, gerade in dem Zusammenhang sprechen Sie immer wieder von strukturkonservativ und von erstarrtem Denken. Mich wundert es eigentlich, denn gerade Ihre Vorschläge gehen teilweise auch in diese Richtung. Wenn ich das einmal vergleiche mit den Aussagen der sozialistischen Abgeordneten oder im besonderen der sozialistischen Gewerkschafter, wie strukturkonservativ Sie sich verhalten im Zusammenhang mit Diskussionen um Ladenöffnungszeiten oder dergleichen, dann muß ich sagen, hier ist ein erstarrtes Denken, hier müßte man: eigentlich die Forderung in den Raum stellen, solches Denken in den Gewerkschaftsblöcken in diesen Dimensionen - das gehört abgeschafft, oder damit gehört aufgeräumt Da müßte man einen neuen Geisteswind hineinblasen, um den Entwicklungen in der Gesellschaft eben Rechnung zu tragen (Zwischenruf Pröckl: Herr Landesrat, Sir wen, für die Menschen oder für die Großkaufhäuser?) und das ist es, was wir auch hier in der Landesregierung tun wollen. Den geänderten Entwicklungen in der Gesellschaft möglichst rasch Rechnung zu tragen, (Zwischenrufe - Glocke!) das ist die Zauberformel für die Entwicklung unseres Landes und hier sind wir eben auch gerade in unserer Fraktion; in der Landesregierung: in meinen Ressorts flexibel. Das möchte ich Ihnen dazu noch sagen; Frau Kräutler-Berger, ich habe mich eigentlich ein bißchen gewundert, einesteils auch gefreut, daß Sie dem Kollegen Sausgruber einen Preis überreichen im Hinblick auf die Verkehrsplanung -was haben Sie gesagt? (Zwischenruf Kräutler-Berger Vorschußlorbeeren!) Vorschußlorbeeren, ja gut, das ist sehr gut und mich bezeichnen Sie, obwohl ich erst seit einigen Wochen Straßenbaureferent bin, bereits jetzt schon als »Betonierer«. Das finde ich (Zwischenruf Kräutler-Berger: Machen Sie es numa die S18, nicht?) etwas unfair und ich kann Ihnen auch garantieren, Frau Abgeordnete, hier befinden Sie sich auf dem Holzweg, um nicht zu sagen auf dem Betonweg. Abgesehen davon, daß Sie natürlich im Zusammenhang mit der S 18 wahrscheinlich Ihr Trauma nicht ablegen können, möchte ich Ihnen sagen, daß gerade im Bereich Straßenplanung und Straßenbau andere Möglichkeiten und auch andere Wege eingeschlagen werden. Und wenn Sie mich »Betonierer« nennen, so nehme ich das auf mich im Bereich des Ressorts Hochbau, auch im Tiefbau. Wenn ich daran denke, daß wir in den nächsten fünf Jahren wesentliche Akzente setzen -eine Landesgalerie erwähne ich als Beispiel, ein Konservatorium, ein Landeskrankenhaus mit Mehrfachfunktionen, ein Behindertenschulheim oder ein Schulbau in Mäder, den Ausbau fast aller Berufsschulen im Hinblick auf die neuen technischen Entwicklungen, wenn ich an die Abwasserbeseitigungsanlagen, an den Ausbau der örtlichen Kanalnetze denke oder an die gewaltigen Investitionen und Aufwendungen gerade auch beim Deponiebau im Zusammenhang mit der Umwelt Wenn es also darum geht, - und auch beim

Straßenbau zum Schutz der Menschen - dann können Sie mich, »Betonierer« nennen, wenn; Sie das nur pauschal, sagen, so wie Sie das heute Vormittag haben, dann bitte ich Sie, doch wenigstens noch einige Tage damit zu warten und wenn Sie dann Beweise dafür haben, dann können Sie das gerne machen.

Präsident: Damit ist die Generaldebatte geschloßert Ich unterbreche die- Sitzung;- Frau Abg Langanger, aber als letzte heute am Vormittag (Zwischenruf Dir. Häfele: Nachmittag!) - Also dann als erste am Nachmittag noch im Rahmen der Generaldebatte die Frau Abg. Langanger. Ich unterbreche die Sitzung: bis- 14.15 Uhr.

14.15 Uhr fortgesetzt

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung, fort In der Generaldebatte noch zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Langanger. Ich: erteile ihr das Wort

Langanger Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige Punkte in der Generaldebatte veranlassen, mich doch, auch Stellung zu nehmen. Das ist zunächst die Pensionssache Rünzler: Die. Beschlußfassung (Zwischenruf Präsident: Die kommt in der Spezialdebatte dran!) die in dieser Form stattgefunden hat, empört mich zutiefst. Eine Arbeitsunfähigkeitspension zu beschließen außerhalb der Regeln und den Bestimmungen des ASVG und nicht aus einem Arbeitsverhältnis heraus, da stellt sich mir schon die Frage, was wäre gewesen wenn, das Wahlergebnis am 8. Oktober anders gelauret hätte und wenn (Zwischenruf: Dann wäre Rünzler wieder im Landtag) Herr Rünzler wieder im Landtag wäre, wäre er dann berufsunfähig? Es empört mich vor allem der vielen Frauen wegen, die 25 und 30 und mehr Jahre lang arbeiten, dann, einen Antrag: nach einer wirklichen Krankheit - auf Berufsunfähigkeits-pension stellen, sich den verschiedensten Instanzenwegen, Untersuchungen und und unterziehen müssen,, einmal abgewiesen werden, zweimal abgewiesen werden, vor das Schiedsgericht müssen und dann, schlußendlich vielleicht 1000 oder 4.000 Schilling Pension bekommen. Meine Fraktion hat einen Antrag auf Einberufung einer Sitzung gestellt. Es wird auch in dem Rahmen - nehme: ich an - die Möglichkeit bestehen zu diskutieren. Das mußte: ich dazu sagen.

Es wurde heute Vormittag die Politik - und nicht nur die Politik - auch die Person Kreisky in einer Art attackiert, die eigentlich unter dem Niveau derjenigen liegt, die es getan haben. (Zwischenruf Dr. Lins: Das war wohl eine Gotteslästerung!) Aber abgesehen davon; Herr Landesrat Lins, daß es nicht viele Politiker seines Formate gibt und schon gar nicht in Ihren Reihen, hat die Familienpolitik in der Zeit Kreiskys die größten Fortschritte und die herausragendsten: Leistungen überhaupt erbracht, das ist wohl unbestritten.

Und weil auch das zweite Karenzjahr für Bäuerinnen angesprochen und reklamiert wurde, auch hier zur Klarstellung: daß es überhaupt ein erstes gibt, ist der sozialist-

schen Partei zu danken, die es einführte. Nicht der ÖVP, die ebenfalls lange alleine an der Regierung war und deren Wählerklientel es eher wäre aber schon gar nicht der FPÖ.

Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Lins, das Budget wurde von Ihrer Seite gelobt - nona - es wurde auch der Anstieg des Sozialbudgets gelobt und der Herr Landeshauptmann hat sehr leidenschaftlich davon gesprochen, daß man damit doch die Ärmsten in diesem Lande unterstützt. Trotzdem stoßen Sie außer bei der sozialistischen Fraktion auch sonst nicht auf ungeteilte Zustimmung. Ich erinnere Sie an die Protestresolution des Österreichischen Blindenverbandes, der eine gewaltige Beeinträchtigung der pflegerischen Leistungen für die blinden und hochgradig sehbehinderten Menschen, die in Vorarlberg wohnen, im Beschluß der Landesregierung für die Pflegevorsorge entdeckt hat und es wird im Rahmen der Spezialdebatte noch möglich sein, Ihnen anhand der Rechenbeispiele, die der Blindenverband anführt, das auch zu belegen. Und trotzdem Sie dieses Budget so hochloben und vor allem das Soziale daran, grenzen Sie - und das kann man nicht oft genug und nicht deutlich genug sagen - bei der Familienförderung das erste Kind aus und damit ca. 13.000 Kinder dieses Landes.

Ich komme weiters zu einem Problem, das heute auch in der Generaldebatte immer wieder angesprochen wurde und worüber auch Einigkeit geherrscht hat hier an dieser Stelle, bei allen interessanterweise. Trotzdem gibt es keine zusätzlichen Mittel dafür im Budget, wie von uns beantragt, nämlich für den Verkehr, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Sie haben unseren Antrag auf zusätzliche Mittel abgelehnt (Zwischenruf Stadler: Das stimmt also ganz sicher nicht!) Jetzt muß ich Ihnen halt eines sagen: Ich bin, wenn es meine Zeit oder meine Termine erlauben, Fußgängerin und Radfaherin aus Leidenschaft. Die Dornbirner Kollegen oder der Kollege Nosko werden das bestätigen, der mich ja mehrmals in der Moosmahdstraße entdeckt. Nur, die Erfahrung aus dieser Leidenschaft ist halt eher, was den innerstädtischen Verkehr betrifft - und da wird sich Dornbirn nicht unterscheiden von den anderen Städten - unschön. Dicke Luft, Abgase der Autos einatmen, die sich da in stehenden Kolonnen von der Moosmahdstraße bis in die Lustenauer Straße bewegen und - was also bedauerlich ist - die Beobachtungen, die man dabei macht, daß meistens pro Auto nur eine Person zu sehen ist. Ich glaube, es wäre gerade in dem Bereich hoch an der Zeit z.B. auch einen Verein zum Schutze der Fußgänger zu gründen (Zwischenruf: Des war jetzt no a' Aufgabe für Di!) gegen die Autofahrer und gegen die Zweiradfahrer, die ja organisiert sind in verschiedenen Bereichen. Wenn uns hier weiterhin der Mut fehlt, auch unpopuläre Maßnahmen zu setzen, nämlich den Verkehr aus dem innerstädtischen Bereich zu verbannen zum Schutze der Menschen und vor allem der Kinder und das wäre auch eine zutiefst familienpolitische Maßnahme, Herr Landeshauptmann, wird es sehr schlimme Folgen haben. Was mir bei der Gelegenheit auch fehlt, das ist die Aussage der Lobbies, der Frächter, die gleich zur Stelle waren, als es darum ging, zu werben für die Ablehnung des LKW-Nachtfahrverbots. Da hat man sich

die Sorge um die Kinder zunutze gemacht und damit Stimmen gesammelt. Jetzt, wo man wirklich ernsthaft etwas für diese unsere Kinder tun könnte, die ja tatsächlich die Schwächsten sind und am meisten darunter leiden, jetzt höre ich aus dieser Richtung nicht einen Ton. Es wären diese Maßnahmen natürlich auch zum Schutze der gesamten Umwelt, meine Damen und Herren, und um die muß uns, wenn nicht wirklich bald etwas passiert, langsam - ohne jetzt schwarz zu malen, bange sein. Ich empfehle Ihnen, sich am Wiener Verkehrsstadtrat Hatzel zu orientieren, der anlässlich einer Konferenz, die unter dem Motto »Umweltfreundliche Verkehrspolitik für mehr Lebensqualität« vor kurzem in Wien stattgefunden hat, unter anderem gemeint hat: »Wir werden bereit sein, mutige Maßnahmen zu setzen und werden dabei über unseren eigenen Schatten der politischen Angst springen müssen.« Daß Sie diesen Mut aufbringen, das würde ich mir wünschen und dann bekämen Sie ausnahmsweise auch einmal von uns Applaus.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abg. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, Hoher Landtag! Frau Langanger, es sind in der Regel die gleichen Leute, die selber Auto fahren und sich dann zurecht auch über die Situation in der Moosmahdstraße beklagen, das ist halt leider Gottes das Faktum.

Nun, geschätzte Damen und Herren, ich habe viel menschliches Verständnis für die mitunter frustrierende Situation, in der sich Abgeordnete der Oppositionsparteien befinden, wenn sie sich mit unserem Landesbudget befassen. Einerseits geben Sie generelle Zustimmung zu erkennen, indem Sie die Generallinie der Finanzpolitik, nämlich nicht mehr auszugeben als eingenommen wird, positiv beurteilen. Ich darf bescheiden daran erinnern, daß das nicht immer so war. Gleichzeitig aber werden Forderungen erhoben, verschiedene, schon vorhandene Positionen noch besser zu dotieren, mehr und länger zu fördern, z.B. bei den Familienzuschüssen. Wenn dies auch bloß ein »Mehr vom gleichen« bedeutet, so ist letztlich doch auch ein erhebliches Maß an Zustimmung in dieser Haltung enthalten. Und weil dies aber für die große Oppositionspartei, bei allem Respekt vor der rhetorischen Qualität, doch zuwenig hergibt, wird beantragt, die VOGEWOSI mit zusätzlich 100 Millionen Schilling zu bedenken. Dabei sind im kommenden Jahr wiederum 1.066.000.000,- Schilling für die Förderung des sozialen Wohnbaues veranschlagt.

Die Abänderungsanträge der grünen und der alternativen Dame sind auf den ersten Blick anders angelegt. Sie wollen, bürgerlich ausgedrückt, sparen. Sparen zu Lasten der größeren politischen Parteien mit dem kleinen und vielleicht auch deswegen schamhaft verschwiegenen Nebeneffekt, daß die Grüne-Alternative ihre Einkünfte nahezu verdoppeln könnte. Das erfordert Mut zu Ihrem Einstand, steht aber in einer gewissen Kontinuität.

Das vorliegende Budget erlaubt uns dank der herrschenden Konjunktur und verbesserter steuerlicher Randbedingungen einmal mehr, alle Verpflichtungen

ohne Neuverschuldung zu erledigen, bewährte Förderungen und Maßnahmen ohne Abstriche weiterzuführen und darüber hinaus neue, kräftige Akzente zu setzen. Akzente im Bereich der sozialen Wohlfahrt, im Gesundheitswesen und vor allem im Bereich des umfassenden Schutzes unserer Umwelt, der eine Steigerung um 13 % erfährt. Natürlich, geschätzte Damen und Herren, wird es immer offene Wünsche an den Landeshaushalt geben und die Frage, ob es etwas mehr sein dürfte, wird uns begleiten. Es wird auch andere, durchaus vertretbare Auffassungen zur Budgetpolitik eines Landes geben. Ich bin aber doch zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Budget nicht nur sozial ausgewogen, sondern auch ökologisch orientiert ist und damit geeignet sein dürfte, unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Kräfte des Marktes für die Lösung der neu erkannten Probleme unserer Zeit dienstbar zu machen. Das sollte bei aller Kritik nicht übersehen und übergangen werden.

Geschätzte Damen und Herren, dank der Aufgeschlossenheit vieler Bürger dieses Landes, der Überschaubarkeit unseres engeren Lebensraumes, einer vorausschauenden Politik in Landtag und Regierung, die sich auch in einer geordneten Finanzlage äußert, ist vieles zum Besseren gewendet worden. Die anstehenden Aufgaben sind aber nicht geringer geworden. Gelegentlich könnte man sogar meinen, es sei eher das Gegenteil zutreffend. Dennoch haben wir alle Ursache, in unsere eigene Kraft zu vertrauen, Wissenschaft und Technik zur Minderung von Problemen einzusetzen und schließlich auch unsere eigene Art des Lebens, des Wirtschaftens, neu den erkannten Zusammenhängen anzupassen. Ein umfassender Prozeß, der mit unserem ausgeprägten Anspruchdenken und dem vermeintlichen Recht auf stete Wohlandssteigerung in Konflikt geraten dürfte.

Zum ersten Mal aber - darauf möchte ich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hinweisen - ist aber erkennbar, daß auf Bundesebene ein realistisches Konzept und praktikable Vorstellungen vorhanden sind, um den Schutz unserer Umwelt zu einem durchgängigen politischen Prinzip zu machen. Die ökosoziale Marktwirtschaft als ein weiter zu entwickelndes Wirtschaftssystem, in dem soziale und ökologische Aufgaben gleich ernst genommen werden. Eine Konzeption, in der ein marktwirtschaftliches, ein ökonomisches System mit einem ökologischen Steuerungsmechanismus gekoppelt wird. Das ist die generelle Linie, in der staatliche Regulierung, hoheitliche Eingriffe gleichsam an den privaten Sektor zurückgegeben werden. Eine Konzeption, die auf Dauer viel und vor allem dynamische Effizienz erwarten läßt.

Schon gestern war von Seiten der Grünen-Alternative zu hören, das Budget sei abzulehnen, weil es zuwenig verständlich gehalten sei und zuviel verberge und auch deswegen, weil die Umweltpolitik zuwenig auf Vorbeugung ausgerichtet sei. Ob ein 8-Milliarden-Budget so einfach gehalten werden kann, daß zwei neue Abgeordnete dem auf Anhieb in allen Details folgen können, wage ich zu bezweifeln. Mehr aber beschäftigt mich die zweite Kritik - die an der Umweltpolitik des Landes. Sie haben ein Stück weit recht, wir müssen reparieren und kommen erst in

Teilbereichen zum vorbeugenden Umweltschutz. Das gilt für die öffentliche Hand wie für den einzelnen Bürger, das gilt im großen wie im kleinen, vermutlich für mich wie für Sie. Nach meinem Dafürhalten ist es aber vernünftig, das jeweils Mögliche zu tun, auch dann zu tun, wenn damit noch kein Idealzustand erreicht wird. Damit meine ich die technischen Verbesserungen wie Abgas- und Lärminderung, die Verbesserung des Wirkungsgrades zur Einsparung von Energie, Techniken zur Wasserreinhaltung und des Recyclings in der Abfallwirtschaft, um einige Beispiele zu nennen. Wir wissen, daß die vielen Erfolge auf diesem Gebiet der Emissionsminderung, der Effizienzsteigerung, des schonenden Umganges mit unseren lebensnotwendigen Vorräten, der besseren Anpassung an ökologische Kreisläufe im Sinne des Gebrauchs statt des Verbrauchens, mitunter zur der Illusion verleiten, damit sei auch das eigentliche Problem gelöst. Das ist leider eher selten der Fall. Dennoch verschafft uns dieser partielle Fortschritt ein wenig Luft für die Entwicklung ganzheitlicher, auf Dauer angelegter Strategien. Und wir verfolgen beide Elemente auf verschiedenen Problemfeldern, einerseits die eher punktuelle Maßnahme und möglichst gleichzeitig die Konzeption der Verbesserung dem eigentlichen Grunde nach. Punktuell: Klärschlammverordnung, ganzheitlich: Bodenschutzkonzept oder -gesetz - wie Sie es haben wollen.

Punktuell: Luftreinhalteverordnung, gesamthaft: Luftreinhaltekonzept. Punktuelle: Schibusverbindung, gesamthaft: Tarif- und Verkehrsverbund. Punktuell: Stromtarif, gesamthaft: Energiesparkonzept. Weitere Beispiele ließen sich in der Land- und in der Forstwirtschaft erwähnen - denken Sie an den Fonds zur Rettung des Waldes - in der Abfallwirtschaft und in vielen anderen Sektoren der Landespolitik - denken Sie beispielsweise an die Vorsorgemedizin oder ähnliches. Wir tun tatsächlich beides, das lediglich Verbessernde und das Vorbeugende, denn wir wissen, daß das vielzitierte Umdenken zwar rasch gefordert, aber nur langsam umgesetzt und verwirklicht werden kann.

Lassen Sie mich noch ein Faktum anfügen: Wir sind moralisch aus mehrfachen Gründen und in hohem Maße verpflichtet, unser Haus »Vorarlberg« in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten. Dennoch muß uns letztlich klar sein, daß die Entwicklung des Treibhauseffektes, die Durchlöcherung der Ozonschicht, ja wahrscheinlich nicht einmal die Bildung des Sommersmogs, in unserem Lande entschieden wird. Ich spüre Einwände und stelle nochmals klar: Wir müssen unsere Möglichkeiten vollends ausschöpfen, um mit unserer Umwelt im engeren Sinne Frieden zu schließen. Wir müssen Beispiel geben und Impulse setzen, wo immer dies in unserer Reichweite liegt. Wir müssen aber auch unseren Platz und Stellenwert vernünftig einschätzen, um nicht geradezu zwingend an nicht erreichbaren Zielen zu scheitern.

Präsident: Damit ist die Generaldebatte beendet. Wir kommen zur Gruppe 0. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung - beinhaltet im wesentlichen das Amt der Landesregierung, den Landtag, das Landeswasserbauamt, die vier Bezirkshauptmannschaften, den Landesvolksanwalt, Vermessungsamt und die Agrarbezirksbehörde und sieht Einnahmen in Höhe von 160.549.000,- S und Ausgaben von S 822.794.000,—vor. Im Finanzausschuß gab es in dieser Gruppe Wortmeldungen zu den Beiträgen an die im Landtag vertretenen politischen Parteien, zu den Beamtenbezügen, zum Neubau von Verwaltungsgebäuden usw., aber es gab keinen Antrag. Als neue Budgetpost scheint die Einführung von Verwaltungssenaten auf. Soweit der Bericht zur Gruppe 0. Ich bitte den Präsidenten um die Einleitung der Diskussion.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Flinspach. Ich erteile es ihr.

Flinspach: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Wir haben zum Punkt 0 gleich einen Abänderungsantrag zum Landesvoranschlag und das betrifft die Parteienförderung. Wir haben zu diesem Punkt ein Parteienförderungsgesetz eingebracht, das im Rechtsausschuß am 17. Januar behandelt wird. Wir würden durch unseren Vorschlag, durch die vorgeschlagene Änderung ca. 5 Millionen einsparen und möchten diesen Betrag auf die neue Haushaltsstelle »Umweltberatung«, Gruppe 5, umwidmen lassen. Einen Antrag werden wir dann zu diesem Punkt stellen. Ich komme noch gleich zum zweiten Punkt, oder wollen Sie den Antrag zuerst abstimmen? (Zwischenruf Präsident: Nein, die Anträge werden am Schluß der Diskussion ...) Der zweite Punkt ist diese Sache eben mit dem Pensionsfonds - auch zu dem haben wir den Antrag »Beitrag an den Pensionsfonds gemäß § 18 Landesbezügegesetz und § 37 in Höhe von ca. 5,3 Millionen sind ersatzlos zu streichen«. Wir haben diesen Antrag schon vorher gestellt gehabt, bevor wir von den Ereignissen um den Manfred Rünzler erfahren haben. Das hat uns darin bestärkt, auf diesem Antrag weiterhin zu bestehen. Es ist in der Einleitung von Herrn Landesrat Lins zu entnehmen gewesen, daß das Budget einer sparsamen und zweckmäßigen Verwendung zugeführt wird. Wir vertreten bundesweit den Abbau von Politikerprivilegien, was ein einstimmiger Beschluß beim Bundeskongreß in Gmunden wieder bestärkt hat. Es wird uns auch hier in diesem Landtag die Getrenntheit von der anderen Grüngruppe vorgeworfen, vorgeworfen in dem Sinn, daß es immer heißt, ihr habt die Wahl verloren oder, wie der Herr Landtagsabgeordnete Halder heute gesagt hat, ihr seid da selber auch immer beteiligt. Wir möchten das wieder feststellen: Die Grüne-Alternative war nicht im letzten grünen Landtagsklub vertreten. (Zwischenruf. ... Glocke!) Wir lesen aber jeden Tag in den Medien, der grün-alternative Landtagsklubobmann usw. Wir bekommen anonyme Leserbriefe zu diesem Thema. Es gibt Leserbriefe in den Medien mit falschen Adressen, mit falschen Namen, die sich auch mit diesem Thema beschäftigen. Ich empfinde das als Rufschädi-

gung, nicht als Rufmord, denn wir sind noch recht lebendig. Aber wenn in Leserbriefen steht: »Mistet zuerst den eigenen Stall aus«, dann möchte ich die Mistgabel gerne weitergeben.

Präsident: Frau Abgeordnete Flinspach, in den Abänderungsanträgen, die mir seitens Ihrer Fraktion überreicht worden sind, ist der Abänderungsantrag »Pensionsfonds« nicht enthalten. Ich müßte also diesen Abänderungsantrag noch schriftlich bekommen - Entschuldigung, ja das geht ein bißchen durcheinander. Danke. Als nächster Redner hat das Wort der Abg. Aberer.

Aberer: Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Antrag auf Streichung bzw. Umwidmung von Beträgen aus der Parteienförderung möchte ich folgendes sagen: Ich habe ja schon in meiner Wortmeldung als Generalredner der ÖVP zum gesamten Voranschlag schon einiges zur Parteienfinanzierung gesagt, habe auch darauf verwiesen, daß im speziellen auf dieses Faktum dieses Antrages noch eingegangen wird. Die grün-alternative Fraktion schlägt vor, die Parteienfinanzierung künftig so handzuhaben, daß jeder Partei ein Sockelbetrag von 969.946,- S gewährt wird und zusätzlich ein Betrag von 46,-S pro gültige Stimme. Bisherige Regelung: Sockelbetrag nur für Parteien, die Klubstatus haben, plus 60,40 S pro Wahlberechtigten plus 5 % der Bezüge der Mandatsträger. Der Vorschlag der grün-alternativen Fraktion würde für das kommende Jahr eine Einsparung - das ist also genau errechnet worden - von 5,5 Millionen bedeuten, allerdings ist folgendes zu berücksichtigen: Bei der bisherigen Verteilung erhält die ÖVP für das Jahr 1990 rund 8,5 Millionen, was 51,91 % der insgesamt ausgeschütteten Mittel bedeutet. Dies entspricht relativ genau dem Wahlergebnis - also 0,91 % mehr. Die SPÖ erhält 4.048.000,- S, das entspricht 23,89 % der Gesamtsumme, das ist rund 2 % mehr als wie das Wahlergebnis. Die FPÖ erhält 3.360.000,- S, das entspricht 19,83 % der Gesamtsumme, somit etwa rund 3 % über dem Wahlergebnis. Bei der SPÖ und der FPÖ ist der Sockelbetrag dafür ausschlaggebend, daß die Parteienfinanzierung was die Prozentzahl des Wahlergebnisses übertrifft höher ist Warum? Man wollte ja den Klubs eine gewisse Grundausrüstung bzw. der Partei eine gewisse Grundausrüstung ihrer Aktivität damit zubilligen. Für die grün-alternative Fraktion bedeutet die bisherige Praxis einen Zuschuß von 741.500,- S oder 4,38 % der Gesamtsumme. Sie liegt somit knapp mit 1 % unter dem Wahlergebnis. Ausschlaggebend dafür ist das Nichterreichen der Sockelfinanzierung - kein Klubstatus. Allerdings sind die Abweichungen der einzelnen Parteien, bezüglich der Förderung zum Wahlergebnis, durchaus tragbar, da im Vorschlag der grün-alternativen Fraktion - wie oben angeführt - sich zwar eine Gesamtersparnis von 5,5 Millionen ergeben würde, allerdings würden der ÖVP nur noch 44,6 % der neuen Summe zufallen und der grün-alternativen Fraktion 12,07 %. Das bedeutet nichts anderes, als daß der ÖVP mehr als 6 % vom Wahlergebnis abweichend zuungunsten abgezogen werden sollten und der grün-alternativen Fraktion mehr als Doppelte, also der dop-

pelte Setrag des Wahlergebnisses zukommen. Der Vorschlag der Grün-Alternativen ist somit kein echter Einsparungsvorsatz, sondern dient lediglich dazu, unter massiver Kürzung der ÖVP, SPÖ und FPÖ eine Umverteilung von 653.000,-S zugunsten der Grün-Alternativen zu bewirken. Man will also generell die Parteienförderungsmittel um rund ein Drittel kürzen, jedoch bei sich selbst um beinahe auf das Doppelte erhöhen. Es stört die grün-alternative Fraktion auch nicht, bei einem Wahlergebnis von 5,16 % der gültigen Stimmen 12,07 % der zur Verfügung gestellten Parteienförderungsmittel zu begehren. Zudem ist noch erwähnenswert, daß hier bei der Parteienförderung ein Sockelbetrag selbstverständlich beansprucht wird, wel man selbst keinen nach den geltenden Richtlinien erhalten würde und dies mit dem Aufbau einer gewissen Infrastruktur begründet, hingegen bei der Fraktionsförderung den Sockelbetrag für die bestehenden Infrastrukturen der anderen Fraktionen streichen würde, weil man ihn selber nicht benötigt. Nun zur Fraktionsfinanzierung: Hier beruht der wesentliche Unterschied zum gegenwärtigen Stand darin, daß man die Sockelfinanzierung streichen möchte. Dies ist insofern interessant - wie bereits oben erwähnt - daß man hier die genau in der Geschäftsordnung festgelegten Infrastrukturen über die Sockelfinanzierung nicht akzeptieren möchte, hingegen für sich selbst bei der Parteifinanzierung -ja. Außerdem ist die Sockelfinanzierung in der Geschäftsordnung genau zweckbestimmt. Da man selbst kein Klub ist und deshalb die Sockelfinanzierung für Grundausrüstung nicht benötigt, möchte man diese auch den anderen Fraktionen streichen. So lese ich diesen Antrag. Der größte Teil der Einsparung bei der Klubfinanzierung - Einsparung um 1,2 Millionen - beruht daher auf dem Streichen des Sockelbetrages. Die grün-alternative Fraktion ist selbstverständlich von der Einsparung mit ihrem Betrag nicht betroffen, sie hat sowohl beim alten wie auch beim neuen Einsparungsvorschlag denselben Betrag in der Höhe von 170.000,- S.

Nun, geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages, man kann auch diese Dinge so für sich drehen und meinen, wie man gut liegt Ich muß Ihnen das Zeugnis ausstellen, rechnen können Sie - aber wir auch. Und etwas darf ich Ihnen auch noch sagen, daß Dinge, die hier seit Jahren Usus sind und eine gesetzliche Form haben, kann man nicht ohne weiteres umstoßen. Bezüglich des Antrages, der nun eingereicht ist, Streichung beim Pensionsfonds von 5 Millionen Schilling - hochgeschätzte Frauen Kolleginnen, so kann man das nicht machen, da sind Rechtsansprüche da und zwar zweiseitige. Und bezüglich der Namensverwechslung da habe ich die Meinung, daß das Ihr Bier ist, nicht unseres.

Ab 14.42 Uhr übernimmt Frau Vizepräsidentin Gehr den Vorsitz

Vizepräsidentin: Als nächstes zum Wort gemeldet ist der Abg. Hummer.

Hummer: Hoher Landtag! Ich will jetzt nicht zur Finan-

zierung etwas sagen, nur Frau Kollegin Kräutler oder Flinspach, für den Privilegienabbau treten wir natürlich selbstverständlich auch ein und wenn Sie immer sagen, daß Sie nicht vertreten waren im früheren Landtag, so kann ich Ihnen nur sagen, daß Sie zwei namentlich nicht vertreten, daß aber die grün-alternative Fraktion insgesamt mit vier Leuten da war, wenngleich es für uns immer schwer war auseinander zu Uten, wer Grün-Alternativ oder Grün war, aber sie waren doch hier im Landtag -vertreten. Und wenn wir heute über Pensionsregelungen von zwei Grün-Alternativen oder Grünen reden müssen, glaube ich, daß es für Sie natürlich etwas schmerzlich ist. Im übrigen hat der Kollege Aberer, der hier sicherlich ein Fachmann auf dem Gebiet ist, klargelegt, was es mit der Parteienförderung und -finanzierung auf sich hat.

Nun, in der Gruppe 0 sind auch die Ausgaben für den Amtsbetrieb im Amt der Vorarlberger Landesregierung aufgegliedert. Und wenn es hier um die Erstellung eines Dienstpostenplanes geht - und wir werden in dieser Sitzung noch darüber reden - und vor allem um Personalaufstockungen geht, darf ich namens der freiheitlichen Fraktion schon erwähnen, daß wir nicht zu jenen gehören, die etwa Verwaltungsapparate aufblähen möchten. Ich bin aber doch der Ansicht, daß die personelle (Besetzung in den einzelnen Abteilungen differenziert zu betrachten ist. Wir stellen, wie der Herr Landeshauptmann gesagt hat, einen Abgang von sieben Mitarbeitern fest und diese wurden wieder um sieben aufgestockt, sodaß wir gesamthaft denselben Personalstand haben. Der Herr Landeshauptmann ist jetzt nicht hier, ich hätte ihm das gerne gesagt, ich werde es auch tun. Er hat in seiner Grundsatzklärung gemeint, der Natur- und Landschaftsverbrauch ist für Vorarlberg ein besonderes Problem. 79 % unserer Bevölkerung wohnen auf 11 % der Landesfläche im Ballungsraum Rheintal und Walgau und die Bevölkerung wird weiter zunehmen. D.h., zum einen müssen wir durch einen sorgsam und sparsamen Umgang von Grund und Boden für Bauzwecke den kommenden Generationen noch Entwicklungsmöglichkeiten bewahren, zum anderen gilt es, so viel Natur- und Kulturraum als möglich zu erhalten oder sogar zu erweitern. Diese immer schärfer werdenden Interessenskonflikte erfordern insgesamt eine besondere Umsicht in der Interessensabstimmung auf allen Ebenen, im speziellen wird z.B. in Bausachen die Errichtung von Gestaltungsbeiräten zu prüfen sein. Und er sagt weiter, die Gemeinden werden wir beider Verwirklichung der den geänderten Erfordernissen entsprechenden jeweiligen Ziele unterstützen. Bis auf die Meinung von Gestaltungsbeiräten - ich weiß nicht, ich hatte nicht allzu viel von solchen Beiräten - kann ich dem Herrn Landeshauptmann hier völlig beipflichten. Es ist richtig, daß gerade die Gemeinden aufgrund dieser geänderten Erfordernisse massive Unterstützung brauchen. Und die immer schwieriger werdenden Aufgaben der veränderten Erfordernisse lassen sich nicht über den Daumen abwickeln, sondern erfordern intensivste Beratung und Bearbeitung von Seiten der Fachleute hier im Hause. Und der Herr Landeshauptmann weiß auch, daß bei Bürgermeisteratungen, speziell auch im Bezirk Bludenz, vor allem in

bezug auf die langen Wartezeiten, Terminverzögerungen bei Beratungen von Widmung und bei der architektonischen Beurteilung verschiedenster Bauvorhaben, daß es dort oft zu Kritik kommt. Und ich erinnere mich, daß auch der Herr Landeshauptmann bei solchen Tagungen immer wieder zugesagt hat, daß hier Abhilfe geschaffen werden soll und daß auch von der Raumplanung her entsprechende Forderungen bestehen. Und auch heute bei der Generaldebatte hier im Landtag wurde wiederholt von Kolleginnen und Kollegen darauf hingewiesen, daß in Zukunft steigende Anforderungen, also ganz enorme Anforderungen in der Raumplanung auf uns zukommen. Ich möchte hier betonen, daß die Beamten in der Raumplanungsabteilung ausgezeichnete Arbeit leisten, wie es immer wieder von den Bezirkshauptmannschaften bestätigt wird und daß aber aufgrund der vom Herrn Landeshauptmann selbst gemachten Aussage der geänderten Erfordernisse auch Aufstockungen von qualifiziertem Personal in der Raumplanungsabteilung weiter erforderlich ist. Ich stehe nicht an zu sagen, daß mit der Aufstockung um einen Dienstposten mit einem qualifizierten Fachmann für örtliche und überörtliche Raumplanung eine positive Entwicklung eingeleitet wurde. Wir betrachten diese Einstellung aber aufgrund dieser enormen Anforderungen als einen ersten Schritt. Ich spreche hier sicherlich auch im Namen vieler Gemeinden und vieler Mitbürger und auch vielleicht im Namen der sicher überlasteten Beamten und wir hoffen, Herr Landeshauptmann, daß Sie aufgrund des in unserem Lande beengten Lebensraumes und des immer knapper werdenden Angebotes von Grund und Boden für Bauzwecke, ganz im Sinne Ihrer Grundsatzerklärung auch handeln werden. Wir werden bei künftigen Personaldiskussionen auf diese Entscheidungen drängen und wir glauben, hier doch einen Beitrag damit zu leisten, daß wir in raumplanerischer Angelegenheit, was die Zersiedelung anbelangt, daß hier wirklich entsprechend gute Fachleute weiter drin sind und daß man hier dann doch effizient arbeiten kann.

Vizepräsidentin: Dankeschön. Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abg. Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Herr Präsident, Hohes Haus! Kompliment, Herr Klubobmann, Sie können sehr gut rechnen, vor allem zu Ihren Gunsten. Unser Antrag auf Kürzung der Parteienförderung beinhaltet nicht, wie Sie es uns unterstellen, eine Bevorzugung der grün-alternativen Fraktion, im Gegenteil. (Zwischenruf Fend: As kut aso usser. - Aberer: Eine Erhöhung!) Das stimmt nicht, es ist keine Erhöhung. Wir sind bei der Berechnung davon ausgegangen, daß es im Zuge des Privilegienabbaues doch gerechtfertigt wäre, die Parteienförderung um ca. ein Drittel - wie Sie richtig ausgerechnet haben - zu kürzen. Gingen wir von den Regelungen aus, die es noch gab vor dem 5.12.1989, stünden der Grünen-Alternative 1,5 Millionen zu. Bei unserer Regelung sind das 1,3.

Seit es die Nacht- und Nebelaktion der Richtlinienerstellung am 5.12. gab, stehen uns nur noch 4,3 % der gesamten Parteienförderung zu. (Zwischenruf Aberer:

Der Sockel fehlt!) Wir haben einen Stimmenanteil von 5,1 %, also nicht einmal dieser Anteil wurde durch die uns zuerkannte Parteienförderung erreicht. Wir halten das für ungerecht, wir halten auch das wieder einmal für ein Zeichen, daß die Opposition mit finanziellen Repressalien ausgehungert werden soll. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Starker Terminus!) Das ist ein starker Terminus, aber er ist begründet.

Seit die Grüne-Alternative bundesweit als vierte Partei sich konstituiert hat, gibt es auf Bundesebene Kürzungen, gibt es im Land Niederösterreich Kürzungen. Überall, wo die Grüne-Alternative in ein Parlament gekommen ist, haben sich plötzlich den neuen politischen Situationen entsprechend die Parteienförderungsrichtlinien geändert, so auch im Land Vorarlberg.

Ich weiß nicht, warum Sie so traurig darüber sind, daß Sie ein Drittel weniger bekommen. Nagen Sie am Hungertuch? Haben Sie irgendwelche Probleme? Sie haben Räumlichkeiten, Sie haben Lobbies hinter sich, Sie haben die Industrie. Sie haben doch genug bekommen, um Ihre paar Schreibmaschinen zu finanzieren - oder die eine, weil mehr Leute wollen da herinnen von Ihnen ja eh nicht arbeiten.

Die Kürzung des Sockelbetrages erscheint uns wirklich als eine große Ungleichbehandlung, weil wir verstehen nicht, warum dieser Sockel nicht allen Fraktionen zur Verfügung stehen sollte. Es haben ja schließlich und endlich alle Fraktionen dieselben Grundbedürfnisse. Was sehr eigenartig ist: daß wir nicht einmal diesen Sockelbetrag bekommen, dazu keine Räumlichkeiten, nicht einmal die Infrastruktur haben, die anderen Fraktionen zur Verfügung steht, alles unter diesem eigenartigen Vorwand der Geschäftsordnung und dieses Klubstatus, den es ja eigentlich im Prinzip gar nicht gibt, außer über die finanziellen Zwänge. Mehr Geld gibt es halt nur, wenn man einen Klub macht und das wissen Sie auch. Klubgelder de facto gibt es ja nicht in der Geschäftsordnung, es gibt Fraktionsgelder und die steigern sich, je mehr Leute eine Fraktion hat. Und die Leute in diesen Fraktionen können Klubs bilden, wenn sie wollen. Die wollen natürlich, damit sie mehr Geld kriegen. Und diesen Sockelbetrag, Herr Klubobmann, für die Klubs, den habe ich in der Geschäftsordnung noch nirgends gefunden, den müssen Sie mir noch zeigen.

Warum wollen wir eine entsprechende Parteienförderung? Ich denke, wenn Sie sich - Sie als guter Rechner, Herr Klubobmann und auch die anderen von Ihnen - überlegen, was braucht denn so eine politische Gruppierung, um existieren zu können, um wirklich politische Arbeit machen zu können? Da sind doch 1,3 Millionen Schilling nicht viel Geld in diesem Sinne. (Zwischenruf Holzer: Aber sonst fehlt nichts, oder!) Nein, aber wahrscheinlich können Sie das nicht verstehen, weil wenn man weich gebettet auf 7 Millionen sich ausruhen kann, wird man das nicht verstehen, wenn man nur 1,3 Millionen hat, wie man die braucht. Und ich möchte Ihnen zur Erklärung, wofür wir dieses Geld auch brauchen, kurz sagen: Diese grün-alternative Oppositionsarbeit besteht ja nicht nur aus diesen parlamentarischen Auftritten. Wir werden

auskommen müssen - wir zwei Frauen - mit diesem Fraktionsgeld, kargest bemessen, mit einem fliegenden Büro. Nur, die Leute unserer Gruppierung, die uns hineingewählt haben, die haben ein Recht darauf, informiert zu werden über unsere Arbeit. Die haben ein Recht darauf, Aussendungen zu bekommen, Öffentlichkeitsarbeit muß gemacht werden. Wir brauchen wissenschaftliche Beratung, Gutachten, Rechtshilfefonds, Initiativfonds zur Vernetzung der außenparlamentarischen Arbeit und zur Unterstützung dieser außerparlamentarischen Arbeit. Das ist Tradition bei den Grünen und soll fortgesetzt werden. Das alles wird uns erschwert. Und das alles wollen Sie uns erschweren, weil Sie ein aus Ihrer Sicht ja recht berechtigtes Anliegen haben, die Oppositionsarbeit zu verhindern (Zwischenruf Dr. Bernhard: Umgekehrt ist auch gefahren!) und die initiative Arbeit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu verhindern, weil alles, was diese Leute an guter Arbeit machen, würde wahrscheinlich Ihnen zum Schaden gereichen.

Präsident Jäger übernimmt wieder den Vorsitz

Präsident: Als nächster hat das Wort der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte jetzt nicht auf die Rede der Kollegin Kräutler-Berger eingehen, da wird der Klubobmann nochmals dazu Stellung nehmen. Nur etwas: Ich habe mich bemüht Ihnen zu folgen, ich muß schon sagen, Sie reden von Repressalien deswegen, weil in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, daß ein Klub eben drei Abgeordnete haben muß. Wenn Sie drei Abgeordnete hätten, dann wären Sie ja ein Klub und dann würden Sie die Mindestausstattung bekommen, die ein Klub braucht. Wenn das so einfach wäre, wie Sie es sich vorstellen, dann mache ich mit dem Kollegen Batlogg und dem Kollegen Komexl auch einen Klub auf und beanspruche neben der ÖVP genau dieselben Vorzüge, daß ich einen Sekretär habe usw. So geht es nicht. Der einzelne Abgeordnete - und Sie sind zwei einzelne Abgeordnete - hat für seine Bedürfnisse eben selbst zu sorgen. Und wenn eine größere Gemeinschaft entstanden ist, ein Klub mit mindestens drei Abgeordneten, dort braucht es eine Organisation dafür. Sie zu zweit werden wohl noch Ihre Dinge selbst regeln können, so wie ich als einzelner Abgeordneter meine Reden und meine Arbeit auch allein machen muß. Aber damit die Klubarbeit organisiert wird, braucht es eine Infrastruktur und dafür gibt es den Sockelbetrag. Noch etwas: Ich verstehe etwas nicht - Sie wollen einerseits kürzen und wollen selbst mehr Geld, da stimmt es doch auch nicht so recht zusammen. Aber die Details soll der Klubobmann sagen.

Ich möchte zu einem Thema sprechen, das am Vormittag nur kurz gestreift wurde, zum Thema »Föderalismus«. Es ist nötig, daß am Beginn einer fünfjährigen Legislaturperiode dazu grundsätzliches gesagt wird. Der Föderalismus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hat in Europa in der letzten Zeit einen neuen Stellenwert bekommen.

Bisher zentralistisch regierte Länder Südeuropas und Westeuropas - ich meine Frankreich, Italien und Spanien - vollziehen und praktizieren seit einigen Jahren konsequent eine starke Föderalisierung. Und in diesem Jahr 1989 hat im bisher so monolithisch und zentralistisch regierten Ostblock, in den osteuropäischen Staaten, neben einer ungeheuren Demokratisierung in allen Bereichen, urplötzlich auch massiv eine Stärkung des Föderalismus eingesetzt. Unsere östlichen Nachbarn fordern massiv die Stärkung der Rechte ihrer Teilrepubliken und ihrer Bundesländer. Es ist geradezu sensationell, wenn man hört, daß Litauen, Lettland und Estland in ihren Landesparlamenten ihre weitgehende Unabhängigkeit von der Moskauer Zentralgewalt beschlossen haben. Das sind keine Forderungen, das sind Beschlüsse der Parlamente dieser sowjetischen Teilrepubliken. In Jugoslawien kämpfen die Teilrepubliken massiv und erbittert gegen die zentralistische Bevormundung aus Belgrad. Und kürzlich haben Demonstranten in der DDR sogar die Schaffung eines Freistaates Sachsen gefordert.

Der Föderalismus ist am Ende der 80er Jahre auch in Osteuropa zu einem neuen politischen Faktor ersten Ranges geworden. Da ist nun die Frage berechtigt: Wie steht es damit in Österreich? Was geschieht mit den Föderalismusangelegenheiten in unserem Bundesstaat? Ich will nun keinen Rückblick auf die verschiedenen Forderungsprogramme aller österreichischen Bundesländer machen, ich will mich weder mit der Vorarlberger Abstimmung vom Juni 1970 befassen und auch nicht mit den einstimmigen Resolutionen der Landtage der anderen österreichischen Bundesländer, die das gleiche gefordert haben wie unser Vorarlberger Landesvolk. Ich will auch keinen Rückblick machen oder in Fußsach-Erinnerungen schwelgen, heute besteht dazu leider kein Anlaß, dazu hat sich unter dem Strich gesehen auf Bundesebene in Föderalismusfragen leider viel zu wenig bewegt in den letzten Jahren. Die Zentralstellen des Bundes - die Ministerien - haben nämlich alle Vorstöße der Bundesländer konsequent übersehen und haben sie mehr oder weniger unbeschadet überstanden. Es ist im großen und ganzen eigentlich alles gleich geblieben. »Nit lugg lo« - Unter dieser richtigen Devise muß die Vorarlberger Föderalismuspolitik weiter betrieben werden, trotz dieser sturen Besitzdenkshaltung, die wir auf Bundesebene immer wieder registrieren können.

Die Vorarlberger Landesregierung hat zu Beginn dieses Jahres einen neuen Vorstoß unternommen. Sie hat dabei aus den bisherigen Bundesländer-Forderungsprogrammen jene 8 Punkte ausgewählt und herausgefiltert, die am ehesten einer Einigung für den Bund zugänglich sein könnten. Über dieses Vorarlberger 8-Punkte-Programm wurde im Landtag schon mehrfach diskutiert, zuletzt bei der Regierungserklärung unseres Landeshauptmannes. Auch die sozialistische Fraktion - Parteiobmann Häfele - hat sich mit den wesentlichen Forderungen dieses 8-Punkte-Programms damals ausdrücklich einverstanden erklärt, allerdings mit einigem Zähneknirschen, weil die sozialistische Fraktion nicht in der Regierung ist und daher als Opposition sich von dem Geschehen ausgeschlossen betrachtet. Aber immerhin, Sie haben diese

Anliegen aus dem 8-Punkte-Programm unserer Landesregierung ausdrücklich als sinnvoll bezeichnet. Im Sommer dieses Jahres haben die Landeshauptmänner aller österreichischen Bundesländer, also auch die sozialistischen Länder Wien und Burgenland, einstimmig den Beschluß gefaßt, daß auf der Grundlage unseres Vorarlberger 8-Punkte-Programms die Verhandlungen mit dem Bund zur Verwirklichung der Bundesländerforderungen weiterbetrieben werden sollen. Dieser Beschluß ist für das Föderalismus-Anliegen deswegen wesentlich, weil damit unser Vorarlberger 8-Punkte-Programm nicht mehr der Alleingang eines Bundeslandes, nicht mehr der Wunsch eines einzigen Landes ist, sondern nunmehr eine Forderung aller österreichischen Bundesländer geworden ist.

Parallel zu diesen Verhandlungen, die jetzt über dieses 8-Punkte-Programm anlaufen, läuft derzeit eine breit angelegte Untersuchung an, wie die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden könnten. Bekanntlich wurde schon wiederholt eine Überarbeitung der total unübersichtlich gewordenen Kompetenzen gefordert, und zwar von Politikern genauso wie von Wissenschaftlern, Verfassungsrechtlern usw.. Länder und Gemeinden werden bei dieser Untersuchung befragt werden über ihre Wünsche und Anregungen zur Kompetenzneuregelung. Auch die Universitäten, also die juristischen Fakultäten, werden eingeladen, dazu ihre Stellungnahmen abzugeben. Bei der Neuverteilung der Kompetenzen soll es um die Artikel 10 bis 15 der Bundesverfassung gehen und um weitere allzu viele Sonderkompetenzbestimmungen, die in den verschiedensten anderen Gesetzen mit Verfassungscharakter normiert sind. Das Ganze ist bekanntlich höchst unübersichtlich geworden. Dieses Vorhaben der Neuregelung der Kompetenzen muß man als Chance für den Föderalismus ansehen. Man muß erkennen, daß es eine einmalige Chance ist.

Wenn die Länder allerdings nicht wachsam sind, bringt dieses Projekt auch das Risiko eines Zementierens der jetzigen unbefriedigenden Kompetenzverteilung mit sich, sogar die Gefahr eines Rückschlages in Richtung Zentralismus ist damit verbunden. Es gilt daher, dieses Vorhaben bestmöglich vorzubereiten und zu unterstützen durch wissenschaftliche Arbeiten, durch Einbindung und Motivierung der Landesregierungen aller Länder und der Landtage aller Länder. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, daß das Föderalismus-Anliegen allein als die Sache eines einzigen Bundeslandes behandelt wird oder allein als Sache einiger Spezialisten in Verfassungsrechts- oder Föderalismusfragen. Das wäre eine viel zu schmale Basis für so eine wichtige Sache. Damit wird es nicht gelingen, die seit den Zeiten der Monarchie festgefügte Zentralbürokratie zu einem Umdenken zu bewegen. Es geht viel mehr gegen die Zentralbürokratie als gegen die Parteien im Nationalrat. Die entscheidenden Hindernisse kommen - das habe ich in langjähriger Arbeit an diesem Thema gesehen - immer wieder aus der Zentralbürokratie. Verfassungsrechtler, Abgeordnete aus den Landtagen, aus dem Bundesrat und aus dem Nationalrat, Beamte der Landesregierungen sollten sich regelmäßig zu Arbeitstagen treffen, bei denen konkrete föderalistische

Anliegen behandelt, dazu Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden. Diese Lösungsvorschläge müssen dann auch geschlossen in den jeweiligen Länder- oder Bundesparlamenten vertreten werden. Das Ringen um mehr Länderrechte ist seit langem zu einem Stellungskrieg verkommen. Dieser Stellungskrieg wird von den Bundeszentralstellen mit einem außerordentlich starken Beharrungsvermögen geführt, daher müssen die Länder neue Strategien dagegen entwickeln. Dazu ist es auch nötig, die öffentliche Meinung in allen Bundesländern als Verbündete für das Föderismus-Anliegen zu gewinnen.

Noch eine kurze Anmerkung: Der Bund scheint derzeit bereit zu sein, den Ländern im Zuge eines unangenehmen Tauschhandels - auf den ich nicht eingehen will - den Ländern die Kompetenz für Bodenreformaßnahmen zu übertragen, soweit diese den Verkehr mit Baugrundstücken betrifft. Diese Kompetenz wäre für die Länder außerordentlich wertvoll. Die Entwicklung der Baulandpreise, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gibt ja zu echter Sorge Anlaß. Das wurde bei der heutigen Generaldebatte immer wieder und mit Recht unterstrichen. Dieses Problem der Reglementierung des Verkehrs mit Baugrundstücken wird den Landtag noch intensiv beschäftigen müssen und zwar bei der bevorstehenden Novelle zum Raumplanungsgesetz. Es bleibt nun abzuwarten, ob es tatsächlich gelingt, den Bund zur Übertragung dieser Kompetenz an die Länder zu bewegen und wie schnell das möglich sein wird. Es wäre zu hoffen, daß unser Land dann schon die Kompetenz hat, wenn wir das Raumordnungsgesetz novellieren. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Muscht aber auch die Montagsrunde überzeugen....!) Für den Vorarlberger Landtag werden diese Kompetenzübertragungen den Weg zu einer Novelle beim Raumplanungsgesetz eröffnen, bei der wir »Nägel mit Köpfen« machen.

Präsident: Als nächster hat das Wort der Abg. Gorbach.

Gorbach: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ganz kurz möchte ich in dieser Gruppe 0 schon noch auf die Replik des Herrn Landesrates Lins auf meine Wortmeldung heute Vormittag eingehen, denn man kann ja nicht sagen - man kann schon, aber es ist nicht ganz fair und optisch nicht ganz richtig - wenn man sagt, die Gewährung von Dienstgeberdarlehen auf der Ausgabenseite von 4,5 Millionen Schilling und Bezugsvorschüsse für Landesbedienstete um 3,8 Millionen Schilling kann man - man siehe Einnahmenseite - gegenrechnen mit den Einnahmen aus diesen Positionen. Es handelt sich doch hier ja um früher gewährte Dienstgeberdarlehen und Bezugsvorschüsse, Tatsache ist - das weiß ich - daß der echte Aufwand rund 400.000,- S sein wird, aber Tatsache ist, daß sich diese Angelegenheit verlängert und genau das wollte ich anregen zu verhindern und Tatsache ist, daß aus dieser Position 8,3 Millionen Schilling nicht da sind, um sie für etwas anderes einzusetzen. Und auch das wollte ich damit anregen, eben etwa z.B. die notdürftige Haushaltsstelle »Öffentliche Nahversorgung« oder etwa - man siehe auf der gleichen Seite - «Ausbildung von Landesbedienste-

ten« 3 Millionen Schilling. Wenn man denkt, daß hier ja auch EG-Ausbildung - wenn ich das einmal so bezeichnen darf - mitbeinhaltet sein soll, um dem Binnenmarkt Rechnung zu tragen von der Verwaltung her auch, um einem eventuellen EG-Beitritt Rechnung zu tragen, dann scheinen mir ja diese 3 Millionen Schilling eher dürftig zu sein und da würde ich meinen, wäre dieses Geld sinnvoller angelegt, wenn man es in die Ausbildung der Bediensteten und Beamten hineinstecken würde. Im übrigen sollte man auch noch etwas feststellen: Es hat mir nicht gefallen, Herr Landesrat, wenn Sie sagen, gute Privatbetriebe tun das auch. Ich hoffe, Sie schätzen einen Betrieb, der das nicht tut, nicht gleich dann von vornherein als schlechten Betrieb ein, denn es gibt viele Betriebe, die das nicht tun, sondern die ihre Arbeitnehmer so bezahlen, daß sie sich das leisten können, was sie brauchen und notfalls ein Geld dort holen können bei jener Institution, die dafür da ist, nämlich die Bank. Und außerhalb, glaube ich, sollte man auch noch unterscheiden im Vergleich, ob es sich um die Vergabe von Privatgeldern, privat erwirtschafteten Geldern handelt, oder um öffentliche Mittel - öffentliche Gelder. Aber viel wichtiger scheint mir eine kurze Replik auf die Aussage der Frau Abgeordneten Kräutler-Berger zu sein, die in der Diskussion um die Parteienförderung gemeint hat: »Sie haben ja keine Probleme«. Wenn sie konkret damit gemeint hat, weiß ich zwar nicht, »Sie haben ja die Lobbies hinter sich, die ihnen wohl die paar Schreibmaschinen finanzieren werden.« Genauso das, glaube ich, ist es, was man verhindern will durch eine ordentliche, transparente und ehrliche Parteienförderung, zu der man auch stehen kann und die mit ein Beitrag sein soll, daß Parteien und Politik nicht abhängig werden von Lobbies. Ich jedenfalls werde auch in Zukunft lieber aus Vernunftsgründen mich für etwas einsetzen als aus Gründen der Abhängigkeit. Und ich glaube, das ist sehr wichtig, daß man das auch heute hier herausstreicht

Präsident: Als nächster hat das Wort Klubobmann Aberer.

Aberer: Herr Präsident! Leider ist die Frau Kollegin Kräutler-Berger nicht da und ich komme nicht heraus, um sie fertig zu machen - zu dem bin ich viel zu höflich (Zwischenruf Dr. Keckeis: Des kascht Du nümma!) - ich möchte nur eines feststellen: Wenn ich mich etwas umdrehe und da oben Ihre vier Vorgänger gesehen habe, die nicht wußten, mit dem vielen Geld was anzufangen, wo wir Sorge hatten, daß Spargbücher und alle möglichen Dinge angelegt wurden, sind Sie beide genau umgekehrt - Ihnen ist alles zu wenig. Und ich glaube, daß für ein Jahr für zwei Personen, die diese Partei oder diese Wählergruppe repräsentieren, 911.000,-S aus Landesmitteln doch genügen müßten. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Sie tun immer so, als ob wir im Geld schwimmen!)

Präsident: Als nächster hat das Wort der Abg. Stadler.

Stadler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Oftmals sagt man in einem Nebensatz mehr Wahrheit als in langen Reden. Und mein Klubkollege Gorbach hat schon darauf repliziert, auf die Sache mit den Lobbies, mit der Industrie, die ja die ÖVP angeblich hinter sich hat, um ihre paar Schreibmaschinen zu finanzieren. Haben Sie eigentlich offengelegt, worum es Ihnen da wirklich geht, bei der Kürzung der Parteienfinanzierung? Meine Damen, das ist ein gefährlicher Weg, und das hat sich in der Bundesrepublik als katastrophal für die Parteien und für die Parteiendemokratie herausgestellt (Zwischenruf: Auch in der Schweiz!) Und in der Schweiz ist es ähnlich. Draußen wäre der Flick-Skandal ganz sicher nicht gekommen, wenn die Parteien dort eine ordentliche und transparente Parteienfinanzierung gehabt hätten und sie haben es ja, die Lehre daraus ziehend, dann ja auch so gemacht, so wie wir es in Österreich schon seit Jahren haben. Und ich glaube, daß sich dieses System bewährt hat: durch eine nachprüfbar, öffentliche Parteienfinanzierung es sicherstellen, daß die Parteien arbeiten können im Sinne der Demokratie, denn - und das weiß der Bürger schon sehr genau, tun Sie da nicht spekulieren mit irgendwelchen Empörungen bei den Bürgern; daß sie sagen, die hauen ja sowieso das Geld zum Fenster 'raus und die haben sowieso schon zuviel - der Bürger weiß schon, daß Demokratie etwas kostet und Demokratie etwas wert sein muß. Oder fragen Sie die älteren Leute, die es noch aus bitterer Erfahrung vor dem Zweiten Weltkrieg wissen, daß dort auch öffentliche Gelder verschustert wurden, nur wurde keine Demokratie damit finanziert. So kann es nicht gehen. Damals sind Lobbies am Werk gewesen und das wollen wir alle nicht mehr haben, daß Lobbies auf die Partei einwirken und partisch deren Politik dann bestimmen. Etwas anderes ist die Frage, wie viel dann eine Partei bekommen soll. Gestatten Sie mir bitte, daß ich jetzt etwas direkt werde in bezug auf Ihre Fraktion. Es kann doch nicht angehen, daß der Bürger draußen eine Randgruppe stärker finanzieren muß als die staatstragenden Parteien. Es kann doch nicht angehen, daß meinetwegen ÖVP-Wähler durch ihre Steuergelder - oder FPÖ-Wähler oder sozialistische Wähler - politische Randgruppen finanzieren, nur weil die das gerne hätten und weil sie dies vehement verlangen. Denn in dem Zusammenhang, meine Damen, da sind Sie schon ein bißchen in Beweisnotstand. Es würde mich nämlich einmal interessieren, was Ihre Vorläufergruppierung mit dem Geld gemacht hat, das noch übriggeblieben ist aus dem Klub. Namen sind Schall und Rauch, kommen Sie mir nicht damit, daß Sie nicht so heißen, wie die früher geheißen haben, von einer Wahl zur anderen gibt es einen neuen Namen und einen neuen Verein und man bekommt das nächste Geld. Mich würde interessieren, wo ist das Geld geblieben, das Ihr Klub übrig hat? (Zwischenruf) Mich würde interessieren, was z.B. mit einem PC passiert ist, der 200.000,- S gekostet hat Der Klub hat sich aufgelöst. Wurde dieser PC an das Land zurückgegeben? Das sind Dinge, die Sie den Leuten erklären müssen, bevor Sie uns hier vorrechnen, daß wir Ihnen zuwenig Geld geben, um Sie politisch fertig zu machen und dann auch noch von Repression reden. Tatsache ist, daß zum Teil sogar Personalidentität

mit der Vorläufergruppierung herrscht, daß Sie hier die Wählerklientel vertreten, die zum Teil früher von der Vorläufergruppierung - von der alternativen Liste und auch von den Grünen - repräsentiert wurde und daß Sie ja auch zum Teil mit diesen Leuten noch zusammenarbeiten. Das hat mit einer Namensänderung nichts zu tun. Und abschließend möchte ich Ihnen noch etwas sagen, meine Damen: Wenn Sie hier Geld von uns verlangen, so werden Sie eines Tages - so wie Ihr Vorläuferklub - in die Verlegenheit kommen, auch nachweisen zu müssen, was Sie mit dem Geld getan haben. Mir fehlt der Nachweis über die bisherige Mittelverwendung, mir fehlt der Nachweis, was mit den Mitteln passiert ist, die übrig geblieben sind und erst dann wird man sich wieder unterhalten müssen, wie es mit der Parteienfinanzierung weitergeht. Jetzt liegen Richtlinien auf dem Tisch und nach den nächsten Wahlen haben Sie ja dann die Möglichkeit, die Bevölkerung insoweit zu überzeugen, daß Sie Klubstärke erlangen und dann werden Sie auch den Sockelbetrag bekommen. Aber hier sich einfach nur als Fraktion so zu gebärden, als ob Sie auch ein Klub wären und dann den anderen Parteien die Klubfinanzierung streitig machen zu wollen, so wird das nicht laufen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Flinspach.

Flinspach: Ich danke Ihnen für die Zuerkennung des Sockelbetrages ab der nächsten Landtagsperiode, Herr Abgeordneter Stadler. (Zwischenruf: Bewerben Sie sich!) Der mündige Bürger wird sich auch überlegen, was man mit 941.000,- S tun kann, wenn ich jetzt noch einmal vorelese, was wir damit tun sollten, können und werden. Das ist eine Vernetzung, das ist eine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, das ist wissenschaftliche Beratung mit Ausarbeitung von Gutachten, das ist Rechtshilfe, das ist ein Initiativenfonds, das ist die Teilnahme an den Wahlen und das ist die Verwaltung und das Büro, um das als letztes zu nennen. (Zwischenruf Dr. Bernhard: Rechtshilfe?) Rechtshilfe, ja. Die Einrichtung eventuell eines Rechtshilfefonds, um Rechtsbeistand zu gewähren. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Das hat kein anderer Klub! - Präsident: Die Frau Abg. Flinspach hat das Wort. Lassen Sie sie bitte weitererklären, was sie mit dem Geld machen werden!) Was die Zusammenarbeit mit dem früheren grünen Klub betrifft, Herr Stadler, würden Sie bitte sagen, mit wem wir da zusammenarbeiten? Namen bitte. (Zwischenruf Stadler: Sägscht dem Herrn Thalhammer, mir hond ihn nit bei Ihnen g'shä!) Er war von Anfang an ausgegrenzt, soweit mir bekannt ist. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Ah so, der war nicht im Klub?! - Präsident: Glocke!) Den Nachweis, was wir mit unserem Geld tun, Herr Stadler, den geben wir Ihnen gerne. Sie können am 31.12. unsere Bücher anschauen und jeder Mann, jede Frau kann jederzeit in unsere Buchhaltung Einblick nehmen. Wir haben das immer gefordert, wir vertreten das, seit es die Grüne Alternative gibt und wir werden das selbstverständlich auch weiterhin auch mit diesen Geldern so handhaben. (Zwischenruf: Oft trägt der Schein!)

Präsident: Ich darf vielleicht nur klarstellen, daß der Abg. Thalhammer einmal ein Schreiben an die Landtagskanzlei geschickt, in dem er in zehn oder zwölf Punkten nachgewiesen hat, warum er zum grün-alternativen Klub gehört. Also, er wollte zum Klub gehören, falls Unkenntnis besteht bei der Nachfolgefraktion oder wie man sie bezeichnen muß, wer zum Klub gehört hat. Die Frau Abg. Kräutler-Berger hat das Wort.

Kräutler-Berger: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident, ich war auch nicht informiert, wie die Situation wirklich war - es war auch sehr schwierig. Um klarzustellen, Herr Abgeordneter Stadler, es war nicht unser Klub, dem Sie jetzt vorwerfen, daß es Unregelmäßigkeiten gegeben hat bzw. keine Nachweise, wohin die Mittel bzw. die Gerätschaften gekommen sind.

Wir haben die VGÖ/AL-Fraktion aufgefordert wie die ÖVP, wie die FPÖ, wie die SPÖ, ihre Finanzen offenzulegen, ihre Wahlkampfkosten offenzulegen, es uns gleichzumachen, eine »gläserne Buchhaltung« zu machen. Es ist dieser Aufforderung niemand nachgekommen, weder der ehemalige Klub der VGÖ/AL noch die anderen Parteien. Mich würde das auch interessieren, was mit diesem Geld passiert ist und ich denke, es wird auch Pflicht sein, diese Rechenschaft einzufordern, auch von diesem Gremium bzw. dem geldvergebenden Gremium.

Um noch einmal zurückzukommen auf unseren Antrag: Ich denke, die Diskussion läuft in eine Richtung, die der Wichtigkeit des Themas entsprechend nicht die richtige Richtung ist. Wenn Sie sich diesen Antrag genau durchlesen, steht dort »Kürzung der Parteienförderung aufgrund eines Parteienförderungsgesetzes«. Es ist uns ein Anliegen, daß dieses Gesetz endlich einmal installiert wird in diesem Landtag, daß Parteiengelder auf gesetzlicher Basis verteilt werden, damit ein Rahmen geschaffen ist, der nicht manipulierbar ist nach allen Seiten und nach neuesten Wahlergebnissen, der die Möglichkeit bietet der Transparenz, der die Möglichkeit bietet der Einschaubarkeit für diejenigen, die ja die Gelder bringen, nämlich die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Um klarzustellen, Herr Stadler, nicht Sie verteilen das Geld und nicht der Landtag hat das Geld, es ist nicht Ihr eigenes und auch auch nicht das vom Landtag und von der Regierung. Es ist schließlich und endlich erarbeitetes Geld der Bevölkerung, das wir hier verwalten und worüber wir hier entscheiden, (Zwischenrufe Stadler: Na, na, der Landtag verteilt des. - Zwischenruf Dr. Purtscher: Das ist auch eine unzulässige Ausgrenzung!) aber das scheint Ihnen noch neu zu sein. Daß Sie hier so vehement diskutieren über die Höhe der Parteienförderung für die grün-alternative Fraktion oder die Kürzung für die anderen Fraktionen, erscheint mir darin begründet zu sein, daß Sie eigentlich gegen dieses Parteienförderungsgesetz als solches sind und daß Sie sich dagegen wehren - und das erscheint mir doch eine recht tragische Angelegenheit - eine demokratisch nicht vertretbare Angelegenheit.

Präsident: Der Herr Vizepräsident Falschlunger hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bis zum Abschluß des Kapitels gewartet. Ich würde es falsch finden, wenn wir als Vorarlberger Abgeordnete versuchen würden, über die leidige Angelegenheit der Pensionszuerkennung hier uns auszuschweigen. Die Dinge werden in der Öffentlichkeit diskutiert, sie werden weiter diskutiert, die Stellungnahme meiner Fraktion ist: Die Pension ist jetzt nicht zuzuerkennen, bevor nicht die gleichen Wege gegangen wurden wie bei der Zuerkennung an andere Abgeordnete aller Fraktionen - nein, der FPÖ-Fraktion nicht. Meine Damen und Herren, ausschweigen werden wir uns darüber nicht können und aussetzen werden wir das auch nicht können. Wir haben einen Antrag eingebracht - die Einberufung des Verwaltungsausschusses. Er entspricht nicht - ich bitte den Herrn Präsidenten, das zu ändern. Der Antrag ist nicht nach der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages einzuberufen, sondern nach der Geschäftsordnung des Verwaltungsausschusses des Pensionsfonds des Vorarlberger Landtages. Es ist die gleiche Anzahl, wir haben neun Unterschriften abgegeben. Ich habe auch kein Interesse daran und ich sage das in aller Deutlichkeit - ich bin gestern beschimpfen worden in einer Art und Weise, die schlimm ist. Ich will nur sagen, ich will die Dinge klar und deutlich geregelt. Mir liegt es nicht daran, welcher Abgeordnete das ist und welcher Fraktion der Abgeordnete zugehört, das ist mir vollkommen egal und ist mir vollkommen fremd. Was ich wünsche ist, daß der Verwaltungsausschuß dies tut. Nur der Verwaltungsausschuß wird einberufen. Ich glaube, wir müssen heute auf jeden Fall - und darauf besteht meine Fraktion - sonst müssen wir Dinge hier fertig diskutieren, weil es die Öffentlichkeit erwarten kann, daß im Laufe dieser drei Tage, die für das Budget vorgesehen sind, diese Verwaltungsausschußsitzung einberufen wird und ich hätte von den Klubobmännern zumindest gerne die Erklärung auch gegenüber der Öffentlichkeit. Man kann das nicht ausschweigen und nicht aussetzen, daß Sie erklären, daß der Beschluß nun einmal gefaßt worden ist, Herr Kollege Stadler. Ich war mir klar, welche Dinge das auslöst und wollte eigentlich nichts anderes als wie zuwarten. Ich möchte nur die Erklärung der beiden Fraktionen, die diesen Beschluß gefaßt haben, daß dieser Beschluß zumindest ausgesetzt wird, bis die Verwaltungsausschußsitzung stattgefunden hat und bis die Erklärungen abgegeben sind, dann glaube ich, sollte man diese Diskussion im Landtag abschließen.

Vizepräsidentin Gehrler übernimmt den Vorsitz

Vizepräsidentin: Zum Wort gemeldet ist der Herr Präsident Jäger.

Jäger: Hohes Haus! Als Vorsitzender des Verwaltungsvorstandes liegt es, glaube ich, nun doch an mir, einige Worte zu dieser Pensionsangelegenheit Rünzler zu sagen. Ich möchte vorausschicken, ich bin nach wie vor der Meinung, daß diese Entscheidung rechtlich richtig war, nach den rechtlichen Gegebenheiten erfolgt ist und nur nach

diesen rechtlichen Gegebenheiten haben wir zu entscheiden. Diese rechtliche Gegebenheiten sind einerseits die Satzungen des Pensionsfonds und andererseits ist der Inhalt des ärztlichen Gutachtens heranzuziehen. Nur habe ich ein Problem: Ich kann natürlich dieses ärztliche Gutachten hier nicht im Detail darlegen, aber jedenfalls steht in diesem ärztlichen Gutachten, daß sich der nicht Abgeordnete Rünzler seit längerer Zeit in nervenfachärztlicher Behandlung befindet, also in dieser Behandlung war er bereits vor der Landtagswahl, und daß sich die Dinge dann auch noch verschlimmert haben. Im weiteren will ich nicht eingehen auf das Gutachten, denn ich will hier gleich vorweg nehmen: Ich werde diesen Verwaltungsausschuß einberufen und werde dort die Dinge klarlegen und werde dort aber auch die Juristen, die uns beraten haben, herbeiziehen, damit sie ebenfalls ihren Standpunkt vor dem Verwaltungsausschuß vertreten können. Ich bin der Meinung, daß die Beschlußfassung und die Zuerkennung, auch wenn sie nur mit Mehrheit erfolgt ist - Herr Kollege Falschlunger, ganz im Geiste der Satzungen des Pensionsfonds erfolgt ist In diesen Satzungen heißt es zunächst einmal grundsätzlich, daß ab dem 60. Lebensjahr eine Pension anfällt, wenn jemand mindestens 15 Jahre im Landtag war, ab dem 55. Lebensjahr; daß aber dann, wenn er infolge von Krankheit oder Unfall ausscheidet, ihm eine Pension zuzuerkennen ist Und dann ist in den Satzungen enthalten ein Passus »Begünstigte Bemessung des Ruhebezuges«, wo es also heißt, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen 10 Jahre anzurechnen sind. Und da heißt es wörtlich: »Wenn ein Mitglied des Landtages ohne sein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden infolge Blindheit oder praktischer Blindheit, Geisteskrankheit, einer anderen schweren Krankheit oder einer schweren körperlichen Beschädigung zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden und dies durch ein fachärztliches Gutachten nachgewiesen ist, dann sind ihm aus Anlaß des Ausscheidens aus der Funktion 10 Jahre für die Ruhebezugsbemessung zuzurechnen.« Und hier haben wir ganz klar die Bestätigung des Arztes, wobei wir uns nicht nur auf das schriftliche Gutachten verlassen haben. Ich habe mit dem Arzt auch telefoniert, der gesagt hat, es ist Rünzler in der jetzigen Situation und gesundheitlichen Verfassung nicht zuzumuten, weiterhin einem Erwerb nachzugehen. Also wir haben uns ganz klar an die Satzungen gehalten. Es war nicht nur der Schriftführer des Landtages, Hofrat Dr. Schwarz, bei der Sitzung dabei, sondern ich habe eigens auch Hofrat Dr. Brandtner zur Beratung herangezogen und beide haben uns bestätigt, daß dem Abgeordneten Rünzler infolge der rechtlichen Situation eine Pension zuzuerkennen ist. Und aufgrund dieser ganz klaren Aussagen haben wir die Entscheidung gefaßt. Ich halte sie nach wie vor für richtig. Ich halte es auch für richtig, daß sie im Vorstand des Pensionsfonds gefallen ist, denn wenn abgelehnt worden wäre, dann hätte der Abgeordnete Rünzler die Möglichkeit, an den Verwaltungsausschuß des Pensionsfonds zu berufen. Ich frage mich, was hat er für eine Berufungsmöglichkeit, wenn der Ausschuß ablehnt. Dann hat er also meiner Meinung

nach überhaupt keine rechtliche Möglichkeit mehr, gegen diese Entscheidung zu berufen.

Trotz allem - ich bin bereit, die Sache noch einmal zu diskutieren. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß es keine andere Entscheidung aufgrund der rechtlichen Situation geben wird. Wir haben in der Sitzung aber auch darüber gesprochen, daß die Satzung überarbeitet werden muß, denn ich frage mich auch, warum vor Jahren statt dem amtsärztlichen Gutachten das fachärztliche Gutachten eingeführt wurde, wobei ja das fachärztliche Gutachten nicht strenger ist als das amtsärztliche Gutachten. Aber das müßten die Leute wissen, die damals bei dieser Änderung mit dabei waren und diese Änderung bewirkt haben. Ich möchte also ganz klar noch einmal erklären, daß ich mir hinsichtlich dieser Beschlußfassung keinen Vorwurf zu machen haben, daß ich der Meinung bin, daß sie aufgrund der rechtlichen Situation und aufgrund des ärztlichen Gutachtens gerechtfertigt ist und daß auch eine weitere Behandlung dieses Themas zu keinem anderen Entscheid führen wird.

Vizepräsidentin: Zum Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Mader.

Dr. Mader: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich hätte mir gewünscht, die Diskussion im Verwaltungsausschuß führen zu können und nicht hier und heute im Landtag, weil die Sache doch etwas diffiziler ist und persönliche Momente ins Spiel kommen, die, glaube ich, nicht unbedingt an die Öffentlichkeit zu kommen haben, wobei sie jetzt in die Öffentlichkeit getragen sind und damit haben wir die Situation. Ich bin auch dafür, daß der Verwaltungsausschuß des Pensionsfonds des Vorarlberger Landtages so rasch wie möglich einberufen wird, unter Hinzuziehung der Fachleute Dr. Brandtner oder wer immer dazu noch eine kompetente Aussage machen kann. Im Rahmen der Vorstandssitzung im Pensionsfonds - was der Herr Präsident schon dargelegt hat - habe ich darauf hingewiesen, daß die Satzungen reformbedürftig sind und wir schleunigst diese anzupassen haben, weil sich die Voraussetzungen geändert haben. Sie müssen sich vorstellen, daß diese Satzungen des Pensionsfonds teilweise aus dem Jahre 1973 herrühren, wo die Voraussetzung für die Landtagsarbeit ganz eine andere war. Es sind heute Abgeordnete da, die eben mit 20 Jahren in den Landtag kommen, damals war das übliche Durchschnittsalter im Landtag vielleicht bei 40 oder 45 Jahren und dadurch ergeben sich sicherlich Probleme in Zukunft, die wir heute noch gar nicht abschätzen können und wo wir also sicherlich aufgefordert sind, diese Satzungen zu überarbeiten, was aber keine leichte Aufgabe sein wird, weil all die Momente, die heute im Sozialversicherungsrecht sozusagen irgendwie zur Anwendung kommen, womöglich dann eben hier auch noch anzuwenden sein werden. Ich persönlich bedaure, daß wir diese Angelegenheit in aller Öffentlichkeit zu diskutieren haben, weil ich glaube, auch ein Abgeordneter in seinem persönlichen Bereich irgendwo geschützt sein sollte, das ist nicht zustande gekommen, sodaß ich also nur sagen kann, wir von der freiheitlichen

Fraktion stehen dazu, daß man das weiter behandelt und ich hoffe, daß wir in Kürze uns auch so konstituieren, daß ein Arbeitskreis sich mit dieser neuen Satzung befassen wird.

Vizepräsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Aberer.

Aberer: Frau Vizepräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Volkspartei ist selbstverständlich nicht nur dafür, sondern willens, diese Sitzung mitzumachen, sie ist ja ordnungsgemäß eingebracht in tunlichst rascher Zeit und sie ist auch dafür, daß man bis zur Stattfindung dieser Sitzung keinen Bescheid erläßt. Ich glaube, das war jenes Kriterium, das notwendig ist, um das im Vollbereich des Ausschusses zu diskutieren, aber es ist wichtig - wie bereits heute zweimal schon gesagt - daß hier der notwendige rechtskundige Beamte da ist, der diese Auskünfte eindeutig erteilt und darüber auch diskutiert werden kann und es ist ebenfalls wichtig, hier noch einmal zu erklären, daß der Vorstand - das ist praktisch das erweiterte Präsidium - festgestellt hat, daß die Satzungen zu überarbeiten sind und den neuesten Verhältnissen anzupassen sind.

Vizepräsidentin: Nächste Wortmeldung ist der Herr Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus! Selbst ich bin überrascht von der Eile, die mich bei meiner ersten Wortmeldung als Klubobmann jetzt eingeholt hat, in der wir sehen, wie dringend reformbedürftig nicht nur die Pensionsbestimmungen, sondern auch die bezugesetzlichen Regelungen sind. Es gehören nicht nur diese Mißbestimmungen abgeschafft, sondern es gehört auch die Altersbegrenzung mit 55 Jahren abgeschafft. Auch das wird ein Antrag in allernächster Zeit unserer Fraktion sein, daß man hier zum Rechten schaut. Es freut mich, daß die Herren Klubobmänner, die diesen Beschluß herbeigeführt haben und damit auch meiner Meinung nach einen Rechtszustand geschaffen haben, jetzt eines Besseren belehrt worden sind und unserer Forderung, die bereits in diesem Pensionsfondsvorstand getroffen wurde, man möge den Landtag damit befassen, nachkommen. Es bleibt nach wie vor der Verdacht im Raum, daß das Gutachten nach der Landtagswahl erstellt wurde und zeitlich sogar in jenen Rahmen fällt, in dem die Grün-Alternativen entschieden haben, die Landtagswahl nicht anzufechten, daß es hier sogar Vorabsprachen gibt. Und ein Letztes, Herr Landesrat Grabher, wir waren auch überrascht über verschiedene Zusagen, die man Ihnen gemacht, die niemand gewußt, daß bereits Ausschußobmänner bestellt waren und und und. Also so weit weg ist das nicht, Herr Landesrat Grabher, Und als Letztes muß auch hier im Landtag und muß auch hier in diesem Hohen Haus gelten, was draußen für alle Bürger gilt, nämlich die Bestimmungen des ASVG. Wir können nicht hier eigene Regelungen gelten lassen und jemanden mit 5 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag eine Pension zugestehen

die über 26.000,- S beträgt, das ist nicht rechtens und das gehört abgeschafft.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Kollege Aberer, tunlichst oder demnächst - ich habe klar und deutlich gesagt, innerhalb dieser drei Tage der Budgetdebatte. Dazu brauchen wir keine stundenlange Sitzung, sondern da soll meines Erachtens nur geklärt werden, daß jetzt einmal nichts ausbezahlt wird und dann ist mir klar, daß man Juristen holen muß. Für mich geht es darum, was war der Geist dieses Bezügegesetzes. Von welchem Standpunkt aus sind die, die das geschaffen haben, gegangen? Sind sind davon ausgegangen, daß es überhaupt keinen hauptberuflichen Politiker gibt? Es gab sie bei der Schaffung auch nicht. Da hinten sitzt der Klubobmann EB und ich würde bitten, Kollege Jäger, daß man in diesen Gesprächen, die es da gibt, auch einmal die alten Klubobmänner und vor allem den Statthalter Mandl holt, der ja mit einer der führenden Leute war, die verhandelt haben. Das hat ja alles seinen Sinn, was da drinsteht. Ich kann nicht verlangen, daß das jemand aus dem Gesetz heraus jetzt liest, der es nicht miterlebt hat, was der Geist war. Aber ich kann nur sagen, ich habe eine Stunde lang versucht zu erklären, was der Geist war, ich war ja mit dabei. Mir geht es darum, daß das in diesen drei Tagen, in denen die Sitzung stattfindet - und ich sage klar und deutlich, ich erwarte mir, daß man die Zuerkennung aussetzt und daß man nur vorgeht, so wie man immer vorgegangen ist. Wenn in dieser Satzung des Pensionsfonds steht, wer für jeglichen zumutbaren Erwerb unfähig geworden ist, dann muß jedem Laien einleuchten, daß es beim zumutbaren Erwerb nur um die berufliche Tätigkeit gehen kann und nicht um die eines Abgeordneten. Und wenn es heißt, wenn er ausscheidet aus gesundheitlichen Gründen, dann ist es klar, wie es bei einem Abgeordneten der grünen Fraktion war, der während der Periode ausgeschieden ist. Wo sein Pensionsträger sagt, jawohl - der ist unfähig für jeglichen Erwerb, der kann diesen Beruf nicht mehr ausüben, dann ist auch diese Pensionszuerkennung überhaupt für uns kein Problem, wenn das festgestellt wird vom Pensionsversicherungsträger - von der Pensionsversicherung der Angestellten. Der Mann ist berufsunfähig, dann hat er die Berufsunfähigkeitsrente zu bekommen und nichts steht der Pensionsgewährung entgegen. Nur bitte, ich möchte von Juristen auch geprüft haben, wenn man 25. Oktober - am 8. Oktober war die Landtagswahl - den Antrag stellt, ob er dann noch Abgeordneter dieses Hauses ist, ob das überhaupt zugetroffen hat. Alle die Dinge sind zu klären. Ich würde aber auch bitten, daß man doch vielleicht aus dem Bereich der Arbeiterkammer - es gibt dort ASVG-Spezialisten in Pensionsfragen - die man doch auch dazu hören sollte, nicht nur Juristen, die also nur mit dem Beamtendienstrecht zu tun haben. Das ist die Aufforderung. Und bitteschön, Herr Kollege Aberer, wenn die

Zusage so ist, daß Sie innerhalb dieser drei Tage in dieser Sitzung geschieht, ist das klar.

Vizepräsidentin: Der Herr Präsident Jäger ist zu Wort gemeldet.

Jäger: Hohes Haus! Ich muß vor allem zu dem Vorwurf oder zur Vermutung des Klubobmannes Mayer, diese Pensionszuerkennung könnte in Zusammenhang stehen mit einem Verzicht auf die Anfechtung der Wahl, ganz klar feststellen, daß es damit überhaupt nichts zu tun hat. Ich habe in diesem Zusammenhang nie einen Hinweis daraufgehört und ich weise solche Vermutungen mit aller Deutlichkeit und Eindringlichkeit zurück. Das tut uns nicht gut, wenn wir hier derartige Vermutungen in den Raum stellen, die durch nichts zu beweisen sind. Das möchte ich bitten zu unterlassen, weil es eine Art ist, die meiner Meinung nach einfach nicht geht. (Zwischenruf Langanger: Es ist zu viel passiert!) Was den Kollegen Falschlunger anlangt, der immer vom Geiste der Satzungen spricht - der Kollege Falschlunger hat halt im erweiterten Präsidium immer wieder seine Art der Interpretation vertreten, aber die Juristen haben ihm nachgewiesen und, glaube ich, eindringlich und deutlich nachgewiesen, daß er damit einfach nicht recht liegt. Mag sein, daß die Intention damals eine andere war. Ich hoffe auch, daß es nicht so ist, daß nur die, die diese Satzung gemacht haben, Sie interpretieren können. Ich hoffe, es werden Satzungen gemacht, die so verständlich sind, daß sie auch andere Juristen interpretieren können und vielleicht auch noch NichtJuristen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Leicht zu handhaben sollten sie sein.) Wir werden nach dem, was in den Satzungen steht, vorzugehen haben. Ich möchte aber vor allem noch eines sagen: Wir haben eine Sitzung des erweiterten Präsidiums gehabt, da ist nichts entschieden worden in der ersten Sitzung, sondern ist der Fall diskutiert worden und wir haben dort beschlossen, den Kollegen Rünzler auch vorzuladen, damit er selber Rede und Antwort stehen kann zu Fragen, die offengeblieben sind. Das war dann in der zweiten Sitzung nicht notwendig. Aber, was mich schockiert hat und es hat auch der Primarius Haller angerufen, der entsetzt war darüber, daß am nächsten Tag das, was in dieser Sitzung in einem relativ kleinen Kreis besprochen worden ist, in der Zeitung gestanden ist. Der Primarius Haller hat sich vor allem deshalb darüber aufgeregt, weil er mit Recht gesagt hat, daß der Kollege Rünzler natürlich jetzt noch wesentlich weniger eine Chance haben wird, eine Arbeit zu bekommen, wenn lauthals in der Zeitung verkündet wird, daß er in psychiatrischer Behandlung ist. Ich möchte also bitten, solche Dinge, die ja auch einem einzelnen Abgeordneten, einem ehemaligen Kollegen sehr schaden können, zu unterlassen. Ich glaube, es wäre gerade hier die Vertraulichkeit ernst zu nehmen, wenn es um Details geht. Mir war es klar, daß man die Zuerkennung der Pension nicht vertraulich behandeln kann, aber solche Details, die dem einzelnen schaden können, sollten nicht an die Öffentlichkeit gehen. (Beifall)

Vizepräsidentin: Herr Klubobmann Aberer hat das Wort.

Aberer: Herr Kollege Mayer, man muß die Worte, die ein Klubobmann spricht, (Zwischenruf Riedmann: Der Beifall kam von der falschen Seite. - Vizepräsidentin: Bitte um Ruhe für den Klubobmann Aberer!) ganz genau hören und Kollege Mayer, mir zu sagen, ich wäre jetzt einsichtig geworden, hat mit dem Fall gar nichts zu tun, sondern ich bin ein parlamentarischer Demokrat und wenn wir wichtige Anträge bekommen und wir eine Sitzung einzuberufen haben, dann bin ich dafür selbstverständlich, so eine Sitzung mitzumachen, aber Kollege Falschlunger, etwa - es wäre eine Täuschung zu glauben, daß diese Sache in diesem Ton und mit einem anderen Mäntelchen etwa in einer Stunde abgehandelt werde, kann ich nicht glauben. Wenn nämlich wir selbst in diesem erweiterten Vorstand bzw. Pensionsvorstand eine Stunde brauchten, um gewissen Klarheit zu finden - ich bin dorthin gegangen in der Meinung, ja das kann man nicht gewähren. Aber nach einer Diskussion mit dem legistischen Referenten Hofrat Dr. Werner Brandtner, habe ich einfach andere Dinge gesehen, wie ich sie vorher gesehen habe. Darum meine ich, in einem Forum mit 36 oder noch mehr Leuten wird das noch länger dauern. Es wäre eine falsche Kalkulation, das mit einer Stunde abtun zu wollen, das wird viel viel länger gehen.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Klubobmann Mayer, dann der Herr Stadler.

Elmar Mayer: Geschätzte Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus! Ich verstehe den Kampf des Herrn Präsidenten um Privilegien, da ja auch seine Pensionsdiskussion betreffend Arbeiterkammer noch nicht ausgestanden ist. (Zwischenruf Grabher: Du verläßt damit die sachliche Basis!) Jetzt aber jenen - oder ist sie ausgeräumt, dann will ich das gerne zur Kenntnis nehmen, Herr Parteibobmann Sausgruber - die Schuld in die Schuhe zu schieben die dafür kämpfen, daß diese Zustände in diesem Lande abgeschafft werden, das scheint mir doch weit hergeholt zu sein. Mich hat man, Herr Präsident, hier hereingerufen, bitte komm' ins Plenum, der Präsident Jäger spricht über die psychiatrische Behandlung des früheren Klubobmannes Rünz'ler. Wir haben dieses Wort nie auf die Zunge genommen. Sie haben hier mit diesen Berichten angefangen und von uns hat auch niemand das jemals einer Zeitung zugetragen. Also ich bitte Sie, diese Unterstellungen zurückzunehmen und nicht selber von psychiatrischer Behandlung zu sprechen und dann anderen das in die Schuhe zu schieben.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort ist der Herr Abgeordnete Stadler.

Stadler: Frau Präsidentin, Hoher Landtag! Ich habe soeben von meinem Klubobmann erfahren, daß die Sitzung des Pensionsausschusses nicht öffentlich ist. Also

das ist etwas, was im vertraulichen Kreis stattfindet. Daher muß ich hier ein paar Dinge schon klarstellen: 1. Ist es für die Menschen draußen, für einen ASVG-Pensionisten völlig unverständlich - da gebe ich Ihnen vollkommen recht - daß jemand sich selber einen Gutachter aussucht - ich möchte dem Herrn Primarius überhaupt nichts unterstellen. Er bringt ein Gutachten bei und dieses Gutachten (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ein einzelnes!) - ein einzelnes Privatgutachten - ist Hauptentscheidungsgrundlage für die Zuerkennung dieser Jahre, die dann für die Pension maßgeblich sind. So kann es ja wohl nicht gehen! Jeder Pensionist draußen, der zum Teil halb verkrüppelt vor seinen Sozialversicherer kommt, muß, ob er will oder nicht, zum Vertrauensarzt. Erst wenn der Vertrauensarzt sagt, jawohl, der Mann erfüllt die Voraussetzungen für eine Berufsunfähigkeitspension, dann entscheidet der Sozialversicherungsträger aufgrund dieses Gutachtens. Und bei einem Abgeordneten kann es doch bitte nicht anders sein, da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Das versteht auch der Bürger draußen nicht, d.h., hier muß die Änderung ansetzen. Ich bin dagegen, daß man diese Satzungen jetzt kasuistisch macht, sondern hier ist der Ansatz zu leisten bei der Änderung. Das zweite ist die Frage der Zumutbarkeit: Die Frage entscheidet nicht der Primarius oder der Vertrauensarzt, die muß immer noch zunächst der Verwaltungsvorstand entscheiden. Und da möchte ich jetzt auf ein rechtliches Problem aufmerksam machen, da dürfen wir uns nichts vormachen. Wenn jetzt der Ausschuß tagt - nichtöffentlich - dann können wir nicht darüber entscheiden, ob der Herr Rünzler diese Pension bekommen soll oder nicht, sondern das ist immer noch Sache des Vorstandes, weil alles andere wäre eine Rechtsmittelverkürzung. Wir würden ihm damit die Möglichkeit eines Rechtsmittels nehmen und das wäre klipp und klar etwas, was er beim Verfassungsgerichtshof anfechten könnte. Sein Grundrecht auf den gesetzlichen Richter wäre damit verletzt. D.h., die Sache ist sehr rasch abgehandelt. Der Ausschuß muß für sich klären, ob der Vorstand seiner Meinung nach rechtens vorgegangen ist oder nicht. Wenn er das nicht ist, dann kann er dem Vorstand Empfehlungen - Weisungen nicht - erteilen. Und jetzt mache ich auf die nächste Problematik aufmerksam und deswegen bin ich an sich genau genommen gegen diese Ausschußtagung. Denn wenn der Ausschuß eine Stellungnahme abgibt, dann präjudiziert er sich selber für ein allfälliges zukünftiges Rechtsmittelverfahren. Und das ist auch nicht rechtens. Daher wäre jetzt - Dr. Schwarz nickt beistimmend - an sich vernünftiger, daß der Vorstand heute zur Kenntnis nimmt, daß hier im Landtagsplenum eine andere Auffassung herrscht, als es im Vorstand der Fall war - wie der Vorstand vorläufig entschieden hat. Daß der Vorstand sich noch einmal mit der Frage befaßt und erst dann endgültig entscheidet. Dann ist das Ganze meiner Ansicht nach einfach rechtsstaatlich richtiger abgewickelt.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Ich denke, daß es nicht nur notwendig

ist, bei dieser Sitzung des Verwaltungsausschusses den Tagesordnungspunkt »Berufsunfähigkeitspension« alleine zu behandeln, sondern daß eine grundsätzliche Diskussion über Sinn und Zweck dieses Fonds notwendig ist. Unser Abänderungsantrag zum Budgetposten Pensionsfonds heißt schlicht und einfach ersatzlose Streichung dieser Millionen aus öffentlichen Geldern für diesen Pensionsfonds, (Zwischenruf: Dann muscht ihn abschaffen!) weil es uns nicht einsichtig ist, daß sich Politiker Zweitpensionen ermöglichen können über öffentliche Gelder. Ich denke, diese wirklich niveaulosen Diskussionen, wie sie sich in der letzten halben Stunde hier ergeben haben, wären ein für allemal aus der Welt geschafft in Zukunft, wenn es diesen Fonds nicht gäbe. Ich halte die Ausbreitung von privaten Problemen einzelner Menschen, die politische Funktionen innegehabt haben, wirklich für niveaulos und stilllos, auch wenn sie vom Präsidenten persönlich kommen. Und ich denke, es müßte doch wirklich möglich sein - und ich glaube, ich hatte auch Zustimmung von einigen Leuten aus der Mehrheitsfraktion - über den Sinn dieses Pensionsfonds nachzudenken, zu diskutieren. Und ich glaube, daß dieser Pensionsfonds überholt ist, daß keiner von uns öffentliche Gelder braucht, um sich Zusatzpensionen zu verschaffen. Jeder von uns kann sich privat versichern. Er braucht keinen Pensionsfonds aus Steuergeldern.

Vizepräsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pröckl.

Pröckl: Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die heutige Diskussion hat jetzt gezeigt, daß wir - wahrscheinlich die einen schon früher und die anderen ein bißchen später und die Letzten wahrscheinlich erst heute - intensiver diskutieren müßten und ehrlicher sein müßten. Ich glaube, wir sollten die nächste Gelegenheit wahrnehmen - alle zusammen, wie wir dasitzen in diesem Plenum - über die Fraktionsgrenzen hinweg, uns die Frage einmal zu stellen, ist denn überhaupt es noch zeitgemäß, daß es Abfertigungen und Pensionen für Abgeordnete gibt, aber das gilt auch für andere Bereiche, ob das noch sinnvoll ist. Ich glaube, wenn wir zu dieser Überzeugung gekommen sind, daß das eigentlich der Ursprung ist draußen vieler kleinerer und größerer Übel, vieler kleinerer und größerer Neidkomplexe, dann glaube ich, sind wir auf dem richtigen Wege, um endlich das zu vollziehen, was die Bevölkerung, was die Menschen draußen tagtäglich auch sagen. Mit welchem Recht bekommt ein Abgeordneter eine Pension, eine Abfertigung? Es gibt ja viele Berufsgruppen, die kennen das überhaupt nicht. Und ich glaube, es hat jeder die Möglichkeit privat sich höher versichern zu lassen. Natürlich wird sich danach auch die Frage stellen, was ist mit den bisher einbezahlten Beträgen. Sicher, das braucht eine längere Diskussion, aber ich würde trotzdem grundsätzlich einmal sagen, nicht erst, weil ich das heute erfahren habe, sondern weil das über Jahre schon so geht, daß man über grundsätzliche Pensionsabfertigung und auch Pensionen und die Abfertigungen diskutieren einmal müßte. Danke.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Frau Vizepräsident! Noch einmal: Mir geht es darum und ich weigere mich ganz einfach, über ein ärztliches Attest da herinnen zu reden. Dazu bin ich nicht berechtigt und das tue ich nicht und das habe ich nicht getan und ich tue es auch hier in der Öffentlichkeit nicht. Nur, um was es mir geht - Kollege Stadler, Sie stellen das richtig dar, daß Sie sagen, ja der Verwaltungsausschuß ist eigentlich das obere Organ. (Zwischenruf Stadler) Nur wissen Sie, jetzt gibt es meines Erachtens einen Beschluß des Vorstandes, des zuständigen Gremiums, der lautet 3 : 2: (Zwischenruf Stadler) Ich will ja nur eine Erklärung von der Mehrheit, daß sie das tut, etwas anderes will ich ja nicht. Aber ich habe keine Garantie, wenn der Bescheid hinausgeht. Ich selber habe ja keine Möglichkeit, weil ich überzeugt bin, daß das nicht so zurecht besteht. Ich habe keine Möglichkeit, dagegen etwas zu unternehmen. Ich habe also nur jetzt die Möglichkeit zu sagen, wenn die Mehrheit mir hier erklärt, jawohl wir überlegen uns das noch einmal und da geschieht vorläufig nichts, dann bin ich ja damit zufrieden. (Zwischenruf Stadler: Herr Kollege, wenn der Bescheid hinausgeht, dann kann die Fraktion oder können sechs oder sieben Abgeordnete die Einberufung des Verwaltungsausschusses verlangen. - Vizepräsidentin: Bitte nicht von der Bank aus zu sprechen!) Das will ich aber gerade nicht, sondern nachdem meine Erfahrungen, die ich jetzt da gemacht habe, dort ist beschlossen - ich will da schon erklären, die Dinge sind in der Öffentlichkeit, die kann man nicht aussetzen. Wenn das erklärt wird, dann ist das gut und anders ist ja das gar nicht denkbar, weil es gibt rechtliche Bedenken und Kollege Jäger noch einmal: Auch der Dr. Brandtner hat gesagt, jawohl man kann das so sehen, wie sie das sehen. Es ist schon gesagt, nur ist das eine Frage der Auslegung - ich bin kein Jurist. Ich persönlich weiß nur, wie es bis jetzt gehandhabt wurde, daß keinem eine Berufsunfähigkeitspension gegeben wurde, ohne daß der zuständige Pensionsträger dies ausgesprochen hat. Das ist der erste Fall und das habe ich versucht in dem Vorstand deutlich zu machen und darum geht es. Mir ist jeder Weg recht, der dazu führt, daß die Dinge überprüft sind. Mir geht es ja nicht darum, in dem Verwaltungsausschuß, wenn der einberufen wird - mir ist schon klar, man soll ja die Juristen hören, man soll noch mehrere Meinungen dazu hören, das soll man ruhig tun, daß man das nicht in einer Stunde erledigt. Wenn man dort erklärt, der Verwaltungsvorstand soll noch einmal sich mit dem Problem befassen, ist das auch getan. Aber das ist bis jetzt nicht erklärt, weil dem steht ein gültiger - meines Erachtens - Beschluß oder der steht nicht mehr, dann soll es mir auch recht sein, dann können wir das Thema von vorne beginnen - die Diskussion.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Präsident Jäger.

Jäger: Ich darf vielleicht nur noch einmal zur Aufklä-

zung folgendes sagen Herr Abgeordneter Stadler: Es steht halt in den Satzungen drinnen, daß ein ärztliches Gutachten vorliegen muß. Es hat früher darin geheißt, es muß ein amtsärztliches Gutachten sein (Zwischenruf Stadler: Das stimmt auch nicht! Nein, stimmt auch nicht!) und das ist abgeändert worden in ein fachärztliches Gutachten. (Zwischenruf Stadler: Es stoht do nichts vom Amtsarzt drinnen!) Jedenfalls ist das fachärztliche Gutachten als ausreichend angesehen worden. Wenn man ein zweites Gutachten einholt - es wird also sicherlich dasselbe bestätigt werden, aber das werden wir ja sehen.

Nun, zum Herrn Klubobmann Mayer, er sich ent-rüstet, daß man über die psychiatrische Behandlung sagt - ich habe das nicht in die Öffentlichkeit getragen, sondern in der Zeitung ist das gestanden und nur deshalb, weil es in der Zeitung gestanden ist, habe ich hier an die Vertraulichkeit appelliert und, wie ich meine, mit Recht. Ich habe Sie nicht angegriffen, ich habe nicht Sie zitiert, aber eine Tatsache ist, daß nach der Sitzung des erweiterten Präsidiums und des Pensionsvorstandes das, was dort besprochen worden ist, in der Zeitung gestanden ist. Und das finde ich nicht für richtig, insbesondere im Hinblick darauf, daß es für den Abgeordneten Rünzler katastrophale Folgen haben kann und auch haben wird. Auf die anderen Vorwürfe wegen der Privilegien, die ich habe, bin ich gerne bereit, einmal mit Ihnen zu diskutieren, denn rechnen Sie sich vielleicht einmal aus, was Sie in fünf Jahren für eine Pension haben werden und was ich für eine habe, dann können wir darüber vielleicht sachlicher reden, als wir das heute hier im Plenum tun können. (Zwischenruf Vizepräsidentin: Ich bitte um Ruhe!)

Nur möchte ich noch eines sagen: Wenn man jetzt sagt, alles abschaffen, man redet vom Abschaffen der Bezüge, man redet vom Abschaffen der Pensionen. Die Dinge sind doch nicht so von ungefähr gekommen, sondern weil man halt auch entsprechend qualifizierte Leute in den politischen Gremien haben wollte. Ich bin noch in diesen Landtag gekommen, da hat es für die Politiker kaum eine Aufwandsentschädigung gegeben. Das wird der Herr Landeshauptmann, der mit mir zusammen gekommen ist, bestätigen. Und dann hat man halt gesehen, daß gerade verschiedene Berufsgruppen Schwierigkeiten haben und daß man, um keine negative Auslese zu haben, auch Politiker entsprechend honorieren muß. Und deshalb bitte ich, nicht alles jetzt in Diskussion zu stellen, denn es tut sicherlich der Demokratie nicht gut - Privilegien tun ihr auch nicht gut - aber man muß das Ganze auch ein bißchen sachlich sehen, muß die Arbeit des Politikers sehen, muß das Risiko sehen, das er hat und muß vor allem auch sehen, daß er eine relativ undankbare Aufgabe hat, weil er immer und überall der Kritik ausgesetzt ist und heute mehr denn je. Tun wir die Dinge nicht so leicht behandeln und nur deshalb, weil man glaubt, man holt ein paar Stimmen oder Sympathien in der Öffentlichkeit, von Privilegien reden und von der Abschaffung der Privilegien. Überprüfen wir vielleicht auch einmal - das haben wir übrigens schon zweimal in einem eigenen Ausschuss getan, der sich mit den Privilegien befaßt hat - was sind wirklich Privilegien und was ist sachlich gerechtfertigt.

Vizepräsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Frau Vizepräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen vom Einzelfall, der die Gemüter mit Recht in Wallung bringt, absehen und auf das Prinzip achten. Der Einzelfall ist nach der geltenden Geschäftsordnung des Pensionsfonds danach zu entscheiden gewesen, ob der Abgeordnete Rünzler aufgrund einer schweren Krankheit zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden ist und dies durch ein fachärztliches Gutachten nachgewiesen ist. Die Frage ist, ob diese schwere Erkrankung, die ihn zu einer zumutbaren Erwerbstätigkeit unfähig macht, durch ein fachärztliches Gutachten nachgewiesen ist. Nach allem, was wir heute gehört haben, liegt ein derartiges fachärztliches Gutachten vor. Das soll noch einmal hinterfragt werden, darüber soll man noch diskutieren. Aber wir haben es mit dem Einzelfall zu tun, daß hier der Vorstand darüber zu befinden hatte und auch vorläufig befunden hat. Darüber nun eine Diskussion über alles mögliche andere abzuführen, ist zwar reizvoll, dient aber glaube ich nur für die Zukunft in der Richtung, daß wir den Anlaß nehmen, um vielleicht eine Verbesserung der Statuten zu erwirken.

Gerade die Sache mit dem Facharzt, warum kein Amtsarzt oder kein Vertrauensarzt eingeschaltet ist, ist diskussionswürdig. Sie war es schon einmal - es wurde diskutiert. Ich war an den Beratungen, die im Präsidium stattgefunden haben offensichtlich oder in einem eigenen Arbeitsteam, nicht beteiligt. Aber ich kann mich erinnern, daß damals - nicht von unserer Fraktion, sondern von einer anderen Fraktion - Bedenken geäußert worden seien, ja wenn das ein Amtsarzt bestätige, der sei ja weisungsgebunden. Dem könne man ja sowieso nicht vertrauen, man müsse da liberaler sein, man müsse das ausweiten, nicht nur ein Amtsarzt, auch ein Facharzt. Und daher ist die weitere, die liberalere Regelung eingeführt worden, weil von gewisser Seite - ich kann jetzt nicht mehr sagen von wem, aber es ließe sich nachvollziehen - Bedenken gegen die weisungsgebundenen Amtsärzte, erhoben wurden.

Darüber kann man diskutieren, ob sich diese Statutenregelung bewährt hat oder nicht, ob man das anpaßt. Warum ich aber herauskomme und mich zu Wort melde, ist die Sache, daß wir wieder einmal in bewährter Manier dabei sind, das Kind mit dem Bade auszugießen. Wir haben einen Einzelfall - der ist bestimmt unbefriedigend, mir ist es auch aufgestoßen, wie ich das gehört habe. Man wird darüber nachvollziehen, ob das rechtens ist oder nicht rechtens, ob man vielleicht das Statut, da wo es nicht paßt, anpaßt. Aber daß man nun hergeht und sagt, jetzt schaffen wir die Bezüge ab, wir schaffen auch die Pensionen ab, das wäre ein falscher Weg. Kolleginnen und Kollegen, es muß einmal gesagt werden: Wir haben bald, wenn es so weiter geht, ein Parlament von öffentlich Bediensteten, Kammerangehörigen und Lehrern. Wo sind die Freiberufler? Ich bin der letzte wahrscheinlich, der sich hier für die Arbeit in diesem Landesparlament zur Verfügung stellt. Kollege Riedmann ist auch ein Angehöriger eines

freien Berufes. Aber wir sind in der erdrückenden Minderzahl und wenn das so weiter geht, werden wir ausscheiden. Der ehemalige Bundesminister Steyrer hat einmal gesagt - ich habe das nicht wörtlich - wenn ein Freiberufler sich ins Parlament begibt, müßte man ihn psychiatrieren, ob er noch normal ist. Ich kann Ihnen das Zitat bringen. Warum? Sie wissen, genau wegen der heutigen Debatte ist das. Ich möchte alle davor warnen, hier nun Regelungen schnell schnell zu ändern, abzuschaffen, die dann dazu führen, daß unsere Parlamente verarmen. Ich würde - das kann ich ganz offen sagen - unter diesen Bedingungen, wie sie heute jetzt wieder diskutiert werden, mich nicht mehr bereit erklären, in ein Parlament einzutreten, wenn von Jahr zu Jahr immer wieder Abstriche an dem, was man einmal als gerechte Entlohnung formuliert hat, vorgenommen würden. Kreisky wurde heute schon zitiert, ich habe mich heftig gegen das Kreisky-Zitat gewehrt, aber er hat auch manche gescheiterten Sachen gesagt. Er hat einmal gesagt, man soll Leute in die Politik gewinnen und sie auch so gut bezahlen wie Bankdirektoren. Ich meine nicht den Herrn Bankdirektor, der von der Länderbank abgefertigt wurde, aber ein Direktor einer Raiffeisenbank im Umkreis von Bregenz, der verdient ein anständiges Gehalt und eine anständige Pensionsregelung. Und den werden wir schon nicht mehr in den Landtag bewegen können, weil er sagt, das tue ich mir nicht an. Ich möchte aber, daß gute Leute bei allen Fraktionen mitarbeiten, nicht nur vom öffentlichen Dienst - das sind sicher gute Leute - nicht nur die Lehrer, das Volk hat ein breiteres Spektrum.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Frau Vizepräsident, Hohes Haus! Das Debakel ist perfekt. Der Schaden für den betroffenen Abgeordneten ist kaum mehr gutzumachen. An diesem Debakel sind natürlich die Herren der freiheitlichen Partei und der ÖVP im Präsidium schuld, die diese vorschnelle Entscheidung herbeigeführt haben, obwohl nur ein von dem Abgeordneten selbst mitgebrachtes Gutachten vorliegt. Ich sage Ihnen, es wird nicht vorkommen, daß ein Abgeordneter, ein ehemaliger Klubobmann dieses Hauses, mit einem selbst mitgebrachten Gutachten aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses, wie es geschehen ist, eine Pension zugesprochen bekommt, solange es eine sozialistische Opposition in diesem Hause gibt. Wir verlangen - wie der Vizepräsident bereits gesagt hat - eine genaue und saubere Vorgangsweise, wie sie für jeden Bürger draußen, der berufsunfähig ist, auch nötig ist. Was ich in diesem Zusammenhang bedaure, ist die große Kluft zwischen der Bevölkerung draußen und den Abgeordneten herinnen. Jeder Bürger muß, wenn er berufsunfähig ist, wirklich zu mehreren Fachärzten, muß oft auch ein jahrelanges Schiedsgerichtsverfahren über sich ergehen lassen und ein Abgeordneter bekommt aufgrund eines Privatgutachtens von den freiheitlichen Herren und den ÖVP-Herren des Präsidiums so schnell eine Pension. Das darf es nicht

geben. Da ist die Kluft einfach zu groß zwischen dem Bürger und dem Abgeordneten.

Noch ein Grund: Ich finde es eigentlich erschreckend. Wir Abgeordnete haben ein Gesetz über die Pensionen beschlossen, aber um dieses Gesetz auszulegen, brauchen wir nun wieder Juristen. Wir müssen Juristen beiziehen, um die Gesetze auszulegen, die wir selber beschlossen haben. Meine Damen und Herren, denken Sie (Zwischenrufe Dr. Sausgruber: Das ist immer so gewesen! - Jäger: Das hat der Falschlunger so gesagt!) doch an die Bürger draußen! Ich glaube, der Landtag sollte seine Gesetze so machen, daß sie auch wenigstens von den Abgeordneten selbst verstanden werden. Bedenken Sie doch, wie viele Gesetze wir für die Bevölkerung draußen produzieren, die nicht in der Lage sind, bei jeder einzelnen Entscheidung jeweils einen Anwalt oder einen anderen Juristen beizuziehen.

Vizepräsidentin: Meine Damen und Herren, damit ist die Diskussion zur Gruppe 0 abgeschlossen. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, daher kommen wir zur Gruppe 1 und ich bitte den Herrn Berichterstatter um seine Einführung.

Ing. Fink: Frau Vizepräsidentin, werte Abgeordnete! Die Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit - ist schwerpunktmäßig der Sicherheitspolizei und dem Feuerwehrewesen gewidmet. Der Ansatz der Beiträge an die Gemeinden für die Feuerwehren wurde im kommenden Jahr von 8 Millionen in diesem Jahr auf 15 Millionen erhöht. Das Gefühl der Sicherheit ist es uns wert, in dieser Gruppe 86.889.000,-S auszugeben und 33.534.000,-S einzunehmen. Ich bitte den Präsidenten, die Diskussion zur Gruppe 1 zu eröffnen.

Präsident Jäger übernimmt wieder den Vorsitz

Präsident: Ich eröffne die Diskussion zur Gruppe 1. Zum Wort gemeldet ist der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Ausgaben im Kapitel »Öffentliche Ordnung und Sicherheit« steigen im Jahre 1990 um mehr als 20 % an - das ist positiv. Den Löwenanteil dieser Steigerung machen - der Herr Berichterstatter hat bereits darauf hingewiesen - die Landesbeiträge an die Gemeinden für die Ausrüstung der öffentlichen Feuerwehren aus, die von 8 Millionen laut Voranschlag 1989 auf 15 Millionen im Voranschlag 1990 und somit um fast 100 % ansteigen. Vor dem Hintergrund der Umwälzungen, die die Staaten des Warschauer Paktes in diesem Jahre erfaßt haben, sind nun hier und heute grundsätzliche Feststellungen zum Zivilschutz angebracht.

Auch in den letzten Jahren war die Furcht vor neuen kriegerischen Auseinandersetzungen, in die Europa und damit auch das neutrale Österreich hineingezogen werden könnten, immer wieder existent, immer wieder aufgeflackert. Nun besteht die berechtigte Hoffnung, daß in Europa der »kalte Krieg« zu Ende geht und daß der

»eiserne Vorhang« niedergerissen wird. Die europäischen Völker diesseits und jenseits dieser ehemaligen Todesgrenze können sich wieder als Nachbarn, Freunde und Verwandte fühlen. Man sollte das Bedrohungsbild eines Krieges in Europa bald vergessen können, das hoffen wir alle. Zivilschutzanliegen werden künftig nicht mehr vom Bedrohungsbild eines Krieges geprägt sein.

Verzichten können wir auf den Zivilschutz aber auch in Zukunft nicht. Er wird sich in Zukunft verstärkt dem Schutz vor möglichen Katastrophen zuwenden. Katastrophen können sich immer und überall ereignen. Aufgabe unserer Politik muß es sein, alles zu tun, um Katastrophen zu vermeiden und alles vorzukehren, um das Ausmaß solcher Ereignisse möglichst einzuschränken. Erfreulich ist, daß die Mehrzahl unserer Vorarlberger Gemeinden bereits Katastrophenschutzpläne hatten und daß das Land Vorarlberg selbst ebenfalls einen Katastropheneinsatzplan hat, der laufend überarbeitet und weiterentwickelt wird. Vorarlberg hat schon schlimme Katastrophen erlebt. Ich denke an die Lawinenkatastrophe des Jahres 1953, an die Überschwemmungen früherer Jahrzehnte, auch an Zugszusammenstöße in den letzten Jahren. Kein Land ist vor Katastrophen sicher, auch Vorarlberg leider nicht. Daher ist der Ausbau eines Funknetzes für Zwecke des Hilfs- und Rettungswesens ein zentrales Anliegen. Diese sollen im Jahre 1990 5 Millionen Schilling zusätzlich vom Land dafür erhalten. Damit verbunden ist die Einrichtung eines zentralen Landesrettungsfunknetzes und einer Feuerwehrleitstelle sowie einer Landeswarn- und einsatzzentrale.

Mit diesem Funknetz, der Leitstelle und der Warn- und Einsatzzentrale wird man die Bevölkerung frühzeitig vor Gefahren aller Art warnen können und im Ernstfall können die Hilfs- und Rettungsorganisationen zum frühestmöglichen Zeitpunkt alarmiert und koordiniert eingesetzt werden. Dies dient der Sicherheit unserer Bevölkerung vor Katastrophen aller Art. Dadurch ist aber auch gewährleistet, daß unsere Feuerwehrleute und die Rettungsmänner der anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen ihren gefährlichen und opfervollen Einsatz bestmöglich und auch unter größtmöglicher Sicherheit erbringen können. Wir sind es diesen Idealisten schuldig, daß ihnen für ihren Einsatz das beste Gerät, die besten Ausbildungsmöglichkeiten und eine optimale Infrastruktur geboten werden. Gerade deshalb - und damit komme ich zum Schluß - ist es erfreulich, daß durch die bevorstehende Novellierung unseres Vorarlberger Rettungsgesetzes ein Rettungsfonds geschaffen wird, der vom Land und den Gemeinden getragen werden soll. Damit erhalten unsere Rettungsorganisationen die finanzielle Absicherung, die sie für ihre Arbeit und ihren Einsatz im Dienste der Mitbürger schon längst verdient haben.

Präsident: Mir liegen zum Kapitel 1 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Das Kapitel 1 ist damit abgeschlossen. Wir kommen zum Kapitel 2. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. **Fink:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe

2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft - wird hauptsächlich durch die allgemeinbildenden Pflichtschulen, Berufsschulen, Universitätslehrgänge und Bibliotheken schwerpunktmäßig geprägt, wobei der allgemeinbildende Unterricht rund 1.100.000.000,-S erfordert. Den Einnahmen der Gruppe 2 in Höhe von 1.445.762.000,- S stehen Ausgaben von S 1.783.356.000,- gegenüber. Die Anlagenermessensausgaben wurden bei den Berufsschulen Bludenz, Dornbirn und Feldkirch um gut 10 Millionen und bei der Landesbibliothek um rund 12 Millionen angehoben. Für die Studien zur Schaffung hochschulähnlicher Einrichtungen in Vorarlberg wird eine neue Budgetpost mit 1 Million Schilling begründet. Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Diskussion zur Gruppe 2.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich würde vorschlagen, daß wir die Diskussion strukturieren, zuerst Unterricht, Erziehung, Wissenschaft und dann Sport. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Werber.

Werber: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft nimmt im Budget einen breiten Platz ein. Der Herr Berichterstatter hat schon erläutert, daß die Stelle sehr wichtig und sehr hoch dotiert ist. Rechnet man zu den Ausgaben der Gruppe 2 noch die Ausgaben für Bildung und Beratung in Gruppe 7 hinzu und die Ausgaben aus dem Landesentwicklungsfonds, so kommt man auf eine Summe von über 1,8 Milliarden Schilling, das entspricht immerhin 23,4 % des Gesamtbudgets. Allein bei der Gruppe 2 ergaben sich seit 1986 große Verschiebungen. Standen 1986 noch etwa 18 % des Gesamtbudgets für diese Gruppe zu Buche, so sind es 1990 beachtliche rund 23 %. Die nahe Zukunft wird uns in erster Linie zwei große Vorhaben zu bewältigen geben, das erste wird ein neues Schulzeitgesetz sein und das zweite Vorhaben ein umfangreiches Bauprogramm für Vorarlbergs Berufsschulen.

Zum Pflichtschulzeitgesetz: In der Kompetenz des Landes liegt es, ein Pflichtschulzeit-Ausführungsgesetz zum Bundesschulzeitgesetz zu erlassen. Wegen der Semesterferienregelung muß dieses Gesetz neu gefaßt werden. In diesem Ausführungsgesetz stehen vor allem zwei Themenschwerpunkte an: 1. Die Begrenzung des Schultages für einzelne Schulstufen und 2. die Frage, wie weit könnten unverbindliche Übungen, die jetzt als normale Unterrichtszeit gelten, auch als 6. oder 7. Unterrichtseinheit an den Vormittagsunterricht angehängt werden. Laut Bundesgesetz dürfen in der 1. und 2. Schulstufe höchstens fünf Stunden, in der 3. und 4. Schulstufe höchstens sechs Stunden und in der 5. bis 8. Schulstufe maximal acht, in Ausnahmefällen bis zu neun Stunden pro Schultag Unterricht werden. Die Meinungen zum Themenbereich »5-Tage-Woche« gehen sehr stark auseinander. Einerseits gibt es starke Befürworter, da bestehen Resolutionen, beispielsweise von der Lehrerschaft aus dem Montafon und aus Bludenz, und ebenso gibt es starke Gegner, wie beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft, die aus Ärzten, Schulpsychologen, Eltern und Lehrern besteht. Heute

bestimmen zwei Drittel der Eltern und die Hälfte der Lehrer über die Einführung der 5-Tage-Woche an einer Schule. Dazu bedarf es einer umständlichen Prozedur, in der die Elternabstimmung von der Gemeindegewahlbehörde durchgeführt werden muß. (Zwischenruf Dr. Häfele: Demokratie ischt umständlich!) Ich kann mir gut vorstellen, daß der Abstimmungsmodus erleichtert wird, schließlich könnten die bestehenden Schulforen, in denen Eltern, Lehrer und Schulleiter vertreten sind, den Gemeinden und den Bezirkshauptmannschaften die Abstimmungsarbeit abnehmen. Weshalb sollte nicht auch im Schulforum geheim und schriftlich abgestimmt werden können?

Auch bei den unverbindlichen Übungen liegt die Situation ähnlich, die Meinungen differieren sehr stark. Während Befürworter der starren Stundenbegrenzung lieber Nachmittagsunterrichte in Kauf nehmen, ist die Meinung weit verbreitet, daß ein Wahlgegenstand, der den Interessen des Kindes entspricht und noch dazu sich im spielerisch-sportlichen Bereich bewegt, ohne Schwierigkeiten auch an einen normalen Vormittagsblock angehängt werden kann. Unverbindliche Übungen können als eine Form der Freizeitgestaltung angesehen werden. Sie umfassen Gegenstände wie darstellendes Spiel oder einen Chor usw. und werden auf freiwilliger Basis besucht.

Wie schon Herr Landesstatthalter Gasser im November vor dem Landesverband der Elternvereine ausführte, müssen bei künftigen Entscheidungen auch die äußeren Rahmenbedingungen für den Unterricht mitberücksichtigt werden. Die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht stehengeblieben. Die Familie hat sich ebenso verändert wie die Arbeitswelt. Dem ist Rechnung zu tragen und eine sinnvolle Stundenplangestaltung zu ermöglichen. Vor allem sollen die einzelnen Schulen mehr Freiheit bekommen. So kann auf unterschiedliche Bedürfnisse von Schülern, Eltern und Erziehern ebenso Rücksicht genommen werden wie auf regionale Differenzierungen.

Wenn es um eine gute zukunftsorientierte Bildung geht, muß das Wohl der Kinder im Mittelpunkt stehen. Deshalb müssen Schulärzte und Schulpsychologen unbedingt in die jeweilige Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Die Verantwortung für die Kinder tragen in erster Linie die Eltern und die Lehrer. Sie sollten auch Gelegenheit dazu haben, ihre Erfahrungen einzubringen, wenn in Ruhe und Vernunft eine sinnvolle, für alle Beteiligten positive Lösung ausgearbeitet wird.

Zum Berufsschulbauprogramm: Daß unser Land über ein dichtes Netz ausgezeichnet ausgestatteter Berufsschulen verfügt, darf uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß einige Bau- und Sanierungsmaßnahmen dringendst in Angriff genommen werden müssen. In zwei Berufsschulen unseres Landes, nämlich in der Berufsschule Bregenz und in der Berufsschule Bludenz, ist die Lage derzeit so ernst, daß ein ordentliches Unterrichten nach den Lehrplanvorschriften nicht mehr möglich ist. Seit der Inbetriebnahme der Kaufmännischen und gewerblichen Berufsschule in Bregenz im Jahre 1965 ist die Zahl der Schüler um 32,8% gestiegen, seit dem Baubeginn im Jahre 1962 sogar um 66,6%. Aber nicht nur die

enorme Steigerung der Schülerzahl führte zu einer großen Raumnot, auch schulorganisatorische, lehrplanmäßige und schulunterrichtliche Änderungen trugen dazu bei. Neue Berufe sind entstanden und neue Technologien müssen Berücksichtigung finden. Pneumatik, Elektropneumatik, Hydraulik, Steuer- und Regelungstechnik erfordern ebenso wesentlich höhere Kapazitäten an Raum und Einrichtung wie der computerunterstützte und leistungsdifferenzierte Unterricht.

Wir haben heute in der Presse lesen können, daß die Berufsschule Feldkirch mit neuen Schreibmaschinen ausgestattet worden ist, die der neuen Technologie entsprechen.

Die Raumnot in Bregenz macht sich besonders gravierend bei den Werkstätten und Laboren bemerkbar, insbesondere dort kann nicht mehr lehrplangerecht unterrichtet werden. Um diesem Problem zu begegnen, ist bereits ein umfangreiches Raum- und Funktionsprogramm von der Regierung beschlossen und eine generelle Studie über die Erweiterung ausgearbeitet worden. Jetzt müssen die Vorbereitungen für die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs in Angriff genommen werden.

Ähnlich wie in Bregenz liegt die Situation in Feldkirch. Nicht vorhersehbare schulorganisatorische und lehrplanmäßige Änderungen, die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl von 36 auf 30 und vor allem die Einschulung weiterer Berufsgruppen, wie z.B. der Fleischer und Blumenbinder, erfordern erheblich mehr Raum. Auch für Feldkirch wurde ein umfangreiches Raumfunktionsprogramm ausgearbeitet. Nun müssen zügig die weiteren Arbeiten folgen, damit wieder dem Lehrplan entsprechend unterrichtet werden kann.

In der Berufsschule Bludenz sind die Arbeiten zur Generalsanierung bereits im Gange, so wurden im Sommer schon Spritzasbestdecken entfernt. Jetzt müssen noch die Erneuerung der Heizung, elektrische Installationen, Wärme- und Schallschutzmaßnahmen in Angriff genommen werden. In Bludenz ist die Schulraumsituation zwar besser als in Bregenz und Feldkirch, doch müssen auch dort bereits Wanderklassen geführt werden. Für die Zukunft ist überhaupt keine Reserve vorhanden. Das bedeutet, daß das Projekt »4 Jahre Lehrzeit« ohne Schaffung zusätzlichen Schulraumes nicht durchgeführt werden kann. Es sollten daher Überlegungen angestellt werden, ob das Gebäude nicht jetzt im Zuge der Generalsanierung aufgestockt werden sollte. In jedem Fall wäre diese Lösung weitaus wirtschaftlicher als ein späterer Erweiterungsbau. Nicht zuletzt wäre der Schulbetrieb nur einmal durch Baumaßnahmen beträchtigt und nicht ein zweites Mal.

Einen weiteren Schwerpunkt im Bildungsbereich stellt die Berufswahl dar. Daß wir mit Förderungsmaßnahmen für die Berufswahlinformation richtig liegen, zeigt der durchschlagende Erfolg dieser Programme. Bei der Berufsinformationsmesse, die erstmalig im WIFI in Dornbirn abgehalten wurde, haben 47 Aussteller, davon 11 Schulen, die Interessierten informiert, und es kamen viele Interessierte. Über 5.000 Besucher waren zu verzeichnen, dabei kamen nicht nur Schüler mit ihren Leh-

ern, es waren auch die Eltern angesprochen. 500 waren dabei. (Zwischenruf Dr. Häfele: Woher weicht Du das?) Ich weiß es. (Zwischenruf Dr. Häfele: Durchschlag vom Landesrat!) Das wesentliche an dieser Berufsinformationsmesse war, daß viele Berufe direkt an der Arbeit zu sehen waren, daß Auszubildner bereitwillig über den jeweiligen Beruf informiert haben und vor allem, daß auch Lehrlinge selbst Auskunft geben konnten, und die sehen bekanntlich die Berufssituation manchmal anders als ihre Lehrerinnen. Nach dem äußerst positiven Echo auf diese Veranstaltung wird es sicherlich Überlegungen geben, ob eine derartige Informationsmesse nicht zu einer alljährlichen Einrichtung werden soll. Dabei können die Schwerpunkte sich abwechseln. Ich könnte mir vorstellen, daß man einmal die 14- bis 15-Jährigen anspricht und sich ein anderes Mal an die Zielgruppe der Maturanten oder auch an Berufstätige wendet, die ihr Berufsfeld ändern oder erweitern wollen.

Die mobile Informationsinfothek, die im September dieses Jahres vorgestellt wurde, ist vom Land mit 1,5 Millionen Schilling gefördert worden. Diese Wanderausstellung, die an den Schulen als Unterrichtsstütze angeboten wird, ist schlichtweg ein Renner. Sie enthält neben Berufsinformationen auch einen Berufsinformationscomputer und ein Kopiergerät, damit sich die interessierten Schüler die Unterlagen gleich kopieren können, die für ihren Bereich interessant sind. Jede Woche ist diese Infothek an einer anderen Schule, und sie ist bis Ende März ausgebaut.

Die berufskundlichen Informationsnachmittage, an denen jeweils ein Auszubildner und ein Lehrling in eineinhalb Stunden einen Beruf detailliert vorstellen, läuft bis Ende 1990. Bis heute haben über 1.400 Leute diese Veranstaltungen besucht und das auf freiwilliger Basis. Dieser Erfolg wird Veranlassung sein, auch im nächsten Jahr das Programm wieder zu starten. Meine Damen und Herren, wenn dies auch nur eine exemplarische Schilderung sein kann, so kann man daraus doch klar erkennen, daß für die nächste Zukunft einige große Projekte auf uns warten. Wir werden diesen Auftrag annehmen und der Bildungsarbeit weiterhin den Stellenwert geben, den sie verdient, als Weichenstellung für ein erfülltes, bewußtes Leben unserer Kinder und unserer Mitmenschen. Danke.

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abg. Lampert.

Lampert: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frauen und Männer des Vorarlberger Landtages! Zur Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und hier insbesondere zur Jugendförderung - darf grundsätzlich festgehalten werden, daß im Finanzausschuß zu dieser Gruppe von keiner politischen Gruppe dieses Landtages ein Zusatzantrag gestellt worden ist. Dies ist, so glaube ich, ein schöner Beweis, daß von der Regierung dieses Hauses, von den Fachabteilungen und den Bediensteten in diesem wichtigen Bereich mit großer Verantwortung, Umsicht, aber auch mit Weitblick geplant, gehandelt und gearbeitet wird. Ich glaube, Vorarl-

bergs Jugendförderung muß keinen Vergleich mit anderen Bundesländern scheuen und im Kontakt mit Verantwortlichen in der Jugendarbeit mit anderen Bundesländern wird immer unsere Arbeit als beispielhaft dargestellt. Die im Jahre 1990 vorgesehenen Mittel sind Gewähr, daß den Zielsetzungen des Vorarlberger Jugendförderungsgesetzes Rechnung getragen werden kann. Es wird auch im kommenden Jahr das Subsidiaritätsprinzip fortgeschrieben, vor allem ist die Eigenverantwortung des einzelnen, die private Initiative zu fördern und anzuerkennen. Erst wenn der einzelne an der Grenze seiner Möglichkeit ist, beginnt sein legitimer Anspruch auf die Hilfestellung durch die größere Gemeinschaft, beginnt die Aufgabe der öffentlichen Hand. Und so darf ich einige Schwerpunkte aus dem Jugendförderungsprogramm 1990 hervorheben: Die Aus- und Weiterbildung von Jugendleitern, Freizeitbetreuern und Fachkräften durch Seminare, Kurse, Fachtagungen, durch ein umfassendes Kursangebot wie Medienerziehung, politische Bildung, musische Bildung; der Förderung von Aktivitäten von Veranstaltungen der Jugendorganisationen aller im Jugendbereich tätigen Vereine und Initiativen; die Förderung der Errichtung, Erweiterung und Ausgestaltung von Jugendzentren, Lokalen von Jugendorganisationen sowie Jugendherbergen; die weitere Organisation und Betreuung eines erfreulich attraktiven internationalen und innerösterreichischen Jugendaustauschprogrammes und besonders wichtig die Aufklärung über die Folgen des Alkohol-, Nikotin- und Suchtmittelgenusses. Und schlußendlich ein Schwerpunkt dieses Jahres wird sein die Erarbeitung einer umfassenden neuen Jugendstudie - die letzte liegt doch fünf Jahre zurück. Diese Studie soll die tatsächliche Situation der Jugend in unserem Lande untersuchen - auch der Gastarbeiterjugend - und helfen, auch in der Zukunft eine zeitgemäße und für die Jugend zukunftsweisende Jugendpolitik zu gestalten. Neben der Bereitstellung der finanziellen Mittel wird und muß in der Zukunft aber auch die menschliche Begleitung und Förderung, aber auch Wertvermittlung für die Jugend im Vordergrund stehen müssen. Es gibt keinen Grund, um schwarz zu sehen, ich will es auch nicht tun, aber ich glaube, es gibt auch keinen Grund, die Situation der Jugend in diesem Lande nicht ernst zu nehmen. In Vorarlberg gibt es derzeit eine überdurchschnittliche Zahl an jungen Leuten, die höhere Ziele haben. Die Jugend ist kreativ, stellt in Schule und Beruf den Mann, sie macht sich jedoch Sorge um die Zukunft, um die Umwelt, um die Welt, mit der sie Tag für Tag konfrontiert wird. Sie hat für soziale Belange großes Interesse, ihr Einsatz für Friedensfragen, für Fragen der Dritten Welt ist beachtlich. In Vorarlberg gehen also - ich betone - noch die Uhren zum Teil richtig. Wir haben trotz der bedenklichen Scheidungsraten noch viele intakte Familien, wir haben noch viele verantwortungsbewußte Lehrerinnen und Lehrer, wir haben eine beachtlich große Zahl von Idealisten in Sport-, Kultur- und Freizeitbereichen, wir haben ein dichtes Netz von Ehrenamtlichen, die sich der Jugendarbeit verschrieben haben, wir haben Gemeinden, die der Jugendförderung einen hohen Stellenwert einräumen. All diesen Vereinen, Organisationen,

allen Frauen und Männern möchte ich von dieser Stelle für ihre Arbeit für und mit der Jugend Vorarlbergs ein aufrichtiges Danke sagen. In unserem Ländle gibt es aber auch junge Menschen, die am Rande stehen, die berufliche, schulische Probleme haben, die sich aus welchen Gründen immer nicht verstanden fühlen, die auch Zuflucht in den Drogen und Suchtmitteln suchen. Gerade diesen am Rande der Gesellschaft stehenden Jugendlichen muß unsere Sorge und Arbeit gewidmet sein - bei den Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1990 sicher ein nicht von allen verstandenes Anliegen. Ich persönlich vertrete jedoch den Standpunkt, daß gerade bei einer Weichenstellung Zukunftsfragen im Mittelpunkt stehen müssen. Und ich glaube, Sie sind mit mir alle der gleichen Meinung, daß nur eine gesunde Jugend uns eine gute Zukunft garantieren kann. Zu den wichtigsten Dingen, die ein junger Mensch empfangen muß, zählt die Wertvermittlung. Kinder benötigen nicht nur leibliche Nahrung und hier ganz besonders bestätigt sich der Satz: »Der Mensch lebt nicht vom Geld allein!« Unsere Jugend sehnt sich trotz des materiellen Wohlstandes in unserem Lande nach Zuneigung, nach Zeit, Toleranz und Freiräumen. Leider findet auch bei uns dies in vielen Bereichen zuwenig statt und man muß auch Kinder bei uns in dieser Hinsicht als kraß unterernährt bezeichnen. Viele Jugendliche fühlen sich in ihrer wertmäßigen Ausrüstung alleingelassen, ihr Weg führt unter dem Eindruck des Unverstandenseins und der Entfremdung häufig nirgendwohin. In diesem Zusammenhang darf ich an das Wort vom Manes Sperber erinnern, der sagte, »nun wachsen Waisenkinder mit Vater und Mutter heran«. Es wäre glaube ich falsch, in dieser Situation nur nach Institutionen zu rufen, die alles wiedergutmachen sollen. Abgesehen davon, daß sie dazu nicht in der Lage wären, können nicht Einrichtungen hier helfen, sondern nur Menschen. Jeder einzelne von uns ist hier verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten, ganz gleich, an welcher Stelle er seine Aufgaben wahrzunehmen hat. Ich appelliere an alle: Vermitteln wir echte Werte unserer Jugend in der Familie, in der Nachbarschaft, in den Schulen, in den Gemeinden, eben überall, wo wir mit unserer Jugend in unserem Lande zu tun haben.

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Vizepräsident Gehrler das Wort.

Gehrler: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Bildungsoffensive ist nicht nur ein Schlagwort, Bildungsoffensive findet statt. Das ersehen wir aus den Budgetansätzen im Kapitel 2 und auch im Abschnitt 7, wo der Landesentwicklungsfonds sicher auch zur Bildungsoffensive dazugehört. Gerade in letzter Zeit gab es eine große Diskussion um hochschulähnliche Einrichtungen in unserem Land, in der es auch hieß, wir brauchen eine eigene Uni. Diese Diskussion wird natürlich weitergehen, aber meine Damen und Herren, wir sollten darüber nicht vergessen, welche Einrichtungen bereits in unserem Lande geschaffen wurden. Es gibt Universitäts- und Hochschullehrgänge in folgenden Bereichen: Ange-

wandte Betriebswirtschaft, angewandte Informatik, CAD, CAM, für Exportkaufleute, für Verkaufsleiter, für betriebliches Innovations- und Technologiemanagement und für politische Bildung. Dazu kommen noch ein Lehrgang für Ökologie, ein Lehrgang für Gesundheit und Umwelt. In Planung befindet sich ein Universitätslehrgang für Fremdenverkehr, ein Universitätslehrgang für CAEE und ein Hochschullehrgang im Design ist ebenfalls in Ausarbeitung. Allein für jene drei Lehrgänge, die März 1990 wieder beginnen, haben sich 296 Personen um die vorhandenen 94 Studienplätze beworben. Leider können aus didaktischen, personellen, räumlichen und apparativen Gründen zu den fünfsemestrigen Universitätslehrgängen Betriebswirtschaft und Informatik jedoch jährlich nur 42 Teilnehmer aufgenommen werden. Zu dem zweisemestrigen Universitätslehrgang CAD-CAM können nur 10 Teilnehmer zugelassen werden. Durchgeführt werden diese Lehrgänge in Zusammenarbeit mit renommierten Instituten, in Zusammenarbeit mit Professoren der Universität Innsbruck, der Hochschule St. Gallen, des Management-Zentrums St Gallen, dem Technikum Winterthur, dem Neutechnikum Buchs, der Fachhochschule Augsburg, den HTLs in Rankweil und Bregenz sowie mit erfahrenen Experten aus dem Bodenseeraum. Die Kosten für diese Weiterbildungseinrichtungen belaufen sich auf insgesamt 8,7 Millionen Schilling und sind beim Landesentwicklungsfonds untergebracht.

Darüber hinaus haben wir in unserem Land aber auch noch drei hochschulähnliche Einrichtungen, nämlich drei Institute. Es gibt 1. das Forschungsinstitut für Prophylaxe der Suchtkrankheiten im Krankenhaus Maria Ebene in Frastanz. Die Verträge des Landes Vorarlberg, sowohl mit der Universität Innsbruck als auch mit der Stiftung Maria Ebene, sollen bis Anfang 1990 abgeschlossen sein. Das neue Forschungsinstitut in Maria Ebene ist als Suchtprophylaxezentrum für Westösterreich geplant. Dem Land entstehen dadurch relativ niedrige Kosten, sie werden derzeit geschätzt mit etwa 20.000,- S pro Jahr. Ein zweites Institut ist das Ludwig-Boltzmann-Institut für neuere österreichische Geistesgeschichte. Dieses gibt es bereits seit 1987 als Außenstelle der österreichischen Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft. Die Zielsetzung dieses Institutes liegt in der Erforschung der geistesgeschichtlichen Entwicklung von Vorarlberg und der angrenzenden Gebiete. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die geschichtlich wirksamen Ideen und geistigen Strömungen sowie deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten in unserem Lande gelegt. Es werden dort auch Dienstleistungen angeboten, z.B. Informationen über das Studium in Geschichte, Symposien, Vorträge, Betreuung von Diplomarbeiten, Betreuung von Dissertationen und publizistischen Arbeiten. Dieses Institut kostet dem Land jährlich 150.000,- S. Und das dritte Institut, welches im Landes-Nervenkrankenhaus Valduna angesiedelt ist, ist das Ludwig-Boltzmann-Institut für Neuro-Rehabilitation und Prophylaxe. Es ist neben dem Institut für Drogenprophylaxe ein weiteres medizinisch-wissenschaftliches Institut in Vorarlberg. Dabei liegt der Schwerpunkt- wie ich schon erwähnt habe

- auf der Rehabilitation in Zusammenhang mit Geriatrie und moderner Gesundheitspolitik. Prof. Barolin erfüllt Forschungsaufträge, er erarbeitet Publikationen und gestaltet Symposien. Dieses Institut wird immer projektbezogen mit Landesbeiträgen unterstützt.

Zu diesen Angeboten kommt in unserem Land ab Herbst 1989 das schon viel diskutierte und viel besprochene Technikum Vorarlberg, das sich mit 6 Millionen im Landesentwicklungsfonds niederschlägt. Der Betrieb wurde wie gesagt aufgenommen in der neuen Textilschule in Dornbirn. Es wird derzeit der erste Speziallehrgang geführt, der vier Semester dauert. Zu diesem Speziallehrgang werden Absolventen der HTL zugelassen. Er vermittelt eine Weiterbildung in Management, auf sprachlichem Gebiet und ein vertieftes Ingenieurwissen. Weiters gibt es bereits ab diesem Herbst das Kolleg für Absolventen von höheren Schulen. Dort können z.B. Maturanten der allgemeinbildenden höheren Schule in vier Semestern den HTL-Abschluß nachholen. Sie haben dann die Möglichkeit, entweder in den Sonderlehrgang umzusteigen und sich noch weiterzubilden, oder direkt in das Berufsleben einzusteigen. In Vorbereitung befindet sich der sogenannte Aufbaulehrgang. Dieser Aufbaulehrgang ist für die Absolventen einer Fachschule ohne Matura, also der dreijährigen HTL, oder für Absolventen einer Lehre gedacht. Es wird damit die Möglichkeit geboten, die HTL-Matura nachzuholen und ebenfalls ein Studium zu ergreifen. Damit soll die Durchlässigkeit der dualen Ausbildung gegeben sein, damit soll also dann, wenn man eine Lehre ergreift, es nicht mehr so sein, daß das eine Einbahn ist, wo ich nichts mehr weitermachen kann, sondern ich habe die Möglichkeit, mit Fleiß, Begabung und Ausdauer diesen Aufbaulehrgang zu absolvieren.

Wenn wir uns dieses Budget für Forschung und Wissenschaft anschauen, sehen wir auch einen großen Brocken drinnen, nämlich die 14 Millionen Schilling für den Umbau der Kirche des ehemaligen Gallusstiftes - heute Landesbibliothek. Der schöne, große, helle Kirchenraum soll mit einer Galerie ausgestattet werden. In dieser Galerie werden Wandregale für etwa 90.000 Bände angebracht. Zusätzliche Studier- und Bildschirmarbeitsplätze werden aufgestellt. Außerdem soll es dort auch einen Raum für Ausstellungen, Fachseminare, Vorträge, Konzerte und andere Veranstaltungen bis zu 300 Personen geben. Die Arbeiten sollen bis Ende 1990 abgeschlossen sein und schlagen sich im Budget ganz kräftig nieder. Wenn wir aber sehen, welche Entwicklung unsere Landesbibliothek genommen hat, dann glaube ich, ist dieses Geld gut angelegt, denn die Landesbibliothek hat sich eindeutig zu einem Zentrum für wissenschaftlich Tätige, für Studierende und für die Bevölkerung unseres Landes herauskristallisiert. Allein im Jahre 1989 wurden bisher 7.000 Benutzer gezählt und etwa 75.000 Entlehnungen getätigt. Ich weiß es aus eigener Erfahrung, daß einige Studenten sehr gerne, wenn sie zu Weihnachten oder in den Semesterferien da sind, in die Landesbibliothek gehen, um sich wissenschaftliche Bücher zu holen, denn sie sagen, da bekommen sie die Bücher schneller als auf den Universitätsbibliotheken.

Ich habe schon erwähnt, welch breiten Raum in letzter Zeit die Diskussion um die Errichtung einer eigenen Hochschule eingenommen hat. Ich glaube, das ist ein Thema, das sehr sorgfältig geprüft werden muß. Damit wir wissen, wie wir weiterhin sinnvoll in Strukturen von Lehre und Forschung investieren können, braucht es eine fachliche, kompetente Absicherung über künftige Felder der Wissenschaft, die in Vorarlberg notwendig sind. Bei der Ansiedlung von weiteren Wissenschaftseinrichtungen muß konzeptiv vorgegangen werden. Aus diesem Grund sind im Budget 1990 1 Million Schilling für eine Studie über die Schaffung von hochschulähnlichen Einrichtungen in Vorarlberg vorgesehen. Die neu ernannte Wissenschaftskommission hat sich in diesen Tagen mit dieser Thematik befaßt und es wird nun in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium an die Ausarbeitung dieser Studie gegangen und erst dann, meine Damen und Herren, können wir entscheiden, welche hochschulähnliche Einrichtung für unser Land notwendig sein wird.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß ich auch immer eine große Verfechterin bin, daß nicht nur die technische Weiterbildung, die technische Ausbildung in unserem Land unterstützt wird, es liegt mir auch sehr am Herzen, daß die Erwachsenenbildung, daß die musische Ausbildung, daß die Ausbildung des Menschen zu Kreativität gefördert wird, es liegt mir sehr am Herzen, daß die Persönlichkeitsbildung weiter in unserem Land unterstützt wird. Wir haben im Budget Erwachsenenbildung auch Steigerungen für die Volkshochschule. Die Volkshochschule wird neue Aktivitäten in der Stadt Bludenz entfalten, was sehr zu begrüßen ist und wir haben Steigerungen und das freut mich sehr, für unsere Volksbildungsheime wie Arbogast und Batschuns für ihre wertvolle Arbeit in der Erwachsenenbildung, in der Persönlichkeitsbildung und in allen kreativen Bereichen. Diese Volksbildungsheime werden 300.000,- S mehr erhalten und insgesamt steht ihnen ein Betrag von 2,2 Millionen Schilling im Budget 1990 zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, Bildungsoffensive wird in unserem Land ernst genommen. Wenn wir zu den in Kapitel 2 aufscheinenden Kosten noch das Technikum und die Hochschullehrgänge dazunehmen, dazu gehören auch noch die Aufwendungen für technische Ausrüstungen, z.B. in den HTLs, die auch 5 Millionen betragen, dazu gehört auch die Kooperation mit ausländischen Universitäten, die auch mit 1,5 Millionen Schilling budgetiert sind, so ergibt sich ein stattlicher Betrag. Durch die gute Finanzlage des Landes, durch die gute Finanzpolitik, die bei uns gemacht wird, ist es auch für die Zukunft gesichert, daß die Bildungsoffensive jene Beträge erhält, die für sie notwendig sind.

Präsident: Ich möchte nun doch noch offiziell und besonders herzlich unseren ehemaligen Landtagskollegen Klubobmann Alfred Eß begrüßen. (Applaus) Ich erteile nun das Wort dem Abgeordneten Dr. Bösch.

Dr. Bösch: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Ich werde für die freiheitliche Fraktion in der Gruppe 2

Stellung nehmen zu den Bereichen Unterricht, Erziehung, Jugend und zu Wissenschaft und Weiterbildung, soweit ich in der Kürze meiner Mandatsausübung Einblick in diese Materie gewinnen konnte. Kurz zu Unterricht, Erziehung und Jugend: Wir entnehmen den Budgetansätzen im Bereich Schule, Kindergarten etc., daß die Landesregierung ihrer Aufgabe in bezug auf Erreichung höherer qualitativer Strukturen gerecht werden wird. Die Unterstützung der Gemeinden in bezug auf Kindergärten, die Mitarbeit an der Erstellung flexiblerer Öffnungszeiten und die Förderung verschiedener Modelle findet unsere Unterstützung. Wir anerkennen die Bemühung der Landesregierung, das Gastarbeiterproblem auch im Bereich Schule in den Griff zu bekommen und hier vor allem in dem zusätzlichen Unterricht in der deutschen Unterrichtssprache und im Unterricht in der Muttersprache (Zwischenruf: Burgenländer Modell!) z.B.. Auch ist die Leistung des Landes Vorarlberg anzuerkennen, im Ausbau und in der Modernisierung von Schulen tätig zu sein, die eigentlich nicht in seine Kompetenz fallen. Auch zu begrüßen ist im Zusammenhang mit der Jugendarbeit das ins Zentrum rückende Drogenproblem und der Versuch, diese Situation auch im Bereich Schule in den Begriff zu bekommen und zu bewältigen. Ich darf hier an Sie, Herr Landesstatthalter Gasser, von unserer Seite, von Seiten der freiheitlichen Fraktion, das Ansuchen richten, in diese Richtung weiterhin konsequent tätig zu sein. Das Drogenproblem scheint uns ein essentielles Problem der Zukunft. Ich darf weitergehen zu Wissenschaft und Weiterbildung: Meine Damen und Herren, für Vorarlberg als Land ohne Universität sind die Bereiche Wissenschaft und Weiterbildung im Rahmen seiner Kompetenzen von entscheidender Bedeutung. Wir haben einerseits sicherzustellen, daß landeskundliche Grundlagenforschung in jedem Fachgebiet ermöglicht wird, andererseits neben einer möglichst breiten Ausbildungspalette auch im Weiterbildungs- und Informationsbereich möglichst alle Berufssparten abzudecken. Die Bemühungen der Landesregierung in diese Richtung sind als zukunftsweisend anzumerken und zu begrüßen. Landesarchiv, Franz-Michael-Felder-Archiv und Literaturarchiv, Landesbibliothek werden als Säulen der Landeskunde in ihren innovativen Bemühungen weiter unterstützt. Die Einführung des Technikums ist ein Schritt zu einer breiteren Ausbildungspalette, freilich noch ausbaufähig. Das errichtete Institut - ich habe gehört, eines von vielen Instituten - für Textilchemie und Textilphysik ist für landesübergreifende Forschungsarbeit und ein Schritt in Richtung Ansiedlung von universitären Einrichtungen im Lande, aber auch Wirtschaftspark, WIFI, Management-Center etc. dienen im Lande dieser Aufgabe genauso wie Volkshochschulen, Büchereien und Serviceeinrichtungen der Erwachsenenbildung. Schloß Hofen als ein Zentrum von Wissenschaft und Weiterbildung bietet neben zahlreichen Veranstaltungen auch vermehrt Universitätslehrgänge an, genauso wie die Geschäftsstelle für Universitätslehrgänge im Amt der Landesregierung. Die Themen, die angeboten werden, wurden von der Frau Präsidentin Gehrer schon genannt, ich kann mir das ersparen. Und

meine Damen und Herren, gerade diesem Bereich, nämlich dem Ausbau von Universitätslehrgängen verschiedenster Fachrichtungen, auch der geisteswissenschaftlichen hier im Lande, wird in den nächsten Jahren unser Hauptaugenmerk gelten müssen. Daneben müssen wir versuchen, freilich erst nach Prüfung der Möglichkeiten und Bedürfnisse, universitäre Einrichtungen im Lande anzusiedeln. Ausbildung und Weiterbildung sind in unserer Zeit der Veränderungen ein Gebot der Stunde. Wenn man die Angebote aller Rechtsträger, also des Landes, der Gemeinden, privater Vereine oder Institutionen ins Kalkül bringt, ist dem Landeshauptmann recht zu geben, wenn er in seiner Grundsatzklärung gesagt hat, daß sich das Weiterbildungsangebot in Vorarlberg durch ein hohes Maß an Kreativität und Eigeninitiative auszeichnet und es ist zu begrüßen, daß die Landesregierung diese Vielfalt weiterhin fördern und bei Wahrung der Eigenständigkeit zu einer kreativen Einheit vernetzen will. Wir hoffen und sind zuversichtlich, daß auch das geplante Wissenschaftskonzept den Anforderungen der Zukunft gerecht werden können. Darf ich zum Schluß meiner Ausführungen zu diesen Themenbereichen an Sie, Herr Landesstatthalter Gasser, noch eine Anregung richten im Bereich von Stipendien- und Studentenförderung, das gehört ja auch hier zur Gruppe 2 ? Angesichts der ermutigenden Demokratisierung im Ostblock, aber vor allem in der DDR, darf ich die Landesregierung und Sie als zuständigen Landesrat ersuchen zu prüfen, in welcher Form sich das Land Vorarlberg im Rahmen seiner Möglichkeiten und Kompetenzen verstärkt an einem Studenten- oder Fachschüleraustausch - wie auch immer - beteiligen könnte, um die demokratische Entwicklung im Ostblock und den dort notwendigen wirtschaftlichen Aufbau zu unterstützen. Danke.

Präsident: Als nächster Redner hat der Abg. Vallaster das Wort.

Vallaster: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jugendarbeit stellt für viele junge Menschen ein Lebensfeld dar, welches zu ihrer Selbstfindung entscheidend beiträgt. Sie finden hier Gelegenheit, in überblickbaren Gruppen sich selbst einzubringen, Rücksicht zu üben, Konflikte auszutragen und gemeinsam zu entscheiden. Neuere österreichische Untersuchungen zeigen zudem, daß Defizite im sozialen Bereich bei der Entstehung von Drogenabhängigkeiten neben anderen Risikofaktoren eine wichtige Rolle spielen. Jugendliche, die in Freizeitorganisationen mitwirken, konsumieren nachweisbar seltener illegale Drogen. Die außerschulische Jugendarbeit leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur Drogenproblematik. Es ist daher sicherlich erfreulich, daß die Beiträge an Vorarlberger Jugendorganisationen eine ständige Aufwärtsentwicklung zeigen und es ist auch richtig, daß für die Bildungsarbeit in der Jugendarbeit eine wesentliche Erhöhung stattgefunden hat, die Qualität der außerschulischen Jugendarbeit hängt aber weitgehend davon ab. Trotz der positiven finanziellen Entwicklung im Rahmen des Landesbudgets dürfen Probleme aus der Sicht

der jungen Generation nicht unter den Tisch gekehrt werden z.B. der Freizeitbereich, der Drogenbereich, Bildungsbereich, Frieden und die ökologische Bewegung. Ich hoffe, es wird dies hier niemand tun, aber es gibt genug Gründe, sich einige Veränderungen in der Jugendarbeit bewußt zu machen. Die erste Veränderung ist wohl im Freizeitbereich passiert. Jugendarbeit war ja von Anfang an eine spezifische Form der Freizeitgestaltung, die sich deutlich gegen gesellschaftliche Konventionen abgrenzte. Die Geschichte der Jugendarbeit als eines der spezifischen Freizeitangebote ist aber die Geschichte zahlloser Niederlagen gegen die Erwartungen und Angebote der Massen- und Konsumkultur. Fazit: Die Jugendarbeit hat im Freizeitsystem keinen eigenen Bereich mehr, von dem her sie ihre besondere Bedeutung gewinnen könnte. In der letzten Zeit entstand die Vorstellung von Jugendarbeit als einer dritten Erziehungs- und Bildungsinstitution neben Familie und Schule. In der Tat waren die Felder der Jugendarbeit hier sehr groß, die aber immer mehr von professionellen Institutionen abgedeckt werden. Dadurch entsteht der Eindruck, daß die Gesellschaft für ihre Zukunft des jugendlichen Potentials nicht mehr zu bedürfen glaubt, das sieht man auch deutlich am gegenwärtigen Umgang mit der Jugendarbeitslosigkeit. Früher galt sie nicht nur als arbeitsmarktpolitisches, statistisches Problem, sondern als eine pädagogische Katastrophe in jedem Einzelfall. Und eines muß auch noch gesagt sein: Ein Gutteil der jungen Menschen steht dem etablierten Politikbetrieb distanziert bis skeptisch gegenüber. Die spürbare Verengung des geistigen Klimas nimmt der Jugend mehr und mehr ihren Spielraum in den Parteien und der Kirche. Weltverbesserer, Visionäre, Nachdenkliche und Unbequeme gehen den Parteien zunehmend verloren. Und vieles deutet darauf hin, daß einige Fragen sehr grundlegend gestellt und verhandelt werden müßten, wenn die Zukunft die Generation der Jungen nicht hoffnungslos und ahnungslos überfallen, sondern eine, vielleicht anstrengende, aber gleichwohl anziehende Perspektive für sie bleiben oder werden soll. Ich gehe davon aus, daß für die Jugendlichen dann eine attraktive Zukunftsperspektive entsteht, wenn sich für sie das Leben in der Gesellschaft jetzt lohnt, d.h., wenn ein angemessener Teil ihrer Wünsche in ihrem unmittelbaren Lebenskreis akzeptiert wird und akzeptiert das heißt, um verbreiteten Verwechlichungsängsten gleich einen Riegel vorzuschieben, nicht unbedingt erfüllt. Jugendpolitik und Jugendarbeit wird sich deshalb zunehmend mit dem Problem der realen Demokratisierung der Jugendphase beschäftigen müssen. Die Frage, ob die besondere Förderung und Betreuung der Wenigen, auf Kosten der Vernachlässigung der Vielen, auf lange Zeit hinaus tragbar ist bzw. Überlegungen, wie dieses Mißverhältnis zugunsten der Mehrheit verändert werden kann, werden zur unvermeidlichen Frage der nächsten Jahrzehnte gehören. Politikverantwortliche müßten dieser Problematik besonders Interesse und besonders nachhaltige Aufmerksamkeit entgegenbringen. Sie vor allem sollten wissen, daß die Stärkung und die Verbreitung demokratischer Mitwirkung und Beteiligung, auf die die Politik der

Zukunft immer stärker angewiesen sein wird, wenn sie nicht bei undemokratischen Mitteln für die Durchsetzung ihrer Ziele Zuflucht suchen will, nur auf dem Boden einer Verstärkung der realen Teilhabemöglichkeiten der Jugendlichen an den gesellschaftlichen Angeboten gedeihen wird. Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Institutionen, des Arbeitsmarktes, der Kulturförderung und des Wohnungsmarktes werden nicht verhindern können, daß ein bestimmter Teil der Jugendlichen an den Lebensbedingungen dieser industriellen Gesellschaft auf die eine oder andere Weise scheitert, sei es, daß solche Jugendliche selbst soziales oder psychisches Elend in selbst- bzw. gesellschaftsgefährdeter Handlungsweisen ummünzen, z.B. Drogenkonsum, oder daß die gesellschaftlichen Gegebenheiten die Teilnahme von einzelnen Gruppen am gesellschaftlichen Leben nicht oder nicht ausreichend gewährleisten (Behinderte, Schulversager, Arbeitslose). Gegenüber all diesen Gruppen wird eine erhöhte soziale Betreuung erforderlich sein, die aber streng darauf zu achten hat, daß sie das Ausmaß der gesellschaftlichen Isolation dieser Gruppen nicht erhöht, sondern deren Integration oder reine Reintegration in das gesellschaftliche Leben fördert. Integration darf dabei nicht als einseitige Anpassung der Betroffenen an gesellschaftliche Gegebenheiten verstanden werden, sondern muß ebenso als Aufgabe der Veränderung gesellschaftlicher Bereiche z.B. in Schule und Arbeitswelt, gesehen werden, die die Teilnahme solcher Randgruppen erst möglich macht. Neue politische Inhalte und gesellschaftliche Anliegen in den Bereichen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Friedenssicherung, der Umwelterhaltung und der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums finden bei keiner gesellschaftlichen Gruppe so viel Verständnis, Bereitschaft zur Diskussion und zum Handeln wie bei der Gruppe der Jugendlichen. Daher wird von der gegenwärtigen Politik zu verlangen sein, daß sie sich offen hinter solche Forderungen stellt, sie in einem immer breiteren öffentlichen Bewußtsein verankert und in den Politikbereichen, in denen sie selbst handlungsfähig ist, immer stärker umsetzt. Diese Zusammenstellung neuer, auf die Zukunft orientierter Problembereiche gesellschaftlichen Umgangs mit der Generation junger Menschen ist notwendigerweise unvollständig. Auf Vollständigkeit kommt es aber auch gar nicht an. Bereits die ernsthafte Auseinandersetzung mit den wenigen, hier angedeuteten Aufgaben, würde einer gewaltigen Anstrengung auf vielen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens bedürfen. Es kommt vielmehr darauf an, daß die Anstrengung an der einen oder anderen Stelle dieser Problemhorizonte in Angriff genommen wird oder dort, wo sie bereits in Gang gekommen ist, verstärkt fortgesetzt wird. Die vielfache wechselseitige Überlagerung der Probleme sowie die mannigfaltigen Erfahrungen und Interessen aller an diesem Diskussionsprozeß Beteiligten sorgen von selbst für die Einbeziehung anderer wichtiger Aspekte und Anliegen. Die Jugend braucht zu allen Zeiten ferne neue Ufer, zu denen aufzubrechen es sich lohnt. Versuchen wir für die Jugend eine Politik der Zukunft zu machen, klare Ziele, klare Sprache, Entscheidungen transparent und

über die Tagesordnung hinauszudenken, auch dann wird die Lösung um unsere Jugend uns nicht in den Schoß fallen.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Stadler.

Stadler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß jetzt der Herr Dr. Sausgruber nicht anwesend ist, denn ich möchte eine Fußnote zur Position 259 anbringen. Hier sind insgesamt rund 4,5 Millionen Schilling für die Jugendzentren in Vorarlberg vorgesehen. Ich habe nichts dagegen, daß man 4,5 Millionen Schilling - jetzt ist der Herr Landesrat anwesend - für Jugendzentren in Vorarlberg vorsieht. Wo ich Sie aber bitten würde, Herr Landesrat (Zwischenruf Dr. Lins: 2 Millionen!) - 2 Millionen und dann oben sind nochmals Beiträge: 250.000,- sind drunter noch, und oben sind noch einmal 2,1 Millionen »Beiträge an Vorarlberger Jugendorganisationen«. Wie auch immer, seien es 2,5 Millionen oder auch nur 2 Millionen, mir geht es an sich nicht um den Budgetansatz, der sei also außer Streit gestellt, sondern mir geht es jetzt um ein konkretes Jugendzentrum und das trifft sich in etwa mit dem, was der Herr Kollege Vallaster gesagt hat. Natürlich weiß ich, daß das Problem des Drogenkonsums nicht etwas ist, was man jetzt durch Maßnahmen budgetärer Art in den Griff bekommt. Aber, meine Damen und Herren und Herr Landesrat, ich würde Sie bitten, daß Sie bei Mittelvergaben zumindest berücksichtigen, daß wir nicht unbedingt solche Jugendzentren fördern sollten, die nachweislich dem Drogenkonsum Vorschub leisten. Ich möchte hier aus einem Brief des Bürgermeisters der Stadt Hohenems zitieren. Da heißt es in etwa: »Laut Auskunft des Gendarmeriekommandos für Vorarlberg ist es tatsächlich so, daß im unmittelbaren Nahbereich des Jugendhauses 'Konkret' Dealer und Drogenkonsumenten aus dem ganzen Land ihre illegalen Suchtgeschäfte tätigen und Suchtgifte konsumieren.« Er bezieht sich hier weiters auf eine Stellungnahme der Kriminalabteilung. Hier heißt es: »Die Suchtgiftgruppe der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Vorarlberg bekommt seit Jahren im Zuge von Einvernahmen von Drogenkonsumenten immer wieder Hinweise, daß das Jugendhaus 'Konkret' in Hohenems als einer der Treffpunkte von Drogenkonsumenten gilt. Unseren Informationen zufolge tätigen Dealer und Drogenkonsumenten aus dem ganzen Land im unmittelbaren Nahbereich ihre illegalen Suchtgeschäfte und konsumieren dort auch Suchtgifte.« Wie die Abgeordneten - es ist jetzt nur einer aus Hohenems anwesend - sicher wissen, hat sich in Hohenems im Bereich der Roseggerstraße eine Bürgerinitiative gebildet und es wurden dort 130 Unterschriften gesammelt, die sich mit dem Problem des Jugendhauses »Konkret« auseinandersetzen. Da ist von Lärmbelästigung und verschiedenen anderen Dingen die Rede. Aber etwas, was mir als äußerst bedenklich erscheint im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum, ist die Tatsache, daß die Anrainer Klage führen, daß dort Heroinspritzen in den umliegenden Gärten herumliegen.

Was das in Zeiten von Aids und der Aidsverbreitung, wo wir wissen, daß die Heroinkonsumenten zur Risikogruppe gehören, bedeuten kann, wenn sich ein Kind hier mit einer Spritze infiziert, das können wir uns nur ausmalen und ich hoffe, daß wir nie in die Verlegenheit kommen werden, dann tatsächlich auch erkennen müssen, daß sich ein Kind dort unten an einer Spritze angesteckt hat. Leider hat sich die ÖVP und die SPÖ in Hohenems bisher dieses Themas und dieser Bürgerinitiative nicht angenommen. Bei der ÖVP kann ich das durchaus verstehen. Der Obmann des Dachverbandes der Jugendhäuser, der Bernd Amann, ist der Sohn des Bürgermeisters. Daß dort die ÖVP wenig Lust hat, sich besonders zu engagieren, sehe ich ein. Wenigstens der Herr Bürgermeister selber hat mittlerweile auf die Petition dieser Anrainer reagiert. Ich zitiere hier aber den Sprecher der Bürgerinitiative, Herrn Karl-Heinz Häfele, der da schreibt: »3. Der von der ÖVP vorgebrachte Dringlichkeitsantrag zum Thema Jugendhaus 'Konkret' wurde vom Bürgermeister Dipl.-Ing. Otto Amann mit Hilfe seiner ÖVP-Fraktionskollegen abgeblockt. Offenbar hat die ÖVP-Fraktion die Problematik des Jugendhauses und unsere Anliegen noch immer nicht erkannt.« Es kommt auch ein Absatz, der sich mit Ihnen, Herr Kollege, beschäftigt, den möchte ich hier nicht zitieren. (Zwischenruf Dr. Häfele: Tun Sie's doch!) Ich zitiere: »Sowohl die vom Stadtvertreter Walter Spiegel vorgebrachten Vorwürfe jahrelanger Versäumnisse als auch Aufforderungen von Stadtrat Dr. Arnulf Häfele, erste Konsequenzen im Falle des Jugendhauses zu ergreifen, wurde vom Bürgermeister Dipl.-Ing. Amann mit der Äußerung, bereits entsprechende Maßnahmen getroffen zu haben, abgetan.« Mehr haben Sie laut Auskunft dieser Bürgerinitiative nicht getan. Mir geht es darum, Hoher Landtag, daß diese - ich glaube - 400.000,- bis zu einer halben Million, die das Jugendhaus »Konkret« bekommt - zumindest laut der Aufstellung des Herrn Amann Bernhard, des Obmannes des Jugendhauses »Konkret« und des Dachverbandes der Jugendhäuser - gestrichen werden und zwar solange, bis man dort den Drogenkonsum in den Griff bekommen hat. Daß dies ein Problem ist und daß dort Drogen konsumiert werden, das ergibt sich ausdrücklich aus den Akten der Kriminalabteilung. Gezeigt hat sich, wenn man jetzt den Leuten glauben darf, mit denen ich gesprochen habe, daß in den Jugendhäusern, die nicht mehr dem Einflußbereich des Herrn Bernhard Amann unterstehen oder diesem entzogen wurden, die sich also von ihm emanzipiert haben, daß dort der Drogenkonsum in den Griff bekommen werden konnte, daß in Feldkirch beispielsweise die Dinge durchaus ordentlich laufen und dort keine Klagen auch der Anrainer zu verzeichnen sind, insbesondere was herumliegende Heroinspritzen anbelangt. Ich bitte Sie noch einmal, Herr Landesrat, daß Sie, bevor man Mittel vergibt, versuchen, diese Dinge zuerst zu klären.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 17.45 Uhr. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abg. Greber.

Greber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte im Kapitel »Schule und Berufsschulen« einige Feststellungen zur landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschule in Hohenems in die Debatte einbringen. Vor wenigen Monaten konnte der Erweiterungsbau mit dem neuen Klassentrakt und den für die Praxis dringend erforderlichen Werkstätten und Praxisräumen eröffnet werden. Die Schülerzahlen beweisen, daß die Investitionen großen Anklang finden. Dies hat sich besonders ausdrücklich auch bei den Tagen der offenen Tür eindrucksvoll gezeigt, daß das Interesse an der landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschule in Hohenems über den bäuerlichen Bevölkerungsbereich hinaus besteht. Vor mehr als einem Jahr konnte das Land durch Pacht des Rheinhofes eine ganz wichtige Ergänzung im Praxisbereich regeln. Im Voranschlag sind für den Rheinhof für 1990 Ausgaben in der Höhe von 3.085.000,- S und Einnahmen von 2.122.000,- S gegenübergestellt. Zu diesen Zahlen sind einige Erläuterungen erforderlich: Wir können uns erinnern, daß der Gutshof in den Vorjahren unter der Leitung der Stadtangestellten Abgänge von mehreren 100.000,- S zu verzeichnen hatte. Die in Zahlen aufscheinende angebliche Unterdeckung im Voranschlag kommt deshalb zustande, weil Instandsetzungsarbeiten von Gebäuden von 790.000,- S enthalten sind, wobei es sich um dringende Renovierungen im Wohnungsteil handelt. Im Jahr 1988 waren diese Aufwände nicht in der Bilanz des Rheinhofes enthalten. So kann ich berichten, daß nach aller Voraussetzung für das Jahr 1989 anstatt mit einem Abgang mit einem leichten Gewinn des Rheinhofes gerechnet werden kann. Dies ist dem umsichtigen und engagierten Einsatz des neuen Betriebsleiters des Rheinhofes und seiner Mitarbeiter zuzuschreiben. So bestünde der Wunsch, daß der Nachholbedarf an Gebäudesanierung künftig nicht mehr die Bilanz des Gutshofes belastet. Dies wäre auch schon deshalb gerechtfertigt, weil der Gutshof ja auch nicht im Besitz des Landes steht, sondern der Stadt Hohenems. Diese Baumaßnahmen sollten also deshalb nicht dem Betriebsabgang angerechnet werden, weil es sich um Vermögensinvestitionen handelt. Ich kann den Kollegen des Landtages nur empfehlen, den Rheinhof zu besuchen und anzuschauen, was sich dort innerhalb der letzten einhalb Jahre zu einem positiven Lehrbetrieb gewandelt hat. (Zwischenruf Dr. Häfele: Könntescht amol a' Führung macha!) Dies ist ein besonderer Gewinn für die Schüler der Fach- und Berufsschule im Praxisunterricht. (Zwischenruf Dr. Häfele: Ja, der Willi Aberer konnte nicht wirtschaften. Der hat das früher gemacht!) Im Pflichtschulbereich wird durch die aktive Unterstützung unseres Herrn Landesstatthalters Dipl.-Vw. Gasser ein schon lange schwelender Schulwunsch im Bregenzerwald in absehbarer Zeit gelöst. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Scho? Was war das für ein Wunsch?) Es handelt sich um eine Situierung einer eigenen Hauptschule in Hittisau für die Gemeinden Hittisau, Sibratsgfall und Riefensberg. Dabei hoffen wir, daß es auch möglich wird, die Regelung mit der bisherigen Hauptschulstandortgemeinde Lingenau mit der Stationierung einer Musikhauptschule im gleichen Zuge zu realisieren.

Präsident: Als nächstem erteile ich das Wort dem Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fragen der Berufsausbildung haben in den Gewerkschaften und in der SPÖ seit jeher eine große Bedeutung. In den letzten Jahren wurde sie aber immer wieder dringlicher. Der Grund, die neuen Techniken und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft verändern viele Berufe und stellen neue Anforderungen an die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer. Die Strategie der SPÖ zielt in der Bildungspolitik in zwei Hauptrichtungen: 1. Muß den Arbeitnehmern während ihres Berufslebens der Erwerb neuer Qualifikationen ermöglicht werden. 2. Ist die Lehrausbildung teilweise neu zu gestalten. Wie nötig die berufliche Neu- und Umqualifizierung während des Berufslebens ist, beweist der Mangel an Facharbeitern bei gleichzeitig vorhandenen Arbeitslosen. Die Situation ist nicht neu. Schon Anfang der Sechzigerjahre gab es zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte bei relativ hoher Arbeitslosigkeit. Damals wurde mit einigem Erfolg versucht, mit Umschulungen diese mißliche Situation zu beheben. Auch heute sind Schulungsmaßnahmen notwendig. Die Situation ist für die Arbeitnehmer allerdings ungleich schwieriger, weil es nun häufig nicht mehr genügt, sich innerhalb der Branche zu spezialisieren und Fachkenntnisse zu verbessern, sondern weil ganze Berufe verschwinden und deshalb vollkommen neue Kenntnisse und Fähigkeiten erworben werden müssen. Zusätzlich muß die Beherrschung des Werkzeuges Computer in seinen vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten auch erlernt werden. Für die Bewältigung dieser Bildungsaufgaben ist die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen, Bildungs- und Wirtschaftspolitikern sowie den Betrieben unbedingt notwendig. Vor allem aber ist es nötig, durch entsprechende Bezahlung den Bildungswillen der Mitarbeiter auch zu belohnen. Nur so wird es auf Dauer möglich sein, die Qualifikation der Arbeitnehmer auf breiter Basis und auf Dauer zu verbessern. Wie sieht es bei der Lehrlingsausbildung aus? Auch in der Lehrausbildung sind neue Impulse erforderlich. Bei aller Notwendigkeit zur Spezialisierung muß eine so breite Grundausbildung gewährleistet sein, daß der Facharbeiter später befähigt ist, um- und dazuzulernen. Der Weg, der in den Metallberufen gegenwärtig in einigen Pilotversuchen gerade hier in Vorarlberg beschriftet und aber auch in Deutschland wurde und wird, muß noch ausgefeilt werden. Ich halte es für vorbildlich. Hier bekommen die Lehrlinge zunächst eine gemeinsame Grundausbildung. Nach dem ersten Lehrjahr, in verwandten Berufen nach dem zweiten und dritten Lehrjahr, verästelt sich die Ausbildung in spezielle Richtungen erst. Um eine Chancengleichheit zwischen den Lehrlingen, großen Industriebetrieben mit eigenen Lehrwerkstätten und kleinen Gewerbebetrieben herzustellen, müßte es zur Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten und zur Intensivierung des Lehrlingsaustausches auch kommen, will man die Qualifikation des dualen Ausbildungssystems nicht in Frage stellen. Auch wäre es notwendig, den Lehrlingen in zahlreichen Berufs-

sparten neue Bildungsinhalte zu vermitteln und insbesondere auf die Computertechniken auch einzugehen. Für viele Lehrberufe ist ferner der Stellenwert des Englischunterrichtes zu verbessern oder dieser überhaupt anzubieten. Auch erscheint es mir sinnvoll, allgemeinbildende Unterrichtsgegenstände einzuführen. Teile der Lehrausbildung sollten auch im Ausland ermöglicht werden. Ein besonderes Anliegen wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Vermittlung von Facharbeiterqualifikationen an Frauen sein. Heute haben in Österreich von 1.000 Arbeitnehmerinnen nur ganze 172 eine Fachausbildung. In Vorarlberg ist diese Quote sogar fast ein Viertel geringer. Hier bestehen noch beträchtliche Möglichkeiten, den Facharbeitermangel in einer Weise zu beheben, der sinnvoll und erstrebenswert ist. Und wenn die Kollegin Gehrler angesprochen hat die Berufsschule in Bregenz und Bludenz - ich kann jetzt vorerst nur für die Berufsschule Bludenz sprechen. Da gehe ich d'accord mit Dir, Frau Vizepräsident, ich würde aber vorschlagen, nicht einen Anbau, sondern eine Aufstockung, weil eben die Grundreserven nicht so groß und weil in der unmittelbaren Nähe eine Wohnsiedlung ist und ich glaube, jeden Quadratmeter grüne Fläche sollte man erhalten. (Zwischenruf Gehrler: Aufstockung war der Vorschlag! Es war von Aufstockung die Rede!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesstatthalter.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten, die das Thema der Bildungspolitik angezogen haben, haben in den Mittelpunkt verschiedene Bemühungen gestellt, die uns derzeit beschäftigen. Ich denke an das Problem des Schulzeitgesetzes, das die Frau Dr. Werber angezogen hat. Hier wird demnächst aufgrund der Versuche und der Erfahrungen ein Entwurf die Logistik passieren, von Seiten des Landesschulrates und der Schulabteilung vorbereitet, der fußt auf den Erfahrungen des vergangenen Jahres aufgrund der Gegebenheiten, daß einfach bundesweit neue gesetzliche Vorschriften geschaffen wurden, die die Schuldemokratie leichter fassen lassen und wo es besser möglich ist, ohne komplizierte Instrumente, die früher notwendig waren - und das sollte man natürlich schon in der geschichtlichen Abfolge richtig sehen, daß wir früher nur über das Gemeindegewaltrecht eigentlich versuchen konnten, mit der Zweidrittellösung zu operieren, während nun über die Schulforen an den Schulen selber die Lösungen bestehen und wir glauben, daß wir hier Überlegungen anstellen müssen, Novellen einzubringen.

Zum Berufsschulbauprogramm, das von der Frau Dr. Werber und dem Abgeordneten Pröckl angezogen wurde, ist zu bemerken, daß wir hier das Programm fertiggestellt haben, daß wir hier die nötigen Schritte setzen wollen, daß wir hier aber ein 5-Jahresprogramm verwirklichen müssen. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir nicht in einem Jahr alle diese Bedürfnisse abdecken können. Die Prioritäten sind einfach gegeben: Ausbau der Berufsschule in Bregenz, Ausbau der Berufsschule in Feldkirch, Erweiterung in Dornbirn und Erweiterung in Bludenz.

Dies sind die Parallelen, die hier gefahren werden müssen, um den entsprechenden Bedürfnissen zu entsprechen.

Die Gastarbeiterfrage ist ein Themenschwerpunkt, der uns außerordentlich im Schulwesen beschäftigt in verschiedensten Bereichen. Ich möchte betonen, daß gerade die Gastarbeiterproblematik uns geradezu herausfordert, in der Qualität, im humanen Bezug und in der Hinwendung. Ich wehre mich heftigst dagegen, daß in diesem Bereich versucht wird, irgend einen leichteren Weg zu beschreiten, sondern wir glauben, wir müssen den Qualitätsweg beschreiten, daß diese Kinder eine Chance bekommen müssen, mit unseren Kindern erzogen zu werden, daß wir aber auch gleichzeitig die Aufgabe haben, Voraussetzungen zu schaffen, daß sie da mitkommen können. Wir zahlen derzeit vom Lande Vorarlberg ca. 50 Millionen Schilling allein dafür, um den Gastarbeiterkindern den Einstieg zu eröffnen. Ich denke an die Dienstposten, die wir zusätzlich schaffen, an die Doppelzählung, an den muttersprachlichen Unterricht, ich denke an den Deutsch-Intensivunterricht, insgesamt also verschiedenste Programme, die parallel laufen, um diesen Bedürfnissen zu entsprechen. Deutsch-Förderunterricht, muttersprachlicher Unterricht, islamischer Religionsunterricht, Deutsch-Intensivunterricht und der Mehraufwand, der generell aufgrund der Dienstposten gegeben ist, verursachen also, daß wir uns bemühen müssen, hier diese Schwerpunkte zu setzen. Ich darf aber daraufhinweisen, daß wir im Jahre 1974 nur 1 % der Gastarbeiterkinder in Hauptschulen hatten, in Sonderschulen 1,6%, in Polytechnischen Lehrgängen 4 %, während wir in Volksschulen 2,6 % hatten. Heute sind an den Volksschulen über 15 %, in den Hauptschulen ebenfalls 15 %, in den Sonderschulen 35 %, in den Polytechnischen Lehrgängen 16 %. Wir bemühen uns dagegenzuwirken, daß diese Kinder irgendwo in die Sonderschulen abgeschoben werden, und zwar nur deswegen, weil sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Wir kämpfen dagegen und wir bemühen uns zu versuchen, frühzeitig hier durch Vorbereitungs-klassen die Kinder solange speziell zu unterrichten, bis sie soweit der deutschen Sprache mächtig sind, um dann im Regelunterricht in der ihnen altersgemäßen Schulstufe folgen zu können. Wir haben solche Versuche in Hard und in anderen Gemeinden gestartet und sie sind auch positiv gelungen. Wir haben vor Jahren bereits mit dem begonnen. Es ist sehr unterschiedlich gestaltet und ich kann Ihnen etwas versichern, es kommt immer auch auf die Initiative der jeweiligen Schule an. Die Schulbehörde wird keine dieser Initiativen bremsen oder in irgendeiner Weise einschleifen lassen, sondern wir wollen, daß den Gegebenheiten gemäß, den individuellen Bedürfnissen gemäß auch schulübergreifend Lösungen im regionalen Raum getroffen werden, um diesen Anforderungen zu entsprechen. Ich möchte aber auch ganz offen sagen, daß ich ein kleinwenig froh bin, daß ich die letzten Tage und auch heute wieder von Wien Signale bekommen habe, daß sowohl Bundeskanzler wie auch Sozialminister und Innenminister und auch insbesondere der Außenminister bereit sind, ernsthaft die Frage des Sichtvermerks bzw.

der Visapflicht zu diskutieren. Ich glaube, daß das auch eine humane Herausforderung ist, eine humane Herausforderung in der Hinsicht, daß einfach nur durch einen kontrollierten Zuzug verantwortet werden kann, auf Sicht gesehen, daß wir in der Qualität, wie es notwendig ist, uns den Kindern widmen können und auch den Familien widmen können, die zu uns kamen. Unter dem Motto »Gastarbeiter wurden gerufen - Menschen sind gekommen« sind insbesondere die Kinder bei uns im Mittelpunkt zu sehen und ein ungeordneter Zuzug, wie er derzeit stattfindet - wir haben gar keine genauen Zahlen - ist abzulehnen. Es ist natürlich dadurch, daß jeder zureisen kann, wie Sie oder ich in die Türkei als Touristen reisen können, die Vermutung nahe, daß sich bis zu 4.000 Jugendliche hier aufhalten, die auf Warteposition sich befinden, um irgendwann einer Beschäftigung zugeführt zu werden. Dies ist eine Situation, die meiner Meinung nach nicht mehr verantwortet werden kann und wo wir mit allen Mitteln darauf drängen müssen, um eben eine gute Betreuung jener Kinder sicherzustellen, die sich bei uns im Lande befinden, daß wir dies erreichen, daß durch den Visazwang eine Ordnung in diese Frage eingebracht wird. Das ist nicht eine Diskriminierung irgendjemand gegenüber, sondern das ist einfach dasselbe, was in den Nachbarstaaten bereits selbstverständlich ist und ich glaube, daß wir einfach sauberlich unterscheiden müssen zwischen einer Asylantenpolitik, einem humanen Bezug und einer Aufgabe jenen gegenüber, die zu uns kommen in unser Land, um eine Hilfestellung zu erfahren oder einem Zuzug, einem gewollten Zuzug, dem freien Willen von Menschen, wo wir eine Gegenposition gegenüberstellen müssen und sagen müssen: »Bis hier her und nicht weiter«, weil wir diese Situation nicht verkraften können. Zur Situation des Bildungsbereiches der Höheren Schulen und insbesondere jener Bereiche der Technik möchte ich betonen, daß die Frau Abgeordnete und Vizepräsidentin Gehrler bereits darauf hingewiesen hat, daß wir hier im Bildungsbereich einige Anstrengungen unternommen haben und weiter unternehmen müssen. Ich möchte ganz offen sagen, ich hätte mir den Erfolg des ersten Versuches in Richtung eines Technikums nicht so erwartet, wie er jetzt doch Gott-sei-Dank eingetreten ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß acht Absolventen von HTLs, das sind ca. 10 % aller HTL-Absolventen, das Technikum besuchen in dem Speziallehrgang, daß ca. 15 AHS-Absolventen die Bildungsgänge besuchen, also insbesondere auch für die Zukunft diese drei Bildungsströme einfach von den HTLs ausgehen - was in Zukunft sicherlich der kleinere Bereich sein wird - aber unser Blickwinkel sind natürlich neben den AHS insbesondere jene aus dem dualen Berufsausbildungssystem. Und hier kann ich Ihnen erfreulicherweise berichten, daß wir derzeit 54 haben aus dem dualen Ausbildungssystem und bei diesem dualen Ausbildungssystem ist hochinteressant festzustellen, daß dort die Drop-Out-Quote praktisch null ist, daß die mit einem Leistungswillen und einem Leistungsbedürfnis in diesen Bereich eintreten und ich bin erfreut darüber, daß dies gelungen ist. Wir hatten auch diese Woche wieder Gespräche mit dem Unterrichtsministe-

rium - in anderen Bundesländern werden diese Bildungsgänge ebenfalls in Angriff genommen. Ich bin überzeugt, daß dies nicht ein einzelner Bereich sein muß - der technische Bereich, dieser Spezialbereich - sondern es können andere Spezialbereiche auch in Frage kommen - ich denke hier an Management-Ausbildung im kaufmännischen Bereich nach den Handelsakademien mit Fremdsprachenvertiefung - ich denke auch an die Bereiche neben der Sozialakademie, neben der pädagogischen Akademie, also den Akademienbereich anzureichern, ohne ein Versprechen abzugeben, daß damit eine akademische Ausbildung verbunden ist. Das sollte man ja nicht miteinander vermengen oder miteinander versuchen zu vermischen, indem man hier verschwommene künftige Bildungsleitbilder vorgibt, sondern wir glauben, daß wir auf dem richtigen Wege sind, als schulische Einrichtung diese Angebote zu eröffnen. Zum Bereich der Wissenschaft ist es wichtig zu bemerken, daß die Wissenschaft aus Forschung und Lehre besteht, meine Damen und Herren. Ich habe die Anregungen des Herrn Landesparteiobmannes Dr. Häfele gerne aufgenommen und habe nach der letzten Sitzung, in der anlässlich der Regierungserklärung über die weitere wissenschaftliche Entwicklung im Lande beraten werden soll, in der Wissenschaftskommission auch dieses Thema und diesen Schwerpunkt in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt. Wir sind der Überzeugung, daß diese Fragestellung aufgrund dessen klar strukturiert und definiert werden soll, daß die Stellungnahme der Mitglieder der Wissenschaftskommission uns dann eine Chance eröffnen soll, Nischen zu erkennen, die in Vorarlberg dann auch geschlossen werden könnten. Wir gehen nun nicht von dem aus, daß wir sagen, es muß eine Universität sein oder es soll eine Fakultät sein, sondern wir glauben, daß es verschiedenste Bildungsgänge im europäischen Rahmen gibt, die in Vorarlberg wirklich optimal abgedeckt werden können und natürlich nicht nur für die Vorarlberger Studenten, sondern weit darüber hinaus - ich denke an den weiten Bereich der Information, ich denke an ganz spezielle Bereiche, die derzeit noch mit Privatfirmen, insbesondere EDV-Herstellern, abgedeckt werden können und hier glauben wir, daß es der Kooperation bedarf. Wir wollen auch Privaten den Anreiz geben, in dieser interessanten Bodenseelandschaft mit dem hohen Freizeitwert eine Chance zu eröffnen, Bildungseinrichtungen zu schaffen, die in die Zukunft weisen. Und so glauben wir, daß es nicht unbedingt nur des Staatsdenkens bedarf, sondern daß es die Kooperation mit den Privaten benötigt, um diese Themenschwerpunkte zu verwirklichen. Generell ist zum Wissenschaftsbereich zu sagen und zum Bereich, den dankenswerterweise der Landtagsabgeordnete Dr. Bösch schon treffend skizziert und strukturiert hat, daß Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit mit zu beantworten und zu beurteilen sind. Aber halbe Investitionen wären meines Erachtens eine halbe Sache und sehr viel teurer wie eine ganze Angelegenheit. Volle Funktionsfähigkeit ist daher für mich im Bereich von Weiterbildung und Wissenschaft eine Voraussetzung, denn nur das kann kostenoptimal sein, wenn wir eine funktionsfähige Wei-

terbildung und auch Ausbildung bieten. Daher gibt es viele neue Bereiche, die heute angezogen wurden. Die Visionen für die 90er Jahre können zusammengefaßt so skizziert werden, daß wir eine intensive und individuelle Förderung von Kindern bieten wollen von Behinderten und Lernschwachen, die in unserer Gesellschaft sonst eventuell zu kurz kämen. Wir haben eine Bildungsinvestition natürlich insbesondere auch für jene zu treffen, wir haben Zusatzangebote für lern- und leistungsstarke Schüler ebenfalls zu bieten, wir haben die stärkere Gewichtung der erzieherischen Aufgabe der Schule in den Mittelpunkt zu stellen, wir haben Hilfen zur Gestaltung eines sinnerfüllten Lebens zu bieten, denn der junge Mensch besteht nicht nur in seiner Tätigkeit als Schüler, sondern er ist bereits eine junge Persönlichkeit, die es zu beurteilen gilt. Was unsere ganzen Investitionen in dem dualen Ausbildungsbereich rechtfertigen, in den Berufsschulen, ist die Aufwertung des Images der handwerklichen und sonstigen manuellen Berufswelt. Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich einen aktiven Bildungsbeitrag leisten wollen und endlich gegensteuern wollen, daß nicht nur die Schüler in die AHS und in die berufsbildenden höheren Schulen gehen, sondern daß es auch des übrigen Bereiches bedarf, dann müssen wir in diesem Bereich noch mehr investieren und wir haben diese entsprechenden Programme vorgelegt und wir wollen in einem 5-Jahres-Programm in der Regierung diese Investitionen vornehmen, um den Anschluß an die Zukunft in diesem Bereich zu gewinnen. Der Ausbau und die Erweiterung sowie die Modernisierung der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen des Landes ist daher ein Gebot dieser Legislaturperiode. Und wir glauben, daß wir gerade für die Nebenerwerbslandwirte an der landwirtschaftlichen Fachschule Hohenems und die intensive Nutzung dieser Fachschule als bäuerlichen Bildungsschwerpunkt auch eine Chance eröffnet haben, um Zukunftsaufgaben eines Berufsstandes wahrzunehmen, der um die Existenz ringt und der gerade auch in Zukunft nicht leichten Aufgaben zugeht, wo die Bildung einen ganz großen Auftrag hat, hier flankierende Hilfestellung zu bieten. Der Ausbau der verschiedenen Bildungsschwerpunkte auf allen Ebenen ist auch eine Notwendigkeit, die uns herausfordert, neben den Aufgaben des Landes die Schwerpunktaufgaben immer wieder auch bildungspolitisch auf Bundesebene in den Mittelpunkt zu stellen und so habe ich als amtsführender Präsident des Landesschulrates immer wieder darauf hingearbeitet, daß es zu einer Entrümpelung der Lehrpläne kommen muß in den verschiedensten Schultypen und wir müssen mit allen Kräften auch von unserer Seite dafür sorgen, daß nicht additiv immer nur neues Bildungsgut dazukommt, sondern daß wir auch den Mut finden, hier in der Bildungspolitik gemeinsam auch zu Abstrichen zu kommen und damit meine ich nicht Abstriche in der Qualität sondern mehr in der Quantität. Hier kommt es natürlich sehr stark auf die Pädagogen, auf die Fachleute an, hier das Maß zu setzen, aber wir sind an den Grenzen dessen angelangt, was die Schule noch alles leisten und erfüllen soll. Ich möchte auch einmal von der Überforderung in dem

Sinne sprechen, daß wir selber als Politiker manche Kolleginnen und Kollegen gar schnell das Wort ergreifen, wenn irgendein gesellschaftliches Problem vorhanden ist, die Schule aufzufordern, hier Lösungen zu treffen. Ich denke an die Unterrichtsprinzipien, ich denke daran, daß z.B. Umwelterziehung, politische Bildung, Landesverteidigung, Gesundheitserziehung, Medienerziehung, Sexualerziehung, Sprecherziehung, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung, musische Erziehung, Leseerziehung usw. alles Unterrichtsprinzipien sind, die alle bewältigt werden müssen und je nachdem, wie die Gesellschaft ein Thema aktuell aufgreift, hat sie dann das Bedürfnis auch zu fordern, daß das allein und unbedingt und rasch umgesetzt werden soll. Und dazu möchte ich flankierend um etwas bitten: Werben wir dafür, daß auch die Eltern wieder erkennen, daß sie eine ganz wichtige Erziehungsfunktion haben, daß sie die primären Erzieher sind und daß die Schule mit all ihren Aufgaben des Staates nur eine zweitrangige Position einnehmen kann und versuchen kann, Partner zu sein den Hauptverantwortlichen, den Eltern in unserem Lande und dafür, für diese Unterstützung möchte ich ihnen heute schon herzlich danken. (Applaus)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Krätzler-Berger.

Krätzler-Berger: Herr Präsident, Hoher Landtag! Herr Landesstatthalter, ich halte Ihre Ausführungen zum Thema »Förderung ausländischer Kinder in diesem Land« für sehr wichtig und die Ansätze, die gemacht werden der schulischen Förderung der Kinder unserer Arbeitsimmigrantinnen und Arbeitsimmigranten, sind wirklich sehr gut und sind schon ein Schritt zu einer sogenannten »Gastarbeiterpolitik«, die Integration fördern soll.

Nur denke ich, daß nicht nur die schulische Förderung stattfinden sollte, sondern schon viel früher im Kindergarten diese Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, gefördert werden sollten. Es ist allgemein bekannt, daß in spielerischer Form eine Sprache viel leichter erlernt werden kann. Ich denke, daß im Kindergartenbudget für die entsprechende Ausbildung der Kindergärtnerinnen gesorgt werden sollte, daß aber auch notwendig ist, die Kindergartengruppen zu verkleinern. Das hieße mehr Personal in den Kindergärten, hieße aber auch räumliche Ausbauten. Ich hoffe, daß irgendwann einmal - wenn es geht ziemlich bald - Konzepte in diese Richtung gemacht werden.

Um auf das zurückzukommen, was an obskuren Meldungen der freiheitlichen Fraktion vor der Pause stattgefunden hat: Ich denke, das Problem der Drogenkriminalität ist sicher nicht zu lösen, indem man einem Jugendzentrum, ganz konkret dem Jugendzentrum »Konkret« in Hohenems, die Landesförderungen streicht. Wenn das so einfach wäre, bräuchten wir keine Wissenschaftler, die sich mit der Problematik befassen, bräuchten wir keinen Arbeitskreis der Landesregierung, der sich mit dieser Problematik befaßt. Es ist wirklich ein Humbug zu sagen, das Problem der Heroinsucht würde gelöst, indem man schlicht und einfach ein paar 100.000 (Zwischenruf Stadler: Das habe ich nicht gesagt, ich sagte nicht, das wird

damit gefordert!) streicht - das wird auch damit nicht gefördert, das wird verlagert von einem Standort zum anderen. Es braucht da grundsätzliche Lösungen. Es braucht nicht die Lösung, wie das z.B. von Vertretern der »Stahlhelm-Fraktion« immer wieder gefordert wird, daß die Drogenabhängigen, die Drogenkranken bekämpft werden sollen, (Zwischenruf Dipl. Ing. Batlogg: Net so militärisch!) sondern daß die Krankheit bekämpft werden muß und die Ursachen dieser Krankheit. (Zwischenruf Stadler: Wen meinen'S mit »Stahlhelm-Fraktion? - Zwischenruf Dr. Keckeis: Den Lichal!) Und ich denke, daß es notwendig wäre auch für die Mehrheitsfraktion in diesem Hause, sich Anleihen zu holen bei der Schweizer CVP, die dieses Problem schon in fortschrittlicher Art und Weise angegangen hat. Vielleicht wäre einmal eine Exkursion dieses Landtags nach St. Gallen oder nach Zürich möglich, wo wir uns einmal anschauen, wie die Schweiz und auch die Volkspartei die Problematik angeht. Und dann halte ich es für ein Manko, daß im Arbeitskreis »Drogen« die eine Richtung im Lande der Drogenberatung, die auf eine gewisse Legalisierung der Drogen hinarbeitet, nicht vertreten ist. Fehlinformationen, wie sie der Abgeordnete da hinten hat, würden damit ausgeschaltet, wenn ein umfangreiches Spektrum aller mit der Problematik Befassten in diesem Arbeitskreis gegeben wäre. (Zwischenruf Greber: Da sind die Experten mit dabei!)

Präsident: Als nächstem erteile ich das Wort dem Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete da hinten hat vorhin das Problem des Jugendhauses »Konkret« angesprochen, und genau dieses Problem des Jugendhauses »Konkret« ist vor vielen Monaten in der Stadtvertretung von Hohenems gelöst worden. Ich persönlich glaube nicht, daß es die Aufgabe des Landtages ist, wie eine wiederkäuende Kuh bereits gelöste Probleme aus den Stadtvertretungen wieder hier ans Tageslicht zu bringen, um sie noch einmal zu zerkauen und zu verdauen. (Zwischenrufe Dr. Lins: Besonders nicht aus Hohenems! - Stadler: Das Problem ist eben nicht gelöst!) Der Herr Abgeordnete Stadler glaubt, mit dem Drogenproblem bei diesem Jugendhaus einen Landtagshit gefunden zu haben und fordert so nach dem unausgesprochenen Motto »Des hetts unterm Hitler nicht gegeben« harte Maßnahmen und ein finanzielles Aushungern dieses Jugendhauses. Meine Damen und Herren, auch mir hat der (Zwischenruf Stadler: Als Landesparteiobmann ist das ein bißl primitiv!) - aber zutreffend, nicht? Primitive Formulierungen sind gelegentlich für FPÖ-Angehörige zutreffend. Meine Damen und Herren, der Besucherkreis bei diesem Jugendhaus »Konkret« (Zwischenruf Grabher: Das ist ein bißchen primitiv.) - Bitte, könnten Sie Ihr Regierungsmitglied ein bißchen zähmen, es stört mich. Der Besucherkreis bei diesem Jugendhaus hat auch mir ein bißchen Schwierigkeiten bereitet, der Besucherkreis des Jugendhauses ist in früheren Jahren doch weit über das jugendlichen Alter hinaus-

gegangen und es sind auch sehr oft schwere schweizerische Limousinen - ohne daß ich da etwas unterstelle - vor dem Jugendhaus gestanden. Wir hatten als Stadtvertreter immer ein wachsames Auge darauf. Ich habe deshalb schon vor vielen Monaten in der Hohenemser Stadtvertretung einen Antrag gestellt, man möge doch ein Alkoholverbot für das Jugendhaus aussprechen, damit von vornherein der Besucherkreis ein bißchen gesiebt wird, denn erfahrungsgemäß pflegen Fanta-Trinker nicht zu haschen und nicht zu spritzen und wir glaubten, daß wir dann wieder ein richtiges Jugendhaus daraus machen könnten, eben für 14-Jährige oder ein bißchen ältere. Leider hat damals die ÖVP und leider haben auch die Stadtvertreter der Freiheitlichen gegen diesen Antrag gestimmt, sodaß es nicht möglich war, ein Alkoholverbot für dieses Jugendhaus zu erreichen. (Zwischenruf Stadler: Wer hätte es kontrolliert?) Der Leiter oder der Stadtrat, natürlich, warum nicht. Leider haben Sie dagegen gestimmt, und deshalb ist das Problem tatsächlich auch ein bißchen größer geworden. Nun hat die Kollegin Kräutler-Berger recht - bei jedem Jugendhaus gibt es Drogenprobleme. Beim Jugendhaus konnte im Jugendhaus selbst kein Drogenkonsum nachgewiesen werden, wohl aber wurden im Umkreis mit Sicherheit Drogen konsumiert. Es hat sich eine Bürgerinitiative unter den Nachbarn gebildet, die aber in erster Linie dagegen aufgetreten ist, daß die Straße ständig vollkommen verparkt war und die Zufahrt zu ihren Häusern nicht mehr gegeben war und zweitens, daß der Lärmpegel bei den sicher hervorragenden Konzerten zu groß war und die Konzerte zu lange gedauert haben. Es sind auch tatsächlich, Herr Kollege Stadler, Spritzen in den Nachbargärten gefunden worden, eine davon ist von der Exekutive als Insulinspritze einer älteren, zuckerkranken Nachbarin identifiziert worden. Ich kann aber nicht ausschließen, daß auch Heroinspritzen gefunden wurden, aber ich weiß es nicht. Vor einem halben Jahr hat nun ein freiheitlicher Gemeindevertreter den Brief in die Stadtvertretung gebracht, den auch der Kollege Stadler hier heute nach Monaten wieder zitiert hat. Ich habe schon am nächsten Tag mit dem Briefschreiber Major Bliem gesprochen, denn der Bürgermeister hat uns immer erklärt, es sei ihm auch neu, er erfahre das vom Brief zum ersten Mal und der Major Bliem hat erklärt, daß er schon öfters an die Stadt geschrieben habe und sie auf das Problem aufmerksam gemacht hat. Ich persönlich habe dann in der Stadtvertretung ernsthafte Konsequenzen gefordert, die auch eingehalten werden. Erstens wurde das Jugendhaus ab diesem Zeitpunkt für einige Wochen geschlossen, um einen Neuanfang zu machen. Zweitens wurde mein Vorschlag angenommen, direkt im Jugendhaus regelmäßig Drogenaufklärung zu betreiben, um die Drogen an Ort und Stelle, dort wo sie vielleicht konsumiert werden, auch wieder zu bekämpfen. Drittens wurde die Sperrstunde mit 22.00 Uhr festgesetzt und der Betrieb nur noch sehr eingeschränkt geführt, also nur noch an wenigen Tagen. An den anderen Tagen ist das Jugendhaus durch Lerngemeinschaften für türkische Schüler besetzt, die dort Deutsch lernen. Und viertens wird bereits an der Verlegung des Jugendhauses gearbei-

tet. Es gibt ja einen ausgedehnten Briefwechsel zwischen den Jugendhausbetreiber und dem Landesrat Lins und dem Landeshauptmann. Und die Landesregierung hat offensichtlich auch mit den Stimmen der freiheitlichen Partei erkleckliche Mittel für das neue Zentrum in Aussicht gestellt. Kurzum, die Devise »Kopf ab« für alle, die mit Drogen in Kontakt kommen, halte ich für nicht zielführend. Es ist ein leichtes, Briefe der Kripo herumzuschwenken, es ist ein bißchen schwieriger, den Drogenkonsum durch Aufklärung an Ort und Stelle zurückzudrängen. Ich habe mich als Stadtvertreter für diesen zweiten, schwierigeren Weg entschieden.

Präsident: Als nächstem erteile ich das Wort dem Abg. Lampert.

Lampert: Herr Präsident, meine Frauen, meine Männer! Das Thema ist viel zu ernst, um es so hier im Raum stehen zu lassen. Ich möchte auch nicht in die Lokalprobleme von Hohenems eingreifen, aber die Äußerung des Kollegen Stadler zur Drogenproblematik im Jugendhaus »Konkret« und im Umfeld sind einfach zu ernst, um einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ich kann auch aus solchen Erfahrungen sprechen, mit solchen Vorwürfen wurde auch schon das Jugendhaus »Graf Hugo« konfrontiert und wir mußten auch uns damit auseinandersetzen. Wir nehmen also in diesem Jugendzentrum - für dieses kann ich sprechen - die Drogenproblematik sehr ernst und sind in der glücklichen Lage, daß wir seit Jahren von der Kriminalabteilung bestätigt bekommen, daß im Haus und um das Haus keine einschlägigen Hinweise sind, daß da Drogen sind. Dazu gehört fachliche Qualität der Jugendleiter, aber auch ein Glück, das muß man einfach feststellen. Mit solchen Angriffen greifen wir eine Einrichtung an, die in unserer Gesellschaft längst Berechtigung gefunden hat und in der Jugendarbeit des Landes, insbesondere in den Städten, einen wertvollen Bereich abdeckt. Ich bitte also, bei solchen Äußerungen, bevor sie hier in aller Öffentlichkeit gemacht werden, unter Beziehung der im Jugendhaus Verantwortlichen und auch mit den Frauen und Männern der Bürgerinitiativen auszudiskutieren und auch mit der Kriminalabteilung, den zuständigen Beamten, die Fakten abzuklären, nicht einfach so pauschal in den Raum zu stellen. Wir würden von falschen Voraussetzungen ausgehen, wenn wir annehmen, daß dort, wo Spritzen gefunden werden, im nächsten Haus mit Drogen gehandelt wird. Es gibt viele Plätze, wo immer wieder solche Utensilien entdeckt, sichergestellt werden. Das Jugendhaus »Graf Hugo« ist beispielsweise in der Nähe einer Diskothek und wenn dort etwas passieren würde, würde man es auch - und dagegen wehre ich mich, daß man einfach pauschal auf eine Einrichtung, die eine Aufgabe, die nicht leicht ist für unsere Gesellschaft, wahrnimmt und einfach es so in der Öffentlichkeit hinausagt. Und ich glaube, in diesem Bereich müssen wir uns alle anstrengen und nach Lösungen suchen. Die Exekutive, die Gerichte, Staatsanwälte, Fachleute sind trotz konsequenter Arbeit in keiner leichten Situation und wissen auch nicht - wenn es so leicht wär', dann hätten wir

das Problem nicht - wie es schlußendlich bewältigt werden kann. Sicher nicht mit solchen pauschalen Urteilen. Aber ich möchte gerade unsere Exekutive und unseren in diesem Land tätigen Fachleuten danken, weil doch die Situation - wir müssen auch über die Grenzen schauen, wir müssen nur nach St. Gallen schauen, nach Zürich, das sind absolut keine Entfernungen, wie dort die Situation ist. Ich glaube, es ist ein Verdienst der Exekutive und der Verantwortlichen, daß es noch ein bißchen besser ist. Aber geben wir uns mit dieser Situation nicht zufrieden. Zu einer vertrauensvollen Jugendarbeit gehört, Herr Kollege Stadler, einfach ein ehrliches Zusammenwirken und ich appelliere noch einmal an Sie, daß Sie sich auch bemühen, mit der Jugend und mit den Verantwortlichen zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen. Ich glaube, gerade im Reden-können mit der Jugend liegt die Prävention. Drogen wachsen, da sind die Fachleute davon überzeugt, wo die Basis von Vertrauen, Beziehung, Liebe und Geborgenheit fehlt. Und das bitte ich, in der Zukunft vor der Abgabe von solchen pauschalen Urteilen zu berücksichtigen. Ich glaube, das Thema ist zu ernst, daß wir es auf diese Weise hier in diesem Hause abhandeln.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Vallaster.

Vallaster: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar Klarstellungen zu den Ausführungen des Kollegen Stadler: 1. Bernhard Amann ist nicht mehr Obmann des Dachverbandes für Jugendhäuser seit Frühling 1989 (Zwischenruf Stadler: Er zeichnet hier noch mit dem Obmann!) Er ist aber nicht mehr Obmann, das ist also eine Tatsache. 2. Das Budget »Jugendhäuser« besteht aus der Budgetpost 25900? und ist dotiert mit zwei Millionen Schilling für die Jugendhäuser Bregenz, Dornbirn, Hohenems und Feldkirch sowie die Jugendtreffs Frastanz und Götzis. 3. Der Beitrag zur Errichtung von Jugendzentren 250.000,- S ist für Rankweil gedacht (Altes Kino), wobei 1990 dies als Jugendhaus oder Jugendtreff ausgebaut und umgebaut wird. Und 4. Die Leistungsentschädigung für außerschulische Jugendbetreuung in Jugendzentren 500.000,- S ist also für die Jugendbetreuung und Jugendberatung durch die Fachkräfte vom IFS, die also diese Arbeit, was Gastarbeiterjugend usw. anbelangt, übernommen haben. Herr Kollege, Tatsache ist, daß Jugendhäuser und Jugendtreffs auch in der Jugendstudie als notwendig erkannt wurden und Tatsache ist auch, daß ein Teil der Jugendlichen an den Lebensbedingungen der industriellen Gesellschaft scheitern und die Jugendhäuser sind ein Auffangbecken für bestimmte Gruppen. Eines möchte ich auch noch sagen, wenn in Hohenems offensichtlich bekannt ist, daß hier Drogenkonsum stattfindet, dann ist eigentlich unverständlich, daß die Polizei nicht eingegriffen hat. Ich glaube, den Jugendhäusern und den betroffenen Jugendlichen ist mit Ihren Aussagen sicher nicht gedient und wir brauchen diese Institutionen, wobei hier der Kampf gegen die Drogen begonnen werden kann. Vor allem haben die Jugendhäuser die Problematik der jungen Gastarbeiter, aber auch die Probleme der Drogen in Vorarlberg in gewissem Maß aufgefangen,

wobei es richtig und notwendig ist, nicht den Konsumenten zu bestrafen, sondern bei den Wurzeln und (z.B. Sinnfrage für Jugendliche) bei der Produktion und bei den Dealern die Arbeit zu beginnen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Nosko.

Nosko: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die sehr aus der Praxis gesprochenen Worte des Kollegen Pröckl animieren mich doch noch zu einigen Bemerkungen zu diesem Thema. Ich glaube, es waren einige Gedanken, die sicherlich in einem getrennten Arbeitskreis auch noch abgehandelt werden sollten, sei es in der Arbeiterkammer, ich möchte wirklich gerade zum Thema »duale Ausbildung« hier nicht im Detail darauf eingehen. Wenn man schon Jean Fourastie, den bekannten französischen Arbeits- und Sozialwissenschaftler wirklich ernst nimmt und die vergangenen 30 Jahre habe ihm eigentlich recht gegeben, so wird nur ein sehr vielfältiges Bildungssystem uns weiterhelfen, gerade in Richtung Mangel an Facharbeitern, ein Bildungssystem, das mit bahnbrechenden Ideen, wie sie in Vorarlberg wirklich vorhanden sind - ich denke nur an die Universitätslehrgänge, ich denke auch an das Technikum. Ideen, die eine Vielfältigkeit an den Tag legen, die eben der Praxis wirklich gerecht werden. Bahnbrechend sind auch Ideen wie die Schaffung von Kurzstudien, wie sie im Zusammenhang mit dem Technikum angedacht werden. Bahnbrechend deshalb, weil damit gezielt verschiedene Ausbildungszweige forciert werden können und der Zugang sowohl Facharbeitern als auch Absolventen berufs- und allgemeinbildender Schulen ermöglicht wird. Durch diese Durchlässigkeit im Bildungssystem kann dem Facharbeitermangel entgegengewirkt und gleichzeitig aber auch das duale Ausbildungssystem - und das halte ich für sehr wesentlich - erheblich gestärkt werden. Diese bildungspolitische Innovationskraft unseres Landes zeigt sich weiters im sogenannten Vorarlberg-Stipendium, dotiert im Jahre 1990 mit 1,5 Millionen, das Studien und Forschungen an wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb Österreichs ermöglicht, aber auch in der bundesweit einzigartigen Förderung unserer Berufsschulen, die nicht zuletzt die Ursache der herausragenden Stellung des Vorarlberger Lehrlingswesens darstellen. Diese Aufwertung des dualen Bildungssystems kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, betrachtet man die absolut niedrigste Stellenanzahl, die sich für diese Absolventen ergeben - kein Vergleich z.B. zu allgemeinbildenden höheren Schulen. Betrachtet man auch die Nachahmung dieses Systems im gesamten EG-Raum - ich erinnere nur an den neuesten Forschungsbericht des IBW - und betrachtet man auch alleine die Vorhersagen für das nächste Jahrtausend, wo allein innerhalb von fünf Jahren eine Nettozunahme an Facharbeitern von 7 % prognostiziert wird. Dies wird eine riesige Herausforderung für uns werden. Was mir gefällt, das ist die Vielseitigkeit in den Ausbildungsmöglichkeiten zur Spitzenfachkraft. Es ist die Durchgängigkeit für Berufstätige und Schulabgänger unterschiedlichster Schulstufen und es ist auch - was mir ganz besonders gefällt -

die Möglichkeit von Kurzstudien, um auf die ständig steigenden und wechselnden Anforderungen im Berufsleben gewappnet zu sein. Was mir aber ganz besonders gefällt, meine Damen und Herren, das ist, daß diese Landesregierung trotz aller Erfordernisse für höchstqualifizierte Berufsausbildung, der Integration des behinderten jungen Menschen in den normalen alltäglichen Arbeitsplatz durch die Unterstützung völlig neuer Modelle denselben Stellenwert beimißt. Daß sie hier völlig neue Wege beschreitet, die die Ausgrenzung dieser Mitmenschen aus dem Berufsleben und somit auch zu einem großen Teil aus dem normalen Alltag nachdrücklich verhindert. Meine Damen und Herren, es ist bemerkenswert, daß in einer Wirtschaftspolitik, die im Bundesvergleich schon traditionell für Spitzenwerte garantiert, der behinderte Mensch eine derart qualifizierte Berücksichtigung findet.

Stadler: Meine Damen und Herren! Ich bin ein bißchen verwundert darüber, daß der Kollege Häfele hier an das Rednerpult tritt und die Anliegen einer Bürgerinitiative in Hohenems so abtut, frei nach Reinhold Fendrich »Gustav ans an Gustav zwa, es war ja nur Insulin«. Mir ist von der Bürgerinitiative auch erzählt worden, daß man behauptet hat, es sei eine Insulinspritze irgendeiner alten Dame gewesen. Tatsache ist, daß nicht nur aufgrund der Spritzenfunde, sondern auch aufgrund von Zeugenaussagen - das ergibt sich eindeutig aus dem Bericht des Herrn Major Bliem - festgestellt wurde, daß im Jugendhaus »Konkret« massiv -Drogen konsumiert werden. Wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, der will nicht sehen und hat dafür wahrscheinlich gute Gründe. Ich kann nur feststellen, wir von der FPÖ haben keine Gründe, auf das »Konkret« besonders Rücksicht zu nehmen. Unsere Wähler-Klientel verkehrt ja nicht dort. (Zwischenrufe Dr. Keckeis: Das ist eine Präpotenz! - Dörfer: Ein großes Wort!) Herr Kollege Keckeis, Sie kommen mir gerade recht, wenn Sie jetzt von Präpotenz reden. Die verbalen Untergriffe, die sich vorher Ihr Parteiobmann geleistet hat, ich weiß nicht, weil ihm wahrscheinlich die Sachargumente ausgehen, diese verbalen Untergriffe, die werden Sie von mir in ähnlicher Weise nicht zu hören bekommen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Mit dieser Bestimmtheit behaupten, eine kühne Behauptung! Glocke! Präsident: Der Abg. Stadler hat das Wort!) Das war mein Anliegen an den Herrn Landesrat Sausgruber und dabei bleibe ich. Laut Auskunft des Herrn Amann bekommt das Jugendhaus »Konkret« 900.000,- S per anno von Stadt und Land. Nachdem im Gemeindebudget in Hohenems ca. 500.000,- S für das Jugendhaus »Konkret« vorgesehen sind, wird der Differenzbetrag wahrscheinlich vom Land kommen. Wenn ich dem Herrn Amann - der sich bitte immer noch als Obmann ausgibt in diesen Schriftstücken - wenn ich ihm Glauben schenken darf, sind dies ca. 400.000,- S, es sollen auch schon mehr gewesen sein. Mir geht es darum, daß das Land die Zweckwidmung dieser Gelder und die Hingabe dieser Gelder davon abhängig macht, daß das Jugendhaus ordentlich geführt wird und um nichts mehr geht es mir, so wie in Feldkirch. Ich habe ja auch erwähnt, daß es in Feldkirch klappt. Daß nicht eine Rübe-ab-Politik

gemacht wird, wie hier vom Herrn Obmann oder Vorsitzenden der SPÖ behauptet wurde, sondern ganz einfach, daß das Land als Geldgeber - und ohne Geld spielt sich natürlich dort auch kein Konzert und keine Musik - auf die Führung des Jugendhauses einwirkt und die Dotation davon abhängig macht, daß das nicht zu einem Drogenzentrum im Land wird. Und daß es das ist derzeit, das ergeben ja die Berichte der Kriminalabteilung und das gibt ja auch der Herr Bürgermeister zu. Ich habe die Briefe ja vorgelesen, ich brauche sie nicht noch einmal zitieren. Also soll man nicht so tun, als ob das von mir nur erfunden sei, und es ist nur eine Insulinspritze gewesen und es ist im Grunde eh alles in Ordnung und paletti. So ist es eben nicht. Mein Anliegen an den Herrn Landesrat war klar formuliert und dabei bleibe ich auch.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst freut es mich, daß die Jugendförderung im Lande nach den Wortmeldungen aller Fraktionen im wesentlichen außer Streit steht, das war nicht immer so. Zu dem, was der Kollege Stadler hier an Kritik und Anregung geäußert hat, würde ich meinen, die Sorge hat ihre Berechtigung insofern, als es beim Jugendhaus »Konkret« tatsächlich Probleme gegeben hat, die uns bekannt wurden, als die Förderung bereits ausbezahlt war. Wir haben unmittelbar darauf von seiten des Referates - ich war damals noch nicht zuständiger Referent - eine Untersuchung der Angelegenheit in die Wege geleitet und mußten und konnten feststellen, daß sowohl der Trägerverein als auch die Stadt Hohenems die Problematik durchaus ernst nimmt. Es wurden Gespräche geführt mit der Bürgerinitiative, der es ja nicht nur um das Drogenproblem, sondern auch um andere Probleme der Lärmbelastung, Parkplatzprobleme und andere Dinge gegangen ist, aber auch verständlicherweise um diese Frage eines Verdachtes des Konsums von Drogen und des Drogenhandels in der Umgebung vor allem dieses Jugendzentrums. Die Besprechungen mit dem Landesgendarmeriekommando, auch mit der Drogenberatungsstelle »Treff« und die Bemühungen der Stadt Hohenems und des Trägervereins haben zu einer Besserung der Situation geführt. Jedenfalls ist das der Stand der Information für mich derzeit. Die Suchtgiftabteilung bestätigt, daß sich die Situation gebessert hat. Ich werde Ihre Äußerungen zum Anlaß nehmen, neuerlich eine Prüfung der Situation durchzuführen. Es kann keine Frage darüber geben, daß wir Jugendhäuser dann und nur dann fördern, wenn die Träger und die mitverantwortliche Stadt sich bemühen, die Gesetze einzuhalten. Ich muß aber nach dem Stand der Information, den ich heute habe, bestätigen und annehmen, daß die Stadt Hohenems und der Trägerverein sich sehr wohl intensiv bemühen, im Sinne Ihrer Anregungen die Situation im Griff zu halten. Und solange dieser Eindruck vorherrscht, wird auch das Land die Förderung aufrecht erhalten. Zu dem Wort, das Sie gesagt haben, Ihre Klientel verkehrt dort nicht, habe ich ein bißchen den Ein-

druck, daß Sie, weil Sie noch sehr jung sind und keine Kinder haben, das in diesem Ton des Selbstbewußtseins vielleicht sagen. (Zwischenruf Stadler: FPÖ-Wähler werden Sie dort wenig finden!) Ich würde mich als Vater von halbwüchsigen Kindern diese Aussage (Zwischenruf Dr. Keckeis: Des müßend mir amol kontrollieren!) etwas vorsichtiger in der Öffentlichkeit äußern. Aber, Herr Abgeordneter, Sie können versichert sein, daß wird die Sorgen, die Sie formulieren, von Anrainern durchaus ernst nehmen und größten Wert darauf legen, daß die Verantwortlichen der Jugendhäuser nicht nur die Gesetze einhalten, sondern versuchen, Probleme, die natürlich - natürlich! - auch bei Jugendhäusern auftreten können rund um den Drogenkonsum, im Rahmen des Möglichen im Griff zu behalten. Die Stadt Hohenems und der Trägerverein bemühen sich darum.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesstatthalter.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Kräutler-Berger hat auf das Kindergartenwesen und die Probleme, die damit zusammenhängen, insbesondere im Hinblick auf die Gastarbeiterkinder, gezeigt, mit Recht. Ich möchte versichern, daß wir die Problematik mit Sorge verfolgen, daß wir ca. 15 % Gastarbeiterkinder im Lande haben und davon nur ungefähr 7% den Kindergarten besuchen. Unser großes Anliegen ist es, möglichst alle Kinder aus Gastarbeiterkinderfamilien in die Kindergärten zu bringen, nicht zu zwingen. Natürlich sind die Mütter oder die Väter dazu zu ermuntern, die Kinder hinzubringen, weil es später einfacher wäre, sie dem Unterricht zuzuführen, weil die Kinder dann leichter mitkämen, also für die Kinder primär zu sehen und nicht nur für die Lehrer, für die es natürlich auch ein Nebeneffekt wäre. Es sind einige Gründe, die mich in der Frage etwas mutlos gemacht haben. Eine Entwicklung, die ich nie so eingeschätzt habe, ist eingetreten. Nachdem viele dieser Eltern in Gegenschicht arbeiten, bringen sie die Kinder in einem frühen Alter, also als Kleinkinder, in die Heimat zurück und die Kinder kommen erst relativ spät wieder zu uns im schulpflichtigen Alter. Das ist einmal ein Problem. Ein zweites Problem, das wir in der letzten Zeit festgestellt haben, ist überhaupt die Frage, daß sie nach Kostenerfordernissen die Dinge beurteilen und eben nicht glauben, daß es optimal ist, wenn diese in dem Alter hier sind. Wir versuchen hier durch Öffentlichkeitsarbeit auf sie einzuwirken. Wir glauben, daß es richtig wäre, daß diese Kinder, wenn sie schon hier sind, auch dem Kindergarten zugeführt werden sollten und auch in die Schule gebracht werden sollten. Wir versuchen also hier über die Gesellschaften und durch Öffentlichkeitsarbeit auf das Problem aufmerksam zu machen. Besonders wichtig erscheint mir, daß die Kindergärten in Fortbildung in einem Programm zusammengefaßt einen Schwerpunkt »Gastarbeiterkinder« bilden, das wird mit dem Pädagogischen Institut versucht. Wir versuchen auch speziell Gastarbeiterkinderförderung zu betreiben, wir haben einige wenige Schwerpunkte setzen können, wo wir speziell in der mütter-

sprachlichen Förderung ihnen Hilfestellungen bieten. Wichtig erscheint uns aber überhaupt, daß sie sich zurecht finden in unserer Gesellschaft. Die Muttersprache selber lernen sie eigentlich relativ einfach und leicht nebenbei, sie wachsen zweisprachig auf und das müssen wir mit allen Mitteln versuchen zu fördern und zu unterstützen.

Zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Pröckl noch eine wichtige Feststellung meines Erachtens - daß wir uns deshalb für überbetriebliche Lehrwerkstätten nicht einsetzen, weil wir feststellen, daß an und für sich die Lehrlinge bei uns im dualen Ausbildungssystem in den Lehrwerkstätten ihrer Lehrbetriebe flankierend mit Unterricht in den Berufsschulen eine hervorragende Ausbildung genießen, daß wir richtigerweise die Lücke erkannt haben, daß nicht alle Betriebe gleich ausbilden können, daß wir aber daher den hohen Standard in den Berufsschulen sichergestellt haben, daß wir dort auch ausgleichend mit einem Maschinenpark und mit numerisch gesteuerten Maschinen, mit Computern usw. arbeiten können und daß wir unter diesen Aspekten manches wettmachen können. Wobei wir nicht den Eindruck erwecken möchten, daß nur der hochindustrialisierte Lehrbetrieb mit möglichst 100 Lehrlingen der ideale Lehrbetrieb ist. Ein guter Meister, meine Damen und Herren - ich glaube, das ist völlig klar, der ein bis zwei oder drei Lehrlinge hat und sich denen liebevoll widmet, kann manchmal mehr erreichen wie die bestens und strafest organisierte Lehrlingswerkstätte mit hochtechnisierten Meistern. Also ich glaube, daß wir das so sehen müssen, daß wir versuchen müssen, punktuell diesen Ausgleich herbeizuführen.

Noch eine Bemerkung zum Thema »Drogen«: Wir haben vergangene Woche einen Drogengipfel gehabt, wo wir alle einschlägigen Kreise herbeigehten haben, um dieses Thema einmal ernsthaft zu erörtern, damit nicht über die Medien Vorwürfe gemacht werden von einem zum anderen, daß zu wenig gemacht wurde bzw. daß man überhaupt einmal informierte, was gemacht wird. Und es war Gott sei Dank doch so, daß man die einzelnen Institutionen überzeugen konnte, daß sie sich redlich bemühen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es ist ein Themenkreis, meine Damen und Herren, wo wir einbekennen müssen, er ist nicht lösbar in dem Sinne, daß wir sagen können, das machen wir nun so und es ist lösbar. Wir können nur das Problem minimieren, wir können nur versuchen, dieses Problem von Grund auf zu bearbeiten und wir müssen Verständnis haben. Nur etwas muß ich ganz deutlich bemerken, daß wir von der Situation des Jugendschutzes und von der Bekämpfung her natürlich schon ein Anliegen haben, nicht zu glauben, daß man von einem Extrem ins andere fällt. Die einen reden das Wort dem Thema, daß man durch einen starken Zugriff polizeilicher Art das Problem lösen könnte, die anderen reden sogar von Drogenfreigabe. Ich habe selber in Holland mit Polizei und Pädagogen usw. in einer Exkursion in den Städten Amsterdam, Rotterdam und Den Haag eine Woche hindurch mit den einschlägig dort Tätigen im polizeilichen Bereich, im Verwaltungsbereich, aber insbesondere in der Prophylaxe und in der Sozialarbeit Tätigen gesprochen

und mußte feststellen, daß mich etwas unwahrscheinlich betroffen gemacht hat, nämlich daß die dort, nachdem sie die Drogenfreigabe erörterten und realisierten, Methadonprogramme verwirklichten, daß sich in die niederländische Sprache ein Wort in der Verwaltung sich eingeschlichen hat, das mich irgendwo furchtbar gestört hat, daß junge Menschen abgespritzt werden. Der Begriff »abgespritzt« ist dort ein Terminus technicus und das muß ich schon ganz deutlich sagen, das freizugeben, damit ein gewisser Prozentsatz, der gefährdet ist, abgespritzt wird oder sich selber abspritzt, das glaube ich, dürfen wir nicht akzeptieren. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Eine menschenverachtende Sprache!) Also müssen wir mit allen Mitteln versuchen, das zu verhindern. Und wenn Sie, Frau Kräutler-Berger - bitte nehmen Sie das nicht allzu formal - die Schweizerische Volkspartei, die eine ehrenwerte Partei ist, hier in den Raum gestellt haben, so vergleichen Sie uns lieber mit der Christlichen Volkspartei, das ist unsere Schwesterpartei, um es nur klarzustellen. Die Schweizer Volkspartei ist aber auch eine ehrenwerte Partei wie alle Schweizer Parteien. Wenn immer wieder zitiert wird, die Berner Regierung wird von den Medien oft sehr schlampig zitiert. Die Berner Regierung, meine Damen und Herren, ist die Kantonsregierung des Kantons Bern und die besteht aus radikalen Sozialisten und Grün-Alternativen und aus sonst niemandem. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Was in der Schweiz radikal ist. ... Zwischenrufe) Dort ist niemand anderer drin in der Kantonsregierung Bern, also es wird auch liebevoll über die APA und über andere Medien, die heute leider um die Zeit nicht mehr da sind, immer wieder gerne die Berner Regierung zitiert. Die Berner Regierung ist also nicht die eidgenössische Bundesregierung, sondern es handelt sich hier um die Kantonsregierung des Kantons Bern, die auch mit ehrenwerten Herrschaften wahrscheinlich zusammengesetzt ist, (Heiterkeit) aber diese ehrenwerten Herrschaften verlangen jedenfalls Dinge, denen wir nicht die Zustimmung geben könnten. Also bitte, die Freigabe als Lösung doch hier irgendwo in den Mittelpunkt zu stellen, wäre meiner Meinung nach falsch, ich habe es auch nicht herausgehört. Ich wollte nur davor warnen und ich glaube, der Zusammenarbeit aller bedarf es, kein Ausgrenzen irgendeiner Gruppierung, sondern wir müssen versuchen, dieses politische Schwerpunktthema ersten Ranges und das ist das Suchtgift für die freien europäischen Staaten - mit offenen Grenzen ist das Problem noch schwieriger und wird auch in Europa noch schwieriger werden - daß wir alles unternehmen, um durch Aufklärung und durch Prophylaxe zu erreichen, daß dieses Problem bekämpft wird. Aber es gehört beides dazu: Es gehört die soziale Prophylaxe dazu, die Gesundheitsvorsorge und -begleitung, es gehört aber auch eine exakte und harte Bekämpfung - wie Sie richtig alle bemerken - nicht jener, die krank sind, aber eine harte Bekämpfung der Dealer, eine harte Bekämpfung insbesondere der Kleinkriminalität und es beginnt auch bei uns im Lande, meine Damen und Herren, bereits im Begleitbereich der Kleinkriminalität - Dinge, die kaum beobachtet werden, wo bereits in Gasthäusern usw. begonnen wird und wo manche ehren-

werte Mitbürger die Augen verschließen oder nur ein Augenzwinkern dafür übrig haben. Da bitte ich dazuschauen und bitte ich auch in der Öffentlichkeit, nicht nur den großen Verbrecher zu sehen, sondern es beginnt dort, wo viele Kleine ein Riesenverbrechen begehen an unseren Kindern. Wir müssen uns klar sein, das könnten unsere Kinder sein oder sie sind es vielleicht sogar.

Präsident: Zur Diskussion steht das Thema »Sport«. Wem darf ich das Wort erteilen? Abg. Stemer.

Mag. Stemer: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte einige Worte zur Gruppe 26 - Sport und außerschulische Leibeserziehung - sagen, kann mir aber doch, nachdem es meine erste Wortmeldung hier im Hohen Hause ist, nicht verkneifen, meiner Enttäuschung irgendwo doch in einigen Worten Ausdruck zu geben, wie in manchen Debattenbeiträgen polemisiert wird, wie Themen hier im Hohen Hause besprochen werden, die nicht hierher gehören. Mir ist es in zwei Sitzungen schon so ergangen. Es ist mir einfach ein Bedürfnis, das hier einmal loszubringen. Es waren heute drei oder vier Themen, über die polemisiert und über die auch zynische Bemerkungen gefallen sind, die nicht nur nicht hierher gehören meiner Auffassung nach, sondern die auch dazu beitragen, daß das Mißverständnis der wahren und echten Politik gegenüber in der Bevölkerung und auch die Politikverdrossenheit, wenn wir so weitermachen, ganz sicher nicht kleiner wird, als wir sie bisher schon registrieren mußten. Nun aber zum eigentlichen Thema: Ich glaube, daß dieser kurze Beitrag zu Sport und außerschulischer Leibeserziehung sehr wohl zu den vorhergehenden Debattenbeiträgen paßt, weil ich der Auffassung bin, daß der Sport und die außerschulische Leibeserziehung ein sehr sehr wichtiger - nicht der einzige - aber ein sehr sehr wichtiger Beitrag sein kann und auch ist, um die Probleme der Jugend, das sinnvolle Freizeitangebot, aber auch die Drogenproblematik und den Alkoholkonsum - alle Themen sind heute schon angerissen worden - positiv beeinflussen können, weil es sich hier um einen Teilbereich handelt, der wohl einer der sinnvollsten Freizeitaktivitäten darstellt. Ich nehme deshalb sehr gerne zur Kenntnis, daß im Budget 1990, das wir heute diskutieren, die Ausgaben für den Sport und die außerschulische Leibeserziehung wieder eine Erhöhung erfahren haben und immerhin insgesamt mit über 30 Millionen Schilling im Budget enthalten sind, wobei hier angefügt werden muß, daß sämtliche Ausgaben für den Schulsport, der wohl die Basis für den Freizeitsport und auch den Spitzensport und Breitensport darstellt, hier in dieser Gruppe 26 ja nicht berücksichtigt sind. Es ist ein sehr wichtiger Beitrag, die Freizeit, deren Umfang ja ständig größer wird, sinnvoll zu gestalten, nicht nur für Jugendliche, die sonst eben mit diesen Problemen mehr konfrontiert werden, als wenn sie sich dieser sinnvollen Aktivität verschreiben, sondern auch für Erwachsene, die ja auch mit einem immer größeren Freizeitumfang konfrontiert sind. Der Schulsport hat meiner Meinung nach in den letzten Jahren nicht nur mit der persönlichen Ausbildung und Fortbildung der betroffenen Lehr-

personen eine sehr positive Entwicklung gemacht sondern auch damit, daß wir heute mit wenigen Ausnahmen Schulsportanlagen vorfinden können, die uns nicht nur helfen, die Motivation für diese sinnvollen Aktivitäten zu fördern, sondern Eignungen und Neigungen zu erkennen und dementsprechend auch sinnvoll fördern zu können. Ein Bereich ist, wie gesagt, der Sport und die außerschulische Leibeserziehung. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, nicht nur für sportliche Talente optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch nicht nur so, wie es vielleicht in der Vergangenheit oft der Fall war, Leistung, Erfolge und Plazierungen in den Vordergrund zu stellen, sondern insbesondere auch die medizinische, die psychologische Betreuung und ganz besonders auch die methodische und didaktische Vorbereitung jener Leute, die mit dem Schulsport, Breitensport und Spitzensport an führender Stelle zu tun haben. Hier meine ich Trainer, Lehrwarte, Übungsleiter und Kursleiter, in diesen Angelegenheiten zu fördern und zu unterstützen. Immerhin ist ein Betrag von über 3 Millionen Schilling nur für die Beiträge an Übungsleiter, Lehrwarte und Trainer im Voranschlag 1990 enthalten. Sportmedizinische Untersuchungen sind sehr sehr wichtig, genauso die psychologische Betreuung, aber auch die methodische und didaktische Aufbereitung und das menschliche Element, das hier im Spitzensport - das weiß man seit einigen Jahren - immer mehr in den Vordergrund rücken muß. Der Ansatz der Gruppe 26 hat insgesamt mit über 30 Millionen Schilling eine Steigerung um etwa 5 % erfahren und das ist wohl eine Bestätigung dafür, daß man nicht nur den Sport, sondern auch die außerschulische Leibeserziehung für Jugend und Erwachsene bei uns im Lande sehr sehr ernst nimmt. Ich darf aber meinen Beitrag noch ergänzen mit einer Schlußbemerkung: Ich möchte hier aus Montafoner Sicht einmal den Verantwortlichen in der Vorarlberger Landesregierung ein herzliches Dankeschön sagen für die Unterstützung, die Sie uns im Montafon für die Errichtung des Schulschulheimes in Tschagguns angedeihen ließen. Es ist dies ein entscheidender Beitrag für die Verbesserung der Trainings- und Ausbildungs-, ja auch der Unterkunftsmöglichkeiten nicht nur für die Schihauptschule selbst, sondern für die Schulschikurse oder künftige Wintersportwochen, für die Schüler der Pflicht- und allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen, sondern es ist in erster Linie ein ganz ganz wichtiger Beitrag für die Förderung der Schihauptschule im Montafon, deren Erfolge durch unzählige hervorragende Plazierungen in nationalen und internationalen Bewerben, ich glaube, am besten dokumentiert wurden wohl durch die beiden noch nicht lange zurückliegenden Olympiasiege von Anita Wachter und Hubert Strolz, ein Beitrag, für den wir sehr sehr dankbar sind und der die international anerkannte Arbeit dieser Schihauptschule Montafon wohl am besten dokumentiert.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Strohmaier.

Strohmaier: Herr Präsident, meine Damen und Her-

ren! Ich kann mich eigentlich nur dem Vorredner kurz anschließen. Ich stehe heute auch das erste Mal hier und möchte deswegen auch, weil wir in der Gruppe 0 doch einiges besprochen haben, was ja nicht so zum Politiker eigentlich gehört oder paßt, die Glaubwürdigkeit der Politiker ganz kurz ansprechen. Ein Grund ist es sicher, daß die Glaubwürdigkeit der Politiker so stark in Verruf gekommen ist, daß man den Politiker nicht mehr versteht und zwar in doppelter Hinsicht: In seiner Aussage und in seinem Sinn, was er damit meint, was er oft sagt. Es ist nicht mehr zu verstehen, was er sagt. In einer deutschen Studie hat man festgestellt, daß zwei Drittel der Politinteressierten die Sprache der Politiker nicht mehr versteht. Ich würde Sie bitten, wenn Sie das Risiko eingehen können, daß man Sie versteht, in Zukunft verständlich zu sprechen. Schade, daß der Herr Kollege Keckeis nicht mehr hier ist, der uns ja immer mit einer Menge von Kosenamen bedenkt und sie uns zuführt, mit den »Chorknaben« und mit den »Schoßhündchen«. Ich möchte schon sagen, lieber bin ich ein Chorknabe mit dem Biß eines sechsköpfigen Schoßhundes, als wie ein Chor, der permanent im Stimmbruch ist. Aber nun zum Budgetansatz, zum Sport: Die 30 Millionen, die für den Sport zur Verfügung gestellt sind, finde ich nicht nur gut sondern sehr gut angelegt. Das Problem mit unserer Jugend davor hat ja gezeigt, wie ich meine, daß vernünftige Förderung im Sport die Jugend von der Straße holt und damit eine ganze Menge Jugendprobleme von vornherein löst, der Breitensport auch als funktionierende Grundlage des Vereinslebens unentbehrlich und manchmal noch unterschätzt und der Leistungssport als Vorbildfunktion. Hier wäre natürlich die Wirtschaft noch viel viel stärker gefordert. Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen, wenn es heute darum geht, unsere Spitzensportler zu Sponsorenverträgen zu verhelfen - fast nicht möglich - wohl aber ist jedes Land und auch fast jeder Politiker sehr froh, wenn er sich eben mit den Erfolgen von unseren Sportlern schmücken kann und leider wird auch noch die Werbung durch den Sport als solches verkannt. Zur Förderung des Profisports als solchem habe ich jetzt eine etwas kritischere Meinung, doch muß man einerseits dem Sportbesucher wohl daselbe zugestehen, was man auch einem Theaterbesucher zugesteht, nämlich eine subventionierte Eintrittskarte zu einer Veranstaltung zu erlangen nach seinem Geschmack. Nur wird man in Zukunft solche Förderungen auch an gewisse Bedingungen knüpfen müssen. Vereine, deren Budgetrahmen eine Größenordnung von 10 Millionen oder in dieser Art übersteigt, werden heute nicht mehr ehrenamtlich geführt werden können. Wohl aber sollte man sich überlegen bei der Förderung, ob man nicht dazu übergeht, diesen Vereinen einen Sockelbetrag zuzugestehen, damit auch die vorbudgetieren können und zwar mit festen Werten und nicht eben dann, wenn der Karren verfahren ist, daß man dann kämpfen muß darum, daß man ihn wieder rauskriegt. In der Zukunft sehe ich die Sicherstellung der Gesamtförderung des Sports eher in der Gründung eines Sportpools in dem Land, in den auch die Wirtschaft ihren Teil dazu einbringt. Grundsätzlich möchte ich für unsere Fraktion aber feststellen, daß wir

ein klares Bekenntnis zum Spitzensport bzw. Leistungssport abgeben.

Präsident: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Kapitel 2 vor. Wir kommen zur Gruppe 3. Ich möchte vielleicht noch bekanntgeben, daß ich die Absicht habe, heute noch die Gruppen 3 und 4 abzuschließen. Gruppe 3 - Bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus - ist gekennzeichnet durch die Aufwendungen für Musikschulen, Konservatorium, Festspiele und Denkmäler. Einnahmen in der Höhe von 3.375.000,- S stehen Ausgaben von 150.725.000,- S gegenüber, wobei zur Errichtung einer Landesgalerie 2,5 Millionen Schilling als neue Ausgabenhaushaltsstelle in Ansatz gebracht wurden. Die für 1991 geplante Landesausstellung im Gräflichen Palast zu Hohenems erfordert unter der Budgetpost »Denkmalpflege« beträchtliche Ausgaben. Die SPÖ-Fraktion stellte im Finanzausschuß den Antrag, die Landesbeiträge für Musikschulen der Gemeinden von 31 Millionen um 15 Millionen auf 46 Millionen zu erhöhen, damit die Musikschulentschädigung durch das Land an die Gemeinden von derzeit 30 auf 50 % angehoben werden könnte. Dieser Antrag zur Haushaltsstelle 320005 7305015 fand im Ausschuß keine Zustimmung. Soweit der Bericht zur Gruppe 3. Ich bitte den Präsidenten um Einleitung der Diskussion.

Präsident: Das Wort hat die Frau Vizepräsident Gehren.

Gehren Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Über Kulturarbeit sagte Kultur-Landesrat Lins bei seiner Amtsübernahme: »Kulturpolitik kann, muß aber nicht in Beifall ausarten.« Wer dieses Kulturbudget genau liest, der sieht darin die Handschrift des Kultur-Landesrates. Es gibt große Bereitschaft, Kunst und Kultur in allen Bereichen und Landesteilen offen und großzügig zu fördern, die Bewahrung unseres Kulturgutes fortzuführen und es gibt Zielstrebigkeit bei der Verwirklichung größerer Projekte. Ich möchte nun schlagwortartig einige dieser größeren Projekte anführen. Ein größeres Projekt ist ganz sicher unsere neue Landesgalerie, der Architektenwettbewerb läuft bereits. Es gab sehr großes Interesse und sehr viele Wettbewerbsteilnehmer. Im Jänner 1990 soll die Juryentscheidung fallen. Nach der anschließenden Planungsphase wird mit einer Bauzeit von etwa zwei Jahren gerechnet. Sie wissen es ja alle, es sollen etwa 18.000 m³ überbaut werden und die Kosten werden sich etwa auf 80 Millionen Schilling belaufen. Das wissenschaftlich-künstlerische Konzept für die Landesgalerie sagt folgendes aus: Es soll eine Darstellung der bildenden Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts bis herauf zur Gegenwartskunst werden, dabei soll natürlich der aktuellen bildenden Kunst in unserem Land besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Neben einer ständigen Sammlung soll es

eine Ausstellungshalle für wechselnde Ausstellungen sowie entsprechende Begleiträume geben. Natürlich ergibt sich aus dieser Konzeption, daß vom Land gezielt Ankäufe von wichtigen Werken getätigt werden müssen. Und da zeigen sich natürlich auch die Vorzüge der derzeitigen Ressortkombination. Der Kultur-Landesrat Lins kann es nämlich dem Finanz-Landesrat Lins viel leichter verständlich machen, wie wichtig es ist, dieses oder jenes Kunstwerk zu kaufen, das gerade zu haben ist. So konnten auch im laufenden Jahr schon verschiedene wichtige Ankäufe getätigt werden, zum Beispiel 20 Zeichnungen von Rudolf Wacker, zwei Angelika-Kaufmann-Übermalungen von Arnulf Rainer, von verschiedenen aktuellen Vorarlberger Malern Werke und - was auch sehr erfreulich ist - der Ankauf eines Ölgemäldes, nämlich eines Portraits von Rudolf Wacker. Natürlich werden auch im nächsten Jahr größere Ankäufe notwendig sein, damit das wissenschaftlich-künstlerische Konzept, verfaßt von Dr. Christoph Bertsch, erfüllt werden kann. Zur Landesgalerie habe ich nun noch eine ganz persönliche Bitte oder Anmerkung: Wie mir bekannt wurde, sind derzeit 12 Abstellplätze bei dieser Landesgalerie vorgesehen. Mir erscheint das sehr wenig. Die Stadt Bregenz verliert durch den Neubau der Landesgalerie (Zwischenruf: Des ischt für die, die Ankäufe antransportieren...) SO Abstellplätze, wenn auch nicht mit allzu vielen Besuchern täglich gerechnet wird, daß viel mehr Abstellplätze gerechtfertigt wären, so würde ich meinen, daß es doch gut wäre, wenn man schon pilotieren muß und wenn man schon neu baut, noch einen Stock in die Tiefe zu gehen und Tiefgaragen vorzusehen eventuell in Zusammenarbeit mit den umliegenden Geschäften (Zwischenruf Dr. Häfele: Warum wiederum Zugeständnisse an das Auto?) oder in Zusammenarbeit mit der BH. Ich halte das eigentlich schon für wichtig! (Zwischenruf Dr. Keckeis: Mit dem Auto zum Kunstwerk!) - Nicht mit dem Auto zum Kunstwerk, aber ich glaube, daß man mit den umliegenden Betrieben reden sollte, ob nicht die Möglichkeit besteht, daß sie einige Tiefgaragenplätze für ihre Bediensteten kaufen. Ich glaube, das wäre ein Versäumnis, das wir uns später vorwerfen würden.

Nun zur Landesausstellung 1991: Sie kennen alle das Thema »Kleider und Leute«. Frau Dr. Christine Spiegel ist als Projektleiterin vom Museum nun ins Landhaus übersiedelt und unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Brückner sind vier große Einheiten von thematischen Leitlinien erarbeitet worden. Die Gesamtkosten dieser Ausstellung sind mit 10 Millionen Schilling derzeit veranschlagt. Die Baumaßnahmen im Hohenemser Patast machen große Fortschritte. Aufgrund der hohen Investitionen für die Renovierung des Palastes konnte mit dem Eigentümer eine Erweiterung des Nutzungsrechtes bis ins Jahr 2000 erzielt werden. Bereits im letzten Landeskulturbearbeit haben wir mögliche Themen für weitere Landesausstellungen diskutiert. Wie sich in anderen Bundesländern gezeigt hat, die bereits mehr Erfahrungen mit Landesausstellungen haben, geht man von dem unbedingten Streben nach Hunderttausenden von Besuchern bereits wieder ab. Man tendiert eher zu wissenschaftlich gut fun-

dierten und sorgfältig gestalteten Projekten geringeren Umfangs als bisher.

Die Musikschulförderung und das Landeskonservatorium - der Herr Berichterstatter hat es erwähnt - sind ein großer Brocken - fast 62 Millionen Schilling - die Driuel-förderung der Personalkosten ist erreicht. Am Konservatorium gibt es eine sehr entscheidende Neuerang. Mit Beginn dieses Schuljahres wird das instrumental-Gesangs-Pädagogikstudium angeboten - kurz IGF genannt. Der Abschluß dieses Studiums wird als erster Studienabschnitt an den Musikhochschulen Österreichs anerkannt. Es wird also in Zukunft den Absolventen des Konservatoriums dieser Studienrichtung möglich sein, auf ein Diplomstudium an einer Musikhochschule überzuwechseln. Durch dieses Studienangebot war auch eine Aufstockung von 1,5 Dienstposten im Konservatorium notwendig. Im Finanzausschuß hat der Herr Landesrat Lins bereits erwähnt-auch im Konservatorium werden in den nächsten Jahren in baulicher Hinsicht größere Investitionen anfallen, 7,2 Millionen Schilling für die gründliche Sanierung der Kapelle, auch das ehemalige Pfortnerhaus soll umgebaut werden und wird schätzungsweise einen Betrag von 15 Millionen Schilling verschlingen. Im Mittelgeschoß zwischen dem Saal und der Kirche liegen noch Räumlichkeiten von 550 m², die als Direktion, Bibliothek und Schallplattensammlung ausgebaut werden sollen.

Nach diesen großen Bereichen möchte ich noch einige wichtige Akzente erwähnen, die in diesem Kulturbudget gesetzt werden: Das Symphonieorchester Vorarlberg erhält mehr, nämlich 800.000,- S, es wird fünf Arbeitsphasen absolvieren und es wird zum ersten Mal eine Oper aufzuführen, nämlich zusammen mit dem Vorarlberger Landestheater die Oper »Cosi fan tutte«. Es ist eine absolute Premiere für unsere Theater und für unser Orchester. Es wird in den Städten Vorarlbergs wieder Konzerte geben. Sie wissen ja auch, daß der Verein etwas reorganisiert wurde, der Vorstand wurde verkleinert und der neue Präsident ist Herr Direktor Ernst Rahofer. Bei der Förderung heimischer Komponisten sollen neue Akzente gesetzt werden, es ist etwas mehr im Budget. Es ist daran gedacht, die Komponisten zusammenzuführen und sie auch stärker im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern.

Daß sich kulturell im ganzen Land etwas tut, das sieht man bei der Förderung privater Kulturveranstalter, insgesamt 2,7 Millionen Schilling, bei der Förderung privater Musikvereinigungen - 2,5 Millionen Schilling. Aus dieser letztgenannten Position soll die Aufführung des Werkes »Apokalypse« von Gerold Amann auf der Ruine Jagdberg mit einem stattlichen Betrag gefördert werden und auch die Förderung kultureller Projekte mit einer Million - die berühmte nach oben offene Million ist wieder drinnen. Sie wird gut angenommen und es wird jedes Jahr eine Aufstockung notwendig. (Zwischenrufe - Präsident: Bitte nicht ablenken lassen) Sehr wichtig, aber nicht aus dem Budget ersichtlich, sind auch Bemühungen der Kulturabteilung, kulturelles Verständnis zwischen Ausländern und Vorarlbergem herzustellen, besonders bezüglich der Gastarbeiter. Dieses Problem wurde ja heute bereits

mehrmals angesprochen. Es ist geplant, in Zusammenarbeit mit dem türkischen Konsulat eine Ausstellung eines großen türkischen Architekten aus der Türkei zu übernehmen und es ist auf längere Sicht auch geplant, in Zusammenarbeit mit der Landesausstellung eine Fotoausstellung über das Leben der Gastarbeiter in Vorarlberg zu machen und diese dann auch in Istanbul zu zeigen.

Meine Damen und Herren, in einem Kulturbeitrag wird es auch gestattet sein, einmal eine Utopie oder etwas ganz Neues anzuführen. Es gibt ja das geflügelte Wort »man muß Utopien haben, um vorwärts zu kommen«. Und das gilt gerade auch in der Kultur. Ich möchte Ihnen von einer Utopie berichten, die nicht weit weg von uns bereits verwirklicht wird. Bei der Vollversammlung des Vorarlberger Musikschulwerkes im November dieses Jahres referierte Dr. Urs Löffel, Professor am Konservatorium in Biel, zum Thema »Erwachsenenbildung in der Musikerziehung«. In einigen Kantonen der Schweiz haben Musikschulen bereits ein bedeutend erweitertes Aufgabengebiet als bei uns. In der Musikerschulbildung werden auch Erwachsene und ältere Menschen miteinbezogen, was besonders der Singularisierung entgegenwirkt und soziale Kontakte ermöglicht. Er berichtete uns, daß unter anderem Schweizer Betriebe ihren leitenden Angestellten Musikunterricht verordnen. Vielleicht wäre es für Landtagsabgeordnete gut. Und sie bezahlen auch diesen Musikunterricht. Es hat sich nämlich die Erkenntnis durchgesetzt, daß musische Bildung die Kreativität auch in anderen Bereichen steigert, die Fähigkeit zur Entspannung fördert und damit auch zu einer Leistungssteigerung im Beruf beitragen kann. Bei uns ist das vielleicht noch eine Utopie, wir stehen aber sicher am Anfang einer derartigen Entwicklung. Im Zusammenhang damit möchte ich Ihnen auch - mit Genehmigung des Herrn Präsidenten - ganz kurz eine Zeitungsnotiz vorlesen, die mich sehr beeindruckt hat. In der Kronenzeitung hieß es am 25.11. unter der Rubrik »Telemax«: »Ihr Telemax, ein großer Freund des Überraschenden, ist ganz verliebt in eine Szene, die man am vergangenen Donnerstag in 'Wien-Heute' sehen konnte. Bei seiner Inauguration zum Rektor der Technischen Universität faßte Prof. Friedrich Moser die Geige und spielte ein Konzert von Johann Sebastian Bach. Das war für das österreichische Feierlichkeitswesen ein ungewöhnlicher Streich, kühn und gut. Ungewöhnlich auch deshalb, weil es ja heißt, die Begabung für Kunst und die Begabung für Wissenschaft seien in einem Menschen indirekt proportional. Als Rektor Moser nun die Geige nahm, da wirkte er nicht wie eine Laune der Natur, nicht wie ein Mensch mit zwei Köpfen, sondern wie eine universelle Begabung. Ein schönes Beispiel also, daß es möglich ist, rational und musisch zu sein, Techniker und Narr in einem. Das Beste, zu dem es einer bringen kann.« Ende des Zitates. Professor Löffel berichtete auch, daß es besonders für ältere Menschen lohnend und wichtig ist, ein Musikinstrument zu erlernen oder ehemals Gelerntes aufzufrischen. Die Feinmotorik gerade bei älteren Menschen wird verbessert, soziale Kontakte werden gefördert, der Vereinsamung

wird entgegengewirkt.

Sicher, das was ich jetzt erwähnt habe, ist Zukunftsmusik, aber Zukunftsmusik, über die wir sicher noch diskutieren und nachdenken werden müssen. Sie sehen, meine Damen und Herren, Kulturarbeit ist eine immer sich weiterentwickelnde Aufgabe. Zwei wichtige Ziele dabei sind: 1. Möglichst vielen Mitbürgern eine Begegnung mit der Kunst und Kultur in all ihren Facetten zu ermöglichen und 2. ein offenes Klima für möglichst alle Manifestationen des kulturellen Lebens zu schaffen. Dieses Kulturbudget mit seinem Umfang von fast 151 Millionen Schilling zeugt von dieser Offenheit und vom Engagement des Kultur-Landesrates Dr. Lins und aller seiner Mitarbeiter im Haus. Und so möchte ich nun etwas abgewandelt mit dem Ausspruch von Landesrat Dr. Lins meinen Beitrag wieder schließen: »Kulturpolitik muß nicht, kann aber, wenn sie gut ist, schon auch in Beifall ausarten.«

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Dr. Mader.

Dr. Mader: Hoher Landtag! Frau Kollegin Gehrler, ich bin neugierig, wenn Sie hier mit der Geige auftreten werden, sagen Sie es mir früh genug, damit ich auch noch mein Instrument hervorzaubern und mich vorbereiten kann, damit wir wenigstens als Kultursprecher damit beide beginnen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich im Rahmen der Kulturdebatte wie schon in den vergangenen Jahren mit dem Konservatorium etwas auseinandersetzen. Das Konservatorium ist die größte Ausgabenpost im gesamten Kulturbudget, wie die Kollegin schon gemeint hat, mit 150 Millionen und das Konservatorium ist jener Bereich, der immer mehr und mehr Geld kostet, wobei wir ja gerade gehört haben, daß also weitere Investitionen in 20 bis 30 Millionen Größenordnungen anstehen. Warum ich mich aber heute hier melde, meine Damen und Herren, ist darin begründet, daß der Herr Landeshauptmann, als er noch zuständig war für das Landeskonservatorium, von einem Leitbild für das Konservatorium gesprochen hat und das in Aussicht gestellt hat. Leider ist durch die neue Studienordnung diese Leitbildentwicklung ins Stocken geraten und - man höre und staune, am kommenden Dienstag soll also die erste Sitzung über die Entwicklung eines solchen Leitbildes stattfinden, wobei in diesem Falle der Landesstatthalter der zuständige Referent ist und ich auch gerne bereit bin, dort meine Mitarbeit zuzusichern. Es ist so, dieses Leitbild, meine Damen und Herren, soll also jene Zielvorgabe sein, die wir politisch wollen. Und hier sind wir sicherlich vielleicht mit den Direktoren und mit den Kräften, die am Konservatorium unterrichten, in einem gewissen Zwiespalt oder Streit geraten und zwar deshalb, weil ich meine, daß 338 Studenten, die derzeit am Konservatorium studieren und davon 200 Vorschulklassenschüler sind, eine Dimension ist, die ein Mißverhältnis darstellt. Ich habe nichts dagegen, daß gut qualifizierte Kinder schon am Konservatorium beginnen, daß es aber mehr als die Hälfte der Gesamtstudenten ist, ist auch im Verhältnis zu anderen Konservatorien nicht üblich und sie müssen doch bedenken, daß jeder Student am Landes-

konservatorium Kosten von rund 100.000,- S verursacht. Man soll die qualifizierten Studenten oder Vorschüler selbstverständlich belassen, aber mit Übertritts- und Qualifikationsprüfungen dazu anhalten, daß sie hier die entsprechenden Leistungen erbringen und das wird also in Zukunft - nach meinem Ansinnen - eine politische Vorgabe sein müssen, damit wir hier bei den Kosten nicht derart explodieren, weil einfach die Personalkosten auch wieder von heuer auf das nächste Jahr von 23 auf 25 Millionen ansteigen. Ich sage ja zum Konservatorium, nicht daß man mir das auslegt, daß ich also hier gegen das Konservatorium bin. Für mich ist das Konservatorium eine berufsbildende Akademie mit der Chance, jetzt an die Hochschule überzutreten. Es haben dort eigentlich Leute nichts zu suchen, die nur hobbymäßig Musik machen wollen, weil diese Aufgabe können die Musikschulen auch wahrnehmen, wo also der Landesbeitrag bei ca. 3.000,- S pro Jahr liegt und nicht bei 100.000,- S. Damit, meine Damen und Herren, ist die Chance gegeben, im Rahmen dieses Leitbildes doch die entsprechenden Weichen zu stellen und auch die Qualifikation der Studenten laufend zu überprüfen, weil, nur Geld hinauszugeben und in der Qualifikation zu niedere Ansätze gelten zu lassen, das glaube ich, können wir uns auf Dauer nicht leisten. Ich möchte meinen, daß wir hier von der politischen Seite auch die Unterstützung haben vom Referat her. Es wird sicherlich keine leichte Aufgabe sein, aber gemeinsam, wenn wir an einem Strang ziehen, muß es möglich sein, doch wieder das Konservatorium zu dem zu bringen, was wir uns vorstellen, zu einer Ausbildungsstätte für die fachlich gut qualifizierten Musiker unseres Landes.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Riedmann.

Riedmann: Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Es ist im Kapitel »Sport« gesagt worden, wie wichtig der Sport sei. Ich möchte mich dem anschließen. Gleichzeitig möchte ich jedoch auch auf die Wichtigkeit des musikalischen, künstlerischen und kulturellen Bereiches hinweisen. Ich stehe nicht an, hier Kosten aufzurechnen, weil ich die Wichtigkeit des Sportes tatsächlich anerkenne. (Zwischenruf Landesrat Mayer: Bei Dir käm' der Sport schlecht weg!) Schlecht, Herr Landesrat, würde der Sport nicht wegkommen! (Zwischenruf Landesrat Mayer: Jo halt fünf Mal so schlecht!)

Nun ist es ja nicht etwas Neues, daß in diesem Hause über die Förderung der Musikschulen diskutiert wird und ich mir eigentlich erwartete, daß zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode gerade der Punkt Förderung der Musikschulen«, sprich Übernahme der Personalkosten der Musikschullehrer, doch entsprechend erhöht wird, nachdem die Übernahme von 33 % der Personalkosten doch auch schon einige Jahre zurückliegt. Aber ich muß feststellen, es blieb bei der Hoffnung und es kam diesbezüglich zu keiner Realisierung. Dies war für uns auch maßgebend, einen Antrag zu stellen auf Erhöhung der »Übernahme der Personalkosten des Landes« auf 50 %. Herr Klubobmann Mader, mit dem Begriff »darf es

a' bißl mehr sein« - so leicht möchte ich mir es nicht machen und Sie schätzen damit auch die Arbeit des Vereines »Musikschulwerk« scheinbar nicht sehr hoch ein, der eigentlich eine sehr ähnliche Forderung in der letzten Mitgliederversammlung gestellt hat - es ging allerdings nicht um 50 % sondern etwa um 45 %, aber sehr weit sind wir also hier nicht mehr auseinander (Zwischenruf Dr. Mader: Gut, aber sie sind Musikschülerhalter. Es ist ja klar, daß die Gemeinden mehr wennd.) Es ist dies vom Verein »Musikschulwerk« ein begründeter Antrag. Sicherlich sind die Musikschulen vertreten und ich vertrete in diesem Fall auch die Interessen der Musikschulen bzw. im ganz besonderen auch der Schülereltern. Es ist halt doch eine Tatsache, daß für ein Kind mit einer halben Stunde Einzelunterricht und eine Stunde Gruppenunterricht - und das sind letztendlich sowieso nur 50 Minuten - die Schülereltern durchschnittlich 500,- S pro Monat dafür zahlea (Zwischenruf Gehrler: In Hard!) Na, nicht nur in Hard, Kollegin Gehrler, sondern auch in vielen anderen Gemeinden und ich glaube, der Aufwand von 600,- S ist ein sehr respektable Betrag für diesen Unterricht. Und hier wäre es doch Aufgabe des Landes - wie es sich sonst immer auch so gebärdet - subsidiär einzuschreiten und mehr zu fördern und damit vor allem die Schülereltern doch etwas zu entlasten. Es ist auch in der Mitgliederversammlung des Musikschulwerkes davon gesprochen worden, daß eine Vereinheitlichung des Schulgeldes angestrebt werden soll. Ich darf daran erinnern, daß bereits im Jahre 1983 die sozialistische Fraktion einen diesbezüglichen Antrag auf Erlassung eines einheitlichen Schulgeldes für Musikschüler hier im Hohen Hause eingebracht hat, der damals leider abgelehnt wurde und nicht die Zustimmung gefunden hat. Ich freue mich, daß das aber auch heute eine Forderung des Musikschulwerkes ist und hoffe doch sehr, daß vielleicht die Abgeordneten von ÖVP und FPÖ bereit sind, wenigstens den Forderungen des Musikschulwerkes mehr Gehör zu schenken.

Meine Damen und Herren, man muß auch dazusagen, daß sich ja das Land Vorarlberg immer sehr deutlich und sehr laut rühmt über die hohen Schülerzahlen bei den Musikschulen und auch über die hohe Qualität, die in den Musikschulen geboten wird. Natürlich ist es richtig, daß eine gute Qualität geboten wird und daß sehr viele Schüler in die Musikschulen gehen, Gott sei Dank. Aber wenn man sich schon so sehr dafür rühmt, dann ist es schon ein sehr bescheidener Beitrag, wenn nur ein Drittel der Personalkosten dafür übernommen wird und die Schülereltern und Gemeinden haben dann zu den zwei Drittel Personalkosten auch noch den Sach- und Betriebsaufwand zu bezahlen. Also, derjenige, der am wenigsten dazu beiträgt, daß es in Vorarlberg viele Musikschüler gibt, daß auch eine gute Qualität geboten wird, derjenige rühmt sich eigentlich am meisten über diese Qualität. Ich darf also hier den Antrag auf Erhöhung dieser Voranschlagsstelle wie er in der Z. 1 der bereits vom Kollegen Keckeis abgegebenen Abänderungsanträge enthalten ist, diesen Antrag also neu stellen.

Nun, meine Damen und Herren, noch etwas und das erscheint mir eine sehr eigenartige Vorgangsweise bei der

Vergabe der Ehren- und Förderungsgaben für Kunst- und Wissenschaft zu sein. Für den 27. November war Schlußabgabetag für alle jene, die aufgerufen waren, Vorschläge zu machen, welche Personen, Institutionen, Gruppen in Frage kämen für die Verleihung von Ehren- und Förderungsgaben. Bereits am 28.11. - Abgabetag war der 27. - wurde die Beschlußfassung im Kurrendalwege gefaßt und die Veröffentlichung der Preisträger bereits bekanntgegeben. Ich kann mir also nicht gut vorstellen, daß hier eine ernsthafte Befassung mit den eingegangenen Vorschlägen stattgefunden hat. Auch glaube ich nicht, daß nur zwei Vorschläge erstattet wurden, sondern ich bin überzeugt, daß mehrere Vorschläge eingegangen sind und ich erachte es auch als eine gewisse Zumutung für alle jene, die aufgerufen waren, Vorschläge zu machen, diese bis zum 27. abzugeben und bereits am 28. mittags erfahren zu müssen, daß die Entscheidung dafür gefallen sei. Hier kann ich mir also eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den eingegangenen Vorschlägen nicht vorstellen.

Die Kollegin Gehrler hat - um noch einmal auf die Musikschulen zurückzukommen - auf die Festveranstaltung des Musikschulwerkes hingewiesen und ist auf das Referat des damaligen Referenten eingegangen, der erklärt hat, daß durch musikalische Betätigung nicht nur das Lebensgefühl, sondern auch die Eigenkreativität und die Innovationsfähigkeit gestärkt werden würde und daß es eben auch - was sie sehr deutlich herausgestrichen hat - eine Vision sei, daß Schweizer Betriebe ihre Angestellten - oder Teile davon - in die Musikschulen schicken und auch dafür bezahlen. Ich halte das nicht für eine so weit entfernte Vision, sondern ich halte das einfach für eine Realität. Auch bei uns sind Erwachsene in den Musikschulen, allerdings nicht von den Betrieben geschickt. Dazu muß man sagen, daß die Erwachsenen auch andere Beiträge bezahlen, um hier nicht mit den Schülern gleichgestellt zu werden. Aber wenn die Kollegin Gehrler auf diese Wichtigkeit hinweist und hier die Wichtigkeit der musikalischen Betätigung ganz besonders betont - und ich kann nicht annehmen, daß sie damit nur diejenige musikalische Betätigung der Erwachsenen gemeint hat, sondern sicherlich auch ganz besonders jene von jungen Menschen, von Schülern, von Jugendlichen - wenn sie also diese Wichtigkeit so herausstreicht, dann Kollegin Gehrler, darf ich mir schon erwarten, daß Sie eigentlich unserem Antrag die Zustimmung geben, der ja gerade diese Wichtigkeit unterstreicht und eine Förderung der Musikschulen ist.

Meine Damen und Herren, noch etwas: Es gibt in diesem Lande einige Kleinverlage (Zwischenruf: Fink!) - hat es gegeben, aber es gibt auch andere Kleinverlage, die sich sehr verdienstvoll um die Herausgabe von Vorarlberger Autoren - auch von Erstlingsautoren - bemühen. Ich glaube, daß diese Kleinverlage eine äußerst wichtige Funktion in unserem Lande haben. In kaum einem anderen Bereich wie gerade im Bereich der Förderung von Kleinverlagen würde Kulturförderung auch als Wirtschaftsförderung wirken. Diese Kleinverlage, die oft unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Auflagen herausbringen, die in unserem Lande naturgemäß nur kleine

Auflagen umfassen können, weil unser Bundesland einfach als Absatzgebiet zu klein ist. Und von diesen geringen Auflagen bleiben dann immer noch gewisse Bestände übrig und es werden des öfteren nur ganz kleine Teile dieser gedruckten Auflage verkauft. Um aber diese wichtige kulturelle Aufgabe der Herausgabe von Publikationen und von Werken von Vorarlberger Autoren erfüllen zu können, ist es wichtig, daß diese Kleinverlage auch die Hilfestellung des Landes erwirken können.

Vizepräsidentin: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Vallaster.

Vallaster: Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Ein wichtiger Bereich in dieser Gruppe ist die Denkmalpflege. Denkmalpflege setzt eine gewisse Sensibilität im Umgang mit der Originalsubstanz voraus und unter Denkmal sind alle vom Menschen geschaffenen beweglichen oder unbeweglichen Gegenstände von geschichtlicher, künstlerischer und kultureller Bedeutung zu verstehen. Ich sage dies, da Denkmalpflege für mich eine sehr wichtige Sache darstellt und es ist daher erfreulich, daß im Rahmen dieses Budgets eine ansehnliche Steigerung für Restaurierungen vorhanden ist. Weniger erfreulich ist die Gesetzeslage im Denkmalschutz. Nach dem Denkmalschutzgesetz ist die Erhaltung, Restaurierung, Veränderung aber auch Zerstörung eines Denkmals gesetzlich geregelt. Jede Maßnahme, die den Bestand, die überlieferte Erscheinung oder künstlerische Wirkung dieses Denkmals beeinflussen könnte, bedarf der schriftlichen Genehmigung des Bundesdenkmalamtes. Der Begriff »Denkmalpflege« ist untrennbar mit dem Begriff »Originalsubstanz« verbunden. Ein Grundsatz, der vielfach nicht beachtet wird. Der Denkmälerbestand unseres Landes ist - gemessen mit anderen Bundesländern - nicht sehr groß und es gilt daher alles zu unternehmen, diese Originalsubstanz wie z.B. die barocke Kirche in Vandans, zu erhalten. Es ist mir gelungen, einen Bauausschuß zu installieren, es ist mir aber noch nicht gelungen, aus dem Denkmalamt in Wien klare Aussagen zur Finanzierung zu bekommen. Es wird zwar im Sinne des Gesetzes die Notwendigkeit erkannt, es bedarf aber einer Reihe unsinniger Gespräche, bis auch die Finanzierung gesichert ist. Ich und der Bauausschuß haben uns dabei die Frage gestellt, warum kann die Denkmalpflege nicht in die Länderkompetenz fallen? Unser Landesrat Lins hat sofort die Notwendigkeit bei der Kirche erkannt und eine beachtliche Finanzierung zugesichert. Es ist für engagierte Bürger nicht verständlich, wie kompliziert und bürokratisch in der Denkmalpflege von Bundesseite vorgegangen wird. Es muß ein Anliegen aller Parteien in Vorarlberg sein, rasch den derzeitigen Stand in der Denkmalpflege, im Denkmalamt zu verändern. Das heißt, das Bundesdenkmalamt kann ruhig bestehen bleiben, aber die Länder müssen im Sinne des Föderalismus mehr Mitsprache bekommen. Mir ist dabei bewußt, daß damit den Politikern, den Parteien in Vorarlberg bei der Bewältigung dieser Aufgabe eine schwere Last an Verantwortung zukommt. Wir müssen uns aber diese Verantwortung

stellen und nochmals einen Versuch unternehmen, Denkmalpflege in Landeskompetenz zu bekommen.

Vizepräsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Dr. Bösch.

Dr. Bösch: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Ich darf in Ergänzung zu Flöten und Geigen von Musikschulen und Konservatorium wieder zurückkehren zur Kultur im allgemeinen und hier versuchen, einige Gedanken zu deponieren. Kultur ist jener Bereich, in dem der Mensch versuchen kann, sein Wesen ganzheitlich zu erkennen, deutlich zu machen und Kriterien und Standpunkte zu erarbeiten, die zur Lebensbewältigung und damit zur Lebensqualität notwendig sind. Nicht nur zur Lebensbewältigung für uns als Individuum, sondern auch für uns als Gemeinschaft. Die pluralistische Gesellschaft hat uns eine Vielzahl an Ausdrucksmöglichkeiten gegeben und wir Freiheitlichen hier im Lande bekennen uns zu dieser Vielfalt und nach Maßgabe der Mittel auch zu ihrer, wenn möglich, gerechten Förderung. Das Maß der Möglichkeiten anzulegen ist freilich sehr oft schwierige Pflicht des Kulturpolitikers. Unbeschadet dessen muß unser Augenmerk nicht nur der Hochkultur, sondern auch der Volkskultur und der avantgardistischen Kleinkunst gelten. Im Bereich der Volkskultur schiene mir allerdings ein verstärktes Engagement angebracht, einerseits um bei zunehmender Freizeit den Interessierten ausreichend Aktivitätsangebote machen zu können und andererseits um zu fördern, daß bodenständige Qualität vor touristische Massenquantität gestellt werde. Die vom Landeshauptmann in seiner Grundsatzklärung und Landesrat Dr. Lins in der Presse angekündigte Förderung der Kleinkunst ist zu begrüßen. Den Kleinkunstabtreibern sind möglichst brauchbare Infrastrukturen anzubieten, um ein Arbeiten ohne allzu horrenden Kosten möglich zu machen. Allerdings sollte doch auch versucht werden, gerade in Kunstbereichen elitären Charakters, in denen nicht breite Akzeptanz zu erwarten ist, private Förderung leichter zu machen als bisher oder zu initiieren. Die Errichtung einer Landesgalerie - Frau Kollegin Gehrler hat es angeschnitten - ist selbstverständlich auch von uns zu begrüßen. Sie wird ein weiterer Schritt in die verbesserten kulturellen Grundlagen unseres Landes sein. Neben der Erhaltung und dem weiteren Ausbau der Museen - Landesmuseum und Naturschau - gibt das Land zur Einrichtung von Spezialmuseen, die einige Lücken schließen werden, Beiträge: Ur- und Frühgeschichte in Koblach, jüdisches Museum in Hohenems, Gewerbemuseum in Feldkirch. Als Dornbirner darf ich den zuständigen Landesrat ersuchen, das Industriemuseum in Dornbirn nicht zu vergessen. Freilich ist auch in diesen Bereichen das Subsidiaritätsprinzip anzusetzen. Wo Gemeinden oder Institutionen gute Arbeit leisten, hat das Land nur auf Antrag unterstützend aber nie bevormundend einzugreifen. Das Gebot nach möglichst großem Rückzug der Politik muß auch hier gelten. Auch muß gesagt werden, daß Förderung nicht nur in der finanziellen Zuwendung zu sehen ist, sondern auch in Naturleistungen wie der Zur-

verfügungstellung von Arbeitsräumen und Arbeitsgrundlagen. Die Landesausstellung 1991 ist wohl zugegeben ein kostspieliger, aber in meinen Augen doch ein zu rechtfertigender Versuch, eine neue Herausforderung, der sich die Kulturverantwortlichen des Landes stellen. Freilich, meine Damen und Herren, wird man auch auf das Attraktionsmanagement dieser Veranstaltung besonderes Augenmerk legen müssen, um eine ausreichende Besucheranzahl ansprechen zu können und freilich wird das Land auch für die denkmalpflegerisch eingesetzten Mittel zur Sanierung des Palastes in Hohenems ausreichend Gegenleistung des privaten Besitzers verlangen müssen. Aber es ist bei uns im Lande doch ein Gebot der Stunde, nicht nur den Emser Palast, sondern möglichst viele der eigentlich wenigen Kulturdenkmäler zu erhalten. Insgesamt ist, wenn ich der vorgerückten Stunde halber zum Schlusse komme, auch für einen Freiheitlichen das Kulturklima im Lande ein willkommen verträgliches und wenn man parteipolitisch nicht allzu wetterfühlig ist, ist auch der zuständige Landesrat in seinen Bemühungen, wie das Budget 1990, zu unterstützen. Wie verträglich übrigens dieses Klima ist, haben wir gesehen bei einer Podiumsdiskussion der IG-Autoren im Palais Thurn und Taxis - der Herr Kollege Riedmann und der Herr Landesrat waren anwesend - bei der überspitzt gesagt nur Politiker gefroren haben, aber keine Autoren, die etwas von ihnen gewollt haben. Danke.

Vizepräsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Vizepräsidentin Gehrler. Ich erteile es ihr.

Gehrler: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Zum Antrag der SPÖ-Fraktion auf Erhöhung der Personalkostenförderung: Herr Klubobmann Mayer hat heute in der Früh so locker gesagt, die ÖVP lehnt unseren Musikschulantrag ab, erhöht dafür aber die Mittel für eine Jugendbroschüre. Herr Klubobmann, ich bitte Sie doch, bei diesen Argumentationen auch die Größenordnungen zu betrachten. Die Erhöhung der Förderung der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugenderziehung beträgt 300.000,- S, Ihr Antrag beträgt immerhin eine Erhöhung um 15 Millionen Schilling. Also bitte, man kann das nicht einfach da so auf die Waagschale legen. Sie haben gesagt, erhöht dafür die Mittel für eine Jugendbroschüre. (Zwischenruf Elmar Mayer: Jubelbroschüre!) Ah, Jubelbroschüre. Aber wahrscheinlich betragen diese Mittel auch nicht 15 Millionen Schilling. Der Herr Abgeordnete Riedmann hat hier draußen gemeint, im Rahmen der Vollversammlung des Musikschulwerkes sei die Forderung erhoben, einheitliche Musikschulgebühren einzuführen. Wir haben keine Forderung an das Land erhoben, denn, Herr Kollege Riedmann, wie Sie wissend mußten, fallen die Musikschulgebühren immer noch in Gemeindekompetenz und unser Bestreben ist, es, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Musikschulgebühren etwas zu vereinheitlichen. Aber ich stelle nicht an das Land die Forderung - Du Land, geh' dorthin und mache einheitliche Musikschulgebühren. Das wäre also der völlig falsche Weg, den auch die Gemeinden ablehnen wür-

den. Und Sie sagen auch - derjenige, der am wenigsten dazu beiträgt, schreit am lautesten über die Erfolge. Ich glaube, wenn man in das Budget hineinschaut und sieht, daß 62 Millionen Schilling - denn man muß sehr wohl die Aufwendungen für das Konservatorium auch dazurechnen - nur für die zwei Bereiche ausgegeben werden, ganz zu schweigen von anderen musikalischen Aktivitäten, dann glaube ich doch nicht, daß man sagen kann, man trägt so sehr wenig bei. Die Argumentation, Herr Kollege, mehr Geld ist mehr Wichtigkeit, diese Argumentation lehne ich ab. Österreichweit nehmen 1,78 % der Bevölkerung Musikunterricht. In Vorarlberg sind es 3,86 %. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß unsere Gebühren Einfluß auf die Schülerzahlen haben. Ich glaube, wenn man so eine Forderung erhebt, wie Sie sie erheben, dann muß sie sehr gründlich geprüft, sehr gut überlegt und sehr gut argumentiert werden. Betrachten wir einmal die Zunahme der Förderung. Im Schuljahr 1974/74 gab es 74 Lehrer, 2.829 Schüler und eine Förderung von 1,4 Millionen. 1984/85 gab es 336 Lehrer, 8.116 Schüler und 13,1 Millionen Schilling Förderung und innerhalb von fünf Jahren von 1985 auf 1990 gibt es 400 Lehrer, 11.500 Schüler und 31 Millionen Schilling Förderung. (Zwischenruf Riedmann: Sind Sie jetzt damit zufrieden?) Sie horchen mir jetzt einmal zu. Die Steigerung bei den Lehrern beträgt in fünf Jahren 19 %, bei den Schülern 41 %, bei der Förderung + 236 %. (Zwischenruf Riedmann) Da kann man also nicht davon reden, daß nichts für die Musikschulen getan wird. Übrigens, Herr Kollege Riedmann, Sie springen natürlich auf einen Antrag der Musikschule Walgau auf. Der Antrag ist absolut nicht neu. Er wurde von der Musikschule Walgau dem Vorarlberger Musikschulwerk eingebracht, (Zwischenruf Dr. Häfele: Da sehen Sie seine guten Kontakte! Springen Sie mit.) wir haben es eingehend diskutiert -ja wissen Sie, wir pflegen solche Anträge ernsthaft zu behandeln, Herr Kollege Häfele. (Zwischenruf Riedmann: Aber da brauchen Sie viele Jahre dazu! - Dr. Häfele: Ja, ja, ehrlich währt es am längsten!) Wir haben in der Versammlung des Musikschulwerkes den Antrag diskutiert. Es ist zuerst folgendes abzuklären: Wem kommt diese Erhöhung zugute, wenn eine gegeben wird, den Gemeinden, den Schülern oder beiden? In diesem Zusammenhang ist auch einmal die unterschiedliche Höhe der Schülerbeiträge zu beraten. Es gibt Beiträge von 2.000,- S pro Einzelunterrichtsstunde bis 5.000,-, 6.000,- und 7.000,- S pro Einzelunterrichtsstunde. Ich glaube, da müßten sich die Gemeinden einmal zusammensetzen. Es gibt einfach Gemeinden, die sagen, uns sind die Schüler, die musikalische Ausbildung soviel wert, wir wollen so niedrige Beiträge. Dann gibt es Kleinstgemeinden, die finanzielle Schwierigkeiten haben, die sich es nicht einmal leisten können, drei oder vier Musikschüler in eine Musikschule zu schicken. Man muß sich also einmal überlegen, ob man nicht den finanzschwachen Gemeinden eine besondere Förderang geben könnte, damit auch diese Kinder in den Genuß eines Musikunterrichtes zu einem halbwegs erträglichen Tarif kommen, bevor man jetzt wieder mit der Gießkanne über alles drübergeht. Wir waren also im

Musikschulwerk der Meinung, daß dieser Antrag noch gründlich zu prüfen ist, daß man sich auch überlegen muß, ob man nicht eine Zwischenlösung finden kann und haben diesen Antrag dem Organisations- und Finanzbeirat zugewiesen. Dort werden wir ihn sicher eingehend diskutieren und zum gegebenen Zeitpunkt auch Anträge für das Budget stellen. Nur so schnell und ohne große Begründung einfach 15 Millionen mehr zu verlangen, ohne genau zu wissen, wird jetzt dann für die Schüler der Beitrag billiger oder stecken die Gemeinden das alles ein, ich glaube, das sollte vorher schon gründlich geklärt werden. (Zwischenruf Riedmann: Aber des wär' dann doch Aufgabe des Musikschulwerkes als Vertreter.) Herr Kollege Riedmann, ich glaube, Sie haben mir jetzt nicht zugehört. (Zwischenruf Vizepräsident: Bitte keine Zwiesgespräche!) Sie haben mit dem Herrn Dr. Keckeis Gespräche geführt, das Musikschulwerk hat diesen Antrag dem Organisations- und Finanzbeirat zugewiesen und der wird alle diese Erhebungen durchführen und wird dann zu gegebener Zeit berichten.

Vizepräsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Mader.

Dr. Mader: Herr Kollege Riedmann, ich muß Sie also doch etwas korrigieren, wenn Sie hier die Meinung vertreten, daß für eine halbe Einzelstunde und für eine Gruppenstunde 7.200,- S für einen Musikschüler im Durchschnitt zu berappen wären, dann muß ich Sie doch davon in Kenntnis setzen, daß in Bregenz - nur als ein Beispiel - eine halbe Stunde Einzelunterricht 1.650,- S kostet und der Gruppenunterricht ab drei Schülern 1.600,- S, wo ich dann auf eine Summe von 3.250,-S statt 7.200,-S komme, das ist die Hälfte dessen, was Sie hier heraußen dargetan haben. Und ebenfalls zu der Musikschulförderung, die Sie erhöht haben wollen vom Lande, daß das Musikschulwerk, in dem ja praktisch alle Musikschulen - und das sind im wesentlichen ja die Gemeinden - vertreten sind, sich mehr Geld vom Lande wünschen, ich meine, das ist ja keine Neuigkeit und daß Sie sich da in Übereinstimmung befinden, das finde ich völlig klar. Aber das als Argument zu nehmen, dann sagen Sie gleich, die Gemeinden wollen mehr. Ich habe Ihnen am Vormittag schon dargetan, daß im Prinzip man das nicht isoliert betrachten muß, obwohl es für die Musikschulen und für die Eltern eine Ersparnis sein könnte, aber insgesamt ist dann die Gemeindeförderung unter die Lupe zu nehmen - Und im Lichte der gesamten Gemeindeförderung kann man darüber diskutieren. Aber ob es dann gerade die Musikschulförderung sein muß, das ist eine andere Frage. Jedenfalls ist für mich diese Musikschulförderung nicht isoliert von allen anderen Gemeindeförderungen zu betrachten und wenn die Kollegin Geher darlegt, daß man hier diese Unterschiede vielleicht auch gegenüber den finanzschwachen Gemeinden verbessern soll, so ist das sicher auch ein überlegenswerter Vorschlag und wenn nun das Musikschulwerk die Problematik weiter vorbereitet, die also dann doch etwas fundierter sind, dann wird man sicher auch im Landtag und im Kultur- und Finanzausschuß darüber Gespräche führen können.

Vizepräsident: Das Wort hat der Landesrat Dr. Lins.

Dr. Lins: Hohes Präsidium, Hoher Landtag! Ich möchte eigentlich an das anknüpfen, was hier der Klubobmann Mader gesagt hat. Bei der Frage der Musikschulförderung geht es, glaube ich, weniger um eine Frage der Erhöhung des Kulturbudgets, sondern in Wahrheit geht es um nichts anderes, als die Gemeinden etwas zu entlasten im Bereich der Musikschulen. Wir stellen ja eben fest, daß die Zahl der Schüler sich hervorragend positiv zu einem Höchststand entwickelt hat, obwohl nicht unerhebliche Gebühren verrechnet werden. Die Eltern haben sich also auch zu einem gewissen Teil an den Ausbildungskosten der Kinder zu beteiligen und sie tun das offenbar auch mit Freude, möchte ich sagen. Jedenfalls überwiegend hört man, daß ganz allgemein diese Musikschulen sehr stark akzeptiert werden und ich glaube, daß das auch auf die Bührengestaltung im wesentlichen zutrifft, wobei man sicher sich Gedanken machen kann oder soll, ob nicht ärmeren, leistungsschwächeren Familien eine Unterstützung gewährt werden könnte, damit sie nicht gehindert sind, begabte Kinder in die Musikschulen zu schicken. Aber wie ich weiß, ist das auch bei manchen Musikschulen bereits der Fall. Da kann man sicher das eine oder andere überlegen, aber im übrigen halte ich es nach wie vor für richtig, daß sich die drei Kreise Land, Gemeinden und Eltern an den Kosten der Musikschulausbildung beteiligen. Nun zu einer erhöhten Gemeindeförderung besteht jetzt einmal prima vista kein besonderer dringlicher Anlaß. Ich darf doch daran erinnern, daß die Einnahmen der Gemeinden 1989 aus den Ertragsanteilen sich weit günstiger entwickeln als etwa jene des Landes. Wir haben auch eine gute Entwicklung bei den Einnahmen an Ertragsanteilen 1989 mit einem Plus gegenüber dem Voranschlag von 30 Millionen. Aber die Gemeinden Vorarlbergs haben gegenüber den Voranschlägen, gegenüber den bisherigen Berechnungen, die dann den Gemeindebudgets zugrundegelegt worden sind, ein Plus von sage und schreibe 140 Millionen und wir wissen aus Mitteilungen, daß dazu noch erhebliche Mehreinnahmen aus Gewerbesteuer kommen, auch in der Größenordnung von etwa 100 Millionen, sodaß also die Gemeinden Vorarlbergs heuer gegenüber den veranschlagten Beträgen insgesamt etwa 250 Millionen oder sogar noch mehr an Mehreinnahmen verzeichnen werden können (Zwischenruf Hummer: Das freut uns!), sodaß also - was mich sehr freut, ich muß sagen, als Finanzreferent bin ich sehr froh darüber, daß die Gemeindefinanzen sich auch im Jahre 1989, und es ist abzusehen auch im Jahr 1990, entlasten können. Das ist eine sehr positive Entwicklung, weil ich weiß, daß es auf die Dauer nicht möglich wäre, daß das Land eine gute Finanzlage hat und die Gemeinden eine schlechte. Das wäre nicht tragbar. Und daher finde ich das wirklich - auch für das Land - eine sehr positive Entwicklung. Nun 2.: Zur Frage der Ehren- und Förderungsgaben. Der Termin war mit 27.11. - Herr Abgeordneter Riedmann, wie Sie gesagt haben - angegeben. Sogleich nach Abgabeschluß habe ich mich mit dem beamteten Kulturreferenten zusammengesetzt

und habe alle eingebrachten Vorschläge eingehend erörtert. Uns waren die Vorgeschlagenen alle bekannt, es bedurfte keiner weiteren Erkundigungen und wir haben unter Berücksichtigung der verschiedenen Aufgabenbereiche, für die die Ehren- und Förderungsgaben verliehen werden, rasch, nämlich noch am Tage danach, entschieden und einen Kurrendalbeschuß herbeigeführt. Ich höre das erste Mal einen Vorwurf, daß eine rasche Entscheidung erfolgt sei. Das ist eigentlich eher etwas ungewöhnlich. Ich darf daran erinnern, daß Musik, Literatur, bildende Kunst und Wissenschaft bedacht werden sollen mit einem gewissen Rhythmus. Man kann das nicht jedes Jahr genau auf diese vier Bereiche verteilen. Heuer war es, unter Berücksichtigung der eingegangenen Vorschläge, möglich. Und ich glaube, daß Sie gegen die Verleihung an sich, gegen diejenigen, welche die Ehrengaben und Förderungsgaben bekommen haben, auch keinen Einwand haben. Ich verstehe Sie richtig. 3. Kleinverlage, Projektförderung: Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß es wertvoll ist für unser Land, wenn es Kleinverlage gibt, die sich mit besonderen Aufgaben befassen. Wir kommen dem entgegen, indem wir eingereichte Projekte fördern. Nicht der Verlag an sich, das ist ja nur schwer vorstellbar. Aber wenn ein Verlag ein Projekt einreicht, kann er Druckkostenbeiträge und Ähnliches bekommen. Das Nächste, was an Fragen aufgeworfen wurde, waren die Landesgalerie und die Garagen. Sehr geehrte Frau Präsidentin, wir haben schon in einem der letzten Landtage über die Frage der Garagen in Bregenz diskutiert. Ich habe schon dort die Auffassung vertreten, daß unter Berücksichtigung der gestalterischen Erfordernisse und des Bauplatzes es eher kritisch erschien - auch der Stadt Bregenz, den Sachverständigen, die beigezogen waren, den Jurymitgliedern, die beigezogen waren bei der Vorbereitung des Wettbewerbes - eine Tiefgarage zu berücksichtigen. Wir haben daher bei der Ausschreibung des Wettbewerbes davon abgesehen. Ich möchte aber nicht ausschließen, daß nicht bei den Beratungen der Jury die Frage Garagen, in welcher Zahl, ob und überhaupt, noch einmal erörtert wird. Dann schließlich die Frage Denkmalpflege. Hier darf ich doch daran erinnern, daß das Land Vorarlberg in den vergangenen Jahren seiner Aufgabe in erhöhtem Maße nachgekommen ist. Wir haben aufgrund einer erheblichen Dotierung im Nachtragsvoranschlag 1988 zusätzliche 14 Millionen in etwa bewilligt und haben daher insgesamt 1988 fast 30 Millionen ausgegeben. Wir sind jetzt auf einem Jahresstand von 14,5 Millionen und wir kommen mit dem Nachtragsvoranschlag 1989 auch wieder auf knapp 15 Millionen, also in drei Jahren haben wir fast 60 Millionen in den Denkmalschutz investiert. Ich glaube, daß wir wirklich hiemit dokumentiert haben, wie wichtig uns die Erhaltung der nicht allzu großartigen historischen Substanz im Lande ist. Und ich glaube, daß wir auch weiterhin dieser Aufgabe gerecht werden, aber wie auch richtig bemerkt wird, es kommt ja noch dazu, daß das Land in landeseigene Gebäude zusätzlich sehr viel Geld investiert, insbesondere in die Landesbibliothek wo mit einem Aufwand annähernd 50 Millionen Schilling die Kirche, glaube ich, in einen hervorragenden Zustand versetzt und

in eine hervorragende Erweiterung der Landesbibliothek investiert wird. Dankeschön.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesstatthalter.

Dipk-Vw.. Gassen Herr Landtagspräsident, meine Damen und Herren! Als zuständiges Regierungsmitglied für diesen Bereich des Landeskonservatoriums und der Musikschulen möchte ich festhalten, daß der Herr Klubobmann Mader richtigerweise auf das Leitbild hingewiesen hat, um eine Neuorientierung in diesem Bereich zu erwirken. Ich glaubender hohe Anspruch, der in diesem Bereich notwendig ist, zwingt uns, Breite und Spitze zu berücksichtigen, wo bereits festgehalten sein muß, daß wir natürlich unsere Anstrengungen erheben müssen, diese Spitze auch zu erhalten und zu erfahren. Die im Bereich von 30 Millionen liegende Budgetsumme erhebt die Verpflichtung, daß wir hier sehr sorgfältig vorgehen müssen und ich bin ihm dankbar und anderen, die in dieser Kommission mitwirken, um diese Herausforderung anzunehmen, eine Neusituierung zu erwirken. Ich glaube aber, daß das Musikschulwesen generell in dieser Generaldiskussion dazu Anlaß bietet, die Frage zu stellen, inwieweit ist Musikschule heute noch ein Luxus. Ich glaube das mit einem eindeutigen Nein beantworten zu dürfen. So ähnlich wie das Kindergartenwesen sich in den vergangenen Jahrzehnten entfaltet und entwickelt hat, so ähnlich ist heute eigentlich die Musikschule nicht mehr wegzudenken: Daß es genauso eine Gemeindeaufgabe wie das Kindergartenwesen ist, ist unbestritten. Ich glaube auch, daß es nicht darum geht, nun daran zu zweifeln, daß die Förderungen des Landes für die Gemeinden gut sind. Ich glaube, daß aber die Meßlatte des Ansatzes dort gesehen werden muß, ob wir eine ähnliche Ausbildung und Förderung erfahren, wobei das Gesamtsystem verfeinert werden muß. Ich bin der Frau Abgeordneten und Vizepräsidentin Gehrler dankbar, wenn das Musikschulwerk diesbezügliche Vorschläge unterbreitet und daß man dieses Gesamtkonzept prüft, inwieweit hier eine Entlastung der finanzschwächeren Gemeinden erfolgen kann. Ich weiß aus der Erfahrung im Kindergartenwesen, daß wir dort auch erst erfolgreich wurden und wir nicht generell die 45 %-Förderung gegeben, sondern finanzschwachen Gemeinden eine höhere Förderung geboten haben und in dem Sinne glaube ich Ansätze zu sehen, wie wir zu Lösungen kommen können, wobei unbestritten ist, daß musische Bildung und Kreativität zwei Bereiche sind, die miteinander in Einklang gebracht sind.

Eine kleine Bemerkung zur Tiefgaragensituation bei der Landesgalerie, so glaube ich, daß sicherlich, Herr Kollege Lins, dies nochmals beobachtet werden muß, es hier einer Verpflichtung der öffentlichen Hand bedarf, der Stadt und aber auch des Landes als Träger, denn jedem Gastronomen - ich habe hier gerade beobachtet, z.B. beim Neubau des Mesmerareals hat man dort Vorschreibungen getroffen, der Kollege Falschlunger als Verkäufer des Areals ist leider nicht da, aber er wüßte die Zahl sicherlich ganz genau, wieviel dort die Stadt an Vorschreibungen getroffen hat den künftigen Gastronomen gegen-

über und ich glaube, es ist manchmal in der Diskussion etwas schwierig, denjenigen, die private Förderungswerber von Bauvorhaben sind, dann Rede und Antwort zu stehen, wenn man sagt, ja aber die öffentliche Hand muß natürlich so etwas nicht tun. So können sich Stadt und Land dieser Verpflichtung meines Erachtens nicht entziehen, diese Tiefgaragenplatzfrage nochmals einer seriösen Prüfung zu unterziehen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gerade beim letzten Punkt beginnen und mich mit Herrn Landesrat Dr. Lins solidarisieren. Eine bestimmte Anzahl von Abstellplätzen für die Landesgalerie sind natürlich vorzusehen. Da glaube ich schon, daß man auch eine gewisse Gleichheit zwischen privaten und öffentlichen Bauträgern herstellen soll. Aber jetzt noch eine zusätzliche Tiefgarage zu errichten und damit noch zusätzlich Verkehr in die Stadt hereinzuziehen, das ist nicht eine unbedingte Notwendigkeit und ich lehne dies deutlich - wie auch Herr Landesrat Lins - ab.

Wenn die Meinung war, daß ich die Forderung aufgestellt hätte, das Land soll ein einheitliches Schulgeld veranlassen, dann war es von mir falsch ausgedrückt. Es ist aber eine Vereinheitlichung des Schulgeldes anzustreben. Es ist sicherlich nicht einzusehen, daß -jetzt sage ich wirklich zwei willkürliche Zahlen, die durch nichts unterlegt sind und untermalt sind. Wenn die Eltern in Brand 5.000,- S für eine Stunde für einen Schüler zu bezahlen haben und in Hörbranz 1.000,- S, dann wäre das einfach nicht zu vertreten. Hier hat sicherlich das Musikschulwerk eine Aufgabe, koordinierend zu wirken und auf eine Vereinheitlichung des Schulgeldes hinzuwirken. Daß das auf den Schilling genau sein wird, wird nicht eintreten, aber doch eine Annäherung soll auf jeden Fall erzielt werden.

Zu den 600,- S pro Monat, Kollege Mader, da ist insofern einmal ein Unterschied zwischen uns beiden. Ich bin natürlich von neun Schulmonaten ausgegangen, damit komme ich natürlich nicht auf 7.200,-, sondern auf 5.400,- S. Wenn man jetzt noch die unterschiedlichen Beiträge - wir haben es ja schon in einem Zwischenruf von Kollegen Hummer gehört - in den einzelnen Gemeinden dazu nimmt, dann gibt es nicht nur eine, sondern zahlreiche Gemeinden, wo Schülereltern für eineinhalb Stunden eben diese rund 600,- S pro Monat aufzuwenden haben. Ich gebe gerne zu, es gibt auch andere Gemeinden, wo es weniger ist. Und diese Vereinheitlichung soll also angestrebt werden.

Nun kann man die Musikschulförderung des Landes so sehen, wie es die Kollegin Gehrler sieht, daß es also rund 61 Millionen Schilling sind, aber man kann es auch so sehen, wie ich es sehe, daß es 31 Millionen Schilling sind. Denn die weiteren 30 Millionen Schilling für das Konservatorium würden eigentlich konsequenterweise in den Bereich Wissenschaft gehören, weil hier doch eine Ausbildung von Lehrern stattfindet, eine Akademie ist hier werden Lehrer ausgebildet, wozu noch kommt, daß eine

große Anzahl von Ausländern hier dieses Konservatorium besucht und dadurch ein, weil es den Charakter einer Akademie hat, doch ein universitätsähnlicher Zustand gegeben ist. Es kommt indirekt zweifellos auch der Musikschulförderung zugute, aber sicherlich nicht direkt (Zwischenruf Dr. Mader: Wenn 200 Vorklassenschüler sind, ganz sicher!)

Herr Landesrat Lins hat die Ablehnung auch damit begründet, daß die Gemeinden heuer aus den Ertragsanteilen des Bundes zusätzliche 141 Millionen Schilling mehr bekommen. Das ist sicherlich eine erfreuliche Tatsache für die Gemeinden des Landes. Aber man muß auch die Gesamtsituation der Gemeinden bei dieser Betrachtung sehen. Wir haben heute in der Generaldebatte gehört, daß das Land Vorarlberg eine Verschuldung von 1.150.000.000,- S aufweist und daß die Gesamtverschuldung aller Gemeinden in Vorarlberg doch rund 3 Milliarden Schilling beträgt und hier klappt doch eine sehr große Lücke. (Zwischenruf Dr. Mader: Aber Wasserwirtschaftsfondsmittel sind ein Großteil!) Natürlich auch Wasserwirtschaftsfondsmittel zweifellos, das ist überhaupt keine Frage. Aber 3 Milliarden und eine Milliarde sind halt doch ein wesentlicher Unterschied. Es könnte also ein Teil dieser zusätzlichen Förderung, wenn unserem Antrag stattgegeben würde, den Gemeinden zugute kommen und ein anderer Teil den Schülereltern. Es ist anzustreben, daß die Beiträge der Schülereltern reduziert werden. Wobei ich auch damit einverstanden bin und das halte ich auch für einen richtigen Weg und es entspricht auch unserem Verständnis, wenn finanzschwache Gemeinden eine stärkere Förderung erhalten als wie finanzstarke Gemeinden.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Präsident, Hoher Landtag! Thema Tiefgarage unter der Landesgalerie: Das Thema hat uns schon verschiedentlich im Kultur- und auch im Finanzausschuß beschäftigt. Ich habe mich immer klar dafür ausgesprochen, daß diese Tiefgarage eine Notwendigkeit ist. Sie, Herr Kollege Riedmann, haben heute zu meiner Überraschung erklärt, man soll darauf verzichten, aber eine gewisse Anzahl von Parkplätzen sei dort schon vorzusehen. Ich frage mich, wo das dort möglich sein sollte.

Ich glaube auch nicht, daß Sie recht haben, daß man durch (Zwischenruf Riedmann) eine Tiefgarage zusätzlichen Verkehr in die Stadt hereinziehen kann. Um es kurz zu machen: Ich halte die Tiefgarage für eine Notwendigkeit aus folgenden Gründen:

Erstens: Allein schon wegen des großen Projektes ist das notwendig. Zweites Argument: Die Stadt Bregenz schreibt zurecht jedem Bauwerber, egal ob privat oder öffentlich, vor, eine bestimmte, ausreichend bemessene Anzahl von Parkplätzen und Autoabstellplätzen zu errichten. (Zwischenruf Riedmann - Präsident: Keine Zwiegespräche bitte!) Aber bei diesem Projekt wird es nicht möglich sein, weil das schon umgeben ist von Verkehrsflächen. Dort wird man keine Parkplätze mehr vorsehen können, Sie werden es sehen. Kein Bürger in der Stadt

und im Land sieht ein, daß er aufgrund von öffentlich-rechtlichen Vorschriften Leistungen erbringen soll, die die Stadt großzügigerweise einem anderen Bauwerber - in dem Fall dem Land - erlassen will.

Ausnahmen, Kollege Riedmann, sind immer schlecht, sie sind demokratiepolitisch schlecht und sie sind fachlich und sachlich schlecht. Ich sage Ihnen Beispiele dafür: Beim Mercure-Hotel samt Casinoneubau hat die Stadt Bregenz auch auf die Errichtung einer Tiefgarage verzichtet. Sie hat beide Augen zugedrückt. Das Ergebnis - das weiß jeder in diesem Saal - ist eine Katastrophe, wenn Sie sich die Parkplatzsituation rund um dieses Areal herum ansehen. Zweitens: Beim Bahnhofneubau wurden auch alle Augen zugedrückt Die ÖBB beharren darauf, daß sie aufgrund eines antiquierten Gesetzes von den Baugesetzen des Landes und von den örtlichen Baubehörden verschont sind. Das Ergebnis sehen wir, auch eine Katastrophe.

Gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle. Das gilt auch dann, wenn das Land als Bauwerber bei der Landesgalerie auftritt Man kann nicht von den Bürgern die Einhaltung von Vorschriften unter Opfern verlangen, wenn man es selbst nicht kann und tun will.

Drittes Argument: Durch den Bau der Landesgalerie wird ein derzeit als Parkplatz benütztes Areal verbaut. Dieser Platz wird fehlen, Kollege Riedmann. Er dient jetzt allen möglichen Institutionen rundum zum Parken. Sie haben Idealvorstellungen - sei es drum. Ich möchte sehen, ob Sie mit dem Fahrrad in das Theater kommen.

Viertes Argument: Es muß ein städtisches Anliegen und darüber hinaus auch ein regionales Anliegen sein, den Kornmarktplatz und alles was dazugehört - der ist leider nämlich vor einigen Jahren zu einer Rennstrecke ausgebaut worden in einer vollkommenen Verkennung der Situation - diesen schönen Platz muß man wieder als innerstädtischen Platz zurückbauen. (Zwischenrufe) Das wird Parkplätze kosten und wohin damit? Also, ein Opfer gegen das andere.

Und fünftens: Neben der Landesgalerie stehen schon jetzt die Bezirkshauptmannschaft Bregenz, das Landesmuseum, das Kornmarkttheater, alles Gebäude, die natürlich auch Bedienstete haben und Besucher anziehen. Und die haben auch keine Parkplätze. Es ist nicht falsch, wenn man denen den letzten Parkplatz verbaut, darunter eine Tiefgarage vorzusehen und das Opfer zu bringen. Ich möchte den Herrn Landesrat bitten, nicht hart zu bleiben, sondern sich alle diese Argumente in Ruhe nochmals anzuhören.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Dr. Mader. (Zwischenruf Dr. Lins: No an Breagazar! - Boda viel Breagazar!)

Dr. Mader: Hoher Landtag! Ich möchte mich auch noch kurz dazu melden. Ich bin also dafür, daß eine Tiefgarage gebaut wird aus den Gründen, die der Kollege Bernhard dargelegt hat. Ich möchte aber dem Hohen Hause mitteilen, daß der zuständige Referent der Hochbaureferent ist und daß dieser mir erklärt hat, daß er diese

Sache noch einmal prüfen wird und damit ist glaube ich, der erste Schritt getan, den ich mir wünsche.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 4. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Ing. Fink: Die Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung - ist beziffert mit Einnahmen von 1.381.452.000,- S und Ausgaben von 2.053.769.000,- S. Dies sind bei den Einnahmen 17,92 % und bei den Ausgaben 26,4 % des Landesbudgetrahmens. Schwerpunkte bei der sozialen Wohlfahrt sind ausgabenseitig der österreichweit einmalige siebenstufige Pflegezuschuß mit 40 Millionen Schilling, die Sozialhilfe mit 427 Millionen, die Behindertenhilfe mit rund 300 Millionen und die Familienförderung des Landes mit 50 Millionen Schilling. Bei der Wohnbauförderung wird um 17 Millionen Schilling auf 1.078.000.000,- S abermals aufgestockt und damit wird die hohe Wohnbauleistung des Landes gehalten. Die Energiesparmaßnahmen, die im allgemeinen Interesse liegen, werden dem Energiesparfonds durch die Bereitstellung von 80 Millionen Schilling überantwortet. Bei dieser Gruppe stellte die SPÖ-Fraktion fünf Anträge: 1. Die Einrichtung einer neuen Haushaltsstelle betreffend einen Beitrag des Landes zur Errichtung mobiler Hilfsdienste in der Höhe von 5 Millionen Schilling. 2. Neue Haushaltsstelle: 200.000,- S für einen Fonds zur Unterstützung der Fachkommission für Prostituiertensozialarbeit. 3. Als neue Haushaltsstelle: Beiträge in der Höhe von 4 Millionen Schilling an einen Fonds zur Schuldensanierung von unverschuldet in Not geratenen Personen einzubringen. 4. Bei der Haushaltsstelle 469005 7690052 »Familienförderung des Landes« beantragt die SPÖ-Fraktion eine Erhöhung von 10 Millionen von 50 auf 60 Millionen Schilling. Und 5. wird bei der Haushaltsstelle 482006 2444 »Darlehen an die VOGEWOSI« eine Erhöhung um 100 Millionen von 98 auf 198 Millionen gewünscht. Mehrheitlich lehnte der Finanzausschuß die vorgebrachten Anträge ab, mit Ausnahme, daß zum Punkt »Prostituiertensozialarbeit« die Zusage gegeben wurde, diese Angelegenheit im Rahmen der Sozialhilfe mitzufinanzieren. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Spezialdebatte zur Gruppe 4 zu eröffnen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir strukturieren die Diskussion wieder. Zunächst soziale Wohlfahrt und dann Wohnbauförderung. Zur sozialen Wohlfahrt hat sich zum Wort gemeldet der Abg. Dörler. Ich erteile es ihm.

Dörler: Ich möchte mich mit der integrierten Ambulanten- und Altenbetreuung in Vorarlberg befassen. Es ist ein Thema, das ja heute in der Generaldebatte schon mehrmals angeklungen ist. Die Landesregierung hat in der Folge und der Landtag hat mit seinen Beschlüssen über die Gewährung der Pflegezuschüsse ab 1.1.1990 einen richtungsweisenden und in Österreich sicher einmaligen Schritt gesetzt. Das Ziel und das Bestreben, pflege- und

betreuungsbedürftigen Menschen soweit wie möglich ein sinnvolles Leben in der Familie und in der gewohnten Umgebung zu sichern, um eine größere Wertschätzung des Alters in der Gesellschaft zu erreichen, ist ein sehr hohes. Die Gewährung der Pflegezuschüsse an unsere betagten und pflegebedürftigen Mitbürger ist ein wichtiger und nicht zu unterschätzender Schritt dazu. Neben der segensreichen Einrichtung der fast flächendeckenden Hauskrankenpflege in unserem Bundesland sind es vor allem die Angehörigen, die bisher oft unentgeltlich gewaltige Pflegeleistungen erbracht haben und damit einem betagten Familienangehörigen den Aufenthalt zu Hause ermöglicht haben. Diese Pflegeleistungen sind in Geld nicht auszudrücken, sie sind kostengünstiger, aber auch in weiten Bereichen menschlicher. Die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung, aber auch das soziale Verhalten älterer Mitmenschen, nämlich das Bedürfnis, so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können und erst dann eine Pflegestation aufsuchen zu müssen, wenn eine ambulante Pflege nicht mehr gewährleistet werden kann, zwingen uns für die Zukunft, neue und ergänzende Organisationsformen für die ambulante Altenpflege zu suchen und zu schaffen. Ziel, und wenn Sie wollen, Vision ist es, daß möglichst viel ambulant und wenig stationär geschehen soll. Dies entspricht - ich habe das schon erwähnt - den Bedürfnissen der alten Menschen und kranken Menschen. Möglichst zu Hause gepflegt werden zu können und wenn es geht, auch zu Hause sterben zu dürfen. Die stationäre Unterbringung sollte, wenn möglich, nur vorübergehend erfolgen müssen. Dies ist eine Herausforderung für die bestehenden Alters- und Pflegestationen, die sich in Hinkunft mit den allerschwersten Fällen befassen müssen. Es gilt, eine integrierte Altenpflege zu schaffen, die den Großteil der Pflegemaßnahmen ambulant anbieten kann. Es ist dies vor allem eine menschliche, nicht zuletzt aber auch eine volkswirtschaftlich relevante Komponente. Dies kann natürlich nicht nur eine Frage der häuslichen Pflege von Angehörigen sein. Hier müssen Kombinationsformen zwischen Verwandtenpflege, Hauskrankenpflege, Haushilfen, aber auch Nachbarschaftshilfen gefunden und erprobt werden. Wie bereits erwähnt, die Pflegezuschüsse sind zwar ein überaus wichtiger Schritt. Umfragen bei pflegenden Angehörigen - größtenteils Frauen - ergeben eindeutig aber Wünsche nach Ablösung und Hilfe bei der Pflege. Ängste, mit der Pflege an eine körperliche Belastungsgrenze zu kommen - hier müssen künftighin Strukturen und Organisationsformen geschaffen werden, die den Wünschen nach Ablösung bei der Pflege mit tatkräftiger Hilfe begegnen können. Genügt für den einen oft schon die wache Präsenz, nämlich dort, wo es darum geht, einem von der Außenwelt abgeschiedenen Patienten und dem gelegentlich nicht weniger abgeschiedenen Betreuer Gesprächspartner zu sein, so ist es in andern Fällen ganz einfach eine Überforderung, die Pflege eines älteren Menschen über längere Dauer hinweg allein zu gewährleisten. Hier geht es nicht nur um gelegentliche nachbarschaftliche Hilfen, hier geht es um ein kombiniertes Angebot von Hauskrankenpflege, Familienhilfe,

ambulanter Pflege. Der alte Mensch lebt - und die Tendenz haben wir leider Gottes zunehmend - in sozialen Netzwerken, die ausdünnen. Seine eigene Altersgruppe stirbt nämlich allmählich weg, es bleiben nur wenige Bezugspersonen. Nahe Angehörige, die Familie, Kinder, Enkel, sonstige Verwandte gewinnen hier eine besondere emotionale Bedeutung. Andererseits werden alte Menschen, besonders wenn sie chronisch krank, verwirrt, pflegebedürftig, hochbetagt sind, für Angehörige eine Belastung, die sie oft allein nicht tragen können. Die zukünftige Gestaltung derartiger ambulanter kombinierter Pflegedienste ist meiner Meinung nach die größte Herausforderung der nächsten Jahre, die sich uns in der Soziallandschaft hier stellt. Ich meine, neben der bestehenden Hauskrankenpflege müssen wir alle anderen Dienste zusammenbringen, um eine kombinierte Pflege anbieten zu können. Das ist eine Aufgabe einer Zusammenarbeit im Nahraum und wenn wir das ernst nehmen, dann müssen wir auch mit dieser ambulanten Pflege natürlich eine Pflege sicherstellen, d.h., das kann nicht gelegentlich sein, sondern die Leute, die ambulant gepflegt werden wollen, müssen sicher sein, daß sie ihre Hilfe dazu dann bekommen, wenn sie sie benötigen. Ich glaube, der Theorie, die der Abgeordnete Keckeis in der Generaldebatte aufgestellt hat, diese drei Säulen, primär: Familienpflege, sekundär: ambulante Pflege und drittens die stationäre Einrichtung, der stimme ich uneingeschränkt zu. Das Ziel ist das gleiche. Ich glaube allerdings, daß der Weg, dorthin zu kommen, ein verschiedener Weg ist. Ich halte persönlich nicht sehr viel davon, Einrichtungen im Nahraum - ich weiß, wovon ich spreche - von oben herab anzuordnen oder einzurichten. Da verlasse ich mich sehr wohl auf die praktischen Erfahrungen unseres Bundeslandes, nämlich ambulante Einrichtungen von unten herauf wachsen zu lassen. Nur dann sind wir in der Lage, den Gemeinsinn der Bevölkerung mithereinzunehmen. Die Hauskrankenpflege, die in Österreich, um die uns alle anderen Bundesländer beneiden, ist ein solches Beispiel dafür. Ich meine, wir brauchen diese ambulanten Pflegedienste von unten her, die wachsen und nicht von oben her angeordnet. Die Landesregierung hat zur Verbesserung dieser Strukturen bedeutende Mittel aus dem KRAZAF eingesetzt und für die Verbesserung und Intensivierung der Hauskrankenpflege und Familienhilfe vorgesehen. Es gilt nunmehr, möglichst rasch gemeinsam mit allen sozialen Einrichtungen in den Gemeinden, in der Nahraumbene Modelle für diese Zusammenarbeit zu schaffen. Es gibt bereits Ansätze in einigen Ortschaften des Landes, ich nenne hier Dornbirn, Feldkirch, Hard, aber auch in Ludesch wird ein Modell durchgeführt. Für mich ist das weit weniger eine finanzielle denn eine organisatorisch-fachliche Herausforderung, die sich im Nahraum darstellt. Ich bin überzeugt davon, wenn wir das Problem organisatorisch schaffen, haben wir auch die Mittel dazu zur Verfügung. Die Mittel gibt es einmal aus den Pflegezuschüssen, einmal aus dem KRAZAF, einmal auch aus der Gemeinde selbst, weil ja die Gemeinde für eine ambulante Pflege auch zuständig ist. Krankenpflegevereine, Sozialsprengel, wo sie vorhanden sind, gesunder Lebensraum sind wichtige

Einrichtungen, die uns bei der Verwirklichung dieser Aufgaben helfen werden. Nicht zu vergessen, wir müssen die Zusammenarbeit mit den stationären Einrichtungen, Pflegeheimen auch da intensivieren, weil wir in dieser Zusammenarbeit dort noch viele Ressourcen herausbekommen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Salzgeber:

Salzgeber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Familie steht auch im kommenden Jahr 1990 wieder im Mittelpunkt der Landespolitik und es ist mir an und für sich unerklärlich, warum immer wieder Sozialleistungen des Landes, die den Familien zugute kommen, negativ beurteilt werden. Wir sind ohnedies Vorreiter für ganz Österreich, denn kein anderes Bundesland, auch kein sozialistisch dominiertes Bundesland, hat bisher nur annähernd gleiche Leistungen an Familienhilfen erbracht. Die Angriffe gehen vor allem dahin, daß Familienförderung bereits ab dem ersten Kind ausbezahlt werden soll unter dem Schlagwort »jedes Kind ist uns gleich viel wert«, aber es ist eine wesentlich andere Situation, wenn ein zweites Kind die Familie vergrößert. Die Familienbeihilfe des Bundes deckt schon beim ersten Kind die Kosten nicht und bei jedem weiteren Kind sinkt das Pro-Kopf-Einkommen weiter ab. Daher glauben wir, daß es wichtig ist, die Mehrkinderfamilien zu fördern und zu unterstützen. Zudem sind wir auch der Auffassung, daß es eine Überforderung der Landesfinanzen wäre, wenn andere Sozialmaßnahmen geschmälert werden müßten, wenn man alle Familien ab dem ersten Kind in diese Aktion miteinbeziehen würde. Sie wollen doch sicher auch nicht, daß z.B. Beträge für die Familienhelferinnen gekürzt werden oder daß man diesen Familienpflegezuschuß gar nicht einführen könnte. Wir wollen alle, daß unsere Kinder mit besten Voraussetzungen das Leben meistern sollen. Die ersten Lebensjahre sind daher bestimmend für eine gute Entwicklung. Wir wollen also dann, wenn kein Karenzgeld mehr zusteht, es einem Elternteil - und meist ist es die Mutter - ermöglichen, sich dem Kinde zu widmen, denn die beste Grundlage für eine positive Lebensgestaltung finden Kinder in der Familie. Wenn nun sozialistische Frauen immer wieder die Hilfestellung für die Familien als ein Zurückdrängen der Frauen an den Herd bezeichnen, so denken Sie, meine sehr geehrte Kollegin Langanger, vielleicht vor allem an die Managerin in gehobener Position oder an die Chefsekretärin oder an die Frau Doktor. Aber Frau Langanger, bitte fragen Sie einmal eine Arbeiterin am Fließband, ob sie ihren Arbeitsplatz nicht gerne gegen die Arbeit in der Familie eintauschen würde. Umfragen haben nämlich ergeben, daß über 80 % dieser Arbeiterinnen gerne ihre Arbeit aufgeben würden, wenn nicht finanzielle Gründe sie dazu zwingen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Genau das!) Wir wissen, daß Industrie und Handel, daß der Sozialbereich und vor allem Schulen auf Frauen nicht verzichten können. Von einem Abschieben der Frauen zur Arbeit in der Familie kann daher keine Rede sein. Aber die Frauen sollten ja frei wählen können. Sie würden staunen, wie viele Frauen der Arbeit in der

Familie den Vorzug gäben, würde sie nicht die Notwendigkeit zwingen mitzuverdienen. Und es ist aber leider Gottes auch eine alte Diskriminierung, die immer wieder hinter der Erwerbsarbeit rangiert; Eine bezahlte Hausangestellte ist eine Perle. Und welche »Nur-Hausfrau«, die dieselbe Arbeit, leistet und vieles mehr dazu, wird je als »Perle« bezeichnet - dies sei an die Männer gerichtet. (Zwischenrufe Halder Woll, woll!- Jäger: Des tuammar, wenn Ihr net zulosand!) Die Familienförderung des Landes ist eine Anerkennung, die längst fällig war und die vor allem den Kindern zugute kommt. Daß auch das Land einer Rückkehr der Frauen ins Berufsleben sehr positiv gegenübersteht, ersieht man aus den Leistungen, die für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase vorgesehen sind. (Zwischenruf Dr. Häfele: Das zweite Karenzjahr?) Ich bitte Sie; diese familienfördernden Maßnahmen als unsere Sorge um die familienfreundliche Betreuung unserer Kinder objektiv zur Kenntnis zu nehmen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Alles schöne Wort und kein zweites Karenzjahr!) (Zwischenruf: Das haben Sie verhindert!)

Präsident: Wenn ich zum Sozialen keine weiteren Wortmeldungen mehr habe; erteile ich das Wort dem Abg. Vallaster zum Thema »Entwicklungshilfe«.

Vallaster: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Budgetgruppe ist auch der Bereich der Entwicklungshilfe und Entwicklungshilfe ist eine echt humanitäre Aufgabe, der sich vor allem die Industrienationen zu unterziehen haben: Auch Österreich und damit Vorarlberg ist aufgerufen, seinen Anteil bei der Lösung der weltweiten Entwicklungsprobleme zu übernehmen. In diesem Landesbudget sind 5 Millionen Schilling für die Hilfe für Entwicklungsländer vorgesehen. Wir müssen aber trotzdem für ein neues Verständnis von Entwicklungshilfe Überlegungen anstellen. Ein Umdenken kann etwa darin bestehen, daß Unterentwicklung nicht länger als Randthema vernachlässigt wird, sondern als soziale Frage dieses Jahrhunderts behandelt wird. Entwicklungspolitik kann nicht länger auf Entwicklungshilfe beschränkt werden. Sie ist auch nicht mehr alleine Aufgabe von bestimmten; dafür besonders eingerichteten Institutionen. Entwicklungspolitik muß innerhalb der globalen Politik einen festen Platz einnehmen und in andere Bereiche des öffentlichen Lebens integriert werden. Daher ist es notwendig, daß die Entwicklungspolitik im Bereich der Landesregierung zu einem eigenständigen, integrierten Sachbereich aufgewertet wird. Zu überlegen gilt es auch, daß die Entwicklungsproblematik in der Schule und in der Erziehung nicht als Randfrage, die nur fremde Völker betrifft, betrachtet wird. Ich glaube, daß ein Beamter des Landesschulrates mit dem Bereich »Schule und internationale Verantwortung« betraut werden sollte. Die Weltgesellschaft ist wie nie zuvor in ihrer Geschichte durch ein engmaschiges- Netz, von Beziehungen verbunden und voneinander abhängig. Wir erleben dieses Beziehungsgeflecht z.B. in der rohstoffverarbeitenden Industrie, in der Diplomatie, im Tourismus, im alltäglichen Leben beim

Kauf tropischer Früchte usw.. Dabei sind die Beziehungen zu den verarmten Massen in der sogenannten Dritten Welt, die die Mehrheit der Weltbevölkerung darstellen, nicht harmonisch. Sie sind vielmehr, wenn auch noch wenig artikuliert, sehr konfliktgeladen. Diese offensichtlich unbewältigten Konflikte zwischen arm und reich müssen für uns zu einer besonderen Herausforderung werden. Sie bedeuten für uns die Aufgabe, die Beziehungen in gegenseitiger Verantwortung zum Wohl aller Beteiligten gerechter und menschenwürdiger zu gestalten. Diese Herausforderungen anzunehmen, liegt in unserem eigenen Überlebensinteresse, im Interesse von hunderten Millionen in Elend und Unterdrückung, es bedeutet nicht zuletzt einen entscheidenden Prüfstein für die Ideologien, die sich dem Fortschritt der Menschheit als Ganzes verschrieben haben. Diese Herausforderung muß aber auch jede religiöse Mensch annehmen, der sich der Rettung der Menschen und dem Auftrag zur Mitarbeit an der Schöpfung verpflichtet weiß. Darin liegt die große Aufgabe und Ziel für das Leben des einzelnen, für das politische Handeln allgemein und die Entwicklungspolitik im besonderen. Darum möchte ich noch einmal festhalten, es ist also sicher wichtig, daß im Bereich der Landesregierung ein eigenständiger Bereich geschaffen wird.

Präsident: Ich erteile das Wort der Frau Abg. Flinspach.

Flinspach: Ich habe beim aufmerksamen Lauschen der Rede der Abgeordneten Salzgeber leider vergessen, mich rechtzeitig zu melden, hoffe aber, daß es die Geschäftsordnung nicht allzu strapaziert, wenn ich noch einmal auf die familienpolitischen Maßnahmen kurz zurückkomme. Die Pflegezuschüsse zur Altenpflege begrüßen wir ebenso wie alle andere Parteien. Sie bedeuten allerdings - und das gebe ich hier zu bedenken - eine weitere Belastung vor allem der Frauen. Es wäre daher unserer Forderung nach Pensionsberechtigung für diese Arbeit, für die Hausarbeit, für die Altenpflege, für die Familienarbeit von allen Parteien Unterstützung zu leisten. Ich bitte hiermit, diese Forderung bundesweit mit uns in Zukunft verstärkt zu vertreten. (Zwischenruf Greber: Da fordert Ihr nichts Neues!) Ich habe jetzt an den Herrn Landesrat Mayer noch Fragen und zwar: Was bedeuten die Kosten der Jugendhilfe außerhalb von Heimen, insgesamt mit 26 Millionen? Was sind die sonstigen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege mit insgesamt 12,3 Millionen in diesem Budgetansatz? Warum sind die Förderung privater Jugendeinrichtungen 1989 noch mit 500.000,- S, im Budget 1990 mit 1.000,- S noch angesetzt? Eine weitere Frage zur Ausbildung von Sozialarbeitern - dieser Posten ist mit 150.000,- S dotiert. Im allgemeinbildenden Unterricht ist z.B. die theoretische Bereitschaft zur Weiterbildung mit 3,7 Millionen dotiert. Was beinhaltet diese Ausbildung von Sozialarbeitern? Ist z.B. hierauch eine Supervision inbegriffen, die Berufe wie Sozialarbeiter oder wie Reha-Personal verstärkt benötigen? Das Rena-Personal ist mit 220.000,- S in einer eigenen Post »Aus- und Fortbil-

dung« dotiert. Ich weiß es von Leuten, die z.B. in der Lebenshilfe arbeiten, daß sie mit ihrer Situation sehr unzufrieden sind, und möchte gerne Aufklärung, welche Art der Aus- und Fortbildung hier gemeint ist. Was mir fehlt, das ist die Förderung autonomer Projekte, vor allem autonomer Frauenprojekte. Ich möchte hier das Projekt »Frauengetriebe« und das Projekt »AFFRA« anführen, beides Projekte, die sich mit der Anstellung von arbeitslosen Frauen beschäftigen. In welcher Post sind diese Projekte, oder Projekte ähnlicher Art, enthalten? Dann die Hilfe für Entwicklungsländer, die mit 5 Millionen im Gesamtrahmen von über 2 Milliarden wirklich auch unserer Meinung nach unterrepräsentiert ist. Es steht unser Antrag auf Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates, und wir bitten hiermit, diesen Antrag bei der Behandlung im entsprechenden Ausschuß zu unterstützen. Die Familienförderung ist mit ihren 50 Millionen auch unserer Meinung nach für die 1-Kinder-Familie zu wenig, zu gering, überhaupt nicht dotiert. Es wäre vielleicht dann in den kommenden Jahren, da es in diesem Budget nicht mehr möglich ist, trotzdem zu überlegen, ob in diese Richtung auch etwas gefordert werden kann, was bisher nicht gefördert worden ist. Dankeschön.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Salzgeber.

Salzgeber: Herr Präsident! Hoher Landtag! Frau Kollegin Flinspach, zu Ihrem Wunsch kann ich Ihnen nur sagen, Sie rennen hier offene Türen ein, denn diese Forderung nach Anerkennung von Pensionszeiten für Kindererziehung wurde bereits 1972 gestellt und leider ist bis heute dieser Forderung noch kein Gehör geschenkt worden. Ich darf Ihnen vielleicht noch zur Hausfrauenarbeit im allgemeinen etwas sagen: Nach einer Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes leisten die österreichischen Frauen pro Jahr in den Haushalten unbezahlte Arbeit im Wert von mehr als 400 Milliarden Schilling. Sie erwerben aber damit weder einen Pensionsanspruch noch bekommen sie ein Karenzgeld. Und angesichts der für die gesamte Wirtschaft des Landes so bedeutsamen Arbeitsleistung ist es eigentlich wirklich unverständlich, daß Haushalts- und Erziehungsarbeit sozialrechtlich und damit gesellschaftlich kaum anerkannt ist. So haben etwa Nur-Hausfrauen bei der Geburt eines weiteren Kindes keinen Anspruch auf Karenzgeld. Auf diese Ungerechtigkeit möchte ich verweisen, zumal 50 % des Karenzgeldes aus dem Familienlastenausgleichsfonds, in den auch der Familienhalter einzahlt, aufgebracht wird. Und ein weiterer Kritikpunkt ist natürlich die ungenügende Berücksichtigung im Pensionsrecht Frauen erwerben sich durch die Führung des Haushaltes keinerlei selbständige Pensionsansprüche. Und es darf nicht dazu kommen, daß vor allem junge Frauen den Eindruck erhalten, ein Kind bedeute automatisch einen Abstieg in allen Bereichen, denn Hausarbeit und Kindererziehung müssen als wichtigste Leistungen gesehen werden. Eine Grundvoraussetzung, das Ja der Frauen zu Kinder und Haushalt und Altenpflege aufzuwerten, wäre die Anerkennung der Kindererziehung und der Seniorenbetreuung auf die Pension. Dies würde

natürlich automatisch eine Erhöhung der Frauenpensionen auch bedeuten und hier erhebt sich einfach die Frage, gibt es Frauen tatsächlich, gleiche Rechte und gleiche Chancen?

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dörfer.

Dörfer: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte zu den zwei Anträgen der SPÖ-Fraktion Stellung nehmen und zwar zuerst zum Antrag der Frau Langanger über Prostituiertenarbeit und Schuldensanierungsfonds. Zur Prostituiertenarbeit: Im Rahmen der Sozialarbeit am Institut für Sozialdienste wird seit Jahren mit Frauen aus dem sogenannten Milieu gearbeitet. Es geht dabei um die Betreuung jener Frauen und Mädchen, die aus dem Milieu aussteigen wollen. Vorab einige Zahlen: In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 47 Frauen und Mädchen betreut, die entweder ausgestiegen sind oder dabei sind auszusteigen. Es ist dies eine Arbeit, die mitten im Milieu stattfindet und die, wenn sie erfolgreich sein soll, möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit geschieht. Der Wunsch von Prostituierten, aus ihrer Arbeit herauszukommen, ergibt sich oft durch innere oder äußere Krisen, wie Krankheit seelischer aber auch körperlicher Art, Verhaftung des Zuhälters, ungewollte Schwangerschaft. Unsere Mitarbeiterin ist im Milieu bekannt, dort läuft die Mundpropaganda bekanntlich sehr gut. Neben der Problematik der Prostitution an und für sich gibt es fast in allen Fällen die bekannten Begleiterscheinungen von Alkohol- und Drogenmißbrauch, die typisch für diese Arbeit im Milieu ist. Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen sicher nicht zu schildern, daß dies eine der härtesten Arbeiten in der Sozialarbeit ist. Diese Arbeit ist verbunden mit einem sehr hohen persönlichen Sicherheitsrisiko, trotz allem ist sie notwendig, weil auch Prostituierte oder gerade sie oft seelisch an ihren Lebenssituationen zerbrechen. Das Aussteigen ist ein sehr langwieriger Prozeß mit vielen Rückschlägen und vielen Mühen seitens der Berater und seitens der betroffenen Frauen. Einen klassischen Ausstieg gibt es nicht, jeder Fall ist anders. Gleich ist in allen Fällen, daß die Frauen, die aussteigen, praktisch völlig mittellos dastehen, oft nicht einmal über die genügende Bekleidung verfügen. Sie wurden ja wortwörtlich in den letzten Jahren in mehrfacher Weise ausgebeutet und hier vor allem von den Zuhältern. Gleich ist auch allen die Notwendigkeit, möglichst für eine längere Zeit weg aus der Umgebung zu kommen, in ein anderes Bundesland, um eine neue Existenz aufbauen zu können. Im Einzelfall erhalten Prostituierte keine Sozialhilfeunterstützung seitens der Bezirkshauptmannschaften. Hier gibt es tatsächlich einen Bedarf an direkten Zuschüssen, um lebenswichtige Gegenstände wie Essen oder Kleidung beschaffen zu können. Aus diesem Grunde unterstütze ich inhaltlich den Antrag der Frau Kollegin Langanger, wobei ich nicht der Meinung bin, daß eine eigene Haushaltsstelle dafür geschaffen werden müßte. Wir bemühen uns seit Jahren mit Erfolg und durch private Spenden, aber darüber hinaus, wenn wir öffentliche Mittel brauchen, gibt es im Rahmen des

Sozialhilfebudgets die Möglichkeit - auch das Vorarlberger Hilfswerk hilft uns immer wieder in diesem Punkt weiter. 2. Schuldensanierungsfonds: Es ist heute schon mehrmals die Schuldenberatung angesprochen worden. Ich möchte Sie kurz darüber informieren: Die Überschuldung von Privathaushalten ist trotz Hochkonjunktur, Wohlstandsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat ein Phänomen und ein Problem, das in allen westeuropäischen Staaten in den letzten Jahren verstärkt auftritt. Eine Arbeiterkammerstudie weist aus, daß es in Österreich rund 170.000 Haushalte gibt, die durch Kreditverschuldungen in ihrer Haushaltsführung beeinträchtigt sind. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig, ich möchte Ihnen aber einige aus unserer Erfahrung gemachte Gründe anführen: 1. Unsere Konsumgesellschaft mit den bekannten Mechanismen wie hoher Werbeaufwand, riesige verlockende Einkaufszentren, anonymer Versandhandel, Anonymisierung der Kunden, ein hoher Lebensstandard - oft höher als das Einkommen es zulassen würde. 2. Sehr aggressive Bankwerbung für Kredite, wobei ich betone, man darf da nicht alle Banken in einen Topf werfen, aber Sie erleben das ja tagtäglich, wie schnell man zu einem Kredit kommen kann. Die Verführung zum Schulden machen, ein für mich zu leichter Zugang zu Krediten, Möglichkeiten von Kontenüberziehungen, Ratenkäufen und dann Kredite von sogenannten Risikobanken mit einer Verzinsung zwischen 15 und 20 %. 3. Geänderte Wohnsituationen durch die Anonymisierung des Wohnens, auch ein Wegfall von sozialer Kontrolle. 4. Die materielle Orientierung unserer Gesellschaft - Haben statt Sein. Und 5. und nicht zuletzt: Viele Eltern kommen auch unter Druck von ihren Kindern, die ihren Lebensstandard und ihre Möglichkeiten mit jener ihrer Schulkollegen vergleichen. Allein im laufenden Jahr 1989, also von Jänner bis Oktober, sind 193 Menschen und damit verbunden auch ihre Familien, zur Schuldenberatung des IFS gekommen. Allen gemeinsam ist das Problem, daß die tiefgreifende Zerrüttung der finanziellen Situation im Haushalt häufig mit schwerwiegenden psychischen und innerfamiliären Konflikten verbunden ist. Dazu haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Überschuldungssituation nicht nur immer das Resultat von Leichtsinn und falscher Geldplanung, sondern auch von unvorhergesehener Arbeitslosigkeit, schwerer Krankheit und sehr sehr oft in sehr vielen Fällen von Ehescheidung ist. Der Verbraucher ist auf diese Situation meist nicht vorbereitet und überfordert, ohne Hilfe damit umzugehen, plötzlich kaum noch Geld zu haben, seine Schulden nicht bezahlen zu können, von Pfändungen, Wohnungskündigungen und massivem Zusammenbruch des bisherigen Lebensniveaus bedroht zu sein. All dies erschüttert die gesamte persönliche und soziale Existenz, bedroht Persönlichkeitsstruktur und familiäre Beziehung. Wenn ich von 193 Fällen in diesem Jahr in den ersten zehn Monaten gesprochen habe, so muß ich ergänzen, daß die durchschnittliche Überschuldungssumme je Fall sich auf 600.000,- S beläuft. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr ergibt dies eine Verschuldungssumme von ca. 140 Millionen Schillingen, mit welchem unsere Berater zu tun

haben. Meine Damen und Herren, diese Summe spricht für sich und da gebe ich der Abgeordneten Kräutler-Berger nicht recht, wenn Sie bedenken, daß es sich dabei nicht um »Hütlebauer« handelt, denen der Kreditsumme entsprechende materielle Werte in der Regel gegenüber stehen würden, sondern fast durchwegs von Übersehdungen im Konsumbereich - man stelle sich vor, etwa 140 Millionen Schilling Überschuldung. Bei der Schuldenberatung geht es nicht einfach um die Abdeckung der offenen Schulden, sondern um Schuldenregulierung und Schuldensanierung. Ich würde Sie bitten, daß Sie, wenn Sie angesprochen werden, daß Sie das immer wieder weitergeben. Es kann ja nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, Schulden zu übernehmen. Es geht darum, Schulden zu sanieren und Schulden auch zu regulieren. Bei der Schuldenregulierung verstehen wir die Erzielung neuer vertraglicher Vereinbarungen, etwa durch Umschuldung mit günstigen Krediten. Da ist der Schuldner in der Regel in der Lage, durch eine geschickte Umschuldung selbst für seine Schulden aufzukommen. Bei Schuldensanierungen dreht es sich meist um außergerichtliche, oft aber auch um gerichtliche Ausgleiche. Parallel - und das ist das wichtigste der Schuldenberatung - muß mit dem Kunden oft über neue Verhaltensweisen und neuen Umgang mit Geld und Schulden gearbeitet und geprobt werden. Meine Damen und Herren, dies ist ein äußerst schwieriger und langwieriger Prozeß, den der Berater und die Klienten miteinander eingehen, aber nur diese Arbeit führt zum Erfolg. Die Entschuldung an und für sich mindert zwar im Moment den Leidensdruck, führt aber zu keiner Verhaltensänderung und, wie wir aus unserer Erfahrung wissen, zu neuerlicher oft noch höherer und schnellerer Wiederverschuldung. Wir müssen also auf jeden Fall das Verhalten des Klienten beeinflussen, sein Verhältnis zum Geld verändern und nur dann ist Schuldenberatung und Schuldensanierung erfolgreich. So verlockend Barmittel - und im Falle des Antrages der SPÖ, öffentliche Mittel für den Berater oder gar für den Schuldner sein mögen - für langfristige Verhaltensänderungen sind diese nicht zielführend. Abgesehen davon, daß der Landeshaushalt jedenfalls all die Summen niemals bereitstellen könnte, die notwendig wären, um solche Schulden abzudecken. Ich mache Sie darauf aufmerksam, wenn es Geld für Schulden gibt, haben wir mehr als 193 Klienten in den ersten zehn Monaten da und die Gläubiger sind weit weniger bereit, auf Ausgleich einzugehen. Bei der ganzen Arbeit geht es darum, einem Gläubiger dann auch glaubhaft zu machen, daß, wenn er nicht auf einen Ausgleich eingeht, er sonst überhaupt kein Geld mehr bekommt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß bei den Ausgleichen, - ich habe das schon erwähnt - die etwa bei einer Erfüllungsquote von 10 bis 20 % liegen, die Darlehensgeber zur Kasse gebeten werden müssen. Das ist die beste Vorsorge gegenüber unüberlegten und oft unzulässig leichten Kreditgewährungen. Ich verschweige nicht, daß wir im Rahmen einer Fachkommission »Schuldenberatung« am IFS, in welcher Manager der bedeutendsten Vorarlberger Bankinstitute, Versicherungsgesellschaften, Handelsketten, aber auch Arbeiterkammer und Indu-

striellenvereinigung vertreten sind, Überlegungen angestellt haben, wie wir in Einzelfällen Haftungen für Kredite erhalten, die in gerichtlichen oder außergerichtlichen Ausgleich für die Abgeltung der Ausgleichsrate notwendig geworden sind. Sie können einen Ausgleich mit 10 oder 15 % nur dann erhalten, wenn sie schlußendlich den Gläubigern eine Cash-Zahlung dieser 10 oder 15 % anbieten - das hat der Schuldner nicht, dann muß man einen neuen Kredit eingehen, für den gehaftet werden muß. Ich betone, das sind die Ausnahmesituationen. Wir haben also versucht, solche Haftungen zu erhalten und haben uns vorgestellt, daß diese Vorarlberger Bankinstitute einen derartigen Haftungsrahmen einräumen. Wir haben an eine Größenordnung von zwei bis drei Millionen Schillingen gedacht und hatten auch die Zusagen der Vorarlberger Banken, diesen Haftungsrahmen zur Verfügung zu stellen. Leider Gottes und ich bedauere das sehr, wurde diese Zusage, dieses Bemühen der Vorarlberger Bankwirtschaft, von der zuständigen Bundeskammer über Weisung der Bundeskammer, Sektion Geld, Kredit und Versicherungswesen, beeinträchtigt unter Hinweis auf Präjudizwirkungen in anderen Bundesländern. Darüber sind wir unglücklich, wir geben da aber nicht auf, wir wollen da noch weitermachen. Es kann ja nicht sein, daß die Vorarlberger Banken nicht selbst über ihr Geld entscheiden sollen und dürfen. Da es sich um Einzelfälle handelt - ich habe das erwähnt - haben wir daraufhin derartige Haftungskredite über die Sozialhilfeträger des Landes erhalten. Die Sozialhilfe ist ja, wenn Sie wollen, eine Art Fond. Ich muß nicht noch einmal einen Fonds zu einem Fonds gründen, wenn ja ohnehin die öffentliche Hand Haftung übernimmt, dann schaue ich lieber, daß ich mit der Sozialhilfeabteilung, die dafür zuständig ist, auch eine Haftungsdecke bekomme. Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Nicht die Zurverfügungstellung von Barmitteln aus der öffentlichen Hand, sondern intensive Beratungs- und Betreuungsarbeit von professionellen Mitarbeitern der Schuldenberatung bieten wirksame Garantie auf Entschuldung und vor allem auch Verhinderung von Neuverschuldung. Eine Intensivierung der Schuldenberatung ist nicht nur aus sozialpolitischen Gründen erforderlich. Gerät eine Familie in finanzielle Nöte, so lauern meist auch andere soziale Krisen wie Trennung der Eltern, Schulschwierigkeiten der Kinder, Fremdunterbringung, die wir teuer aus einem anderen Topf wieder bezahlen müssen. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten, nämlich Einsparung bei Sozialleistungen, rechnet sich die Schuldenberatung unter der Voraussetzung, daß die Arbeitskonzeption bestimmten qualitativen Anforderungen gerecht wird. Qualitativen Anforderungen sowohl im Bereich des sozialen Lernens, aber auch im Bereich des Umgangs mit den Kreditgebern, seien es Banken, Versicherungen, aber auch Versandhäuser. Unser Konzept der Schuldenberatung sieht hier die Kooperation zwischen Beratern und Therapeuten einerseits und Mitarbeitern andererseits vor, die im Umgang mit Geld und Krediten professionell arbeiten. Das ist nicht ein Spielfeld, wo man einfach nur mit Sozialromanik hinein kann, da geht es um sehr viel Geld - ich habe das

vorhin erwähnt. Da müssen auch Leute mitarbeiten, die professionell mit Geld umgehen können. Wir benötigen derzeit keinen Fonds zur Schuldensanierung, dieser würde innerhalb weniger Wochen leer sein und nicht zur gewünschten Verhaltensänderung der verschuldeten Klienten führen. In Ausnahmefällen stehen uns private Hilfsorganisationen, aber auch das ausgebaute Netz an Sozialhilfe und das Vorarlberger Hilfswerk zur Verfügung. Ich vergesse nicht noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir auf das Angebot der Vorarlberger Banken noch einmal zurückkommen. Danke.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Fend.

Fend: Herr Präsident, Hohes Haus! Gestatten Sie mir einige Worte zu dem Antrag der SPÖ, eine neue Haushaltsstelle einzuführen als Beitrag zur Errichtung mobiler Hilfsdienste und zwar aus meiner persönlichen Erfahrung. Ich gebe Ihnen, Herr Dr. Keckeis, ebenfalls recht, daß diese drei Säulen, die Sie aufgezählt haben, sehr wichtig sind für die Pflegedienste und die Nachbarschaftshilfe und zwar erstens die Familien- und Nachbarschaftshilfe, zweitens der ambulante Dienst und drittens die Alten- und Krankenstationen. Nur glaube ich auch, daß diese Aufzählung gleichzeitig eine gewisse Wertung darstellt und auch in dieser Reihenfolge eine Wertung sein kann, nämlich daß die Wichtigkeit dieser Hilfsdienste zuerst durch die Familie gemacht wird. Die Landesregierung hat ja durch die Einführung des Pflegezuschusses gerade diese Tätigkeit versucht zu unterstützen und die Leute dazu zu motivieren, daß sie bereit sind, ihren Anverwandten oder älteren Menschen, die einer Pflege bedürfen, zu helfen gegen ein Entgelt. Als nächstes wäre, soweit eben Verwandte nicht vorhanden sind, die Nachbarschaftshilfe gedacht, hier einzuspringen. Und ich glaube, daß private Hilfsdienste wesentlich besser sind, als wenn solche Dienste institutionalisiert werden. Auch auf ihren Satz möchte ich noch zurückkommen und der bestätigt mir, daß unsere Vorgangsweise richtig ist - Sie haben gesagt, Hilfsbedürftige sollen dann die Hilfe bekommen, wenn eine solche Hilfe gebraucht wird. Wenn wir daran denken, bezahlte Hilfsdienste zu institutionalisieren, dann müssen hauptberufliche Personen angestellt werden, die aber nicht gleichzeitig überall sein können. In der Nachbarschaftshilfe - wir haben in Götzis im »Gesunden Lebensraum« diese Vorgangsweise bereits eingeführt - stehen viele Privatpersonen zur Verfügung, die gleichzeitig eingesetzt werden können. Wenn eine Person wie bei der Institution der Familienhelferin eben überlastet ist und mehrere Anforderungen erwartet werden, kann sie, weil sie sich eben nicht teilen kann, nur an einem Ort sein, während hier mehrere Personen bereit sind, gleichzeitig gewisse Dienste zu übernehmen. Und ich glaube, daß diese private Institution wesentlich besser ist und auch wesentlich billiger. Wir bieten auch hier den Frauen die Möglichkeit, nebenbei etwas dazuzuverdienen. Sie haben ja die Gelegenheit und die Möglichkeit, bis zu 40.000,- S ohne irgendwelche steuerlichen Folgen, ohne Verlust des Alleinverdienerfreibetrages, Hilfelei-

stungen zu machen und in dieser Höhe einen Verdienst einzugehen. Die Krankenpflegevereine - wie es bereits erwähnt worden ist - die über das ganze Land flächendeckend ihre Tätigkeit ausüben, haben diese Möglichkeit bereits aufgegriffen. Sie vermitteln die Personen. Es entsteht eine Rechtsbeziehung zwischen dem Gepflegten und der Pflegerin und dadurch ergeben sich keinerlei Probleme, keine Nebenkosten usw.. Ich glaube, daß wir dadurch, daß wir hauptamtliche Personen einsetzen, die diese Dienstpflege wahrnehmen, diese privaten Initiativen eher unterdrücken oder nicht zum Aufkeimen bringen. Ich glaube, daß es besser ist, überall dort, wo private Aktivitäten möglich sind, diese zu unterstützen. Deshalb glauben wir, daß über den Krankenpflegeverein in diesen privaten Nachbarschaftshilfen der Versuch gemacht werden sollte, diese Hilfen anzubieten. Es kann sein, daß in einer späteren Folge - und sie werden dann sicher sagen, jetzt kommt die ÖVP wieder auf unseren Vorschlag zurück - eventuell auch Personen institutionalisiert eingesetzt werden müßten, um dort, wo diese ganze Nachbarschaftshilfe nicht möglich ist, ambulante Dienste anzubieten. Ich glaube aber, daß das der richtige Weg ist, die Nachbarschaftshilfe zu fördern und Privatinitiativen zu fördern. Leider ist es so, daß die Pionierarbeit der ÖVP im Lande Vorarlberg immer mit Bundesgesetzen eher in Schwierigkeiten kommt, weil eben die Vorreiterrolle der ÖVP in Vorarlberg natürlich in Wien nicht dazu führt, daß neue Gesetze abgestimmt oder neue Gesetze angepaßt werden solchen Zuschüssen, solchen Aktivitäten. Es wäre wünschenswert, wenn hier auch der Bundesgesetzgeber diesen Aktivitäten Rechnung tragen würde. (Zwischenruf Dr. Häfele: Riegler bitten!)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Herr Präsident, Hoher Landtag! Frau Abgeordnete Salzgeber, ich finde es sehr schön, daß Sie einer Entlohnung der Hausarbeit und Kinderbetreuung das Wort sprechen. Ich würde Sie nur bitten, vielleicht in Zukunft in Ihre Gedanken auch einfließen zu lassen, daß diese Arbeit nicht nur die Frauen leisten können sondern auch die Männer und daß mit diesem gewünschten Lohn nicht diese über Jahrhunderte übliche gesellschaftliche Arbeitsteilung weiter perpetuiert wird. (Zwischenruf Nosko: Danke!) Ich denke Herr Nosko, Sie sind sicher fähig, einen Haushalt zu führen und die Kinder zu betreuen.

Zur Prostituiertenberatung: Ich halte es für sehr gut, daß diese Budgetpost geschaffen wurde. Irgendwie ist das alles nur ein bißchen eigenartig, daß die Prostituierten beraten werden, die es ja eigentlich nicht gibt bei uns, weil die Prostitution ja nicht erlaubt ist. Also vielleicht käme man einmal dazu, diese äußerst scheinheilige Lösung des Problems zu überdenken. Es kann doch nicht angehen, scheinheilig hier die Beratung zu fördern und auf der anderen Seite immer wieder zu sagen, der Straßenstrich ist bei uns verboten, den gibt es ja eigentlich gar nicht und in Wahlkampfzeiten zur Prostituiertenhatz aufzurufen, wie geschehen. Man steckt sich hinter die Exekutive und

an der Rheinstraße und Betonstraße werden in der Nacht Frauen gejagt. Es heißt dazu in einer Gratispostille, es wurde der Herr Landesrat Grabher zitiert: »Für die Gemeinden ist die Lösung des Problems« - also des Prostituiertenproblems - «mindestens so wichtig wie die Mülllösung.« Also man sieht (Zwischenruf Grabher: Hat ma des zitiert?) - Das hat man zitiert, ich habe nicht gesagt, Sie haben das gesagt. Ich hoffe, Sie haben das nicht so gesagt.

Herr Abgeordneter Fend, mich würde interessieren bei Ihrem Projekt der Nachbarschaftshilfe - das ich ja für gut und lobenswert halte, es soll immer freiwillige Hilfsleistungen geben in unserer katholischen Gesellschaft. Mich würde interessieren, die Frauen, Sie haben vor allem von Frauen gesprochen, die diese Nachbarschaftshilfe machen. Sind die über ihren Verein oder was immer das für eine Organisation ist oder für einen rechtlichen Status hat, sind die Frauen versichert? Haben sie Pensionsansprüche für ihre Arbeit, oder sparen sie sich damit diese Arbeitgeberausgaben und machen Sie damit weiter in der üblichen Sozialpolitik des Landes, wo über die Nachbarschaftshilfe soziale Probleme individualisiert werden sollen, wo sogenannte frustrierte Hausfrauen ein bißchen einen Nebenjob kriegen und den anderen Leuten helfen dürfen? Vielleicht liege ich mit meinen Fragen falsch, aber vielleicht können Sie mich da näher informieren.

Präsident: Der Abg. Fend hat das Wort. Solche Dinge könnten vielleicht auch dann und wann in privaten Gesprächen erklärt werden.

Fend: Nachdem ich angesprochen bin, möchte ich auch dazu Stellung nehmen. Es ist sicher so, daß im Rahmen des »Gesunden Lebensraumes«, der in Götzis sehr aktiv ist, es unentgeltliche Tätigkeiten nach wie vor gibt und zwar Nachbarschaftshilfe, Besuchdienst, Fahrdienst, Kinderbetreuung usw.. Nur haben wir festgestellt, daß es auf lange Dauer nicht möglich ist, jemand zu bekommen, der unentgeltlich gewisse Arbeiten tut, die die Frauen zum Teil auch zu Hause nicht am liebsten machen und das sind die Pflege- und Reinigungsdienste auf Dauer. Das Land ist uns jetzt zu Hilfe gekommen dadurch, daß es den Pflegezuschuß eingeführt hat und jeder die Möglichkeit hat und auch das Recht hat, sich jemand zu leisten, der für ihn im Alter tätig wird. Und daher haben wir diejenigen Frauen, die bereit waren und zwar freiwillig und gern bereit waren - es sind 15 Frauen und zwar nicht frustrierte Frauen - die nebenbei einfach diese Hilfe anbieten wollen aber auch dafür eine kleine Entschädigung bekommen. Der Krankenpflegeverein vermittelt diese Frauen, die nach wie vor durch den Mann versichert sind, weil ja eben die Einkünfte nicht so hoch sind, daß sie irgendeiner Sozialversicherung unterliegen würden, die gleichzeitig auch nicht so hoch sind, daß sie Steuern bezahlen müßten. Und deshalb ist für beide Teile der Erfolg am größten. Sie bekommen die Beträge brutto ausbezahlt und dürfen sie brutto behalten und müssen an den Vater Staat für diese Tätigkeit nichts abführen. Und diese Frauen sind nicht frustriert, sondern zufrieden, daß sie dieser Beschäf-

tigung nachgehen können - Sie haben das gesagt, daß diese frustrierten Frauen anscheinend das machen müssen. Ich glaube, daß auch solche, die im Sozialbereich tätig sind und dafür Geld bekommen, aber hauptberuflich bereit sind, die Familie zu versorgen, nicht unbedingt deshalb arbeiten, weil sie frustriert sind, sondern weil sie auch bereit sind, in der Nächstenliebe etwas zu tun - auch wenn Sie, Frau Kräutler-Berger, das katholische Vorarlberg mit linken Worten noch verspötteln wollten. Allerdings bekommen sie hier eine kleine Entschädigung, die sicher nicht dem entspricht, was sie tatsächlich machen. Auch bezahlte hauptberufliche Kräfte, die genau eingeteilt werden in ihrer Tätigkeit, haben nie so viel Zeit und so viel Möglichkeiten, die Leute tatsächlich zu betreuen, weil alle Frauen - diese Erfahrung haben wir gemacht - sind bereit, über die normale Zeit hinaus Dienste zu verrichten und zu helfen. Dies kann eine Hauptamtliche natürlich nicht machen, da ihr Tag ganz genau eingeteilt ist.

Präsident: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor zu Soziales. Wir kommen zu Wohnbauförderung. Das Wort hat der Abg. Nosko.

Nosko: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bereits vom Berichterstatter ausgeführt, weist das Budget 1990 mit einer neuerlichen Rekordsumme von 1.079.000.000,- S alle Voraussetzungen auf, den erfolgreichen Weg in der Wohnbauförderung des Landes Vorarlberg der vergangenen Jahre fortzusetzen. Der Plan für das kommende Jahr sieht insgesamt die Schaffung von 1.860 Neubauwohnungen und mindestens ca. 350 zusätzlichen Wohnungen aus der Althaussanierung vor, wobei in dieser Gesamtzahl von ca. 2.200 neuen Wohnungen insgesamt 500 Mietwohnungen enthalten sind. Die überdurchschnittliche Förderung der Mietwohnungen mit einem Anteil von 25 % an den gesamten geforderten Wohnungen wird erst recht bei einem Vergleich zu den Wünschen und Vorstellungen der Vorarlberger Bevölkerung ersichtlich. Eine einschlägige Studie besagt nämlich, daß 84 % der Haushalte ihre Wohnungsprobleme in Eigeninitiative zu lösen wünschen. Nicht zuletzt dank dieser Einstellung unserer Bevölkerung ist es möglich, mit den vorhandenen Mitteln diese enormen Wohnbauleistungen auch noch in den kommenden Jahren zu erbringen. Dies ist auch der Grund, meine Herren Kollegen von der SPÖ-Fraktion, warum wir Ihrem Antrag auf zusätzliche Gewährung von 98 Millionen Schilling an Förderungsmitteln an die VOGEWOSI nicht beigetreten sind und zwar einzig und allein deshalb, weil das vorhandene bekannte Programm - (Zwischenruf Elmar Mayer: Nein!) Herr Kollege Mayer, Du weißt das ganz genau - damit voll erfüllt ist. Das Wohnbauprogramm der VOGEWOSI liegt inzwischen vor, das Wohnprogramm 1989 mit exakt 299 Wohnungen, die damit finanzierbar sind. (Zwischenruf Dr. Häfele: Herr Aufsichtsrat, da gibt es eine soziale Ebene!) - Ja, das darf ich Herr Kollege. Selbstverständlich sind wir uns im klaren, daß der Schaffung kostengünstiger Mietwohnungen ein starkes Gewicht beizumessen sind. Und hier, Kollege Mayer, befinden wir uns

ja in bester Gesellschaft mit Ihnen, wir haben ja in Übereinstimmung mit einigen Ihrer Forderungen nicht nur die Förderungsansätze deutlich angehoben, sondern auch Regelung getroffen, daß die monatliche Belastung pro m² höchstens 38,- S bzw. in Sonderfällen 30,- S beträgt. Die für diese Stützung der Mietkosten aufzuwendenden Annuitätzuschüsse erfahren im vorliegenden Budget eine Steigerung um mehr als 10 % auf nunmehr 83 Millionen Schilling. Neben dieser Objektförderung wird die schon im laufenden Jahr zielgerichtet angepaßte Subjektförderung mit einem Gesamtbetrag von nunmehr 113 Millionen dort zusätzliche Linderung bringen, was dies in einer gesamthaften Betrachtung des Wohnungsaufwandes einerseits und des Familienstandes sowie der Einkommenssituation andererseits als gerechtfertigt erscheint. Der Vorteil dieses vernetzten Systems - ich glaube, Herr Kollege Mayer, darüber müssen wir nicht sprechen - ist sicherlich allen bekannt und ist, glaube ich, auch wirklich eine sehr sehr gerechte Methode. Gerechter auf jeden Fall als jene Methoden, die eine generelle Senkung der Mietkosten mit sich bringen. Sehr geehrte Damen und Herren, in unserem Land hat man sich schon sehr früh dem Gedanken des Energiesparens im Wohnbau gewidmet. So zeigt zum Beispiel ein Vergleich der Jahre 1985 bis 1988 im gemeinnützigen Wohnbau trotz einer Steigerung der Wohnfläche um beinahe 11 % einen praktisch gleichbleibenden Energieverbrauch. Ermöglicht wurde diese Reduktion in erster Linie durch entsprechende energiesparende Maßnahmen im Zuge der Sanierungsarbeiten an bestehenden Bausubstanzen. In den betroffenen Einzelfällen betragen die Einsparungen an Energie 30 und mehr Prozent. Sie führen nicht nur zu einer finanziellen Entlastung der Bewohner, sondern schlußendlich auch zu einer Entlastung in der Umweltproblematik. Die budgetären Mittel für diese Förderung zur energetischen Sanierung bestehender Bausubstanzen erfahren im Budget 1990 eine Ausweitung um mehr als 30 % auf nunmehr 80 Millionen Schilling. Die äußerst positiven Erfahrungen aus dem laufenden Pilotprojekt zur besonderen Finanzierung sogenannter Energiesparhäuser finden nunmehr Berücksichtigung in den Neubauförderungsrichtlinien 1990, wobei dem Wirkungsgrad bei der Umsetzung der Energie ebenso Bedeutung beigemessen wird wie der Umweltbelastung durch die Emissionen der Wärmeerzeuger. Die Vorarlberger Wohnbauförderung hat mit diesem, gemeinsam mit dem Energiesparverein Vorarlberg ins Leben gerufenen, Vorarlberger Energiesparhaus wieder einen bedeutsamen Schritt vollzogen und ihre führende Rolle innerhalb Österreichs erneut unter Beweis gestellt. Eine Herausforderung für die kommenden Jahre wird die Einbremsung der Grundpreissteigerung im geforderten Wohnbau sein, da sich die Grundkosten teils schon überproportional auf die Gesamtwohnenkosten niederschlagen. Auch die Baunutzungszahlen dürfen in diesem Zusammenhang kein Tabu für neue Überlegungen sein. § 6 der Neubauförderungsrichtlinien 1990 über die Grundsätze für die Gewährung einer Förderung sieht nunmehr auch Maßnahmen vor, sollte die Angemessenheit des Baugrundpreises zu Bedenken Anlaß

geben. In derartigen Fällen soll in Zukunft die Förderungsentscheidung vom Ergebnis einer Gutachterkommission als beratendes Organ abhängig gemacht werden. Weitere Verbesserungen der Wohnbauförderungsrichtlinien betreffen unter anderem eine praxisgerechtere Ermittlung der Einkommensgrenzen insbesondere für Jungfamilien, die Förderung bei der Errichtung von Dienstnehmerwohnungen mit mindestens 25 m² Wohnfläche unter klar vorgegebenen Mindestanforderungen und eine Ausweitung der Bezugsberechtigung von Wohnungszuschüssen für Gastarbeiter. 95 % des gesamten Ländle-Wohnungsmarktes werden im Rahmen der Vorarlberger Wohnbauförderung gestützt. Diese für Österreich beispielhafte Situation betrifft sowohl den Neubau als auch die Althausanierung. Bei Beibehaltung der grundsätzlichen Förderungspraxis wird es uns gemeinsam mit den enormen Anstrengungen auf der ausgeprägten privaten Eigeninitiative unserer Bevölkerung gelingen, die bisherige jährliche Wohnbauleistung zu erhalten und somit auch den bis zum Jahre 2010 prognostizierten Bedarf von ca. 40.000 Wohnungen zu erfüllen.

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abg. Hummer.

Hummer: Hoher Landtag! Die Debatten zum Wohnbau - und auch heute in der Generaldebatte haben wir das gehört und in den vergangenen Jahren war das immer wieder der Fall, da tauchten immer wieder dieselben Forderungen und Probleme auf und zwar im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnbau, vor allem mit dem Mietwohnungsbau. Die SPÖ stellt Jahr für Jahr den Antrag, daß die Haushaltsstelle »Darlehen für die VOGEWOSI« um ca. 100 Millionen Schilling aufgestockt werden soll. Diese Forderung zum sozialen Mietwohnungsbau zieht sich im wahrsten Sinne des Wortes wie ein roter Faden durch die Wohnbaudebatten. Wenn ich einem Papier der Arbeiterkammer Glauben schenken kann, so verkündet dort der Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer in einem Referat, daß die Suche nach einer geeigneten Wohnung in Vorarlberg aufgrund der vielen Anrufe und Interventionen besonders schwierig ist. Das vorrangige Ziel der Arbeiterkammer lautet: Schaffung von preisgünstigen, den Wohnbedürfnissen der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen entsprechenden Wohnraums. Er meint auch, daß es in Vorarlberg in der Wohnbaupolitik nicht nur Licht, sondern auch Schatten gebe und registriert auch heute weiter einen Mangel an günstigen Wohnungen. Kurskorrekturen in Randbereichen seien unumgänglich. Junge Arbeitnehmer, egal ob alleinstehend oder mit Familie, tun sich besonders schwer, eine geeignete Wohnung zu finden. Dies ist eine weitere Aussage des Arbeiterkammerpräsidenten. Auch der Herr Landesrat Sausgruber hat vor den Wahlen gemeint: »Jeder jungen Familie eine Wohnung«. Das heißt also somit, alle im Landtag vertretenen Parteien und die verschiedensten Institutionen sind der Meinung, daß in diesem Bereich des Wohnbaues noch mehr zu tun ist. Die VOGEWOSI erhält Jahr für Jahr zwischen 100 bis 120 Millionen Schil-

ling Förderungsmittel. Wir haben festgestellt, es wurden im Jahr 1988 62 Millionen ausgeschöpft, wobei ich zugebe, daß es hier Überschneidungen geben kann. Wenn man nun bedenkt, meine Damen und Herren, daß der Herr Statthalter früher - und der Herr Landesrat Sausgruber wird das sicher auch nicht anders sagen - betont hat, daß bei baureifen Projekten auch Vorgriffe zur Finanzierung möglich sind, so müßte man annehmen, daß zumindest diese Bauvorhaben von sozialen Wohnungen an der Finanzierung nicht scheitern können. Ich möchte betonen und ich habe das immer wieder bei Debatten gesagt, daß wir Freiheitlichen nicht primär dem Mietwohnungsbau das Wort reden. Aber aus der Praxis weiß ich, daß täglich Leute um Wohnungen zu den Gemeindeämtern kommen und auch durch Aussagen von Kollegen und Wohnungsreferenten aus den Gemeinden, vor allem aus den Ballungsräumen, weiß ich das auch und die sagen immer wieder, daß es eine große Nachfrage gibt. Und hier muß man dem Kollegen Keckeis, der es am Vormittag in der Generaldebatte gesagt hat, beipflichten. Wir wissen also, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, daß der Bau von Mietwohnungen notwendig ist und es nicht an der Förderung fehlt.

Wir stellen Jahr für Jahr in gleichem Maße fest, daß offenbar keine kostengünstigen Grundstücke zum Bau von Mietwohnungen zur Verfügung stehen und nehmen dies offenbar zur Kenntnis. Tatsache ist, daß es den privaten Wohnbaufirmen allerdings über den Grundpreis gelingt, Grundstücke zu kaufen, daß Grundstücke vorhanden sind und daß es daher auch uns gelingen muß und sollte, entsprechende Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Betrachten wir in den neuen Richtlinien - der Kollege Nosko hat das bereits angesprochen - den § 6 »Grundsätze für die Gewährung von Förderungen«. Hier heißt es, um das kurz zu zitieren: »Vor dem Erwerb eines Baugrundes für Wohnanlagen mit mehr als zwei Wohnhäusern oder Wohnungen sind die Bauträger verpflichtet, Kontakt mit der Landesstelle für Wohnbauförderung aufzunehmen, wenn der Quadratmeterpreis des angebotenen Baugrundes hinsichtlich seiner Angemessenheit im Sinne der Wohnbauförderungsvorschriften zu Bedenken Anlaß gibt. Können diese Bedenken von der Landesstelle für Wohnbauförderung über Erhebungen des ortsüblichen Preises vergleichbarer Grundstücke in denselben Gemeinden nicht zerstreut werden, ist die Preisangemessenheit durch eine Gutachterkommission festzustellen.« Ich meine, daß diese im § 6 aufgelisteten Maßnahmen sicher dazu beitragen werden und auch können, daß eine gewisse Preisdämpfung beim Grund eintritt, was ich auch für sehr wichtig halte. Eine Erhöhung des Baugrundangebotes kann damit natürlich nicht erreicht werden. Es gibt verschiedene Vorschläge. Jemand sagt, ein Bodenbewirtschaftungsgesetz, in welchem über die Raumplanung in den Grundstücksmarkt für sozialen Wohnbau eingegriffen wird. Dies würde große Eingriffe in das private Eigentum bedeuten und würde sicherlich bei Beschlußfassung zu enormen Schwierigkeiten führen.

Die Stützung des Baugrundpreises, wie dies oft bei

Industrie- und Gewerbegebieten oder etwa in Überlegungen der Arbeiterkammer - und hier wiederum vom Präsidenten - im Zusammenhang mit alternativen Wohnprojekten, also über den Grundkostenzuschuß gehandelt bzw. erwähnt wird, könnte dazu beitragen, daß Grundstücke auf den Markt kommen. Die Grundpreissituation und somit die Baukosten werden aber wiederum kaum zu halten sein.

Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Kollege Nosko, daß die Änderung der Baunutzungszahlen in manchen Regionen und Gemeinden sicher zu überdenken ist und daß dadurch eine gewisse Entlastung eintreten könnte, weil der Grund und Boden einfach nicht vermehrbar ist.

Es gibt aber auch in vielen Gemeinden, etwa in Zentrumslagen, ehemalige Industrie- oder Gewerbebetriebe, die stillgelegt sind. Auch sind durchaus Gewerbebetriebe, die für die Nachbarn oft störend sind, bereit, in neu gewidmete oder bestehende Gewerbegebiete und Gewerbezo- nen auszusiedeln. Wenn es uns gelingen würde, über eine Art Grundbeschaffungspool oder Bodenpool, der durchaus über eine ganze Region gestreut sein kann, Tauschgründe anzubieten, alte Industrie- und Gewerbeanlagen zur möglichen Bebauung heranzuziehen, halte ich diese Maßnahme mit dem Effekt, daß im Zentrum auch für Mitmenschen Wohnqualität geschaffen werden kann, für das kurzfristig Zielführendste. Wir sind in der Wohnbauförderung eigentlich nicht weit auseinander - alle Fraktionen. Wir stellen immer wieder fest, daß sie insgesamt gut ist, aber beim Mietwohnungsbau gibt es divergierende Auffassungen. Ich möchte abschließend feststellen, daß die vorhandenen Förderungsmittel zum Mietwohnungsbau nicht ausgeschöpft werden und Vorgriffe sogar möglich sind. Wenn wir von einer weiteren Aufstockung dieser Mittel reden, müssen entsprechende Grundstücke zur Verfügung stehen. Im Interesse der zweifellos vielen - das wissen wir, ich glaube, da sind wir uns alle einig - Wohnungssuchenden sehen wir Freiheitlichen die Bereitstellung von ausreichenden, kostengünstigen Baugrundstücken als eine zentrale Aufgabe in der Wohnbaupolitik in unserem Lande an.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wesentliche ist bereits angesprochen worden. Die Engpässe bei der Schaffung von den benötigten etwas über 2.000 zusätzlichen Wohnungen und Häusern im Jahr für die jungen Familien im Lande, diese Bauleistung hat ihre Engpässe weniger im Finanzierungsbe- reich, sondern im Bereich der Beschaffung von Baugrundstücken zu vertretbaren Preisen. Das ist die Hauptsorge, die wir im Moment haben. Wir versuchen, durch eine Richtlinienänderung gewisse Spitzen der Entwicklung abzuschneiden bei den Baupreisen. Wir können uns davon keine Wunder erwarten, aber vielleicht doch eine gewisse Dämpfung der Entwicklung in einigen Bereichen. Eine gewisse Beruhigung könnte sich ergeben, wenn man in Gesprächen mit Gemeinden - und die Raumplanungs-

stelle kooperiert in dieser Frage - die Anwendung der Baunutzungszahlen etwas beweglicher gestalten könnte, als es manchmal in der Praxis geschieht, auch wenn wir die Problematik der Einzelfallbeurteilungen durch Sachverständige nicht unterschätzen dürfen. Auch eine beweglichere Gangart wird neue Probleme schaffen, nämlich die des Vorwurfes unter Umständen gewisser willkürlicher Vorgangsweisen selbst bei bestem Wissen und Gewissen in der Beurteilung solcher Projekte. Wir werden einen derartigen Versuch unternehmen. Wir haben die Bauträger aufgefordert, uns Projekte vorzulegen, bei denen es Schwierigkeiten gegeben hat und wir werden dann mit dem Gemeindeverband gemeinsam einen Weg suchen. Neu wird auch sein die Aufnahme des Energie- sparens in die Regelförderung mit strengen Kriterien, aber immerhin eine neue Tätigkeit der Wohnbauförderung in dieser Breite. Wir finden in der Wohnbauförderung in Vorarlberg ein ausgewogenes System der Förderung von eigentumsbildenden Maßnahmen, verdichteter Bauweise und auch eine früh begonnene Förderung der Althaus- sanierung, die in unserem Lande enorme Fortschritte erzielt hat in den vergangenen Jahren. Trotzdem gelingt es uns, bisher wenigstens, die Bauleistung von über 2.000 Wohnungen und Häusern zu erreichen. Besonders achtgeben müssen wir, und da sind einige Mechanismen im bisherigen Finanzierungsmodus der Richtlinien enthal- ten, daß der bauwirksame Teil der Wohnbaumilliarde möglichst aufrecht erhalten wird und daß die Transferlei- stungen, so wichtig sie sind, Wohnbeihilfen, Annuitäten- zuschüsse und ähnliche Dinge, nicht einen zu großen Teil dieses Gesamtbetrages, der zur Verfügung steht, in Anspruch nehmen, um eben auf längere Sicht die not- wendige Leistung von über 2.000 Wohnungen zu erhal- ten. Ich würde auch meinen, daß die Diskussion um die Schaffung von besseren Voraussetzungen für die Mobili- tät von Baugrundstücken geführt werden muß, aber ich hätte es mit dem Kollegen Abgeordneten Hummer. Die Auswirkungen solcher möglicher gesetzlicher Bestim- mungen auf die freie Verfügbarkeit von Grundstücken sind natürlich sehr weitgehend. Es gibt Modelle in ande- ren Bundesländern, es gibt Modelle auch in Deutschland, aber ich würde meinen, solange wir die Bauleistung von gut 2.000 Wohnungen halten können, würde ich von allzu drastischen Maßnahmen eher abraten. Der Diskussion stellen müssen wir uns und ich freue mich, daß in der heu- tigen Diskussion eigentlich mehrere Redner aus verschie- denen Fraktionen das eigentliche Problem nicht in der Finanzierung, wie es bisher häufig geschehen ist, sondern in der Beschaffung von Baugrundstücken gesehen haben. Das ist tatsächlich das Hauptproblem, das wir haben.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Flinspach.

Flinspach: Ich stelle auch hier die Übereinstimmung in allen Parteien fest, das soziale Wohnbauproblem als vor- rangig zu sehen, dann frage ich mich aber andererseits nur, wie es zum Beispiel in Bregenz möglich war, daß ein Grundstück, das das Kloster Mehrerau nach langen Ver- handlungen zum Bau von sozialem Wohnungsbau bereit-

gestellt hat - in den Medien war die Rede davon, daß die VOGEWOSI dieses Grundstück gekauft hat - wie es dann möglich war, daß neben der VOGEWOSI auch die Alpenländische einen Teil dieses Grundstücks kaufen konnte und dann die Firma Rhomberg als privater Bauträger. Es hat sich auch die Wohnbauselbsthilfe um das Grundstück beworben und kam nicht zum Zug. Ich frage mich, wie so etwas möglich war, und ich hoffe, daß in diesen in Zukunft zu erarbeitenden Richtlinienänderungen eine solche Vorgangsweise nicht mehr möglich ist, d.h., daß der soziale Wohnungsbau auf derartigen Grundstücken zu solchen Preisen, wie sie das Kloster Mehrerau geboten hat, wirklich den Vorrang hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesstatthalter.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landesrat Dr. Sausgruber hat die Situation auf den Punkt gebracht. Die Situation in Vorarlberg ist nicht die Situation der Bauerrichtungskosten oder der Betriebskosten, die uns alle sehr beschäftigen, sondern insbesondere der Baugrundlagenbeschaffung und die Baugrundlagen sind einmal grundsätzlich die Baunutzungszahlen und natürlich die Preise für die Baugrundstücke. Und hier hat sich die Landeshauptstadt Bregenz sehr bemüht, im Sinne eines sozialen Wohnbaus Grundstücke zu erwerben und es war ein Bestreben auch hier, in den Mehrerauer Gründen ein Grundstück zu erhalten, wobei man aber sagen muß, daß natürlich immer dann ein Fehler begangen wird, wenn man versucht, unbedingt mehrere Gesellschaften einzubinden. Ich finde es nicht unbedingt glücklich, daß die Politik der Landeshauptstadt Bregenz darauf begründet war, mehrere Baugesellschaften immer dazu zu ermuntern, es mußte immer die Alpenländische Heimstätte als Mitbieter einbezogen werden. Und so war es, daß die Alpenländische Heimstätte hier die VOGEWOSI konkurrenzierte und es ist also zu einem gemeinsamen Angebot zwischen VOGEWOSI und Alpenländischer aufgrund der Baubehörde - sprich: Bürgermeister - gekommen und aufgrund dessen hat dann auch noch die Wohnbauselbsthilfe ein Offert gestellt, nachdem auch eine private Wohnbaugesellschaft ein Offert eingebracht hat und aufgrund dieser Gesamtsituation war es dann so, daß letztlich der Konvent von Mehrerau natürlich auch in der Maximierung der finanziellen Verhältnisse sich bemüht hat, die besten Offerte anzunehmen. Aber grundsätzlich sind natürlich solche Entwicklungen für den sozialen Wohnbau nicht förderlich. Das müssen wir einmal ganz deutlich festhalten. Wenn hier mehrere Anbieter für den gleichen Grund auftreten - und das stellen wir aber generell im Lande fest, daß wir diese Situation haben. Private Gemeinnützige treten gegenseitig, teilweise in Kooperation, auf, um sich zu überbieten oder um Konkurrenzofferte einzubringen. Nur können wir in dem Sinne nicht den Vorwurf machen, daß dies von den Gesellschaften allein im Sinne einer Konkurrenzierung erfolgt, sondern wir müssen natürlich uns klar sein, daß natürlich auch von den Baubehörden klare Richtlinien gegeben werden müssen, um die künf-

tige Entwicklung in den Griff zu bekommen. Und hier - das ist meine Auffassung auch als ehemaliger Wohnbaureferent - wird man zu gewissen Zwangsmaßnahmen kommen müssen. Ich bin persönlich der Überzeugung, daß, wenn wir in Zukunft dieses Problem in den Griff bekommen wollen, dann wird man sich überlegen müssen, über die Raumordnung, Herr Kollege Grabher, in Kooperation gewisse Maßnahmen zu setzen, um eben Flächenwidmungen vorzunehmen und gewisse Offerte zu erstellen und die Gemeinden können nur aufgrund dieser Situation in der künftigen sozialen Wohnbaupolitik eine Zielsetzung vornehmen, wobei ich aber auch die Schutzproblematik des landwirtschaftlichen Bereiches sehe, Kollege Halder und Landesrat Türtscher. Ich bin also nicht so vermessen zu behaupten, daß der Wohnbau Priorität hat. Das muß ich einmal ganz deutlich sagen. Man kann natürlich die Gesamtproblematik nicht so sehen, daß der Wohnbau nur die oberste Priorität hat. Das Gesamte ist zu sehen und wir werden Überlegungen anstellen müssen, durch neue Organismen, durch Raumordnungsorganismen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Und hier gilt es abzuwägen, hier gilt es, neue Instrumente zu fassen und hier müssen wir versuchen, im Gesamtproblem die Prioritäten so zu setzen, daß wir auch die Gemeinden auffordern müssen, die noch über gewisse Kulturraumreserven verfügen, diese auch zur Verfügung zu stellen. Was das Hauptproblem derzeit ist, daß nur im städtischen Bereich und in den Großgemeinden, in den Ballungsgemeinden, an und für sich sozialer Wohnbau betrieben wird. Unser Problem wird sein, daß wir auch die anderen Gemeinden dazu gewinnen, für dieses Argument des sozialen Wohnbaues auch die Verpflichtung zu übernehmen, Baulandreserven zur Verfügung zu stellen. Und ich glaube, das ist eine wichtige Aufgabe, daß es uns gelingt, dies flächenübergreifend sicherzustellen und nicht nur in den Zentralgemeinden, in den Bezirksstädten, in den Marktgemeinden, sondern auch in den kleineren Gemeinden dafür zu werben, daß dort diese Möglichkeiten geschaffen werden. Weil nur so auch die Infrastruktur stimmt, weil auch nur so auch die Begleitumstände bewältigt werden können, weil auch nur so wir z.B. Kindergarten, Schule und alle anderen Einrichtungen mit der Nahversorgung richtig in Einklang bringen können. Und daher bitte ich, diesen Aspekt mitzubersichtigen in den künftigen Überlegungen. Wir sehen, es ist ein Ganzes, wo es darum geht, von seiten des Landes die Richtlinien zu setzen, ein Instrumentarium zur Verfügung zu stellen, aber letztlich obliegt es dem Verbund der Gemeinden, die richtigen Schlüsse zu ziehen und die Maßnahmen zu setzen. Das Volkswohnungswesen ist Aufgabe der Gemeinden, wir können den Gemeinden nur die Hilfestellung bieten, wir können ihnen die Instrumente zur Verfügung stellen, die großzügigst ausgestattet sind im Lande Vorarlberg, aber die Entscheidungen selber müssen in den Gemarkungen der 96 Vorarlberger Gemeinden fallen.

Präsident: Das Wort hat der Präsident Halder - aber

bitte jetzt keine ausführliche Raumordnungsdebatte oder in was immer das ausarten mag.

Haider: Herr Präsident, Hohes Haus! Sicher sind wir in der Thematik »Baugrundzurverfügungstellung« und Wohnungsbedarf auf der einen Seite, und Verbrauch von immer mehr landwirtschaftlichen Gründen auf der anderen Seite, in einer schwierigen Situation im Lande, die nicht leicht zu lösen ist. Die Interessensabwägung erscheint mir doch nicht immer ganz vollkommen zu sein, wenn es eine vollkommene Abwägung überhaupt gibt. Die Ausführungen vom Landesrat Sausgruber haben mich eher stutzig gemacht. Warum? Er sagt, wenn wir jährlich das notwendige Volumen von ca. 2.000 Wohnungen unterbringen, so sollten wir eigentlich grundlegende Änderungen des Raumplanungsgesetzes nicht in Angriff nehmen. Man kann zwar darüber diskutieren, aber keine Änderungen in Aussicht nehmen, scheint zum derzeitigen Zeitpunkt einfach nicht mehr der richtige Weg zu sein. Warum? Wenn eben unter solchen Umständen - und jetzt muß ich ganz einfach unwillkürlich das Beispiel Möggers bringen - Baugrundbeschaffung gemacht wird, ja dann werden wir sicher die nächsten 20 Jahre die 2.000 Wohnungen unterbringen, weil ja immer wieder landwirtschaftlicher Grund zur Verfügung gestellt wird und umgewidmet wird. Natürlich werden viele Gemeinden diesem Beispiel folgen. Warum nicht? Wenn das möglich ist und positiv ist, ja dann sollen das doch alle anderen Gemeinden auch tun. Ich bin verlockt zu sagen, wir werden noch viele auslaufende Landwirtschaftsbetriebe im Land haben, die natürlich gut daran tun, ihren Betrieb dann zu höheren Preisen an die Gemeinde zu verkaufen, als an umliegende Landwirte. Hier stoßen wir einfach an die Grenzen unserer Zielsetzung, die wir haben und die müßte man meines Erachtens doch neu definieren. Ich glaube aber mit Landesrat Sausgruber und vielen anderen, daß es ein politisch höchst brisantes Thema ist. Gerade darum sollten wir nach Wahlen brisante Themen in Angriff nehmen, denn in vier Jahren, vor den nächsten Wahlen, traut sich kein Mensch daran. Das kann ganz klar gesagt werden. Ich möchte eigentlich meine Ausführungen schon beenden. Nur noch ein oder zwei Stehsätze aus der Gemeinde Möggers aus dem Brief des Bürgermeisters, um ersichtlich zu machen, ob die Prüfung doch so weitgehend erfolgt ist, wie man es eigentlich erwarten müßte. Mir scheint das eben nicht so und ich möchte es durch die Ausführungen des Bürgermeisters untermauern, der ja auch seine Anschauung dazu hat. Zwei Sätze: »Die Vorarlberger Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 21. November 1989 dem langjährigen Begehren der Gemeinde Möggers, unserer Jugend Bauplätze zur Verfügung zu stellen, dankenswerterweise entsprochen.« Jawohl, so recht, so gut. In einem Schreiben, das ein Jahr vorher verfaßt wurde, auch nach einer Gemeindevertretungssitzung, auch vom Bürgermeister: »Im Zuge verschiedener Ausführungen« - es ging da um ein Gebäude, das der Gemeinde angeboten wurde - und hier schreibt der Bürgermeister, bitte wortwörtlich nachzulesen, also vor einem Jahr - «Weiters haben wir im Augenblick kei-

nen Bedarf an Wohnungen.« - Vor einem Jahr, natürlich ist das nicht der Augenblick, ein Jahr später ist ein anderer Augenblick, das sehe ich ein. Aber ich glaube, man kann doch nicht ein Jahr später einfach fordern, wir brauchen 6 ha, dann schränkt man ein auf 3 ha. Durch diesen taktischen Zug, von 6 ha landwirtschaftlichem Grund auf 3 ha einzuschränken, die Widmung als Bauerwartungsland zu erreichen und dann noch glauben, man hätte alles sorgfältig geprüft. Also hier scheint doch der Gegenbeweis schriftlich da zu sein, nicht von mir, sondern vom zuständigen Bürgermeister. Das ist vorerst genug.

Präsident: Damit ist auch die Gruppe 4 erledigt. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. Ich möchte aber noch bekanntgeben, daß wir morgen um 12.30 Uhr ein gemeinsames Mittagessen im Gösser in Bregenz haben.

Die Sitzung wird um 21.45 Uhr unterbrochen und am 14.12.1989 um 8.30 Uhr wieder fortgesetzt.

Präsident: Meine Damen und Herren, wie angekündigt setzen wir die gestern unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen zur Gruppe 5. Bevor wir die Gruppe 5 einleiten, möchte ich noch, was die Tageseinteilung anlangt, bekanntgeben, daß wir etwa um 12.30 Uhr schließen werden, dann folgt das gemeinsame Mittagessen und um dem Wunsch nachkommen, den Verwaltungsausschuß entsprechend zu informieren, bin ich von der ÖVP-Fraktion gebeten worden, daß Zeit eingeschoben wird für eine kurze Klubsitzung. Wir werden also bis 15.00 Uhr Mittagspause haben, dann fortsetzen und dann werden die Klubobmänner beraten, wann die Sitzung des Verwaltungsausschusses angesetzt werden soll. Gruppe 5: Ich bitte den Berichtersteller um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe 5 - Gesundheit - beinhaltet als Schwerpunkte im wesentlichen die Landeskrankenanstalten, Natur- und Landschaftsschutz, die Umweltschutz und die Rettungsdienste. An Einnahmen sind in dieser Gruppe 926.983.000,-S und an Ausgaben 1.459.056.000,-S vorgesehen. Besondere Schwerpunkte sind dem Fonds zur Rettung des Waldes mit gut 31 Millionen gewidmet. Dabei ist zu bemerken, daß die Akzeptanz dieses Fonds seit 1985 mit 56 Millionen Schilling Förderung zu 3.171 Anträgen gut untermauert ist. Der Umwelterhaltung dienen die 35 Millionen Schilling für die Vorarlberger Umweltschutzanstalt. Rund 1.336.000.000,-S benötigen die Krankenanstalten und artverwandte Institutionen, davon allein 75 Millionen der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds. Durch die in Gruppe 4 erwähnten Pflegezuschüsse wird bei diesen rasch ansteigenden Anstaltskosten eine Beruhigung erwartet. In dieser Gruppe 5 brachte im Finanzausschuß die SPÖ-Fraktion wiederum fünf Anträge ein: a) Neue Haushaltsstelle zur Schaffung eines mobilen EEG-Teams mit einem Ansatz von 500.000,- S. Hier wird seitens der Koalitionspartner argumentiert, daß dem Antrag insofern entsprochen wird,

als im Dienstpostenplan für die Valduna ein Dienstposten für einen Arzt vorgesehen ist, sodaß diese Forderung als erfüllt zu betrachten ist. b) Neue Haushaltsstelle »Beitrag zur Sanierung des Bodenseeufer«, mit S 500.000,- zu dotieren. Um eine Aufblähung des Haushaltsstellenregisters zu vermeiden, wird vorgeschlagen, die Haushaltsstelle »Entschädigung für die Erhaltung und Pflege von Biotopen« um den beantragten Betrag aufzustocken und bei Vorliegen eines finanzierbaren Projektes vom Landschaftspflegefonds auszugleichen, c) Für einen Emissionskataster wird eine neue Haushaltsstelle mit 1,5 Millionen Schilling beantragt. So wie beim bisherigen Antrag gibt der Ausschuß eine grundsätzliche Zustimmung, schlägt aber vor, die Detailpost »Luftreinhaltekonzept des Landes« um 1,5 von einer 1 Millionen auf 2,5 Millionen zu erhöhen, d) Eine Haushaltsstelle zur Anstellung von Umweltberatern in allen Landesbezirken soll mit einem Ansatz von 8 Millionen eröffnet werden, e) 400.000.- S sollen als Beitrag an den Arbeiter-Samariterbund in einer Budgetpost verankert werden. Hiezu wird auf den folgenden ÖVP-Antrag verwiesen, der in einer neuen Ausgabenstelle einen Beitrag des Landes an den Rettungsfonds mit einem Kredit von 1.000,-S wünscht. Der Ausschuß versagt mehrheitlich den SPÖ-Anträgen die Zustimmung und nimmt den ÖVP-Antrag an. Nach diesem Bericht zur Gruppe 5 bitte ich die Diskussion durch den Herrn Präsidenten zu eröffnen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Salzgeber.

Salzgeber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Nicht unerwähnt bleiben sollen die Ausgaben des Landes für die Gesundheit, denn sie betragen die Summe von 1.455.000.000,-S. Unsere Gesundheit ist gemeinsam mit unserer Umwelt ein lebenswichtiges Gut, das erhalten und geschützt werden muß, denn körperliches und seelisches Wohlbefinden sind für alle Menschen das Wichtigste. Natürlich ist eigentlich jeder einzelne für seine Gesundheit selbst verantwortlich und die meisten Menschen setzen sich erst mit ihrer Gesundheit auseinander, wenn sie bereits krank sind. Vorbeugen ist besser als reparieren und dies müßte in verstärktem Maße der Bevölkerung zum Bewußtsein kommen. Obwohl Vorarlberg in der Vorsorgeuntersuchung mit 16% Beteiligung österreichweit an der Spitze liegt - in Gesamtösterreich sind es nur 3 %, die sich untersuchen lassen - ist trotzdem noch sehr viel zu tun. Gesundheitspolitik bedeutet für uns nicht nur, optimale Behandlungsmöglichkeiten zu schaffen und zu finanzieren. Die Gesunderhaltung unseres Lebensraumes, ein Umfeld zu schaffen, das dem Bürger ein gesundes Leben ermöglicht, ist Aufgabe und Pflicht der Politik. Daneben gilt es die Verantwortung für die Gesundheit der Menschen nicht auf Ärzte, Krankenschwestern und Krankenhäuser abzuschieben, sondern auf die Eigenvorsorge hinzuweisen, daß jeder selbst für seine Gesundheit verantwortlich ist. Soziales Handeln heißt für uns, daß Hilfe dort geleistet werden soll, wo sie notwendig ist, dann kann in Notfällen wirkungsvoller geholfen werden. Unser Schwerpunkt liegt bei den privaten Initiativen, weil diese

besser und gezielter helfen können als ein starrer Verwaltungsapparat. Über 60 private Krankenpflegevereine sind derzeit im Sozialbereich erfolgreich tätig und kein anderes Bundesland verfügt über ein so dichtes Netz an Hauskrankenpflege wie Vorarlberg. Und die sozialpolitische Offensive »Alter hat Zukunft« mit der Gewährung von Pflegezuschüssen bis zu 15.000,- S monatlich ist ein neuer Weg zur Betreuung und Pflege älterer Mitbürger. Zum einen geht es darum, den älteren Menschen das Verbleiben in der Familie und in der gewohnten Umgebung so lange wie möglich zu sichern, zum anderen wird mit dem Pflegezuschuß all jenen Wertschätzung entgegengebracht, die jetzt schon ohne finanziellen Anreiz und mit großem persönlichen Einsatz ältere Menschen zu Hause liebevoll betreuen. Der Wert einer Gesellschaft wird immer daran gemessen, wie jeder einzelne seinen bedürftigen Mitmenschen gegenübersteht. Vorarlberg geht hier einen guten Weg.

Präsident: Als nächster Redner hat das Wort der Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion hat die Eröffnung einer neuen Haushaltsstelle beantragt, um Umweltberaterstellen in allen Landesbezirken zu ermöglichen. Das Konzept unabhängiger Umweltberater ging ganz wesentlich von Niederösterreich, vom dortigen Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll, und auch von Wien aus und hat sich in diesen beiden Bundesländern sehr gut bewährt. Landesweit gibt es solche als Verein konstituierte Dienststellen, die nicht an die Behörden angeschlossen sind, derzeit in Niederösterreich, Wien, Oberösterreich sowie in der Stadt Innsbruck. Im Burgenland ist ebenfalls eine solche Stelle im Aufbau. Das vom Österreichischen Ökologieinstitut für Vorarlberg vorgeschlagene Modell umfaßt eine Dienststelle zu vier Personen je Landesbezirk. Eine solche Stelle kostet ca. 2 Millionen Schilling pro Jahr. Wir haben diesen Antrag gestellt mit dem Ansatz von 8 Millionen Schilling. Selbstverständlich wäre es auch möglich gewesen, kleiner zu beginnen. Wir haben das nur als Verhandlungsbasis angegeben. Aber über diesen SPÖ-Antrag wurde, obwohl Umweltberaterstellen so wichtig wären, ja nicht einmal diskutiert. Der Vorarlberger Magister Willi Sieber vom Österreichischen Ökologieinstitut hat übrigens diesen Konzeptvorschlag schon am 16. November auch an den zuständigen Landesrat Türtscher weitergeleitet. Es wäre also durchaus möglich gewesen, sachkundig über diese Dinge zu diskutieren, was leider auch bei diesem Antrag unterblieben ist.

Präsident: Als nächster Redner hat das Wort der Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Vorarlberger Landtages! Zu Gesundheit gehört ganz besonders auch der Arbeitsplatz. Kaum ein Arbeitsplatz bleibt verschont von der immer größer werdenden Chemikalienflut, die in den Betrieben zum Ersatz kommt. Mittlerweile dürften es aber fast 100.000 verschiedene

Stoffe sein, von denen aber nur ein kleiner Teil auf mögliche Gesundheitsgefahren überprüft worden ist. Die Gefahren sind schwer erkennbar. Nicht aber alle gefährlichen Stoffe sieht oder riecht man. Krankheiten brechen erst nach Jahren oder Jahrzehnte später aus. Der Nachweis, daß die Krankheit durch Schadstoffe am Arbeitsplatz verursacht wurde, wird dadurch erheblich erschwert. Die Berufskrankheitenstatistik spiegelt nur einen geringen Teil aller Erkrankungen durch Schadstoffe wider. Die Dunkelziffer ist entsprechend hoch, vor allem aber bei arbeitsbedingten Krebserkrankungen, chronischen Vergiftungen, Erkrankungen des Nervensystems oder den Allergien. Wann ist ein Stoff überhaupt gefährlich? Das österreichische Chemikaliengesetz zählt eine Reihe von Eigenschaften auf, die bestimmen, ob ein Stoff gefährlich ist. Bei explosionsgefährlichen, brandfördernden und entzündlichen Stoffen oder bei giftigen, ätzenden, krebserregenden, aber vor allen Dingen auch fruchtschädigenden und erbgutverändernden Stoffen. Die Wirkungen beim einzelnen können unterschiedlich sein. Wie sich ein Schadstoff auf die Gesundheit einzelner Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auswirkt, hängt von mehreren Bedingungen ab - persönlichen Arbeitsvoraussetzungen, die Dosis der Einwirkungsdauer, Eigenschaften des Stoffes und vor allem die Verweildauer im Körper. In welcher Form kommen denn diese Schadstoffe überhaupt vor? Manche Stoffe kann man sehen, anfassen, spüren oder riechen. Andere wiederum sind unsichtbar, geruchlos, als ob sie gar nicht da wären. Noch nach ihrer Form kann man Schadstoffe in drei Gruppen einteilen, nämlich in feste Stoffe z.B. Sande und Pulver, Schwebstoffe in der Luft, also die Luftverunreinigungen, das sind die Stäube, vor allem aber auch Dämpfe und Gase, in flüssige Stoffe z.B. Säuren und vor allen Dingen auch Lösungsmittel. Werte Kolleginnen und Kollegen, wieviel Dosen, Kanister, Flaschen, Fässer oder andere Behälter mit den verschiedensten Substanzen lagern eigentlich in den Betrieben, werden herumtransportiert, aber vor allen Dingen müssen auch verarbeitet werden? Reste verunreinigter Leergebinde müssen außerdem wieder entsorgt werden. Meistens haben die Behälter eines gemeinsam - eine klare und verständliche Kennzeichnung mit Hinweisen auf mögliche Gesundheitsgefahren, Verarbeitungs- und Entsorgungseinrichtungen fehlen nämlich auf diesen Bezeichnungen. Es gibt wohl Ordnungsblätter, aber auf denen ist normalerweise nur der Handelsname eines Produktes angeführt. Die genaue chemische Zusammensetzung des Stoffes kann man daraus nicht erfahren. Oft werden Substanzen dann noch umgefüllt, gemischt oder verdünnt. Die Beschäftigten wissen in den seltensten Fällen, womit sie eigentlich arbeiten. Im Arbeitnehmerschutzbereich gibt es derzeit keine gesetzliche Verpflichtung zur genauen Kennzeichnung der Produkte. Die Hersteller verschanzen sich hinter dem Produkt, aber vor allen Dingen hinter dem Betriebsgeheimnis, damit sie die Zusammensetzung ihrer Produkte nicht bekanntgeben müssen. Es wird immer wieder von Grenzwerten gesprochen. Sind aber Grenzwerte in Wirklichkeit auch Schutz? Nur für einen Teil der in den Betrieben verwendeten Stoffe gibt es Grenzwerte, soge-

nannte MAK-Werte, also maximale Arbeitsplatzkonzentration. Dieser Wert schreibt vor, wie hoch die Konzentration eines Stoffes in der Luft, am Arbeitsplatz, sein darf. Die Berechnungen beruhen auf einer durchschnittlichen Tagesarbeitszeit von acht Stunden bzw. 40 Wochenstunden. Sie beziehen sich auf einen Durchschnittsmenschen, auch das muß einmal gesagt werden. Die MAK-Werteliste ist bei der Unfallversicherungsanstalt oder beim Arbeitsinspektorat erhältlich über Anforderung. Das Arbeitnehmerschutzgesetz legt dem Arbeitgeber eine Reihe von Pflichten auf. So wird ihnen z.B. vorgeschrieben, daß sie durch geeignete Warenhinweise auf die Gefährlichkeit der Stoffe hinweisen müssen. Die Art dieser Warenhinweise ist aber nicht grundsätzlich geregelt - oder die Arbeitnehmer müssen vor der erstmaligen Aufnahme der Arbeit über Gefahren für Leben und Gesundheit, über anzuwendende Schutzmaßnahmen auch normalerweise informiert werden und zwar in verständlicher Form, oder vor der Verwendung bestimmter Stoffe, falls ihre eindeutige Ungefährlichkeit nicht sicher erkennbar ist, über diese dem Arbeitsinspektorat Mitteilung machen. Das ist auch im §55 eindeutig im Arbeitsschutzgesetz so geregelt - Rangfolge von Maßnahmen zur Bekämpfung der Gesundheitsgefahren; Beseitigung der Gefahren, also der gefahrlosen Technik z.B., Verwendung ungefährlicher anstelle gesundheitsgefährlicher Arbeitsstoffe; Änderung des Arbeitsverfahrens z.B. bei Schleifarbeiten, statt Naß-Trockenschleifarbeiten; Verhindern des Wirksamwerdens von Gefahren, Sicherheitsrisiken; räumliche Trennung von Gefahr und Mensch; Absaugung gesundheitsgefährlicher Arbeitsstoffe an der Quelle, auch das wird sehr oft vernachlässigt; Persönliche Schutzmaßnahmen: Hautschutz, Atemschutz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll, was muß sich ändern? Produktkennzeichnungspflicht - Hersteller bzw. Vertreiber müssen verpflichtet werden, ihre Produkte vollständig und verständlich zu deklarieren. Zulassungsverfahren: Die in der Arbeitswelt verwendeten Stoffe müssen vor ihrer Verwendung einem Zulassungsverfahren unterzogen werden, wie es z.B. für Arzneimittel vorgesehen ist. Verbot besonders gefährlicher Stoffe: Besonders gefährlicher Stoffe vor allem solche, die krebserregend, erbgutverändernd, fruchtschädigend sind, müssen verboten werden. Ersatzstoffe: Es müssen rechtliche Regelungen geschaffen werden, die den Ersatz gefährlicher Stoffe durch ungefährliche oder zumindest weniger gefährliche Stoffe zwingend vorschreiben. Mehr Mitsprache, bessere Kontrolle, Verbesserung der Arbeitsbedingungen statt Aussonderungen des einzelnen. Damit die Arbeitnehmer wissen, welchen gesundheitlichen Belastungen sie ausgesetzt sind, hat das Arbeitsinspektorat einen Belastungspaß herausgebracht. Darin wird eingetragen, ob eine besondere ärztliche Kontrolle oder eine arbeitsplatzbedingte Betreuung erforderlich ist. Er sollte begleitend zu den gesetzlichen Schutzuntersuchungen geführt werden und könnte auch später - und das ist ganz wichtig - Aufschluß über Belastungen von Stoffen geben, die heute als unbedenklich gelten. Chemische Verbindungen gibt es in großer Zahl. Ihre Gefährlichkeit wird erst nach Jahren erkannt. Wenn sie dann aus dem Verkehr

gezogen werden, ist es für viele Arbeitnehmer oft schon zu spät. Häufig sind aber Krankheiten völlig unerklärlich, weil sich die Arbeitnehmer nicht erinnern können - ob das beim Arbeitswechsel ist oder anderswo - mit den gesundheitsgefährlichen Verbindungen einmal in Berührung gekommen zu sein. Da es unmöglich ist, die Produktion von Industrie und Gewerbe auch nur annähernd lückenlos zu überprüfen, fordern wir eine Bewußtseinsbildung auf breiter Basis. Die Konsumenten sollten sich weigern, umwelt- und gesundheitsgefährliche Stoffe zu akzeptieren. Es müßte bereits in der Schule die Erziehung zu gesundheitsbewußtem Verhalten einsetzen, Herr Statthalter. Es fehlt in unserem Land vor allem an Arbeitsmedizinern. Von den 652 Vorarlberger Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten haben nur 52 Betriebe, das sind ganze 8 %, einen betriebsärztlichen Dienst. Hier bietet sich für junge Ärzte - so glaube ich - ein breites Betätigungsfeld und bei entsprechender Aufklärung und sozialer und finanzieller Aufwertung dieses Berufes müßte es gelingen, einen Teil der jungen Mediziner auch für die Arbeitsmedizin zu gewinnen. Dankeschön.

Präsident: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abg. Langanger. Bitte zunächst über Gesundheit zu diskutieren und dann das Thema Umwelt.

Langanger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Kapitel »Gesundheit« gehört unbedingt etwas, worüber man zwar in unserer Gesellschaft noch nicht so gerne - vor allem im Zusammenhang mit Abwehrmaßnahmen - spricht, das ist der Schutz der Nichtraucher vor den Rauchern. Es hat in der Zeit vom 23. bis 28. Oktober in der Wiener Hofburg ein Ärztekongreß stattgefunden und da wurden neueste Erkenntnisse mitgeteilt, die ich Ihnen kurz auch zur Kenntnis bringen möchte. Es ist ja bekannt, daß es ein erhöhtes Lungenkrebsrisiko gibt. Gefäßverkalkung und Herzkrankheiten sind ebenfalls Folge vom Rauchen oder starkem Rauchen. Aber Universitätsdozent Dr. Heinrich Klech hat also bei diesem Kongreß gemeint, 85 % der Patienten mit chronisch obstruktiven Atemwegserkrankungen sind Raucher, jeder fünfte Raucher entwickelt eine chronische Bronchitis. Und vor allem sind auch die Kinder von Rauchern besonders gefährdet, denn Kinder, deren Eltern beide rauchend, erkranken signifikant öfter an Infektionen der Atemwege. Außerdem kann es zu einer Prägung kommen, welche die Entstehung eines Bronchialasthmas begünstigt. Auch der Präsident der österreichischen Ärztekammer und Lungenfacharzt Primar Dr. Michael Neumann betonte die starken Einflüsse von Raucherfamilien auf die Entwicklung von Atemwegserkrankungen bei Kindern, die in ihren Auswirkungen maßgeblicher seien als alle anderen beteiligten Komponenten. 43% der männlichen und 28% der weiblichen Bevölkerung Österreichs rauchen. 14.000 Todesfälle sind pro Jahr in der Alpenrepublik auf Zigarettenkonsum zurückzuführen. Diese alarmierenden Zahlen und vor allem auch die hohe Dunkelziffer bei Raucherleiden haben die Ärzte dazu bewogen, ihr Augenmerk in Zukunft verstärkt auf Beratung und Therapie von Rauchern und

Raucherinnen zu richten und ihnen die Trennung vom Glimmstengel zu erleichtern.

Meine Damen und Herren, aus Amerika hören wir, daß man zunehmend mit sehr drastischen Maßnahmen gegen diese Gruppe der Raucher vorgeht. Mir ist schon klar, daß es nicht angenehm ist, unpopuläre Maßnahmen - und das sind sie halt im Zusammenhang - für Raucher vor allem zu setzen. Aber Herr Landeshauptmann, wenn Sie bei der Diskussion der Regierungserklärung auf meine diesbezügliche Wortmeldung gemeint haben, die Mitglieder der Regierung rauchen ohnehin nicht mehr, dann ist das zwar schön für Sie in Ihren Sitzungen, aber es ist halt zu wenig. Ich frage Sie, was tun Sie in Ihrem Bereich oder im Bereich des Landes vorbeugend, aufklärend - natürlich muß die Bewußtseinsarbeit eine ganz starke und deutliche werden. Ich hätte mir halt gewünscht, daß gerade in diese Richtung auch wirklich in Zukunft etwas passiert.

Präsident: Als nächster Redner hat das Wort der Abg. Gorbach. Ich nehme an noch Gesundheit.

Gorbach: Zum Antrag - nicht als Pfeifenraucher - der SPÖ! Herr Präsident, Hohes Haus! Wir haben vom Sprecher der SPÖ, Kollegen Häfele, gehört, daß man diesen Antrag abgelehnt habe ohne zu diskutieren. Herr Abgeordneter Häfele, das scheint Ihnen entgangen zu sein im Finanzausschuß, daß ich an den Antragsteller, den Herrn Kollegen Riedmann, die Frage gestellt habe, was denn diese Umweltberater in den Bezirken für konkrete Aufgaben zur erfüllen hätten, denn man weiß ja, daß wir Freiheitlichen in Sachen Umwelt sehr sensibel sind und solchen Forderungen sehr offen gegenüberstehen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Flugplatz!) - Das kommt dann vielleicht unter Wirtschaft, Herr Abgeordneter. Aber jetzt zur Umwelt, zu der wir generell sehr positiv eingestellt sind, nur glaube ich, muß man auch aufpassen, daß man nicht etwa vor lauter Populismus die Sache übersieht und das Kind mit dem Bade einmal mehr ausschüttet, denn der Herr Abgeordnete Riedmann hat eine ähnliche Antwort auf meine Frage gegeben, wie Sie heute begründet haben, warum man diese Umweltberater als Forderung mit 8 Millionen Schilling ins Budget einmal aufgenommen habe. Sie haben erklärt, gerade in Niederösterreich habe der Landesrat Pröll diese Sache auch forciert. Ich muß halt sagen, das ist reichlich wenig. Der Herr Pröll mag ja ein guter Landespolitiker sein, aber das heißt ja noch nicht, daß alles gut ist, was er macht und ich glaube also, wenn man eine solche Forderung stellt, dann müßte schon mehr Konkretes darüber kommen. Ich würde vielmehr glauben, wenn man in den Bezirken tut und bereit ist zu investieren, dann sollte man für die Menschen in dieser Umwelt vordringlich etwas tun. Ich würde empfehlen, überdenken Sie einmal, ob es nicht sinnvoller wäre, in den Bezirken Ombudsmänner für hilfsbedürftige Menschen zu installieren. Man kann hier vielleicht etwas nachholen aber einfach, weil es aktuell ist und schön, für die Umwelt etwas zu tun und zu fordern, glaube ich, ist es etwas zu oberflächlich eingebracht worden.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Keckeis. Ich nehme an, damit sind wir in der Diskussion über Umweltthemen? Na, bitte Gesundheit geht vor Umwelt.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die sozialistische Landtagsfraktion hat, wie die meisten Kollegen unter Ihnen wissen, die Eröffnung einer neuen Voranschlagsstelle beantragt, die dahingehend lautet, daß dem Arbeiter-Samariterbund eine Zuwendung in Höhe von 400.000,-S gemacht wird. Ich möchte dabei voranschicken, daß der Arbeiter-Samariterbund seit dem Jahre 1985 in Feldkirch besteht, in der Zwischenzeit an die 80 freiwillige Mitarbeiter hat, an der Spitze kein hochbezahlter Manager steht, sondern der Vorsitzende dieses Verbandes ist nebenberuflich tätig und weil von der Mehrheitsfraktion immer so getan wird, als ob es diese Organisation nicht gäbe bzw. als ob sie nicht notwendig wäre, muß ich Sie doch mit einigen Zahlen bekanntmachen, um ein wenig Einblick in das Leistungsvermögen dieser Vereinigung zu geben.

Sie ist also, wie gesagt, im April 1985 gegründet worden und hat bis zum Jahre 1989 über 10.000 Einsätze gefahren, allein zwischen 1987 und 1989 waren es 5.000 Tagesfahrten - immer in diesen zwei Jahren - 1.209 Nachtfahrten, im Dienste des Sportes wurden 2.679 Stunden aufgewendet. Allein der Bereitschaftsdienst im Schizentrum Gapföhl - den Oberländer-Kollegen ist dieses Gebiet sicher bestens bekannt - 2.000 Stunden aufgewendet, 570 Stunden Betreuungen. Ein eigenes Heim wurde ausgestattet und ausadaptiert mit einem Einsatz von 810 Stunden und an Samstag-, Sonn- und Feiertagsdiensten sowie Nachtdiensten wurden insgesamt 25.000 Stunden verbracht.

Meine Damen und Herren, wenn man diesen Leistungsnachweis erkennt, der überprüft- und nachvollziehbar ist, und dann einfach schnoddrig erklärt, dieser Arbeiter-Samariterbund ist nicht notwendig - das sind die Sprechblasen, die von der ÖVP kommen - und daher habe er auch nichts zu bekommen, der drückt natürlich auch aus, welchen Stellenwert er einer Vereinsarbeit beimißt, die man sonst nicht müde wird - generell die Vereinsarbeit - und zurecht nicht müde wird, zu loben, meine Damen und Herren.

Ich frage mich, was ist an dieser Arbeit nicht unterstützenswert? Diese Menschen leisten informelle, also unbezahlte, aber gesellschaftlich zweifelsohne notwendige Arbeit - dieser Leistungsnachweis beweist dies eindeutig. Dieser Verein, meine Damen und Herren, leistet hervorragende Jugendarbeit. Wir haben gestern im Zusammenhang mit der Drogendiskussion, im Zusammenhang mit der Gruppe 2 gehört, wie wichtig diese Jugendarbeit ist. Ein Verein, dem man nur vorwerfen kann, daß er nicht bis in die letzten Gliederungen politisch schwarz ist, der diese Arbeit in ausgezeichneter Manier leistet, wird aus diesem kleinkarierten Grund nicht unterstützt - aus parteipolitischen Motiven, sonst wegen gar nichts. Drittens - das ist für Sie interessant, Herr Landeshauptmann - ist sich die ÖVP im klaren, daß sie in Wirklichkeit in ihrem Kampf gegen den Arbeiter-Samariterbund die Konkurrenz bekämpft, ein Monopol verteidigt,

obwohl Sie sonst nicht müde werden, letzteres - also das Monopol - zu verdammen, wirtschaftlich zurecht, weil jede Monopolstellung die Leistung verteuert bzw. das Angebot qualitativ senkt. Viertes Argument: Beim Arbeiter-Samariterbund - bei vielen anderen Vereinen auch, ich füge das hinzu - degenerieren Sie die Subsidiarität zum Schlagwort, die sonst der ÖVP völlig friktionsfrei über die Zunge rollt, aber hier beim ASB, wo Subsidiarität lupenrein praktiziert wird, hier ist die gleiche Partei aus kleintlichen Motiven dagegen.

Meine Damen und Herren, in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz arbeiten Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund neben- und miteinander und diese Situation hat dazu geführt, daß sowohl im Bereich der Betreuung, im Bereich der Versorgung, im Bereich der Schulung sich dieses Leistungsangebot qualitativ und quantitativ um ein Vielfaches verbessert hat. Und darauf will ich hinaus, Hoher Landtag, ich bin nicht der Meinung, wie das einzelne Regierungsmitglieder beschämenderweise tun, den Konflikt zwischen Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund gleichsam zu schüren, sondern ich bin der Meinung, die Regierung hat alles daran zu setzen, daß diese beiden Organisationen fruchtbar im Interesse der Bevölkerung zusammenarbeiten und Konflikte nicht schüren sondern alles tun, um diese Konflikte zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, um es Ihnen etwas leichter zu machen von der Mehrheitsfraktion: - ich sage Ihnen ganz offen, die ÖVP in Feldkirch strotzt auch nicht gerade vor Generosität - das können Sie mir glauben, aber in der Frage, was die Unterstützung des Arbeiter-Samariterbundes betrifft - und hier können Sie Bürgermeister Bilz wirklich vertrauen und Kollegen Lampert, der diese Arbeit ja vor Ort sieht - war die ÖVP in Feldkirch nicht so kleinlich, sondern nimmt bereits seit zwei Jahren im Budget zwar keine riesige, aber immerhin eine anerkennenswerte hohe Summe zur Unterstützung des ASB auf. Ich möchte Sie dringend bitten, Sie als eine große Partei - Herr Landeshauptmann, machen Sie Ihren Einfluß bitte geltend - in dieser Frage und bei diesem Antrag doch bitte zuzustimmen. Und noch etwas, meine Damen und Herren, es ist hier vom Berichterstatter erklärt worden, ja wir haben eine eigene Voranschlagsstelle eröffnet, die sich Rettungsfonds titulierte und haben dort einen Erinnerungsposten mit 1.000,-S aufgenommen. Meine Damen und Herren, ich mache Sie jetzt schon darauf aufmerksam, die neue Novelle zum Rettungsgesetz ist offenkundig darauf ausgelegt, den Arbeiter-Samariterbund aus der Vorarlberger Landschaft als Rettungsinstitution zu eliminieren. Sie wissen, der bekannte Passus wird eingearbeitet »anerkannte Rettungsorganisation« - eine anerkannte Rettungsorganisation ist nur eine, die einen Vertrag mit dem ebenfalls zu gründenden Fonds hat und, wie der Fonds besetzt ist - Sie dürfen dreimal raten - er besteht aus einem Kuratorium, einem erweiterten Kuratorium und dem Vorsitzenden des Kuratoriums - ich beginne von hinten. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist das zuständige Regierungsmitglied von der ÖVP, die weiteren Mitglieder werden von der Regierung nominiert. Nicht schwer zu erraten, von wel-

eher Partei die kommen werden und im erweiterten Kuratorium - dort läßt die ÖVP die Katze aus dem Sack - werden drei weitere Mitglieder vorgeschlagen und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wer das ist oder an wen gedacht ist: an die Wasserrettung, die Bergrettung und das Rote Kreuz. Und der ASB - ich sage das noch einmal - diese, seit seinem Bestehen so segensreich wirkende Organisation, wird auf diese Art versucht, gänzlich auszuschalten. Meine Damen und Herren, wenn Ihnen mit Ihren grundsätzlichen Bekenntnissen zu Subsidiarität, mit Ihren grundsätzlichen Bekenntnissen zur Förderung von Jugend, zur Förderung von Vereinsarbeit, auch nur ein kleines Jota ernst ist, dann können Sie sich diesem, von der Größenordnung her sehr bescheidenen Antrag - das betone ich - beim besten Willen nicht verschließen und damit jeder Kollege und jede Kollegin die Möglichkeit hat, sich auch offen zur Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Antrages zu bekennen, beantrage ich, verehrter Herr Präsident, die namentliche Abstimmung.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Galerie den Herr Klubobmann Alfred Eß begrüßen (Applaus), dann die Schüler der HTL Rankweil unter Professoren Dünser und Peter, ich darf auch begrüßen die Damen und Herren auf der Pressebank. Ich erteile das Wort dem Herrn Landesstatthalter.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als zuständiges Regierungsmitglied, Herr Abg. Dr. Keckeis, möchte ich zu der Frage des Rettungswesens im Lande Vorarlberg generell, speziell in der Angelegenheit des Arbeiter-Samariterbundes, kurz Stellung beziehen. Wir haben in unserem Lande uns immer bemüht, den parteipolitischen Streit aus diesen Problemen herauszuhalten. Es war immer so, daß es im Roten Kreuz Mandatare aller Parteien gab, die dort die Verantwortung trugen. Es war so unter dem Herrn Vizepräsidenten Winder, es ist nun so unter dem Vizepräsidenten und Bürgermeister Jussel aus Schlins, es ist jetzt so mit dem Vizepräsidenten und Bürgermeister Grabher aus Fußach, daß wir immer versucht haben, alle relevanten Gruppen mit in die Bemühungen einzubinden, einzubinden in einer Form, wo von der Aufsicht des Präsidiums her sichergestellt ist, daß es nicht eine parteipolitische Dominanz gibt, sondern wo, dem Auftrag und dem hohen Anspruch des Roten Kreuzes gemäß, eine Chance besteht, diese zu verwirklichen. Und nun zur Frage des Monopols: Der Herr Abg. Stadler hat mit Recht diese Frage auch im Finanzausschuß aufgeworfen und die Frage gestellt, warum in diesem Bereiche nicht eine andere Form gewählt wird. Gerade dies ist nun für uns eine Überlegung, die wir anstellen müssen, nämlich die Frage zu prüfen, was ist das Rote Kreuz, was ist der Arbeiter-Samariterbund. Es sind Einrichtungen, die der Öffentlichkeit dienen, die hohe humanitäre Ansprüche haben, die aber auch beurteilt werden müssen aus dem Aspekt heraus, nicht nur, daß sie helfen wollen und ihren Einsatz einbringen, sondern daß sie auch von Seiten der öffentlichen Hand zur Aufrechterhaltung ihrer Strukturen hohe

Mittel und Subventionen erhalten. Ich möchte den Vergleich mit den Feuerwehren wagen. Ganz bewußt hat der Gesetzgeber sichergestellt, daß es nicht mehrere Feuerwehren gibt, wobei das Feuerwehrwesen ein staatlicher Auftrag ist, der von den Gemeinden wahrzunehmen ist. Parallel dazu gibt es das Hilfs- und Rettungswesen, wo genauso der Bürgermeister und die Gemeinde besorgt sein müssen dafür, daß in den Gemarkungen der Gemeinde das Hilfs- und Rettungswesen organisiert ist. Das Hilfs- und Rettungswesen zu organisieren ist also ein Auftrag, den der Gesetzgeber den Gemeinden überantwortet hat. Der Vorarlberger Landtag hat ein sehr fortschrittliches Rettungsgesetz festgeschrieben. Ein Rettungsgesetz, wo keineswegs wie in anderen Ländern das Rote Kreuz aufscheint. Es ist also nicht so - in Salzburg z.B. ist das Rote Kreuz als Rettungsorganisation im Gesetz festgeschrieben. Bei uns gehen wir von dem aus, daß wir sagen, der Zuständige, nämlich die Vorarlberger Gemeinden, haben Verträge mit den Organisationen abzuschließen. Und wenn auch immer wieder mit Recht gesagt wird, daß es im öffentlichen Bereich auch konkurrenzierende Einheiten geben mag, dann nur dort, wo sie nicht subventioniert werden müssen. Sobald wir ringen müssen um hohe Subventionen, müssen wir uns natürlich schon fragen, ob dies gerechtfertigt ist. Der Arbeiter-Samariterbund ist eine gut dotierte Einrichtung, die finanziert wird aus den Mitteln, die ihnen von Seiten des Bundes zugeleitet werden und auch gleichzeitig, wie der Finanznachweis erweist, auch aufgrund der Leistungen, die dankenswerterweise der Arbeiter-Samariterbund im Krankentransportdienst erbringt. Und der Krankentransportdienst in unserem kleinen Lande wird nun von zwei Rettungsorganisationen versorgt, dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariterbund, wobei das Rote Kreuz immer wieder betont, auch gegenüber uns und der Gebietskrankenkasse und auch anderen Kasseneinrichtungen, daß sie in der Lage wären, mit ihrem Fuhrpark, der relativ stattlich ausgestattet ist, mit ihrem Fuhrpark alle diese Aufträge auch zu erfüllen. Aber hier gibt es eben kein Verbot - das sage ich einmal ganz deutlich - daß hier nur das Rote Kreuz diese Transporte vorzunehmen hat, sondern es darf und soll auch der Arbeiter-Samariterbund in die Arbeit eingebunden werden. Und nun, meine Damen und Herren, sehe ich wirklich eine echte Chance darin, bei der Novelle dieses Vorarlberger Rettungsgesetzes und dazu verpflichtet ich mich hier vor dem Hohen Hause - dem Vorarlberger Landtag - die Rettungsorganisationen Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund an einen Tisch zu bitten und bevor das Rettungsgesetz novelliert wird, zu versuchen, ein Arbeitsübereinkommen zu treffen und ein Gespräch zu führen, wie können wir die Aufgaben verteilen, wie können wir Aufgaben vornehmen. Aber das ungeordnet zu lassen und da hineinzuschlittern in eine Entwicklung - derzeit bekommt das Rote Kreuz eine Subvention des Landes von 5,5 Millionen, wobei das Budget ja weit darüber hinaus ist. Was die Gemeinden noch an Beiträgen leisten und was auch gleichzeitig sonst an Sammelergebnissen noch eingebracht wird bei beiden Organisationen, übertrifft ja weitaus die Landessubvention und jetzt zu

beginnen mit 400.000,- S ungeregt, ohne daß es gelungen wäre, hier ein Arbeitsübereinkommen zu treffen, würde ich als nicht verantwortlich bezeichnen. Meine Damen und Herren, ich verpflichte mich, mit dem Präsidenten des Roten Kreuzes und mit den Herren des Arbeiter-Samariterbundes zu versuchen, in Gesprächen ein Arbeitsübereinkommen zu treffen. Nachfolgend soll eben dieser Rettungsfonds, der bereits vom Abgeordneten Dr. Keckeis zwar einseitig beleuchtet, aber doch zitiert wurde, die Chance vermitteln, daß hier vom satzungsgemäßen Zweck her eine Tätigkeit im Hilfs- und Rettungswesen finanziert wird und ich glaube, das ist ein sehr taugliches Instrument, dieses Fondsgesetz, das wir hier im Rettungsgesetz unterbringen wollen, nämlich diesen Rettungsfonds so zu dotieren, daß er die Rettungsorganisationen in die Lage versetzt, hier ihrer Aufgabe nachzukommen. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß dieser gesamte Bereich zwar durch die Gemeinden verantwortet werden muß, die Gemeinden aber selber natürlich von der unterschiedlichen Interessenslage her - denken wir Bergrettung in der Gebirgslandschaft, denken wir Wasserrettung z.B. am Bodensee - daß wir unter diesen Aspekten einfach einen Ausgleich im Rahmen eines Fonds treffen müssen. Die guten Erfahrungen, die der Feuerwehrfonds uns eröffnet hat, ermuntern uns, daß wir in diesem Rettungsfonds alle diese Bereiche abdecken können. Zur konkreten Problematik ist noch zu sagen, daß das Rettungswesen, zu der auch die Durchführung von Krankentransporten gehört, den Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich obliegt. Ich weiß, daß es Probleme in Feldkirch gab. Am Zustandekommen war in keiner Weise die Stadt Feldkirch beteiligt, sondern die Stadt Feldkirch hat dann aus ihrer Notwendigkeit heraus einer in Feldkirch situierten Organisation eine Vereinssubvention gegeben. Wir werden versuchen müssen, ein Arbeitsübereinkommen zu treffen, um auf Landesebene dies rechtfertigen zu können. Gemäß § 10 des Katastrophenhilfegesetzes sind die nach dem Rettungsgesetz beauftragten Rettungsorganisationen Teil des Katastrophenhilfsdienstes der Bezirkshauptmannschaften und der Landesregierung, aus den Katastrophenhilfsdiensten der Gemeinden zu rekrutieren. Daher ergibt sich ein besonderes Interesse des Landes an einer wirkungsvollen Organisation und Ausrüstung des Roten Kreuzes und natürlich auch von Einrichtungen, die in ähnlicher Art tätig sind. Mit der Beauftragung durch die Gemeinden hängt zusammen, daß das Rote Kreuz seine Aufgaben flächendeckend im ganzen Lande wahrnimmt, während bei den Leistungen des Arbeiter-Samariterbundes verständlicherweise ein räumlicher Schwerpunkt im Hauptsiedlungsgebiet des Landes im Bereich der Stadt Feldkirch und Umland festzustellen ist. Das Rote Kreuz hat in Vorarlberg eine lange Tradition, während der Arbeiter-Samariterbund erst vor kurzem seine Tätigkeit aufnahm. Klagen, daß das Rote Kreuz seine Aufgaben nicht ausreichend erfüllen könne und daß daher Bedarf nach einer zusätzlichen Organisation bestehe, sind uns bisher nicht bekannt geworden und bei Berücksichtigung dieser Umstände haben wir in der Landesregierung so gehandelt, daß Aufträge der Landeskrankenanstalten für Kranken-

transporte vorrangig dem Roten Kreuz gegeben werden. Aus dem Gesagten ergibt sich auch, daß die Tätigkeit des Roten Kreuzes insgesamt im öffentlichen Interesse liegt, daraus leiten wir auch ab, daß es gerechtfertigt ist, durch eine vorrangige Betrauung der Gemeinden die Erhaltung und Leistungsfähigkeit des Roten Kreuzes zu sichern. Es sollte also nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob solche Einrichtungen gegeben sind - das unterschätzt man nämlich - genauso wie wir einen Zwang haben, Feuerwehren zu haben, wobei es dort leichter ist, weil der Bürgermeister jeden Gemeindebürger zur Leistung in der Feuerpolizei verpflichten kann - das ist viel zu wenig bekannt - während das Rote Kreuz eine völlig freiwillige Einrichtung ist. Und notwendigerweise müssen wir die Konkurrenz deshalb in dem Sinne ausschließen, daß wir ein Arbeitsübereinkommen treffen, weil die wirtschaftliche Basis bei der Einrichtung geschmälert würde, wenn ein Konkurrenzverhältnis bestünde. Meine Damen und Herren, es war schon beschämend, was sich auf Feldkirchs Straßen abgespielt hat. Gott sei Dank hat man das bereinigen können durch eine klare Vorgangsweise, denn es ist auch nicht für den Verunfallten zumutbar, daß hier konkurrierende Einrichtungen versuchen, rascher am Orte zu sein wie der andere und zu versuchen, hier eine Rettung in dem Sinne zu gestalten, daß es also zu einer Situation kommt, die meines Erachtens nicht verantwortlich ist. Nun bietet diese Novelle des Rettungsgesetzes uns die einmalige Chance, hier diese Sache in den Griff zu bekommen. Ich gebe zu, Herr Abg. Keckeis, die Bemühungen, die bisher auf diesem Gebiete waren, waren nicht vom Erfolg gekrönt, weil es keine Zusammenarbeitsbasis gab. Ich bin aber guter Zuversicht, daß der Herr Präsident Landesrat Mayer gemeinsam mit den anderen Herren des Präsidiums in dieser Frage die Haltung einnimmt, die ich skizziert habe, daß wir den Versuch wagen, zu einem Arbeitsübereinkommen zu kommen. Wobei wir ja auch noch festhalten möchten, daß die Zuordnung der Gemeinden zu Versorgungsbereichen aus organisatorischen Gründen mit dem Roten Kreuz vorgenommen wurde und wir wollen auch durch die Einrichtung einer Rettungszentrale sichern, daß die richtigen Einsätze durch die richtige Organisation erfolgen. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, wenn ich auch sonst für liberale Offenheit der konkurrierenden Verhältnisse bin, Herr Kollege Stadler, bin ich aber nicht der Auffassung, daß es gut tut, es einer ungeordneten Situation zu überlassen, wer und wo als Einsatzgruppe tätig wird. Wenn wir also hier erfolgreich sein wollen, dann wollen wir den Arbeiter-Samariterbund in ein Arbeitsverhältnis mit hereinnehmen. Ich darf auch betonen, daß wir uns bemühen, die Versorgungsbereiche der Rettungsabteilung Bregenz, die Versorgungsbereiche der Rettungsabteilung Lustenau, der Rettungsabteilung Dornbirn, der Rettungsabteilung Egg mit Au, der Rettungsabteilung Hohenems, der Rettungsabteilung Feldkirch und der Rettungsabteilung Bludenz und St. Gallenkirch so zu gestalten, daß wir auch durch ein Notarztwagensystem an Standorten von Krankenhäusern und durch ein Rendezvousystem ergänzend in den Nachtstunden eine flexible Lösung im Hilfs- und Ret-

tungswesen erreichen, daß also flächenmäßig und flächendeckend im ganzen Lande sichergestellt ist, daß eine gleichartige Versorgung und damit auch Chancengerechtigkeit für den Erkrankten und Verunfallten gegeben ist mit der Überstruktur eines Rettungshubschraubers. Meine Damen und Herren, es wäre meines Erachtens nun ein Fehler, zu diesem Zeitpunkt nun eine Subvention einfach einzusetzen, ohne daß ein klares organisatorisches Konzept gegeben ist. Ich versichere Ihnen aber, daß wir im Rahmen der Zusammenarbeit vor Gesetzwerdung, bevor dieser Rettungsfonds eingesetzt wird, den Versuch starten werden, ein Arbeitsübereinkommen zu treffen und ich möchte Ihnen nochmals sagen, daß ich mich davor verwahre, daß es hier rein parteipolitische Motive seien, das sind überhaupt keine parteipolitischen Motive. Der humanitäre Ansatz solcher Organisationen ist hoch zu respektieren und zu achten, aber ich würde dieselbe Haltung auch einnehmen, wenn neben dem Roten Kreuz der Malteserritterorden oder andere Einrichtungen, die es in Österreich gibt und die sich der gleichen Aufgabe verschrieben haben, in unserem Lande eine Zweigstelle errichten würden, würde ich genau die gleichen Argumente einsetzen, ohne daß ich dabei in irgendeiner Weise eine Organisation hier in Mißkredit bringen möchte. Daher bitte ich Sie, Herr Abgeordneter Keckeis, uns bei unseren Bemühungen, ein Arbeitsübereinkommen zwischen Arbeiter-Samariterbund und Rotem Kreuz zu begründen, zu unterstützen. Ich weiß, Ihr Einfluß im Arbeiter-Samariterbund ist sehr groß und ich bitte Sie, uns die Hilfestellung zu geben, daß wir zu einer solchen Übereinkunft kommen. Ich werde Sie gerne dazu einladen, an diesen Gesprächen teilzunehmen, um vielleicht aufgrund des Einflusses des Herrn Abgeordneten Keckeis doch noch zu einer tauglichen Lösung zu kommen.

Vizepräsidentin: Zum Bereich »Gesundheit« zu Wort gemeldet ist noch der Klubobmann Dr. Mader.

Dr. Mader: Frau Vizepräsidentin, Hoher Landtag! Ich begrüße es, Herr Landesstatthalter, daß Sie als zuständiger Referent nun doch diese Chance wahrnehmen, ein Arbeitsübereinkommen zwischen ASB und Rotem Kreuz zustande zu bringen, das auch in unserer Intention liegt. Wir glauben, daß also ohne Arbeitsübereinkommen derzeit eine Finanzierung nicht gerechtfertigt ist und, sollte das Arbeitsübereinkommen doch zustande kommen, gibt es sicher Mittel und Wege, hier die finanziellen Mittel bereitzustellen, sei es im Nachtrag oder aus der Verstärkungsrücklage. Wenn die Dinge so laufen, wie Sie es dargelegt haben, wobei es sicher darauf ankommt, daß beide Gruppen Rotes Kreuz und der ASB die entsprechende Bereitschaft zeigen, hier ein Arbeitsübereinkommen zustandezubringen, wobei das zeitlich oder örtlich ja aufgeteilt werden kann. Als zweiten Punkt darf ich noch von der gestrigen Generaldebatte den Herrn Landesrat Fredy Mayer bitten, zu der Frage des Unfallkrankenhauses Böckle Stellung zu nehmen, nachdem ich meine, das fällt unter dieses Kapitel. Die zweite Frage, die ich anzuschließen habe, betrifft den KRAZAF, wo mir bekannt wurde,

daß in Kürze der KRAZAF nicht mehr verlängert werden sollte. Ich bin mir bewußt, daß wir diesen KRAZAF bisher politisch eigentlich immer bekämpft haben, aber auf der anderen Seite hat er doch den Spitälern finanzielle Mittel in Größenordnungen bereitgestellt, die sehr beachtlich waren und die Frage, die daran zu knüpfen ist: Wenn der KRAZAF nicht mehr ist, wie will man dann diese Abgänge der Spitäler künftighin finanzieren, weil dann kommen wieder Land und Gemeinden zum Zuge und da glaube ich, sind Dimensionen gegeben, die schon interessant sind, vom politischen Referenten etwas näher erläutert zu bekommen.

Vizepräsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Stadler.

Stadler: Frau Präsidentin, Hoher Landtag! Ich bin auch der Ansicht des Herrn Landesstatthalters, daß das Rettungswesen aus der Parteipolitik herausgehalten werden soll. Das gilt sowohl für das Rote Kreuz wie auch für den ASB. Wer die Entstehungsgeschichte des Arbeiter-Samariterbundes in Feldkirch einigermaßen kennt, weiß, daß das nicht irgendeine rote Organisation war, die da entstanden ist. Sie hat sich aus einem Konflikt beim Roten Kreuz ergeben. Daß der Abgeordnete Keckeis jetzt natürlich persönlich gute Kontakte dorthin hat, ist aus dieser Entstehungsgeschichte erklärlich. Dies soll aber nicht bedeuten, daß der Arbeiter-Samariterbund eine Vorfelddorganisation der sozialistischen Partei ist, was er, wenn man die Leute dort kennt, ja tatsächlich auch nicht ist. Herr Landesstatthalter, wenn ich gegen ein Monopol des Roten Kreuzes gesprochen habe und wenn auch der Herr Abgeordnete Keckeis gegen eine Monopolisierung des Rettungswesens gesprochen hat, so ist damit natürlich nicht gemeint, daß Konkurrenz am Unfallort herrschen soll. Daß also dort zwei Autos herfahren, das eine ist vom ASB und das andere ist vom Roten Kreuz. Der (Zwischenruf) eine nimmt sich die verlorenen Teile und der andere nimmt den Verletzten mit. Es geht darum, daß das Rettungswesen im Bereich der Stadt Feldkirch und Umgebung - nur um diesen Bereich dreht es sich ja eigentlich - koordiniert wird und daß hier einfach das Rote Kreuz so viel Kulanz zeigt und so viel Gesprächsbereitschaft und anerkennt, daß beim ASB Idealisten am Werk sind, die einen wirklich anerkennenswerten humanitären Einsatz leisten und daß das Rote Kreuz sozusagen von sich aus - um jetzt wieder in der Diktion der Ökonomie zu bleiben, wenn wir vorhin von Monopolen gesprochen haben - Marktnischen an den ASB freigibt, Terrain im Rettungswesen an den ASB abgibt und mit dem ASB zusammenarbeitet, anstatt den ASB zu bekämpfen. Ich habe das auch im Finanzausschuß schon angedeutet, daß wir Freiheitlichen dagegen sind, daß man den ASB nach links abschieben will, auch im ideologischen Sinne, sondern daß es hier um eine Koordination geht, und das erscheint mir eben wesentlich heute. Ich bin für die Zusage des Landesstatthalters sehr dankbar, daß der Arbeiter-Samariterbund auch eine Anerkennung als Rettungsorganisation im Rettungsgesetz haben muß. Denn er ist eine anerkennenswerte und

anzuerkennende Rettungsorganisation. Und wenn auch behauptet wird, das Rote Kreuz sei flächendeckend, so ändert dies nichts daran, daß der Arbeiter-Samariterbund eine bestehende Rettungsorganisation ist, die durchaus brauchbare Rettungsdienste leistet. Was die Frage des Budgetansatzes anbelangt, so bin ich persönlich der Ansicht, daß man hier durchaus 400.000,- S einmal vorsehen könnte, vorbehaltlich natürlich der Gespräche, die sich dann im Vorfeld der Gesetzwerdung des Rettungsgesetzes ergeben. D.h. der Budgetansatz könnte meiner Ansicht nach durchaus bereits gebildet werden, um dann Mittel für den ASB vorzusehen. Wenn man das nicht tut, möchte ich daraus auch keine Glaubensfrage machen. Das würde nicht heißen, daß ich jetzt das Budget dann insgesamt ablehnen müßte, nur weil man die 400.000,- S nicht vorsieht. Ich persönlich bin der Ansicht, daß man durchaus einen Ansatz bilden könnte und man hätte Vorsorge getroffen, daß, im Falle daß diese Gespräche zwischen Rotem Kreuz, Landesstatthalter, Abgeordnetem Keckeis und ASB positiv verlaufen, daß dann auch Mittel für den ASB bereits verfügbar wären.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Keckeis.

Dt. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Landesstatthalter hat in einer, zugegebenermaßen, gekonnten und sogar sympathischen Polemik die Schwerpunkte der Verantwortung auf eine Seite verschoben, wo sie einfach nicht zu suchen und zu finden ist, wenn man die Vorgeschichte dieses Antrages etwas näher betrachtet und sie vor allem in Erinnerung ruft. Herr Landesstatthalter, bei allem Respekt, Sie erinnern sich, die sozialistische Landtagsfraktion hat vor drei Jahren das erste Mal einen Antrag eingebracht, man möge, aus den gleichen Gründen, die hier genannt wurden, den Arbeiter-Samariterbund im Budget in bescheidenem Ausmaß berücksichtigen. Damals original Sigi Gasser: »Ich werde mit den Rettungsorganisationen zusammensitzen, ich werde mit ihnen das Gespräch suchen, ich werde versuchen, daß hier eine Lösung gefunden wird, bei der beide Organisationen leben können und wenn die gefunden worden ist, dann sind wir auch bereit, entsprechende Dotationen vorzunehmen.« Meine Damen und Herren - Sie müssen sich auch erinnern können - heute, nach drei Jahren wird das gleiche Versprechen in Aussicht gestellt, wobei ich hinzufügen muß, daß die Widerstände ja bitte nicht vom Arbeiter-Samariterbund kommen, Sie wissen das genau, Herr Landesstatthalter, die Widerstände kommen vom Roten Kreuz, das der Meinung ist - es ist die gleiche Argumentation, die wir gehört haben - «wir sind eine flächendeckende Organisation und daher bedarf es keiner zweiten Organisation.«

Meine Damen und Herren, wieso sollen wir nicht auch die freie Wahl des Rettungsdienstes irgendwo zur Devise erheben und zur Richtschnur unseres Handelns machen - das gibt es in anderen Bundesländern auch - und dann werden genau jene positiven Auswirkungen der Konkurrenz zum Tragen kommen, zu der sich sonst bei jeder Gelegenheit ja alle bekennen.

Drittens, meine Damen und Herren: Ich finde es einfach etwas lächerlich, heute die 400.000,- S nur deswegen abzulehnen, weil es angeblich noch kein Konzept für die Zusammenarbeit zwischen Rotem Kreuz und Arbeiter-Samariterbund gäbe. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich doch einmal: Jeder Hasenzüchterverein in diesem Land bekommt Geld, wobei ich nichts gegen Hasenzüchter habe. Wenn ich daran denke, wie der Interessenssportgemeinschaft Bregenz-Bludenz Hunderttausende, wenn nicht Millionen, nachgeschmissen wurden, konzeptlos; wenn ich daran denke, daß der VEU Millionen nachgeschmissen wurden, konzeptlos; wenn ich daran denke, daß Heizbösch-Lustenau Millionen nachgeschmissen wurden - wo war das Konzept? Konzeptlos sind hier Gelder flüssig gemacht worden, weil es politisch opportun erschien (Zwischenruf Dr. Mader) und hier wird mit einem - Kollege Mader, Sie können ja wieder mit der ÖVP stimmen, aber unterbrechen Sie mich nicht mit unqualifizierten und in der Sache falschen Zwischenrufen, das ist doch sinnlos. Völlig konzeptlos wurde hier Geld ausgeschüttet, weil es einfach politisch opportun erschien und hier in diesem Fall möchte man die Kleinlichkeit geradezu auf die Spitze treiben.

Ich bin der Meinung - und hoffe auch mit Ihnen, Kollege Stadler - diese 400.000,- S hat sich der Arbeiter-Samariterbund aufgrund der bisherigen Leistungen verdient und so ist unser Antrag zu verstehen. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, Herr Landesstatthalter, und ich hoffe, es ist diesmal ernster gemeint wie vor drei Jahren, daß Sie sich wirklich bemühen werden, dieses Gespräch zu suchen und, was noch wichtiger ist, daß dieses Gespräch letzten Endes auch zu einem Ergebnis führt. Und nun, meine Damen und Herren, wenn immer so getan wird, als ob das Land sich eh bemüht hätte, hier eine Einigung herbeizuführen, ja da könnte ich Ihnen einzelne Sachverhalte erzählen, da würden Ihnen die Haare zu Berge stehen. Man hat alles getan - und damit will ich es schon bewenden lassen - um zu verhindern, daß der Arbeiter-Samariterbund auch nur mit einer einzigen Gemeinde im Land einen Vertrag abschließen kann, was nämlich Voraussetzung gewesen wäre, um zu finanziellen Mitteln des Landes zu kommen. Und zwar nicht nur Mätzchen hat man angewandt, sondern geradezu Unkorrektheiten. Und man hat alles getan, meine Damen und Herren, damit die landeseigenen Krankenhäuser ja nicht auf die Idee kommen, irgendeinmal den Arbeiter-Samariterbund einzusetzen, und stellvertretend für eine ganze Zahl von Aktenvermerken, die ich habe, lese ich Ihnen einen vor. Er entbehrt auch nicht eines gewissen Humors, wenn man vor allem die Hintergründe kennt, die dazu geführt haben: »Grundsätzlich ist für Patiententransporte unser hauseigener Krankentransport zuständig.« Das leuchtet mir ein. »Wenn dieser überbelegt oder zeitlich nicht in der Lage ist, den Transport durchzuführen, ist als zweites das Rote Kreuz zu verständigen. Und nur wenn dieses nicht kann und dann auf ausdrückliche ärztliche Anordnung der Transport dringend durchgeführt werden muß,« - also drei Voraussetzungen - «kann der Samariterbund mit dem Transport beauftragt werden.« Das ist also ein Schrei-

ben von der Valduna. Ähnliche Schriftsätze gibt es vom Landeskrankenhaus. Also alles Indizien und Nachweise, daß bisher überhaupt nichts unternommen wurde, um jenen Konsens zu finden, den Sie heute, Herr Statthalter nochmals, - ich sage es noch einmal: dankenswerterweise - angekündigt haben. Aber ich erwarte a) daß diesem Antrag zugestimmt wird - ich glaube, die Argumente sind überzeugend und durch nichts widerlegt - und b) daß diese Gespräche lieber heute als morgen gesucht werden und auch endlich zu einem Ergebnis führen.

Präsident: Der Abg. Lampert hat das Wort.

Lampert: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich glaube, wir sollten dieses Thema mehr auf der unteren Ebene behandeln, auf der Ebene der Arbeit des Roten Kreuzes und auf der Arbeit des Arbeiter-Samariterbundes, wo es fast keine Probleme gibt. Die Probleme bewegen sich an der Spitze und leider hier im Landtag. Ich anerkenne die Leistung des Arbeiter-Samariterbundes und auch die Jugendarbeit dieser Organisation. Diejenigen, die durch die Arbeit dieser Organisationen bisher Hilfe empfangen haben, fragen nicht, ob sie Hilfe durch das Rote Kreuz oder den Arbeiter-Samariterbund empfangen haben. Aber wir dürfen, so glaube ich, auch nicht die Leistung des Roten Kreuzes, einer seit Jahrzehnten gut funktionierenden Rettungsorganisation und auch nicht der Jugendarbeit, die das Jugendrotkreuz und das Rote Kreuz in diesem Lande in der Vergangenheit geleistet hat und leistet, vergessen. Nur zu dem heute vorliegenden Antrag der SPÖ möchte ich sagen, daß es glaube zielführender für beide Rettungsorganisationen ist, wenn wir bei der Beratung über die Novelle zum Rettungsgesetz sichern, daß auch der Arbeiter-Samariterbund als anerkannte Rettungsorganisation schlußendlich in diesem Gesetz Niederschlag findet und dadurch in Zukunft Anspruch auf Förderung hat, die sie aufgrund ihrer Leistungen verdient. Ich glaube, daß es zielführender ist, daß man schlußendlich zu einem Arbeitsübereinkommen kommt und bei gutem Willen aller Beteiligten muß es möglich sein. Es gibt funktionierende Beispiele, daß Rettungsorganisationen miteinander arbeiten können und im Dienste der Gemeinschaft diese humanitären Dienste erbringen. Oberösterreich ist ein Beispiel dafür. Ich würde sagen, vertagen wir diese Diskussion auf die Beratung über die Novelle zum Vorarlberger Rettungsgesetz und lassen wir die parteipolitischen Überlegungen aus dem Spiel. Es gibt sicher in beiden Organisationen Menschen, die oder die diese politische Einstellung haben und so soll es auch bleiben und drängen wir nicht Leute, die für die Allgemeinheit tätig sind, in irgendein politisches Eck. Beraten wir zu dem Zeitpunkt dieses Thema dort, wo es behandelt werden muß und das ist die Novelle zum Vorarlberger Rettungsgesetz.

Präsident: Noch dazu gemeldet ist der Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus auch -

wie es der Abg. Lampert getan hat - die Arbeit des Roten Kreuzes zu loben und daß hervorzuheben mit unserem Bemühen, auch den Arbeiter-Samariterbund anzuerkennen, nicht im Ansatz daran gedacht ist, die Arbeit des Roten Kreuzes und auch des Jugendrotkreuzes in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil. Wir sind uns der Bedeutung bewußt und haben sehr viele Freunde und Mitarbeiter in diesen Organisationen. Ich weiß nur zu gut, wie wichtig diese Arbeit dort ist. Ich muß daher sagen, diese Wortmeldung, auch die Wortmeldung - ich bin sonst in vielen Bereichen nicht der Meinung des Kollegen Stadler - aber hier teile ich seine Auffassung und hier trägt er auch ehrlich seine Meinung vor, weil er sieht, daß da versucht wird - unter Umständen parteipolitisch, ich möchte es nach diesen Wortmeldungen gar nicht so sehen und daher ersuche ich erneut als erstes sichtbares Zeichen, weil ja jeder die Arbeit anerkennt. Es gibt ja niemand, der sagt, wir anerkennen diese Arbeit nicht und wir anerkennen auch den Arbeiter-Samariterbund nicht. Daher unser Antrag auf namentliche Abstimmung, damit wir endlich aus diesem Parteienzwang herauskommen in dieser Frage, die wirklich parteiübergreifend ist. Ich ersuche daher alle Abgeordneten, und gerade die ÖVP-Mehrheit könnte hier zeigen, daß sie sich nicht so sehr von einem Diktat der Regierung bevormunden läßt, und daher bitte ich alle bei der namentlichen Abstimmung, diesem anerkennenden Antrag als Budgetansatz die Zustimmung zu geben.

Präsident: Noch zu diesem Thema der Herr Landesrat Mayer.

Landesrat Mayer: Hoher Landtag, meine Damen, meine Herren! Ich habe mit Interesse als Präsident des Roten Kreuzes die Diskussion verfolgt und freue mich, daß im wesentlichen unbestritten ist, daß die Leistungen des Roten Kreuzes anerkannt werden. (Zwischenruf Dr. Häfele: Als Polit-Präsident!) Herr Abgeordneter Häfele, ich lasse mir von Ihnen diesen Mantel nicht umhängen. Erstens nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Das Rote Kreuz ist eine unabhängige Organisation mit Statut, weltweit anerkannt, hat im Präsidium eine ausgewogene Delegation von entsprechenden politisch relevanten Kräften. Ich habe dafür gesorgt, daß der Herr Bürgermeister Jussel ihre Fraktion vertritt im Präsidium, wie es jahrzehntelang in diesem Roten Kreuz der Fall war und Sie kommen jetzt daher und sagen, Politpräsident. Es ist jammerschade, daß Sie auf dieses Niveau herabsinken, das sage ich Ihnen. (Applaus) (Zwischenruf Dr. Häfele: Erstmals seit Jahrzehnten ein Politiker als Präsident, das ist jammerschade!)

Jetzt komme ich wieder zurück auf meine ursprüngliche Wortmeldung. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt als Roter Kreuz-Präsident die Meinung des Roten Kreuzes dazu. Erstens einmal bin ich seit kurzem Präsident und es wird eine der ersten Aufgaben sein, dieses unangenehme Verhältnis ASB - Rotes Kreuz zu befrieden. Und da bin ich der Auffassung, daß eine große Organisation einer kleineren entgegenkommen wird müssen.

Das generell. Zum Zweiten, meine Damen und Herren, müssen Sie sich als Mandatäre dieses Landtages klar sein, welche Aufgaben Sie den Rettungsorganisationen zuweisen. Es muß eine klare Aufgabenfixierung da sein und darf ich Sie gleichzeitig bitten, auch dafür zu sorgen, daß die Finanzierung gesichert ist. Denn so kann es ja nicht weitergehen, wie es jetzt der Fall war, daß die Mandatäre der Gemeinden und des Landtages fiktive Aufgaben den Rettungen zugewiesen haben, die Bevölkerung will, daß alles optimal gelöst wird, die Krankenkassen sich von der Finanzierung der Rettungstransporte verabschiedet haben, die Gemeinden mit 7,20 S pro Kopf einen anerkanntenswerten aber bescheidenen Beitrag geleistet haben, wo jeder weiß, daß es in etwa 20 S ausmachen müßte. Ich will damit zum Ausdruck bringen, meine Damen und Herren, fixieren Sie den Aufgabenrahmen und die Finanzierung und sagen Sie, wer das zu tun hat. Das Rote Kreuz bietet sich für das Land an, hat aus diesem Grunde die Verträge mit den Gemeinden und dem Land erzielt und zwar in einer partnerschaftlichen Verhandlung und wenn man der Meinung ist, den Bereich »A« oder Bereich »B« soll nicht das Rote Kreuz versorgen, dann soll man es sagen, da wird niemand böse sein, nur möchten wir klare Fixierungen haben. Tatsache ist, daß aufgrund vertraglicher Verpflichtungen das Rote Kreuz gezwungen ist, einen entsprechenden Fuhrpark vorzuhalten. Tatsache ist, daß das Rote Kreuz gezwungen ist, aufgrund dieser Maßnahmen und der Vertragsleistungen, entsprechendes Personal und freiwillige Mitarbeiter vorzuhalten und, meine Damen und Herren, dann ist es ja nur legitim, daß man versucht, diese Vorhaltungen optimal auszunützen zum Vorteil der öffentlichen Finanzierungsträger. (Zwischenruf Dr. Kekkeis: Das hast Du auch schon vor drei Jahren gesagt!) Aber wenn Sie eine andere Meinung vertreten, lassen Sie es das Rote Kreuz wissen, wir stehen jederzeit zu Verhandlungen zur Verfügung.

Zu einigen anderen, mich politisch betreffenden Themen, die der Herr Klubobmann Mader dargelegt hat: Die Frage der KRAZAF-Finanzierung. Hier kann ich Ihnen mitteilen, daß das Abkommen über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zum 31.12. des kommenden Jahres ausläuft, daß die Meinung in den Ländern besteht, daß es unbedingt sein muß, in Zukunft ein Finanzierungsinstrumentarium zu finden, das nicht nur die Spitalversorgung im Auge hat, sondern einen Gesundheitsverbund zum Ziel hat, daß man nämlich entsprechende Finanzierungsmodalitäten auch für die ambulante Hilfe und für die medizinische Hilfe vor Ort finden muß, diese Gesamtfinanzierung Krankenhaus - also stationärer Sektor und ambulanter Sektor - in eine Art kommunizierendes Gefäß einbinden muß. Hier liegen starke Äußerungen der Finanzreferenten der österreichischen Bundesländer vor, wenn dies nicht möglich ist, den Vertrag aufzukündigen - wir haben ein Jahr lang Zeit, die Verhandlungen sind derzeit im Gange. Das zum KRAZAF.

Zur Causa Unfallkrankenhaus Böckle wissen Sie, daß ich die Meinung vertrete, daß es notwendig ist, das Krankenhaus Böckle langfristig in das Spitalskonzept Bregenz, sprich: in das Krankenhaus Bregenz, einzubauen. Hier lie-

gen ja verschiedene Vorstellungen bei der Stadt vor. Ich bin an und für sich froh, daß die Stadt aus der Lethargie erwacht ist und hier jetzt einmal zu erkennen gibt, daß sie doch willens ist, das zu tun. Wir sind derzeit in Verhandlungen mit Böckle mit dem Ziel, dieses Haus anzumieten, als erste Stufe einer längerfristig zu sehenden Fusion.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Gorbach.

Gorbach: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Parteibossmann Dr. Häfele hat einen Zwischenruf gemacht zu dieser Debatte, den ich so nicht im Raume stehen lassen möchte, in dem er seiner Empörung Luft gemacht hat, daß sich ein aktiver Politiker auch noch als Präsident eines Vereines einer Organisation zur Verfügung stellt (Zwischenruf Dr. Häfele) Herr Dr. Häfele, Ähnliches haben Sie mir ja auch schon vorgeworfen und ich möchte jetzt die Stimmung nicht anheizen und nicht polemisieren, aber vielleicht geht Ihnen diese Betätigung in Vereinen persönlich ab und deshalb gehen Ihnen auch Stimmen ab offensichtlich, aber ich will Sie nicht zum Glück zwingen, Herr Dr. Häfele. Aber etwas möchte ich hier schon deponieren: Ich wünsche mir möglichst viele Politiker, die imstande sind, die Parteibrille abzulegen und in möglichst vielen Vereinen und außerschulischen Organisationen - seien dies caritative, soziale, kulturelle, sportliche Vereine und was auch immer - aktiv mitzuarbeiten, dort einen guten Beitrag zu leisten und so eine Werbung für die Politik und für den Politiker zu machen. Das wäre wichtig, nur für viele offensichtlich nicht möglich oder schwierig. (Zwischenruf Dr. Häfele: Politische Werbung durch das Rote Kreuz!) Sie sehen das immer nur parteipolitisch! Ich würde mir wünschen, Sie hätten einmal eine Phase des Glücks oder eine Phase der Erleichterung und würden das ein bißchen lockerer sehen. Herr Abgeordneter Häfele bzw. Dr. Keckeis, ich habe viel Verständnis für die Argumente was diese Budgetposition (Zwischenruf Dr. Keckeis: Deshalb bin ich bei der Faschingsgilde dabei!) - deshalb haben wir auch etwas gemeinsam, das ist das einzig Gemeinsame wahrscheinlich. Herr Dr. Häfele und Herr Dr. Keckeis, ich habe viel Verständnis für diesen Antrag auf Aufnahme einer Budgetposition für den Arbeiter-Samariterbund. Ich glaube im übrigen auch, daß es überall womöglich gut ist, wenn ein gesunder Wettbewerb da ist, der natürlich nicht ausarten darf - Herr Kollege Abgeordneter Stadler hat ja dazu schon Stellung genommen. Es darf ja nicht so sein, daß ein Wettbewerb entsteht, wer ist zuerst am Unfallort, denn sonst kommen wir dann so weit, daß der Führende verunglückt und der Zweite rettet ihn dann. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Kollege, es sind auch schon zwei Rotkreuzautos zum gleichen Verletzten gekommen!) Das ist schlecht, das sollte man in den Griff bekommen. Aber ich glaube, der Herr Landesstatthalter hat heute in Aussicht gestellt, möglichst rasch und unter Einbindung der Betroffenen, auch unter Einbindung der Politiker, die Einfluß haben - und da gehören Sie natürlich dazu in Feldkirch - Gespräche zu führen, die eine Basis bilden sollten - und ich habe das hoffentlich richtig verstanden - die im Nachtrag oder aber aus der Reserve - wie

auch immer - hier eine Förderung dem Arbeiter-Samariterbund zukommen zu lassen, die meines Erachtens auch in Ordnung wäre. Für mich ist der jetzige Zustand ein - wenn man so will - schwebender Zustand. Ich würde meinen, es fordert vielleicht die Gesprächsbasis, das rasche Gespräch zu suchen, wenn wir unter diesen Voraussetzungen abwarten, und für mich hat der Herr Landesstatthalter heute ein starkes Wort in dieser Richtung gesprochen und ich werde ihn auch daran messen und prüfen. Man sollte ihm jetzt eine Frist geben, nicht daß es dann so ist, daß Sie in drei Jahren wieder sagen, das war vor drei Jahren schon so und vor sechs Jahren so. (Zwischenruf Dr. Keckeis: So lange warten wir nicht mehr!) Ich bin neu im Landtag, ich werde mir also das gerne ansehen.

Präsident: Der Herr Landesstatthalter hat das Wort.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich muß ich einmal zu dem Thema Hilfs- und Rettungsorganisationen auf freiwilliger Basis ein Wort sprechen. Ich habe mich neben anderen Schwerpunkten dieser Aufgabe unterzogen in einem Stile, wo der persönliche Kontakt nie abgerissen ist. Ich habe alle Jahreshauptversammlungen besucht und auch manches Wochenende geopfert, so wie es diese Freiwilligen opfern, so habe ich es auch getan, und mich der Diskussion und den Gesprächen gestellt. Ich muß Ihnen einmal ganz deutlich sagen, daß ich nach jeder dieser Versammlungen im Hilfs- und Rettungswesen auf Landesebene, sei es bei der Wasserrettung, sei es bei der Bergrettung, sei es beim Roten Kreuz, immer heilfroh war, daß wieder eine taugliche Führung nach den Diskussionen übriggeblieben ist. Ich muß aber ganz deutlich sagen, daß das Führen von freiwilligen Hilfs- und Rettungsorganisationen eine der schwierigsten und sensibelsten Aufgaben ist, die es gibt. Das muß einmal ganz klar gesagt werden. Weil eben insbesondere Mitarbeiter, die sich der humanen Idee verpflichtet wissen, besonders auch kritisch den Vereinsstrukturen gegenüberstehen und die Entwicklung im Roten Kreuz hat das ganz deutlich gezeigt. Und unter dem Motto »ein Holz gibt kein Kreuz« muß ich auch ganz deutlich sagen, daß das ja nicht ein Willkürakt des ASB war, sondern das ist eine hausgemachte Situation des Roten Kreuzes gewesen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie kennen die näheren Umstände nicht!) Herr Kollege Keckeis, vor drei Jahren - und da möchte ich Ihnen recht geben, das soll man in der Politik einmal ganz klar festhalten - habe ich das gesagt, was Sie sagten. Ich bin aber nicht erfolgreich gewesen. Es ist mir nicht gelungen, die damalige Führung des Roten Kreuzes und den ASB an einen Tisch zu bekommen. Ich mußte getrennte Verhandlungen führen und es gab keine Zusammenarbeitsmöglichkeit. Wenn wir jetzt diesen Neubeginn starten aus der Chance heraus der Novelle eines Rettungsgesetzes, dann glaube ich, ist diese Chance nun einmal wahrzunehmen. Ich bitte Sie, mich in dem Sinne beim Wort zu nehmen. Ich werde noch dieses Jahr eine Einladung aussprechen für den Beginn des nächsten Jahres. Wir werden diese Gespräche führen. Nur glaube ich das eine abschließend

doch festhalten zu dürfen: Wenn wir uns verabschieden würden von Prioritätensetzungen und wenn wir uns verabschieden würden von Arbeitsübereinkommen, dann haben wir natürlich ein ungeordnetes Rettungswesen, was natürlich nicht sinnvoll ist. Ich bitte Sie, das einfach zu akzeptieren, daß wir hier öffentliche Mittel zur Verfügung stellen und Subventionen geben vom Steuerzahler und das muß verantwortet werden können. Und das kann dann verantwortet werden, wenn es ein Arbeitsübereinkommen gibt. Dieses Arbeitsübereinkommen ist die Grundlage auch für den Einfluß in den Rettungsfonds des neu zu schaffenden novellierten Rettungsgesetzes. Und unter diesen Aspekten bin ich guten Mutes, daß wir zusammenfinden im Sinne dieser Idee und ich glaube, daß wir jetzt diese Chance des Druckes vor dieser Novelle nutzen sollten, um der Verhandlung die Schubkraft zu geben, die sie im Interesse der Sache verdient.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe großen Respekt vor den Leistungen der freiwilligen Helfer beim Roten Kreuz und beim Arbeiter-Samariterbund, vor allem deshalb, weil ich selbst zu diesen Tätigkeiten nicht fähig wäre, weil ich kein Blut sehen kann. Aber ich glaube, es war eine sehr sehr gute Tradition in Vorarlberg, daß an der Spitze des Roten Kreuzes immer hochangesehene Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder aus den Ärztekreisen tätig waren, die völlig unpolitisch dieser Hilfsorganisation vorgestanden sind. Die Politiker waren stets nur als Vizepräsidenten unterstützend tätig und von den freiwilligen Rettungshelfern selbst als solche nicht gerne gesehen. Das war die gute Vorarlberger Tradition, unpolitische Persönlichkeiten an die Spitze des Roten Kreuzes zu stellen. Ich halte es deshalb wirklich für einen Schaden für diese Rettungsorganisation, daß eine solche Politbesetzung vorgenommen wurde. Gerade diese Politbesetzung hat ja dazu beigetragen, daß eine Polarisierung stattfindet, daß nun auch das Rote Kreuz in den politischen Strudel gezogen wird, ob man das will oder nicht. Ich sage das nicht nur als Landesvorsitzender der sozialistischen Partei, denn, meine Damen und Herren, wir haben niemals einen Anspruch auf eine politische Position beim Roten Kreuz gestellt - niemals. Mein Bruder ist Unfallchirurg und seit vielen Jahren Rettungsarzt beim Roten Kreuz. Ich habe mit ihm auch ausführlich darüber gesprochen und gerade er aus seiner Sicht als Rettungsarzt lehnt solche politischen Besetzungen vollkommen ab und auch er wie viele andere, würden wieder eine Rückkehr zur guten alten Vorarlberger Tradition wünschen.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf zunächst zum Abgeordneten Gorbach einiges sagen, derversucht hat, Abgeordnete meiner Fraktion, die sich nicht als Vereinsmeier aufspielen, zu diskreditieren. Ich bin einer, der sehr gerne bei den Vereinen ist, das

ist gar keine Frage. Es macht mir auch Spaß, aber auch die Politik ist nichts anderes, ähnlich wie in den Vereinen, für die Menschen da zu sein und sich für die Menschen einzusetzen, egal, wo dies jemand tut. Das glaube ich muß man respektieren und gerade diese zwei Kollegen, die Du angegriffen hast, sind jene, die, wenn es gilt, Sprechstage zu machen oder andere Dinge, die Ersten sind, die sagen, ich komme, ich übernehme die Aufgabe und daher muß ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Und auch die Aussage »wenn Du mehr in den Vereinen arbeiten würdest, hättest Du vielleicht mehr Stimmen«. Das zeigt nämlich genau diesen geistigen Hintergrund, warum verschiedene Leute Faschingsprinzen und andere Dinge spielen, um eben damit offensichtlich Stimmenfang zu machen und aus diesen Gründen würde ich das ablehnen. Das war auch nie meine Motivation, irgendwo in einem Verein aktiv tätig zu werden und das kann mir auch niemand nachsagen. (Zwischenruf Gorbach: Mir auch nicht!) Zweitens: Du hast gesagt, wärest Du mehr in Vereinen, dann hättest Du mehr Stimmen, also offensichtlicher geht es nicht mehr, Kollege Gorbach. (Zwischenruf Gorbach) Wir haben auch nie gefordert, Herr Landesrat Mayer, und zeigen Sie uns das, daß wir im Rahmen des Roten Kreuzes eine politische Funktion besetzen könnten in Form eines Vizepräsidenten. Klubobmann Winder war bereits, als Sie noch nicht Präsident waren, Vizepräsident. Das hat meiner Meinung nach überhaupt nie einen Grund gehabt, das politisch zu besetzen. Das würde ich auch von vornherein ausschließen. Es müssen fachliche Kriterien sein. Wenn sie das sind, Herr Landesrat, dann sagen Sie das. Ich bin fachlich der geeignete Präsident und daher übernehme ich das mit großem Verantwortungsbewußtsein und Genugtuung. Noch etwas: Nur dann muß man hellhörig werden, wenn Ansätze sind da und das wollen wir wirklich im Keim ersticken, Ansätze im Rettungsgesetz, das im Entwurf ausgesendet wurde, den ASB auszugrenzen. Nur das ist der Grund. Das Zweite, das scheint auch mit ein Grund zu sein, warum diese Gelder nicht angenommen werden - wir alle sagen, die Arbeit des Arbeiter-Samariterbundes wird anerkannt. Man hat größten Respekt davor, was er bisher gemacht hat, ist aber nicht bereit, ihn auch entsprechend mit einer geringen Höhe zu dotieren. Um das geht es, daß man die Arbeit anerkennt und auch die Leistungen, die hier von allen ehrenamtlich gemacht werden, daß man auch diese Leistungen in Form eines geringen Budgetansatzes respektiert.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesstatthalter.

Dipl.-Vw. Gasser: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben mit dieser Diskussion der guten Sache des Rettungswesens keinen guten Dienst erwiesen. Dieses Niveau, meine Damen und Herren, habe ich eigentlich nicht erwartet. Ich bedauere das zutiefst und ich muß ganz offen sagen, es hat es auch der ehemalige Vizepräsident Winder nicht verdient. (Zwischenruf Elmar Mayer: Das sagen Sie überall, Herr Statthalter! Er hat Millionen für Sportvereine, aber für den ASB...) Er ist als aktiver Gesundheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung

gebeten worden, dieses Vizepräsidentenamt zu übernehmen. Und etwas muß ich auch einmal sagen: Dieser Zynismus, der hier durchschwingt, daß früher in Vorarlberg ehrenwerte Persönlichkeiten diese Ämter eingenommen haben und dies nun quasi von einem Politiker eingenommen wird, meine Damen und Herren, fragen wir uns, ist das noch fair uns selbst gegenüber? Ich muß Ihnen einmal ganz deutlich sagen, das ist unerhört. Herr Landesrat Mayer wurde von allen Rettungskommandanten des Landes, als er in einer schwierigen Situation, als der damalige Präsident Jochum von einem Tag zum anderen diese Funktion hingeworfen hat, eben auch weil es Querelen in dieser Organisation gab und ich während einer landesweiten Übung vom Geschäftsführer in Kenntnis gesetzt wurde, daß der Präsident am Vorabend bei einer Versammlung zu später Stunde das Amt niedergelegt hat und diese Organisation ohne Führung sei, habe ich über Funk den Vizepräsidenten Landesrat Mayer gebeten, sofort diese Funktion zu übernehmen. Er hat spontan die Geschäfte übernommen. Daß das eine ehrenamtliche Tätigkeit ist, das muß man wohl nicht hinzufügen. Er wurde von allen Rettungskommandanten, denen auch einige Ihren Couleurs angehören, gebeten, dies dringend zu tun und die Präsidentschaft zu übernehmen und zwar mit der Organisationsfrage wurde das verquickt. Das Rote Kreuz hat es bitter nötig, in der derzeitigen Situation einen Organisationsfachmann und einen Manager an die Spitze zu bekommen. Und dies ist nun einmal in einem bevorzugten Sinne Landesrat Fredy Mayer. Ich war selber bei dieser Versammlung anwesend. Meine Damen und Herren, es wurde der Antrag von der Ortsgruppe Hohenems gestellt, schriftlich abzustimmen, den Präsidenten schriftlich zu wählen. Ich habe als Vorsitzender sofort, ohne darüber abstimmen zu lassen, selbstverständlich dem entsprochen. In einer geheimen schriftlichen Wahl hat Landesrat Fredy Mayer alle Stimmen auf sich vereinigt. (Applaus) Einstimmig ist er gewählt worden. Das war keine Politwahl, sondern das war die Wahl eines Mannes, der sich im Roten Kreuz bewährt hat durch zehn Jahre Vizepräsidentenschaft und der in einer schwersten Stunde dieser ganzen Organisation die Hauptverantwortung übernommen hat, um zu retten, was zu retten gilt, nämlich den guten Ruf des Roten Kreuzes. Bitte tragen Sie bei, daß dies auch in Zukunft der Fall ist.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Bösch. Ich würde nur bitten, dieses Thema langsam abzuschließen, denn die Chance, daß wir heute fertig werden, die schwindet gewaltig. Ich habe schon fünf weitere Redner vorgemerkt zum Thema »Umwelt« und es werden sicher noch einige dazukommen.

Dr. Bösch: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, daß ich in aller Kürze als freiheitlicher Landtagsneuling zu diesem Thema spreche, vielleicht aber gerade deshalb mit der notwendigen Unbefangenheit an die Sache herangehe. Ich konstatiere, wir haben im Lande eine große Rettungsorganisation, die anerkannte Arbeit leistet, aber auch ausreichend dotiert ist, soweit

man ausreichend sagen kann. Ich konstatiere weiter, wir haben eine kleine Rettungsorganisation, bei der ein finanzielles Manko besteht und, wie ich den Worten des Herrn Landesstatthalters entnommen habe, besteht auch ein Organisations- und ein Koordinationsmanko. Ich frage mich nun, was spricht dagegen, daß wir heute versuchen, beide Mankos zu beseitigen. Daß wir einerseits dieser kleinen Rettungsorganisation, die auch von allen anerkannte idealistische Arbeit leistet, eine Unterstützung geben und daß wir gleichzeitig die Ankündigung des Herrn Landesstatthalter begrüßen und ihn bitten, in puncto Organisation und Koordination verstärkt tätig zu sein. Danke.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Aberer.

Aberer: Ich habe den Worten des Herrn Statthalters bezüglich Präsidentschaft Fredy Mayer nichts hinzuzufügen, aber geschätzter Kollege Häfele und Kollege Mayer, so kann man es ja auch nicht im Raum stehen lassen, daß jemand, der politisch in einem Landtag oder in irgendeiner anderen Institution tätig ist, und von Grund auf in irgendwelchen Dingen, sei es nun im Sport oder in der Kultur oder in gesellschaftspolitischen Dingen wie in einer Gewerkschaft zum Beispiel herangewachsen ist und Präsidentschaften und Obmannschaften übernommen hat, das würde nämlich dann nur bedeuten, daß, wenn er da einen Sitz hat in diesem Hohen Hause, eigentlich nach diesen Ausführungen sagen müßte, dankeschön, jetzt bin ich das, jetzt kann ich das andere nicht mehr machen. Aber das Gegenteil ist der Fall. (Zwischenruf Dr. Häfele) Derjenige, der solche Dinge angenommen hat und dann eben in dieses Hohe Haus einzieht, von dem verlangt man sogar, seine Mitkollegen im Sport oder in der Kultur usw., daß er weiter für ihre Szene tätig ist. Und das, geschätzte Kollegen, ist nach wie vor der Fall und von meiner Person aus gesehen - das können Sie glauben - solange die Kollegen mich dort wünschen, werde ich dort sein.

Präsident: Wir kommen zum Thema »Umwelt«. Das Wort hat der Abg. Dr. Kornexl.

Dr. Kornexl: Herr Präsident, Hohes Haus! Zum Antrag der sozialistischen Partei nach Bestellung von Umweltberatern bei den Bezirkshauptmannschaften ein Wort. Die Arbeit in den Betrieben und für die Betriebe beim Thema Umweltberatung war Gegenstand von Beratungen und Gegenstand von Aktionen seitens der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Handelskammer, mit den Sozialpartnern. Ausfluß dieser Bemühungen war die Installation eines Umweltbereichs im Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer. Diese Aktivitäten sind bereits bestens angelaufen und stellen sich als ökonomische Handhabung des Problems, als sehr wirtschaftsnahe Handhabung des Problems heraus und ich möchte Ihnen hier einige Beispiele geben aus der Tätigkeit dieses Referats im Wirtschaftsförderungsinstitut, damit Sie sehen, daß in diesem Bereich bereits etwas getan wird und es in wirtschaftlicher Weise getan wird, als es der Fall wäre, wenn bei einer Behörde um viel Geld und in sehr

bürokratischer Weise zusätzliche Dienstposten geschaffen würden, die dann sich erst mühsam mit den Verhältnissen in den Betrieben vertraut machen müßten. Beispiel: Fachlehrgang »Umweltschutz im Betrieb«. 2. Beispiel: Bemühungen um die Produktdaueroptimierung, also ein direkter Beitrag zur Vermeidung von Abfall in Betrieben durch die längere und ökologisch optimierte Lebensdauer von Produkten. 3. Eine Zukunftswerkstatt Verpackung mit Herstellung und mit Anwendung von Verpackungen. Es ist keine Frage, daß in diesem Bereich sehr viel getan werden kann und daß auch hier mit den Herstellern von Verpackungsmaterial in unserem Lande - wir haben ziemlich einige davon und sehr gute davon - daß hier zukunftsfrüchtige Arbeit geleistet werden kann. 4. REFA-Kreise in den Bereichen Textil und Metall als Erfahrungsaustauschgruppen für Umweltschutz in den Betrieben. 5. Der Kontakt mit dem bundesweiten Arbeitsausschuß umweltbewußter Unternehmer, eine Neugründung, die von der Bundesrepublik Deutschland her kopiert worden ist und wo sich das Wirtschaftsförderungsinstitut bemüht, einen eigenen Regionalkreis als Arbeitskreis aufzubauen, ähnlich wie der Regionalkreis Qualitätssicherung. Und schließlich das Bemühen um die Einführung des Begriffes der Öko-Bilanz in jedem einzelnen Betrieb. Das ist natürlich ein sehr ambitioniertes Projekt, aber ich glaube, daß hier im Lichte der Ausführungen, die der Landeshauptmann bereits bei seiner Grundsatzklärung gemacht hat nach der Bestellung von Ökologieverantwortlichen in den größeren und dann immer weiter in Richtung auch auf die kleineren Betriebe hinaus, nützliche Arbeit geleistet werden kann. Fazit: Vorschlag der sozialistischen Partei eigentlich kalter Kaffee, überholt durch die Entwicklung in unserem Bundesland im Zusammenwirken zwischen Land und Sozialpartnern, unökonomisch und wirtschaftsfern.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Abgeordneter Kornexl, ich habe immer ein gewisses Kribbeln im Bauch, wenn ein Vertreter der Handelskammer herkommt und über Umweltschutz redet, denn ich habe eine zu gute Erinnerung. Als hier im Hause das Landschaftsschutzgesetz behandelt wurde, da hat gerade Ihre Handelskammer - ich weiß nicht, ob das nicht gerade aus Ihrer Feder stammt - erklärt, der Landschaftsschutz sei eine typische Modeerscheinung, die auch wieder vergehe, und sie hat zu den verschiedensten Punkten des Landschaftsschutzes negative Stellungnahmen abgegeben. So bewerte ich auch Ihren Beitrag zu unserem Vorschlag.

Der Herr Abgeordnete Gorbach hat mich aufgefordert, unseren Antrag bezüglich der Errichtung von Umweltberatungsstellen in Vorarlberg näher zu erläutern. Für die Weiterbildung der freiheitlichen Abgeordneten ist mir kein Mittel zu beschwerlich. Ich komme dieser Aufforderung gerne nach, vor allem weil ich auch keine Gelegenheit hatte, dem Finanzausschuß beizuwohnen.

Die Bereitschaft der Bürger, das eigene Umweltverhalten umweltgerecht zu gestalten, ist mittlerweile sehr groß.

Immerhin beträgt die Belastung durch die Haushalte unterschiedlichen Studien zufolge zwischen 20 und 50% an der Gesamtbelastung. Broschüren, Bücher und Medien decken das Bedürfnis nach Information über umweltgerechtes Alltagsverhalten nur bedingt ab. Teilweise verwirren widersprüchliche Informationen und der unüberschaubare Markt die Konsumenten. Deshalb ist eine auf die persönlichen Probleme und Bedürfnisse zugeschnittene Information und Beratung in Umweltfragen der einzig wirkungsvolle Weg, eingeschlossene Konsumgewohnheiten zu verändern. Zahlreiche Umweltprogramme und Umweltkonzepte sind auf die Mitwirkung der Bürger angewiesen. Die Umsetzung dieser Konzepte geht oft nur sehr langsam voran oder scheitert gar, weil die Bürger nur schwer zu erreichen sind. Es wurde deshalb von diesem Ökologieinstitut, das ein Vorarlberger an vorderster Stelle mitleidet, ein neuer Weg im vorsorgenden Umweltschutz eingeschlagen. 1987 startete die niederösterreichische Landesregierung ein Pilotprojekt und finanzierte gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung zwei Umweltberatungsstellen mit zehn Umweltberatern. Die Resonanz in der Bevölkerung war überaus positiv, wie verschiedene Befragungen ergeben haben. Leitgedanke der Umweltberatung ist wie gesagt vorsorgender Umweltschutz, und Hauptziel der Umweltberatung ist eine Verringerung der durch private und öffentliche Haushalte in Vorarlberg verursachten Umweltbelastung.

Daraus lassen sich im Hinblick auf unseren Antrag im Finanzausschuß folgende Unterziele ableiten:

1. Die Berücksichtigung ökologischer Aspekte beim Einkauf und im Beschaffungswesen der Vorarlberger Gemeinden und Haushalte.
2. Die Berücksichtigung ökologischer Aspekte beim Gebrauch und der Beseitigung.
3. Veränderung umweltschädlicher Verbrauchsgewohnheiten.
4. Förderung umweltfreundlicher Produkte durch veränderte Nachfrage.
5. Vorsorgender Gesundheitsschutz.
6. Kostenentlastung von Haushalten und Gemeinden durch Verringerung von Wasser-, Energie- und Chemikalieneinsatz.
7. Vermittlung in Umweltfragen zwischen Bürgern, Politikern, öffentlicher Verwaltung und Umweltexperten.

Die Umweltberatung kann als fehlendes Glied in der Kette der mit dem Umweltschutz befaßten Fachleute und der Bevölkerung bezeichnet werden. Ich bin hier mit den Kolleginnen der grün-alternativen Fraktion sicher einer Meinung, die ja einen ähnlichen Antrag gestellt haben. Diese Umweltberatung verbindet das immer größere Wissen über die komplexen ökologischen Zusammenhänge mit dem individuell stark gestiegenen Umweltbewußtsein der Menschen, indem sie konkrete Anleitungen, Vorschläge und Tips zum umweltbewußten Alltagshandeln gibt. Gleichzeitig ist sie erste Ansprechpartnerin für die Bürger bei Umweltproblemen. Die Umweltberater und -institutionen ermöglichen durch die umfassende Beratungstätigkeit in allen Fragen der Alltagsökologie die aktive, direkte Kontaktaufnahme mit den Bürgern. Die

zentralen Aufgaben der Umweltberatung, Herr Abgeordneter Gorbach, (Zwischenruf Gorbach: Das gibt es auch schriftlich __) sind die Motivation der Bürger hin zum umweltgerechten Handeln, die Unterstützung und die Beratung von Gemeinden und anderen öffentlichen Stellen bei der Umsetzung ökologischer Konzepte und Projekte. Sie haben zwar alle das Konzept des Ökologieinstituts bekommen, offensichtlich haben Sie es nicht gelesen, ich werde deshalb weiterfahren! Die Umweltberatung für Privathaushalte bedient sich folgender Strategie:

Das Errichten von regionalen Umweltberatungsstellen als Anlauf- und Informationsstelle, die in Umweltfragen Auskunft geben oder fachliche Hilfe vermitteln kann. Das Sensibilisieren der Bevölkerung für Umweltfragen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, das Wecken der Bereitschaft, sich näher mit Umweltfragen zu beschäftigen durch Bildungsarbeit, das Initiieren umweltgerechten Verhaltens durch Beratung als Schwerpunkt der Tätigkeit der Umweltberater. Wichtige Beratungsbereiche sind die Chemie im Haushalt, der Abfall, die Energie, das Wasser, Berücksichtigung ökologischer Aspekte beim Einkauf und Gebrauch.

Wenn Sie das Konzept der Umweltberatungsstellen nachlesen, finden Sie gerade bei der Beratung und Unterstützung von Gemeinden ganz wichtige Hinweise, die es uns vor allem notwendig erscheinen lassen, diese Umweltberatungsstellen in Vorarlberg einzusetzen. Zweiter Schwerpunkt ist nämlich die Unterstützung von Gemeinden in Umweltfragen neben der Unterstützung der privaten Haushalte. Einer der Schwerpunkte in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden liegt in der Umsetzung von kommunalen und regionalen Umweltschutzkonzepten, die die Beteiligung der Bürger erfordern. Ähnlich wichtig ist die Beratung bei der Umsetzung verschiedener ökologischer Gemeindeprojekte, bei denen die Umweltberater mitwirken. Eine weitere Dienstleistung der Umweltberatung für Gemeinden ist die Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen für Umweltgemeinderäte und Gemeindebedienstete, insbesondere von kleinen Gemeinden, die naturgemäß ein bißchen überfordert sind, wenn sie alle Bereiche und alle Aspekte des Umweltschutzes mitbetreuen müssen.

Dritter Bereich, in der die Umweltberatung Gemeinden Beratungen und Information anbietet, ist das kommunale Beschaffungswesen. Und gerade dieser Bereich erscheint mir sehr wichtig, wenn man daran denkt, wie letztlich auch die Anschaffung verschiedener Container für die Abfallbeseitigung zu größeren Schwierigkeiten im Lande geführt hat.

Das Österreichische Ökologieinstitut hat bisher vier Ausbildungen für die Umweltberater in Niederösterreich, Wien und Oberösterreich im Auftrag des Umweltministeriums bzw. des Landesarbeitsamtes Niederösterreich jeweils in enger Zusammenarbeit mit den Umweltabteilungen der Landesregierungen durchgeführt. Für Vorarlberg schlägt das Ökologieinstitut vor, die Ausbildung durch eben dieses Ökologieinstitut zu machen und zwar in enger Zusammenarbeit mit der Umweltabteilung der Vorarlberger Landesregierung. Um einen starken Praxisbezug

zu gewährleisten, ist die Ausbildung berufsbegleitend konzipiert, Theorie und Praxis sind eng miteinander vernetzt. Die Ausbildung erstreckt sich über einen Zeitraum von 16 Monaten, wobei vier Monate für die theoretische Schulung und zwölf Monate für die Praktika und praktischen Tätigkeiten in den Umweltberatungsstellen zur Verfügung stehen. Während der Praktika und der praktischen Tätigkeit in den Umweltberatungsstellen erfolgt eine intensive Praxisbegleitung.

Vergleiche der Organisationsform der Umweltberatung in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich haben gezeigt, daß für eine effiziente Umweltberatung einige Bedingungen erfüllt sein sollten, die Umweltberater arbeiten in Teams zu vier bis sechs Personen in regionalen Umweltberatungsstellen, wobei auf einen Umweltberater ca. 20.000 Einwohner kommen. Die Umweltberatungsstellen sollten vor- oder halbstaatlich organisiert sein. Die Teamarbeit in der Umweltberatung hat sich bewährt. Die Komplexität der Umweltberatung erfordert die Spezialisierung einzelner Umweltberater auf bestimmte inhaltliche Schwerpunkte sowie organisatorische Aufgaben. Das Angebot der Dienstleistung Umweltberatung erfordert ein hohes Maß an Erreichbarkeit, die bei einem größeren Team gewährleistet wird. In einem so sensiblen Bereich wie dem Umweltschutz ist mit erheblichen politischen und psychologischen Barrieren zu rechnen. In einem Arbeitsteam können Rückschläge und Mißerfolge leichter verarbeitet werden.

Die Arbeit als Umweltberater bedarf erfahrungsgemäß eines häufigen Erfahrungsaustausches. Für Vorarlberg würde nun eine Konzeption vorgeschlagen, die ohne Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung erfolgt, weil hier weniger als in anderen Bundesländern qualifizierte Arbeitslose zur Verfügung stehen, die dort eingesetzt werden. Die Fragen der Finanzierung oder der Organisation können Sie dem Konzept des Ökologieinstitutes entnehmen, das ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle, das aber auch Ihr Regierungskollege seit langem in Händen halten müßte. Ich wundere mich, wie uniformiert Sie in den Finanzausschuß gegangen sind. (Zwischenruf Gorbach: Sie sind gar nicht gegangen!)

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dipl.-Ing. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, Hoher Landtag! Obwohl mit dem Thema »Umweltberater« schon Detailprobleme angesprochen worden sind, möchte ich doch noch mit einem kurzen Überblick zum Thema »Umweltschutz« beginnen, denn ich kann einmal mehr feststellen, daß mit diesem Budget die gezielte Förderung vielfältiger Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt nicht nur fortgesetzt, sondern auch verstärkt werden kann, ja mehr noch, es können auch neue Ansätze zur Sicherung und zur Verbesserung unseres Lebensraumes geschaffen werden. Dieser Umstand wird ergänzt durch die Zusage des Finanzreferenten Dr. Lins, weitere Maßnahmen zu finanzieren, wenn dies im Laufe des Jahres sich als nötig erweisen sollte.

Für Maßnahmen im engeren Sinne des Umweltschut-

zes werden im künftigen Haushaltsjahr 306 Millionen Schilling bereitgehalten, das sind um 13 % mehr oder in absoluten Zahlen gesagt 35 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr. Berücksichtigt man die im Finanzausschuß angenommenen Abänderungen, so kommen noch einmal eineinhalb Millionen Schilling dazu. Damit, geschätzte Damen und Herren, bekommt der in der Grundsatzerklärung der Landesregierung weit vorne rangierende landespolitische Schwerpunkt »Umweltschutz« seine ausdrückliche Bestätigung, ja nicht nur das, sondern auch die materielle Absicherung. Es ist einmal erwähnenswert, darauf hinzuweisen, daß mittlerweile 108 Bedienstete direkt in Angelegenheiten des Umweltschutzes tätig sind. Diese Personalaufwendungen sind in den vorhin genannten Zahlen nicht enthalten und ich erwähne weiters, daß in der Umweltschutzanstalt mittlerweile 40 Bedienstete in Agenden des Umweltschutzes tätig sind.

Erstmals, geschätzte Zuhörer, wird zum Landschaftspflegefonds aus dem Landesbudget eine Million Schilling zugeführt, um die wachsenden Entschädigungen für die Erhaltung und die Pflege von Biotopen klaglos abwickeln zu können.

Für das Luftreinhaltekonzept stehen bereits 2,5 Millionen Schilling bereit, um unser Angebot als Versuchsstation für das bundesweite Konzept bereitzustehen, in die Tat umsetzen zu können.

Eine kräftige finanzielle Aufwertung hat die Budgetpost »Müllbeseitigung« erfahren. Für konzeptive Arbeiten an der langfristigen Abfallplanung und Information über Abfallvermeidung, -Verwertung und -beseitigung werden 4,3 Millionen bereitgestellt. Kräftig aufgestockt wird der Fonds zur Rettung des Waldes. Die Steigerung beträgt nahezu ein Drittel, nämlich von 23,5 auf künftig 31,4 Millionen Schilling. Ohne meinen Kollegen und den nächsten Budgetkapiteln vorzureden zu wollen, darf ich doch erwähnen, daß die erheblichen Aufwendungen und Förderungen für die Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs die großen Anstrengungen des Energiesparvereins und der Energiesparabteilung der Landesgesellschaft VKW weitere sehr bedeutsame Segmente einer umfassenden Umweltpolitik des Landes sind.

Zum Umweltberater, zu dem Dr. Häfele vorhin gesprochen hat und schamhaft verschwiegen hat, daß es sich hier um ein fremdes Konzept handelt, das er ohne Zitate zu erwähnen verwendet hat. (Zwischenruf Dr. Häfele: Ich habe ja nur fünfmal darauf hingewiesen!) - Du hast wortwörtlich gelesen und es entspricht der intellektuellen Ehrlichkeit, wenigstens die Zitate zu erwähnen, das dürfte Dir ausreichend bekannt sein, ändert aber nichts am Inhalt. Der Antrag, der im Finanzausschuß vom Abgeordneten Riedmann eingebracht wurde, wurde in unserem Bereiche ausführlich diskutiert. Im Finanzausschuß wurden Zweifel geäußert, ob es sinnvoll sei, diesem Projekt näherzutreten, weil die Aktivitäten eines Umweltberaters eher im Betrieb - der Abgeordnete Kornxl hat darauf verwiesen - oder in der Gemeinde anzusiedeln seien. Ich selbst hatte Zweifel, ob das anspruchsvolle Berufsbild eines Umweltberaters von einzelnen Personen womöglich nach einjähriger Ausbildung eingelöst werden könne. Mittlerweile

konnte ich das Projekt - Vorarlberg im Ressort von Herrn Landesrat Türtscher durchblättern. Dort ist für Anfang Jänner ein Gespräch mit Mag. Willi Sieber, der dieses Projekt vorgelegt hat, vereinbart. Nach unseren Informationen, die wir einholen konnten, gibt es in Niederösterreich derzeit 28 solcher Umweltberater, für die das Land die Personalkosten von etwa 11 Millionen Schilling bezahlt. 28 Leute - 11 Millionen Schilling. Die Ausbildung wurde von der Arbeitsmarktverwaltung bezahlt. Der Arbeitsschwerpunkt liegt im Abfallbereich. Im Bundesland Salzburg gebe es fünf, bei der Umwelthanwaltschaft des Landes angestellte Umweltberater. Der Arbeitsschwerpunkt liege ebenfalls in der Abfallberatung. Es sei daran gedacht, diese Leute über einen Beitrag zu den Müllgebühren zu finanzieren und in den Gemeinden Zeil am See, Hallein und Saalfelden sei jeweils ein solcher Umweltberater angestellt. Im Burgenland ist das Gespräch noch im Gange. Es gibt dort Abfallberater. Es ist daran gedacht, deren Agenten auszuweiten.

Geschätzte Damen und Herren, Sie sehen, das Berufsbild ist in der bisherigen Praxis nicht so umfassend, wie zunächst vermutet. Es schiene mir vernünftig, das erwähnte Gespräch mit Mag. Sieber abzuwarten, um dann in einer Sitzung des Umweltausschusses - wie das auch vom Abgeordneten Riedmann gewünscht wurde - darüber zu berichten. Entscheidend wird meines Erachtens aber auch dann die zu erwartende Effizienz und die maßgebliche Mitwirkung der Gemeinden sein.

Gestatten Sie mir aber doch eine recht persönliche Meinung am Ende dieses Beitrags zu formulieren: Es ist schon ein wenig eigenartig, einerseits leben wir in einer Informationsgesellschaft mit einem hochentwickelten Bildungssystem, alle haben Lesen und Schreiben gelernt, haben Zeitungen und Fernsehen, besuchen Kurse und Seminare, Erwachsenenbildung ist in aller Munde und auch in vielen Köpfen. Gleichzeitig ist aber der Bürger unserer Tage offenbar nicht mehr imstande, einfache Dinge des täglichen Lebens ohne Anleitung von Spezialisten ordentlich zu erledigen, Selbstverständlichkeiten ordentlich zu tun. Im Urlaub braucht es Animateure, im Verkehrsgewühl den Stauberater, beim Einkauf die Empfehlungen des Verbraucherverbandes, für das Kochen den Ernährungsberater, im Haus den Energieberater, den Abfallberater, für den Umgang mit der Umwelt, die uns zumindest physisch trägt, fehlt uns zum Glück noch der Umweltberater.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Kräutler-Berger. Auf der Galerie darf ich unseren ehemaligen Kollegen Alt-Abgeordneten Dr. Intemann und eine 4. Klasse des Instituts St. Josef mit Frau Kirchebner begrüßen.

Kräutler-Berger: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, liebe junge Damen und Herren auf der Tribüne! Herr Abgeordneter Batlogg, ich glaube, das Thema Umwelt ist ein zu ernstes, ein zu folgenschweres, als daß man sich mit Zynismen darüber auslassen sollte. Ich glaube auch, daß Sie in Ansätzen recht haben, was Ihre Analyse der umfangreichen Beratungen betrifft, die in der

heutigen Zeit nötig sind, um den Alltag zu bewältigen. Nur denke ich, sollte man sich einmal damit auseinandersetzen, warum diese Beratungen notwendig sind, warum sich der Mensch nicht mehr auskennt, nicht mehr weiß, wie er sich verhalten sollte und sich und die Umwelt so wenig wie möglich zu belasten.

Ich denke, es muß der Flut von Werbung, von Manipulation durch Werbung, von erzwungenem Konsumzwang entsprechend Beratung, Ausbildung, Information entgegengesetzt werden. Sie werden tagtäglich gezwungen, über Werbungen zu Hause, über Fernsehen (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Nein, i' nicht!) - nein, Sie nicht, Sie sind ja ein sehr bewußt lebender Mensch. Aber ich denke jetzt auch an unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es ist sehr schwierig, sich fernzuhalten aus dieser Konsumwelt. Sie wissen, daß diese Konsumwelt zum großen Teil dafür verantwortlich ist, daß wir an Müll ersticken, daß wir unsere Umwelt immer stärker belasten.

Ich denke, es wird vom Land einiges getan, um zu informieren, es wird von Initiativen, von ehrenamtlich arbeitenden Leuten im Lande sehr vieles getan, um zu informieren in Teilbereichen. Nur wäre es notwendig auch Stellen zu schaffen, wo Menschen da sind zu ganz bestimmten Zeiten, zu definierten Zeiten, um diesen Umweltbereich, diese Alltagsbewältigung für die Bevölkerung zu ermöglichen.

Nun, die Umweltberatung - Sie haben einige Sachen vermischt. Niederösterreich und Salzburg sind nicht gleichzusetzen. Die Umweltberatung in Niederösterreich im Wald- und Mostviertel wurde sehr gut angenommen von der Bevölkerung. Bereits im zweiten Jahr dieser Beratungsstellen haben über 25 % der Wald- und Mostviertler Kontakt mit den Beraterinnen und Beratern gehabt. Ich denke, was sehr wichtig für uns wäre - wir haben sehr schöne Konzepte bereits, die haben Sie bereits erarbeitet - die Landesregierung, der vorhergehende Landtag. Es ginge darum, diese Konzepte auch umzusetzen auch auf Gemeindeebene. Es braucht zur Umsetzung dieser Konzepte ein Bewußtsein der Bevölkerung. Und an diesem Bewußtsein muß auch gearbeitet werden. Und dieses Bewußtsein bekommen die Leute nur, wenn sie entsprechend grundlegende Information auch haben und das von klein auf, vom Kindergarten bis hinauf. Die Umweltberatungsstellen stellen auch Lehrmittel zur Verfügung, Videos, Ökospiele, die man dort ausleihen kann bei Bedarf. Es gibt tausend Möglichkeiten im Rahmen dieser Stellen, die einen Schritt weiter im vorbeugenden Umweltschutz führen könnten. Nun frage ich mich, warum wird es abgelehnt, hier gleich im Budget einen Posten zu reservieren. Ich finde das sehr gut, Herr Batlogg, daß der Herr Mag. Sieber eingeladen wird im Jänner, um mit Ihnen Gespräche zu führen. Nur denke ich, es wäre doch ziel- und sinnführend, einen Posten bereits jetzt zu reservieren, um nach diesen Gesprächen nicht sagen zu können, es ist kein Geld da für diese Stelle. Ich bitte Sie wirklich im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, im Sinne Ihrer ganzen Konzepte, Ihrer schönen Worte zum Thema Umweltpolitik, stimmen Sie diesen Anträgen zu, ungeachtet des zweiten Satzes im Antrag der grünen

Fraktion, daß die Bedeckung dieses Budgetpostens aus der Kürzung der Parteienfinanzierung erfolgen sollte. Grundlage für diesen Satz war, daß wir Politikerinnen und Politiker immer wieder sagen, jeder soll beim Umweltschutz bei sich selber anfangen. Das ist ja richtig. Wenn nicht jeder etwas beiträgt, passiert auch nichts. (Zwischenrufe) Nur, es könnten auch die Parteien bei sich selber anfangen. Vollkommen richtig, Herr Präsident - Rauchen, Trinken, spät ins Bett gehen, lauter so Sachen, die überhaupt nicht gesund sind.

Der zweite Antrag, den wir zu diesem Budgetposten gestellt haben, beinhaltet eine Million Schilling zur Schaffung eines Ökologieinstitutes in Vorarlberg. Wir haben hier an eine Million Schilling gedacht zu einer Grundsteinlegung für ein solches Institut. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Ein Grundstein kostet mit so viel Geld!) Grundsteinlegung in dem Sinn, daß so ein Institut mit Konzepten vorbereitet werden soll, daß sich da Leute wirklich den Kopfzerbrechen sollen darüber - Fachleute - wie das in bester Weise angefangen werden kann, wie die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Stellen der Umweltschutzanstalt, der Umweltabteilung des Landes, funktionieren könnte. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Die ganze Regierung zerbricht sich schon den Kopf) Ich glaube, daß dieses Ökologieinstitut sehr notwendig ist. Es fehlt im Land die wissenschaftliche Begleitung der beamteten und angestellten Umweltschützer dieses Hauses. Es fehlt an den nötigen Apparaturen, um mit den Schadstoffemissionen, an denen wir ja alle leiden, umgehen zu können, um sie überhaupt messen zu können. Sie haben im Budget ja schon einige Änderungen durchgeführt, was die Budgetierung der Umweltschutzanstalt und auch die Umorganisation anbelangt, nur, es fehlt leider immer noch entsprechendes Geld und auch entsprechende wissenschaftliche Begleitung, um diese Anstalt auf den Stand der Technik erstens und die Menschen dieser Anstalt auf den Stand des Wissens zu bringen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Hummer.

Hummer: Hoher Landtag! Im Budget scheinen 6,8 Millionen Schilling für die Abfallbeseitigung, für die Müllbeseitigung auf und sie werden im wesentlichen dafür verwendet für die optimale Information, im wesentlichen auf für die Beseitigung von Problemabfällen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im §5 der Abfallabfuhrverordnung des Landes werden die Gemeinden verpflichtet, d.h. sie sind verpflichtet, zweimal jährlich Problemabfallsammlungen durchzuführen. In Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sind überdies ständige Sammelzentren einzurichten, bei denen zumindest einmal wöchentlich Problemabfälle abgegeben werden können. Mangels entsprechender Entsorgungsmöglichkeit bestehen Zweifel, ob die Gemeinden im Frühjahr 1990 ihrer aus dem Bundesrecht erfließenden Verpflichtung zur Durchführung von Problemabfallsammlungen nachkommen können. Voraussetzung hierfür ist nämlich, daß die bei der Herbstsammlung 1989 übernommenen Problemabfälle vorher entsorgt sind, da ansonsten die erforderlichen Lagerkapazitäten nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dies wäre nicht zuletzt deshalb bedauerlich, weil sich die Problemabfallsammlungen - das wissen wir alle - sehr bewährt haben, von der Bevölkerung stark angenommen werden und wir ein Ergebnis erzielt haben, das sich mit 2501 sehen lassen kann. Der Erfolg dieser Problemabfallsammlung ist übrigens teilweise auch darauf zurückzuführen, daß das Land mit den Gemeinden intensive Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Und da nun seit Inkrafttreten der Bundesverfassungsgesetznovelle 1988 der Bund in Gesetzgebung und Vollziehung für die gefährlichen Abfälle - und zu denen gehören auch die Sonderabfälle und die Problemabfälle aus Haushalten - zuständig ist, liegt es am Bund, für die Bereitstellung der notwendigen Entsorgungsmöglichkeiten Sorge zu tragen. Der Herr Landesrat Grabher hat die Frau Bundesminister aufgefordert, möglichst umgehend zu veranlassen, daß eine einwandfreie Entsorgung der in Vorarlberg anfallenden gefährlichen Abfälle zu treffen ist und dafür zu sorgen hat. Der Bund und das kann man ohne weiteres sagen, hat bisher in diesem Zusammenhang versagt und ich kann nur alle Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und SPÖ ersuchen, darauf einzuwirken, daß hier endlich 'was geschieht und Entsorgungsmöglichkeiten geschaffen werden. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren: Problemabfälle gehören heute nicht und in Zukunft nicht auf die Hausmülldeponien. Und gerade die Entgiftung der Hausmülldeponien ist das Wichtigste, was wir tun müssen. Und gerade wir in Nenzing und ich glaube auch in Lustenau, sind hier sehr sensibel und werden hier sehr darauf achten. Es wurde viel von Beratern heute gesprochen. Ich glaube, die Frau Minister Flemming war bis jetzt noch nicht gut beraten oder sie hat bis jetzt noch nicht gute Berater gehabt. Bitte tragen Sie dazu bei, daß wir die Problemabfälle entsorgen können, denn auf Hausmülldeponien werden sie sicherlich auch in Zukunft nicht kommen. Wir können noch so viel über die Entsorgung reden, die Entgiftung ist die optimale Aufgabe und die wichtigste Aufgabe, die wir hier zu bewältigen haben.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Strohmaier.

Strohmaier: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider ist der Kollege Häfele nicht da - tut mir leid - weil manchmal benimmt er sich wie ein roter Umweltstier auf einer Feuchtwiese und dann, wenn man entgegnet könnte, dann ist er nicht da. Er hat meinen Kollegen Gorbach angegriffen, er wäre schlecht informiert über die Vorstellung eines Umweltberaters. Da muß ich sagen, er ist noch schlechter informiert. Er müßte nur einmal ins Kleinwalsertal kommen und dann brauchte ich ihm nur eine kleine Broschüre vorlegen und wir haben keinen Umweltberater gebraucht und haben hier etwas erstellt, was wahrscheinlich vorbildhaft auch in anderen Regionen Verwendung finden könnte. Es hat uns gelangt, wenn wir das vorhandene Material hier unterzubringen haben - Bereich Müllvermeidung z.B.. Es ist leider im Land hier noch nicht so weit durchgedrungen, daß bei uns das deutsche Fernsehen drinnen war, um hier vorbildhaftes Material einzusammeln. Zum Beispiel Bereich Müllver-

meidung: Frühstück ist grundsätzlich ohne Portionspakungen an den Gast zu bringen, keine Getränkedosen im Verkauf, keine Getränke in Plastikflaschen, Mülltrennung - heute ja ebenso wichtig wie Müllvermeidung: separates Sammeln von Neonröhren und Sparbirnen, Müllverbrennung grundsätzlich verboten. Ich nehme jetzt da nur einige Punkte heraus, die die verschiedenen Kriterien des Umweltschutzes mitbetreffen. Mußkriterien im Bereich Wasser-Abwasser: Reinigungsmittel müssen biologisch abbaubar sein, Schwimmbadchemie ebenfalls, keine Duftspender und Einhängen bei WCs; im Bereich Luft: Es werden grundsätzlich keine FCKW-Sprays verwendet; im Bereich Energie sind es gar fünf oder sechs - wer sich interessiert, ich gebe Ihnen gerne diese Broschüre, meine Damen hinten. Ich habe Sie schon einmal darauf angesprochen, das ist handfest, das ist nicht nur immer Gespräch. In der Landschaftspflege: keine heimischen Pilze im Restaurant zu verbrauchen; die Bewirtschaftung: Nur so viel, wie es der Boden eben einfach verträgt und keine Überbewirtschaftung in der Düngung usw.. Begleitete Informationen für die Mitarbeiter und Gäste, Info-Tafeln für die Gäste, Info-Tafeln in den Verkehrsämtern und so ähnlich. Wir geben einen Null-Kilometer-Bonus unseren Gästen. Wenn sie mit dem Auto anreisen und dann das Auto nicht benützen während ihrer Ferienzeit, bekommen sie einen entsprechenden Bonus, d.h. in irgendeiner Form von einem Geschenk usw. und alle diese Betriebe, die hier mitmachen, und es sind mittlerweile an die 30 Großbetriebe oder größere Betriebe im Tal, bekommen das Umweltsiegel verliehen. Schade, daß Sie nicht da waren, Herr Kollege Häfele, das wäre für Sie sehr informativ gewesen und wahrscheinlich hätten Sie auch etwas gelernt dabei.

Präsident: Ich bitte mit den Vergleichen aus der Zoologie zurückhaltender zu sein, zumal ja die Viecher immer größer werden. Gestern waren wir beim Schoßhündchen und jetzt sind wir schon beim Stier. Das Wort hat der Abg. Dörler.

Dörler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Auch ich möchte mich mit dem Kapitel 527 - Müllbeseitigung - befassen. Durch die Neugestaltung der Abfallabfuhrverordnung im vergangenen Jahr sind wir bei der Lösung des Abfallthemas doch ein wichtiges Stück vorwärts gekommen. Ich freue mich darüber, daß weite Teile der Bevölkerung davon überzeugt sind, daß der Weg der Abfalltrennung ein richtiger Weg ist, ein positives Echo in vielen Gruppierungen des Landes gefunden hat und daß Abfall überhaupt ein Thema geworden ist. Gesamtösterreichisch gesehen sehr wichtig ist die Aufstellung der uns allen bekannten Altstoffcontainer in allen Gemeinden des Landes. Ich glaube, die Erfolge, die wir erzielt haben können sich sehen lassen. Sie bewegen sich jedenfalls in jenen Erwartungen, die wir in sie gesetzt haben. Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat die Abfallabfuhrverordnung vorgesehen, daß in der Abfallregion Unterland, also im Bereich der Deponie Häusle, die Hausabfälle getrennt nach den Fraktionen Biomüll und Restmüll abzuführen

seien. Dies ist, wie ich meine, ein wichtiger Schritt in der Sensibilisierung der Bevölkerung für Abfall und spart die knappe Deponiefläche beim Abfallwerk Häusle in Lustenau. Umso unverständlicher ist es für weite Kreise der Bevölkerung, daß sich nicht alle Gemeinden - obwohl das vorgeschrieben ist - in der gleichen Intensität an dieser Trennung beteiligen, obwohl die Verordnung das zwingend vorsieht. Ich bitte Sie, Herr Landesrat, alles daran zu setzen, daß die Trennung lückenlos durchgeführt wird. Wenn die meisten Gemeinden dieser Abfallregion zwischen 25 und 35 % Bioabfall abliefern, so ist es nicht einzu-sehen, daß etwa die Landeshauptstadt Bregenz - weil sie nicht trennt - nur 4 % oder etwa einige Kummberggemeinden in der Größenordnung zwischen 0 und 5 % Biomüll zur Verfügung stellen. Es wäre das ein Betätigungsbereich von Herrn Stadtrat Wüstner, der sich pausenlos in der Öffentlichkeit als Supermülltrenner darstellt. Es ist unrichtig, daß dies mit höheren Kompostierungsziffern zusammenhängt. Man hat den Abfall überprüft und eben im Restmüll ist jede Menge Biomüll noch vorhanden. Es geht mir hier nicht nur, aber auch, um die fehlende Deponiefläche, es geht auch darum, daß die inzwischen zur Mülltrennung motivierte Bevölkerung in anderen Gemeinden es überhaupt nicht einsieht, daß in verschiedenen Nachbargemeinden keine Mülltrennung durchgeführt wird. Ungelöst ist nach wie vor die Problematik der Abfuhr von Gewerbe- und Industriemüll. Wir dürfen diese durchaus ungetrennt auf die Deponie gelangenden Abfallmengen nicht unterschätzen. Während zum Beispiel die Firma Häusle im Jahr 1988 insgesamt 55.000 t Gesamtmüll verarbeitet hat, waren davon nur 23.000 t Hausmüll. Der Rest verteilte sich zum Großteil auf Gewerbe- und Industriemüll. Meine Damen und Herren, also 57% aller Abfälle der Abfallregion Häusle gehen ungetrennt auf die Deponie und das belastet jedenfalls sehr stark die Umliegergemeinden, die ich auch hier zu vertreten habe. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, weil uns hier im Land die Kompetenz für die Abfallbewirtschaftung dieses Teiles des Mülls fehlt. Hohes Haus, wir sollten uns bemühen, auf unsere parlamentarischen Vertreter in Wien einzuwirken und zwar möglichst über alle Fraktionsgrenzen hinweg, daß möglichst noch in dieser Legislaturperiode das Abfallgesetz des Bundes, welches sich in parlamentarischer Behandlung befindet, beschlossen wird. Im Sinne einer föderalistischen Regelung und somit einer richtigen Aufgabenverteilung, müßte bei der Gesetzwerdung den gemeinsamen Forderungen aller österreichischen Bundesländer entsprochen werden, daß beim Bund die Kompetenzen Abfallvermeidung, Export und Import von Abfällen und die Entsorgung gefährlicher Abfälle verbleibt, alles andere aber von den Ländern selbst geregelt werden kann und muß. Erst wenn wir diese Kompetenzverteilung haben, können wir darangehen, das ungelöste Problem der Trennung von Industrie- und Gewerbemüll im Land selbst zu regeln. Wenn ich dem Thema Abfallvermeidung und diesem Kapitel noch einige Gedanken widme, so ist das eigentlich inhaltlich falsch - vermiedener Abfall ist eben gar kein Abfall. Hier hat der Bundesgesetzgeber eine nationale Aufgabe, die wir als

Vorarlberger Landtag einfordern und unterstützen müssen. Es geht dabei um Vorgaben an die Wirtschaft im Hinblick auf die Entsorgung von Gütern. Es ist, meine Damen und Herren, in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht einsichtig, daß wir nun im Goodwill etwas erreichen können sollen. Verschiedene Verpackungsprodukte sind ganz einfach überflüssig und von der Bevölkerung unerwünscht. Es ist nicht verständlich, daß hier nicht schon früher ein entsprechendes Gesetz Platz gefunden hat und daß noch immer - wie ich meine - halbherzig diskutiert wird.

Präsident: Das Wort hat die Frau Vizepräsidentin Gehrner.

Gehrner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Zwei Bemerkungen noch zum Thema Abfall. Erstens einmal Herr Kollege Dörler: In Bregenz beginnt ab 1. Jänner im ganzen Stadtgebiet die Mülltrennung. Der Herr Kollege Wüstner hat zwei Versuchsgebiete zuerst eingeführt und jetzt ab 1. Jänner läuft das in der ganzen Stadt. Wie sich in den Versuchsgebieten gezeigt hat, funktioniert es hervorragend mit den Biomüllsäcken und mit den Restmüllsäcken. Ich stelle nur folgendes fest: Bei der Mülltrennung, bei der Altstoffsammlung, hat der Bürger wesentlich mehr Arbeit. Ich stelle auch fest, daß die Bürger sehr gut mitmachen. Die Altstoffinseln sind eigentlich immer sehr voll. Wir brauchen in Bregenz sogar einen eigenen Mann, der einmal in der Woche herumfährt und das Herumliegende rund um die Altstoffinseln aufräumt und schaut, daß es sauber ist. Die Restmülltrennung funktioniert, der Bürger tut mit. Was aber bei der ganzen Sache weniger erfreulich ist, daß es für den Bürger immer teurer und teurer wird. Aufgrund der vielen Investitionen mußten wir letztes Jahr kräftig erhöhen und heuer müssen die Müllgebühren noch einmal um 13 % erhöht werden. Ich glaube, irgendwann einmal sollte eigentlich ein Punkt kommen, wo es sich für den Bürger lohnt, Mülltrennung zu machen. Man sollte sich einmal ein System überlegen, ob man nicht vielleicht nicht verbrauchte Müllsäcke am Ende des Jahres zurückgeben kann, aber dafür nicht nur 1,90 S bekommt, sondern einen Bonus. Man hat ja nicht nur den Sack nicht verbraucht, man hat ja auch die Gebühr fürs Deponieren und für die Verarbeitung nicht benötigt. Man sollte sich so ein Bonus-System überlegen! Und was ich noch anmerken möchte: Ich meine, daß eigentlich auch - jetzt im Unterland bei der Firma Häusle - für verschiedene Bereiche die Deponiegebühr billiger werden müßte, d.h. früher mußte die Firma den angelieferten Müll trennen, damit sie kompostieren konnte, d.h. sie hatte Arbeit. Jetzt liefern die Gemeinden getrennt an. Er kann also die Biomüllsäcke nehmen, kann sie direkt zum Kompost tun und trotzdem kommt die Müllverarbeitung viel teurer, als sie vorher war. Irgend etwas kann in dem ganzen System nicht stimmen. Es müßte die Verarbeitungsgebühr für den Biomüll entsprechend niedriger sein. Es müßte sich also auch für eine Gemeinde lohnen, wenn sie diese Mülltrennung einführt. Das sind meine zwei Anregungen, ich bitte die in den entsprechenden Gremien zu überdenken.

Präsident: Das Wort hat die Abg. Flinspach.

Flinspach: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, liebe Schüler auf der Galerie und ihre Begleiter! Zum Müllthema finde ich es genauso wichtig, die Mülltrennung und Müllentsorgung zu überwachen, die durch private Firmen ausgeführt werden. Uns sind konkrete Fälle bekannt, wo Jugendorganisationen dazu angehalten wurden als pädagogischer Effekt, den Müll zu trennen und wie sie dann mit Begleitern zur Firma Häusle gekommen sind und den entsprechenden dort arbeitenden Herren gefragt haben, was sie mit dem getrennten Müll tun sollten, bekamen sie die Antwort: »schmeißt es alles in das Loch da hinunter«. Eine Überprüfung dieser Fälle ergab die Richtigkeit dieser Angaben. Ich sehe es als Aufgabe der Landesregierung an, auch diese Fälle zu überwachen und das auch im Budget zu berücksichtigen. Und nun zu den Ausführungen meiner Vorgängerin Jutta Kräutler-Berger. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Regierungserklärung den Umweltgedanken ins Zentrum gestellt. Er hat dies auch während des Wahlkampfes getan. Wir möchten nun die Verwirklichung dieses Gedankens fordern und haben deswegen auch diese beiden Anträge gestellt und werden für diese Anträge die namentliche Abstimmung verlangen. Zur Erklärung für die anwesenden Schüler: Eine namentliche Abstimmung besteht darin, daß die Landtagsabgeordneten namentlich aufgerufen werden und mit einem Ja oder Nein dann antworten.

Präsident: Ich möchte bitten, solche Belehrungen an die Zuhörer zu unterlassen, weil es ja eine Landtagsdiskussion ist. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das war für die neuen Abgeordneten gedacht!) Eine namentliche Abstimmung bedarf dreier Unterschriften. Das Wort hat zum »Abfall« noch einmal der Abg. Dörler.

Dörler: Frau Abgeordnete, ich bin sicher kein Vertreter der Firma Häusle und ich habe die Firma Häusle bei verschiedenen Gelegenheiten auch schon angegriffen bzw. auch versucht zu kontrollieren. Ich bin auch nicht mit allen Dingen einverstanden, die bei Häusle passieren. Das Beispiel, welches Sie vorhin erwähnt haben, das bedauere ich, daß Sie das erwähnt haben. Sie wissen ganz genau, daß der Herr Häusle diesen Vorfall überprüft hat und sich dann in aller Form dafür entschuldigte, daß einer seiner Mitarbeiter einen Fehler begangen hat. Und allen, wie wir hier herinnen sind, können auch uns Fehler passieren. Sie haben sich selber - und ich habe mich auch überzeugt, daß bei der Firma Häusle der Biomüll getrennt wird und ich würde alle Abgeordneten, die noch nicht dort waren, einladen, einmal hinunter zu gehen und das anzusehen. Der Biomüll wird mit einer neu errichteten Trenn-Aufbereitungsanlage getrennt und wenn da ein Fehler passiert und sich die Firma Häusle dafür entschuldigt, sollten wir nicht vor Publikum politisches Kapital schlagen wollen.

Präsident: Das Wort dazu hat der Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch etwas zu der Wortmeldung des Abgeordneten Strohmaier, der anderen Kollegen vorwirft, sie seien nicht im Hause, jetzt ist er auch nicht im Hause. Zum Inhalt: Er hat gestern in seiner ersten Wortmeldung darauf hingewiesen, daß er sich eine andere Umgangssprache wünsche und hat darauf hingewiesen, daß er die Begriffe »Chorsänger« und »Schoßhündchen« nicht gutheißen könne. Diese Haltung kann man akzeptieren. Aber die kann man nur dann akzeptieren, wenn er natürlich selber in seiner Umgangssprache sich auch bemüßigt fühlt, eben so zu reden, wie er es sich wünscht. Wenn Kollege Strohmaier seine eigene Haltung ernst nimmt, dann hat er es zu unterlassen, einem anderen Kollegen hier im Hause vorzuwerfen, er bewege sich wie ein »Umweltstier in einer Feuchtwiese«. Diese Äußerung geht entschieden weiter als das, was andere Kollegen ausgedrückt haben. (Zwischenrufe)

Fast in einem Nebensatz - aber inhaltlich erscheint es mir sehr wichtig zu sein - meinte Kollege Strohmaier, die Mülltrennung sei mindestens so wichtig wie die Müllvermeidung. Hier muß ich ganz deutlich sagen, dies ist ein ganz gewaltig falscher Denkansatz. Müllvermeidung ist das Allerwichtigste, denn wenn kein Müll anfällt, dann muß ich Müll auch nicht trennen. Mülltrennung ist höchstens die zweitbeste Lösung. Müllvermeidung ist die beste Lösung. (Zwischenruf)

Völlig einer Meinung bin ich mit der Kollegin Gehr, daß vom Müllberg Häusle her eine Einsparung bei den Verarbeitungsgebühren beim Biomüll eintreten müßte. Ich glaube, das ist unzweifelhaft so. Wenn sich die Menschen bemühen zu trennen, Biomüll dann wirklich abgeführt werden kann und der Müllverwerter das gesammelt verwerten kann, müßten die Gesteungskosten entschieden niedriger sein und das müßte sich auch in einer reduzierten Verarbeitungsgebühr im Bereich des Biomülls auswirken. Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit, Gebühren bei der Müllabfuhr einzusparen und zwar, so banal es klingt, beim Kauf des Müllsackes. Bei der Festlegung der Müllgebühren in den Gemeinden haben wir Unterlagen bekommen und hier wurde festgestellt, daß der Müllverarbeiter Branner denselben Müllsack in derselben Größe, in derselben Qualität und von derselben Erzeugerfirma bezogen, um mehr als einen Schilling billiger den Gemeinden anbietet als es die Firma Häusle tut. Und hier sind die Gemeinden gefordert, indem sie sagen, entweder schließen wir uns im Gemeindeverband zusammen, kaufen gemeinsam diese Müllsäcke ein und die einzelnen Gemeinden rufen ihre Bezüge ab oder die Gemeinden selber kaufen diese Müllsäcke ein. Das bedeutet, meine Damen und Herren: Für eine Gemeinde in der Größenordnung von Hard beispielsweise, wo jährlich rund etwa 200.000 Müllsäcke gebraucht werden - die genaue Anzahl können wir jetzt nach Abschluß dieses Jahres noch besser feststellen - ergibt sich immerhin eine Einsparung pro Jahr von ungefähr 200.000,- S. Diese 200.000,- S Einsparung sind an die Bevölkerung, sind an jene, die auch bereit sind, Müll zu trennen, weiterzugeben.

Unterstreichen kann ich die Äußerung des Kollegen

Dörler, daß der Bund gefordert ist in der Erlassung eines Abfallwirtschaftsgesetzes. Aber hier muß ich halt doch sagen, daß es wirklich einmal gut und zielführend wäre, wenn die dafür zuständige Umweltministerin Frau Dr. Flemming weniger Ankündigungsministerin und mehr Arbeitsministerin wäre, wenn sie weniger Augenaufschlagsministerin wäre und mehr Arbeitsministerin wäre. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Aber des ischt Dir ufgfälla!) Allerdings kommt noch etwas dazu und hier sind auch Kollegen dieses Hauses gefordert, auch der entschiedene Widerstand der Wirtschaft, der Bundeswirtschaftskammer, zur Erlassung eines Abfallwirtschaftsgesetzes muß natürlich diesbezüglich gebrochen werden. Das ist auch ein ganz entscheidender Faktor.

Und noch etwas: Es wird in diesem Lande dankenswerterweise sehr sehr viel Altpapier gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt. Leider zeigt aber die Praxis, daß ein großer Betrieb in Vorarlberg, die Firma Rondo in Frastanz, lieber Altpapier importiert als gesammeltes Altpapier in Vorarlberg verwertet. Man macht es den Altpapiersammlern schwer, wenn man ihnen nur 20 Groschen pro gesammeltem Kilo anbietet, aber die Transportkosten allein für eine Fahrt beispielsweise von Stuttgart herein, liegen um ein Doppeltes darüber. Ich glaube, hier ist eben auch die zuständige Wirtschaft auch gefordert, daß sie bereit ist, einen entsprechenden Betrag für das gesammelte Altpapier zu zahlen und nicht hier Importware zu verarbeiten und dadurch noch eine zusätzliche Verkehrsbelastung zu bewirken.

Präsident: Nun hat das Wort der Abg. Dipl.-Ing. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, Hoher Landtag! Im Zuge der Behandlung von Anträgen zur Luftreinhaltung im heurigen Frühjahr kam es zur Diskussion über die Begriffe »Emissionskataster« und »gläserner Kamin«. Während die Opposition forderte, die Emissionsdaten einzelner Betriebe öffentlich bekanntzugeben, sträubten wir uns gegen diese Bekanntgabe, sofern das Unternehmen ordnungsgemäß und der Bewilligung entsprechend betrieben werde. Wir sehen darin ein Anprangern. Wir hatten auch Zweifel, ob dadurch Bestimmungen des Datenschutzes verletzt würden und ich sah eigentlich keine Notwendigkeit, dem gläsernen Kamin das Wort zu reden, weil er uns in der Sache selbst nicht ernsthaft weiterbringt. Wie gesagt, immer unter der Voraussetzung, daß es sich um einen bescheidgemäß geführten Betrieb handelt. Um in der Frage des Datenschutzes Klarheit zu schaffen, hat das Amt der Landesregierung noch im Juli dieses Jahres beim Bundeskanzleramt um eine verbindliche Rechtsauskunft angefragt. Außer einer Zwischenerledigung, daß die Frage geprüft werde, ist aber noch keine Antwort erfolgt.

In der Schweiz ist die rechtliche Situation eine andere. Dort gibt es die Möglichkeit, die Emissionsdaten eines Betriebes öffentlich bekanntzugeben. Eine Nachfrage in St. Gallen hat jedoch ergeben, daß diese Möglichkeit in der Praxis wenig bis keine Bedeutung erlangt hat. Es ist

nämlich nicht ganz so einfach, dort an diese Daten heranzukommen. Zunächst einmal hat der Anfrager sein Interesse zu legitimieren bzw. er muß begründen, warum er das haben will. Die Firma kann Einwände erheben, wenn für sie wichtige Interessen verletzt würden und erst nach diesen Abwägungen werden die Daten freigegeben. In der Praxis hat diese Möglichkeit bisher keine Bedeutung erlangt. So viel zum recht plakativen Begriff des gläsernen Kamins, dem allenfalls die Bedeutung - wenn man das Bild weiterführt - einer Rute im Fenster zukommen könnte.

In der öffentlichen Diskussion wird meiner Fraktion aber nicht nur vorgeworfen, sie stelle sich gegen den gläsernen Kamin und damit gleichermaßen vor gewissenlose, die Umwelt ausbeutende und die Luft verpestende Unternehmer. Uns wird direkt oder indirekt vorgeworfen, wir verschlössen nicht nur Mund und Nase, sondern auch Aug' und Ohr vor jeder Luftbelastung aus lokalen Quellen. Wir sträuben uns keineswegs gegen die Erarbeitung eines Emissionskatasters für Vorarlberg. Die Bedeutung dieses Instrumentes wird von den Fachleuten im Hause allerdings geringer eingeschätzt als von Verfechtern dieses Schweizer Modells. Diese Fachleute vertreten die Auffassung, daß eine Hochrechnung aus abgesicherten Basisdaten, die ja bekannt sind wie beispielsweise der Verbrauch von Kraftfahrzeugen, der Verbrauch von Heizöl schwer, von extra leicht, von leicht, von Erdgas und ähnlichem, daß die Hochrechnung aus diesen Basisdaten für das Luftreinhaltekonzept ausreichend sei, sofern diese Projektion durch einzelne punktuelle Erfassungen spezieller Schadstoffe ergänzt werde. Die flächendeckende katastermäßige Erfassung wird dafür als nicht vordringlich erachtet und wird erst bei der Erarbeitung der Detailmaßnahmen nötig werden.

Noch ein paar Sätze zum Luftreinhaltekonzept: In der Juli-Sitzung hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, den Bund zu ersuchen, ein Luftreinhaltekonzept nach Schweizer Muster zu erstellen und als ersten Schritt hiezu gemeinsam mit dem Land Vorarlberg ein Luftreinhaltekonzept für Vorarlberg als Pilotversuch auszuarbeiten. Die Frau Bundesminister Flemming gab noch im Juli ihr Einverständnis und übertrug der Abteilung Umweltschutz hier im Hause die Erarbeitung der Konzeption - eine erste Unterlage - mit dem Ziel, zu einer weitreichenden Gesamtstrategie zu kommen. Dieser Entwurf ist in Fertigstellung begriffen und soll in nächster Zukunft in unserer Regierung behandelt werden, sodaß wir ja in absehbarer Zukunft davon informiert werden dürften.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Türtscher.

Türtscher: Sehr geehrter Präsident, Hoher Landtag! Der Abgeordnete Batlogg hat mir dankenswerterweise in einigen Dingen die Beantwortung abgenommen. Ich möchte zurückkommen auf unsere Vorstellungen im Punkt Umweltpolitik. Wir gehen vor nach dem Prinzip »Wer schnell hilft, hilft doppelt«, daneben sind wir aber der Ansicht, die bestehenden Institutionen und ihre Möglichkeiten und Dienste voll auszunützen, bevor wir neue

Einrichtungen schaffen und gerade bei der heutigen Diskussion, die so lange gedauert hat zwischen Rotem Kreuz und Samariterbund, habe ich mir eigentlich gedacht, wenn wir ohne zu wissen, was in unserer Umweltschutzanstalt schon an produktiver Arbeit geleistet wird, ein zweites Institut ins Land bringen wollten, dann müssen wir zuerst klare Aufgabenstellungen haben, die jetzt nicht bewältigt werden und nicht eine Konkurrenz schaffen zu dem, was schon bewältigt wird. Wir beschäftigen in der Umweltschutzanstalt über 60 Mitarbeiter und allein die Geräte, die in den vergangenen zwei Jahren angeschafft, nachgeschafft wurden, haben über 11 Millionen Schilling gekostet. Es wird hier eigentlich überhaupt nicht gefragt nach den Kosten sondern nach der Zweckmäßigkeit und notwendige Meßgeräte werden umgehend und sofort bewilligt. Es ist also nicht so, daß es an Information mangelt. Ich habe in der kurzen Zeit, in der ich im Landhaus bin, die Erfahrung gemacht, daß die Zusammenarbeit bestens ist. Jeden Dienstag ist in meinem Büro zum Beispiel schon der Direktor der Umweltschutzanstalt um 8.00 Uhr anwesend und bringt jeweils einen Mitarbeiter mit, um anstehende Probleme zu besprechen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Sie sollten in die Umweltschutzanstalt gehen!) Das Luftreinhaltekonzept, das am 6. Juli 1989 vom Landtag beschlossen wurde und im Auftrag der Landesregierung ausgearbeitet werden soll als Pilotprojekt für Vorarlberg, wurde nicht nur beschlossen, sondern im heurigen Voranschlag ebenfalls mit einer Million Schilling sofort berücksichtigt, sodaß diese Arbeit aufgenommen werden kann und, wie schon erwähnt wurde, ist hier wesentliche Vorarbeit geleistet worden. Es sind aber daneben immer die laufenden Maßnahmen gefördert worden. Ich möchte schon erinnern an die gestern beschlossene Verordnung zur Luftreinhaltung, die eigentlich das beinhaltet, was das Land Vorarlberg in eigenem Ermessen tun kann und die Verordnung enthält zusammen mit der Verordnung über Verbrennung von festen Stoffen im Freien alle jene Möglichkeiten, in denen wir noch im eigenen Ermessensbereich wirken können und was darüber hinaus Bundeskompetenzen sind, sind wir dauernd bemüht, die Anstöße zu geben, daß auch im Bund weiter gearbeitet wird und gerade das Konzept zur Luftreinhaltung hat diesen Zweck. Wir wissen alle, daß Luft vor den Grenzen nicht haltmacht und tun deshalb das, was wir im eigenen Bereich tun können, sofort und geben die Impulse weiter, so gut wir können. Ich möchte erinnern, daß aus dem Fonds zur Rettung des Waldes laufend die Umrüstung von Heizungen gefördert wird, um hier auf freiwilliger Basis das zu erwirken, was wir gesetzlich nicht einfordern könnten. Allein im heurigen Jahr wurden bisher über 4 Millionen Schilling verlorene Zuschüsse für Heizungsumrüstungen gegeben. Die Förderungen für Nachrüstkatalysatoren haben inzwischen die Höhe von knapp 3 Millionen erreicht. Allerdings im heurigen Jahre waren es 445.000,- S, weil diese Förderung weniger beansprucht wurde, als wir es gerne gesehen hätten. Wir haben im Bodenschutz laufend Forschungsprojekte. Wir haben 15 Dauerbeobachtungsflächen, die durch die Professoren Schinner, Dozent Maier, Grabher, Platzl und Hust überwacht werden. Wir haben ein zweites

Projekt Stickstoffumsetzung im Waldboden. Wenn wir von Information reden: Die Broschüre »Luft und Ozon«, die herausgegeben wurde, war sicherlich fachlich bestens und hat jenen, die bereit waren, hier Informationen zu holen, auch die Möglichkeit dazu gegeben. Ich möchte noch erinnern an die forstlichen Maßnahmen aus dem Fonds zur Rettung des Waldes, die seit dessen Einführung schon einen Betrag von über 56 Millionen ausmachen. Im heurigen Jahr wurden allein im Forst für 16,5 Millionen Schilling Zuschüsse gegeben und zwar verteilt über das ganze Land für Forstpflanze, Aufforstung, biologische Maßnahmen, Holztransporte mit Pferden, Errichtung von Verbißkontrollflächen, Querfallen von Holz und Hangstabilisierung, also wesentliche Beträge, die ebenfalls dem Schutz unserer Umwelt dienen sollen. Wenn nun die Forderung erhoben wird, Berater einzustellen - wir haben in erster Linie die Beratung die wir jetzt schon angeboten haben, und ich möchte noch einmal betonen, daß die Informationen, die wir laufend brauchen, von der Umweltschutzanstalt auch geboten werden und gerade diese Anstalt wird zur Zeit auch mit erheblichem Kostenaufwand durchorganisiert, um noch effizienter arbeiten zu können. Ich habe aber auf den 5. Jänner schon den Leiter des Öko-Institutes eingeladen und wenn hier Vorstellungen kommen, von denen wir spüren, daß sie eine wirkliche Verbesserung der Situation bringen können, dann werden wir solche Vorschläge bestimmt in unsere Überlegungen einbauen. Die Einstellung von Beratern als weiteren Schritt haben wir heute noch nicht vorgesehen, weil hier die Betriebe und die Gemeinden in dieser Beziehung auch sehr viel tun. Wir wollen, wie gesagt, einen Schritt nach dem anderen tun und zuerst die Umweltschutzanstalt voll durchorganisieren und dann, wenn wir wissen, was sich an zusätzlichen Notwendigkeiten ergibt, entsprechend handeln.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Grabher.

Grabher: Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf allen Abgeordneten, die sich zur Abfalldebatte zu Wort gemeldet haben, danken, daß sie sich - mit einer einzigen Ausnahme - sehr sachlich und auch engagiert und mit Vorschlägen zu diesem Thema geäußert haben. Eines können wir sagen: Die Realisierung des Abfallkonzeptes, Frau Abg. Kräutler-Berger, ist wirklich voll im Gange. Daß es aber da und dort Verbesserungsmöglichkeiten gibt und immer wieder insgesamt neue Möglichkeiten unter die Lupe genommen werden, das stehe ich überhaupt nicht an zu sagen und da bin ich wirklich sehr offen und dankbar für jeden Vorschlag. Natürlich geht auch die Information und die Bewußtseinsbildung, die Sie, Frau Kräutler-Berger, angeschnitten haben, immer weiter. Das wird ein permanenter Prozeß sein. Es ist auch schwierig, immer den Erfolg abzulesen über eine Informationskampagne. Es ist sehr schwierig. Es gibt natürlich von Werbebüros Konzeptvorschläge in rauen Mengen. Da könnten wir finanzielle Mittel investieren, daß wahrscheinlich der Finanzreferent sein blaues Wunder erleben würde. Aber das ist wahrscheinlich auch

nicht Sinn und Zweck. Dann würden wir wieder eine Informationsflut bekommen, die sich darin äußert, daß wir sehr viel davon wieder in der Abfallentsorgung verwenden müßten.

Der Abgeordnete Hummer, meine Damen und Herren vom Landtag, hat ein sehr ernstes Thema angeschnitten. Es könnte durchaus sein, daß wir hier in Vorarlberg und darüber hinaus auch in anderen Bundesländern im Zusammenhang mit der Entsorgung von Sonderabfällen aus Industrie- und Gewerbe, aber damit auch mit der Entsorgung von Sonderabfällen aus den Haushalten, also mit den Problemstoffen, zu großen Schwierigkeiten kommen. Es ist jetzt im neuen Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes klar geregelt, daß in Zukunft der Bund dafür zuständig sein wird. Und Sie wissen, meine Damen und Herren, diese Problemstoffsammlung in Vorarlberg funktioniert jetzt wirklich seit drei Jahren gut. Die Leute beteiligen sich daran, die Gemeinden engagieren sich und die halbjährlichen Sammlungen haben erfreuliche Quoten. Die Entsorgung hängt völlig in der Luft. Es gibt in Österreich ein einziges Entsorgungsunternehmen, die sogenannte EBS, also die Entsorgungsbetriebe in Wien-Simmering, und das einzige, was wir von diesem Unternehmen hören in Vorarlberg, ist, daß wir jetzt laufend Schreiben erhalten, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Problemstoffe aus Vorarlberg zu übernehmen. Aber der Bund ist dafür zuständig, daß solche Anlagen zur Entsorgung von gefährlichen Sonderabfällen geschaffen werden. Und diese einzige Anlage ist nun einmal völlig überfordert, was die Auslastung betrifft. Und es wäre schade, wenn die an sich guten Ansätze hier zusammenbrechen würden, weil wir keine Entsorgungsmöglichkeiten haben. Aber die viel größere Problematik in dem Zusammenhang wird noch erfolgen mit diesen Abfällen aus Industrie und Gewerbe, denn dort sind die Mengen natürlich noch viel viel größer. Ich hoffe, daß wir hier zu Lösungen kommen, die dazu führen, daß Österreich insgesamt den Ruf behalten kann, im Zusammenhang mit der Entsorgung von Abfällen wirklich europaweit weiterhin an der Spitze zu stehen.

Es gibt natürlich auf dem Abfallsektor eine Reihe von Möglichkeiten im Sinne der Eigenverantwortung und auch im Sinne von Kreativität. Das Beispiel, das der Kollege Strohmaier im Zusammenhang mit Initiativen auf dem Fremdenverkehrssektor hier vorgebracht hat, das ist durchaus nachahmenswert und ich bin auch überzeugt, daß das in anderen Fremdenverkehrsregionen des Landes Vorarlberg und in Österreich Nachahmung finden wird. Etwas Richtiges hat vor allem auch der Kollege Dörler im Zusammenhang mit der österreichweit einzigartigen Trennung von Abfall in der Region Unterland zum Ausdruck gebracht - bei der Trennung von Bio- und Restmüll. Es nützt das beste Konzept nichts. Es wird sogar dazu führen, daß die Gemeinden, die jetzt engagiert bei der Sache sind, sich daran wahrscheinlich gar nicht mehr beteiligen wollen oder daß es zu einem Rückschlag führt, wenn andere Gemeinden, die eigentlich durch Verordnung zu dieser Region gehören und verpflichtet sind, das auch zu tun, wenn die in dieser Sache überhaupt keinen Nagel krümmen und keinen Finger rühren. Das ist wirk-

lich schade und hier werden wir die Kontrolle verstärken müssen. Hier werden wir natürlich über Gespräche mit den Gemeinden dazu kommen müssen, daß sie sich genauso intensiv daran beteiligen. Es beweisen einige Gemeinden, daß hier Trennquoten erreicht werden können, die dazu führen, daß die Deponien wirklich entlastet werden und das ist ja das Ziel dieser Abfallkonzeption in dieser Region. Ich hoffe, daß Bregenz jetzt nicht nur immer nach außen hin Ankündigungen macht, sondern tatsächlich auch sich daran beteiligt, so wie es das Konzept und die Verordnung auch vorschreiben.

Meine Damen, meine Herren, einige der Vorredner haben auch zum Thema Abfallvermeidung einiges ausgesprochen. Natürlich ist, Herr Kollege Riedmann, Abfallvermeidung noch sehr viel wichtiger als die Abfalltrennung und die Abfallentsorgung. Ich weiß auch, daß das gerne immer in Diskussionen an der ersten Stelle vorgebracht wird. Ich weiß auch, daß es vielfach nur halbherzig durchgeführt wird. (Zwischenruf Riedmann: Im Abfallgesetz hat es aufgrund dieses Widerstandes keinen Niederschlag gefunden! - Präsident: Keine Zwiegespräche!) - Im Vorarlberger Abfallgesetz? Ich weiß aber, Herr Kollege Riedmann, daß dies auch nicht nur eine landesweite Aufgabe, nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe ist. Ich kann Ihnen eines sagen, nicht nur die Wirtschaft ist immer dagegen, gegen sogenannte Abfallvermeidungsstrategien, sondern es sind auch Widerstände, die einfach sehr breit gestreut sind. Es geht quer durch die Parteien im Nationalrat und die Frau Bundesminister hat schon öfters Vorschläge in dieser Richtung auf den Tisch gelegt, leider vielfach unvorbereitet und auch nicht gerade immer gut beraten und daher unausgereift und daher hat es nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von anderen, von Ihren Genossen im Parlament, Widerstände gegen solche Vorschläge gegeben. (Zwischenruf Dr. Häfele: Na!) Doch das hat es gegeben im Zusammenhang mit dem Entwurf zum Abfallwirtschaftsgesetz. (Zwischenruf Dr. Häfele)

Aber Herr Kollege Riedmann, was das Vorarlberger Abfallgesetz betrifft, so kann ich Ihnen eine kleine Episode dazu sagen. Sie wissen ja, der niederösterreichische Landesrat Pröll hat sich ja immer gerühmt, weil Niederösterreich diese von Ihnen vorgeschlagenen Bestimmungen im Abfallgesetz untergebracht hat. Bei einer der letzten Sitzungen aller Abfallreferenten der Länder mit der Frau Bundesminister hat der Kollege Pröll intensiv das Ersuchen an die Ministerin gerichtet, doch endlich das bundesweite Abfallwirtschaftsgesetz zu erlassen, denn mit seinen Bestimmungen fällt er völlig durch den Rost, die er im Zusammenhang mit der Vermeidung im Landesgesetz untergebracht hat. Denn er hat zugegeben, daß das alles nur heiße Luft ist, die überhaupt nichts nützt, wenn nicht der Bund die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen macht. Denn, Herr Kollege Riedmann, ein Gesetz, das wir hier schreiben und das überhaupt nicht vollziehbar ist, das ist kein Gesetz, das ist wirklich heiße Luft und die können wir ablassen und brauchen wir nicht für die Realisierung eines vernünftigen Abfallgesetzes. Und bitte nehmen Sie das endlich zur Kenntnis - ich habe

mich damals nicht gewehrt als Abfallreferent, weil ich etwa gegen vernünftige Abfallvermeidungsvorschläge wäre, sondern weil sie nicht praktikierbar sind. Bitte sind wir alle doch so ehrlich und sagen das auch offen heraus, ein Gesetz, das wir selber nicht vollziehen können, auf solche Gesetze wollen wir und müssen wir doch verzichten.

Frau Vizepräsident Gehrler hat das Beispiel Bregenz angezogen und hat vor allem etwas Wichtiges gesagt, daß an sich ein gewisser Anreiz über die Gebühren geschaffen werden sollte, damit die Bevölkerung auch tatsächlich etwas spürt davon, wenn sie vorbildhaft die Trennung, die Vermeidung durchführt. Frau Abgeordnete Gehrler, bitte richten Sie das dem Abfallreferenten der Stadt Bregenz, dem Stadtrat Wüstner aus, er soll endlich einmal bei Nachbargemeinden Nachschau halten, denn dort gibt es beste Konzepte, wie das gut funktionieren kann. Denn die Säcke, die übrig sind, können bei Gemeinden zu einem ordentlichen, nämlich anreizgebenden Preis zurückgegeben werden. Und da liegt ja eigentlich der Schlüssel zum Erfolg. Der Kollege Wüstner aus der Stadt Bregenz müßte sich wirklich nur ein bißchen in den Nachbargemeinden umsehen und dann könnte er das in diesem Sinne, wie Sie das vorgeschlagen haben, durchführen. Eines ist auch sehr wichtig: Die Gebühren bei der Verarbeitung des Abfalls sollten auch so gestaltet sein, daß für wiederverwertbaren Abfall geringere Kosten auferlegt werden als für jene Abfälle, die auf die Deponien geführt werden. Hier gibt es noch einiges zu tun. Hier sollte eigentlich der Grundsatz vorhanden sein, daß die Restmüllgebühren, also diejenigen, die auf die Deponie kommen, daß die so hoch sind, daß der Anreiz noch viel größer ist, um eben zu vermeiden und zu trennen. Hier sind wir leider noch nicht so weit, derzeit sind die nachvollziehbaren Verarbeitungsgebühren leider noch höher als die Deponiegebühren. Hier werden wir noch einiges gemeinsam, Land und Gemeinden, mit dem Verarbeitungsbetrieb zu erledigen haben.

Und bitte, Frau Abgeordnete Flinspach, ich schätze Sie so ein, daß Ihnen auch Abfall wirklich ein ernstes Thema ist aufgrund Ihrer Philosophie, Ihrer grundsätzlichen Aussagen. Aber was Sie heute hier gesagt haben, das ist ein bißchen Hohn auf diese grundsätzlichen Fragen. Sie haben genau gewußt, daß hier ein Fehler passiert ist im Verarbeitungsbetrieb, daß sich die Firma dafür entschuldigt hat und daß das wirklich ein Versehen oder ein Fehler eines Mitarbeiters war. Und warum haben Sie das hier nicht gesagt? Sie haben das erfahren. Sie haben hier eine Halbwahrheit zum Besten gebracht und mit Halbwahrheiten kommen wir doch nicht zum Ziel. Der Abfall hat doch keine grüne, rote, blaue und schwarze Mäschchen. Das muß ein zentrales Anliegen aller Parteien sein. Und mit Halbwahrheiten kommen Sie nicht zum Ziel, Frau Abgeordnete. Bitte, nehmen Sie sich das wenigstens ein bißchen zu Herzen, das wäre mein Wunsch. Herr Abgeordneter Riedmann, was Sie zur Papierabnahme, also von wiederverwertbarem Papier gesagt haben, stimmt leider auch nicht ganz. Ich wundere mich manchmal, wo Sie sich Ihre Informationen herholen. (Zwischenruf Riedmann: Ich wundere mich auch, wie Sie sich verteidigen!)

Herr Kollege Riedmann, die Papierfirma in Vorarlberg hat uns Garantien abgegeben, alles Altpapier, das in Vorarlberg anfällt, auch zu übernehmen. (Zwischenruf Riedmann: Zu welchen Preisen?) Das ist natürlich jetzt wieder Ihre Zwischenfrage, die im tiefsten sozialistischen Steinzeitgedankengut anzusiedeln ist. Herr Kollege Riedmann, die Firma Rondo erhält selbstverständlich aus dem Ausland ganze Mengen von Altpapier und sie gibt uns natürlich keinen höheren Preis als für das Papier, das sie aus dem Ausland erhält. (Zwischenruf Riedmann: Ohne Transportkosten?) Aber entscheidend ist doch, daß dieses Papier überhaupt angenommen wird. Und wir haben sogar eine Regelung gefunden: Land und Gemeinden zusammen unterstützen ja sogar noch diese Abgabe, diese Sammlungen von gemeinnützigen Organisationen, damit diese Sammlungen, diese guten engagierten Einsätze nicht zugrundegehen. Also, Herr Kollege Riedmann, die Altpapierverwertung in unserem Lande ist Gott-sei-Dank abgesichert und sogar von der Abnahme her auch garantiert. Und wenn sich die Altstoffpreissituation gesamthaft international wieder etwas anders entwickelt, dann wird das sogar wieder dazu führen, daß das ein recht gutes Geschäft wird. Derzeit ist es leider kein besonders gutes Geschäft, das merken wir nicht nur beim Altpapier, das merken wir bei der Altreifenentsorgung, das spüren wir auch bei anderen Altmaterialien, die sinnvollerweise wiederverwertet werden können, wo aber der Anreiz oftmals fehlt, weil kein besonders guter Preis erzielbar ist.

Meine Damen, meine Herren, ich darf abschließend nochmals sagen, daß die Realisierung des Abfallkonzeptes Vorarlberg, das über die Grenzen unseres Landes, aber auch im Ausland, immer wieder auf hohe Anerkennung stößt, daß das wohl im Gange ist und daß wir durchaus gute Anfangsergebnisse und Rücklaufquoten haben. Die Information, die Bewußtseinsbildung für die Realisierung, hört nicht auf, die werden wir permanent weiterführen. Verbesserungen sind immer wieder und überall möglich. Wir werden im nächsten Jahr - das hat der Kollege Dörler übrigens auch noch angezogen - neue Schwerpunkte setzen, weil im neuen Abfallwirtschaftsgesetz, das hoffentlich jetzt dann noch in den nächsten Wochen im Nationalrat über die Bühne geht und verabschiedet wird, neue Schwerpunkte setzen im Zusammenhang mit der Erfassung des hausmüllähnlichen Abfalls aus Industrie und Gewerbe. Das werden neue Schwerpunkte sein.

Präsident: Der Abgeordnete Dr. Häfele hat das Wort.

Dr. Häfele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Strohmaier oder wie er heißt, (Zwischenrufe) hat mich in meiner Abwesenheit als Umwelts-tier titulierte. Ich empfinde das sehr positiv, denn auch ich empfinde mich als sehr potenten Umweltschützer. Im Gegensatz dazu kenne ich auch einige Umweltochsen, die sich immer noch für Stiere halten.

Um aber auf eine sehr ernste Angelegenheit einzugehen: Der Kollege Batlogg hat unseren Antrag auf Einführung des Emissionskatasters erwähnt. Dieser Emissionskataster wird für uns eine immer wiederkehrende Forde-

rung bleiben, bis sie von der Mehrheit dieses Hauses endlich erfüllt wird. Wir glauben nämlich einfach, daß es unangehörig ist, jene Unternehmer zu decken, die alles in die Luft hinausblasen, ohne daß sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Das Schweizer Vorbild des Emissionskatasters gibt die Gewähr dafür, daß die Vorschadstoffe, die zur Ozonbildung führen, auch tatsächlich gemessen und veröffentlicht werden. Und wenn sie veröffentlicht werden, dann besteht auch der moralische Druck für die Unternehmer, technische und Umweltschutzverbesserungen in ihrem Betrieb vorzunehmen. Diejenigen Unternehmer, die sich dieser Arbeit annehmen, sollen auch hervorgehoben werden. Aber diejenigen, die diese Arbeit vernachlässigen, sollen genauso der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Es kann doch um Gottes Willen kein Datenschutz mehr gelten, wenn irgendein Betrieb Schadstoffe in die Luft hinausstößt und dadurch die ganze Bevölkerung krank wird. Da sind doch wohl die Grenzen überschritten. Sie haben also Gelegenheit, sich darüber noch Gedanken zu machen, denn ich habe vor, gerade über die sehr ernste Frage des Emissionskatasters auch noch eine Weihnachtsanfrage an den zuständigen Landesrat zu stellen. (Zwischenruf: Des kann nit schada!)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Herr Präsident, Hohes Haus! Die neuesten Errungenschaften in der Luftreinhaltungsverordnung sind mir zu wenig, Herr Landesrat Türtscher. Es ist richtig und wichtig, daß jetzt gerade in der Heizperiode daran gegangen wird, die Schadstoffemissionen aus dem Haushalt zu vermindern. Nur denke ich, daß eine Verordnung da sehr wenig nützt, wenn nicht kontrolliert wird, ob diese Verordnung auch eingehalten wird. Und ich habe vom Herrn Landesrat noch kein Konzept gehört, wie diese Schadstoffverminderung durch den Hausbrand, durch das Verheizen von - ich zähle auf - nassem Holz, beschichtetem Holz, Spanplatten - das ja schon länger verboten ist - Resopalplatten und schlicht und einfach Müll, von dem man zu faul ist, ihn zu trennen, verwirklicht werden soll. Diese Schadstoffvermeidung, die da zurecht vom Herrn Landesrat gefordert wird, ist notwendig, wenn man sich anschaut, was an Kohlendioxid durch den Hausbrand und vor allem an aromatischen Kohlenwasserstoffen in die Luft geht. Diese Kohlenwasserstoffe sind Primär-Schadstoffsubstanzen zur Ozonbildung.

Nun, es nutzt ja nicht zu sagen, die Rauchfangkehrer sind zuständig zu schauen, was da verbrennt wird. Die Rauchfangkehrer tun das nicht. Und ich frage mich, Herr Landesrat, sind Sie bereit, die Leute aufzurufen, sobald ihr Nachbar irgendwas Stinkendes in die Luft läßt durch seinen Ofen, ihn anzuzeigen? Oder wie soll denn die ganze Sache funktionieren? Wo sind die mobilen Umweltschutzmeßwagen, die permanent durch die Siedlungsgebiete fahren und überwachen, was da passiert? Also ich frage mich, wie soll diese Verordnung überhaupt durchgeführt werden. Und wenn man wieder einmal als großes Glanzstück einer neuen Verordnung das Verbot von Verbrennen von Holz und Gras und Gartenabfällen bringt,

dann frage ich mich wirklich, geht es eigentlich noch, haben wir nicht Wichtigeres zu tun. Es ist schon klar, daß das auch Schadstoffe bringt. Aber bitte, wo ist die Schadstoffkontrolle der Industrie?

Dieser Emissionskataster - ich kann mir schon vorstellen, Herr Abgeordneter Batlogg, daß er Ihnen schon zum Halse heraushängt, so oft ist er schon gefordert worden. Nur der wird auch die nächsten fünf Jahre in Permanenz gefordert werden, wenn nicht endlich etwas getan wird. Ich sehe nicht ein, daß man sich bekennt von Ihrer Seite, von der Seite des Herrn Landeshauptmanns, zu einer langfristigen Umweltschutzpolitik, wenn man gar nicht weiß, was an Schadstoffen überhaupt emittiert wird. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Ja, selbstverständlich weiß man das!) Das weiß man nicht. Ja, dann frage ich mich, Herr Abgeordneter, woher kommt die hohe Dioxinbelastung der Feidkircher Milch und der Bezauer Milch? Wer findet das heraus? Ein Institut in Wien muß befaßt werden, braucht monatelang, um das herauszufinden. Warum traut man sich nicht zu sagen, das sind wahrscheinlich die und die Betriebe, die durch Verbrennungsprozesse Dioxine verursachen. Wo sind die Prüfungsergebnisse der Emissionen dieser Betriebe? Wann wurde einmal das Holzbauwerk Kaufmann kontrolliert auf Dioxinemissionen? Und wo bitte können die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erfahren, was Industriebetriebe, Gewerbebetriebe in ihrer unmittelbaren Nähe an Schadstoffen, die ihre Gesundheit belasten, emittieren? Der Herr Landesrat Grabher hat bereits vor einem guten Jahr als Jubelmeldung herausgebracht: Die Gift- und Sondermüllproduzenten des Landes sind erfaßt, 1.500 an der Zahl. Eine grandiose Leistung, sie wurden erfaßt und sie wurden in den Computer eingegeben. Also wirklich, die neue Technik hält Einzug - lobenswert. Nun frage ich mich, was nutzt die Eingabe, wenn niemand weiß, was in seinem unmittelbaren Bereich an Gefahrenquellen da ist? Was nutzt es, wenn die Anrainer der Sandgasse nicht wissen, was bei einem Brand eines Lagers alles in die Luft gehen kann, weil dort halt Chemikalien gelagert sind? Wir wissen, was damals alles passiert ist und daß keine Gefahr bestanden hat und daß sowieso nichts in die Luft gegangen ist, außer daß Plastik tonnenweise verbrannt und Dioxine in leider nicht bekanntem Ausmaß in die Luft gegangen sind. Und was in das Löschwasser gegangen ist, das weiß man auch nicht. Man weiß immer nur nach jedem Vorfall und nach jeder Anfrage und nach jeder Urgenz betroffener Bürger, daß keine Gefahr besteht. Unsere Umweltschutzanstalt weiß schon, daß keine Gefahr besteht, bevor sie überhaupt g'schaut haben, was in die Luft oder in das Wasser gegangen ist. Es tut mir leid, Herr Landesrat Grabher, ich habe jahrelang Erfahrungen jetzt auf diesem Gebiet und ich habe jahrelang (Zwischenruf Landesrat Mayer: Scheinbar nicht!) nachgefragt und nie etwas erfahren. Und daß Sie das nicht glauben, Herr Landesrat, ist mir schon klar. Sie sind ja schließlich einer der Ansprechpartner der Frauen, die sich um die Atemnot ihrer Kinder Sorgen machen. (Zwischenruf Landesrat Mayer: Aber Ahnung hom's wenig!)

Nun, Herr Landesrat Türtcher, ich hätte an Sie eine

Bitte und zwar haben Sie in den letzten Tagen eine Resolution erhalten verschiedener Umweltschutzorganisationen und Umweltschutzgruppen dieses Landes, die Sie als zuständigen Landesrat und damit auch die Landesregierung bitten und auffordern, über das Thema der Klimakatastrophe, des Ozonloches, auch in unserem Land zu informieren. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Resolution haben Ihnen auch einen Film namens »Die Klimakatastrophe« geliehen oder geschenkt - ich weiß das nicht - um ihn anzuschauen. Ich würde Sie bitten auch, Herr Vorsitzender des Umweltausschusses, daß wir uns gemeinsam diesen Videofilm einmal anschauen und dann zu wissen, gegen was wir in Zukunft arbeiten müssen.

Nun hat der Herr Landesrat Grabher die Problemstoffsammlungen angesprochen. Es ist wirklich lobenswert, daß die solchen Erfolg haben, nur hat er auch gesagt, daß die Entsorgung nicht gewährleistet ist. Was hat es für einen Sinn, Problemstoffe zu sammeln, ungelernete Gemeindearbeiter mit diesen Stoffen zu konfrontieren, die keine Ahnung haben, was aus gewissen Stoffen für chemische Reaktionen erfolgen können. (Zwischenruf Hummer: Regelmäßig geschult!) Herr Bürgermeister, ich kenne solche Fälle und Herr Landesrat, die Unwahrheiten oder die Halbwahrheiten können Sie uns unterstellen, sie stimmen halt nicht. Ich frage mich wirklich, Herr Landesrat, was hat es für einen Sinn, das zu sammeln, wenn man nicht weiß, wo es hinget bzw. wo es entsorgt wird. (Zwischenruf Grabher: Bis jetzt hond mir's jo!) Und Sie haben gesagt, Sie hoffen sehr, daß dieses Problem gelöst werden wird in Zukunft. Nur hätte ich gerne, daß Sie Ihre Hoffnung konkreter fassen und sagen, wie Sie sich vorstellen, daß der Sondermüll, den wir ja produzieren, den unser Land produziert, entsorgt werden soll. Sie haben auch von europaweiten Lösungen gesprochen: Sie wissen, daß es in puncto Sondermüllentsorgung weltweite Lösungen gibt, nämlich die, den Sondermüll (Zwischenruf Stadler: Und in den Ostblock heiße Luft zu exportieren. - Landesrat Mayer: Da haben Sie einen wesentlichen Beitrag geleistet hierzu!) quer durch die Welt und in den Ostblock - nur das mit dem Ostblock, das geht nicht mehr, weil die DDR wird unseren Sondermüll nicht mehr nehmen. Die DDR wird auch diesen Sondermüll, der aus der Schweiz über unsere Grenzen, durch unser Land und durch ganz Österreich transportiert wird, nicht mehr nehmen, weil die Leute inzwischen dort drüben auch - Gott sei Dank - vernünftiger geworden sind. Herr Landesrat, ich würde Sie schon bitten zu antworten, was im Rahmen Ihres Abfallkonzeptes mit diesen Problemstoffen geschehen soll. Es ist auch sicher keine Lösung zu fordern, daß die Simmeringer Giftschleuder ausgebaut werden soll. Sie wissen auch, warum die Simmeringer den Müll nicht mehr nehmen, weil sich initiative Bürgerinnen und Bürger dagegen wehren.

Durch Ihre Anmerkung, Herr Landesrat Grabher, daß sehr oft heiße Luft produziert wird von den Politikern, bin ich auf eine Idee gekommen und als Anregung an den zuständigen Herrn der Landesregierung für das Energieressort bitte ich zu prüfen, ob man nicht eine Studie machen könnte, die untersucht, wie die heiße Luft, die

Politiker produzieren, energetisch genutzt werden könnte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Dr. Purtscher: Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Ich sehe mich doch herausgefordert, weil für den Kollegen Dr. Häfele und etliche seiner Kollegen der Emissionskataster mit dem »gläsernen Kamin« sozusagen das ökologische Ei des Kolumbus darstellt oder der Problemlöser für alle Luftprobleme. Damit ist sozusagen das ökologische Problem spezifisch gelöst wie ein deus ex machina. Man muß nur das tun und damit ist die Luft wieder rein. Ich glaube, man muß Sie einfach, Herr Kollege, wieder einmal auf den Boden der Realität zurückholen. Sie stellen das nämlich so dar, als ob in Vorarlberg jedes Unternehmen, jeder Gewerbebetrieb und jeder Haushalt sich als Dreckschleuder betätigen kann und kein Mensch sich rührt. Ich darf Ihnen sagen, daß z.B. im Vorjahr allein von den Kaminkehrern 20.300 Ölfeuerungen und 3.100 Gasfeuerungsanlagen geprüft wurden und bei Mängeln - Sie wissen selbst - werden entsprechende Vorschriften gemacht und hierauf in einer bestimmten Stufe der Sanierung dieser Anlage auch wiederum Kontrollen durchgeführt. Die Gewerbebehörde, das sind die Bezirkshauptmannschaften, lassen laufend, und zwar ohne Voranmeldung, die Betriebe überprüfen. Und bei Beanstandungen wird auch eingeschritten. Und bei jenen Betrieben, die nach meiner Meinung zwar den Vorschriften entsprechen, aber noch in ökologischer Hinsicht mehr tun könnten, schalte ich mich manchmal auch sogar selbst ein, wenn es der Umweltschutzabteilung trotz mehrfachen Bemühen nicht gelungen ist, eine Umkehr zu erreichen. Ich erinnere an verschiedene persönliche Kontakte mit Herrn Egger und habe jetzt auch einige Briefe wieder an Firmen gerichtet, daß sie doch am Erdgasnetz anschließen mögen. Ich hatte bisher einen schweren Stand, solange die Kaserne nicht angeschlossen am Erdgasnetz war. Jetzt kann ich es mit etwas größerem Nachdruck tun. Ich überlege mir, weil ich aus einem anderen Bundesland die Einführung des sogenannten Umweltschutzpreises für Unternehmungen kenne, Kontakt aufzunehmen über die Erfahrungen in diesem Land, weil ich immer noch im Lob auch für die Alemannen ein reizvolles Mittel sehe, eventuelle Unternehmungen, die sich besonders ökologisch auszeichnen, eben entsprechend eine Anerkennung auszusprechen. Aber nun zu der von Ihnen immer wieder aufgestellten Behauptung, im Nachbarkanton würden alle Firmen grundsätzlich veröffentlicht, jeder Bürger könne quasi in der Zeitung nachlesen, welche Emissionswerte der einzelne Betrieb hat, darf ich Ihnen sagen, daß die Rechtsgrundlage für die Bekanntgabe von Meßwerten von Luftschadstoffen zu finden ist im Schweizer Bundesgesetz für Umweltschutz. Dort heißt es, ich darf zitieren: »Die zuständigen Behörden können die Ergebnisse der Kontrollen von Anlagen und die Auskünfte nach Art. 46 nach Anhören der Betroffenen veröffentlichen, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Das Fabrikations- und Geschäftsgeheimnis bleibt aber in jedem Fall gewahrt. Nun hat das Amt für Umweltschutz, Abteilung Luftrein-

haltung, im Kanton St. Gallen mitgeteilt, daß Auskünfte nur für die unmittelbar Betroffenen - Definition: Nachbarn - erteilt werden. Dieser hat einen schriftlich begründeten Antrag einzubringen (Zwischenruf Kräutler-Berger: Mit Stempelmarke?) und zuerst wird aber dann dem betroffenen Betriebseigentümer diese Stellungnahme übermittelt oder diese Antwort zur Stellungnahme übermittelt und wenn von diesem eingewandt wird, daß es sich um ein Fabriksgeheimnis handelt, wird diese Rechtsfrage zuerst von der Behörde abgeklärt und erst dann erfolgt ein Antwortschreiben an den Antragsteller. Es wurde auch erklärt, daß allgemein festzustellen sei, daß von Seiten der Bevölkerung von diesem Artikel sehr wenig Gebrauch gemacht werde und auch von Seiten der Behörde große Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Anwendung bestehe. Das deckt sich mit der Auffassung unserer Juristen, daß mit einer Veröffentlichung das Datenschutzgesetz verletzt würde. Und - und das ist nun das Entscheidende - in der Presse seien bisher aufgrund solcher Anfragen keine Werte veröffentlicht worden. Also es stimmt nicht, was Sie hier immer wieder deponieren, daß drüben eben nachzulesen ist überall, welche Emissionswerte der einzelne Betrieb hat. Im Zuge eines Strafverfahrens gegen ein Unternehmen seien solche Werte veröffentlicht worden, worauf die Emissionswerte der Anlage dann auch umgehend den Grenzwerten nach den Luftreinhaltebestimmungen angepaßt worden seien. Nun, das ist auch bei uns schon geschehen, wenn entsprechende Strafmaßnahmen eingeleitet worden sind. Ich darf noch einmal abschließend darauf zurückkommen auf den Antrag, daß man vier Umweltschutzbeauftragte ernannt, in jedem Bezirk einen, vorgehend den Diskussionen mit dem Ökologieinstitut - was ich auch sehr begrüße. Wir haben insgesamt - das ist vom Kollegen Batlogg deutlich dargestellt worden - ca. 150 Beschäftigte im Bereich des Umweltschutzes im ganzen Land eingesetzt. Es sind dies die Bediensteten der Umweltschutzanstalt, es sind die Waldaufseher, Gewässeraufsicht usw., im Umweltbereich im weiteren Sinn 150 Bedienstete. Und man hat Wünsche nach Personaleinstellungen bisher nie abgelehnt, wenn es berechtigt ist, und die derzeit stattfindende Organisationsanalyse der Umweltschutzanstalt ein solches Bedürfnis feststellt, dann sind wir die Letzten, die nicht auch die vier Mitarbeiter engagieren. Aber zuerst wollen wir Klarheit über die bestmögliche Organisationsstruktur. Es könnte durchaus sein, daß z.B. in Anlehnung - wie in der Steiermark - die Umweltschutzanstalt dann ein Ökologieinstitut ist. Das ist durchaus denkbar. Derzeit aber sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Ich rechne damit, daß die Studie des Intermanagement - so heißt dieses Beratungsbüro - etwa Anfang des kommenden Jahres vorliegt und wir werden dann sicher auch dem Umweltausschuß darüber berichten, welche Maßnahmen im Bereich der Umweltschutzanstalt und deren Umorganisation - die sich eventuell als notwendig erweist - vorgenommen wird. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Man hat sie schon einmal umgetauft!)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Flinspach.

Flinspach: Herr Landesrat Grabher, ich habe Ihnen vorher aufmerksam zugehört und habe auch Ihren Tadel zur Kenntnis genommen. Ich möchte mich hiermit auch für meine Bemerkung entschuldigen. Ich habe es vergessen gehabt, daß sich die Firma Häusle entschuldigt hat. Mir fällt da kein Stein aus der Krone. Wie gesagt, ich habe gewartet und das Wort, auf das ich gewartet habe, ist leider nicht gefallen, und zwar ist das die Altlast, die Altmüllentlastung in diesem Land. Es gibt seit Jahren Untersuchungen über die Altmülldeponien. Es sind meines Wissens weit über 100 in diesem Land (Zwischenruf Grabher: 140!) - 140, genau und über diese Altlasten gibt es auch schon seit längerer Zeit Untersuchungen. Es gibt seit neuestem nun das fertiggestellte Altlasteninventar, die Dissertation des Herrn Bauer, und ich habe eigentlich darauf gewartet, daß Sie uns erzählen, warum in den Budgetansätzen die Beträge für die Problem- und Sondermüllentsorgung so relativ klein sein müssen, daß sicher keine Altlastenentsorgung darin inbegriffen sein kann. Ich frage mich, warum das der Fall ist. Es gibt einige Mülldeponien in Vorarlberg, die als hochbrisant eingestuft sind. Ich möchte zu dem Thema sagen, es handelt sich unter anderem um die Mülldeponie Malonsbach in Röthis. Es geht darum, daß die alte Mülldeponie in Lech kurz vor dem Brechen ist, d.h. es besteht die Gefahr, daß sie bricht und in den Lech abrutscht. Ein derartiger Vorfall ist bereits einmal im Kleinwalsertal passiert. Es gibt noch mehrere sehr gefährliche wie Rüttenen, in denen unter anderem auch die ganzen Krankenhausabfälle des Landeskrankenhauses seinerzeit deponiert wurden. Dies eigentlich nur als Beispiel. Jetzt habe ich die konkrete Frage an Sie, Herr Landesrat Grabher: Was passiert in welcher Zeit und wie mit diesen Altmülldeponien im Land Vorarlberg? Die einzige sicher ungefährlich gewordene Altmülldeponie dürfte übrigens die in Bregenz sein, die am Seeufer seinerzeit bestanden hat, weil die Schadstoffe sind sicher schon lange durch das Bodenseewasser weggeschwemmt worden.

Präsident: Das Wort hat der Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich der Diskussion hier zuhörche, dann fühle ich mich zurückversetzt in die Zeit, wo ich selbst gläubiger der Industrie geglaubt habe, es wird nie was mit Atomkraftwerken passieren, das wird alles sicher sein. In die Zeit fühle ich mich zurückversetzt. Ich fühle mich heute noch verschaukelt, ich sage das ganz offen und ich glaube denen, die da selbst diese Dinge produzieren, überhaupt gar nichts mehr, so enttäuscht bin ich von ihnen geworden und sei es auch noch von Wissenschaftlern oft unterstützt. Ich mache gestern in der Früh die »Vorarlberger Nachrichten« auf und lese »Dioxinschleuder - 70.000 m³ Abluft - für Ultragrifte keine Grenzwerte usw.« Ich frage Sie, Herr Landesrat, wissen Sie von den Dingen in Konstanz oder haben Sie etwas gewußt? Haben Sie es gewußt, dann werde ich Ihnen gleich noch etwas erzählen. Was mich wundert, Herr Landeshauptmann, ist eigentlich eins: Wieso kann sich ein Betrieb das Recht herausnehmen, die

Umwelt zu vergiften, meine Gesundheit zu gefährden und sich dann hinter dem Datenschutz verstecken und sagen, daß er der ist, der meine Gesundheit gefährdet, darf ich nicht erfahren. Genauso ist das. Und wenn der Emissionskataster - Herr Landeshauptmann, die Vorgangsweise so ist, dann halte ich die ebenfalls für falsch. Es muß doch endlich einmal dazu kommen, daß derjenige, der gefährdet wird - wir alle, da gibt es doch keine Ausnahme, es wird ja nicht nur ein Roter, ein Blauer oder anderer gefährdet - daß der Mensch, der in seiner Gesundheit gefährdet wird, geradezu verpflichtend sein muß, daß man ihm das sagt, daß er gefährdet wird von jenem und jenem. So mußte doch das sein. Warum muß denn ich, wenn mich andere gefährden, überall hinrennen, muß fragen, ob das nach dem Datenschutz möglich ist usw., daß ich gefährdet werde. Ich sehe das also überhaupt nicht ein. Ich glaube, wir sollten alles tun - da können wir uns nicht verstecken, ich sehe gar keinen Grund, sich hinter Datenschutz zu verstecken, wenn eine Behörde weiß, daß dort Menschen gefährdet werden. (Zwischenruf Dr. Mader: Aber denn muß sie sofort etwas tun!) Ja, sie muß was tun. Ich frage mich aber - das hat man uns ja immer gesagt, das wird alles getan - warum darf ich das nicht wissen? Warum darf ich nicht wissen, die und die Betriebe gefährden mich nicht, die tun alles - ich weiß auch, daß das schwierig ist und ich weiß auch, daß nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden können. Ich weiß auch, daß es Probleme gibt, wo die technischen Einrichtungen noch gar so weit sind, um sie zu lösen. Aber das kann doch nicht Grund sein, hier nicht zu sagen, ich werde von dem und dem in meiner Gesundheit gefährdet. Ich möchte einmal eine Klärung und deshalb die Frage an Sie, Herr Landesrat Türtscher: Warum soll das so sein? Warum kehren wir denn das nicht um und verpflichten die Behörden zu sagen, in dem Bereich gibt es Betriebe oder andere oder auch, was weiß ich - ich kann in einem Wohnhaus auch Dinge verbrennen, wo ich andere Menschen gefährde. Warum kann man eigentlich nicht oder warum tun wir nicht als Abgeordnete, als Vertreter der Bevölkerung in diesem Haus, sagen den Behörden oder jemand erklärt uns, was können wir tun, damit jeder weiß, von wem er gefährdet wird. Das muß doch der Anspruch eines Menschen sein. Es kann doch nicht sein, daß wir uns verstecken, daß der jetzt kommt und sagt: Sie, horchen'S, mir kommt vor, meine Kinder sind krank, was könnte da der Grund sein, sondern es müßte ja geradezu Aufgabe der Behörde sein, dem zu sagen, das und das ist - vielleicht ist das auch momentan lösbar. Ich weiß von der Firma Egger in Nüziders, daß die sich bemüht, aber technisch die Geräte gar nicht bekommen konnte auf Anhieb, um die Dinge abzustellen. Aber ich glaube, wir sollten uns doch dazu finden, daß wir sagen, der Bürger hat ein Recht zu erfahren und es ist die Verpflichtung der Behörden, ihm zu sagen, von wem er in seiner Gesundheit gefährdet wird.

Präsident: Das Wort hat der Landesrat Türtscher.

Türtscher: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Dinge, die im Aluminiumwerk in Konstanz passiert sind, die waren

natürlich nicht bekannt, bis dies vor einigen Tagen in der Presse stand. Der Herr Landeshauptmann hat sofort in Baden-Württemberg angefragt und die Auskünfte bekommen, daß der Einfluß - und das bestätigen auch Erfahrungswerte der österreichischen Werke - eineinhalb bis vier Kilometer im Umkreis der Werke direkt spürbar ist. Die Dioxinmessungen können nicht nur in Vorarlberg nicht durchgeführt werden, sondern nicht einmal in St. Gallen. Hier ist eben noch ein großer Mangel gegeben und man kann nicht erwarten, daß Vorarlberg hier schon die Möglichkeit hätte, Messungen durchzuführen, bevor eben in größeren Instituten diese Möglichkeit geboten war. Ich möchte aber noch zu den Äußerungen der Frau Abgeordneten Kräutler-Berger etwas sagen: Wenn Sie die Arbeiter der Umweltschutzanstalt sinngemäß mit dem Satz qualifizierten: Die Umweltschutzanstalt weiß und wie und was hinaus und was ins Wasser geht. Sie haben gesagt, die wissen vorher schon, was hinausgeht (Zwischenruf Kräutler-Berger: Nein, nein, Sie wissen vorher schon, daß keine Gefahr besteht, ohne zu wissen, was überhaupt in die Luft und in das Wasser kommt!) Es heißt also, die Anstalt würde nicht mit der notwendigen Sorgfalt arbeiten. Das ist doch in diesem Satz beinhaltet. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Das war aber Ihre Aussage!) Ich möchte Ihnen wünschen, Sie müßten diese Aussage den betreffenden Leuten gegenüber treffen, die jahraus, jahrein ihre Arbeit mit größter Gewissenhaftigkeit machen. Ich möchte Ihnen einmal einige Namen herunter sagen und Sie müssen diesen dann sagen, daß die schon alles wissen oder nicht wissen, was hinausgeht, denn hier wird sorgfältig gearbeitet und wenn wir ein Ökologieinstitut zusätzlich in Vorarlberg einrichten würden mit gleich guter Besetzung, wie es die Umweltschutzanstalt ist und Sie würden mit diesem vorgefaßten Mißtrauen der Institution gegenüber schon belastet sein, dann hätte es auf keinen Fall einen Sinn. Ich möchte das in aller Klarheit sagen. Zu Ihrer Frage noch: (Zwischenruf Kräutler-Berger: Das war Ihre Interpretation, Herr Landesrat - Dr. Keckeis: I' tat nit so viel diskutieren!) Den Film, den Sie angetönt haben, den Film habe ich nicht nur erhalten, sondern für 22. Dezember einen Termin, wo er aufgeführt wird im Hause und wenn Sie Lust und Zeit haben, können Sie ihn gerne anschauen. (Zwischenruf Dipl.-Ing. Batlogg: Die Regierung ist ein einziges Ökologieinstitut!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Lins.

Dr. Lins: Hohes Präsidium, Hoher Landtag! Man könnte den Eindruck gewinnen als ob wir uns noch im Mittelalter befänden, aber es muß doch einmal klargestellt werden, daß wir in einem Rechtsstaat leben in Österreich und daß es daher so ist, daß die Gesetze zu vollziehen sind von den Behörden und die sehen nun einmal vor, daß für jeden Betrieb, wenn er um eine Genehmigung für eine Stätte der Produktion ansucht, ein entsprechendes Gewerbe- und Betriebsanlagenverfahren durchgeführt werden muß. In diesem Verfahren hat das Unternehmen alle Unterlagen offenzulegen über das, was an Maschinen ein-

gesetzt werden soll, was an Stoffen verarbeitet wird und natürlich muß auch darüber verhandelt werden, welche Auswirkungen dieses Produktionsverfahren auf die Umwelt hat. Er erhält dann, wenn nachgewiesen ist, wenn von der Behörde festgestellt werden kann, daß es keine Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit der Menschen gibt, nur dann erhält der Betrieb für seine Produktionsanlage eine Genehmigung. Das ist einmal die Grundlage. So geht die Behörde grundsätzlich vor. Auch unsere Bezirkshauptmannschaften haben selbstverständlich diesen Gesetzauftrag zu vollziehen. In der Folge ist es so: Es kann sich natürlich herausstellen, daß aufgrund eines höheren Wissensstandes sich zeigt oder weil die Firma vielleicht gewisse Auflagen auch nicht beachtet oder nicht entsprechend konsequent beachtet, daß durch Nachkontrollen festgestellt wird, daß etwas aus dem Kamin hinausgeht oder aus dem Gebäude, was die Umwelt gefährden kann. Ich darf daran erinnern, daß solche Fälle auch in

Vorarlberg natürlich schon vorgekommen sind. In diesem Fall untersucht die Behörde durch Sachverständige unter Beiziehung der Umweltschutzanstalt, was dagegen zu unternehmen ist, welche zusätzlichen Auflagen gemacht werden. Ich darf daran erinnern, daß bei einem Betrieb im Walgau, der Batterien herstellt, ein solches Verfahren durchgeführt worden ist und daß dann neue Auflagen gemacht worden sind, eine neue Betriebsanlagengenehmigung erteilt werden konnte aufgrund strenger Auflagen und daß natürlich durch regelmäßige Messungen, gerade durch die Umweltschutzanstalt, auch überprüft wird, ob die Auflagen eingehalten werden und daß keine Gefährdung der Umgebung stattfindet. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Was wird dort gemessen?) Es ist ganz selbstverständlich, wenn eine Gesundheitsgefährdung durch den Amtsarzt einer Behörde festgestellt wird, dann geht die Auflage bzw. geht es so weit, daß dem Betrieb auch untersagt werden muß, weiter zu produzieren. Das ist klar. Aber gerade bei dem Fall der Firma Egger hat sich ja eben gezeigt - das ist ja bei uns im Oberland wirklich von einiger Brisanz gewesen und immer noch - daß eben nichts Gesundheitsgefährdendes emittiert wird bzw. daß die Immissionen nicht meßbar sind in einem Bereich, der die Gesundheitsgefährdung nachweisbar erscheinen läßt. Und deshalb konnte auch bei der Firma Egger kein Produktionsverbot ausgesprochen werden. Ja, Sie schütteln den Kopf, aber offenbar kennen Sie das nicht. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wenn sie Dioxin in Vorarlberg nicht messen können!) Es geht mir jetzt nicht um die Dioxinmessung. Ich sage nur, grundsätzlich ist bei uns in Vorarlberg die Situation sicher so, daß erstens nur aufgrund genauer Unterlagen über die Produktion eine Betriebsanlagengenehmigung erfolgt. Zweitens: Die Behörden überprüfen regelmäßig alle Betriebe, insbesondere jene, die natürlich für bestimmte Emissionen in Frage kommen, ob und welche Emissionen stattfinden und ob sie gesundheitsgefährdend sind. Entsteht der Verdacht einer Gesundheitsgefährdung, erfolgt eine neuerliche genaue Prüfung und wenn sich der Verdacht erhärten würde, gäbe es Maßnahmen bis zur Betriebseinstellung. Das muß doch zuerst einmal klargestellt sein.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Fend. Ich bitte die jetzt noch zum Wort Gemeldeten, sich womöglich etwas kurz zu halten, damit wir das Kapitel 5 vielleicht doch noch im Laufe des Vormittags oder zumindest vor Mittag abschließen können.

Fend: Herr Präsident, Hohes Haus! Es geht hier um den Emissionskataster. Wir von der ÖVP sind der Meinung - und Dr. Lins hat mir schon einiges meiner Ausführungen bereits vorweggenommen - daß Betriebe, die den gesetzlichen Rahmen einhalten, nicht an den Pranger gestellt werden dürfen. Das besagt aber nicht, daß diese Bewilligungen sowohl jederzeit überprüft werden sollen wie auch widerrufen werden können. Und es leuchtet mir, Frau Kräutler, nicht ein, wenn Sie darauf hinweisen, daß wir in Vorarlberg zum Teil gar nicht in der Lage sind, diese Emissionen zu messen, daß Ihr Hauptziel ist, den gläsernen Kamin zu installieren. Sie müßten Einrichtungen beantragen zu machen, um das feststellen zu können, aber nicht gen zu machen, um das feststellen zu können. Aber nicht die Betriebe an den Pranger stellen. (Zwischenruf Kräutler-Berger: I' bin sehr froh, daß Sie des jetzt kapiert haben!) Sie haben aber nur den Emissionskataster verlangt. Es ist natürlich auch interessant, welch' feines Gespür Sie entwickeln, was Recht und was Unrecht ist, wenn es um Ihre Seite geht. Und Ihnen und Dr. Häfele würde ich empfehlen, das feinfühliges Gewissen des Dr. Keckeis einmal zu strapazieren, denn er hat hinsichtlich des Datenschutzes die größten Bedenken beider VKW entwickelt (Zwischenruf Kräutler-Berger: Zu recht!) und hat sogar eine Rechnungshofüberprüfung verlangt, ob die VKW, die sicher nicht klug gehandelt hat, hier einen Rechtsbruch begangen hat dadurch, daß sie von Unbekannten versucht hat, den Stromverbrauch zu ermitteln - über die Intelligenz dieser Handlung will ich nichts sagen, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Kannst scho was sagen!) aber über den Rechtsbruch möchte ich sagen, daß der Rechnungshof inzwischen festgestellt hat, daß hier kein Rechtsbruch des Datenschutzes vorliegt. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Wieso kennen Sie den Bericht schon?) - Aus der Presse. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Aha, Sie haben ihn nicht gesehen, oder?) Nein, gesehen nicht. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Dann können Sie das aber nicht behaupten oder! - Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Fend!) Jedenfalls hat er hier ein sehr gutes Empfinden entwickelt, aber wenn Betriebe namentlich an den Pranger gestellt würden, dann anscheinend soll dieses Unrecht wieder Recht werden. Und ich glaube, es wird sehr gefährlich, wenn wir entscheiden nach unserem Gutdünken in einem Rechtsstaat, was Recht und was Unrecht ist.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dipl.-Ing. Batlogg.

Dipl.-Ing. Batlogg: Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich muß doch noch ein paar Sätze zu einigen Punkten sagen - Dr. Lins hat auf die Rechtsordnung hingewiesen. Es ist ganz klar, daß es eine Gewerbeordnung gibt, die eine Bundeskompetenz darstellt. Da wird man sicher auch im Laufe der Zeit überlegen müssen, ob diese Gewerbeord-

nung den neuen Ansprüchen in allen Fällen genügt. Ich habe daran Zweifel. Sie sollten aber nicht verschweigen, daß es sich hier um eine Kompetenz handelt, zu der wir nur sehr sehr beschränkt Zugang haben. Wir haben geordnete Verhältnisse, einen Rechtsstaat. Es gibt das Arbeitsinspektorat, das die Unternehmen regelmäßig inspiziert und wir sollten nicht so tun, als ob nur wir eigentlich wüßten, wie die Dinge gehen. Kurzum: Es gibt eine Behörde, die auf die Bundeskompetenz gestützt, bewilligt und kontrolliert. Ich habe bisher keine Ursache, an der Seriosität dieser Behörden zu zweifeln. Ich möchte aber doch noch auf den einen Punkt, den Sie erwähnt haben, auf die Belastung von Milch durch die Dioxine zurückkommen, weil das für mich als Bürger von Bezau schon sehr überraschend war, als wir im Oktober erfahren haben, daß hier eine Messung durchgeführt wurde und Ergebnisse erbracht hat, die wir nicht erwartet haben. Ich möchte hier aus einem Bericht der Umweltschutzanstalt wörtlich zitieren, weil ich meine, daß dieser Bericht einen guten Einblick gibt in die Problematik und ich bitte Sie deswegen um Geduld, wenn ich hier vielleicht Dinge lese, die Ihnen unter Umständen bekannt sind. Sie wissen, es gibt eine Studie des Bundeskanzleramtes, in der 25 Milchproben aus Österreich aufgenommen wurden. In Vorarlberg waren es Proben aus Bezau und aus Feldkirch. Es heißt dann hier wörtlich: »Die Ergebnisse dieser Studie sind als vorläufig anzusehen, sie erlauben keinerlei abschließende Beurteilung, weitere Abklärungen sind im Gange.« Das zunächst einmal generell. Nun zur Analytik: Da die Analytik sehr aufwendig ist, sind Folgeuntersuchungen nur im begrenzten Rahmen möglich. Für die Probeentnahmestelle Bezau sind in der 42. Kalenderwoche erneut Probeentnahmen vorgesehen. Die Untersuchungen der Proben werden an der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien erfolgen.« Nun vielleicht ganz interessant: »Insgesamt sind 210 unterschiedliche Dioxine und Furane bekannt. Diese Substanzen entstehen hauptsächlich bei Verbrennungsprozessen in Gegenwart von Chlor, beispielsweise aus der Industrie, Hausbrand, im Verkehr. Diese müssen mit einer Nachweisempfindlichkeit, die im Bereich von Nanogramm pro kg liegt, erfaßt werden.« Nano, geschätzte Damen und Herren, ist eine Verkleinerungssilbe und bedeutet, daß nach dem Komma neun Nullen kommen. »Vergleichsweise entspricht dies der Suche nach einem Roggenkorn in ca. 100.000 t Getreide. Das wäre ein Güterzug von 20 km Länge. Nur weil man mitunter so tut, als ob die Dinge so einfach auf der Hand liegen, wenn man ja nur wollte.« (Zwischenruf Dr. Häfele: Also, ist Dioxin nicht schädlich! - Dr. Purtscher: Das ist Ihre Dialektik!) Die Logik dieser Schlüsse erlaube ich mir nicht zu beurteilen. »In toxikologischer Hinsicht ist das Seveso-Dioxin, das in beiden Vorarlberger Milchproben nicht nachgewiesen wurde, umfassend toxikologisch bewertet. Für die anderen Dioxine ist hinsichtlich ihrer Toxizität mit einer geringeren gesundheitlichen Relevanz zu rechnen.« (Zwischenruf Dr. Häfele) Es geht hier also um polychlorierte Dibenzodioxine und Dibenzofurane. (Zwischenruf - Präsident: Das Wort hat der Abg. Dipl.-Ing. Batlogg.) »Es muß noch-

mals betont werden, daß das Seveso-Dioxin in beiden Vorarlberger Milchproben nicht nachgewiesen wurde. Für ein als unbelastet anzusehendes Gebiet sind die ermittelten Dioxinwerte der Probe Bezaun erhöht. Sie liegen dennoch im Mittelfeld aller 25 geprüften österreichischen Milchproben. Um eine Minimierung der Dioxingehalte in der Milch zu erreichen, sind weitere Abklärungen vorzunehmen. Dabei wird besonders auf die Fragestellung der Herkunft dieser Substanzen einzugehen sein auch unter Berücksichtigung der Fütterungsgewohnheiten (Fremdheu). Derzeit bestehen keine toxikologisch begründeten Bedenken hinsichtlich der Verkehrsfähigkeit von Milch aus dem Versorgungsgebiet Bezaun und Feldkirch.« Soviel zu dem Thema, das Sie angesprochen haben.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Stadler.

Stadler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat Lins hat es kurz angedeutet und der Vordrner soeben wieder - das Ganze ist ja ein Kompetenzproblem hinsichtlich Luftreinhaltung. Es gibt eben diese unsinnige Einteilung in Bundesluft und Landesluft, diesen Kompetenzschungel. Das ist etwas, wo man jetzt einmal - gestern hat man auch von Föderalismusinitiativen, Herr Herr Kollege Bernhard, gesprochen - vorrangig tätig werden muß. Und da ist der Landesrat Türtscher nun einmal die falsche Adresse. Die Kompetenzkompetenz liegt beim Bund, d.h. Ihre Partei -ja Sie wissen wahrscheinlich nicht, was das bedeutet - Kompetenzkompetenz, sonst könnten Sie nicht so belustigt da hinten tun. Dort ist der Bund gefordert, d.h. Ihre Parteifreunde sind gefordert, eine Klärung herbeizuführen. Denn mit dem Emissionskataster allein ist es nicht getan. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Das seit jo koan Mensch!) Der Kollege Batlogg hat angedeutet, daß es hier um die Gewerbeordnung, also wiederum um einen Rechtsbereich geht, der in der Kompetenz des Bundes liegt. Nicht das Land kann hier irgend etwas tun, auch das Datenschutzgesetz, Herr Kollege Falschlunger, ist nicht etwas, was wir hier in den Griff bekommen können. Es ist ein Gesetz des Bundes im Verfassungsrang. Wir können hier leider nichts tun. Die Behörden dürfen keine Auskunft geben; dies wäre ungesetzlich. Die betroffenen Betriebe würden dann zurecht an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes gehen wegen behaupteter Grundrechtsverletzungen. Man kann eben über die Rechtsordnung nicht so einfach hinweggehen. Die Behörde ist eben an das Gesetz gebunden. (Zwischenruf Dr. Häfele: Diese Frage ist geklärt!) Und daher ist bitte der zunächst gefordert, der das Gesetz ändern kann und das ist nicht der Landtag, sondern das sind in erster Linie der Nationalrat und der Bundesrat. Das heißt, es müßte eine Initiative auf Bundesebene erfolgen und dann, wenn man die Kompetenzlage einmal geklärt hat - und das wäre sehr sehr lohnend, weit lohnender als ein Emissionskataster - dann kann man dem Land in Sachen Luftreinhaltung mehr Kompetenzen zuschanzen. Ja, dann ist der Landesrat Türtscher die richtige Adresse.

Präsident: Das Wort hat der Landesrat Grabher.

Grabher: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen offensichtlich zwei Angelegenheiten nicht umfassend beantwortet. Sie werden auch jetzt nicht gerade glücklich sein, wenn Sie hören, Frau Abgeordnete Flinspach und Frau Abgeordnete Kräutler-Berger, daß im Zusammenhang mit dem gefährlichen Sonderabfall und auch im Zusammenhang mit der Altlastensanierung, klar geregelt durch die gesetzliche Situation, der Bund zuständig ist. Sollte sich diesbezüglich eine Änderung ergeben oder sollte der Bedarf nach landesweiter Regelung vorhanden sein, so würde ich mich nicht scheuen, diesbezüglich Vorschläge für das Land Vorarlberg vorzulegen. Aber es ist nun einmal so geregelt. Und bitte, was den Sonderabfall betrifft, so hätte es ja wirklich keinen Zweck, wenn in neun Bundesländern - ich gebe Ihnen als Vergleich an, daß Baden-Württemberg eine einzige Sonderabfallverwertungsanlage hat - solche Anlagen zu errichten um sehr sehr teures Geld, sondern es wäre sicherlich vernünftig, das in Österreich in zwei oder drei Regionen zu lösen. Derzeit haben wir leider nur eine einzige solche Anlage, die befindet sich in Wien-Simmering und die ist vielleicht noch nicht hundertprozentig ausgebaut und kann natürlich kapazitätsmäßig viel zu wenig aufnehmen. Aber wir haben momentan keine andere Möglichkeit.

Und was die Altlastenerhebung betrifft, Frau Abgeordnete Flinspach, jawohl, Sie haben recht, hier wird noch einiges auf uns zukommen. Wir haben auch vom Land schon Vorleistungen erbracht. Erstens haben wir eine Erhebung durchgeführt für den Bund und zweitens bereits eine Untersuchung. Und aufgrund dieser Untersuchung, die jetzt sozusagen im Endstadium vorliegt, die also intern noch beraten werden muß und dann die entsprechenden Maßnahmen oder daraus Konsequenzen gezogen werden müssen, die werden wir jetzt als nächsten Schritt angehen. Ich hoffe nur, daß wir von Bundesseite über das Altlastensanierungsgesetz auch die Mittel dazu erhalten. Denn wir von Vorarlberg bezahlen ab kommenden Jahr in diesen Altlastensanierungsfonds von den Vorarlberger Abfalldeponien Geld in diesen Fonds. Und es hat bisher den Anschein gehabt, dieser Fonds sollte nur dazu führen, um die sogenannte Mitterndorfer Senke - Ihnen ist das sicherlich ein Begriff - zu sanieren. Und ich hoffe nicht, daß es sich in Zukunft, wenn wir in zehn Jahren vielleicht einmal eine erste Erfahrung haben, daß es sich um eine lex Mitterndorfer Senke handeln wird, sondern daß dieser Altlastensanierungsfonds auch dazu führt, daß wir Mittel erhalten, um jene Altlasten in unserem Lande sanieren zu können, die sanierungsbedürftig sind, von denen eine Umweltgefährdung ausgeht, insbesondere auch auf das Grundwasser und Sie haben ja einige Namen genannt. Auf das Grundwasser auswirken könnte sich zum Beispiel die bekannte alte Feldkircher Deponie in der Alten Rüttenen oder auch in Röthis, Malonsbach. Da hat es übrigens im Landtag vorher in der letzten Periode auch eine Anfrage dazu gegeben. Oder es gibt vielleicht noch andere Deponien, die wir jetzt noch nicht kennen, die noch zu sanieren sind. Wir sind selber daran interessiert, daß dann, wenn es notwendig ist, erforderliche Maßnahmen gesetzt werden. Vielleicht wird es so drin-

gend notwendig sein, daß wir vielleicht vom Land dazu die Vorleistungen in finanzieller Hinsicht erbringen müssen. Darüber werden wir noch in nächster Zeit Gespräche führen. Die Vorleistungen haben wir erbracht, das Interesse ist vorhanden, zuständig ist derzeit ganz klar und deutlich vom Gesetze her geregelt der Bund. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Wann wird die Studie veröffentlicht?) Sobald sie jetzt intern abgeschlossen ist und auch beraten und behandelt. Ich hoffe, daß das am Anfang des nächsten Jahres ist. Leider muß ich hier zugeben, daß uns eigentlich die Fertigstellung der Studie fast vor einem Jahr versprochen wurde. Es liegt aber nicht an mir, daß diese Verzögerung so lange gedauert hat.

Präsident: Damit ist das Kapitel 5 abgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf auf der Galerie begrüßen die Schüler und Schülerinnen des BORG Götzis unter Frau Huber. Wir kommen zur Gruppe 6. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, werte Damen und Herren Abgeordnete! Die Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr - ist bei den Einnahmen mit 28.196.000,- S und bei den Ausgaben mit S 600.356.000,- dotiert. Während die Bundesstraßenausgaben von heuer 61 Millionen auf 65 Millionen ansteigen werden, ist bei den Ausgaben für unsere Landesstraßen ein Rückgang von 231 Millionen im heurigen Jahr auf 214,5 Millionen im nächsten Jahr zu vermerken, um hier Forderungen verschiedener Seiten nachzukommen. Abwasserreinigungsanlagen werden 1990 mit 125 Millionen gefördert. Hier ist aber mit einer gewissen Entspannung zu rechnen, da von 43 in Vorarlberg geplanten ARAs 39 bereits in Betrieb sind, zwei sich in Bau befinden und Schröcken und St. Gerold noch im Planungsstadium sind. Wildbach- und Lawinenschutzbauten dienen ebenfalls der Sicherheit des Lebensraumes und benötigen 26 Millionen Schilling Förderung. Die Notwendigkeit des öffentlichen Nahverkehrs wird mit 15 Millionen Schilling Zuschuß dokumentiert. Den erdrückenden Kraftfahrzeugverkehr zu entlasten, dient der Beitrag an die Österreichische Bundesbahn zur Einrichtung eines Schnellbahnverkehrs Feldkirch-Bludenz in der Höhe von 47,5 Millionen Schilling. In der Gruppe 6 stellte die SPÖ-Fraktion im Finanzausschuß den Antrag, die Haushaltsstelle »Öffentlicher Nahverkehr« von 15 Millionen um 10 Millionen auf 25 Millionen Schilling aufzustocken. Hier war der Ausschuß der Auffassung, daß eine grundsätzliche Verwendungszusage ohne Abänderung des Budgets gegeben wird und bei eventuellem Mehraufwand in diesem Bereich durch den Nachtragsvoranschlag eine Bedeckung erfolgt, zumal der Tarifverbund dem Land ohnehin 20 Millionen Schilling kosten wird. Soweit der Bericht zur Gruppe 6. Ich bitte den Präsidenten, die Spezialdebatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich

würde vorschlagen, daß wir die Diskussion wieder strukturieren. Zuerst Themen Straßen, Verkehr und dann Wasserbau, Wildbach- und Lawinerverbauung usw. Zum Wort gemeldet ist der Abg. Holzer. Ich erteile es ihm.

Holzer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das vorliegende Budget im Bereich Straßenbau und Verkehr ist ein wichtiger weiterer Schritt in die richtige Richtung, auch wenn dies die Minderheitsfraktionen teilweise nicht wahrhaben wollen. Zu den gestrigen Ausführungen des Kollegen Falschlunger möchte ich einleitend einige Bemerkungen machen: Er stellt fest, daß die massive gesetzliche Beschränkung der freien Wahl des Verkehrsmittels für den PKW-Verkehr notwendig sei. Unsere Meinung ist nach wie vor, daß dies durch Förderungen des öffentlichen Personennahverkehrs, der massiven Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, geschehen soll. Und wenn Sie immer wieder kritisieren die schlechten oder zum Teil nicht ausreichenden Leistungen der öffentlichen Verkehrsmittel, dann darf ich Sie daran erinnern, daß seit dem Jahre 1945 österreichweit die SPÖ - die Verkehrsminister und davon 20 Jahre auch allein - gestellt hat. Und hier liegt eine große Verantwortung, die auch dort zu kritisieren wäre. Nun zum Landesstraßenbau: Der Ansatz für Landesstraßenbau ist im Budget für das kommende Jahr 1990 mit 120 Millionen um weitere 20 Millionen unter dem Ansatz des heurigen laufenden Jahres. Sicherlich ist nun einer weiteren Reduzierung eine Grenze gesetzt, da auch laufende Verbesserungen, aber auch Umbaumaßnahmen, diese Finanzmittel sicher beanspruchen werden. Im übrigen betragen diese Finanzmittel für den Landesstraßenbau nur noch 1,6% des Budgets. Und eine Aufgliederung dieser Vorhaben für 1990 ergibt ungefähr, daß Ortseinfahrten und -durchfahrten, die alle aufgrund von Wünschen der Gemeinden durchgeführt werden sollen, rund 31 Millionen beanspruchen werden, Steinschlagsicherungen bei Landesstraßen 14 Millionen, Brückenbauten 15 Millionen, eine ÖBB-Unterführung 12 Millionen und die Straßen von Bürserberg, Brand und Buch rund 30 Millionen. Nun zum öffentlichen Personennahverkehr, zur Verkehrspolitik: Der Erfolg des Vorarlberger Halbpriß-Passes kann sich unserer Meinung nach österreichweit wirklich sehen lassen. Rund 14.000 Stück Tickets wurden von den Vorarlbergern gekauft und werden hoffentlich auch verwendet. Die gestrige Aussage des Kollegen Falschlunger, daß er kämpfen mußte mit den ÖVP-Abgeordneten, daß die Übertragbarkeit des Tickets anerkannt wird, ich glaube, da ist er selber überzeugt, daß dort der Hemmschuh nicht die ÖVP-Abgeordneten waren, sondern Post und Bahn. (Zwischenruf Falschlunger: Des hon 'i' o' nit g'set!) Dann haben wir uns mißverstanden. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ausnahmsweise amol die ÖVP!) Richtig, Herr Kollege Keckeis, so ist es. Demgegenüber steht die Halbprißaktion der Österreichischen Bundesbahn österreichweit mit rund 43.000 Tickets in einem eher bescheidenen Rahmen. Dieses Vorarlberg-Ticket wird selbstverständlich auch im Jahre 1990 weitergeführt und die Kosten für das Landesbudget werden rund wieder 10 bis 11 Millionen Schilling betragen. Wie bereits

ausgeführt von Landesrat Dr. Sausgruber, wird es bis im Jahre 1991 einen Tarifverkehrsverbund geben. Wir sind zufrieden damit, wenn es tatsächlich gelingt, bis Mitte 1991 dies zur Forcierung des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. Aber meine Damen und Herren, dieser Verbund wird dem Land Vorarlberg und den Gemeinden eingeschlossen, nach ersten Recherchen, mindestens eine jährliche Kostenbelastung von - hören Sie jetzt bitte zu von der SPÖ-Fraktion - mindestens 40 Millionen Schilling erfordern. Das bedeutet, daß das Budget 1991 bereits mit einem Teil dieses Betrages belastet sein wird und künftige Budgets mit mindestens dieser Summe jährlich nur für diesen Zweck allein. Das heißt also, daß wir innerhalb kürzester Zeit die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr wahrscheinlich höher haben als die Mittel für den Landesstraßenbau. Selbstverständlich müssen bis zu diesem Termin Mitte 1991 wirklich radikale und wesentliche Änderungen natürlich auch im Fahrplan erfolgen und der Taktverkehr in allen Bereichen muß eine Selbstverständlichkeit werden. Damit kann auch die Bevölkerung dieses Verkehrsmittel dann auch akzeptieren und annehmen. Darüber hinaus gibt es aber auch einige Initiativen im lokalen und regionalen Bereich zum öffentlichen Verkehr. Angebote für öffentlichen Personenverkehr sind derzeit in Projekten in Rankweil, in Dornbirn, der Kumma-Bus in der Region Götzis-Mäder-Koblach, in Bregenz, in Feldkirch und auch im Bregenzerwald. Und alle diese anstehenden Initiativen für öffentliche Verkehrsmittel werden derzeit vom Land mit 20 % des laufenden jährlichen Abganges gefördert. Natürlich, Herr Kollege Keckeis - derzeit ist er leider nicht da (Zwischenruf Präsident: Dort ist er!) - kann man für die Gemeinden auch 50% fordern, wie Sie das bereits in der Generaldebatte getan haben. Aber eines muß schon gesagt werden, die Gemeinden und die Städte müssen noch wesentlich rascher und verstärkt ihre Gemeinde- und Städtebudgets umstrukturieren. Die Gemeindebudgets sind derzeit noch außerordentlich stark auf Straßenbau ausgerichtet und im Verhältnis nur sehr bescheidene Mittel sind für den öffentlichen Verkehr eingesetzt. Die Gemeinden und die Städte können nicht aus der Pflicht entlassen werden, wirksame, auch finanzielle Beiträge und Leistungen für den öffentlichen Personennahverkehr einzusetzen. Und mir scheint ein Widerspruch darin zu bestehen, daß gegen die Millionenabgänge bei Freizeiteinrichtungen, Bäder, Eishallen, Sporthallen usw. eher sehr bescheidener Widerstand in den Kommunen besteht, daß aber wesentlich geringere Mittel für öffentlichen Verkehr in den Gemeinden scheinbar bereits nicht mehr zu finanzieren seien. Eine Neuerung im Budget 1990 ist die Förderung von Gleisanschlüssen. Die pragmatische und praktische Arbeitsweise unseres neuen Verkehrs-Landesrates Dr. Sausgruber zeigt die erstmalige Einführung einer Förderung des Landes im Budget mit derzeit 5 Millionen zum Bau von Gleisanschlüssen bei größeren Firmen. Und tatsächlich gibt es bereits jetzt fünf bis sechs konkrete Firmeninteressenten, die einen solchen Gleisanschluß eventuell bauen werden. Meine Damen und Herren, jede Tonne Frachtgut, die damit auf die Bahn statt auf die Straße kommt, ist eine Verbesserung

unserer Luft- und Lärmbelastung. Und konkrete umsetzbare Maßnahmen bringen auch tatsächlich Wirkung. Viele Konzepte bringen vorerst neben hohen Kosten nur viel Papier. Zum Schluß meiner Ausführungen noch ein sehr wichtiges Wort zum Vorarlberger Verkehrskonzept. Im besonderen möchte ich davor warnen, zu hohe Erwartungen in ein solches Verkehrskonzept zu setzen. Herr Kollege Häfele, nehmen wir uns nicht so wichtig, wir sind ein winziger Teil in diesem Herzen Europas und unsere Maßnahmenmöglichkeiten gesetzlicher und technischer Art sind sehr bescheiden. (Zwischenruf Dr. Häfele: Bei der Regierung!) Trotzdem, Herr Kollege Häfele, wird eine konzeptionelle Zusammenfassung aller Analysen und Prognosen sowie möglicher Maßnahmen für die Zukunft in einem Verkehrskonzept bis Mitte 1990 vorliegen und dann können wir darüber diskutieren und Maßnahmen beschließen. Danke.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Gorbach.

Gorbach: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte also, nachdem wir gerade unter der Generaldebatte einige Themen unter dem Untertitel »Verkehr« diskutiert haben, nicht in den Fehler verfallen, hier jetzt in der Spezialdebatte noch einmal Generaldebatte zum »Verkehr« abzuhalten, aber einige Positionen in diesem Budget scheinen mir doch besonders erwähnenswert und notwendig, sie herauszuheben, wenn man sie insbesondere mit den Positionen und Ansätzen früherer Jahre vergleicht. So etwa die Zuschüsse zu Lärmschutzmaßnahmen der Bundesstraßenverwaltung im Budget 1989 noch null, Budget 1990 2,5 Millionen, also Ansätze. Lärmschutzmaßnahmen an Landesstraßen im Budget 1989 noch 2 Millionen, Budget 1990 6,5 Millionen. Beiträge an Gemeinden für überörtliche Radwege 2,5 Millionen. Ein Betrag der im Sinken ist, weil ja das Radwegenetz in Vorarlberg fast schon vorbildlich ausgebaut ist. Positionen, auf die ich in der Generaldebatte kurz eingegangen bin, etwa öffentlicher Nahverkehr: Letztes Jahr Budget 10 Millionen, heuer 15 Millionen. Auf Antrag der SPÖ Zusage der großen Regierungspartei und auch der FPÖ, Verwendungszusage Erhöhung auf 25. Das ist eine Position, wo ich überhaupt auch glaube, man sollte hier nicht nur den guten Willen, dieses enorme Problem zu lösen, erkennen, sondern es müßte auch Aufgabe für alle in diesem Landtag vertretenen Politiker aller Fraktionen sein, die ja meistens auf kommunaler Ebene politisch tätig sind und dort Einfluß haben, diese Initiativen nicht nur als etwas Positives zu erkennen und zu unterstützen, sondern dort wo auch immer ein wenig möglich, miteinzuleiten. Denn hier glaube ich, sind große Aufgaben in Zukunft zu bewältigen und hier sollten wir tatsächlich alle gemeinsam an einem Strick ziehen, wie es auch der Vordröner Kollege Holzer schon erwähnt hat. Erwähnen möchte ich aber auch die Beiträge zur Errichtung privater Anschlußgleise, auch eine Sache, die bereits erwähnt wurde, zum ersten Mal mit 5 Millionen, meines Erachtens bescheiden in diesem Budget, aber es ist ein Ansatz und ich glaube, auch hier wird man seitens des Finanzreferenten und des Verkehrsreferenten flexibel genug sein, wenn

Bedarf vorhanden ist, hier auch aus irgendeiner Post aus der Reserve dann noch zusätzliche Mittel möglich zu machen. Insgesamt gesehen also, in diesem eher sehr schwierigen Kapitel, vor allem wenn man den Umweltschutz betrachtet, der ja der Opposition und den zwei grün-alternativen Abgeordneten besonders am Herzen liegt, immer eher schwierig. Wenn man dieses Kapitel Verkehr in diesem Budget betrachtet, sieht man ganz eindeutig, daß doch die Arbeit in die richtige Richtung geht und diese - wie es der Herr Kollege Keckeis gerne bezeichnet - Wortblase des Herrn Landeshauptmannes halt doch auch in diesem Kapitel Niederschlag gefunden hat. Darüber hinaus stehe ich nicht an auch festzustellen, daß der neue Regierungsreferent Landesrat Sausgruber hier durchaus auch sehr umweltfreundliche und gute Ansätze hat und es freut mich insbesondere und das kommt wieder einer Konformität mit dem Budget gleich, wenn Landesrat Grabher als neuer Straßenbaureferent bereits kurz nach Übernahme seines Ressort gemeint hat, ich werde meine eigenen Leistungen nicht in neugebauten Straßenkilometern messen. Ich glaube, das Budget ist auch Ausdruck dafür und das freut mich ganz besonders.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Kornexl.

Dr. Kornexl: Herr Präsident, Hohes Haus! Einige Anmerkungen zu mehreren Themen, zuerst zu den Anschlußgleisen, die gebaut werden sollen für die Bahn-anbindung von größeren Vorarlberger Betrieben an die Strecken der ÖBB. Das ist ein äußerst begrüßenswertes Vorhaben, wobei nur darauf Bedacht genommen werden muß, daß dieses in ökonomisch vertretbaren Grenzen sich hält, weil nur dort so etwas gebaut werden soll, wenn auch entsprechende Tonnagen möglichst ohne Umladenotwendigkeiten, also direkt auf der Bahn, vom Lieferanten zum Verbraucher bzw. umgekehrt, transportiert werden können. Es gibt solche Beispiele. Ich glaube auch, daß der Budgetansatz in dieser Höhe vorläufig gerechtfertigt ist und daß vom Erfolg dieser Förderungsmaßnahmen abhängt, inwieweit weitere Betriebe, die vielleicht nicht unmittelbar an der Bahnstrecke gelegen sind, ebenfalls in eine solche Aktion einbezogen werden können. Zweitens und das ist sicherlich ein sehr maßgebliches Thema: Hier spricht nicht nur die Handelskammer, sondern die gesamte Wirtschaft und indirekt, damit auch die gesamte Vorarlberger Bevölkerung betroffen zu sehen ist: Mit heutiger Wirkung hat der italienische Verkehrsminister für österreichische LKWs verfügt, d.h. österreichische Transportfahrzeuge dürfen ab sofort nicht mehr in den Nachtstunden in Italien unterwegs sein, ausgenommen Lebensmitteltransporte und ausgenommen sogenannte lärmarme Fahrzeuge. Diese Maßnahme, die äußerst bedauerlich ist, allerdings nicht ganz unangekündigt gekommen ist, betrifft einen wesentlichen Außenhandelsmarkt der Vorarlberger Wirtschaft, das ist der drittgrößte Außenhandelsmarkt nach der BRD und der Schweiz und die Betroffenheit der gesamten Vorarlberger Exportwirtschaft ist dementsprechend stark. Es kann in dieser Relation niemand sagen, daß hier eine Verlagerungsmöglichkeit auf

die Bahn in einem substantiellen Ausmaß gegeben ist. Hier trifft nicht das zu, was wir für den innerösterreichischen Verkehr in gewissem Ausmaß annehmen können, nämlich daß die Bahn, wenn auch nicht immer in der richtigen Qualität, so wenigstens doch quantitativ einige Möglichkeiten bietet in Richtung Italien, Richtung Außenhandelsmarkt. Nicht so sehr mangels der Bereitschaft der ÖBB, sondern mangels des Könnens der FS - der Italienischen Staatsbahnen - ist diese Möglichkeit nicht gegeben. Die Vorarlberger Landesregierung hat bereits wiederholt klargestellt, daß sie bereit ist, für unbedingt notwendige Übergangsregelungen sich einzusetzen. Damals noch nicht im Lichte des nun tatsächlich verfügbaren Nachtfahrverbots in Italien, sondern wegen der gleichartigen Drohung des deutschen Verkehrsministers. Im Lichte dieser jetzigen jüngsten Entwicklung muß ich mich fragen, welche Schritte die Vorarlberger Landesregierung für die notwendigen Interessen der Vorarlberger Wirtschaft zu tun gedenkt, um im Rahmen von nota bene - befristeten Übergangsregelungen - die unzumutbaren Härten dieser Maßnahme, die hier einseitig und überfallsartig verfügt worden ist, wenigstens in einem Maße zu lindern, daß die Vorarlberger Exportwirtschaft für ihre Lieferungen und für ihre Warenbezüge nicht unzumutbare Härten erleiden muß. An den österreichischen Verkehrsminister müßte man in diesem Zusammenhang allerdings auch den Vorwurf richten, daß er diese Gefahr offensichtlich unterschätzt hat und keine Vorsorge getroffen hat, weil er gesagt hat, daß er mit dem italienischen Verkehrsminister das Einvernehmen getroffen habe und daß es von dort zu keinen Retorsionsmaßnahmen kommen werde. Die Realität korrigiert offensichtlich den Herrn Verkehrsminister nun laufend. Nummer 3: Ein anderes Thema, das bei uns lokal Bedeutung hat im Verkehrswesen, ist die Konkurrenzierung zwischen Post und Bahn einerseits und der privaten Verkehrsunternehmen andererseits. Wir reden sehr viel vom öffentlichen Personennahverkehr und das mit Recht und alle Maßnahmen, die zur Förderung dieser Verkehrsart und dieser Verkehrsverbundmaßnahmen usw. auf dem öffentlichen Sektor gemacht werden, sind zu begrüßen. Es haben sich auch die privaten Busunternehmen in erster Linie in diese Diskussion und in diese Bemühungen eingeschaltet, siehe z.B. auch Rankweil. Das Projekt einer Reihe von Industrie- und Handelsfirmen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen scheint offensichtlich von Erfolg gekrönt zu sein. Ein Problem gibt es aber dort, und gerade gestern habe ich von einem konkreten Fall erfahren, daß trotz bestehender Vereinbarungen zwischen dem staatlichen Unternehmen Post, der Gemeinde - es handelt sich um die Gemeinde Schröcken - und einem privaten Autobusunternehmer nunmehr plötzlich die Post aus dieser Vereinbarung ausscheidet und damit dem privaten Busunternehmer, der Teile dieser Transporte in der Gemeinde Schröcken, hauptsächlich auch zum Schiverkehr auf Salober und Hochtannberg hinauf, nun nicht mehr machen kann und damit mit diesem bisher wesentlichen Standbein seiner Existenz gefährdet ist. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein isolierter Fall und wenn nur ein

solcher wäre, dann würde man wahrscheinlich eine Lösung finden können, aber er ist symptomatisch für eine Entwicklung, die sich im Personenverkehr und auch im Güterverkehr in vermehrtem Maße abzeichnet. Ich glaube nicht, daß es im Sinne des Bundeslandes Vorarlberg ist und auch nicht im Interesse der Intentionen der Landesregierung, wenn hier das Gesprächs- und Arbeitsklima zwischen diesen Institutionen verschlechtert wird und wenn es immer wieder vorkommt, daß das staatlich geführte Unternehmen unter Mißachtung betriebswirtschaftlicher Erfordernisse, betriebswirtschaftlicher Kalkulation und Steuerzahlpflicht in Konkurrenz tritt mit dem privaten Unternehmen, das diese betriebswirtschaftlichen Konsequenzen natürlich ziehen muß und auf einen Ertrag rechnen muß, damit er auch Steuern zahlen kann und er seine Verpflichtungen erfüllen kann. Ich glaube, daß hier echter Handlungsbedarf bestünde und ich glaube, daß auch hier die Landesregierung ihre hilfreiche Hand zum Ausgleich dieser Interessengegensätze anwenden sollte. Dankeschön.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Keckeis.

Dr. Keckeis: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich konnte schon in der gestrigen Generaldebatte etwas eingehender ausführen, warum wir bei der Gruppe 6 den öffentlichen Nahverkehr stärker gefördert und stärker dotiert wissen wollen, als er in diesem Budget zu Buche geschlagen hat und meinten, man solle die Dotation von 15 Millionen Schilling um 10 Millionen Schilling auf 25 Millionen Schilling anheben. Die Diskussion hat dann gezeigt, daß offenbar auch die ÖVP-Kollegen der Meinung sind, daß 15 Millionen etwas wenig bedeuten, wenn die Nahverkehrskonzepte, die im Jahre 1990, wirklich in die Tat umgesetzt werden, daß dann auch tatsächlich mehr Geld gebraucht wird und die Volkspartei hat erklärt, sie gebe eine Verwendungszusage, wenn also mehr Geld gebraucht würde, daß dies dann auch zur Verfügung stünde. Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal, wir budgetieren keine Verwendungszusagen, wir budgetieren hier Zahlen. Und wenn ein Aufwand so klar und relativ präzise absehbar ist wie dieser, dann meine ich, sollten wir als Parlament auch entsprechend präzise Beschlüsse fassen. Und, Herr Kollege Holzer, den Vorwurf an die Gemeinden, sie hätten sich zu langsam auf die neuen Verkehrserfordernisse umgestellt, den weise ich einfach zurück und bin sogar so fair, dies auch für jene Gemeinden zu tun, wo es ÖVP-Mehrheiten gibt und das sind ja sehr viele, wie Sie wissen. Und ich habe mich vor allem darum veranlaßt gesehen, diesen Antrag zu stellen, weil ich weiß, daß die Stadt Feldkirch zum Beispiel noch im Laufe des Frühjahr 1990 ein Nahverkehrskonzept fertiggestellt haben wird und möchte nicht, daß dieses Konzept wie viele andere Konzepte, auch landesweit, einfach vorgezeigt und dann schubladiert werden, sondern daß der Wert eben darin zum Ausdruck kommen muß, daß es auch tatsächlich umgesetzt wird. Und wir machen uns keine Illusionen bei diesem Thema, meine Damen und Herren. Wenn wir ein Nahverkehrskonzept

umsetzen wollen, das von einer Qualität ist, daß es vom Individualverkehrsteilnehmer - der angebotene öffentliche, oder der angebotenen Massenverkehr - freiwillig angenommen wird, dann muß dieses Konzept sehr stark gehobenen Ansprüchen entsprechen. Ich möchte nun keine Kommunaldebatte aus Feldkirch inszenieren, aber nur sagen, in dieser Stadt wird es notwendig sein, Frau Dr. Werber, daß jeder mehr oder weniger stark frequentierte Punkt in der Stadt und in den Außenbezirken in regelmäßigen Abständen angefahren wird. Und wenn ein solches Konzept zum Tragen kommen soll, dann mache ich Sie darauf aufmerksam, daß das sicherlich zwischen 6, 8 oder gar 10 Millionen Schilling pro Jahr kosten wird.

Und jetzt komme ich zur Finanzierung, meine Damen und Herren. In dieser Größenordnung wird keine Gemeinde und keine Stadt in der Lage sein, die finanzielle Belastung zu tragen, sondern wird kräftige Mithilfe des Landes gefordert sein und wir waren der Meinung, anstatt 20% sollten es wenigstens 50% der Kosten sein. Wenn man hier nicht entgegenkommt, dann wird jedes Nahverkehrskonzept, das auf kommunaler Ebene umgesetzt werden soll, im vorhinein mangels Finanzierung zum Scheitern verurteilt sein. Und daher meinen wir auch, wäre es aus einem zweiten Grund wichtig, diese Dotation im Budget vorzunehmen, um den Gemeinden zu signalisieren, jawohl dieses Land ist bereit, dort wo brauchbare und gute Nahverkehrskonzepte entstehen oder bestehen, sie auch mit kräftiger finanzieller Mitwirkung des Landes in die Tat umzusetzen.

Und vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, diesen Antrag zu werten. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß die budgetierten 15 Millionen Schilling zwar eine kräftige Erhöhung gegenüber der Dotation im Vorjahr bedeuten. Wir wissen aber, daß diese 15 Millionen Schilling allein durch die Kosten des Halbp reis-Passes, durch die Deckung der Durchtarifierungsverluste für das Tarifmodell Vorarlberg, mehr als aufgebraucht werden und die von mir verlangte Mehrdotation auch absehbar, und ich mache Sie darauf aufmerksam, auch sehr sehr notwendig sein wird. Und darum bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Herr Präsident, Hoher Landtag! 285,7 Millionen sind in diesem Budget vorgesehen für den Straßenbau. 15 davon für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, demgegenüber stehen 75,9 Millionen für den Schienenverkehr. Diesen Zahlen ist keine Erklärung hinzuzufügen. Aus diesen Zahlen ersieht man sehr genau, wie die Gewichtung erfolgt, wo die Schwerpunkte liegen. (Zwischenruf Gorbach: Im Schienenverkehr!) - kaum im Schienenverkehr, Herr Gorbach, Sie werden ja wohl auch lesen können! Ich denke, daß es notwendig ist, der zukünftigen Verkehrspolitik in diesem Land ein ausgefeiltes Verkehrskonzept zugrundezulegen. Ein Verkehrskonzept, das alle Verkehrsmittel, alle Verkehrswege, alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Ein Verkehrskonzept, das kon-

krete Zielsetzungen vorgibt. Wie diese Zielsetzungen anschauen sollen, darüber wird in den nächsten Monaten und Wochen wahrscheinlich noch intensiv diskutiert werden. Die eine Zielsetzung, die Schadstoffbelastung zu reduzieren auf jene der 50er Jahre, wie sie der Herr Landeshauptmann in seiner Grundsatzklärung auch propagiert auf der einen Seite, auf der anderen Seite Zielsetzung des Herrn Verkehrs-Landesrates Dr. Sausgruber, der meint, man solle die gegenwärtige Situation stabilisieren und auch das wäre ein Vorteil für die nächsten 100 Jahre. Nun ich denke, darüber wird zu diskutieren sein. Ich glaube, daß man eher den Weg des Herrn Landeshauptmannes beschreiten sollte, denn ein Stabilisieren der gegenwärtigen Situation könnte ich vor meinen Kindern, die ja die nächsten Jahrzehnte in diesem Land leben werden müssen, in dieser Luft atmen werden müssen, nicht verantworten. (Zwischenruf Gehrler: Völlig falsch zitiert!) Bitte, Frau Vizepräsidentin, Sie können mich nachher verbessern. Was in sämtlichen Verkehrskonzeptionen in diesem Land noch nicht berücksichtigt wurde, ist ein Ausbau der Radwege für den Berufsverkehr. Das Radwegenetz, ein sehr gutes in diesem Land, ist nur dafür gedacht, in der Freizeit mit dem Fahrrad zu fahren. Es ist sehr schön am See zu fahren, es ist sehr schön durch den Walgau irgendwo über Feldwege zu fahren. Nur diejenigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, die das Fahrrad benutzen wollen, um zu ihrer Arbeit zu kommen, Termine einhalten zu können, können auf diesen Radwegen nur fahren, wenn sie mehrere Stunden mehr Zeit zur Verfügung haben. Der Radfahrer, die Radfahrerin sollte eine gleichberechtigte Verkehrsteilnehmerin/Verkehrsteilnehmer werden. Gleichberechtigt mit jenen, die das Auto benutzen. Es wurde in der Generaldebatte sehr oft von Zwangsmaßnahmen gesprochen. Zwangsmaßnahmen, die eine Abkehr vom Individualverkehr zur Folge haben sollten. Nun ich denke, es ist notwendig, den Individualverkehr einzudämmen. Die Notwendigkeiten sind tagtäglich spürbar, sie sind atembar. Jede Mutter, die ein atemwegkrankes Kind daheim hat, weiß, was es heißt, mit dieser Verkehrssituation zu leben. Nur über Zwangsmaßnahmen, mit der Holzhammermethode, werden wir das nicht erreichen. Es ist aber möglich, durch einen gut durchdachten Ausbau des Nahverkehrs und parallel dazu ein Unattraktivmachen des Individualverkehrs, diesen Mobilitätswahn einzudämmen. Und Unattraktivmachen heißt, die gut ausgebauten Straßen und Verkehrswege rückzubauen, in den Dörfern, in den Städten das Auto schlicht und einfach unbequem und unattraktiv zu machen mit Tempolimits, mit Rückbauten, mit nicht vorhandenen Tiefgaragen - wie wieder eine in Bregenz geplant ist bei der neuen Landesgalerie - und parallel dazu den gut ausgebauten Nahverkehr, ein Busnetz, ein Zugnetz, das wirklich allen ermöglicht, auch ohne Auto von A nach B zu kommen. Nun, leider wird in dieser Beziehung noch viel zu wenig gemacht. Es gibt Ansätze, Bundesstraßen zurückzubauen, zumindest Ortseinfahrten zurückzubauen. Ich denke aber, daß es eine sehr starke Bevölkerungsgruppe im Unterland gibt, nämlich die Anrainerinnen und Anrainer der Bundesstraße zwischen

Lochau und Höchst, die ebenfalls in den Genuß von Verkehrsberuhigung kommen sollten und zwar sofort und nicht erst bei Baubeginn der S 18, so wie es geplant wird. Diese Leute haben ein Recht auf ihre Ruhe, diese Leute haben genauso ein Recht auf gute Luft, wie wir alle. Und hier sollten Baumaßnahmen getroffen werden. Also Rückbau (Zwischenruf Holzer: Keine Garantie für weniger Verkehr!) dieser Bundesstraße, guter Ausbau des Nahverkehrs. Es sollte auch jemandem aus Fußäch möglich sein, mit dem Bus nach Bregenz zu kommen und zwar öfter am Tag als ein- oder zweimal, es sollte Lustenau angebunden werden und wir vertreten hier die Idee einiger innovativer Verkehrsplaner, die sagen, eine Straßenbahn zwischen Bregenz und Lustenau würde genau diesen Zweck erfüllen. Wir müssen den Pendlerverkehr zwischen Bregenz und Höchst eindämmen - und wie der Herr Landesrat Sausgruber kürzlich in einer Information an verschiedene Fraktionsmitglieder gesagt hat, gibt es Zwischenergebnisse der Prognos-Studie und die besagt halt wieder einmal, daß es nicht nur der Transitverkehr ist, der uns belastet, sondern der hausgemachte Pendlerverkehr. Und wenn man sich anschaut, wo im Rheindelta die großen Betriebe sind, dann weiß man auch, wer wo was verursacht. Und dieser Werksverkehr, dieser Pendlerverkehr sollte durch integrierte Werksverkehrssysteme, durch ausgefeilte Nahverkehrssysteme vom Auto weggebracht werden. Zum Unattraktivmachen des Autos gehört auch eine Verteuerung der Treibstoffe, gehört auch eine Verteuerung der entsprechenden Steuern. Man muß die Leute nicht zwingen, man kann die Leute steuern und Steuern heißen nicht umsonst, so wie sie heißen.

Ein Wort möchte ich noch sagen zum LKW-Nachtfahrverbot. Ich halte es schlichtweg für eine Alibisache, wie das Land Vorarlberg mit diesem LKW-Nachtfahrverbot umgeht. Durch etliche Ausnahmegenehmigungen gibt es eine Durchlöcherung dieses Nachtfahrverbotes. Der Sinn und Zweck wird dann auch nicht erfüllt. Es gibt 47 Ausnahmegenehmigungen aus irgendwelchen Gründen. Die Wirtschaft hat halt da ihren Druck wieder einmal entsprechend verschärft und ich habe schon öfters von Lobbyismus gesprochen. Der Lobbyismus zeigt dann halt seine Folgen, wie hier zu sehen. Was mich auch sehr erschüttert, ist, daß diese Ausnahmegenehmigungen auch vor allem für den Transport gefährlicher Güter gegeben werden. Der Transport gefährlicher Güter muß anscheinend in der Nacht erfolgen, weil er sonst noch gefährlicher als am Tage wäre. Ich denke, es wäre an der Zeit, diese gefährlichen Güter, sofern ein Transport überhaupt notwendig ist - was ich bezweifle - endlich auf die Schiene zu bringen, weil es untragbar ist, was hier an Risiko durch unsere Gemeinden und Städte fährt.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Langanger.

Langanger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie das Leben so spielt: Landesrat Vetter ist gegangen, Landesrat Sausgruber gekommen. Der eine hat die Erstellung eines Verkehrskonzeptes versprochen - der Herr Kollege Holzer macht sich schon Sorgen, daß es zuviele

Konzepte geben könnte, uns fehlt vorläufig noch das eine, das versprochene. Herr Landesrat Sausgruber, als Erbe hat man nicht nur Vorteile, man muß auch sozusagen vorhandene Schulden abtragen. Natürlich fordern wir diese Schuld ein, geben Ihnen aber noch eine gewisse Frist und zwischenzeitlich wird die Diskussion über Verkehrsprobleme zunehmend überall und selbstverständlich auch hier und an dieser Stelle geführt. Der Kollege Holzer hat in seinem Beitrag auch das Jahr 1945 angesprochen. Ich erlaube mir, auch damit anzufangen, denn bei einer Analyse der heutigen Probleme des Verkehrs muß man sich zunächst mit der Entwicklung des Verkehrs seit dem Ende des 2. Weltkrieges beschäftigen. (Zwischenruf Präsident: Aber witar z'ruck numma!) Diese Zeit war gekennzeichnet durch ein hohes Wirtschaftswachstum mit einer massiven Zunahme des Personen- und Güterverkehrs. Die steigende Mobilität der Bevölkerung drückte sich besonders im Berufs- und Freizeitverkehr aus, wobei der Berufsverkehr sich speziell in den ersten beiden Dritteln dieser Periode besonders stark entwickelt hat. Daß diese wirtschaftliche Entwicklung positiv war, ist sicher unbestritten. Die sich daraus ergebende Frage ist allerdings, haben die gestiegenen Transportleistungen sich richtig entwickelt? Wir wissen heute und das ist ja die Hauptkritik an der Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte, daß sich diese Transportleistungen nicht gleichmäßig auf öffentlichen Verkehr und Individualverkehr verteilt haben. Der Grund ist darin zu finden, daß die Schiene nicht Schritt halten konnte mit dem steigenden Mobilitätsbedarf von Menschen und Gütern, vor allem nicht hinsichtlich der Qualität. Und wenn man Qualität sagt, dann meint man Raschheit und Bequemlichkeit. Aber die Schiene wurde in dieser Zeit ja tatsächlich auch als Stiefkind behandelt. Es gab hohe Investitionen für den Straßenverkehr gegenüber sehr beschränkten Mitteln für die Schiene. Das ist aber nicht allein ein Versäumnis des Bundes, Kollege Holzer. Mein Kollege Karl Falschlunger hat es in diesem Hause schon wiederholt dargestellt, wie auch das Land sich, beim Mitfinanzieren des Ausbaues des zweiten Gleises etwa, nicht sehr entgegenkommend verhalten hat.

Wenn wir die Zahlen gegenüberstellen, was sich innerhalb der letzten 30 Jahre abgespielt hat, dann ist in Österreich der Bestand an Kraftfahrzeugen von rund 1 Millionen auf 4 Millionen gestiegen und was hat man auf der anderen Seite dem gegenüberzuhalten? - eine Verkleinerung des Schienennetzes in ganz Österreich und die Diskussion über die Abschaffung von Nebenbahnen etwa, die bis vor kurzem noch vehement geführt wurde. Die Aufzählung negativer Entwicklungen läßt sich aber noch weiter fortsetzen. Die Steigerungen bei den Unfällen zum Beispiel, Unfällen im Straßenverkehr, und die sich daraus ergebenden volkswirtschaftlichen Belastungen durch die Unfallkosten stechen bei dieser Betrachtung besonders hervor. Der Grund liegt in der Zunahme der Verkehrsdichte und der Verkehrsgeschwindigkeit. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir schließlich auf wesentlich besseren und um viel Geld ausgebauten Straßen fahren. Wir wissen heute genau Bescheid über die Probleme bei den Risikogruppen, das sind die Fahranfänger, besonders viele junge

Führerscheinbesitzer und dann leider sehr oft das Problem der Alkoholisierten und das Problem der Zweiräder. Ein weiterer Umstand, der sich negativ auf die Verkehrspolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges ausgewirkt hat, ist die hohe Umweltbelastung, die aus dem Straßenverkehr entsteht. Auch hier natürlich nicht zu übersehen der Zusammenhang mit der Zunahme der Gesamtfahrleistung. Zahlen besagen, daß der PKW-Verkehr auf den Straßen zwischen 1976 und 1986 zwischen 20 und 35 % und der LKW-Verkehr zwischen 30 und 40% gestiegen ist. Mehr als 80 % der jährlichen Verkehrsleistung wird im privaten Personenverkehr und zwar im privaten Verkehr mit Kraftfahrzeugen abgedeckt. Eine interessante Untersuchung aus der Schweiz bestätigt, daß die Luftverschmutzung aufgrund des Straßenverkehrs im Vergleich zum Jahre 1950 um das 5 bis 19-fache gestiegen ist und zwar nach Anteil des Luftschadstoffes, das Fünffache bei Kohlenmonoxid und das 19-fache bei den Stickoxyden. Auch hier eine Entwicklung, die eigentlich ganz schrecklich ist, wenn wir bedenken, wie diese Luftverschmutzung die Lebensqualität dieser und auch zukünftiger Generationen in Frage stellen kann. Gegenüber der Tatsache, daß man es vor 20 bis 30 Jahren noch wagte, Verkehrsprognosen bis weit über 50 Jahre hinaus zu erstellen, ist die seriöse Verkehrswissenschaft heute der Meinung, daß das bestenfalls für die nächsten 20 Jahre möglich ist. Die Unsicherheitsfaktoren in der Strukturentwicklung sind zu groß, um eine seriöse Verkehrsprognose über das Jahr 2010 hinaus zu erarbeiten. Die Kenntnis über zukünftige Mobilitätsentwicklung ist für die Verkehrspolitik deshalb von zentraler Bedeutung, weil zum Beispiel durch die Bereitstellung alternativer Verkehrsangebote eine möglichst frühzeitige Weichenstellung erzielt werden kann und damit unerwünschte Entwicklungen gestoppt werden. Als Beispiel möchte ich Ihnen einige Mobilitätsuntersuchungen aufzählen, die im deutschsprachigen Raum durchgeführt wurden. In der Bundesrepublik zum Beispiel hat sich im Rahmen der Deutschen Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ein Arbeitskreis Perspektiven für langfristige Mobilitätsentwicklung gebildet.

Zwei weitere Studien kommen ebenfalls aus der Bundesrepublik, die bekannte ADAC-Studie über Zweckmobilität und Erlebnismobilität und dann noch eine Untersuchung der Daimler-Benz-AG-Holding, die speziell ausgerichtet ist auf Mobilität im Freizeitverkehr. In Österreich befaßte sich die Technische Universität Graz aufgrund eines Forschungsauftrages über den Zentralraum Salzburg mit diesem Problem. Und dann gibt es natürlich noch die bekannte Schweizer Prognos-Studie. Alle zusammen kommen zu dem fast gleichen Ergebnis. Die Bevölkerung stagniert oder nimmt ab, der Anteil älterer Menschen nimmt wesentlich zu. Trotz der Bemühungen in diesen drei Ländern, also der Bundesrepublik Deutschland, Schweiz und Österreich, den öffentlichen Verkehr in den Vordergrund zu stellen, wird zumindest bis in das Jahr 2010 bei gleichbleibender Gesamtzahl der Fahrten, weiter das Kraftfahrzeug das öffentliche Verkehrsmittel verdrängen. Das heißt, es wird sich der Modalsplitt in die Richtung entwickeln, daß der Individualverkehr bis zu

28% steigt, während der öffentliche Verkehr nur noch 70 % seines heutigen Anteils haben wird. Beim Güterverkehr werden Steigerungen von 30 bis 40 % prognostiziert. Und hier kann die Antwort wohl nur lauten: Beim Personenverkehr Ausbau und zwar forcierter Ausbau des öffentlichen Verkehrs und zwar mit allen Mitteln. Eines ist nicht einzusehen - hier draußen sind sich in dieser Frage eigentlich alle einig, aber wenn dann der Antrag von unserer Fraktion gestellt wird, zusätzliche Mittel dafür einzusetzen, dann lehnt man ihn ab. Ich möchte wirklich in Erkenntnis all dieser Dinge noch einmal ersuchen, sich bis zur Abstimmung es doch noch zu überlegen und unserem Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zuzustimmen. Wir dürfen einfach nicht zulassen oder gar akzeptieren, daß besonders in Ballungsräumen der Individualverkehr weiter den Vorrang gegenüber dem öffentlichen Verkehr hat. Beim Güterverkehr ist der kombinierte Verkehr mit Verlagerung auf die Schiene zu forcieren. Und beim Transitverkehr muß es zu grundlegenden Veränderungen und zwar in Richtung Schiene kommen. Selbstverständlich ist auch hier das Verursacherprinzip anzuwenden.

Ich muß noch einmal - so wie gestern - auf die Konferenz in Wien kommen: umweltfreundliche Verkehrspolitik für mehr Lebensqualität. Ich möchte noch einmal den zuständigen Verkehrsstadtrat in Wien zitieren, der aus einer Umfrage berichtete und dazu sagte: »Ein Drittel der Autofahrer sind nicht bereit, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Autoverkehr ist der stärkste Umweltverschmutzer der Stadt und Wien wird keine Stadt der Autofahrer, sondern nur Stadt der öffentlichen Verkehrsbenützer bleiben.« Meine Damen und Herren, wir müssen gar nicht 700 km östlich schauen, alles das spielt sich ja eigentlich vor Ort ab, vor unseren Augen, zum Beispiel in meiner Heimatstadt Dornbirn. Ich habe gestern über die Autokolonnen gesprochen, über die stehenden Autokolonnen - Moosmahnstraße, Lustenauer Straße, in letzter Zeit ist übrigens auch die Stadtstraße davon betroffen und zwar nicht nur an Wochenenden, wo Menschen aus dem ganzen Lande selbstverständlich in das größte Einkaufszentrum nach Dornbirn kommen, sondern das spielt sich also schon mitten unter der Woche ab. Auch nicht nur zu Berufsbeginn- oder Berufsendezeiten, sondern mitten am Tage. Wir sind in den letzten Wochen mit Meldungen konfrontiert, daß bereits - und das ist durch eine Indiskretion passiert, es wurde aus dem Rathaus bekannt - an neuen Straßenmodellen in Dornbirn gebastelt wird. Und bittschön das in einer Zeit, in der ständig und wie ich meine zurecht, von Straßenrückbau, Verkehrsberuhigung und ähnlichen Maßnahmen gesprochen wird.

Ich habe das gestern in der Generaldebatte sehr deutlich gesagt und bin auch überzeugt davon und wiederhole es gerne, daß an unpopulären, aber fast lebenswichtigen Maßnahmen, nämlich nicht nur mehr Entlasten, sondern völliges Räumen der Innenstädte, Verbannen des Verkehrs aus den Ballungsräumen und damit auch Umsteigen und damit auch selbstverständlich Ausbau des öffentlichen Verkehrs, daß das lebenswichtig ist. Und es ist wirklich unverständlich und ich muß es noch einmal unter-

streichen, wenn Sie die Mittel, die wir zusätzlich im Budget zu dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs fordern, ablehnen.

Meine Damen und Herren, wenn bürgernahe Verkehrsplanung heißt, so wie am Beispiel Dornbirn, wo ohne Rücksichtnahme zu Lasten und auf dem Rücken der Bevölkerung, im stillen Kämmerlein, vom Trio Sohm, Sausgruber, Grabher, ein dritter Dornbirmer Autobahnanschluß geplant wird, obwohl man inzwischen weiß, daß neue Straßen auch neuen Verkehr anziehen, dann ist das in meinen (Zwischenrufe) Augen weder bürgernah noch demokratisch. Die dritte Fraktion im Rathaus hat grad noch die Kurve gekriegt. Die ist inzwischen auch gegen diesen neuen Anschluß. Und ich hoffe mit meinen Freunden in Dornbirn auf den Widerstand der Bevölkerung dort und in dieser Frage. Meine Freunde und ich werden die lärm- und streß- und umweltgeplagte Bevölkerung in dieser Frage unterstützen.

Präsident: Der Vizepräsident Falschlunger hat das Wort.

Falschlunger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Batlogg, ich weiß eigentlich nicht recht was Sie dazu animiert hat, so parteipolitisch zu argumentieren. Ich weiß nicht mehr, wer Sie angestiftet hat, ich kenne Sie als vernünftigen Mann. Unser Problem ist und auch mit dem Landesparteiobmann der ÖVP, daß wir die gleichen Ziele haben. Einig sind wir uns nur nicht über den Weg und wie man das Ziel am besten und am schnellsten erreichen wird. Es ist also vollkommen egal, mich stört das überhaupt nicht. Sie haben nur in der Aussage nicht recht. Es gab nicht lauter rote Verkehrsminister. Es gab von 1966 bis 1970 auch einen schwarzen Verkehrsminister. Wenn Sie so etwas sagen, dann muß es stimmen. Aber das ist überhaupt nicht tragisch und stört mich auch überhaupt nicht. Wenn Sie sagen, der geplante Tarifverbund wird 40 Millionen Schilling kosten, dann muß ich Ihnen sagen, dann werden wir billig davonkommen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Euch wird das Lachen noch vergehen) Darüber sind wir uns also auch einig. Nicht so einig sind wir darüber und da habe ich es mehr mit dem Herrn Dr. Kornexl: Sie sagen, die Gleisanschlußförderung - da sind schon fünf da, die diese Förderung wollen, das kann ich schon verstehen. Ich habe es also eher mit dem Herrn Dr. Kornexl, hier ist Vorsicht am Platze. Warum? Weil die Österreichischen Bundesbahnen ganz massiv diese Gleisanschlüsse fördern. Das ist auch verständlich, das sollen sie auch tun. Sie machen ja letzten Endes dann auch das Geschäft, wenn die Firma umgestiegen ist. Aber ich habe nichts gegen die Förderung, aber ich habe es mit Dr. Kornexl, wenn man sagt, hier sollte man vorsichtig sein. (Zwischenruf Dr. Kornexl: Das habe ich nicht gesagt! - Zwischenruf Dr. Keckeis: Moanscht, des könnte Dir schaden?) - Es sei ökonomisch vertretbar, also gut. Wenn Sie sagen, Herr Kollege Holzer, von einem Verkehrskonzept soll man nicht zuviel erwarten, dann muß ich Ihnen sagen, ich habe einmal in Götzis bei einer Veranstaltung gesagt, das beste Geschäft ist Verkehrsgutachten und Verkehrs-

Planung zu machen geworden mittlerweile und eigentlich kriegt jeder ein Gutachten, so wie immer bei Gutachten, wie man es eigentlich braucht. Man wird immer jemand finden, der die Dinge so und die Dinge so sieht. Nun, Herr Dr. Kornexl, wenn ich gesagt habe - und das gilt auch für Sie, Kollege Holzer, weil Sie mir vorwerfen, wir wollen hier gesetzliche Zwangsmaßnahmen, weil wir der Meinung sind, daß jeder Verkehrsträger jene Kosten zahlen soll, die auflaufen, damit er Verkehr machen kann für alle, dann ist es längst nicht mehr - ich habe gestern zitiert die ARGE Alp der Alpenländersozialisten, die diese Zurechnung der Kosten verlangen - nur eine Aussage von Sozialdemokraten. Ich darf Ihnen das letzte »Profil« zitieren. Der Herausgeber sagt sehr deutlich: »Dies könnten Sie nicht lesen, hätten am Wochenende nicht Hunderte von LKWs die über 100.000 Profilhefte in die Postämter und in die Trafiken gebracht. Es stimmt schon, ohne Brummis ist unser Wirtschaftsleben derzeit nicht organisierbar. Das ist die positive Seite. Es stimmt aber auch anderes, nämlich daß der Gütertransport per LKW gesamtwirtschaftlich berechnet mit Abstand die teuerste Möglichkeit der Güterverteilung ist. Der überwiegende Teil dieser Kosten des LKW-Verkehrs steht in keiner Transportrechnung, belastet keine Unternehmensbilanz. Er ist versteckt in Milliardenausgaben der öffentlichen Haushalte, in Krankheitsstatistiken, in den Auflistungen von Umweltschäden. Der LKW-Gütertransport ist für die Wirtschaft im engeren Sinn ein gutes Geschäft, für die Gesellschaft als Ganzes freilich eine schwere, immer noch zunehmende Belastung.« Also nicht nur Sozialdemokraten sind dieser Meinung und es gibt auch eine Aussage in Deutschland jetzt zu dieser Situation der Zurechnung der tatsächlichen Kosten. Der Schwerverkehr in der BRD verursacht pro Jahr 40 Milliarden DM an ungedeckten Kosten, der Energieverbrauch sei 4,4 mal höher als der der Bahn, die obendrein 25 mal sicherer als die Straße ist. Das sind also nicht nur Aussagen von Sozialdemokraten. Wir sagen das nur schon länger und wir sehen zunehmend und das mit Freude - mit Ausnahme in der Frächterwirtschaft und in der Vorarlberger Handelskammer auch nicht - daß auch andere Bevölkerungsgruppen, auch andere politische Institutionen sich dieser Meinung anschließen. Herr Dr. Kornexl, Sie haben gesagt, daß die ÖBB zum Unterschied - ich stelle fest, auch die Vorarlberger Handelskammer ändert offensichtlich, ich freue mich darüber, ihren Standpunkt. Bis jetzt hat es immer geheißsen, die ÖBB kann das gar nicht transportieren. Heute sagen Sie, das geht zwar, aber es fehlt an der Qualität. Ich muß Ihnen sagen, ich bin über diese Erkenntnis eigentlich erfreut. Und wenn ich die Sonderausgabe des Handelskammerblattes nehme, wo da hinten steht: »Liebe Bahn, warum läßt Du uns im Regen stehen und warum läßt Du uns im Stich« darf ich Ihnen sagen, seit Einführung des LKW-Nachtfahrverbotes hat die Bahn die österreichische Wirtschaft nicht im Stich gelassen. Vor allem und das freut mich ganz besonders, ist in Vorarlberg durch den Güterbahnhof Wolfurt deutlich gemacht worden, daß in der Zeit, als die Frächterlobby davon geredet hat, welche Maßnahmen man denn durchführen könnte, als die inner-

österreichische Frächterlobby Vorarlberger Frächter tagelang boykottiert und blockiert hat, hat die Österreichische Bundesbahn Gewaltiges geleistet. Ich bin froh darüber, daß wir in den ersten fünf Tagen des Nachtfahrverbotes um 2.9631 oder um 41 % mehr befördern konnten - alles vom Bahnhof Wolfurt aus gerechnet - und daß wir vor allem beim Bahnexpress Zunahmen haben, die zwischen 50 und 231 % liegen. Mit dem gleichen Personalstand, mit dem gleichen Wagenpark, unter gewaltiger Leistung der dort Beschäftigten konnte das bewältigt werden. Das nur dazu. Wenn Sie sich, Herr Dr. Kornexl, darüber beschweren, daß der italienische Verkehrsminister jetzt Maßnahmen setzen wird, gleiche wie sie in Österreich gesetzt werden - das ist ja der Unterschied zwischen der italienischen Verfügung jetzt und der zu erwartenden Verfügung des Bundesministers Zimmermann. Die Italiener lassen österreichische Flüster-LKWs fahren. Die Italiener lassen verderbliche Güter befördern mit den Ausnahmegenehmigungen, die in Österreich gelten. Mit dem hat gerechnet werden müssen, aber hier zu sagen, jetzt wird die Vorarlberger Wirtschaft so betroffen sein, daß es hier keine Möglichkeiten mehr gibt, da bin ich nicht Ihrer Meinung. Nur dazu ist natürlich zu sagen, daß an dieser Situation, daß diese Retorsionsmaßnahme und ich hoffe nicht, daß die eintritt, die Zimmermann ankündigt, die weit über das hinausgeht, was die Maßnahme in Italien ist - der läßt gar keinen Flüster-LKW fahren, der läßt die Schweizer fahren und die Österreicher nicht. Der gibt den Österreichern keine Sondergenehmigungen, das ist alles ein Willkürakt. Er tut ja nicht das Gleiche wie in Österreich geschieht, sondern viel ärgere Dinge. Nur darüber, Herr Dr. Kornexl, brauchen wir uns nicht wundern. Es ist wohl einmalig, daß eine Gruppe der Gesellschaft, wenn ein Minister eines angrenzenden Landes gegen alle geltenden Verträge Willkürmaßnahmen ankündigt - als solche können sie nur bezeichnet werden - daß dann aus Österreich aus dieser Gruppe Sympathiekundgebungen gegenüber diesem Minister gemacht werden. Ich lese es Ihnen aus dem »Profil« vor: »An Verkehrsminister Dr. Zimmermann: Wir, die steirischen Frächter, respektieren Ihre Vorgangsweise. Die von Ihnen gesetzten Maßnahmen unterstützen uns bei den bereits österreichweit eingeleiteten Verhandlungen gegen das inländische Nachtfahrverbot. Der Druck wird leider erst viel zu spät spürbar. Für Ihre Unterstützung im voraus besten Dank. Das steirische Frächterkomitee.« Oder: »An Zimmermann: Wir wollen hiemit zum Ausdruck bringen, daß die in Österreich hoffentlich herrschende Meinung nicht die einzige ist und daß es sehr wohl auch Befürworter Ihrer Gegenreaktion auf das österreichische Nachtfahrverbot gegenüber der österreichischen Bundesregierung gibt. Mittlerweile ist die österreichische Transportwirtschaft nahezu einheitlich zum Entschluß gekommen, bei gleichbleibender sturer Haltung unserer Bundesregierung zu massiven Protestreaktionen aufzurufen. Wir bitten Sie, uns weiterhin nachhaltig in unserem Ringen um eine sinnvolle Lösung zu unterstützen und danken - für das Aktionskomitee der Salzburger Frächter, Karl Augustin, Rudolf Queberner, Peter Redei.« Herr Dr. Kornexl, mich würde es nicht wundern.

wenn auch ab dem 1. Jänner der deutsche Verkehrsminister solche Maßnahmen setzen würde. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, Sie - als Vertreter der Handelskammer, nicht Sie als Person - als Vertreter der Handelskammer, sind diejenigen, die ja diese Zustände herbeigefleht haben. Sie waren nur der Meinung, Sie werden durch Protestaktionen in Vorarlberg - nicht nur in Vorarlberg, sondern in ganz Österreich - eine Umkehr der Meinung herbringen. Und lassen Sie mich noch zu etwas Stellung nehmen. Ich habe Verständnis dafür, daß eine Gruppe von Betroffenen - und die Frächter sind nun einmal betroffen - zu Aktionen schreitet, zu Protestmaßnahmen schreiten, Protestaktionen setzt. Ich habe allerdings kein Verständnis dafür, daß man damit Verkehr verhindert, daß man damit - es wäre ungefähr so, wenn die Eisenbahner irgendwo streiken, wenn sie dann ihre Züge auf den Straßenüberführungen stehen lassen würden, damit der Straßenverkehr nicht mehr fahren kann. Ich muß Ihnen sagen, das sind Maßnahmen, die nur abzulehnen sind. Und ich hätte eigentlich erwartet, daß von Seiten der Interessenvertretungen viel deutlicher als bisher solche Dinge abgelehnt würden. Ich darf allerdings sagen, daß diese Aktionen in Vorarlberg nicht stattgefunden haben. Das will ich gerne feststellen. Aber nun doch auch zu dieser Zeitung, die Sie an alle Haushalte geschickt haben, muß ich noch etwas sagen. Hier sind also Unternehmer zu Wort gekommen, die der Bevölkerung erklären wollen, wie die Situation wirklich sei und ich kann mir natürlich vorstellen, daß viele Leute auch glauben, das stimmt, was da drinnen steht. Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, eine Firma, die sich dargestellt hat und dargestellt hat, wie das geht, einmal sagen, was sie der Meinung ist. »Rauch-Rankweil sind enorm benachteiligt«, heißt es hier. »In der Lebens- und Genussmittelindustrie wird uns von den Großkunden eine Lieferbereitschaft rund um die Uhr vorgeschrieben, erklärt Franz Rauch vom Rankweiler Fruchtsafthersteller. Und weil sich an dieser Auslieferungspraxis auch nach dem 1. Dezember nichts ändern wird, sind die Vorarlberger Erzeugungsbetriebe, sofern keine Ausnahmen gewährt werden, im Vergleich zu den innerösterreichischen Anbietern enorm benachteiligt. Exakte Auslieferungstermine hatten etwa folgendes Aussehen:« - ich möchte Sie bitten, Herr Dr. Kornexl, daß Sie mir anschließend sagen, ob das so stimmt. »Ein Großhandelshaus irgendwo in Österreich kann bei Rauch 20 LKW-Züge Fruchtsäfte bestellen, die am Montag um fünf Uhr Früh zuzustellen sind« - irgendwo in Österreich - «Bisher war das für Rauch kein Problem, denn am Sonntag am Abend ab 22.00 Uhr war freie Fahrt auch für LKW, weshalb auch am Montag jeder Terminwunsch erfüllbar war.« Ich nehme an, ein solcher Transport soll nach Wien gehen. Ich darf Ihnen sagen, mit der Aussage, daß man um 22.00 Uhr (kein Nachfahrverbot) in Rankweil wegfährt, Herr Dr. Kornexl, und um 5.00 Uhr in der Früh in Wien ist, würden Sie mir erklären, wie Sie das schaffen, wenn Sie die gesetzlichen Vorschriften einhalten. Das ist nicht möglich. Warum tun Sie ständig - und ich muß das, nachdem Sie eben einer der Vertreter dieser Branche sind - warum geht diese Branche ständig her und informiert die Öffentlichkeit falsch? Ganz

bewußt falsch. Oder sie soll den Mut haben und zuzugeben, jawohl wir überschreiten tagtäglich alle Gesetze, die auf der Straße gelten. Ich sage noch einmal, was da drinnen steht: »Ein Großhandelshaus irgendwo in Österreich - irgendwo - kann bei Rauch 20 LKW-Fruchtsäfte bestellen, die am Montag um 5.00 Uhr in der Früh zuzustellen sind. Bisher war das für Rauch kein Problem, denn am Sonntag am Abend war ab 22.00 Uhr freie Fahrt - auch für LKW - weshalb am Montag jeder Terminwunsch eingehalten werden konnte.« 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr sind sieben Stunden. Und sagen Sie mir, wie Sie mit einem LKW, wenn Sie die Vorschriften einhalten, in sieben Stunden fast 750 km zurücklegen. Herr Dr. Kornexl, vielleicht können Sie mir das erklären. Das ist ja das Mitteilungsblatt der Vorarlberger Handelskammer, das ist ja nicht irgendwer und ich glaube, der Herr Rauch ist ja bei der Handelskammer auch irgendwer. Ich sage ganz offen, Herr Dr. Kornexl, wir sind für Maßnahmen. Wir sind nicht der Meinung, daß wir mit gutem Zureden die Dinge positiv verändern können. Nun, Frau Kräutler-Berger, Sie sind offensichtlich auch der Meinung, wir sollten ganz einfach die Straßen rückbauen. Wir sollten dem Autofahrer das Autofahren vermiesen. Ich muß Ihnen sagen, das ist nicht meine Art, so Politik zu machen. Einfach den zu verärgern, daß er sein Auto stehen läßt. Warum eigentlich? Wir sollten jeden Tag argumentieren, so wie die Dinge sind. Und wir sollten dem Autofahrer sagen - darauf hat er Anspruch. In einer Demokratie hat der Bürger Anspruch darauf zu erfahren, was denn die Politiker meinen. Das ist meine Meinung. Und ich kann nicht vertreten, daß man - ich lehne alle die Dinge ab, die es da gibt. Wissen Sie, Ihre Vorgänger, da waren einige da, die haben erklärt, wir verlangen 30,- S für den Benzin. Das lehne ich sofort ab. Wissen Sie warum? Weil dann nur noch jene fahren, die ein gutes Einkommen haben. Das sind keine Lösungen. Sondern wenn, dann haben solche Verbote, die im Sinne der Umwelt und im Sinne der Menschen sein sollen, für alle gleich zu sein.

Und nun komme ich - für Sie vielleicht nicht, Frau Kräutler-Berger - zu einem Thema, das mir Freude macht und wo ich gerne auch der Vorarlberger Landesregierung danken möchte und ihr auch Mut zusprechen möchte, daß sie weiterhin so tut - es geht um das Schiff Hohentwiel. Frau Kräutler-Berger haben Sie Verständnis dafür, daß einer, der 42 Jahre auf einem Bodenseeschiff gefahren ist, die Dinge etwas anders sieht wie Sie. Ich finde es erschreckend, daß alle Schiffsverwaltungen am Bodensee - ÖBB, Deutsche Bundesbahn, Schweizer Bundesbahn, auch die private Schiffsahrtsgesellschaft Untersee und Rhein - nicht in der Lage waren, nicht soweit voraus wirtschaftlich gedacht haben, daß sie eines der Dampfschiffe erhalten hätten. Zum Unterschied auf den Schweizer Seen - ob Zürichsee oder andere Seen - am Luzerner See werden Sie Dampfschiffe fahren sehen und Sie werden von Tausenden von Menschen frequentiert. (Zwischenruf: Es gibt wieder oas!) Ich war erfreut darüber, als die Vorarlberger Landesregierung gemeinsam mit den angrenzenden Kantonen und Bundesländern der anderen Anrainer beschloß, dieses Schiff zu retten und daraus ein Museums-

schiff zu machen. Und ich habe selbst hier gesagt, wenn es ein Museumsschiff sein soll, dann wäre es wohl das Schönste, wenn dieses Museum in Betrieb wäre. Es war ja zuerst nur geplant, da drinnen Ausstellungen zu machen und das Schiff von einem Hafen zum anderen zu schleppen mit einem Motorboot und dann dort hätten die Menschen es besuchen sollen. Die Attraktion ist das Dampfschiff. Ein Dampfschiff ist Leben. Es ist ganz etwas anderes wie ein Motorschiff. Erinnern Sie sich an Ihre Kindheit, als Sie noch nach Lindau gefahren und sich die Dampfmaschine bewegt hat? Sie sind der Meinung, es ist schlimm, daß da tropische Hölzer offensichtlich verwendet wurden. Ich muß Ihnen sagen, ein Deck, das wasserdicht sein soll und nicht nach dem ersten Winter aufreißen soll, wird man nur aus solchen Hölzern machen können - so waren sie alle - wenn man nicht dazu übergehen will wie auf Motorschiffen und ein Blechdach darauf macht. Und noch etwas: Hier haben viele Menschen mitgeholfen. Erstens in dem Verein zur Erhaltung der Hohentwiel, aber ganz besonders zwei Leute, der Lindauer Landrat Henninger und auch der Herr Kloser, der als Schiffsoffizier von den Dingen ja sehr viel versteht und wirklich auch viel geleistet hat. Ich glaube, es ist am Platz, diesen zwei Leuten einmal Danke zu sagen für ihre Tätigkeit, aber ich glaube auch, wir sollten nicht jetzt darüber reden, ob das etwas mehr kostet. Es ist halt wie bei einem alten Haus, wenn man es umbaut, da weiß man auch nicht genau, was alles zum Vorschein kommt, wenn man anfängt umbauen. So ist das auch bei dem Schiff. Ich auf jeden Fall bin froh, daß Budgetmittel in genügender Weise vorhanden sind, daß der Fortbestand der Hohentwiel als Dampfschiff gesichert ist. Ich wünsche auf jeden Fall diesem Schiff jeden Tag frohe Fahrt und wie man bei uns sagt, immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel. (Zwischenruf Präsident: Schiff ahoi!)

Präsident: Das Wort hat der Abg. Stadler.

Stadler: Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Herr Kollege Falschlunger hat dem Herrn Dr. Kornexl lang und breit erklärt, wie böse die Frächterlobby ist, wie gut eigentlich die ÖBB wären. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Falschlunger, einmal ein Beispiel geben, wie inflexibel man seitens der ÖBB ist. Das ist etwas, was ich persönlich vor wenigen Tagen erfahren mußte. (Zwischenruf Dr. Häfele: Bahnhof Mäder!) Nein, nein der Bahnhof Dornbirn. Wir haben ja leider keinen Bahnhof. Wir kriegen vielleicht einmal einen, wenn das mit Ihrem Verkehrsverbund weitergeht. Dann werden wir vielleicht angeschlossen werden. Wer weiß? Tatsache ist jedenfalls, daß in Dornbirn es bisher möglich war - und das ist etwas, was der Landwirtschaft immer sehr zugute gekommen ist - nach der Viehversteigerung, die Viehversteigerungshalle befindet sich in Dornbirn und wird sich wahrscheinlich weiterhin auch nach einem Neubau in Dornbirn befinden, daß man also dort das Lebendvieh für den Export sofort via Bahnhof Dornbirn verladen und exportieren konnte. Und jetzt ist diese Verlademöglichkeit in Diskussion geraten. Ich habe an die Bundesbahndirektion in Innsbruck

geschrieben und da hat mir die Abteilung »Kommerzielle Abfertigungsangelegenheiten« folgendes zurückgeschrieben, Herr Kollege Falschlunger: »Zu diesem Themenkreis« - gemeint ist eben die Frage der Auflassung - »möchten wir aber doch bemerken, daß wir auch im Bahnhof Wolfurt neue und nachfragegerechte Verladeeinrichtungen für Lebendvieh geschaffen haben und uns die Entfernung Dornbirn - Wolfurt im Sinne der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur durchaus vertretbar erscheint.« Herr Kollege Falschlunger, die Bahndirektion in Innsbruck wird nicht gemeint haben, daß jetzt die Viehhändler und die Bauern das Vieh nach Wolfurt treiben, sondern die haben schon gemeint, daß die Bauern Lastkraftwagen, also die Frächterlobby, hernehmen müssen, Lastkraftwagen mieten müssen, damit die Bauern, die Händler oder wer auch immer, das Vieh nach Wolfurt transportieren, damit man es dort verladen kann und dann wieder über Dornbirn ins Südtirol hinunterschicken kann. Nur damit Sie einmal sehen, wie flexibel die Österreichischen Bundesbahnen auf den Markt und auf den Bedarf reagieren. Die ÖBB haben überhaupt kein Verständnis dafür. Da ist halt eben immer noch die »Frächterlobby« marktgerechter und immer noch flexibler, denn die Leute orientieren sich eben stärker am Bedarf als die ÖBB. Die hat das eben noch nicht begriffen, daß sie ein nachfrageorientiertes Unternehmen werden sollte, das sich auch an den Bedürfnissen der Menschen orientieren sollte. Und solange bei der ÖBB kein Umdenken stattfindet, wird eben die Frächterlobby einspringen müssen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Nosko.

Nosko: Herr Präsident! Es fällt mir auch schwer, in das Loblied der Bahn als wirklicher Freund der Bahn - das möchte ich gleich dazusagen - voll einzustimmen. Denn, Herr Vizepräsident, Sie haben gestern erwähnt, daß die Arge Alp diesbezüglich nie etwas Konkretes gesagt hat. Ich habe mir gestern Abend noch die Zeit genommen, in dem Verkehrskonzept der Arge Alp im Jahre 1975 nachzuzustöbern. Wenn das einem Privatbetrieb passiert wäre, hätte er sofort reagiert. Es steht dort drinnen wörtlich: »Bei Erarbeitung des Verkehrskonzeptes 1975 wurde schon der LKW-Transportverkehr in Europa kritisch vermerkt.« Und es heißt weiter: »An den hauptsächlichsten Mängeln sind die vorhandenen Eisenbahnlinien und die Betriebs-einrichtungen maßgeblich beteiligt.« Weiters: »Die für unseren Wirtschaftsraum wesentliche Bahnverbindung Lindau - Bregenz - St. Margrethen« - sie ist das wesentliche Bindeglied mit diesen nachgelagerten Wirtschaftsräumen - wörtlich wieder im Bericht: »für eine Bewältigung der auf sie zukommenden Arbeit ist diese Linie durchgehend zu modernisieren und zweigleisig auszubauen.« Ähnliche Beurteilung für die Hochrhein- und Bodenseelinien. Ich frage Sie, Herr Vizepräsident, was ist denn in 15 Jahren dort geschehen? Gar nichts ist geschehen in diese Richtung, nicht zu Lasten der ÖBB, aber es ist eine Koordination erforderlich. Die Arlbergbahn erfährt eine ähnliche Kritik. Sie ist eine Gebirgsbahn mit hoher Leistungsfähigkeit. Sie hat damals schon 55% des Transport-

aufkommens von ganz Vorarlberg nach dem Osten aufgenommen. Ich höre mit Freude, daß sie jetzt 40% zusätzlich, also auf 70 % gekommen sind. Herr Vizepräsident, ich lade Sie aber ein, fragen Sie die Leute - ich habe mir heute Früh noch die Zeit genommen - unter welchen Voraussetzungen die Firmen und die Bediensteten in den Firmen das bewerkstelligen. Das ist auf Dauer in dieser Art nicht machbar. Ich frage Sie, was ist im Konzept der modernen Bahn diesbezüglich berücksichtigt? Für den Westen praktisch gar nichts. Es steht noch etwas Neues im Konzept der Arge Alp, da wird die ÖBB wieder gemessen werden. Lieber Kollege Pröckl, ich bin ein erklärter Freund. Hier steht es: »Auch für die Fahrzeuge und deren Betrieb ist eine bessere Umweltverträglichkeit anzustreben. Selbst die modernsten Maschinen der ÖBB, 1044 ein anerkanntes Spitzenmodell, wird allerdings von den Anrainern der Bahn mindestens ebenso kritisch bewertet wie jeder stark lärmverursachende LKW.« Ich erlebe es selbst - hier wird die Bahn gefordert werden. Noch einige Bemerkungen zur Kollegin Kräutler-Berger: Sie sprachen von 289 Millionen im Straßenbau. Nur, wenn man es so unbedarft hört, glaubt man natürlich, ja 289 Millionen, die hier verpflastert werden. Sehen Sie sich das Budget genauer an. Für Bundesstraßen sind 65 Millionen allein und ausschließlich für Löhne und Gehälter - sprich - ausschließlich für die Offenhaltung der Straßen, für Reparaturen usw. Keine einzige bauliche Maßnahme. 214 Millionen Schilling für Landesstraßen, davon sind 88 Millionen ebenfalls für die Straßenerhaltung, lediglich 120 Millionen für den Ausbau vorgesehen. Und ich frage Sie, wo würden Sie nein sagen? Es sind dies insgesamt 57 Projekte, Ortsdurchfahrten, Nebenstraße z.B. ein Rückbau. Es ist dies die Umfahrung Bürs. Würden Sie nein sagen? Es sind dies unter anderem auch Steinschlagsicherungen. Würden Sie hier nein sagen? Ich glaube nicht. Also bitte, bevor Sie hier herauskommen und etwas in diese Richtung behaupten, studieren Sie das Budget etwas genauer. Und noch zur Kollegin Langanger: Das Trio Sohm - Dr. Sausgruber - Grabher - ich bin in keinem politischen Gremium gewesen diesbezüglich, nur eines, liebe Kollegin Langanger, ich kann mich dezidiert erinnern, in einer politischen Diskussion dieser Art in Dornbirn dieses Thema als Entlastung schon vor zwei Jahren gehört zu haben und zwar zu einer Zeit, (Zwischenruf Langanger) als die Haltestelle Schoren in Dornbirn diskutiert wurde. Das waren damals von den Bürgern in diese Richtung vorgebrachte Vorstellungen zumindest - die ich, wie gesagt, in einer öffentlichen Veranstaltung gehört habe. Es war der Gedanke, die Autobahn als Stadtautobahn zu verwenden, um z.B. den ganzen Siedlungsbereich Steinacker, also diese Gegend, nicht durch die ganze Stadt auf die Lustenauer Straße durchfahren zu lassen, wo eine Vielzahl von Bürgern über Gebühr belastet sind (Zwischenruf Langanger: Wem sagst Du das?) Dies, um dort eben eine Entlastung mit einem dritten Autobahnanschluß zu erreichen. Das ist einfach einmal eine Diskussion in diese Richtung, ich kenne also nicht den Stand der Verhandlungen, was das anbelangt. Und gerade Dornbirn, glaube ich, hat in Richtung öffentlicher Personennahverkehr mit der Metron-Studie, wo im

Jahre 1991 ja wirklich auf drei Linien etwas Gutes geleistet werden soll, glaube ich, vorbildliche Arbeit geleistet, wohl wissend, daß nur 20% Landeszuschüsse vorhanden sein werden. Wir werden also hier keine Rücksicht nehmen.

Präsident: Nun hat die Frau Vizepräsidentin Gehrler das Wort.

Gehrler: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst einmal zur Aussage der Frau Jutta Kräutler-Berger. Frau Kollegin, Sie wollen da einen Widerspruch konstruieren. Das ÖVP-Ziel, das Ziel der Volkspartei ist es, den Zustand der Luft, des Wassers, des Bodens wie vor 30 Jahren wieder zu erreichen. Herr Landesrat Dr. Sausgruber hat ein Teilziel im Bereich Verkehr genannt. Er hat gesagt, er möchte die Belastung durch den Verkehr mindestens stabilisieren und in wesentlichen Teilbereichen, gerade bei Schadstoffbelastungen, wird es auch gelingen, die Belastung zu senken. Meine Damen und Herren, es ist damit ein Teilbereich aus diesem großen Gebiet angesprochen. Und wenn man auch verschiedenen Prognosen nicht unbedingt Glauben schenken darf, so muß man doch berücksichtigen, daß es heißt: Der Individualverkehr wird bis zum Jahr 2000 um 25 - bei vorsichtigen Schätzern - bis 50% bei anderen Prognosen - zunehmen. Und wenn wir jetzt annehmen, daß die Wahrheit etwa in der Mitte liegen wird - bei 38 oder 40 % - und wenn wir dann erreichen, daß die Belastung durch den Verkehr in den nächsten Jahren zumindest stabilisiert wird, in verschiedenen Teilbereichen wie bei Schadstoffbelastungen auch gesenkt wird, dann haben wir viel erreicht. Das zu diesem Thema. Verschiedene Kollegen haben hier heraußen die Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr diesen oder jenen Kommunen oder Gemeinden oder dem Land oder dem Bund zugeschoben. Der Herr Kollege Kekkeis hat sich bemüht gefühlt, die armen Gemeinden zu schützen vor einem vermeintlichen Vorwurf, den Herr Kollege Holzer gemacht haben soll - aber das Land tut natürlich zuwenig - die Frau Kollegin Langanger hat sich bemüht festzustellen, daß es kein Verschulden des Bundes gibt - der ist ja eh so gut (Zwischenruf Langanger: Nicht nur, habe ich gesagt. Bitte hören Sie zu!) aber natürlich tut das Land wieder zuwenig. Meine Damen und Herren, ich glaube einfach, daß es sinnlos ist, diese Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr immer hin- und herzuschieben. Ich höre es ja auch in Bregenz, wenn ich da wieder einen Antrag stelle, daß etwas gemacht werden soll, dann heißt es, zuerst soll das Land einmal in der Region was machen und dann werden wir was machen und so wird das immer wieder herumgereicht. Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich etwas erreichen wollen im öffentlichen Personennahverkehr, dann ist es Aufgabe der Kommunen, in ihrem Gebiet zu planen. Und zwar gut zu planen, keine Alibi-Planungen zu machen und solche Planungen zu machen, die vom Bürger angenommen werden. Ich habe nichts von einem Ringbus, der rundherum fährt und wo die Leute nicht mitfahren, weil sie zu lange brauchen. Ein öffentliches Verkehrsmittel muß schnell, bequem und preisgünstig sein. Ich stelle das

bewußt an die letzte Stelle - preisgünstig. Es muß also in der Kommune das Verständnis dafür sein und ich sehe zunehmend, daß dieses Verständnis da ist, für sich selber etwas zu planen. Es muß in der Region gemeinsam etwas erarbeitet werden, damit eben auch der tägliche Pendlerverkehr auf diesen öffentlichen Personennahverkehr gebracht werden kann. Und natürlich muß sich das Land verantwortlich fühlen und das tut es auch, muß diese Bestrebungen unterstützen und muß durch landesweite Planungen auch noch Akzente setzen. Aber es gehört auch dazu, daß sich die Bahn und die Post verantwortlich fühlen. Da erlebe ich also folgende Dinge: Regionalplanungsgemeinschaft, Bahn und Post sind da - ja, das Angebot sollte eigentlich besser werden. Sagt der Vertreter der Bahn, ihr sagt uns, wo wir fahren sollen, wir fahren überall und ihr zahlt es und damit fertig. Meine Damen und Herren, das Unternehmenskonzept dieser Bundesdienststellen muß sich grundlegend ändern. Die müssen genauso wie jeder Wirtschaftsbetrieb bestrebt sein, erfolgreich zu sein, d.h. sie können nicht einfach zum Politiker sagen, sag' mir, wo da gefahren werden soll, mir ist es wurscht, wir fahren überall. Ihr müßt es nur abdecken. Die Post und die Bahn sich auch den Kopf zerbrechen, mit welchen Geräten fahre ich, mit diesen großen Bussen oder mit kleinen bequemen Bussen, wo vielleicht auch Pensionisten, Gehbehinderte und Frauen mit Kinderwägen einsteigen können und sie sollen auch eine Erfolgsbilanz vorlegen können, wieviel Menschen sind heuer mehr mit der Bahn oder mit dem Postbus gefahren. Und da müssen sie sich selber den Kopf zerbrechen, wenn da keine Steigerung ist und das nicht immer nur abwälzen. Post und Bahn sollten unternehmerisch denken und unternehmerisch arbeiten. Und da wäre es Aufgabe der Bundespolitik, diese Zielsetzung neu zu formulieren und das diesen Betrieben vorzugeben. Genauso natürlich muß der Bürger mittun und muß in die Planungen - soweit es geht - auch miteinbezogen werden. Es ist also im öffentlichen Personennahverkehr nichts getan, wenn man das immer weiterschupst, (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das kostet viel Geld!) sondern wir müssen uns alle verantwortlich fühlen, es müssen alle positiv mitarbeiten. Wenn Sie hier sagen, mit 15 Millionen wird kein Zeichen gesetzt - 15 Millionen sind einmal eine Erhöhung um 50% gegenüber dem letzten Budget. Und die Gemeinden verstehen das sehr wohl, wenn gesagt wird, daß dann, wenn es notwendig ist, noch Mittel dazukommen. Es wurde auch schon mehrfach bewiesen, daß dann, wenn Akzente zu setzen sind, die Mittel auch zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, 15 Millionen sind ein schönes Signal, sie sind ein Beginn und wir müssen uns alle gemeinsam an die Arbeit machen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es sind ein paar Dinge jetzt vorweg zu sagen: Einmal, der Kollege Stadler hat angeschnitten, warum die Viehtransporte nicht mehr von Dornbirn Richtung Brenner und weiter in den Süden nach Italien befördert werden. (Zwischenruf Stadler: Nur als Beispiel!) Noch ist es so, um

das einmal festzuhalten. Die Verladerampe ist nach wie vor dort vorhanden - wir werden es sehen. Zweitens: Der Kollege Nosko hat zurecht hingewiesen, daß natürlich auch die Eisenbahn im Fuhrpark, aber nicht nur im Maschinenbereich, sondern natürlich auch beim Rollmaterial andere Vorstellungen entwickeln muß. Aber das bezieht sich nicht nur auf Österreich, da sind wir eh schon ein großes Stück voran gekommen, sondern für alle jene Länder, die aus dem Ostblock dieses Rollmaterial zu uns herschicken, wo teilweise nicht einmal taugliche Bremsen vorhanden sind. Das vorweg. Und wenn Du konkret die Lok RE1044 angesprochen hast - da gebe ich Dir vollkommen recht - die ist aber auch schon im Umbau. Ich glaube, wenn Du mit Dipl.-Ing. Pircher Günther gesprochen hast - ich weiß nicht, ob Du das gemacht hast - dann hat er das sicher auch gesagt. Aber ich möchte grundsätzlich doch vielleicht zurückkommen, warum spielt sich das im Verkehr, ob das im Güterverkehr oder im Personenverkehr ist, so ab, wie es sich jetzt tatsächlich uns darstellt? Ich glaube einfach, daß jahrzehntelang in Vorarlberg, in Österreich, aber auch in ganz Westeuropa Verkehrspolitik nahezu ausschließlich angebotsbezogen, d.h. durch Zurverfügungstellung benötigter Straßenverkehrsflächen, betrieben worden ist. Die Entwicklung war begleitet von einer massiven Zunahme der Personen- und Gütertransportleistungen; einer Verlagerung von Transportleistungen vom öffentlichen Verkehr zu gewerblichem und privatem Individualverkehr; massiven Investitionen in den Straßenverkehr bei sehr beschränkten Investitionen auch im Schienenverkehr; einer Widmung weiter städtischer Flächen für den Verkehr, verbunden mit dem Entstehen enormer Verkehrsaufkommen auch in den Ballungszentren; hohem Energieverbrauch und natürlich auch Umweltbelastungen durch den Verkehr, aber vor allen Dingen auch einem hohen Unfallrisiko und hohen volkswirtschaftlichen Belastungen durch Unfallkosten. Rund 98 % aller Verkehrsunfälle entfallen nämlich auf den Straßenverkehr mit fast 40 Milliarden Schilling an gesamtwirtschaftlichem Schaden und Unfallkosten pro Jahr. Die Unfallkosten des Schienenverkehrs oder alles, was sich auf der Schiene abspielt, machen ungefähr - ist auch noch zuviel - ca. 500 Millionen Schilling ebenfalls im Jahr aus. Im Vergleich dazu verursachen Arbeitsunfälle - auch das ist den meisten hier Anwesenden bekannt - 25 Milliarden Schilling und die Privatunfälle - ich möchte nur eine Gegenüberstellung machen - auch wieder 40 Milliarden Schilling. Die Grundprinzipien für ein Verkehrskonzept der Zukunft sind Sicherheit, Sparsamkeit, Umweltverträglichkeit, Effizienz - das ist auch schon öfters angesprochen worden - und vor allen Dingen größtmöglicher Nutzen. Für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in den Ballungsgebieten müssen erhöhte Finanzmittel bereitgestellt werden. Wir haben da im Jahre 1987 bei der Nahverkehrssituation, Verkehrsverbund Vorarlberg, den ersten Schritt eingeleitet und - wie ich heute rückwirkend sagen kann, zu recht eingeleitet. Er ist auch positiv angenommen worden - allerdings der erste Schritt. Volle Kostenwahrheit nach dem Verursacherprinzip hat für alle Verkehrsträger auch zu gelten. Neben einertarifpolitischen Attraktivierung des

öffentlichen Verkehrs ist aus diesem Grund als auch aus umweltpolitischen Überlegungen eine Verdoppelung des Straßenverkehrsbeitrages für nicht lärmarme und abgasarme LKWs sowie für die Umstrukturierung der Kraftfahrzeugsteuer hin zu einer abgasemissionsbezogenen Regelung - so glaube ich zumindest - voranzutreiben. Da im Verkehrsbereich durch den marktwirtschaftlichen Mechanismus die gewünschten positiven verteilungs- und umweltpolitischen Ergebnisse nicht erzielt werden können, sind ordnungspolitische - ich sage absichtlich ordnungspolitische - Maßnahmen zum Schutze der Schwächeren im Verkehrsgeschehen und zum Schutz der Umwelt und der Verbesserung der Lebensqualität zu setzen. Abgaben, Steuern, Tarifpolitik sind so zu gestalten, daß sie Anreize für ein gewünschtes Verhalten schaffen und der Kostenwahrheit sowie dem Verursacherprinzip auch zum Durchbruch verhelfen werden. Die Informationspflicht muß im Sinne einer zunehmenden Aufklärung, besseren Heranführung der Jugendlichen an den Verkehr und positiveren Werbung für ein gesteigertes Sicherheitsverhalten des Verkehrsteilnehmers auch zum Ausdruck kommen. Ich möchte jetzt aber zu einem Bereich nämlich - die Fortführung des zweigleisigen Ausbaues zwischen Bludenz und Braz etwas sagen, so wie ich es am 12. April schon getan habe und zwar im Volkswirtschaftlichen Ausschuß, daß auch das Land hier bereit sein sollte, rasch, Herr Landesrat Sausgruber, auch die Mitfinanzierung sicherzustellen. Dadurch wäre gewährleistet, daß bis zum Jahre 1991/92 die gesamte Strecke von Brengenz bis Braz zweigleisig ausgebaut wäre. Der Ausbau dieses vergleichsweise sehr kurzen Stückes von ca. 7 km hätte eine Reihe von positiven Auswirkungen. Für den Personenverkehr würde sich eine Verlängerung des Taktfahrplanes bis Braz ermöglichen, wodurch hunderte Einwohner einen bequemen Zugang bekommen würden, und nicht mehr gezwungen wären, mit dem PKW bis Bludenz oder gar in das Unterland zu fahren. Auch für die Wirtschaft ergäben sich enorme Vorteile, eine Verkürzung der Fahrzeit der Güterzüge um 50 Minuten und mehr. Ich habe zwar gehört, daß es bei der Projektierung Verzögerungen geben soll, ich bitte aber darum, daß dieses Teilstück rasch in Angriff genommen wird. Und der zweite Bereich: (Zwischenruf Landesrat Mayer: Da muß zuerst amol a Planung her! Die wissen ja net amol, wo sie planen!) - Die Planung hat die Österreichische Bundesbahn bereits erstellt. Es muß noch eine Abstimmung erfolgen im Land. Dann vielleicht noch zu einem wesentlichen Punkt, weil wir immer sagen, ja wie kommen die Leute denn in die Täler, nicht nur im Winter zum Schifahren, sondern auch im Sommer. Und da meine ich ganz konkret das Montafon - es ist allerdings im Sommer ein Durchzugstal, daß weiß ich auch. Im Sommer fahren ebenso viele Autos, wenn nicht mehr, als im Winter. Aber dennoch sollten wir einer Diplomarbeit des Dipl.-Ing. Dietmar Zier), die er 1985 geschrieben hat, nähertreten und für eine Verlängerung bis St. Gallenkirch oder gar Partenen prüfen. Und ich glaube, dann kommen wir zu diesem Schluß, daß das sinnvoll wäre, ein Vergleich - auch in der Schweiz gibt es solche Bahnen - wo bis zu 10.000 Schifahrer den Zug in

einer Stunde benützen. Das wären meine zwei kurzen Beiträge. Ich habe mir auch erlaubt, mit einigen Freunden vom kommerziellen Bereich, aber auch aus dem Verkehrsbereich Bahn und Post, eine ganze Reihe von günstigen Anschlüssen herauszuarbeiten für das Jahr 1991. Den Menschen im Klostertal, aber auch im Großen Walsertal, Brandnertal, inneres Montafon - es wird auch im Unterland nicht anders sein - auf Anschlüsse bis zu einer 1 Stunde und 42 Minuten zu warten. Aber das werden wir im Verkehrsausschuß sicher einbringen. Dankeschön.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Kornexl.

Dr. Kornexl: Hoher Landtag! Ich möchte den Kleinkrieg, den der Herr Vizepräsident zu seinem Hobby gemacht zu haben scheint, nicht fortsetzen, sondern nur drei kurze Punkte noch anführen. Ich habe versucht, in dezenten Worten die Situation zu schildern. Daß man das auch weniger dezent mit mehr Nachdruck machen kann, dieselbe Situation beleuchten, das hat der Herr Kollege Stadler bewiesen. Nummer 1: Es freut mich festzustellen, daß offensichtlich die Haltung der Vorarlberger Wirtschaft, nämlich keine Blockademaßnahmen gegen das Nachtfahrverbot vom Anfang Dezember zu machen, weiterhin honoriert wird, sogar von Ihnen, Herr Vizepräsident. Wir haben versucht, hier verantwortungsvoll vorzugehen und die Lage, in der sich die Vorarlberger Wirtschaft durch diese Maßnahme befindet, mit anderen Mitteln darzustellen. Nummer 2: Wenn Sie von Zuwächsen sprechen, die die ÖBB in den ersten Tagen nach dem Nachtfahrverbot erzielt hat, dann möchte ich nicht die einzelnen Prozentsätze in Zweifel ziehen, nur möchte ich etwas dazu sagen, wenn Sie schon den Expresdienst auch anziehen. Die Zuwächse auf diesem Bereich haben sich in Größenordnungen bewegt - auch wenn sie prozentmäßig sehr groß waren - die von jeder mittleren Spedition jeden Tag ohne viel Aufhebens bewältigt werden. Also, hier besonders stolz zu sein auf eine Situation, die gekennzeichnet war durch eine Blockade der Straßen in Zentralösterreich, erscheint mir übertrieben. Noch etwas muß man dazu sagen, daß diese Leistungen gerade beim Bahnexpres mit einem Kostendeckungsgrad von nicht einmal 50% gemacht werden. Wenn Sie bedenken, daß der Steuerzahler für jeden Schilling, den die Bahn dafür einnimmt, noch einen Schilling dazulegen muß, dann relativiert sich also diese Leistung ganz gewaltig. Nummer 3: Ganz kurz eine Lektion, Herr Vizepräsident - und ich möchte auch die Frau Kollegin Langanger einbeziehen - eine kleine Lektion in Volkswirtschaft. Wenn Sie über die Kosten einer volkswirtschaftlichen Situation, wie sie der Straßenverkehr, auch die Bahn usw. ist, etwas aussagen wollen und über volkswirtschaftliche Bedeutung, dann genügt die Kostenanalyse allein nicht. Dann müssen Sie auch den Nutzen miteinbeziehen. Und nachdem sogar der Herr Vizepräsident zugegeben hat, daß der Straßengüterverkehr eine sehr eminent wichtige Rolle ausübt, erfüllt er offensichtlich einen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen. (Zwischenruf Langanger: Ja, ich bin sicher kein Vertreter der Handelskammer, Herr Kollege!) Das ist

wichtig, wenn man mit Zahlen um sich wirft und Forderungen nach Kostenanalysen stellt, dann muß man also auch soweit gehen, daß man eine volkswirtschaftlich nützliche Gegenüberstellung anstrebt. Das ist nämlich dann die volle Wahrheit. Zum Schluß noch ein kleines Zitat vom Herrn Generaldirektor Übleis, der bei einer Veranstaltung, wo es um eben diese Themen gegangen ist und um die Verfügbarkeit des rollenden Materials, Kollege Pröckl wörtlich gesagt hat, händeringend mehr oder weniger: »Wir haben Waggonen, aber wir haben die falschen.«

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Flinspach.

Flinspach: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Herr Vizepräsident, Sie haben die Falsche getroffen, wir sehen uns zwar nicht sehr ähnlich, aber die Anfrage stammt von mir zum Raddampfer Hohentwiel. Wir können das selbstverständlich jetzt gerne behandeln: Wenn ich die drei Budgetposten zusammenzähle von den Jahren 1988 bis 1990, komme ich auf einen Betrag von 1,841 Millionen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß das dann schon der Anteil der Vorarlberger Landesregierung ist, bei der explodierenden Kostensteigerung, die dieses Schiff in den letzten Jahren erfahren hat. Das ist der eine Aspekt. Der zweite Aspekt, den ich aber wesentlich wichtiger finde, ist, daß sich auch der schönste nostalgische restaurierte Raddampfer als Umweltverschmutzer betätigen kann. Ich lese Ihnen dazu gerne ein Schreiben vor, das ich in dieser Angelegenheit bekommen habe, nur damit Sie sehen, daß wir in dieser Richtung sehr starke Unterstützung bekommen: »Da ich in dieser Angelegenheit mit Ihnen konform gehen möchte, möchte ich vielleicht ergänzend dazu erwähnen, daß zum Betrieb dieses Nostalgie dampfers zwei ölbefeuerte 4 Tonnen-Dampfkessel betrieben werden müssen. Das heißt im Klartext, um dieses Gerät in Betrieb zu setzen, muß so viel Energie aufgewendet werden, daß man zur gleichen Zeit, solange eben die Betriebszeit dieses Gerätes andauert, ca. 300 Einfamilienhäuser heizen könnte. Nachdem die Gemeinde Hard durch diverse Auflagen wie PS-Beschränkung bei Motorbooten ohnedies eine einmalige und vorbildliche Rolle in Bezug auf Umweltschonung betreibt, ist es für mich gänzlich unverständlich, daß man auf der anderen Seite sich um den Liegeplatz bzw. um die Betreibung einer sogenannten »Dreckschleuder« rauft. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Ausfahrten und Einfahrten in der schmalen Harder Einfahrt trotz Badeverbot, von Surfern, Kindern und Paddlern als Bade- und Tummelplatz benützt werden und hier eine sehr große Gefahr zusätzlich für den Menschen besteht. Von den meiner Meinung nach sinnlos investierten Millionen hätte man sicher im Bereich des Umweltschutzes einiges dafür durchsetzen können.« Wie gesagt, nicht meine Worte. (Zwischenruf Dr. Häfele: Kein sehr geschichtsbewußter Mensch!) Was die Planken betrifft, so gehe ich mit Ihnen einig. Auch ich bin auf dem Wasser sozusagen aufgewachsen, aber für die Innenausbauten hätte man ohne weiteres die tropischen Edelhölzer durch heimische Hölzer ersetzen können, nachdem die sozusa-

gen originalgetreue Renovierung sowieso nicht originalgetreu erfolgt ist.

Präsident: Das Wort hat der Mag. Stemer.

Mag. Stemmer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine kurze Bemerkung des Kollegen Pröckl veranlaßt mich doch, in einigen Punkten auf die Idee »Verlängerung der Montafonerbahn bis nach St. Gallenkirch« einzugehen. Ich tue das nicht negativ, sondern ich möchte das mit einigen Fragen doch etwas kritisch durchleuchten. Wir haben alle diese Idee gelesen und gehört - es ist ja in den Medien vor allem in diesem vergangenen Frühjahr sehr breitgetreten worden - daß das Verkehrsproblem in der Talschaft Montafon, das ja fürwahr zu unerträglichen Belastungen führt, zu lösen sei. Die einzige Alternative sei die Verlängerung der Montafonerbahn. Ich wage das nicht zu beurteilen. Ich möchte aber doch aus der bisherigen Beschäftigung mit diesem Thema einige Fakten zu bedenken geben. Ich kenne im übrigen die Diplomarbeit des Herrn Dipl.-Ing. Zierl aus dem Jahre 1985 sehr gut, ja ich möchte sagen, beinahe fast in- und auswendig und wage deshalb auch darüber zu sprechen. Wie eingangs erwähnt, ich halte diese Idee nicht für schlecht. Man muß ganz bestimmt zur Lösung dieses Problems - und eine umfassende Betrachtungsweise ist hier heute schon einige Male mit Recht angedeutet worden - auch derartige Projekte prüfen, überprüfen, aber das haben Fachleute zu tun. Ich als politisch Verantwortlicher für die Talschaft habe ganz bestimmt weder die Ausbildung noch die Fähigkeit, das und die Durchsetzbarkeit solcher Ideen zu überprüfen. Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen sollen Kosten damit verursacht werden von etwa 1,5 Milliarden Schilling. Man kann sagen, wenn diese Idee langfristig richtig ist, dann dürfen die Kosten keine Rolle spielen. Ich frage mich allerdings, woher soll dieses Geld aufgebracht werden? Geschätzt werden jährlich etwa 40 Millionen Schilling Abgang (Zwischenruf Dr. Lins: Der Bund) ja, die Montafonerbahn wird es nicht aufbringen können, Herr Landesrat. (Zwischenruf Dr. Lins: Der Bund! Die Bahn! Private Investoren! - Präsident: Der Mag. Stemer hat das Wort. Keine Zwiegespräche!) Zu den heute zitierten Anschlußgleisen gehört dieses Thema ja glaube ich nicht aufgrund seiner Dimension und Tragweite. Also, geschätzte Investitionskosten von 1,5 Milliarden Schilling, geschätzter jährlicher Abgang - bitte ich rede diese Zahlen nach, nur damit einmal einige Fakten genannt sind - von 40 Millionen. Selbst wenn die Idee sich umsetzen läßt und gut funktionieren - und jetzt kommt das Entscheidende, jedenfalls für meine Begriffe und meinen Wissensstand - würde - Herr Vizepräsident Falschlunger, ich will auch gar nicht Ihre Idee in Abrede stellen, daß das eine der möglichen Varianten wäre, irgendwo in Grenznähe einen großen Parkplatz zu suchen und mit irgendwelchen attraktiven Verbindungen wenigstens einen Teil des Individualverkehrs auf Bahn oder Bus oder weiß ich wie immer zu bringen. Aber jetzt zur entscheidenden Frage: Selbst wenn das gut umgesetzt werden kann, dann sind Zahlen ermittelt worden, die etwa

eine Zahl von Schifahrern, die mit dieser Möglichkeit in das Montafon transportiert werden können - und bitte, das ist ja keine Topographie wie Nauders oder Serfaus oder Sas Fee, wo es diese Dinge gibt, sondern eine sehr weitverzweigte Topographie und die Zubringerbahnen sind ja nicht auf einen Punkt konzentriert, sondern sehr weit auseinandergezogen - dann würde es gelingen, etwa maximal 2.000 Schifahrer binnen nützlicher Frist, weil es nützt ja nichts, wenn der um 1/22 am Nachmittag dort ankommt, sondern er muß spätestens um 10 oder 1/211 dort sein, dorthin zu bringen. Ich spreche absolut jetzt nicht über die Durchführbarkeit, über die technischen und alle anderen Probleme. Und zum Vergleich jetzt: Diese 2.000 Schifahrer, selbst wenn wir die hineinbringen binnen nützlicher Frist an solchen Tagen, dann sind das glatte 5 bis maximal 10 % des täglichen Verkehrs auf dieser Straße, der sich dort hineinbewegt. Und als Abschluß: Ich kritisiere das nicht und will es auch nicht negieren, man muß darüber reden und wir haben - der Willi Pröckl weiß das - den Dipl.-Ing. Zierl bereits eingeladen zu einem Gespräch. Er hat ja mit dem Vorstand der Montafonerbahn und anderen Leuten über dieses Problem schon gesprochen. Wir werden ihn noch einmal einladen, um uns wirklich umfassend zu informieren. Es ist ein Bestandteil einer umfassenden Betrachtungsweise. Es gehören viele andere Faktoren dazu, zumal ja festzustellen ist und das ist durch Zahlen einer Verkehrszählung des Büros Rudelsdorfer bewiesen, daß der durchschnittliche Tagesverkehr auf dieser Straße - und das ist halt ein Beispiel einer durch den Straßenverkehr arg belasteten Taltschaft - der Jahresdurchschnitt bei 11.000 Fahrzeugen pro Tag liegt, die Tagesspitzen im Winter bis über 18.000 Fahrzeuge ausmachen, der Winterdurchschnittsverkehr bei etwa 10.000 Fahrzeugen liegt und der Sommerdurchschnittsverkehr sogar noch höher bei etwa 11.000 Fahrzeugen. Und jetzt kommt das für mich Entscheidende an diesem Zahlenspiel, daß nämlich 70 % des Jahresverkehrsaufkommens auf dieser Straße hausgemacht sind, d.h. in Jahreszeiten entsteht, wo nicht ein einziges deutsches oder Schweizer Kennzeichen auf diesen Straßen unterwegs ist. Zum Abschluß: Auch das ist eine Idee, die man wird vernünftig diskutieren müssen, im Sinne einer umfassenden Betrachtungsweise zur Lösung dieses Problems. Die einzige Alternative ist es nach meiner Auffassung nicht.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Riedmann.

Riedmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Flinspach hat eine Anfrage gestellt in Bezug auf die Hohentwiel und hat jetzt gerade repliziert auf die Ausführungen des Vizepräsidenten Falschlunger. Frau Kollegin Flinspach, Sie sind sicherlich in dieser Frage Ihrem Informanten in einigen Fragen aufgesessen, denn die Anfrage enthält doch einige unrichtige Angaben, die schon mit den Sanierungskosten beginnen. Die ursprünglichen Sanierungskosten waren präliminiert mit 19,8 Millionen Schilling und belaufen sich jetzt auf ca. 26 und nicht, wie von Ihnen dargelegt, auf 40 Millionen Schil-

ling. Sie haben auch bezweifelt, ob es richtig sei, daß die Hohentwiel fahrbar gemacht werde. Frau Kollegin Flinspach, es ist aus mehreren Gründen sinnvoll, daß die Hohentwiel wieder fahrbar gemacht wurde und nicht nur ausschließlich allein als Museumsschiff, als Museumsstück dasteht. Die Hohentwiel kann dort fahren, wo sie angefordert wird, wo sie gechartert wird. Und sie muß und das erscheint mir ein sehr wesentlicher Unterschied zu sein, sie kann selber fahren und muß nicht durch ein zweites Schiff von einem Hafen in den anderen Hafen geschleppt werden. Dadurch entsteht u.a. ein wesentlicher Energieverbrauch. Auch die reinen finanziellen Kosten sprechen dafür, und es sprechen auch Umweltgründe für die jetzt gewählte Lösung. Wenn Sie die örtliche Situation angesprochen haben, daß hier ein Abfertigungsgebäude erbaut werden müßte und daß der Naturhafen Schaden leiden würde - Kollegin Flinspach, ich lade Sie wirklich ein, schauen wir uns gemeinsam diesen Hafen an und dann beurteilen wir gemeinsam, ob das tatsächlich ein Naturhafen ist. Es ist kein Naturhafen. Die Intentionen der Marktgemeinde Hard gehen ja schon längere Jahre zurück in die Richtung - und da war die Frage Hohentwiel überhaupt noch nicht auf der Tagesordnung - für dieses Gebiet eine Anlegestelle für Bodenseeschiffe zu installieren, vor allem aus Gründen der Sicherheit. Wenn man die jetzige Anlegestelle betrachtet, so weiß das der Kollege Falschlunger als ehemaliger Kapitän, aber auch diejenigen, die jetzt fahren, diese weigern sich ja eigentlich, in den Harder Hafen hineinzufahren aus Sicherheitsgründen, weil sie nicht entsprechend umkehren können, weil der Anlegeplatz ja direkt am Strandbad ist und dort wegkommen soll. Die Angelegenheit Hohentwiel hat die Entscheidung, dort einen Gestaltungswettbewerb durchzuführen und dann den Hafen zu verbessern bzw. eine Sanierung auch vorzunehmen, nur beschleunigt, aber nicht die grundsätzliche Entscheidung dazu gefällt. Eigentlich muß man sagen, die Harder sind froh und stolz darauf, daß die Hohentwiel nach dem gestrigen Beschluß des Vereins Hohentwiel nun ihren Heimathafen in Hard nehmen wird und es wird auch Hard den weiteren Beitrag - Hard hat schon einen Beitrag dazu geleistet - dafür leisten, daß dieser Raddampfer, der wirklich in Eigeninitiative und in Privatinitiative wieder in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt wurde, daß Hard auch ein würdiger Hafen dafür ist.

Man muß noch dazusagen: Der Verein hat auch Kostenerhebungen machen lassen, wenn Werften die Sanierung vornehmen. Hier hat es ursprüngliche Offerte gegeben von 3,8 Millionen DM nur für die Instandsetzung als reines Museumsschiff ohne Fahrbarmachung, für eine Gesamtrenovation inklusive Fahrbarmachung rund 11 Millionen DM, das sind 77 Millionen Schilling. Wenn man berücksichtigt, daß der tatsächliche Aufwand sich jetzt auf etwa 26 Millionen Schilling beläuft, dann kann man ermessen, mit welchem Engagement die Betreiber hier an das Werk gegangen sind und wie sie sich bemüht haben und kostengünstig diese Instandsetzung in den ursprünglichen Zustand auch erreicht haben.

Nun noch eine Frage an den Herrn Landesrat Dr. Saus-

gruber: Es ist schon angeschnitten worden, daß das Land Vorarlberg kein gültiges Verkehrskonzept hat. Eigentlich basieren die Grundlagen der Vorarlberger Landesregierung nach wie vor auf dem Verkehrsleitbild aus dem Jahre 1976 und welchen Geist dieses Leitbild hatte - aus der damaligen Zeit sicherlich verständlich - möchte ich nur an zwei Beispielen untermauern: In diesem Verkehrsleitbild ist beispielsweise der Ausbau der B 202 zwischen Bregenz und Höchst nach wie vor auf vier Spuren vorgesehen. Heute reden wir richtigerweise davon, daß genau dieselbe Straße rückgebaut werden soll und im Verkehrsleitbild des Landes ist noch dieser vierspurige Ausbau enthalten. Es ist auch noch drinnen beispielsweise der Bau der L 17, eine Straße, die von den betroffenen Gemeinden seit vielen Jahren längst abgelehnt wurde. Ich möchte unterstreichen, daß sicherlich der Geist, wie man heute mit dem Verkehr umgehen soll, ein anderer ist. Aber dazu ist es auch notwendig, daß ein Verkehrskonzept vorliegt und Herr Landesrat Dr. Sausgruber, es wäre für die Mitglieder des Landtages sicherlich sehr interessant zu erfahren, bis wann wirklich ein Verkehrskonzept des Landes Vorarlberg vorgelegt werden kann.

Der Herr Dr. Kornexl hat in seiner Wortmeldung in Bezug auf den Bahnexpreßvertrieb festgestellt, daß der Kostendeckungsgrad bei der Bahn nur 50% betrage und hat gesagt, für einen Schilling, den die Bahn leistet, hat auch die öffentliche Hand, hat der Steuerzahler einen weiteren Schilling dazuzulegen. Herr Dr. Kornexl, der Schwerverkehr, für den Sie so sehr eintreten hier, der Schwerverkehr hat einen Kostendeckungsgrad von 15%. Das heißt, für jeden Schilling, den der Auftraggeber aufwendet, hat die öffentliche Hand sieben Schilling dazuzulegen. Also, hier klafft doch eine sehr große Lücke, wobei noch dazuzusagen ist, daß natürlich der Energieverbrauch des Schwerverkehrs 4,4 mal höher ist als bei der Bahn, daß die Sicherheit auf der Bahn um 25 mal höher ist als auf der Straße und daß zweifellos die Straße ein größerer Lärm-, Luft- und Wasserverschmutzer ist als die Bahn. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß die Bahn bisher schon alles getan hat, was zu tun ist, aber man soll doch auch sehen, wo eigentlich die Luftverschmutzer, die Wasserverschmutzer, die Lärmerreger stehen und wo auch die volkswirtschaftlichen Kosten sind, die wir alle zu tragen haben.

Präsident: Ich bitte aber doch, jetzt nicht die Anfrage zur Hohentwiel des langen und breiten zu diskutieren, die noch gar nicht beantwortet ist. Die Frist läuft erst am 27.12.1989 ab. Wir werden sie also noch einmal auf der Tagesordnung haben. Das Wort hat der Abg. Vizepräsident Falschlunger.

Falschlunger: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordnete Stadler, ich kann mir schon vorstellen, daß es nicht möglich ist - ich weiß nicht, wieviele Male Viehmarkt in Dornbirn jetzt ist, aber daß da ständig mit Bahnwaggons Vieh transportiert wird, das kann ich mir vorstellen, daß das nicht möglich ist, sondern daß man das nach

Wolfurt tut und der Herr Stadler, nehme ich an, wird ja auch wissen, daß die Bauern das Vieh nicht zu Fuß her-treiben, sondern mit dem Traktor zu diesem Viehmarkt, so nehme ich es einmal an, es sei so. Aber bitteschön, ich werde mich erkundigen. Nur, Herr Stadler, dazu muß ich halt schon sagen, daß ich nie behauptet habe, daß der Frächter und der Lastkraftwagen nicht seine Bedeutung, vor allem in der Fahrt in der Fläche hat, das ist von mir nie behauptet worden und werde ich auch nicht tun. Kollege Nosko, wenn in diesem Konzept steht, daß der Ausbau der Bahn auf der Strecke Bregenz - Lindau - St. Margrethen zweigleisig zu erfolgen hat, dann nützt das überhaupt nichts. Die Strecke ist nicht ausgelastet mit einem Gleis, sondern fehlen tut es daran, daß die Deutsche Bundesbahn auf ihrem Gebiet dieses ganze Gebiet als eine Nebenbahnstrecke behandelt und daher die Leistungen, die diese Bahn erbringt, sie ist nicht einmal elektrifiziert zum Unterschied von dieser - die ja auch eine Nebenbahn ist. Bregenz - St. Margrethen ist ja auch keine Hauptstrecke, sondern eine Nebenstrecke - die doch elektrifiziert ist. Sicherlich ist es richtig, daß auch die Speditionen und die Vorarlberger Wirtschaft Probleme haben, auf die Bahn umzusteigen in den Raum Deutschland, das ist unbestritten. Herr Dr. Kornexl, wenn Sie sagen, ich führe mit Ihnen einen Kleinkrieg, dann hätten Sie nicht dürfen in den Vorarlberger Landtag kommen, da wird halt diskutiert. Nachdem ich angenommen habe, daß Sie der Wirtschaftssprecher sind, ein gewichtiger Mann halt bei der Vorarlberger Handelskammer, da müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, daß ich mit Ihnen reden will. Ich will ja reden mit Ihnen, aber nicht im stillen Kämmerlein, das ist nicht die Aufgabe eines Mitgliedes des Vorarlberger Landtages, sondern hier im Hohen Hause. Ich kann Ihnen von vornherein versprechen, ich will keinen Kleinkrieg mit Ihnen und ich kann Ihnen gleich sagen, ich will Sie nicht beleidigen und kann Ihnen auch gleich sagen, daß ich nicht beleidigt bin, wenn Sie mit mir diskutieren. Ich habe mit Ihrem Vorgänger, den ich heute erfreulicherweise im Cafe getroffen habe, sehr harte Diskussionen geführt. Wegen dem freuen wir uns immer noch, wenn wir uns sehen und ich hoffe, daß das auch in der Zukunft so bleibt. Ich werde aber nicht wegen dem meinen Standpunkt zu diesen Dingen ändern, das werde ich ganz sicher nicht tun. Wir werden auch in der Zukunft über diese Dinge in dem Hause reden müssen. So, meine beiden grünen Damen, es tut mir leid, daß ich Euch verwechselt habe, aber es war nicht so gemeint, Kollegin Flinspach, nur eines: Mich ärgert so etwas (Zwischenruf Präsident: Die sind unverwechselbar!), wenn da drinnen steht, das Schiff braucht soviel Diesel wie 300 Einfamilienhäuser. Ich darf Ihnen sagen, ein Motorschiff braucht auch soviel Diesel, es läuft ja auch nicht mit Wasser. So, daß man das ausräumen konnte.

Nun, zur Frage Kollege Stemer »Ausbau der Montafonerbahn«. Ich habe die Frage auf das Tapet gebracht, weil ich der Meinung bin, daß wir alle Möglichkeiten, die es gibt - das haben Sie ja selber auch gesagt - daß man die diskutieren soll. Ich habe nie behauptet, mit dem lösen wir das Problem im Montafon, das kann man sicherlich

nicht. Ich muß aber allerdings sagen, wir müssen einfach umdenken und ich kann mir auch gut vorstellen, wie schwierig es ist, einer anderen Gemeinde die Belastungen eines Großparkplatzes aufzulasten und die anderen Gemeinden machen damit das Geschäft. Ich erinnere mich sehr gut an den Stecher Hermann - solange diskutiert man darüber, Kollege Stemer - der war noch im Landtag und da war einmal die Rede davon, in Bürs diesen Parkplatz zu machen. (Zwischenruf Stemer) Und darauf hat damals der Bürgermeister von Bürs gesagt, wir hatten die Belastungen dieser Fahrzeuge und im Montafon macht man das Geschäft. Das ist sicherlich nicht so, aber man sollte und das war mein Vorschlag - ich will keinen Parkplatz irgendwo schaffen. Ich weiß genau, daß sich jede Gemeinde dagegen wehrt. Es wäre möglich, in eineinhalb Stunden im heutigen Fahrplan - da braucht man in der Bahn in Deutschland noch gar nichts ändern, sondern man muß nur endlich aufhören, den Bahnhof zuzusperren und muß die Züge fahren lassen, wenigstens mit Diesellokomotiven, wenn man schon nicht elektrifizieren will - aus dem Bereich Ulm, Friedrichshafen, Lindau-Reutin, bei einer ausgebauten verlängerten Montafonerbahn mit einem Zug in eineinhalb Stunden zu den Bergbahnen zu fahren. Das kann ich Ihnen nachweisen, das ist mit jetzt bestehenden Fahrplänen möglich. Natürlich kann man sagen, ja das ist eine Schnapsidee und da kommen 20.000 und da bringen wir 2.000 Leute. Wenn es uns gelingt, in der jetzigen Zeit 1.000, 2.000, 3.000 PKW weniger zu haben, als wie wir jetzt haben, dann wäre es ein Erfolg. Das heißt, mir ist schon klar, daß man das Verkehrsproblem des Montafons mit der Montafonerbahn alleine nicht löst. Das soll ein Beitrag (Zwischenruf Dr. Bernhard: Warum macht es denn die Bundesbahn mit!) - das ist nicht ein Problem der Bundesbahn, Herr Dr. Bernhard. Die Montafonerbahn ist eine Privatbahn, das sollte man mittlerweile wissen, sonst weiß man es aus dem Budget. Und den Zug aus Ulm führt nicht die Österreichische Bundesbahn, das sollten Sie auch wissen, da muß die Deutsche Bundesbahn fahren. Was ich verlange vom Land und was ich möchte, daß das Land seinen Einfluß geltend macht, daß solche Verbindungen geschaffen werden können. Ich habe ja gar nicht verlangt, daß das das Land zahlen soll, das will ich ja gar nicht. Aber ich bin der Meinung, daß das Land - ich weiß schon, daß das schwierig ist - es auch versuchen sollte, daß solche Dinge Zustandekommen. Wir behaupten nicht, daß wir alle Lösungen gefunden haben, daß man eigentlich nur auf uns gewartet hat und dann ist das Problem gelöst - na, so gescheit sind wir auch nicht. Nun aber - ohne Kleinkrieg Herr Dr. Kornexl - ich habe heute ein Telefax bekommen zu Händen Herrn Karl Falschlunger: »Sehr geehrter Herr Falschlunger. Protestversammlung« - Herr Landesrat oder Sie, ich weiß nicht, wer mir da Antwort geben kann - «Sehr geehrter Herr Falschlunger, wir werden ab Mittwoch den 20.12.1989 unsere Protestversammlung durchführen. Nähere Informationen wollen Sie bitte aus unserer Protestversammlungsanzeige, Blatt 2, dieses Telex entnehmen. Die Protestversammlung richtet sich nicht gegen das beschlossene Nachfahrverbot. Wir bitten um Kenntnis-

nahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen. Firma Schager, Transport-Ges.m.b.H., Hohenems. Protestversammlungsanzeige: Die Vorarlberger Landesregierung verweigert uns nach wie vor die Zuteilung des von uns geforderten Kontingents von BRD-Genehmigungen. Diese Genehmigungen wurden uns bis Ende 1988 von der Firma Intercont-Rankweil, übergeben. Nach Auflassung der LKW-Abteilung durch die Firma Intercont wurden die Genehmigungen neu aufgeteilt. Bei dieser Aufteilung wurden wir benachteiligt. Daß wir mit der Neuaufteilung nie einverstanden waren, haben wir mehrmals dem zuständigen Beauftragten der Vorarlberger Landesregierung, Herrn Hofrat Dr. Schneider, mündlich sowie schriftlich mitgeteilt. Die ablehnende Haltung der Landesregierung ist sicherlich auf das Wirken« - es tut mir sehr leid - «der Vorarlberger Handelskammer, welche die Genehmigungen vergibt, zurückzuführen. Weil auf unsere anschließenden Proteste beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr in Wien nicht reagiert wurde, welches immerhin für die Kontrolle der ordnungsgemäßen Ausgabe von BRD-Genehmigungen zuständig ist, werden wir die angekündigte Protestversammlung wie folgt durchführen: Beginn: Mittwoch, 20.12.1989, 7.00 Uhr. Orte: 1. Amt der Vorarlberger Landesregierung im Landhaus, 2. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Radetzkystraße, Wien. Ende der Protestversammlung: Bis zum Erhalt der von uns geforderten BRD-Genehmigungen, spätestens jedoch am 12.1.1990. An jedem der obgenannten Orte werden jeweils zur gleichen Zeit je drei unserer LKW-Fernzüge mit Spruchbändern versehen, abgestellt.« Darf ich einen der Herrn bitten mir mitzuteilen, um was es sich hier handelt.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Kräutler-Berger. (Zwischenruf Kräutler-Berger) Nein, es hat sich niemand gemeldet Frau Abgeordnete. Sie sind am Wort. Es sei denn, Sie verzichten.

Kräutler-Berger: Herr Präsident, Hohes Haus! Nur ein kurzer Satz zur Hohentwiel: (Zwischenruf Präsident: Ja, nur kurz bitte!) Lieber Kollege Falschlunger, wir spielen da herinnen sicher nicht Schiffler versenken, keine Sorge, wir lassen Ihnen Ihr Spielzeug, es sollen auch Männer ihre Spielsachen haben, nur es sei uns das Recht erlaubt, auch zu Luxusspielsachen einige kritische Fragen zu stellen.

Und noch einmal zu Ihnen, Herr Kollege Falschlunger: Sie haben mich, denke ich, ein bißchen falsch verstanden, was das Unattraktivmachen des Individualverkehrs anlangt. Ich will niemandem das Auto vermiesen. Ich möchte, daß parallel zur Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs auch jenes Unbequemmachen des Autos passiert, weil sonst wird auch der öffentliche Nahverkehr nicht angenommen, wenn es immer noch gleich einfach bleibt, das Auto zu benützen. Ich denke, wir können uns dann auch auf die Vernunft der Menschen verlassen, die dann wirklich auf das Umsteigen, was umweltfreundlicher ist und ihre eigene Gesundheit weniger belastet.

Nun, im Foyer draußen ist eine sehr interessante Ausstellung mit sehr künstlerischen Fotos und ich finde es

äußerst vorbildlich, daß sehr viele junge Menschen diese Ausstellung besuchen. Und diese jungen Menschen haben auch Anmerkungen auf Zettel geschrieben, was sie vom Thema »Auto« halten. Und weil wir ja dasitzen, um langfristige Politik zu machen, Politik, die genau diese Altersgruppe in einigen Jahren betreffen wird, denke ich, müßte es uns wichtig sein, was diese jungen Menschen - ich habe hier Anmerkungen von Mädchen und Burschen zwischen 11 und 14 Jahren - zum Thema »Auto« zu sagen haben. Ich zitiere Ihnen da ein paar für mich sehr wichtige Sätze dieser Mädchen und Burschen: »Ich finde, daß uns in näherer Zukunft die Autos unserer Freiheit berauben werden und wir nicht mehr fähig sein werden, mit dem Fahrrad zur Arbeit oder in die Schule zu fahren. Man muß es sicherlich jedem selbst überlassen, was ein Auto bedeutet. Absurd finde ich es aber, das Auto mit Gott zu vergleichen. Je mehr Blech einen Menschen umgibt, desto weniger Hirn hat er. Daß es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann, dürfte ohnehin jedem, der ein bißchen noch klar denken kann, klar sein.« (Zwischenruf Dr. Lins: Frau Abgeordnete, drum sagt man auch: Reden'S nit soviel Blech! - im Sprichwort, Frau Abgeordnete!) Sie sagen es, Herr Landesrat.

»Es stört mich, daß es so viele Abgase gibt. Das Auto ist nicht umweltfreundlich; daß es so viel Platz braucht; daß es für viele Leute nur das Auto gibt; daß es auch bei den Politikern nur das Auto gibt. Zum Beispiel wäre es gut, wenn die Politiker mit dem Fahrrad ankommen würden.« (Zwischenruf Dr. Lins: Von Bludenz jeden Tag!) Man kann das Fahrrad auch mit dem Zug mitnehmen. (Zwischenruf Grabher: In der Straßenbahn auch!) Ein weiterer guter Gedanke eines jungen Mädels (Zwischenruf Präsident: Bitte um Aufmerksamkeit für die Frau Kräutler-Berger!) - sehr geehrte Herren, ich konstatiere, Ihnen ist es nicht wichtig zu hören, was die zukünftige Wählerschaft zu sagen hat. (Zwischenruf Präsident: Ja, nur wenn die Zitate allzu lange werden, dann.....) Nein, sie werden nicht allzu lange, ich habe sie gekürzt, Herr Präsident. »Ein guter Gedanke sind auch autofreie Tage und eine Temporeduktion. Würden Bahn und Post bessere Bus- und Bahnverbindungen schaffen, würden weniger Menschen das Auto benutzen. Ich glaube, daß man Verleihstellen für Fahrräder errichten sollte, anstatt das Verkehrsnetz besser auszubauen, um schneller fahren zu können. Die Benzinkosten sollten drastisch steigen, somit würden weniger Leute mit dem Auto. Also bin ich gegen ein Autofahren. Man sollte mehr mit der Bahn oder dem Bus fahren. Auto: Umweltverschmutzung, man braucht mehr Geld, man hat Landschaften zerstört. Es ist zwar ein gutes Transportmittel, aber schlecht für alle Lebewesen. Es ist ein Eroberungsgerät. In einem Stau wirken Aggressionen aufeinander und die Leute streiten. Solche Menschen, die kein Auto haben, werden meist ausgestoßen.« Und ein Mädchen überschreibt seine Gedanken mit drei Stichworten - Stichworten, die zu denken geben: »Auto, Zerstörung, Tod.«

Präsident: Nun hat das Wort der Herr Landesrat Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als das für fast alle Arten des Verkehrs zuständige Mitglied der Landesregierung (Heiterkeit) freut es mich, daß sehr viele positive Kommentare zur Verkehrspolitik des Landes abgegeben wurden und viel Richtiges gesagt wurde. Als Optimist habe ich das Unrichtige inzwischen wieder vergessen. Ich möchte mich, weil die Zeit weit fortgeschritten ist, besonders kurz halten und auf einige konkrete Fragen zunächst eingehen. Zu den gefährlichen Gütern war es immer die Politik des Landes, aus Sicherheitsgründen - weil eben in der Nacht die Verkehrsdichte eine geringere ist - die unbestritten vorhandenen Risiken beim Transport gefährlicher Güter geringer zu halten. Und es ist geradezu ein typischer Fall für die Ausnahmegenehmigungen im öffentlichen Interesse und das wurde auch ausdrücklich vom Verkehrsminister, der in dieser Frage besonders streng argumentiert, anerkannt, daß Genehmigungen für Transporte gefährlicher Güter berechtigt sind. Zu den Gesprächen mit dem Bürgermeister von Dornbirn ist lediglich zu sagen, daß es sich um ein Gespräch handelte zur Frage - und zwar gemeinsam mit dem Kollegen Grabher - möglicher Lösungen bei der Messekreuzung in Dornbirn, wo gewisse Stauerscheinungen häufiger auftreten, welche Maßnahmen durch Verkehrsregelungseinrichtungen bei Ampeln oder bauliche Maßnahmen im Sinne eines Anschlusses an die Autobahn gefunden werden könnten, um die Flüssigkeit des Verkehrs zu verbessern. Im Zuge dieser Diskussion ist am Rande die Frage eines weiteren Anschlusses für die Stadt Dornbirn gestellt worden und der zuständige Landesrat Grabher hat die Prüfung dieser Möglichkeit in verkehrstechnischer und dann wohl auch in finanzieller Hinsicht gemacht. Beschlossen wurde hier überhaupt nichts. Es wurde lediglich diskutiert. Und wir haben dabei mit Freude feststellen können, daß die Stadt Dornbirn bereit ist, für ein Nahverkehrskonzept in ihrer Stadt über 5 Millionen Schilling pro Jahr auszugeben. Das halte ich für eine sehr erfreuliche Entwicklung. Zu den Gleisanschlussförderungen ist richtig, was der Vizepräsident Falschlunger sagt - die Bahn fördert derartige Gleisanschlüsse. Ich hatte den Wunsch, in der Abteilung Förderungsrichtlinien zu erarbeiten für unsere Förderungsmaßnahme und wir wollten wissen, wie die Richtlinien der Bahn für ihre Förderungsmaßnahmen aussehen. Wir mußten feststellen, daß die Bahn keine Förderungsrichtlinien hat, sondern im Einzelfall entscheidet, was wohl auch zur Folge haben wird, daß wir im Einzelfall zu entscheiden haben und zwar nach Information darüber, was die Bundesbahn tut. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wie in anderen Bereichen der Förderung des öffentlichen Verkehrs betreten wir Neuland, jedenfalls in Österreich und es besteht natürlich das Risiko - wie übrigens auch bei der Förderung der Schibusse, bei der Förderung von Werksverkehren - im Zusammenhang mit öffentlichem Verkehr, daß auch einmal etwas gefördert wird, wo ein hoher Mitnahmeeffekt erreicht wird. Aber im Zweifel, Herr Vizepräsident Falschlunger, bin ich bereit, dieses Risiko auf mich zu nehmen, denn wenn wir zu vorsichtig sind, bewegt sich überhaupt nichts.

Zu der Frage der angekündigten Protestversammlung einer Firma ist folgendes zu berichten: Es gibt nach dem Güterbeförderungsgesetz und einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland die an den Landeshauptmann übertragene Befugnis des Verkehrsministeriums, im Rahmen eines bestimmten Kontingents Erlaubnisse zu erteilen Tür Beförderungen in die Bundesrepublik Deutschland. Dieses Kontingent pro Jahr ist niedriger als die tatsächlichen Verkehrsbedürfnisse. Wir haben die Erteilung der Bewilligung an die Kraftfahrzeugprüfstelle - eine nachgeordnete Dienststelle - delegiert und holen in jedem Fall Gutachten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ein, um nach bestimmten, vom Ministerium vorgegebenen Kriterien diesen Mangel an Bewilligungen möglichst gerecht zu verteilen. Und da ist richtig, daß auch diese Firma weniger Bewilligungen bekommt, als sie sich wünschen kann. Aber nach meinem Informationsstand, nach Auffassung der zuständigen Abteilung und auch der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ist die Firma in keiner Weise benachteiligt worden. Ich kann aber niemanden hindern, von dem verfassungsrechtlichen Recht, Versammlungen abzuhalten, Gebrauch zu machen und es wird Sache der Sicherheitsbehörden sein, das entsprechend zu behandeln. Zur Frage des Verkehrskonzeptes: Es existieren Grundsätze und Ziele der Landesregierung über die Verkehrspolitik. Es gibt einen großen Umfang von Einzeluntersuchungen, aber es ist richtig, Kollege Riedmann, es wird jetzt Aufgabe der nächsten Monate sein, diese Fülle von Einzelgutachten zu einem Konzept zusammenzufassen, wobei die entscheidende Frage sein wird, wie konkret im einzelnen die Maßnahmen dort formuliert sein werden und wie sehr es uns gelingt - das wird auch eine entscheidende politische Frage sein - die Umweltziele der Verkehrspolitik zu quantifizieren, was in keinem der mir zugänglichen Verkehrskonzepte anderer Bundesländer oder auch im benachbarten Ausland bisher der Fall gewesen ist. Wir werden uns bemühen, ein derartiges Konzept bis Mitte des nächsten Jahres vorzulegen.

Die Diskussion um die Verkehrspolitik ist in abstrakten Bereichen weitgehend unbestritten. Es ist unbestritten, daß in den nächsten Jahren massive Investitionen für die Stärkung des öffentlichen Verkehrs stattzufinden haben durch Bund, Land und Gemeinden. Wir haben in anderen Bereichen des Umweltschutzes im Laufe der vergangenen Jahrzehnte, etwa im Bereich der Gewässerreinigung, bewiesen, daß Bund, Land und Gemeinden in der Lage sind, massiv Investitionen umzulenken und auch wirksam zu gestalten und das wird auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu geschehen haben. Für mich ist keine Frage, daß das Land Vorarlberg hier eine führende Rolle übernehmen muß, nicht zuletzt deshalb, weil wir aufgrund der Sparsamkeit im vergangenen Jahrzehnt einen gewissen finanziellen Spielraum haben, der anderen Gebietskörperschaften abgeht. Und nur mit starken Worten ist hier nichts zu bewegen.

Unbestritten sind wohl auch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und der Gestaltung der Verkehrsflächen stärker als bisher zugunsten von

Fußgängern und Radfahrern - eine wichtige kommunale Aufgabe, die wir vom Land her auch entschlossen sind zu fördern.

Stark umstritten - da hat der Herr Vizepräsident Falschlunger recht - ist die Frage, in welchem Ausmaß der ordnungspolitische Rahmen - wie man so schön sagt - für den Verkehr durch zwingende gesetzliche Regelungen zu Lasten des Individualverkehrs und zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu ändern ist. Das ist also die Frage, inwiefern die Freiheit der Benützung des eigenen PKWs und im Bereich des Güterverkehrs die Freiheit der Wahl der Verkehrsmittel durch gesetzlichen Zwang einzuschränken ist. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, wobei auch wir nicht so weit gehen - das bitte ich auch zu akzeptieren - daß wir sagen, überhaupt keine gesetzlichen Normen seien notwendig. Aber wir setzen die Prioritäten etwas anders als andere politische Gruppierungen, weil wir sehen, wie stark Mobilität im Personen- und Güterverkehr mit unserer Art zu leben und zu wirtschaften - der arbeitsteiligen Art zu wirtschaften mit Import und Export - verbunden ist und weil wir auch wissen, wie sehr in einer freiheitlichen Demokratie staatlicher Zwang vom Bürger akzeptiert werden muß, daß die Einführung notwendigen staatlichen Zwangs entsprechend begründet werden muß und auch nur schrittweise möglich ist. Das heißt, unser Grundsatz ist, daß zuerst das kommt, was mit Technik, mit Förderungsmöglichkeiten über Marktmechanismen auch durch den Appell an die Vernunft und das Verantwortungsbewußtsein der Mitbürger möglich ist und daß dann dosiert und in einem gewissen Maß aber sicher auch notwendige gesetzliche Zwangsvorschriften kommen.

Das Ziel der Verkehrspolitik der nächsten zehn Jahre wird es sein, die Verkehrsbewegungen in ihrem Zuwachs - und da muß ich Sie enttäuschen, Frau Kollegin Kräutler-Berger, daß die junge Generation, von der Sie uns einige sehr lobenswerte, ausgewählte Zitate soeben vorgelesen haben, in ihrer breiten Masse, was die Inanspruchnahme individueller Verkehrsmittel angeht, so zurückhaltend ist. Es nehmen die Zulassungszahlen nach wie vor zu und auch die jüngere Generation nimmt diese Art der Mobilität sehr gerne in Anspruch. Ich will das auch gar nicht verurteilen. Das verkehrspolitische Ziel wird es also sein, diesen Zuwachs, der zu erwarten ist an Verkehrsbewegungen, zu dämpfen. Es wird uns nicht gelingen, ihn einzufrieren oder zu reduzieren. Ziel der Verkehrspolitik - und darüber glaube ich, sollte man etwas intensiver diskutieren, als es häufig geschieht - sollte es sein, ähnlich wie bei der Energiediskussion dazu zu kommen, trotz eines gewissen Wachstums an Verkehrsbewegungen die Umweltbeeinträchtigungen aus diesen Verkehrsbewegungen - und jetzt bitte hören Sie genau zu - zumindest zu stabilisieren in wichtigen Bereichen und ich bin überzeugt davon, daß es gelingen wird, diese Umweltbeeinträchtigungen sogar drastisch zu reduzieren - also, die Verkehrsbewegungen zu entkoppeln von der Umweltbeeinträchtigung. Ähnlich wie uns das beim Energieverbrauch gelungen ist, wo eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch durchaus gelungen ist, wenn auch nicht beim Stromverbrauch bisher.

Und soweit ich das abschätze, wir werden versuchen, das im Verkehrskonzept etwas konkreter, wenn möglich, zu untermauern, wird es etwa möglich sein, durch Einsatz von Technik, durch Fortsetzung von Förderungsmaßnahmen und durch einige auch gesetzliche Vorschriften, die absehbar sind oder gefordert werden müssen, bei den Stickoxiden, bei denen über 80 % der Belastung aus dem Verkehr kommen, bis zum Jahr 2000 mindestens 30% der jetzigen Belastung zu reduzieren, möglicherweise sogar bis auf die Hälfte der verkehrsbedingten Emissionen zu kommen, bei den Kohlenwasserstoffen eine Halbierung zu erreichen und bei Kohlenmonoxyd haben wir bereits eine wesentliche Reduktion des Höhepunktes vor einigen Jahren erreicht. Beim Lärm wird durch die Vorschriften im LKW-Bereich, die ja zur Zeit stark diskutiert werden und wo das LKW-Nachfahrverbot eine beachtliche Beschleunigung der Umrüstung erreichen wird und die entsprechenden Vorschriften bei den PKWs, die noch verschärft werden können aus technischer Sicht, die durch den Verkehr erzeugten Lärmbelastungen zumindest im Wohngebiet, nicht zuletzt auch durch technische Maßnahmen, die das Land entschlossen ist zu fördern in den nächsten fünf Jahren mit insgesamt 100 Millionen Schilling, zumindest um ein Drittel zu reduzieren, trotz eines Zuwachses der Verkehrsbewegungen. Und diese Daten sind natürlich Bestandteil unseres Parteiprogrammes. Was die Aussage des Herrn Landeshauptmannes angeht hinsichtlich der Reduktion der gesamten Luftbelastungen und Gewässerbelastungen im Lande - da gibt es überhaupt keine Differenz. Ich nehme sogar für mich unbescheidenerweise in Anspruch, an der Formulierung dieser Aussage beteiligt gewesen zu sein. Die massiven Investitionen im öffentlichen Verkehr werden jetzt in den nächsten Monaten zu konkretisieren sein und da wird das erste Ziel sicher die Bildung eines Tarifverbundes für ganz Vorarlberg sein mit dem Ziel - ich hoffe, daß die Verkehrsträger mitmachen, es sieht so aus, daß sie kooperationsbereit sind - daß man mit einer Fahrkarte im gesamten öffentlichen Verkehrsbereich in Vorarlberg sich bewegen kann und zwar mit einer preislich reduzierten Fahrkarte. Die Kosten für diesen Tarifverbund werden mit mindestens insgesamt 60 bis 70 Millionen geschätzt. Der im Lande aufzubringende Anteil - wie der Kollege Holzer gesagt - wird mit 40 bis 45 Millionen Schilling zu schätzen sein, wobei die Gemeinden aus Bedarfszuweisungsmitteln sich zur Hälfte an diesem im Lande aufzubringenden Anteil - so hoffe ich - beteiligen werden. Wir fördern auch inzwischen - wenn das auch manche kritisieren mögen - Aktionen im Bereich der Einbindung von Werksverkehr in den öffentlichen Verkehr, auch von Schiausflugverkehr in den öffentlichen Verkehr, legen aber Wert darauf - dieses Anliegen der Kammer ist sicher berechtigt - daß auch private Konzessionsinhaber in einem gewissen Umfang, der ihnen das gute Überleben möglich macht, in solche Konzepte eingebunden werden. Es ist ganz entscheidend und hier ist ein großer Fortschritt in den letzten Monaten erzielt worden, daß die Gemeinden die Gestaltung des öffentlichen Verkehrs, zumindest jetzt in den Ballungsräumen, als eine Gemeindeaufgabe erkennen.

Und es hat mich sehr gefreut, daß letztthin ein Bürgermeister einer größeren Gemeinde im Lande gesagt hat, als ich ihm deutlich machte, daß das, was er tun will, sicher mehr als eine Million Schilling pro Jahr kosten wird für die Gemeinde trotz der Landesförderung, ja bitte, die Musikschule in meiner Gemeinde kostet eineinhalb Millionen Schilling. Wir sehen das als Gemeindeaufgabe und wir sehen den öffentlichen Verkehr auch als Gemeindeaufgabe und wir werden in der Lage sein, diese Mittel aufzubringen. Wenn dieser Geist in die Gemeindestuben einzieht, dann wird es wesentlich besser bestellt sein um die Verkehrsdiskussion. Dann wird sie etwas von ihrer Abstraktion verlieren, denn in den Gemeinden wird man bereit sein und bereit sein müssen, sehr konkret zu diskutieren, was will man an Komfort der Bedienung und was ist man vernünftigerweise in der Lage, aus Steuermitteln und derartigen Zuschüssen zu finanzieren. Und das ist auch mit ein Grund, warum wir uns entschlossen haben, nicht nur Regionalinitiativen, sondern auch Gemeindeinitiativen mit 20 % Landesmitteln direkt zu unterstützen. Ich gebe gerne zu, daß man sich mehr wünschen könnte, aber es ist immer ein nicht unbeträchtlicher Beitrag. Ich könnte mir allerdings vorstellen, wenn sich die Initiativen auf Gemeindeebene verbreitern, vor allem häufiger Gemeinden auftreten als Förderungswerber, die finanzschwach sind, daß man im Laufe der Zeit über die Einführung eines Finanzkraftschlüssels reden wird müssen. Es ist mir aber besonders wichtig und ich bitte alle Gemeindefunktionäre, die in diesem Hohen Hause vertreten sind, daß diese Diskussion in den Gemeinden und auch in den Regionalplanungsgemeinschaften geführt wird, um von der abstrakten Diskussion des Wünschbaren stärker zu dem zu kommen, was machbar ist. Und das Land Vorarlberg wird sicher bereit sein, jede vernünftige Initiative in dem Bereich entsprechend zu unterstützen.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Dr. Häfele.

Dr. Häfele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Generaldebatte zum Budget stand gestern schon ganz im Zeichen der Verkehrspolitik, und auch die heutige Spezialdebatte zu diesem Kapitel war sehr ausgiebig. Das ist nicht nur ein Hinweis darauf, daß es sich dabei um das derzeit wohl brennendste Problem in Vorarlberg handelt, sondern es ist auch ein Fingerzeig, daß die Landesregierung in diesem Bereich doch noch recht ohnmächtig agiert. Der sozialistische Verkehrssprecher, Landtags vizepräsident Karl Falschlunger, hat Ihnen vorgerechnet, daß für den ungeheuer wichtigen öffentlichen Verkehr nur ein Prozent des Vorarlberger Landesbudgets vorgesehen ist. (Zwischenruf Dr. Sausgruber: Des stimmt leider nicht!) Nur ein kleines Prozent für den gesamten öffentlichen Verkehr, dem angeblich der Vorrang gilt. Sie sagten, es gelte, vorrangig den Individualverkehr einzudämmen. Die tägliche Praxis der Landespolitik widerspricht diesem Lippenbekenntnis aber noch vollkommen. So fehlt 11 Jahre vor der Jahrtausendwende noch immer ein Gesamtverkehrskonzept für Vorarlberg, das bevölkerungsfreundlich und nicht autofreundlich ist. In der

gestrigen Generaldebatte ist auch die Befürchtung ausgesprochen worden, das, was sich Verkehrskonzept nennt, werde von oben verordnet, die Bürgerbeteiligung beim Erstellen des Konzeptes finde nicht statt. Wenn es Ihnen nun wirklich darum ginge, den Individualverkehr einzudämmen und den Verkehr insgesamt zu entgiften, dann müßten Sie doch auch für Tempolimits eintreten, da doch der Hauptverursacher des Ozons der Straßenverkehr ist. Wenn 80% der Stickoxide aus dem Straßenverkehr kommen, müssen Sie doch hier vorrangig handeln, Herr Landesrat. Und wenn es Ihnen mit der Eindämmung des Individualverkehrs ernst wäre, dann ist natürlich der 20%ige Zuschuß für Nahverkehrsinvestitionen der Gemeinden eine lächerliche Summe und eine viel zu bescheidende Maßnahme. Auch wenn Sie erklären, daß Sie für den Fall, daß Projekte kommen, noch zuschießen können. Man müßte bereits am Beginn für eine Motivation der Gemeinden einen höheren Zuschuß veranschlagen. Viele Gemeinden können sich Ihren 80%igen Kostenanteil niemals leisten.

Frau Kollegin Gehr, es muß unbedingt zuerst ein landesweites Konzept vorliegen, in dem dann die kommunalen Konzepte dieses Nahverkehrs eingebaut werden können. Ich glaube nicht, daß wir es, so wie Sie, dem Zufall überlassen sollten und einfach landauf, landab kommunale Konzepte aneinanderreihen. Das gibt ein Durcheinander. Wir brauchen zuerst ein landesweites Konzept, in das dann die kommunalen Konzepte eingebaut werden. Hier können wir das Land bei Gott nicht aus der Pflicht entlassen. Ich stehe auch im Widerspruch zu Ihrer Aussage, daß die Bahn und die Post mehr nach marktwirtschaftlichen Prinzipien fahren müssen. Dann haben wir nämlich die Entwicklung, daß plötzlich die Bahn und die Post nur noch fahren, wo tatsächlich viele Passagiere sind. Und in den entlegenen Gebieten stehen dann die Leute wieder im Regen und warten und warten auf den Bus und er kommt nicht. (Zwischenruf Gehr: Weil es ja sowieso regnet! - Dr. Lins: Jedem seinen Bus vor's Haus!) Es genügt nicht, wenn Sie einfach sagen, es werde eines der wesentlichen verkehrspolitischen Anliegen der kommenden Legislaturperiode sein, die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs weiter nachhaltig zu stärken. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind auch weiterhin nicht konkurrenzfähig zum Auto und deshalb wird auch weiterhin nicht umgestiegen werden.

Herr Landesrat Dr. Lins, Sie erklären zwar, es sei eine wichtige Umweltschutzmaßnahme, daß Sie das Straßenbaubudget gekürzt haben. Aber hier machen Sie doch nur aus der Not eine Tugend. Die Straßenbaumittel werden zwar von 211 Millionen auf 120 Millionen gesenkt, aber gleichzeitig jammert doch die Landesregierung bei jeder Gelegenheit, sie hätte zuwenig Straßenmittel zur Verfügung. Sie drehen und wenden es also, wie Sie es gerade brauchen. Sie jammern, daß Sie zuwenig Straßenbaumittel haben und wenn Sie dann Ihrer Meinung nach zuwenig Straßenmittel eingesetzt haben, werten Sie diese zu geringen Straßenmitteln als wichtige Umweltschutzmaßnahme. (Zwischenruf Dr. Lins: Wer sagt das?) Das war in den Ausschüssen die gängige Jammerei. (Zwischenruf

Dr. Lins: Wer hat gejammert?) Das war in den vergangenen Monaten gängige Praxis, daß Sie immer über die zu geringen Straßenbaumittel gejammert haben. (Zwischenruf Dr. Lins: Wer?) Unter anderem auch Sie. (Glocke! Zwischenruf Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Häfele) Mein Rat ist, Sie sollten die Bevölkerung nicht so offensichtlich auf den Arm nehmen, Herr Finanzreferent, denn Herr Dr. Lins, in Abwandlung Ihrer Elisabeth-Katharina von Galler, die Sie gestern zitiert haben, haben Sie doch bisher immer nach dem Grundsatz gehandelt: »Kein Thaller mich nicht reuen tut, ich mein's dem Straßenbau zu gut!«

Sie sollten die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs nachhaltig stärken. Sie bekennen sich zwar zur Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene, aber leider ohne konkrete Umsetzungsvorschläge. Wie Sie das konkret bewerkstelligen wollen, wäre auch bei diesem Budget gefragt gewesen. Der Kollege Dr. Günther Keckeis hat schon von der zwiespältigen Haltung der ÖVP zum LKW-Nachtfahrverbot gesprochen. Es ist ja, wie Sie wissen, eine typische »11., 12., B.März-Haltung«. Am 11. März dieses Jahres hält der Landeshauptmann eine Rundfunkansprache gegen das LKW-Nachtfahrverbot, am 12. März verliert die ÖVP-Tirol wegen der damals laxen Haltung zum LKW-Nachtfahrverbot und am 13. März war dann der Landeshauptmann Purtscher immer schon für ein LKW-Nachtfahrverbot. Ich bin der Meinung meines Freundes Günther Keckeis, daß man nicht gleichzeitig Frachter- und Umweltinteressen vertreten kann. Das LKW-Nachtfahrverbot war ja auch vom Verkehrsminister nicht zur Optimierung der Transportwirtschaft gedacht, sondern es wurde zum Schutz für eine belastete Bevölkerung erlassen. Das sollten wir uns, glaube ich, immer wieder vor Augen halten.

Das Erscheinen des Vorarlberger Verkehrsreferenten Dr. Sausgruber in Tirol, garniert mit den lautstärksten Frächtern, war sicher kein erfolgreicher Auftakt seiner Tätigkeit. Die ÖVP-Phrase von der ökosozialen Marktwirtschaft findet ja wirklich überall dort ihr jähes Ende, wo beinharte Interessen des ÖVP-Wirtschaftsbundes auf Kosten der Umwelt und Lebensqualität durchgesetzt werden sollen, wie Kollege Keckeis richtig erklärt hat. Leider wird ja das sehr sehr zahme LKW-Nachtfahrverbot des Minister Streicher durch die Landesregierungen noch zusätzlich stark ausgehöhlt, sodaß die Wirksamkeit schon fast wieder gefährdet ist. Es werden einfach zu viele Ausnahmegenehmigungen erteilt und zwar durchwegs aus wirtschaftlichen Gründen. Gerade solche wirtschaftliche Gründe sieht aber das Gesetz nicht vor. Dadurch bewegen sich einige Landesverkehrsreferenten, gelinde gesagt, am Rande des Rechts. Die Ausländer können sich dadurch berechtigterweise benachteiligt fühlen.

Unsere Politik in Österreich war immer darauf ausgerichtet, auf keinen Fall auch nur den Verdacht einer Ungleichbehandlung zwischen Ausländern und Inländern aufkommen zu lassen. Denn eine solche Ungleichbehandlung würde noch im nachhinein Retorsionsmaßnahmen rechtfertigen. Und tatsächlich hat ja der italienische Verkehrsminister aufgrund solcher Ausnahmege-

nehmigungen, die eine Ungleichbehandlung darstellen, ab sofort für österreichische LKWs in Italien ein Nachtfahrverbot eingeführt. Ich habe mir gerade die APA-Meldung besorgt: Der italienische Verkehrsminister Carlo Bernini hat ein Einfahrtsverbot für österreichische LKWs nach Italien von 22.00 bis 5.00 Uhr verhängt. Ein entsprechendes Dekret, das sich auf LKW bezieht, die Ausnahmegenehmigungen von den regionalen Behörden erhalten haben, wurde vom Minister am Mittwoch unterzeichnet. Also auf LKW, die Ausnahmegenehmigungen von den regionalen Behörden erhalten haben, von den Landesregierungen. Bernini hat bestätigt, sein Dekret zu widerrufen, sobald gleiche Bedingungen zwischen den Frächtern beider Länder wiederhergestellt worden sind. Die Italiener fühlten sich durch die österreichischen Ausnahmegenehmigungen der Landeshauptleute diskriminiert. Die Italiener würden nur jene österreichischen LKWs nicht über die Grenze lassen, die nur diese fragwürdigen Ausnahmegenehmigungen vorweisen können. Es handle sich im Durchschnitt um etwa 40 Fahrzeuge pro Nacht. Streicher habe schon bei seinem Treffen mit den Verkehrsreferenten der sechs Transitbundesländer am vergangenen Montag auf die Problematik der Ausnahmegenehmigungen hingewiesen, welche auf die Nachbarländer provozierend wirken müßten.

Herr Kollege Dr. Kornexl, Sie haben nach dem Handlungsbedarf der Vorarlberger Landesregierung im Hinblick auf dieses italienische Einfahrtsverbot gefragt. Es gibt hier nur eine einzige Möglichkeit. Die einzige Möglichkeit der Vorarlberger Landesregierung auf das italienische Einfahrtsverbot zu reagieren ist es, diese fragwürdigen Ausnahmegenehmigungen der Landesregierung auch in Vorarlberg - falls es solche gibt - so schnell wie möglich zurückzunehmen. Daß durch diese zu großzügigen Ausnahmegenehmigungen mancher Bundesländer die Verhandlungsbasis des österreichischen Verkehrsministers für seine Gespräche auch mit dem deutschen Verkehrsminister nicht gerade gestärkt wurde, ist klar. Die Rücknahme des einseitigen LKW-Nachtfahrverbots für die Österreicher in Deutschland ist durch verschiedene Landesverkehrsreferenten jedenfalls wieder ein bißchen weiter in die Ferne gerückt.

Wie unabgesprochen solche Verordnungen auch in Vorarlberg erlassen werden, zeigt das LKW-Nachtfahrverbot der Landesregierung auf der S 16, also dem Straßenstück vom Autobahnende der A14 bis zum Arlberg. In der Verordnung der BH Bludenz heißt es, daß dringende Terminlieferungen vom LKW-Nachtfahrverbot ausgenommen sind. Ganz abgesehen davon, was als dringende Terminlieferung angesehen wird, nützt diese pauschale Ausnahmegenehmigung auch nichts, denn auch für diese sogenannten dringenden Terminlieferungen gilt das LKW-Nachtfahrverbot sowohl auf der Vorarlberger Autobahn A 14, als auch ab der Tiroler Landesgrenze. Aufgrund des Bescheides der BH Bludenz kann halt ein LKW ständig nur auf der S 16 hin- und herfahren, aber er darf weder von der S 16 auf die Autobahn noch ins Tirol fahren. Also doch ein kleiner föderalistischer Schildbürgerstreich.

Die Bescheide der Bundesländer enthalten etliche Diskriminierungen, die uns in Italien und in Deutschland auf den Kopf gefallen sind. Beim Nachtfahrverbot hat es auch einige interessante Enthüllungen über bekannte Populisten gegeben. Jörg Haider hat im Fernsehen erklärt: Wenn der Minister Streicher kein Nachtfahrverbot erlasse, dann werde er selbst ein eigenständiges LKW-Nachtfahrverbot allein für Kärnten einführen. In Wahrheit hat aber gerade Kärnten den gesamten Anlieger- und Anrainerverkehr vom Nachtfahrverbot pauschal ausgenommen. Das heißt, daß überhaupt jeder Kärntner fahren kann - das ist bereits ausjudiziert - denn jeder Kärntner ist irgendwo Anrainer oder Anlieger. Und diese Ausnahmegenehmigung gilt sogar unbegrenzt. Ausgerechnet bei Jörg Haider, der ein eigenes LKW-Nachtfahrverbot einführen wollte, darf jeder fahren. Eine solche Politik, die immer den Applaus von beiden Seiten erheischt, ist sicher auf Dauer unverantwortlich.

Auch Salzburg hat schon viel zu viele Ausnahmegenehmigungen pauschal erteilt. Die Salzburger haben schon am 23. Oktober, also noch bevor der Minister Streicher das für das Gesetz gemacht hat, definiert, (Zwischenruf Dr. Sausgruber: SPÖ-Landesrat) was unter öffentlichem Interesse, das im Gesetz als Ausnahmegrund vorgesehen ist, zu verstehen ist. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Klagen Sie Ihren Kollegen an!) Herr Landeshauptmann, das ist doch wirklich keine parteipolitische Frage. Wir treten dafür ein, daß die Länder keine fragwürdigen Ausnahmegenehmigungen machen, um keine Retorsionsmaßnahmen zu provozieren. Im übrigen wissen Sie ganz genau, daß es sich dabei um Regierungsbeschlüsse handelt. In Salzburg ist auch der vom LKW-Nachtfahrverbot ausgenommen, der gerade auf der Heimreise ist, wer gerade über der Grenze wohnt und nach Hause will. Auch alle, die am Walserberg einreisen, können dort auch während der Nacht wegen der fehlender Parkplätze und der ungenügenden sanitären Verhältnisse weiterfahren, allerdings nur die nächsten sechs Monate. Das Verkehrsministerium hat ja im Gegensatz dazu das öffentliche Interesse nicht auf die Fahrt abgestellt. Es muß nach der authentischen Gesetzesauslegung Streichers das öffentliche Interesse am transportierten Gut und nicht an der Fahrt bestehen.

Im Tirol ist vom LKW-Nachtfahrverbot ausgenommen, wer einen gültigen Kaufvertrag für einen Flüster-LKW hat, aus dem auch hervorgeht, daß der bestellte LKW unter der 80 dB-Grenze liegt. Für einen bestellten Flüster-LKW bekommt man eine Ausnahmegenehmigung, für zwei bis neun bestellte LKWs auch nur eine weitere Ausnahmegenehmigung, von 10 bis 20 LKWs wieder nur eine. Wer also in Tirol 30 Flüster-LKWs bestellt hat, bekommt dafür insgesamt vier Ausnahmegenehmigungen.

Vorarlberg kennt eben die Ausnahmegenehmigungen aufgrund dringlicher Termine. Der Vorarlberger Verkehrsreferent wollte von Tirol 50 Ausnahmegenehmigungen, generelle Ausnahmen wird aber Tirol überhaupt keine gewähren und geregelt ist ja - entgegen Zeitungsberichten - noch überhaupt nichts. Später hat dann Vorarl-

berg seine Wünsche auf 30 Ausnahmen in Tirol heruntergeschraubt, weil es in Vorarlberg angeblich schon etliche lärmarme LKWs gebe. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Sieben!) Sind die Spediteure eines Bundeslandes vom Verbot ausgenommen, so widerspricht das Verbot als Ganzes den GATT-Richtlinien, da damit die Frächter eines anderen Landes diskriminiert werden. Wir haben aber immer erklärt, das Nachtfahrverbot sei eine nicht diskriminierende Maßnahme, die sich gegen alle in gleicher Weise richtet. Diese Argumentation wird durch die Vorgangsweise der Länder ad absurdum geführt. Die EG könnte gegen das Verbot rechtlich vorgehen und der italienische Verkehrsminister hat ja das Nachtfahrverbot für österreichische LKWs eben mit diesen bedenklichen Ausnahmegenehmigungen durch die Landesregierungen begründet.

Interessant ist unter dem Strich, daß sich der LKW-Verkehr durch das Nachtfahrverbot nicht in die Morgenstunden verlagert, sondern es gibt tatsächlich einen Rückgang des LKW-Verkehrs um 20%. Es hat sich nämlich ein Umwegtransit über Frankreich gebildet. So gesehen war es bisher ein großer Erfolg, auch wenn wir von der sozialistischen Fraktion im Vorarlberger Landtag mit dem LKW-Nachtfahrverbot, von dem Flüster-LKWs ausgenommen sind, noch nicht zufrieden sind. 11 Jahre vor der Jahrtausendwende wollen wir überhaupt eine wichtige verkehrspolitische Weichenstellung erreichen. Wir wollen ganz einfach die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene.

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Sausgruber.

Dr. Sausgruber: Herr Präsident, nach dieser Verlesung einer Unterlage, die weder rechtlich noch sachlich für Vorarlberger Verhältnisse zugeschnitten ist und offenbar von einer Wiener Zentralstelle stammt und sich über die Praxis in einzelnen Bundesländern beklagt, die die Vorarlberger Ausnahmegenehmigungen nicht oder zuwenig kennt, haben Sie - so scheint mir wenigstens - die tatsächlichen Interessen Vorarlbergs in dieser Situation zuwenig berücksichtigt. Wir haben entgegen Ihrer Darstellung in der Diskussion um das LKW-Nachtfahrverbot immer - und am Anfang waren wir mit dem Herrn Vizepräsidenten Falschlunger in dieser Frage sogar einig - die Meinung gehabt, das LKW-Nachtfahrverbot hat das Ziel, die Zuwächse an Transitverkehr einzubremsen und ist eine defensive Maßnahme aus Vorarlberger Sicht gegen Maßnahmen Tirols, die eine Verkehrsumlenkung zur Folge haben konnten. Es war nie unser Ziel - da unterscheiden wir uns offenbar - die Verkehrsbedürfnisse der Vorarlberger Wirtschaft, die jetzt bestehen, abzuwürgen. Vor allem war nicht unser Ziel, mit dieser Maßnahme die Möglichkeit der Vorarlberger Wirtschaft, in den österreichischen Zentralraum Transporte zu unternehmen, zu unterbinden. Sondern es war das erklärte Ziel, Transitzuwächse einzubremsen. Wir haben deshalb seitens der Landesregierung schon bei der Erlassung der Verordnung und der Änderung der Straßenverkehrsordnung - also des Ge-

setzes - in der Stellungnahme verlangt, daß dringende Termintransporte ausgenommen werden. Der Sinn dieser Stellungnahme war, daß der verladenden Wirtschaft und der Transportwirtschaft eine faire Möglichkeit der Umrüstung gegeben wird. Dem Wunsch ist nicht Rechnung getragen worden und das war auch der Grund, warum wir konsequenterweise in dem Bereich, wo wir selber Zuständigkeit hatten, also bei der Erlassung der Verordnung im Klostertal, diese auch in der Stellungnahme verlangte Bestimmung der dringenden Termintransporte aufgenommen haben, auch wenn wir wissen, daß die praktische Bedeutung gleich Null ist. Es war ein Akt der Konsequenz unserer Position. Meine Damen und Herren, ich wehre mich ganz entschieden gegen den Anwurf eines Abgeordneten, der offenbar keine Kenntnisse hat über die Ausnahmepraxis in Vorarlberg, gegen den Vorwurf, daß rechtlich bedenkliche Ausnahmegenehmigungen von der Vorarlberger Landesregierung erteilt werden. Das ist in keinem einzigen Fall richtig, Herr Kollege Häfele. Nehmen Sie das zur Kenntnis und wenn Sie glauben, es stimmt nicht, dann weisen Sie das nach. Wir sind sogar bisher sehr streng in der Erteilung der Ausnahmegenehmigungen - es sind nicht einmal ganz 50 Ausnahmegenehmigungen. Allerdings gibt es jetzt eine Reihe von Ansuchen mit der Begründung der Bestellung von Flüster-LKWs bzw. Nachrüstätzen. Und da sage ich Ihnen und dazu stehe ich auch, daß ich den Begriff des öffentlichen Interesses etwas weiter auslege (Zwischenruf Dr. Häfele: Um das geht es ja!) als manche Juristen in Wien (Zwischenruf Dr. Häfele: Wie das Gesetz!) Das halte ich nicht für rechtlich bedenklich. Ich halte es für eine korrekte Auslegung, wenn man der Tiroler Praxis entsprechend, die die strengste ist im Moment in Österreich, zumindest eine gewisse Zahl - mir wäre sogar lieber eine etwas größere Zahl - von Ausnahmegenehmigungen erteilen würde für Unternehmen, die nachweisen, daß sie einen Nachrüstatz und einen Flüster-LKW bestellt haben. Das halte ich für politisch vertretbar und das halte ich auch für rechtlich korrekt, auch wenn der Herr Verkehrsminister eine andere Auffassung hat. Herr Dr. Häfele, wir sollten auch nicht verschweigen, daß natürlich der SPÖ-Landesrat in Salzburg die Dinge in die Regierung bringt, aber dort den Antrag stellt, die entsprechenden Ausnahmegenehmigungen zu erteilen und selbstverständlich mitstimmt. Ich möchte nicht darüber urteilen, was in anderen Ländern geschieht. Die anderen Länder haben eine andere geographische Situation, die es ihnen ermöglicht, durch eigene Genehmigungen ihrem Transportgewerbe den Zugang zum benachbarten Ausland möglich zu machen und auch zu den innerösterreichischen Ballungsräumen. Wir müssen durch den Engpaß Tirol und Tirol hat aufgrund seiner besonderen Situation eine besonders strenge Praxis. Aber man sollte berücksichtigen, daß die Ausnahmegenehmigungen zeitlich befristet sind auf längstens sechs Monate, und aus keinem anderen Grund jetzt die künftigen, jedenfalls die aufgrund des Titels der Bestellung von Nachrüstätzen, erteilt werden, dem Transportgewerbe eine faire Chance zu geben, sich durch Nachrüstung anzupassen. Herr Dr. Häfele, ich

wehre mich ebenso entschieden gegen Ihren völlig unbegründeten Vorwurf, es wären in Vorarlberg für Ausländer diskriminierende Ausnahmegenehmigungen erteilt worden. Darauf habe ich größten Wert gelegt und das ist auch die Praxis, daß sämtliche Ausnahmekriterien natürlich für Ausländer ebenfalls gelten. Und wir haben auch einzelne Ausnahmegenehmigungen für Ausländer erteilt. Ausländer werden nach genau den gleichen Kriterien behandelt wie Inländer. Das ist tatsächlich sehr wichtig, um nicht dem benachbarten Ausland einen Anhaltspunkt für Retorsionsmaßnahmen zu geben und es ist auch richtig, daß einzelne Länder - meiner Meinung nach - diesen Gesichtspunkt zu wenig berücksichtigt haben. Aber Vorarlberg ist da nicht dabei.

Präsident: Das Wort hat der Klubobmann Mayer.

Elmar Mayer: Sehr geehrter Herr Präsident, nur kurz zwei Äußerungen zur vorangegangenen Debatte. Herr Landesrat, immer dann, wenn Sie ins Schwimmen kommen, versuchen Sie zwar immer noch mit sachlicher Stimme, aber umso unsachlicher, um sich zu schlagen und sagen dann, der Herr Abgeordnete Häfele verlese einen Bericht aus Wien. Während wir jetzt den ganzen Nachmittag Jubelvorlesungen Ihrer Klubkollegen mitanhören müssen, die offensichtlich Sie ihnen auf den Tisch gelegt haben und wir doch auch großzügigerweise verzichtet haben, das überhaupt zu erwähnen. Ich tue das jetzt sehr gerne, um ihrem polemischen Angriff zu kontern. Sie sprechen auch davon, Sie selber fahren nach Tirol, um mit Frächtern Ausnahmegenehmigungen auszuhandeln und sprechen aber anderen ab, österreichweit das Problem unter die Lupe zu nehmen. Nicht mehr und nicht weniger hat Dr. Häfele getan. Ebenso in der Sache der rechtlichen Bedenken - auch hier wissen Sie ganz genau, hier sind wir nicht nur in Gesellschaft vom Minister Streicher, sondern von zahlreichen anderen Juristen, die auch Ihnen bekannt sind, die ebenfalls Ihre Vorgangsweise nicht billigen. Ein weiteres, das ich noch verstärken möchte zum ersten Teil: der Kollege Holzer hat das angeführt, ich habe das versucht gestern etwas anzudiskutieren, die Problematik Nahverkehr und Verkehrsberuhigung. Man will zuerst einmal die Gemeinden draußen wursteln lassen, jeder probiert mit einem anderen Konzept, mit einem anderen Beratungsbüro, mit einem anderen Verkehrsplaner und am Schluß kommt dann das Landeskonzept, nachdem alle Gemeinden schon unterschiedliche Weichen gestellt haben. Sie wissen ganz genau, daß man überörtliche Straßen genauso rückbauen muß, daß man die einbinden muß, daß man Verkehrsströme leiten muß. Das kann nur das Land, da können nur die Bezirke - ordnungspolitisch eingreifen. Dann kann man weitere Maßnahmen setzen, z.B. innerorts den Verkehr beruhigen. Das ist das kleine Einmaleins in der Verkehrspolitik und hier sind die Gemeinden - erfreulicherweise muß ich sagen und ich vermute, daß die Gemeinde, die sie nicht genannt haben, daß das unsere Gemeinde ist, weil wir hier sehr weit fortgeschritten sind, zumindest in der Diskussion, leider noch nicht in der Umsetzung. Wir sind hier

sehr weit fortgeschritten und dort passiert es zum Beispiel, weil kein Konzept da ist, daß das hervorragende Modell Kummer-Bus zu scheitern droht und der Bus jetzt nur noch durch Götzis fährt und nicht mehr die einzelnen Gemeinden verbindet, was eigentlich der ursprüngliche Gedanke war. Hier - obwohl man beste Voraussetzungen seitens der heute zum Teil so arg heruntergemachten öffentlichen Busunternehmen hat - gibt es eben Möglichkeiten, wo das Land ordnend eingreifen sollte, helfend eingreifen sollte, vorausschauende Konzepte anbieten sollte, vor Ort tätig werden sollte und das fehlt. Es wurden Zahlen vorgelegt, bis 1995 wird ein Konzept vorliegen. Bis zu dieser Zeit sollten wir soweit sein, daß wir bereits von einer ordentlichen Verkehrsberuhigung draußen und vor Ort sprechen könnten. Und noch einmal zum Schluß: Auch das Bewußtsein innerhalb der Bevölkerung - Sie wissen das aus Umfragen, die auch Sie haben, Sie wissen das aus Bürgerinitiativen, Sie wissen das aus Aussendungen des Naturschutzbundes, Sie wissen das von einzelnen Wortmeldungen, von Initiativen, aber Sie wissen, auch das, was ich selber hier gestern gesagt habe. Wer draußen tätig ist, wird es Ihnen bestätigen, daß das Bewußtsein der Leute in allen Umweltfragen sehr viel weiter fortgeschritten ist, wie wir überhaupt denken und wir mit allen Konzepten, die da kommen, immer wieder hinten nachhinken. Hier sollte man sich endlich einmal ein Herz fassen und die Sachen in Angriff nehmen. Dieses habe ich mir eigentlich erhofft, wenn ein neuer Landesrat dieses Ressort übernimmt, daß dieser mit neuem Schwung drangeht und nicht erst recht die alten Strukturen noch einmal versteift.

Präsident: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich nehme an, damit ist die Gruppe 6 abgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde, also bis 18.45 Uhr.

Die Sitzung wird von 18.15 Uhr bis 18.45 Uhr unterbrochen.

Präsident: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen zur Gruppe 7. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe 7 - Wirtschaftsförderung - spannt einen weiten Bogen über die Bereiche Land- und Forstwirtschaft mit allen Untergruppierungen, sowie Fremdenverkehr, Förderung von Handel und Gewerbe sowie die Energiewirtschaft. In dieser Position sind Einnahmen von 101.734.000,-S und Ausgaben in der Höhe von 322.101.000,-S vorgesehen. Der Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft dienen 41 Millionen Schilling im notwendigen Wegebau. 11 Millionen sind für die Strukturverbesserung vorgesehen. 83 Millionen kommen dem Siedlungswesen und der Besitzfestigung zugute. 58 Millionen stehen der Landwirtschaftskammer für spezielle Förderungsmaßnahmen zur Verfügung. Die Notwendigkeit der Alpenbewirtschaftung

wird mit 8 Millionen Schilling unterstrichen. Der Fremdenverkehr und dessen Werbung werden mit 35 Millionen Schilling belebt. Das gewünschte und notwendige Energiesparen wird mit 7,5 Millionen Schilling an den Energiesparverein unterstützt. Wirtschaftspolitische Maßnahmen werden mit 54 Millionen Schilling vorgesehen. In der Gruppe 7 stellte die SPÖ-Fraktion im Finanzausschuß drei Anträge und zwar soll der Beitrag an das Berufsförderungsinstitut - BFI - um 510.000,-S auf 950.000,- S erhöht werden. Dieser Antrag fand im Ausschuß keine Mehrheit. Zwei weitere Anträge waren die Erhöhung der Budgetpost »Sicherung der Lebensmittelversorgung« um 400.000,-S von 1,6 Millionen Schilling auf 2 Millionen Schilling zum einen, und als neue Haushaltsstelle ein Ansatz von 300.000,-S als Beitrag für die Erstellung eines Entwicklungsplanes für die Versorgungsinfrastruktur zum anderen. Diesen zwei letztgenannten Anträgen wurde vom Finanzausschuß stattgegeben und beantragt, die Budgetpost 782005 7430013 um S 700.000,- auf 2,3 Millionen Schilling zu erhöhen. Soweit der Bericht zur Gruppe 7. Ich bitte um Eröffnung der Spezialdebatte.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es ist zweckmäßig, auch diese Gruppe thematisch zu strukturieren. Ich werde also zunächst Wirtschaft allgemein, dann Fremdenverkehr, dann Energie und dann Landwirtschaft aufrufen. Zu »Wirtschaft allgemein« ist zum Wort gemeldet der Abg. Kornexl. Ich erteile es ihm.

Dr. Kornexl: Herr Präsident, Hohes Haus! Zum Bereich der gewerblichen Wirtschaft bzw. der Wirtschaft allgemein folgende Bemerkungen zu den budgetären Unterlagen: Wir sind bei dem Kapitel angelangt, in dem nicht nur Geld ausgegeben wird, sondern in dem durch die Förderung des Landes versucht wird, Geld durch eine funktionierende Wirtschaft in den Landeshaushalt auf dem Weg über das Hereinbringen von Steuern zu begeben. Wenn ich sage, die leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Landesfinanzen - Leistungsfähigkeit in Bezug auf gefragte Produkte, marktgerechte Dienstleistungen, insbesondere Dienstleistungen höheren Grades, dann ist es die Voraussetzung für die Steuerleistung, von der wir die anderen Kapitel in diesem Budget betreiben. Wenn ich sage Leistungsfähigkeit, dann meine ich nicht nur die regionale sondern auch die nationale - und das kann man in Vorarlberg insbesondere sagen - auch die internationale Leistungsfähigkeit. Ich brauche nicht besonders betonen, daß Vorarlberg mit der höchsten Exportquote aller österreichischen Bundesländer hier eine Spitzenposition innehat. Meine Damen und Herren, die Konjunkturlage ist - Gott sei Dank darf ich sagen - gut. Das gibt uns die Möglichkeit, ohne Neuverschuldung einzugehen, relativ hohe Dotierungen für alle Budgetkapitel zu gewähren und hiebei im Sinne einer kaufmännischen Betrachtung eine antizyklische Vorgangsweise einzugehen und also noch Geld für weniger gute Zeiten auf die Seite zu bringen. Man muß eben schauen, daß man Geld hat, wenn man es braucht. Meine Damen und Her-

ren, die Dotierungen der einzelnen Budgetpositionen sind getragen von dem Ziel, in Vorarlberg ein qualitatives Wachstum der Wirtschaft zu forcieren, nicht ein quantitatives Wachstum. Wir haben ein Land mit sehr beengten räumlichen Verhältnissen. Wir können also nicht interessiert daran sein, daß wir alles zubetonieren, wir können in Anbetracht einer Vollbeschäftigung - einer Arbeitslosenrate von 1,6% - auch nicht vom Bestreben geleitet sein, auf Biegen und Brechen Arbeitsplätze irgendwelcher Art in unserem Land anzusiedeln, sondern wir müssen bemüht sein, das Arbeitsplatzniveau zu heben. Alle die budgetären Positionen, die in diesem Kapitel aufscheinen und die besonders hoch dotiert sind bzw. hohe Zuwächse haben, gehören eigentlich dorthin zu den Faktoren, die für eine moderne, leistungsfähige Wirtschaft maßgeblich sind. Ich darf hier aufzählen die ganzen Bemühungen um die Förderung der Ausbildung im weitesten Sinne. Ausbildung, Ausbildung und noch einmal Ausbildung ist die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft in dem Sinn, wie wir sie uns in den nächsten 10,20 Jahren in unserem Lande vorstellen. Universitäre Lehrgänge, das Technikum, die bereits erwähnten kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen, das Berufsinformationszentrum und ähnliche Dinge, auch das Vorarlberger Exportentwicklungsprogramm sind lauter solche Maßnahmen, die in diesem Budget besonders dotiert sind und die gewährleisten sollen, daß für die wirtschaftliche Aktivität ein hohes Ausbildungsniveau auch in den kommenden Jahren gewährleistet ist. Weitere Faktoren, die hier besonders wichtig sind, sind die Förderung der Forschung und der Innovation - ein Innovationszentrum, ein Technologie-Transferzentrum. Wir haben Stipendien, die zur Förderung der beruflichen Mobilität und der beruflichen Motivation, gerade unserer jungen Leute, enorm wichtig sind und von denen ich weiß, daß sie auch bei den jungen Leuten besonders gut ankommen. Zusammengefaßt: Gerade jene Faktoren, die also für die eine internationalisierte moderne Wirtschaft maßgebend sind, haben ihren Platz in der finanziellen Dotierung in diesem Budget. Es ist an diesem Punkte, glaube ich, auch positiv anzumerken, daß eine Reihe dieser Maßnahmen, soweit sie institutionalisiert worden sind, im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern gemacht werden, um zu gewährleisten, daß hier eine möglichst große Praxisnähe und Wirtschaftsnähe vorgefunden wird und das ist meines Erachtens nicht nur logisch, sondern auch ökonomisch und kostensenkend. Daß für diese moderne Konzeption einer regionalen Wirtschaft nicht nur das Land selbst sein Scherflein dazu tun kann und muß, ist auch klar. Unsere Forderungen an den Bund in Richtung Förderung der Eigenkapitalbildung für Wagniskapital, für Marktbearbeitung im Ausland usw., daß das weiter vorangetrieben werden muß, ist eine der wesentlichen Forderungen an den Bund. Ich möchte das auch in diesem Zusammenhang hier erwähnt haben. Meine Damen und Herren, die Internationalisierung, die internationale Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit des Standorts Vorarlbergs, des Arbeitsplatzes Vorarlbergs, ist maßgebend von der optimalen Ausnutzung jener Ressourcen, die wir in unserem Lande haben und

auf der anderen Seite jener Ressourcen, die wir nicht haben, die wir irgendwo anders in einem anderen Land suchen müssen. Zu denen, die in unserem eigenen Land vorhanden sind, gehört - wie erwähnt - das Bildungspotential, das uns in eigener Machtvollkommenheit zur Verfügung steht und das wir auch in eigener Machtvollkommenheit beeinflussen und fördern können. Das zweite ist die Flexibilität unserer wirtschaftlichen Struktur als geprägte Struktur durch klein- und mittelbetriebliche Unternehmen und deren Innovationsfähigkeit und -Willigkeit. Nicht vergessen in diesem Zusammenhang möchte ich - auch wenn es im vergangenen Budgetkapitel bereits ausführlich behandelt worden ist - die Notwendigkeit der Benützung telekommunikativer Möglichkeiten und der Verkehrsverbindungen. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine moderne, arbeitsteilige Wirtschaft nicht nur im öffentlichen Personennahverkehr ihr Heil suchen muß, sondern auch in den internationalen Verkehrsverbindungen ein unbedingt notwendiges Standbein hat, ohne das es eben nicht geht. Ein mir bekanntes Beispiel der Region Gelderland bzw. der Stadt Arnheim in Holland hat mir recht eindrücklich gezeigt, daß bei der Werbung für Betriebsansiedlungen drei Faktoren von dieser Stadt besonders herausgehoben worden sind, das ist - wie in unserem Falle - das Bildungspotential, dann die ansässigen Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen und drittens die ausgezeichneten Verkehrsverbindungen. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang auf diese Notwendigkeit besonders hinweisen. Auf die konkreten Projekte, die wir in diesem Zusammenhang alle kennen, brauche ich nicht besonders hinweisen. Etwas fehlt noch in dieser Zusammenstellung, nämlich die Energieversorgung und -Sicherung als ebenso wichtiges Standbein und dann glaube ich, sind diese maßgeblichen Voraussetzungen, insbesondere jene, die wir selbst beeinflussen können, komplett aufgezählt. Wir haben erkannt, daß die Entwicklung, die sich in den Europäischen Gemeinschaften derzeit abspielt, mit dem Ziel, dort einen gemeinsamen Binnenmarkt zu realisieren, uns nicht kalt lassen darf und daß wir uns bemühen müssen, möglichst rechtzeitig uns darauf einzustellen, uns über die Entwicklung dort zu orientieren. Eine Möglichkeit dazu ist die auch in diesem Budget enthaltene vorgesehene Studie über die Auswirkungen des Binnenmarktes und eines eventuellen österreichischen EG-Beitritts auf die Vorarlberger Wirtschaft und auf die Verwaltung unseres Landes. Meine Damen und Herren, soweit allgemein zur Wirtschaft. Noch ein paar grundsätzliche Gedanken zur Energiepolitik, die ebenfalls in diesem Budgetkapitel abgehandelt wird und die mit zwei prominenten Budgetpositionen vertreten ist - mit der Förderung der Energiesicherungsmaßnahmen und dem Förderungsbeitrag an den Energiesparverein Vorarlberg, beide praktisch seit dem letzten Budgetjahr verdoppelt in die Position aufgenommen. Ich möchte auch von meiner Seite aus sagen, daß der Gedanke des Energiesparens immer mehr in den Vordergrund rückt und meines Erachtens an erste Stelle zu reihen ist bei allen Bemühungen auf dem energiepolitischen Sektor. Die bereits erwähnte Verdoppelung der Ansätze für den

Energiesparverein, auf dessen Aktivitäten ich in meinem Beitrag nicht besonders detailliert eingehen möchte, ist der beste Beweis dafür, daß diese Position, diese Poleposition, gerechtfertigt ist. Die finanziellen Voraussetzungen für die Tätigkeit des Vereins sind gegeben, die personellen sind ebenfalls geschaffen worden. Die Konzepte liegen auf dem Tisch, die Arbeit hat begonnen. Es steht zu erwarten, daß in nächster Zeit die Arbeit dieser Institution die gewünschten Früchte tragen wird. In diesem Zusammenhang soll auch noch erwähnt werden die Aufstockung des Energiesparfonds, der im Verlauf der nächsten Jahre mit einer Dotierung in der Höhe der Kosten des Achkraftwerkes doch eine Position einnimmt, von der man sagen kann, daß sie ebenfalls eine ernsthafte Dokumentation des Willens der Vorarlberger Regierung ist, hier Energiesparen auf breitester Basis in die Praxis umzusetzen. Energiesicherung ist für mich nicht nur eine Frage der Bevorratung, sondern auch eine Frage der Auffächerung der Ressourcen auf mehrere Energieträger, insbesondere auf solche, die eben möglichst umweltfreundlich gewonnen und bevorratet werden können und auch eine Frage der Energieforschung. Für mich persönlich ist der Ersatz von fossiler und nuklearer Energie durch Energie, die in unserem Lande in sauberer Art und Weise gewonnen werden kann, eine unverrückbare Notwendigkeit - wie gesagt, immer unter der Maßgabe der ökologischen Unbedenklichkeit. Auf einen Punkt möchte ich aber noch in diesem Zusammenhang besonders hinweisen, daß ist das in unserem Land bei unseren Elektrizitätsversorgungs- und produktionsunternehmen in reichlichem Maße vorhandene Energieerzeugungs- und -verteilungs-Know-how. Ich glaube, daß diesem Aspekt gerade auch, wenn man von einer internationalisierten, arbeitsteiligen modernen Wirtschaft spricht, noch nicht genügend Augenmerk geschenkt worden ist und daß in zukünftiger Zeit diesem Know-how, diesen Fähigkeiten, die Dienstleistung international zu vermarkten, mehr Augenmerk gegeben werden muß, wobei das nicht unbedingt nur im Kraftwerksbau selbst der Fall sein muß, sondern ganz allgemein im Tunnelbau für alle möglichen Projekte inklusive den Notwendigkeiten des Ausbaus der Bahnlinien, stattfinden könnte. Hohes Haus, noch eine Bemerkung zu den beiden Anträgen, die von der Opposition gestellt worden, es sind ja nicht sehr viele Anträge zu diesem Kapitel eingegangen. Offensichtlich ist ein gewisser Konsens im großen und ganzen über die Wirtschaftsförderung, zumindest in dem Bereich, den ich hier vortragen darf, erkennbar. Die beiden einzigen Anträge, die hier eingegangen sind, sind der Antrag der sozialistischen Partei zum Thema Nahversorgung, der bereits im Finanzausschuß in einen Konsens gemündet hat, und der andere ist eine höhere Dotierung des Berufsförderungsinstituts, zu welchem Thema ich einige Ziffern und einige Argumente noch anfügen darf, zum Beweis, daß der Vergleich der Förderung des Wirtschaftsförderungsinstituts und des BFI, so wie er im Budget enthalten ist, sehr wohl den realistischen Tatsachen entspricht. Das BFI hat im Jahre 1988 3.006 Personen in seinen Veranstaltungen registriert, demgegenüber das Wirtschaftsförderungsinstitut 13.150 Teilnehmer an Kur-

sen, Seminaren, Veranstaltungen aller Art. Nicht nur diese zahlenmäßige Gegenüberstellung ist ein Argument für die Richtigkeit dieser budgetären Ansätze, sondern vielmehr die Qualität und die Art der Veranstaltungen, die von diesen beiden Instituten durchgeführt werden. Man muß nämlich wissen, daß beim Berufsförderungsinstitut, bei aller Respektierung der berufsfördernden Kurse, die dort gemacht werden - da möchte ich mich also jeder abträglichen Bemerkung enthalten, im Gegenteil, nachdem auch wir in der Kammer in Teilbereichen mit dem BFI zusammenarbeiten, kann ich nicht sagen, daß dort schlechte Arbeit geleistet wird., Wohl aber muß man sagen, daß wesentliche Teile der Tätigkeit des Berufsförderungsinstituts darin bestehen, Veranstaltungen und Schulungsveranstaltungen im Auftrag der Arbeitsmarktvverwaltung zu machen, die selbstverständlich nicht in die Zuständigkeit des Landes Vorarlberg fallen, sondern zu 100% aus dem Topf des Sozialministeriums finanziert werden, also hier nicht noch einmal dotiert werden müssen. Weiters möchte ich in diesem Zusammenhang als nicht förderungswürdig betrachten die ganzen Sprachferienaktionen für Schüler und auch die Aktion »Tagesmütter«. Soweit zu der Art- und Qualitätsqualifikation der Veranstaltungen des BFI. Nun auf der anderen Seite das WIFI, das im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der gesamten Prüfungen im dualen Ausbildungssystem eine Aufgabe hat, die nicht nur eine besondere Qualifikation hat, sondern auch besonders kostenintensiv ist. Etwa 15 Werkstätten im WIFI sind zu 80 bis 90% fast ausschließlich für das Prüfungswesen vorgesehen und werden auch fast ausschließlich dafür benützt. Es ist klar, daß das WIFI-Budget für die Investitions- und Instandhaltungskosten dieser Werkstätten sehr aufwendig ausgestattet sein muß. Wir wollen ja die duale Ausbildung nicht nur in den Betrieben selber, sondern in der berufsbildenden Unterrichtung und auch unterstützt durch WIFI-Kurse besonders hochstehend gestalten und der Ausfluß davon ist dann eben die hohe Dotierungsnotwendigkeit des WIFI in diesem Zusammenhang. Das wären meine Anmerkungen zum Teilbereich gewerbliche Wirtschaft.

Präsident: Als nächster Redner (Zwischenruf Elmar Mayer: Zur Geschäftsordnung!).....

Elmar Mayer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Lieber Kollege Halder, ich möchte im Namen unserer Fraktion einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung einbringen. Wir haben die neue Entwicklung gehört im Falle des Pensionsfonds. Wir wollten kurz im Klub zusammensitzen. Wir haben gehört, daß die Budgetdebatte weitergeführt wird und sind dann selbstverständlich sofort herübergekommen, möchten aber unsere Beratungen fortsetzen und abschließen, damit wir über die vom ÖVP-Klub vorgeschlagene Vorgangsweise sprechen können und bitten daher um Unterbrechung der Sitzung im Ausmaß von einer halbe Stunde.

Präsident: Der Antrag steht. Ich lasse also über diesen

Antrag - Unterbrechung der Sitzung auf eine halbe Stunde - abstimmen. Unterbrechung auf eine halbe Stunde würde bedeuten bis 20 vor 8. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Ich unterbreche die Sitzung bis 20 vor 8.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen und um 19.45 Uhr wieder fortgesetzt.

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die Plätze einzunehmen. Wir fahren fort in der Gruppe 7, wobei wir strukturieren, wie ich gesagt habe - Wirtschaft allgemein, Fremdenverkehr, Energie, Landwirtschaft. Zur Wirtschaft allgemein habe ich als zweiten Debattenredner den Abg. Fend Otto. Ich erteile ihm das Wort.

Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß wir übereingekommen sind, daß wir bis etwa 1/2 10 Uhr tagen werden. Ich würde die Redner bitten, daß sie sich entsprechend kurz halten, damit wir zumindest das Budget durchbringen. Wenn das Budget abgeschlossen ist, dann wird ohnedies heute Schluß gemacht. (Zwischenruf Gehrler: Warum?) Weil wir es so vereinbart haben, die Klubobmänner sind zur Auskunft gerne bereit. Der Herr Abg. Fend hat das Wort.

Fend: Herr Präsident, Hohes Haus! Lassen Sie mich einige Worte zu der Budgetpost »Nahversorgung« und den Anträgen der SPÖ, die ja von der Mehrheit in das Budget aufgenommen worden sind, sagen. Bereits 1980 hat die Vorarlberger Landesregierung die große Gefahr, in die die Lebensmittelversorgung durch die immer häufiger auftretenden Schließungen von Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften geriet, erkannt. Wie aus der Statistik der Handelskammer ersichtlich ist, bestanden 1977 noch 578 Lebensmitteleinzelhändler mit einem Vollsoriment. 10 Jahre später, trotz wachsender Bevölkerung, waren es nurmehr 363. Die Verkaufsflächen hingegen stiegen in der gleichen Zeit von 42.000 m² auf 73.000 m². Dies bedeutet einen Zuwachs in Quadratmetern um 73%. Gleichzeitig sieht man daraus, daß viele Einzelhändler bereits das Geschäft aufgegeben haben, aber die Verkaufsfläche von Supermärkten wieder aufgefüllt worden sind. Bis 1988 nahm die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte stetig ab und zwar um weitere 64 Geschäfte. Der Zuwachs allerdings der Verkaufsflächen stieg in diesen acht Jahren nurmehr um 13% auf 83.000 m². Dieser Rückgang der Einzelhändler hatte zur Folge, daß in sechs Gemeinden keine Lebensmittelversorgung mehr besteht und in 30 Gemeinden nurmehr ein Geschäft die Nahversorgung aufrecht erhält. Was noch gravierender ist, daß bereits in Großgemeinden und in den Städten, in den Randbereichen keine Lebensmittelversorgung mehr gegeben ist. Ich bin überzeugt, daß sich das Sterben von Mittel- und Kleinbetrieben noch fortsetzen wird. Viele Geschäfte werden zur Zeit nur noch aus Tradition oder in der Erwartung einer baldigen Pension aufrecht erhalten. Die Gewinnsituation ist im Lebensmitteleinzelhandel erschreckend. Der durchschnittliche Rohaufschlag für Non-food-Ware und Lebensmittel beträgt ca. 19 bis 20%.

Rund 70% der Mittel- und Kleinbetriebe weisen in den letzten Jahren Verluste aus. Kleine Betriebe sind eher noch gewinnträchtig, wenn sie in den letzten Jahren keine wesentlichen Investitionen gemacht haben. Aber gerade die Betriebe von 12 bis 15 Millionen Umsatz, die größere Investitionen tätigen mußten, dadurch große Investitionsfinanzierungen benötigten, haben große Zinslasten, Löhne, Betriebskosten und vor allem auch Werbebeiträge zu bezahlen, sodaß fast kein Cash-flow mehr möglich ist. Die Großmärkte mit ihren Lockangeboten, die Mobilität der Menschen und das verstärkte Einkaufserlebnis in Großmärkten verlocken immer mehr, ihren Wochenendeinkauf nicht beim Händler ums Eck zu tätigen, sondern im Supermarkt. Das Konsumverhalten hat sich stark gewandelt. Dieser bildet meines Erachtens auch die wesentlichen Ansatzpunkte, damit trotz Förderung die Schließung von Geschäften sich nicht mehr weiter fortsetzt. Es bedarf daher meines Erachtens sowohl der Beeinflussung und Aufklärung des Konsumenten, wie auch der vorbildlichen Förderung der Landesregierung und der Gemeinden. Das Konsumverhalten muß durch Aufklärung und zwar durch die Gemeinde, durch Untersuchungen der Preissituation geändert werden. Es stellt sich nämlich heraus, wenn man einen Warenkorb untersucht und die Lockangebote der Supermärkte heraushebt, daß die Preisunterschiede gar nicht so gravierend sind, wie allgemein angenommen wird. Und auch der Ideenreichtum des Einzelhändlers muß den Kunden zurückgewinnen. Gerade eine gewisse Spezialisierung z.B. auf dem Gemüse- und Obstsektor, das Service und das richtige Warensortiment, können sehr wohl Käufer zurückgewinnen. Die zweite Maßnahme ist die Förderung durch die Vorarlberger Landesregierung, der sich die Gemeinden anschließen müssen, die ja in erster Linie von dieser Sorge betroffen sind. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr 31 Lebensmittelbetriebe mit insgesamt 860.000,- S unterstützt. Für das kommende Jahr sogar rückwirkend für 1989 wurden die Förderungsrichtlinien wesentlich verbessert. Die Haushaltsstelle »Sicherung der Lebensmittelnahversorgung« wurde mit 1,6 Millionen Schilling dotiert und durch die Annahme der SPÖ-Anträge um weitere 700.000,- S erhöht. Weiters wurden in die Förderungsrichtlinien nicht nur die Einzelhandelsfirmen, sondern auch Konsumgenossenschaften und neu ein Zustelldienst in das Förderungsprogramm aufgenommen. Die Umsatzgrößen, für die eine Förderung möglich ist, wurden meiner Meinung nach richtigerweise von 7 Millionen auf 10 Millionen Schilling Umsatz erhöht. Neben den Investitionskosten können auch Betriebskosten und Anschaffungen von Betriebsmitteln gefördert werden. Die Förderung besteht in einem 4%igen Zinszuschuß. Die Darlehenshöhe, für die eine Förderung möglich ist, wurde ebenfalls von einer Million auf zwei Millionen angehoben und der maximale Betriebskostenzuschuß von 40.000,- auf 80.000,- S erhöht. Für die Zustellung wurde ein Betrag von maximal 30.000,- S vorgesehen. Die Erhöhung der Förderungsbeträge ist sicher richtig. Aber weit wesentlicher im Sinne des Unternehmers erscheint mir, ist die in den neuen Richtlinien geforderte Betriebs-

beratung. Ich glaube nämlich, daß jede Förderung, die richtigerweise zeitlich begrenzt sein muß, das Sterben eines Betriebes nur verlängert, wenn nicht strukturelle, innerbetriebliche Umstellungen erfolgen, die einen Gewinn auf längere Sicht ermöglichen. Förderung kann nur eine begrenzte Hilfe zur Selbsthilfe sein. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Erstellung eines Entwicklungsplanes für neue Versorgungsstrukturen. Ich habe mit dem Klubobmann der SPÖ und auch in der Generaldebatte Dr. Keckeis sehr aufmerksam zugehört und wenn ich es recht verstanden habe, glaubt Dr. Keckeis, daß durch die Raumplanung oder eventuell Gewerbeordnung es eventuell möglich wäre, daß bei Bewilligungen für Großmärkte auch Filialen als Auflagen mitgeführt würden. Dieser Gedanke hat mich zuerst auch sehr fasziniert und ich bin dieser Überlegung sehr positiv gegenübergestanden, allerdings bei näherer Betrachtung glaube ich, daß es hier eventuell verfassungsrechtliche Bedenken geben könnte. Sollen z.B. nur Lebensmittelgroßhändler Filialen betreuen müssen und womöglich bei genügender Anzahl von Filialen weitere Märkte diese Aufgaben nicht mehr zu erfüllen haben. Ich glaube, daß es hier - wie gesagt - verfassungsrechtliche Bedenken geben könnte. Ich hoffe nicht, daß wirtschaftliche Eingriffe, die keine Rücksicht auf den Markt nehmen, zu einer dauernden Subventionierung und zu Gemeindebetrieben mit Landesförderung führen.

Präsident: Unter »Wirtschaft allgemein« habe ich keine Wortmeldungen mehr. Wir kommen also zum Fremdenverkehr. Zum Wort gemeldet ist Dr. Bernhard.

Dr. Bernhard: Herr Präsident, Hoher Landtag! Mit einem Plus bei den Gästenächtigungen von 5 % und mit einem neuen Einnahmenrekord von 12,8 Milliarden Schilling war das letzte Jahr für unseren Tourismus ein Jahr des Erfolges. Dieser Erfolg hat drei unterschiedliche Ursachen. Zwei sind nicht hausgemacht, die dritte Ursache ist sehr wohl hausgemacht. Die erste Erfolgskomponente war die Schneesituation in diesem Winter. Unser Land hatte genug Schnee, die anderen Alpenländer hatten keinen. Das hat uns einen gewaltigen Gästeansturm beschert, allerdings auch mit etlichen Problemen, insbesondere beim Tagesausflugsverkehr. Die zweite Komponente war, daß im Sommer die Umweltprobleme an der Adria den Urlaub in den Alpen und am Bodensee zu einer echten Alternative für die enttäuschten und verunsicherten Adria-Urlauber gemacht haben.

Die dritte Komponente ist hausgemacht, das sind die Qualitätsverbesserungen, die unsere Touristnswirtschaft in den vergangenen Jahren durchgeführt hat. Diese Qualität war dann auch dafür ausschlaggebend, daß unsere Fremdenverkehrsbetriebe die besonderen Chancen dieses Jahres, nämlich den Gästeansturm, voll nutzen konnten. An diesen Qualitätsverbesserungen haben die Landesförderungen, die die letzten Jahre schon konsequent ausbezahlt wurden, einen besonderen Anteil. Diese Förderungen gibt es auch 1990. Sie wissen, die Kreditverbilligungsaktion, die Qualitätsverbesserung der Privatzim-

mer, die Auslandswerbung, der Landestourismusverband usw. bekommen alle ihre Budgetmittel. Insgesamt bekommt der Vorarlberger Fremdenverkehr im nächsten Jahr 35 Millionen Schilling, das sind um 10% mehr als im Vorjahr.

Und diese Landesförderung ist gut, ja sehr gut, angelegt. Denn jeder fünfte Schilling - 20% des Bruttoregionalproduktes - der in Vorarlberg verdient wird, stammt aus dem Tourismus. Und etwas muß unterstrichen werden: Der Fremdenverkehr ist für die Menschen, die in unseren Bergtälern leben, weithin die Hauptverdienstquelle. Das muß auch als Rechtfertigung für die Landessubvention erwähnt werden.

Natürlich hat auch diese Branche ihre Probleme, ihre berufsspezifischen Probleme und auch die Umweltprobleme. Und gerade die Umweltproblematik ist in dieser Branche allgegenwärtig und damit auch die Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Im Vorarlberger Tourismus weiß man, daß man den Ast nicht absägen kann, auf dem man sitzt und man ist auch bereit, danach zu handeln. Besonders erfreulich ist es, daß ein weitgehender Konsens über Maßnahmen zur Eindämmung des Tagesausflugsverkehr in jenen neuralgischen Gebieten erzielt werden konnte, wo es im letzten Jahr an verschiedenen Wochenenden zu den bekannten Stauerscheinungen auf den Straßen, den Parkplätzen und auch auf den Pisten gekommen ist. Bei diesem Maßnahmenpaket handelt es sich um einen ersten Versuch. Es ist klar, daß wir in diesem Winter Erfahrungen sammeln werden, daß wir sie analysieren werden und nachher feststellen, welche Maßnahmen sich bewährt haben und welche noch verbessert und ergänzt werden müssen. Man kann also von diesem Maßnahmenpaket in diesem Winter noch keine endgültige Lösung der anstehenden Probleme erwarten.

Aber es ist sehr positiv, daß die Schiliftgesellschaften künftig bei den Gruppenermäßigungen bremsen werden und daß ganz allgemein für den Wochenendschilauf nicht mehr geworben werden soll. Diese und die anderen vereinbarten Maßnahmen zeugen von einem Problembewußtsein und auch von der Konsensbereitschaft der für den Tourismus Verantwortlichen. Erfreulich - das muß auch gesagt werden - sind die Aktivitäten des jungen Gastgewerbes, die bei ihren Mitgliedern zu Aktivität im Umweltbereich aufrufen. Sie propagieren die Müllvermeidung und die Mülltrennung in ihren Betrieben. Sie wollen ihre Mitarbeiter, ihr Personal dafür aktivieren und sie versuchen, auch ihre Gäste in alle diese Umweltaktivitäten einzubinden und sie dafür zu interessieren. Der Kollege Strohmaier hat heute vormittag bereits über die Aktion »Silberdistel« der Kleinwalsertaler Gastronomiebetriebe berichtet, das ist eine sehr vorbildliche Aktion und sie sollte da und dort in anderen Regionen Nachfolger finden.

Denn der naturnahe, der sanfte Tourismus soll weiterhin ausgebaut und ausgeweitet werden. Dieser Tourismus hat eine große Zukunft. Gleiches gilt vom Kulturtourismus - ich möchte das nur schlagwortartig sagen. Das Qualitätsangebot muß vor allem für den Sommer noch durch weitere Freizeiteinrichtungen ergänzt werden. Damit sind

Radwege, Erlebnisbäder und auch ein Golfplatz oder mehrere, gemeint.

Zum Schluß zwei sehr positive Beispiele, welchen Stellenwert unsere Tourismusbranche international bereits erreicht hat. Eine internationale Reisezeitschrift hat kürzlich die 10 Top-Hotels der Alpen gekürt. Unter diesen 10 führenden Hotels der Alpen waren zwei Vorarlberger - es waren übrigens die einzigen österreichischen Vertreter - dabei, ein Haus aus Lech, die »Post« kam auf den zweiten Platz, das Hotel »Lorünser« in Zürs auf den siebten Platz. Im Schweizer Fernsehen lief vor einiger Zeit unter dem Titel »Kassasturz« eine kritische Gegenüberstellung der schweizerischen und der Vorarlberger Hotellerie. Sie fiel für die Vorarlberger hervorragend aus. Es wurde bei unseren Hotels gelobt die Betreuung durch ein sehr freundliches Personal, durch ein gut ausgebildetes Personal, durch ein Personal, das den Gast in seiner Sprache versteht - immer im Gegensatz zu dem, was anscheinend in der Schweiz da geboten wird - die Vorteile der Familienbetriebe, wo immer jemand aus der Besitzerfamilie erreichbar ist, die Qualität der Mahlzeiten, die Qualität der Zimmer usw..

Demgegenüber fielen die Vergleiche für unsere Schweizer Nachbarn, also die dortigen Hotels, nicht so positiv aus. Nun wissen wir, daß unsere Schweizer Nachbarn bekanntlich nicht zu Minderwertigkeitskomplexen neigen - ganz im Gegenteil - und vor allem nicht uns gegenüber, ihrem Nachbarn östlich des Rheins. Daher war das, was ich da im Schweizer Fernsehen in einer etwa einstündigen Sendung gesehen habe, eine super Werbung für unser Land gerade im Hinblick auf das kritische schweizerische Publikum. Man sieht es auch allenthalben im Land, im Bregenzerwald wie im Montafon, daß wir schon sehr viele und zwar Dauergäste haben, nicht nur Tagesausflügler, sondern Dauergäste gerade auch aus der verwöhnten Schweiz. Unsere Qualitätsbetriebe haben es verdient und sie verdienen es, daß wir ihnen wie bisher die Landessubventionen für den Tourismus weiter geben.

Präsident: Als nächster hat der Abg. Strohmaier das Wort zum Thema Fremdenverkehr.

Strohmaier: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben die kleine Lobrede gehört und ich bin froh darüber, daß man sie hier einmal präsentieren kann, weil die Vertreter des Tourismus - wie ich es lieber höre, nicht Fremdenverkehr, wer verkehrt schon gern mit Fremden und selbst wenn man auch in Urlaub fährt, ist man doch auch lieber bei Freunden. Daß man solche Loblieder hört, das tut gut und der heimische Tourismus hat das auch verdient. Das Kapitel Tourismus kann heute meines Erachtens nicht mehr von Umwelt, Landwirtschaft, Verkehrsplanung, Familie und Gastarbeitern getrennt gesehen werden. Der Förderungsrahmen von 35 Millionen ist deswegen auch absolut gerechtfertigt und sieht man das touristische Marketingkonzept von 1989/1991 an, dann wird man feststellen können, daß dort ganz klare Aussagen auch drinnen sind über die Schwerpunkte - Ökologie vor Ökonomie, Einheimische vor Gäste. Und das ist für mich

auch ein ganz ganz wichtiges Anliegen. Man sollte auch im Fremdenverkehr nicht immer nur den Gast sehen sondern auch den Einheimischen, der ja 12 Monate in dieser Region leben muß und nicht wie der Gast, der zu uns kommt, der nach 14 Tagen wieder geht und manchmal eben die Landschaft, die Umwelt sehr sehr stark beansprucht und verkonsumiert. Und als dritten Punkt: Qualität vor Quantität. Diese Bestrebungen sind ja schon seit langem im Gange. Und wer heute den Tourismus als jene Wirtschaftssäule in unserem Lande richtig einschätzt, wird dieses Konzept auch gutheißen müssen. Nur ist eines auch sicher, dieses Konzept verlangt viel mehr noch, nämlich mehr und fachlich gute Mitarbeiter. Und das ist ein Problem, welches uns momentan ja ganz stark drückt. Der bestehende Arbeitsmarkt ist fast ausgetrocknet. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Die Leute besser bezahlen, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen besser beachten!) Das müssen Sie mir nicht sagen, nein das stimmt einfach nicht. Herr Abgeordneter, das mag in Einzelfällen stimmen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ich bringe Ihnen Statistiken, wo Sie sehen werden, daß die meisten arbeitsrechtlichen Verletzungen im Gastgewerbe vorkommen.) Die gibt es sicher auch. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Die meisten ...! - Na,na, da belege ich Ihnen schon!) Ich sage Ihnen eines, wenn heute das Arbeitsinspektorat auftaucht z.B. um 5 Minuten vor zwei - ich sage es Ihnen nur, wie es die Tatsache ist. Ich weiß, wovon ich spreche. Sie können immer von Dritten etwas hören und das weitergeben. Wenn heute einer vom Arbeitsinspektorat kommt um zwei Uhr oder kurz vor zwei und der Koch steht drinnen und hat eine schmutzige Schürze, nachdem er zwei Stunden gearbeitet hat, dann scheint das als eine Beschwerde auf. Und das sind auch Dinge, die dann als Beschwerde weitergegeben werden. Aber das hat mit dem eigentlichen Betrieb dann sehr wenig zu tun. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Ich rede von Kollektivvertragsverletzungen und sonstigen arbeitsrechtlichen Verletzungen, niedrige Bezahlung Glocke! Präsident: Das Wort hat der Abg. Strohmaier! - Dr. Keckeis: Sonst muß ich mich zu Wort melden!) Machen Sie das. Da kann man Ihnen sicher die richtigen Antworten daraufgeben. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das können Sie jetzt schon!) Der Saisonierstatus wird da sicher Abhilfe schaffen mit den gewissen Rahmenbedingungen, die man irgendwo ausarbeiten wird müssen. Um weiter einen qualitativ hochwertigen Tourismus anbieten zu können, wird es unbedingt nötig sein, auch Änderungen in den Zumutbarkeitsbestimmungen herbeizuführen, ebenso Mittel aus der Wohnbauförderung für die Schaffung neuer und besserer Mitarbeiterwohnungen und zwar sehe ich schon da auch die Notwendigkeit, diese Wohnungen auch für Saisonbetriebe zur Verfügung zu stellen. Da war einmal die Diskussion - ich kann mich erinnern, Herr Landeshauptmann, als Sie bei uns drinnen waren - wo man die Meinung vertreten bat, das sei nur möglich in Ganzjahresbetrieben. Ich finde, es muß auch möglich sein, daß Zweisaisonbetriebe genauso in - wenn es zu dieser Förderung kommt - den Genuß dieser Förderung kommen, wobei ich da die Möglichkeit auch sehe, wenn einmal die Zuschüsse, die Förder-

ungsmittel für die Qualitätsverbesserung der Zimmer, wenn die nicht mehr ausgeschöpft werden, daß da auch aus diesem Budgetrahmen für die Mitarbeiterwohnungen vielleicht Mittel hineinfließen könnten. Das nächste, was dringend nötig ist, ist eine Reform der Getränkebesteuerung. Das ist ein Anliegen, das schon lange herumgeistert, aber ich darf Ihnen vielleicht ein paar Zahlen sagen, die das untermauern und rechtfertigen. Wenn in Österreich das Bier mit 31,5% und der Wein mit 29% in etwa besteuert ist, dann ist das in der BRD beim Bier mit 15%, beim Wein mit 12%, in Italien das Bier mit 1(1%, der Wein mit 8% und in der Schweiz das Bier mit 5,5% und der Wein mit 2,8%. Wenn man von den hohen Getränke- und Nebenkosten für den Gast spricht, dann muß man auch da ansetzen wo eben da die Steuern daraus bezahlt werden müssen. Und wenn Getränkesteuer für Dienstleistungen bezahlt werden, dann ist das halt irgendwo reformbedürftig. (Zwischenruf Riedmann: Wenn die Steuern gesenkt werden, werden sie nicht weitergegeben.) Das nächste, was kommen wird müssen, ist eine steuerliche Gleichbehandlung bei Vereinsveranstaltungen. Ich will nicht sagen, daß heute Vereine, wenn sie sich selbst finanzieren - unter Anführungszeichen - diese nicht kriegen oder diese selbst nicht erwirtschaften, verlangen sie sie von der öffentlichen Hand. Aber es ufert teilweise soweit aus, daß eben verschiedene Vereine eben zu Festvereinen werden und das ist sicher nicht mehr tragbar. (Zwischenruf Dr. Keckeis) Wenn man unserem Tourismus jenen Stellenwert, den er auch als Arbeitsplatzsicherer und als Devisenbringer hat, in unserer Wirtschaft erhalten will, wird man auch in Zukunft eine stärkere Direktförderung ins Auge fassen müssen, weil von diesen 35 Millionen gehen nur etwa 7 Millionen in die Direktförderung, das andere fließt entweder in den Landesverband für Tourismus - wo ich eigentlich auch sehr froh bin, daß dort die Mittel aufgestockt wurden - aber der Konkurrenzdruck sowie die geringe Eigenkapitaldeckung in der Gastronomie - man muß sich einmal vorstellen, daß heute die Gastronomie aus Konkurrenzgründen oft gezwungen ist, mit 15 bis 20% Eigenkapitaldecke Projekte und Sanierungen in Angriff zu nehmen, dann weiß man, wie unter Druck die Gastronomie eigentlich steht. Und wenn man die Zuwachsraten, die wir ja von der Quantität in die Qualität umwandeln wollen, trotzdem weitergehen, dann wird man wissen, daß Ende der Neunzigerjahre auch im Land der Tourismus ganz vorne, wahrscheinlich an erster Stelle stehen wird. Die Umwelt muß auch von der Gastronomie, vom Tourismus, in Zukunft sensibler betrachtet werden, das gilt besonders bei Neuerschließungen, das gilt - wie ich heute vormittag schon gesagt habe - bei Müllentsorgung, Müllvermeidung usw.. Diese Initiative, die wir im Walsertal gestartet haben, ist glaube ich, hier beispielgebend und wird sicher Nachahmer finden - so hoffe ich. Die Verkehrssituation, unter der nicht nur das Montafon so zu leiden hat - bei uns ist die Situation ähnlich. Aus dem Allgäuer Raum, die sind 500 m tiefer, wenn unten kein Schnee liegt, dann kommt halt alles rein. Diese Mittel, die wir dort benötigen werden, um das zu lösen, bin ich überzeugt, da wird das Land dazutun müssen. Ich sehe aber in

der Finanzierung gar nicht das große Problem, sondern im Konzept. Und wenn ich Ihnen sage, daß wir ein halbes Jahr jetzt im Walsertal zusammensitzen mit wöchentlich einer Sitzung, um was Brauchbares drauszumachen - wir spielen sämtliche Möglichkeiten durch, vom Auffangparkplatz, wo man die Schranke fallen läßt und sagt, jetzt geht nichts mehr bis zur hohen Maut, weil das ist auch heute schon auf der Bundesstraße möglich, weil die Leute auch sensibler in der Behörde sind, wenn es um Umwelt und Leute geht. Aber das Konzept, das ist das Problem und nicht die Finanzierung. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Sie brauchen einen Tunnel in den Bregenzerwald!) Den wollte schon jemand einmal machen, aber der ist nicht mehr so aktuell. Jedenfalls, die Gastronomie ist auch bereit (Zwischenruf Landesrat Mayer: Damit Sie mehr Luft kriegen!) Ich gönne es Ihnen ja, daß Sie den Bregenzerwald da kennenlernen auf dem kürzeren Weg, aber jetzt müssen Sie halt noch lieber außen herum zu uns kommen. Ich bin halt der Meinung, die Gastronomie hat aufgezeigt, daß sie sehr wohl bereit ist, die Probleme der Umwelt anzufassen und ihren Teil dazu beizutragen und auch Lösungsvorschläge zu bringen. Und da muß ich jetzt noch etwas einflchten, weil ich die Landwirtschaft da natürlich ganz eng damit verbinde. Als vor zwei Jahren bei uns die Biotopkartierung vorgestellt wurde, war ein sehr erlauchter Rahmen von Doktoren und Fachleuten vertreten und vorne stand auch ein Dr. Broggi, der Dr. Beck, und da hat man versucht, alle jene Vereine, die halt irgendwo da waren - Fischerei, Jagd und Gastronomie und Gemeindevertretung - klarzumachen, was denn ein Biotop ist. Und wir sind froh, daß unsere Biotopkartierung immerhin ein Werk ist von 600 oder 700 Seiten. Wir sind froh, daß wir die Natur so gut erhalten konnten drinnen. Aber da wollte man uns eben klarmachen, was ist denn ein Biotop und was ist ein Feuchtgebiet und was ist ein Naturschutzgebiet usw. und da stand hinten ein Bauernvertreter auf und sagt ganz klar: »Wissen'S was Herr Doktor, seien'S bitte still. Wenn wir nicht schon seit Generationen Landschaftsgärtner wären, hätten Sie gar keine Chance, jetzt zwei Jahre an dem Werk zu arbeiten.« Und das ist eigentlich die Kernaussage, die ich damit meine, daß in diesen Regionen vermehrt dem Landwirt die Pflege der Natur, eben des Landschaftsgärtners, zukommen wird. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Das wollen aber die Bauern nicht sein!) Das glaube ich nicht. Man muß nur den Rahmen dazu schaffen und zwar über die Flächennutzungsprämien hinaus. Da wird Land, Gemeinde und auch die Gastronomie gefordert sein. (Zwischenruf Dr. Häfele) Warum sollen wir uns nicht verstellen? Na, Sie gefallen mir so. (Zwischenruf Präsident: Der Abgeordnete Strohmaier hat das Wort. Bitte den Redner nicht laufend zu unterbrechen. Wenn wir schon um 12.10 Uhr fertig sein sollten, dann möchte ich ein bißchen zügig...! - Zwischenruf Präsident: Nein, das habe ich nicht. Ich habe auch dem Redner nichts gesagt, sondern dem, der dazwischengerufen hat! - Dr. Häfele: Herr Präsident, unterbrechen Sie mich nicht. - Präsident: Herr Abgeordneter Häfele, ich bitte Sie, sich zurückzuhalten!) Herr Dr. Häfele, gestatten Sie mir, daß ich weiterspreche? (Zwischenruf Dr. Häfele: Bitte gerne!)

Danke sehr. Es wird die Gastronomie gefordert sein, auch hier ihren Teil dazu beizutragen, wenn heute die Hochalpen und die Kulturalpen versteinern, verwildern usw. und ich kann Ihnen sagen, wenn wir im Walsertal in den letzten 30 Jahren 17% mehr Waldflächen aufweisen, dann muß ich sagen, da ist irgend etwas auf dem falschen Gleis gelandet. Wald ist gut, mehr Wald ist auch gut, aber wenn es anfängt, dorthin zu gehen, daß die Alpen verwildern, dann ist das nicht mehr gut. Und darum sind eben alle gefordert, ihr Scherfchen dazu beizutragen, daß dies in Zukunft nicht der Fall ist und daß es einfach lukrativ ist, auch oben wieder einmal Steine zu klauben oder eben zu schwenden oder sonst was zu machen. Ein richtiger Schritt - meines Erachtens - von unserer Landwirtschaft im Lande ist das Vorarlberger Qualitätssiegel, welches noch weiter ausgebaut werden muß, daß marktgerecht auch für die Gastronomie produziert wird und die Bedürfnisse der Gastronomie voll zufriedengestellt werden. Daß die nicht von Importen leben muß, wollen sie erstklassige Qualität anbieten. Und zwar ist es ja auch so, daß der Preis, der mit diesen Waren erzielt werden kann, kommt ja nicht von ungefähr, der liegt ja bei weitem höher, wenn die Qualität stimmt. Allerdings darf es nicht sein, daß subventioniert am Markt vorbeiproduziert wird, wie es teilweise in der EG der Fall ist. Dann haben unsere Bauern auch bei uns hier sehr wohl eine gute Überlebenschance, wenn sie nur unseren gastronomischen Markt, der für Qualität nach außen eintritt, wenn sie den befriedigen können. Ich bin froh, daß das Übereinkommen auch bei uns im Tal mit den Bahnen zustandekam, daß die keine Werbung mehr im Nahgebiet machen, daß sie die Gruppenermäßigungen nicht mehr geben. Und eines möchte ich noch kurz dazusagen, was leider zu wenig oft angesprochen wird: Die tragenden Säulen unseres Tourismus sind die Klein- und Mittelbetriebe bei uns und in diesen Klein- und Mittelbetrieben würde es ohne die tüchtigen Wirtinnen und Gastronominnen auf keinen Fall gehen. Und denen fällt die Hauptlast zu und das müßte man auch einmal in einer anderen Weise einfach hervorheben. Das ist einfach Tatsache, weil ohne Frau geht es in diesen Betrieben überhaupt nicht.

Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Flinspach zum Fremdenverkehr.

Flinspach: Diese 35 Millionen für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs werden in erster Linie für Werbung eingesetzt national und international. Was wird unseren zukünftigen Gästen für dieses Geld verkauft? Es wird ihnen Vorarlberg - Urlaub im Ländle - verkauft mit großen schönen Bildern, mit bunten Bildern von Schneelandschaften, von unberührter Natur, Illusionen und Träume. Wenn diese Gäste ins Land kommen, finden sie zum Teil diese Traumlandschaft noch vor, zum Teil nicht. Ich gehe mit dem Herrn Landtagsabgeordneten Strohmaier absolut einig, daß, bevor das Geld verstärkt immer in die Werbung gesteckt wird, Maßnahmen für die heimische Bevölkerung getroffen werden müssen, für die Bereisten, wie das im neuen Jargon der Fremdenverkehrs-

Werbung heißt. Es heißt nicht mehr die Einheimischen und die Eingeborenen, sondern es heißt die Bereisten. Ich finde das einen sehr passenden Ausdruck. (Zwischenruf Halder: Bereisten?) Daß diese auch eine Mitsprache bekommen bei der Errichtung von neuen Infrastrukturen in den Fremdenverkehrsorten, daß zuerst einmal mit den Leuten dort gesprochen wird, daß sie das volle Mitspracherecht haben, daß nicht noch mehr Zweitwohnungen, Apparthotels und solche Gebäude, wie sie in diesem schönen Land schon häufig stehen, daß die nicht weiter so gebaut werden wie bisher. Eine weitere Besserstellung muß auch meiner Meinung nach das Gastgewerbepersonal erhalten. Ich kann in der Beziehung selber mitreden, mein Sohn war auch im Gastgewerbe. Ich habe ihn besucht. Die Unterbringung ist zum Teil unter Verhältnissen, die nicht einmal hygienepolizeilich zulässig wären. In dieser Richtung kann wirklich noch viel getan werden. Und eine Förderung von Wohnungen für das Gastgewerbe finde ich unter diesen Voraussetzungen auch gut. Noch ein Schlagwort der neuesten Zeit - ein Zeitgeistschlagwort sozusagen - ist der Begriff »sanfter Tourismus«. Er wird auch im Vorarlberger Fremdenverkehrskonzept teilweise verwendet und teilweise ansatzweise verwirklicht. Was verstehen wir unter »sanftem Tourismus«? Wir verstehen alternative Projekte, alternative Ferien und Bildungshäuser, wie sie in der Schweiz schon vorhanden sind und von eben den sogenannten »alternativen Touristen« auch sehr gut angenommen werden. Ich vermisse derartige Einrichtungen in Vorarlberg. Vielleicht könnte sich der eine oder andere im Gastgewerbe Tätige einmal Gedanken machen, auch ein alternatives Projekt in vielleicht einem bestehenden alten Haus einzurichten, d.h. ein Projekt, in dem die Gäste selber zur Mitarbeit angehalten sind, in dem die Gäste auch selber kochen. Die Lebensmittel werden nach Menüplan zur Verfügung gestellt. Ich war 13 Jahre in einem solchen Projekt. Es macht sehr viel Freude und sehr viel Spaß und es fördert die Kommunikation zwischen den Gästen. Eine weitere Forderung von uns, die auch der Herr Strohmaier bereits angesprochen hat, ist die Qualität der Lebensmittel im Gastgewerbe. Warum werden nicht mehr heimische Produkte verwendet? Je nach Saison, von" den Bauern direkt, ob das Käse ist, ob das Honig ist, ob das Vollkornbrot ist, ob das die Eier sind von den glücklichen Hühnern. Dieser kleine Preisunterschied wird von den Gästen sicher gerne getragen. Nur ist der Unterschied der Menüs dann natürlich in der Saison einmal so, einmal so, je nach Angebot. Eine weitere Forderung von uns wäre: Keine weiteren Abrundungen von Schigebieten mehr! Das heißt ja heute schon lange nicht mehr Neuerschließung, das heißt Abrundungen. Erwiesenermaßen sind die Schneedecken stark verschmutzt in stark befahrenen Schigebieten. Es sind nicht nur die Pflanzen gefährdet, es sind auch die Trinkwässer gefährdet, die Quellgebiete, durch diese Verschmutzungen. Und ich denke, wir brauchen auch kein Gletscherschigebiet, wie es in anderen Bundesländern ist, wie es einmal auf der Schesaplana geplant war. (Zwischenruf Landesrat Mayer: Die Gletscher sind geschützt, dank Klein-Alfred!) Inzwischen sind

sie geschützt - gut. (Zwischenrufe - Präsident: Das Wort hat die Frau Abg. Flinspach!) Eine Post, die ich im Budget vermisse, gehört der Aufforstung. Diese Grünpflege, die bei uns betrieben wird, ist zum Teil nur eine Optik fürs Auge, aber entspricht nicht der Wiederbepflanzung mit Pflanzen aus dieser Höhenlage. Es gibt Methoden, die Pisten wieder mit Pflanzen zu bepflanzen, die auch die Erosionen aufhalten bzw. auch durch ihre Verwurzelung, durch ihre Blattausbildung diese Vermurungen, wie sie in den letzten Jahren aufgetreten sind, doch etwas mehr aufhalten, als das bei diesen langhalmigen Gräsern, die gepflanzt werden, der Fall ist. Ich kann da der Landesregierung den Ökologen Karl Partsch sehr empfehlen, der in dieser Sache auch am Kriegerhorn schon gearbeitet hat. Es gibt auch Bestrebungen, in Österreich Naturschutzparks einzurichten. Ich weiß nicht, wie weit das in Vorarlberg geplant ist. Naturschutzparks, in die die Bauern keinen Eintritt haben, aber dafür die Touristen. Das ist meiner Meinung nach kein Projekt für einen sanften Tourismus.

Präsident: Das Wort zum Fremdenverkehr hat als nächste die Frau Abg. Kräutler-Berger.

Kräutler-Berger: Bevor ich zur Sache rede, Herr Präsident, sei mir erlaubt, zur Geschäftsordnung kurz etwas zu sagen. Ich schlage vor, in Zukunft die Sitzungen um 20.00 Uhr zu beenden, weil der Aufmerksamkeitsgrad ein minimaler ist, weil (Zwischenruf Landesrat Mayer: Täuschen'S Ihna net!) - Es tut mir leid, Herr Landesrat Mayer, Sie haben mir gerade vorher gedeutet, ich solle nichts sagen, weil Sie möchten nach Hause Schlafengehen. (Zwischenruf Landesrat Mayer: Es hat mich gefreut, daß Sie einmal lachen! - Präsident: Ich teile die Meinung der Frau Abg. Berger, was den Aufmerksamkeitsgrad gerade in der letzten Viertelstunde anlangt. Aber um 8.00 Uhr Schluß machen - ich glaube, es müßte den Abgeordneten auch möglich sein, über 8.00 Uhr hinaus aufmerksam zu sein. Ich bitte deshalb, auch in der letzten Stunde noch um etwas mehr Disziplin!) Danke, Herr Präsident, genau das wollte ich damit sagen.

Es wurden hier sehr lobende Worte gefunden für unseren Fremdenverkehr, für unsere Gastronomie. Der Herr Abg. Bernhard hat sehr lobend erwähnt die Hoteliersfamilien, deren Verdienst es ist, daß unsere Gastronomie so gut dasteht. Nun, dieses Verdienst hat einen hohen Preis. Einen Familienbetrieb zu führen, hat einen allzu hohen Preis, nämlich, er kostet die Familie. Wenn Sie sich das Familienleben anschauen, das solche Familien zu führen haben, das findet im Betriebsurlaub statt, sofern es ihn überhaupt gibt. Das findet am Ruhetag statt, sofern es den überhaupt gibt. Die Kinder von diesen Top-Gastronomen, die Sie erwähnt haben, fristen ihr Dasein in Internaten - meistens in katholischen Internaten. (Zwischenrufe) Die Familien werden getrennt und (Glocke!) Es tut mir leid, ich schildere das, weil ich sehr viel persönliche Erfahrung habe, sehr viel Erfahrung habe mit Menschen, die aus solchen Familien kommen. (Zwischenruf Dr. Lins: Wir auch, wir gehen täglich ins Gasthaus!)

Wenn wir gerade bei der Hotellerie sind: Ich finde es ja wirklich sehr lobenswert, Herr Kollege Strohmaier, daß sich die Walsertaler Gastronomen um mindestens 1/4 nach 12 dazu durchgerungen haben, etwas für den Umweltschutz zu tun. Sie machen jetzt Schadensbegrenzung in minimalster Form. Wenn man sich das Kleine Walsertal anschaut, das ist wirklich so ein super Beispiel für Verschandelung durch Tourismus, für Zerstörung durch Tourismus, für Zerstörung durch Profitsucht. Und jetzt um 1/4 nach 12 rühmen Sie sich Ihrer Initiative. Es ist ja gut, daß Sie überhaupt etwas tun. (Zwischenruf Strohmaier: Ich muß Sie jetzt aber fragen, ob Sie das Kleinwalsertal kennen.) Ich kenne das Walsertal und ich habe vor 10 Jahren bei einem Sommerausflug ins Kleine Walsertal mich entschlossen, das Schifahren aufzugeben, nämlich als ich gesehen habe, was aus diesen Pisten, aus diesen ehemaligen Wiesen und Waldgebieten durch dieses Schifahren wird. Also, es war sogar schon vor 10 Jahren mit freiem Auge ersichtlich, was es heißt, wenn Wiesen versteppen. Und mit Qualtinger möchte ich sagen: Kleinwalsertal - Steppe, nichts als Steppe.

Eine weitere Folge dieses Hotelleriedilettantismus ist die Verstadelung unserer Landschaft, die Verschandelung durch die Lederhosenarchitektur. Für diese Architektur, Herr Strohmaier, müssen sich die armen Gastronomen so hoch verschulden. Mit dieser Verschandelung findet ein enormer Kulturverlust statt. Der Herr Landeshauptmann hat schon vom Begriff »Heimat« geredet in seiner Grundsatzklärung. Der Begriff »Heimat« ist ein ganz wichtiger geworden, seitdem man ihm nicht mehr Blut und Boden zuschieben kann. Nun, der Heimatverlust ist ja eine Tatsache. Und Heimatverlust wird durch den Verlust von Kultur und Architektur - das ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Kultur - schlicht und einfach vergrößert. Das zum Lob unserer Hotellerie, unseres Fremdenverkehrs.

Nun möchte ich aber noch einmal darauf zurückkommen, was der Herr Abgeordnete Strohmaier bejammert hat, nämlich die mangelnden Arbeitskräfte in der Gastronomie. Ich glaube das wirklich, Herr Gastwirt Strohmaier, daß Sie Probleme haben, Arbeitskräfte zu bekommen, daß Ihre Kollegen das haben, weil wenn man sich die Arbeitsbedingungen anschaut in der Gastronomie - und hier möchte ich sagen, daß sie in den Kleinbetrieben noch wesentlich besser sind als in den großen Betrieben. Da werden die Leute wirklich noch ausgebeutet und ich sage das, Sie können mir jetzt ins Gesicht hupfen. Es ist eine Tatsache. Es herrschen nicht einmal vom Recht her dieselben Bedingungen für Bedienstete in der Gastronomie. Die 40-Stunden-Woche, der freie Abend usw., den gibt es nicht. Am Sonntag wird auch noch gearbeitet. Und was mit den Lehrlingen passiert in der Gastronomie, davon kann die Arbeiterkammer ein Lied singen. Ausnützen dieser billigen Arbeitskräfte zu Arbeiten, die überhaupt nicht ihrem Lehrberuf entsprechen, Putzarbeiten etc. etc. und dann auch immer wieder Gewaltakte von Chefs gegen Lehrlinge. Das passiert immer wieder, schauen Sie sich um in den Hotelküchen, schauen Sie sich um, wenn halt ein Koch einmal narrisch wird, weil er die Hitze nicht

verträgt, dann bekommt halt der Lehrling den Holzschuh in den Hintern - Pardon. Das sind halt Tatsachen und Sie müssen die einfach einmal hören. Und die Beschäftigung von Saisonarbeitern ist doch wirklich keine Lösung. Humane Arbeitsbedingungen für diese Menschen und Sie werden auch Einheimische bekommen für diese Arbeit. Oder, Herr Abgeordneter Holzer, gehen Sie schwarz Geschirr waschen in eine Hotelküche und heben Tonnen am Tag? Wir kennen den Saisonierstatus aus der Schweiz, wir kennen die sozialen Bedingungen. So etwas in unserem Land einzuführen, in einem Land, das sich sozial nennt, das wäre wirklich ein großer Rückschritt.

Ich rede nicht gerne von Statistiken und diesen Zahlen - ich möchte Ihnen ganz gerne persönliche Erfahrungen sagen: Ich bin die Tochter einer steirischen Saisonarbeiterin, die im Gastgewerbe in der Schweiz gearbeitet hat. Ich weiß, was das für eine Familie heißt. (Zwischenrufe Dr. Werber: Wo bleiben die konstruktiven Vorschläge? - Holzer: Kein Einkommen! - Präsident: Bitte um Ruhe!) Konstruktive Vorschläge sind: diesen Saisonierstatus nicht einzuführen und auf keinerlei Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes hinzuwirken. Ein konstruktiver Vorschlag ist, nicht weiter unsere Landschaft, unsere Kultur diesem Götzen Tourismus zu opfern. Und einen Tourismus zu gestalten, der wirklich dem Menschen das bietet, was sie suchen - Erholung, gute Luft, gutes Wasser, Menschlichkeit.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Mag. Stemer.

Mag. Stemer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich zu dieser Zeit nicht mehr zu Wort melden, aber einige Bemerkungen machen das - wenigstens für mich persönlich - notwendig. Einmal möchte ich die Worte des Kollegen Bernhard unterstützen, der unter anderem gesagt hat, daß diese Maßnahmen gegen gewisse Auswüchse im Tourismus - ich meine hier insbesondere den Tagestourismus - zunächst einmal beobachtet werden müssen, die Situation beurteilt werden muß und dann andere weitgreifende Maßnahmen getroffen werden können. Ich halte nichts von solchen Ho-ruck-Aktionen, die uns - ich schaue Sie jetzt bewußt an, Frau Abgeordnete Kräutler-Berger - etwas kaputt machen, was eine Generation vor uns von Null aufgebaut hat und diese Zahlen, die der Kollege Bernhard gebracht hat, rechtfertigen wohl die Tatsache, welchen Stellenwert der Fremdenverkehr in unserem Lande und in verschiedenen Talschaften insbesondere hat. Ich gehöre jener Altersgruppe an, die sehr wohl noch sehr gut mitbekommen hat, unter welch' schwierigen Verhältnissen - meine Eltern haben das erlebt, die Anfang der 50er Jahre vier Kinder aufzuziehen hatten und dann auch noch ein Haus zu bauen und gezwungen waren, drei oder vier Zimmer in diesem Hause zu vermieten, weil sonst diese Kosten nicht aufzubringen gewesen wären. Einige Bemerkungen machen es einfach notwendig, darauf einzugehen. Illusionen, Frau Abgeordnete Flinspach, auf Prospekten, das haben Sie auch schon festgestellt, wenn Sie irgendwo

anders in Urlaub gefahren sind, daß der Ist-Zustand am Orte Ihres Urlaubszieles nicht ganz völlig identisch war mit dem, was auf dem Prospekt war. Daß wir unsere Landschaft so anpreisen, wie sie wirklich auch ist in vielen vielen Bereichen, das ist wohl klar und daß man in der Tourismuswerbung insbesondere das dem Gast vermitteln will, was er in seiner Heimat, in den Ballungsgebieten ja nicht antrifft, das ist ja wohl eine klare Sache. (Zwischenruf Riedmann: Das kann man mit billigeren Prospekten, wie es der Landesfremdenverkehrsverband macht, auch tun! Glocke!) Ich nehme jetzt nicht Bezug auf den Landesfremdenverkehrsverband, sondern ich gehe jetzt in aller Kürze auf diese Bemerkungen ein. Was die Zweitmwohnungen anbetrifft, Frau Abgeordnete Flinspach, haben wir doch seit vielen Jahren in den Fremdenverkehrsgebieten eine sehr sehr restriktive Gemeindepolitik in sehr vielen Gebieten. Mir kommt vor, als ob Sie hier - das ist mir zufällig aufgefallen - Krippendorf gelesen hätten, der natürlich von Beispielen aus Schweizer Berggebieten und auch aus französischen Berggebieten ausgeht. Das ist doch bei uns schon einige Jahre erkannt worden. Die ganzen Kurse, Kochkurse, Hobbykurse - bei uns nimmt man die Leute zum Heuen mit, zum Fischen, Botanikkurse, Sternwanderungen - ich könnte eine unendliche Palette hier dranfugen - die werden doch bei uns schon seit einigen Jahren in fast allen Gebieten, in allen Fremdenverkehrsregionen gemacht. Das ist doch nicht neu. Die Schesaplana als Gletscherschigebiet zu erschließen, ist doch schon längst entschieden. Ich weiß nicht, wieviele Jahre das her ist, daß man das heute hier (Zwischenrufe: 10 Jahre!) anlässlich der Budgetdebatte bringen muß. Das klingt ja fast wie ein Hohn. Und was die Bepflanzungen von Pisten anbetrifft: Bitte gehen Sie doch nicht von Beispielen aus, wie sie in anderen Gebieten passiert sind. Ein Dipl.-Ing. Manhardt in Lech, andere Betriebsleiter bei den Seilbahnen haben schon vor einigen Jahren erkannt, daß sie auf den Pisten mit solchen Begrünungsmaßnahmen, und zwar ökologisch begründbar und in Ordnung befindlichen Begrünungsmaßnahmen, die größten Erfolge erzielt haben, da soll man doch nicht den Teufel an die Wand malen. Ich verteidige damit nicht rundum den Tourismus. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß wir einiges zu tun haben, um gewisse Auswüchse einzuschränken. (Zwischenruf Kräutler-Berger: Sie sind ja Leidtragender!) Den Teufel an die Wand malen, halte ich einfach für falsch bei einem Wirtschaftsbereich, der so wichtig für unser Land ist. Daß gewisse Korrekturen erforderlich sind, das streite ich ja nicht ab. Und eine letzte Bemerkung: Sind Sie mir nicht böse, Frau Abgeordnete, die Aufmerksamkeit in diesem Hohen Hause, die macht mir in den letzten Tagen auch Probleme, aber vor allem aus einem Grund und es wird unter diesen Umständen nicht gelingen, diese Sitzung um 8.00 Uhr zu beenden, wie Sie es wünschen, nämlich dann nicht, wenn man so lange - und ich habe es gestern schon verwendet - zynische und polemische Debatten führt, nämlich dann, wenn die Galerie besetzt ist - wie Sie sich gestern ausgedrückt haben - wenn der »Souverän« da ist und wenn vor allem die Pressebank vollbesetzt ist. Das

halte ich einfach nicht für richtig und wenn das gestern und heute nicht der Fall gewesen wäre, hätten wir das Budget schon längst durch.

Präsident: Zum Thema »Fremdenverkehr« liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zu Energie..... (Zwischenruf Pröckl: Doch!) Bitteschön. Der Abg. Pröckl hat das Wort.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich halte mich ganz kurz, da können Sie sich darauf verlassen. Aber weil genau Arbeitnehmerfragen angesprochen worden sind im Hotel- und Gastgewerbe: Hier vielleicht einmal eine Zahl, ich weiß nicht, ob alle das hier überhaupt wissen: Wir haben - wenn ich sage wir, dann hat die Arbeitsmarktverwaltung knapp über 18.000 Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter bewilligt für das Hotel- und Gastgewerbe. Das ist das erste. (Zwischenrufe: 18.000?) Ja, 18.000 österreichweit und zusätzlich Kontingente, so wie heuer wieder 300, letztes Jahr 540. Aber das ist ja nicht das alleinige Problem. Das Problem ist ja ganz ein anderes und zwar beginnt es dort, wo die Kolleginnen und Kollegen im Gastgewerbe anfangen - ich meine jetzt die ausländischen Kolleginnen und Kollegen - nach kurzer Zeit, also so als Durchlaufposten, sofort wieder bei den einzelnen Fachgewerkschaften und den Arbeitsämtern vorsprechen und dort um Aufnahme in die verschiedensten Betriebe ansuchen. Das ist das Problem. Und ich glaube, wenn die arbeitsrechtlichen, die sozialrechtlichen Bedingungen nicht besser werden - in vielen Bereichen ist es schon sehr gut, aber im überwiegenden Teil ist es halt leider noch immer so, daß diese Leute dort ausgenützt werden. Ich möchte aber nicht auf jene Dunkelziffern eingehen, die es ohnehin gibt, die für 20,23,- S dort arbeiten und zwar bis zu 16 Stunden. Ich habe mit solchen Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Das muß man einmal ganz offen sagen. Wenn die ausbildungs-, sozial- und arbeitsrechtliche Situation der Beschäftigten, vor allen Dingen auch der Österreicher - es würde sehr viele Jugendliche geben, die würden dort gerne arbeiten, aber das Problem - da sind wir sieben Tage ununterbrochen da, wir bekommen nicht frei. Wenn man endlich dazu übergehen kann - wie es auch von der Gewerkschaft gefordert wird - daß die Fünf-Tage-Woche, bessere Bezahlung, bessere Quartiere für die Mitarbeiter ermöglicht werden, dann glaube ich, werden wir auch dort wieder qualifizierte Arbeitskräfte bekommen, die auch im Hotel- und Gastgewerbe bleiben.

Präsident: Zum Thema »Energie« der Abg. Vallaster. (Zwischenruf Vallaster: Ich verzichte!) Zum Thema »Energie« liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Zum Thema »Landwirtschaft« der Abg. Greber.

Greber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Berichterstatter hat ja einleitend in diesem Kapitel schon die Budgetansätze für den Bereich Land- und Forstwirtschaft erwähnt. Auch in diesem Jahr werden mit diesen Förderungsbeiträgen des Landes wiederum entsprechende

Rahmenbedingungen für eine Existenzsicherung für unsere Bauern geschaffen. Mit diesen Maßnahmen werden eine Reihe von Zielsetzungen für eine bessere Qualitätsproduktion - ich nenne das Vorarlberger Gütesiegel - der Absatzsicherung - ich nenne die Viehabsatzförderungsmittel - und Strukturmaßnahmen durch das Land unterstützt. Damit wird die Bedeutung der Landwirtschaft für unser Land auch wieder erneut anerkannt und unterstrichen. Es gibt immer wieder Meinungen zu hören, daß wir eh genug Nahrungsmittel hätten und der Preis bei ausländischen Produkten wäre auch noch konsumentenfreundlicher. Ich glaube, unser aller Anspruch auf ein gesundes Grundnahrungsmittelangebot ist nur dann kontrollierbar und nachprüfbar, wenn diese auch so weit als möglich auch in unserem Lande produziert werden können. Darüber hinaus sind auf dem Weltmarkt schon eine Reihe von Imitatsprodukten, auch von Milch und Fleisch, zu erhalten. Es wäre dringend und unverzüglich notwendig, daß der Gesundheitsminister Bestimmungen erläßt, die die Deklaration von Lebensmittelimitaten zwingend vorschreibt. Produktion und Landschaftspflege sind so stark vernetzt, daß dies bei dem Markt durchschlägt. Wir könnten wohl viele Produkte importieren. Was wir jedoch sicher nicht importieren können, sind ein intakter Lebensraum, geschützte Siedlungen, eine saubere und gepflegte Landschaft und auch nicht eine eigenständige Kultur. Die Bemühungen für unsere Landwirtschaft müssen sich daher daran orientieren, daß der Bauer gleichzeitig Produzent von hochwertigen Lebensmitteln und Erhalter der Kulturlandschaft sein kann. Dem Bergbauern ausschließlich die Landschaftspflegefunktion zuzuweisen, ist kein verantwortungsvoller Weg für die Zukunft. Noch vor einem halben Jahr wurde hier im Hause über die EG-Frage und die Chancen und Risiken der Bauern bei einem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diskutiert. In der aktuellen Diskussion sind genauso gewichtig die internationalen GATT-Verhandlungen. In der Auseinandersetzung über den gegenseitigen Abbau von Agrarstützungen und Handelsabkommen haben die USA, Australien, Kanada und Neuseeland den völligen Abbau gefordert. Mit diesen Forderungen wären unsere gesamten Marktordnungsmechanismen in Frage gestellt. Wenn unsere Bauern jedoch von den Produktionskosten ausgehen müßten, die zum Beispiel in einer australischen Farm anfallen, ist es allen klar, daß dies für unsere Betriebe den Ruin bedeuten würde. In dieser Diskussion müssen unsere Standpunkte klar und eindeutig deponiert werden, denn wir dürfen unsere bäuerliche Landwirtschaft nicht internationalen Handelsabkommen opfern. Ein bedeutender Förderungsabschnitt ist die Alpwirtschaftsförderung. 60% der landwirtschaftlich genutzten Flächen wird ja alpwirtschaftlich genutzt. Und die Nutzung der Alpen hat einen hohen ökologischen Stellenwert - dies wird immer mehr auch von der Allgemeinheit in seiner Bedeutung erkannt. Landschaftspflege über den Wiederkäuermagen ist etwas anderes und naturbezogeneres als die Landschaftspflege mit dem Mulchgerät. Die Erhaltung und kulturelle Pflege des alpinen Raumes erfüllt wichtige Funktion gerade auch

zum Beispiel für den Fremdenverkehr. Die Bestofung der Alpen hängt langfristig von einer entsprechenden Erschließung ab. Im vorliegenden Voranschlag weist der Ansatz der Beiträge von Güter-, Wirtschafts- und Alpenwegen eine Kürzung von 2 Millionen Schilling auf. Eine Kürzung dieser Post ist bei uns bäuerlichen Vertretern nicht gerade auf Zustimmung gestoßen. Sie wird von uns jedoch deshalb mitgetragen, im Bemühen, bei Bewilligung und Durchführung von Neuanlagen noch behutsamer und landschaftsschonender zu bauen. Von den ca. 600 Vorarlberger Alpen sind 60% ausreichend erschlossen. Von dieser genannten Gesamtzahl sind jedoch 150 bis 200 kaum zu erschließen. Wir können Wirtschafts- und Forstwege nicht getrennt von den Entwicklungen in anderen Siedlungsgebieten betrachten. Die Haltung der Siedlungsgebiete hängt eng mit der Erschließung zusammen. Die Kaufkraft und der Tauschwert der landwirtschaftlichen Produkte sind ja in den letzten Jahren ständig gesunken. Eine Finanzierung dieser Auslagen ohne kräftige Unterstützung der öffentlichen Hand ist von den Bergbauern nicht tragbar. Die Förderungen des Landes und des Bundes sind nicht nur eine wichtige strukturpolitische Maßnahme, sie sind auch als ein sozialer Ausgleich zu werten. Seit mehr als einem halben Jahr befaßt sich eine hausinterne Arbeitsgruppe mit der weiteren Abwicklung, der Planung, der Durchführung von Güter-, Wirtschafts- und Alpwegen. Dabei wird von der Arbeitsgruppe das behördliche Genehmigungsverfahren, der Ablauf der Projektierung und verwaltungstechnische Ablauf durchleuchtet. Diese Ergebnisse sollen in die künftigen Richtlinien eingearbeitet werden. Die Kürzung der Mittel wird zur Folge haben, daß für den Neubau lediglich neun Anlagen in das Programm aufgenommen werden können. Davon sind acht Anlagen in Dauerbesiedlungsgebieten. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Was sind das für Gebiete?) Es ist möglich, konkret diese einzelnen Anlagen von Hofrat Dipl.-Ing. Dörner vorlegen zu lassen. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Der ischt jo nit do!) Ich bin gerne bereit, Ihnen diese einzelnen Anlagen schriftlich nachzureichen. Ins Programm werden nur jene Projekte aufgenommen, von denen vom Amtssachverständigen für Natur- und Landschaftsschutz eine positive Stellungnahme vorliegt. Jene Mittel, die für den Neuanbau eingespart werden, sollten in den kommenden Jahren für die Erhaltung von Güterwegen, besonders für entlegene Gehöfte, eingesetzt werden. Gerade die Belastung für die Erhaltung der Wege von exponiert gelegenen Bergbetrieben ist für viele Bauern nicht tragbar. Es wäre auch ein wirksamer und dringend erforderlicher strukturpolitischer Ausgleich, im Interesse der Erhaltung des Siedlungsgebietes auch in Streulagen diese Unterstützung weiterhin zu gewähren.

Ich möchte zum Bereich Forstwirtschaft nur kurz zum neuen Jagdgesetz Stellung nehmen, das seit Oktober letzten Jahres in Kraft steht. Es kann festgestellt werden, daß die organisatorische Umsetzung des neuen Jagdgesetzes keine gravierenden Probleme gebracht hat. Ich meine dabei zum Beispiel die Konstituierung der neuen Jagdausschüsse und die Erstellung der Abschlußpläne. Die Ver-

gleichsflächen sind zu über 80% erstellt. Die Abschlußkontrollen funktionieren im großen und ganzen recht gut. Bezüglich der Abschlußplanerfüllung gibt es bezirksweise unterschiedliche Ergebnisse. Es muß doch dabei festgestellt werden, daß die bisherigen Abschlußpläne auf den zweifelhaften Wildbestandszählungszahlen aufgebaut sind. Zur Einhaltung der zum Teil unbefriedigenden Abschlußplanerfüllungen sieht das neue Jagdgesetz eine Reihe von konkreten Bestimmungen vor, diese auch in die Tat umzusetzen. In den letzten Tagen hat der zuständige Regierungsbeamte im Amt der Landesregierung - Dr. Gorbach - eine Besprechung mit den Bezirksvertretern zu diesem wichtigen Thema der Erfüllung der Abschlußzahlen durchgeführt und konkrete Schlüsse gezogen. Ich kann nur kurz im Hohen Hause berichten, daß zum Beispiel in der Bezirkshauptmannschaft Bludenz festgehalten wurde, daß das in der Verordnung vom November dieses Jahres vorgegebene Ziel, in den einzelnen Jagdgebieten und sodann in der Wildregion die Mindestabschüsse beim weiblichen Rot- und Rehwild bis zum 10. Dezember zu 80% zu erfüllen, nicht erreicht werden konnte. Es werden ab sofort die Jagdschutzorgane angewiesen, in jenen Revieren, in denen ein Abschluß möglich erscheint, Zwangsabschüsse vorzunehmen. Die Bezirkshauptmannschaft Bregenz gab folgende Stellungnahme ab: »Im Hinblick darauf, daß im vergangenen Jahr die Umlegung der fehlenden Abschüsse auf die Wildregionen keinen Erfolg gebracht hat, wird in den bekannten Problemgebieten eine Verlängerung der Schutzzeit angeordnet werden. Darüber hinaus werden gegen »schwarze Schafe« Strafverfahren eingeleitet.« Für den Bereich Dornbirn heißt es: »Mit der Durchführung von Zwangsmaßnahmen ist zu rechnen« und in der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch: »Anfang Dezember ging ein Rundschreiben an die Jagdnutzungsberechtigten, in dem diese darauf aufmerksam gemacht wurden, den Mindestabschuß bis zum Beginn der Schonzeit des Wildes unbedingt zu erfüllen. Sollte diesem Auftrag nicht entsprochen werden, sind weitere Maßnahmen nach dem Jagdgesetz und außerdem die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren vorgesehen.« (Zwischenruf Dr. Häfele: Ist ja nirgends erfüllt eigentlich, oder? - Dr. Keckeis: Zu wieviel Prozent ist in Feldkirch abgeschossen worden? - Glocke! Präsident: Bitte keine Fragen an den Redner und Zwiegespräche!) Ich habe diese Zahlen nicht hier, aber es ist möglich, daß Sie diese beim zuständigen Referenten erhalten können. (Zwischenruf Dr. Keckeis: Dorner?) Dr. Gorbach ist der zuständige Referent. Wir haben gehört, daß das neue Jagdgesetz nicht nur im Gesetzestext konkrete Maßnahmen der Vollziehung vorsieht, sondern daß bereits ein Jahr nach Einführung das Amt der Landesregierung mit den Bezirkshauptmannschaften zusammen gewillt ist und es ihr auch ernst ist, diese Maßnahmen konkret in die Tat umzusetzen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kollegen! Was der Kol-

lege Greber da gesagt hat vom Bezirk Bludenz - und ich beziehe mich jetzt aber nur auf den Bezirk Bludenz - stimmt natürlich nicht ganz und zwar, daß die Abschlußquoten im Bezirk Bludenz bei Rotwild 41 % - das ist weit hinter den im Gesetz vorgegebenen Abschlußplänen sind, die nach den neuen jagdgesetzlichen Vorschriften, Kollege Greber »zur Durchsetzung der in den Abschlußplänen verpflichtend aufgetragenen Mindestabschüsse bei Rot- und Rehwild anzuwenden sind. Stichtag: 31. Oktober.« Da waren überhaupt nur beim Rotwild 41% abgeschossen, beim Rehwild nur 60%. Das ist äußerst unbefriedigend. Aber (Zwischenrufe! Glocke! Präsident: Das Wort hat der Abg. Pröckl!) was mich besonders stört - na, ich habe noch nie ein Gewehr in der Hand gehalten - (Zwischenrufe) und da möchte ich schon um Ernsthaftigkeit bitten, es muß auch im Interesse der Jäger gelegen sein, keine Zwangsabschüsse mehr in der Schonzeit, also im Hochwinter und somit gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit tätigen zu müssen. Danke.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Hummer.

Hummer: Hoher Landtag! Es ist interessant und Sie wissen, daß ich auch bei Erstellung dieses Jagdgesetzes mit dabei war und ich erinnere mich, dort waren verschiedene Passagen, die wir dort eingebracht haben und ich mußte dieses Gesetz auch als Bürgermeister mitvollziehen und diese Ausschüsse gründen und ich habe selbst festgestellt, was wir da für ein Gesetz gemacht haben. Wir haben dann dort die Mitsprache auf 0,3 ha heruntergesetzt, was wieder dazu geführt hat, daß mehrere 100 Leute wieder eingeladen werden mußten. Interessant ist, daß man hier bei der Jagd einfach unterschiedliche Zahlen hat. Ich glaube, da hat jeder irgendwie andere Zahlen. Ich habe auch die vom 1.12.1989 (Zwischenrufe Landesrat Mayer: Jägerlatein!) hier und da heißt es: Hirsche 91,14% - immer bezogen auf den 1.12.1989, 58,70% Tiere, 44,44% Kälber. Tatsächlich sind zum 1.12.1989 - nach meiner Aufstellung - in verschiedensten Bereichen die Zahlen erfüllt, in anderen wieder weniger. Es ist tatsächlich richtig, daß es »schwarze Schafe« gibt und daß man das nicht verallgemeinern sollte, aber daß dort, wo natürlich eine Abschlußzahlerfüllung nicht da ist, man sicherlich eingreifen muß. Und noch etwas, Herr Kollege Greber: Ich glaube, wir haben ja das Gesetz geschaffen - da ist die Intention drin - daß nicht mehr die Zählung gilt, sondern der Zustand des Waldes, wenn Sie von fraglichen Zahlen sprechen. Wir sollten langsam dorthin kommen, auch im Bewußtsein, daß die Vergleichsflächen derzeit noch nicht so bewachsen sind, daß man einen endgültigen Schluß ziehen kann. Man wird also eine Mischform finden müssen zwischen glaubwürdigem Zählen und der Beurteilung der Forstorgane in diesen Vergleichsflächen. Ich glaube, solange wir hier diskutieren, kommen wir immer wieder zu unterschiedlichen Zahlen und Auffassungen und der Streit zwischen der Jägerschaft und dem Forst wird sich fortsetzen. Ich glaube, wir müssen in die Richtung gehen: Zustand des Waldes. Es gibt Waldflächen wo wieder etwas mehr Wild dort sein kann und es gibt aber eben

auch »schwarze Schafe« wo das nicht mehr der Fall ist. Aber wenn ich am Wort bin, noch eines zu den Forstwegen: Es gibt sicherlich Tendenzen, die meinen, man würde sie nicht mehr brauchen. Zur Waldbewirtschaftung gehörten natürlich auch meines Erachtens gewisse Forstwege. Und gerade dem Stand Montafon hat man auch Vorwürfe gemacht, daß nicht so viele Forstwege sind und der Herr Kollege Stemer wird es wissen, daß ohne gewisse Forstwege halt nichts zu machen ist. Und ich glaube auch, daß man nach wie vor beim Forstwegbau etwas tun muß. Man baut ja heute nicht mehr wie in den 60er Jahren, wo einfach der Bagger gefahren und alles hinuntergekippt wurde, heute wird schon auf die Landschaft etwas mehr Rücksicht genommen - aber bitte doch alles mit Maß und Ziel. Eine Bewirtschaftung des Waldes, eine Durchibrstung, Wiederaufforstung das ist einfach nicht mehr möglich, weil der Preis auch Tür das Holz nicht mehr da ist und hier überhaupt nicht kostendeckend gearbeitet werden kann. Ich möchte auch noch etwas dazu sagen, und zwar zu der Wildbach- und Lawinerverbauung, die wir ja auch brauchen zur Unterstützung dieser Aufforstungsmaßnahmen. Also einmal: die Wiederaufforstung, Holzbringungsanlagen, Unterstützung dieser durch technische Bauten und die Gewährleistung der Naturverjüngung, von der wir ja gerade gesprochen haben. Und hier, Herr Landesrat Türtscher, möchte ich sagen, daß bei der Wildbach- und Lawinerverbauung derzeit 40 bis 50 Projekte bestehen und daß jährlich etwa 10 dazukommen. Der Kollege Pröckl hat eine Anfrage hier wieder an Sie gerichtet, weil es offenbar dringend ist, wieder eine Lawinerverbauung durchzuführen. Wir stellen fest, daß im Budget - und da sind die letzten Jahre - immer zwischen 11 und 13 Millionen drin sind, wohl auch deshalb, weil trotz der guten Arbeit dieser vielen Baupartien bei der Lawinerverbauung einfach nicht mehr getan werden kann. Wir müssen, glaube ich, daraufhinzielen, daß etwas mehr Baupartien eingesetzt werden und daß man mitunter auch private Firmen einsetzt und daß die Wildbachverbauung, die ja österreichweit über 100 Akademiker beschäftigt hat, über 60 Techniker, die also die Planungsarbeiten durchführen könnten, daß man dann aber das vielleicht doch privaten Firmen auch überantwortet, damit wir rascher zu diesen unterstützenden Maßnahmen für die Wiederaufforstung kommen. Das wäre ein dringendes Anliegen von uns und ich ersuche Sie, Herr Landesrat, in dieser Hinsicht auf den Bund vielleicht einzuwirken, ansonsten haben Anfragen, wie wir sie vom Kollegen Pröckl haben - auch von mir gekommen sind - in Sachen Gurtis und sicherlich auch immer wieder aufscheinen werden, keinen Sinn, weil einfach die Leute nicht da sind und diese Leute auch nicht von einer Baustelle zur anderen geschickt werden wollen.

Präsident: Das Wort hat der Landesrat Türtscher.

Türtscher: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Air Jagd: Das Jagdgesetz ist eine sehr ernste Sache und Herr Abgeordneter Hummer, ich bin froh, daß Sie die Wildbach- und Lawinerverbauung erwähnt haben, denn das Jagdgesetz steht in sehr engem Zusammenhang mit

der Sicherheit im Lande. Wir haben ca. ein Drittel der Landesfläche Wald und das Jagdgesetz war schon in seinem Werden eine beinhardt Arbeit und diese Interessenskonflikte, die seit Jahrzehnten bestehen und schwerste Folgen gebracht haben auf ein wesentliches Ziel auszurichten. Dieses neue Grundziel im Jagdgesetz heißt, daß die Naturverjüngung im Wald Vorrang haben muß vor einem hohen Wildbestand. Und weil der Wald eben lange ausgeräumt wurde und mit den Korrekturen lange zugewartet wurde, mußte mit so harten Maßnahmen eingegriffen werden, daß es weh tut. Und Herr Abgeordneter Pröckl, die Zahlen, die wir haben - wir hatten gestern Bestandsaufnahme 1 Jahr Jagdgesetz in Vorarlberg - die stimmen, das sind die neuesten Zahlen. Aber wir wissen, daß die Abschüsse noch nicht überall in genügendem Ausmaß getätigt werden. Sie sollen jetzt unter dem Druck gerade der Maßnahmen der Bezirkshauptmannschaften raschest durchgeführt werden, also bevor die Tiere trüchtig werden. Zwangsabschüsse werden nur dort erfolgen, wo der gute Wille der Jägerschaft, die notwendige Reduktion durchzuführen, nicht gegeben ist. Die Vergleichsflächen, die Wildverbißkontrollzäune sind zu 80% erstellt und bereits nach einem Jahr zeigt es sich, wie ungemein wichtig diese Maßnahme für eine effektive Beweisführung ist. Ich möchte noch eines sagen: Die Aufforstung, die wir betreiben müssen und mußten, ist nur eine Krücke. Das, was Bestand hat und vor allem in den Berg- und Schutzwäldern auf Dauer wieder Sicherheit bringen wird, sind die Verjüngung und die standortgemäßen Baumarten, die dort aufkommen auf Grund der eigenen Einsamung. Wir haben die gute Erfahrung, daß dort, wo konsequent seit einigen Jahren abgeschossen wurde und der Wildstand reduziert ist, daß der Wald eine überraschend gute Verjüngungskraft hat und daß Wald in einer Vielfalt sich wieder entwickelt, die erfreulich ist. Man kann also sagen, wenn diese Durststrecke, die jetzt notwendig ist, konsequent durchgestanden wird, dann sorgen jene Jäger, die ihre Abschußverpflichtung ernst nehmen, aber natürlich einen geringen Wildstand eine Zeitlang in Kauf nehmen, diese Jäger sorgen dafür, daß langfristig das Wild wieder einen Lebensraum hat, und daß die Sicherheitsfunktion in den Wäldern, von anderen Umständen abgesehen, gesund erhalten bleibt, daß diese Schutzfunktion in der Zukunft wieder gegeben ist.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Präsident Halder.

Halder: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich hätte zwei Positivbeiträge, einen, der sich mit dem Gütesiegel befaßt und ich kann hier erfreulich vermerken, daß ich froh bin, daß solche Vorschläge, die in die Zukunft weisen, Unterstützung und allseits Gehör finden. Ich habe heute keine Kritik gehört und muß daher nichts weiteres ausführen, aber ich freue mich trotzdem sehr, daß unsere Arbeit in diese Richtung weitergeführt werden kann. Ein weiterer Beitrag wäre natürlich fällig über die Finanzierung, die über die Landwirtschaftskammer an die Landwirte geht und eben durch das Landesbudget erst möglich wird. Es ist sicher beispielgebend, aber um diese Zeit darf

man auch einen kritischeren Beitrag bringen, der die Gesamtsituation im Gesamtbudget beleuchtet, zumal die Pressebank leer ist und nicht mehr anzunehmen ist, daß der ORF spektakuläre Meldungen bringen wird. Aber ich kann Ihnen eines versichern: (Zwischenruf Dr. Lins: Keine Verzögerung) Es ist um die Vorarlberger Landwirtschaft nicht so Nacht, wie es draußen ist. Trotzdem muß ich sagen, die einzelnen Schwerpunkte des Budgets - also soziale Wohlfahrt steigt um 15% (Zwischenruf Dr. Lins: 13!), der Umweltschutz um 13%, der Landeshochbau um 5,7%, die Bildung um 5%, die Landwirtschaft um 2,58%. Die Gesamtsteigerung des Budgets sind 5,89%. Wenn ich jetzt noch den Index einrechne, der ja von Jahr zu Jahr doch auch angerechnet werden müßte und der heuer bei 2,5% liegt, so kann man von einer Budgetnullrunde für die Landwirtschaft sprechen. Ich konstatiere, daß die Landwirtschaft gut bedient ist, daß wir keine Vergleiche zu scheuen haben und das heißt nicht, daß wir eventuell das Schlußlicht sind in Österreich. Wir sind nach wie vor an erster Stelle und die Politik ist beispielgebend - man soll mich nicht falsch verstehen. Trotzdem ist es so, daß wir langsam umdenken müssen und nicht mehr die Förderung auf den Einzelbetrieb zu sehen. Denn wenn wir immer weniger Einzelbetriebe haben, so wird es leicht sein, eines Tages bei 1.000 Betrieben die höchste Förderung in Österreich zu haben, aber wir werden keine funktionsfähige Landwirtschaft mehr haben. Und darum bitte ich, daß man es ein bißchen anders sieht oder versucht, es anders zu sehen. Im letzten Jahr haben in Vorarlberg immerhin 159 Viehhalter die Viehhaltung aufgegeben. Das zeigt eigentlich eine Entwicklung, die mich doch mit Sorge erfüllt, - gleichzeitig sind 3.000 Kühe weniger in unserem Lande. Ich glaube, wenn wir auch die Besten sind in Sachen Direktzahlungen - der Anteil des Landwirtschaftsbudgets am Gesamtbudget macht ca. 2,8% aus. Es gibt Bundesländer, die durchaus mit dem Gesamtbudget höher liegen - ich höre bis zu 4%. Wir müssen einfach auch langsam über die Grenze schauen. Es wird immer gesagt, in der EG sind Förderungen und auch dort überleben die Bauern, dann müssen wir uns diese Förderungen anschauen. Man kann natürlich auch in die Schweiz schauen oder man kann nach Bayern oder nach Südtirol schauen, die Förderungen sind schon teilweise nachahmenswert. Wenn ich nur an Bayern denke, wo eben die Steilhangprämien in der ersten Kategorie über 3.000,- S beträgt - bei uns 800,- S - in der zweiten Kategorie 4.500,- S - bei uns 2.200,- S - wobei man natürlich die neue Direktförderung auch noch einrechnen muß. Wir kommen also schon näher heran. Aber eine ganze Reihe anderer Förderungen, die bei uns noch nicht geläufig sind, haben dort Einzug gehalten, z.B. die Beibehaltung der Grünlandnutzung, wo keine Ausgleichszahlungen gemacht werden in einer Höhe von 420,- S bis zu einer Gesamthöhe von 84.000,- S pro Betrieb. Oder die extensive Wiesennutzung, nicht Feuchtgebietsnutzung, sondern extensive Wiesennutzung, wo ein oder zwei Schmitte gemacht werden z.B. von 2.000 bis 4.500,- S. Und wenn dann diese Wiese bis¹ Mitte Juni oder Anfang Juli nicht befahren wird - auch noch zusätzlich Prämien in der

Höhe von 300,- bis 400,-S. Oder wenn Baumgruppen geschützt werden oder Baumreihen an Straßen, so sind überall Zahlungen möglich. Also eine Vorgabe, wo wir uns doch unterhalten sollten und wo es einfach nötig ist, daß wir im kommenden Budget für das Jahr 1991 sicher wieder entsprechende Vorschläge machen. Ich bin optimistisch, denn vernünftige Vorschläge haben bei uns immer Gehör gehabt. Ich möchte nur darauf hinweisen: Sollte sich diese Budgetentwicklung fortsetzen, wird es ganz schwer sein, unsere Landwirtschaft in die EG zu locken. (Zwischenruf Dr. Purtscher: Aber die GATT-Klauseln sind gefährlicher!) Das weiß ich. Ich kann natürlich noch einen ausgedehnten Vortrag über die GATT-Verhandlungen machen, die im Jahre 1990 zum Abschluß kommen sollen. Diese Entwicklung erfüllt mich mit tiefer Sorge. Amerika will die ganzen Zoll- und Handelschranken in Zölle umwandeln und dann systematisch abbauen. Die EG versucht, das Erstattungssystem zwar zu halten, die Erstattung und Abschöpfungen. Sie haben aber Schwellenpreise und setzen sie nicht im normalen Richtpreissystem an, sondern durch diese Schwellenpreise sind eben höhere Abschöpfungen möglich. Aber auch hier das erklärte Ziel der EG, Zoll- und Handelschranken abzubauen. Dieses weltweite Zoll- und Handelsabkommen wird uns noch ganz große Sorgen bereiten. Herr Landeshauptmann, ich teile Ihre Meinung voll. Ich hoffe nicht, daß das als zu sehr kritisch aufgenommen wird in unseren Reihen. Ich glaube nur, wenn wir immer sagen, wir sind die Besten, die Vorbildlichsten und die Fortschrittlichsten, dann meinen unsere Abgeordneten - und ich glaube auch die des anderen Couleurs - da muß man eh nichts mehr tun. Und darum ist ein kritischerer Beitrag gerechtfertigt. Zur FPÖ hinüber - Herr Abgeordneter Strohmaier, ich bin sehr froh über Ihre Ausführungen. Sie heben sich wohltuend ab vom neuen Agrarsprecher. Ich darf aber doch kritisch vermerken, daß bisher seitens der FPÖ immer zu erwarten war, daß im Rahmen der Verhandlungen zum Landesbudget irgendwo ein landwirtschaftlichen Budgetansatz aufgestockt wurde. Heuer kann ich nur feststellen, daß als Ersatz ein wortschwallender Agrarsprecher gekommen ist.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich deswegen zu Wort, weil der Kollege Halder gestern ein bißchen unfair war, und zwar zum ÖGB. Er hat gesagt, der ÖGB ist jene Interessensvertretung, die gegen uns Bauern ist. Ich werde jetzt anhand von ein paar Aufzeichnungen von gestern und heute ein paar Dinge sagen, da wirst Du daraufkommen, daß wir endlich an einem Strick ziehen müssen, lieber Freund. Und zwar, Tür eine Änderung des gesamten Agrarsystems. Ich glaube aber, der Milchwirtschaftsunterauschuß, Kollege Halder, bietet die Chance, gerade jetzt durch Aufzeigen von Unzulänglichkeiten Druck zu erzeugen, um zu einer Änderung des gesamten Agrarsystems zu kommen. Ziel ist eine Anpassung der heimischen Milchwirtschaft an den Markt. Werte Kollegen - zum Beispiel Rücknahme

der Verteuerung der Schulmilch war ein Erfolg durch die Gewerkschaft, dann die Senkung des Absatzförderungsbeitrages für Bauern von 35 Groschen pro Kilogramm Milch auf 20 Groschen oder 18 und die Senkung der Verwaltungskostenbeiträge der Molkereien an den Milchwirtschaftsfonds um fast ein Drittel. Wer sind jene Bauernvertreter im Milchwirtschaftsfonds? Da fallen mir spontan zwei ein: der Josef Pichler. Was hat er für Funktionen? Er bekleidet 18 Funktionen, darunter die Funktion eines Generaldirektors der Agrosserta und des Geschäftsführers der Bracharz - das habt Ihr gar nicht gewußt, was das ist. Schau, was da für Verwicklungen sind. Die Bracharz ist eine hundertprozentige Tochter der Agrosserta, die 40% aller Molkereiproduktimporte tätigt. Es geht aber noch weiter, ich habe mir da noch ein paar Sachen aufgeschrieben - Pichler ist außerdem steirischer Landesinnungsmeister der Molkereien, also das genaue Gegenteil eines Bauernvertreters. Wenn Du mir das aufklären kannst, bin ich Dir nachher dankbar. Der Karl Fischer zum Beispiel bekleidet 12 Funktionen, darunter die des Obmannes des ÖMOLK und ist Aufsichtsrat der Österreichischen Hartkäse-Export-Ges.m.b.H., Karl Fischer sitzt auch im geschäftsführenden Ausschuß des Milchwirtschaftsfonds, der seinerseits unter anderem den ÖMOLK kontrollieren soll. Ich weiß zwar nicht, wie das geht, aber es geht anscheinend - und jetzt kommt das Schlimme für mich und (Zwischenrufe) für viele Konsumenten oder für jene, die sich ein bißchen gewundert haben, wieso da ein Hick-hack auf einmal in der Sozialpartnerschaft entstanden ist. Ein Schreiben - ich weiß nicht, ob Dir das geläufig ist - des Österreichischen Raiffeisenverbandes zum Verbundprinzip, in dem es heißt, »daß das Verbundprinzip für die Beziehung zwischen Landes- und Bundeszentralen sowie zwischen den einzelnen Sparten der Raiffeisenorganisationen gelte.« Es wird dann noch angefügt, »daß ein Fremdgehen eindeutig verbundswidrig ist.« Das ist ja schlimm. Mit diesem Rundschreiben des Raiffeisenverbandes wird auch offengelegt, daß ein Markt innerhalb des grünen Riesen nicht besteht, auch nicht bestehen kann. Die Devise lautet nämlich dort offensichtlich - so glaube ich zumindest - «mehr Raiffeisen, weniger Markt» oder die Umkehrung in »mehr Markt und weniger Raiffeisen«. Ich glaube aber, das wäre das Richtigere, im Interesse vor allem der kleinen Bauern wünschenswert. Aus dem Blickwinkel - jetzt komme ich zu den Konsumenten - der Familien, besonders aber der Einkommenschwachen, sind sie von dem ungerechtfertigt hohen Milchpreis besonders betroffen. Direktförderung statt Überschußförderung für Exporte und ich möchte aber auch noch darauf verweisen, daß gerade durch die GATT-Zollverhandlungen - weil Du das angesprochen hast - die in Richtung Abschaffung der Exportförderung gehen, die derzeitige Marktordnung - das weißt Du auch - papierkorbreif sein wird. Nicht über die Preise, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern über Direktförderungen der Bauern muß der Staat in das Agrarsystem eingreifen. Die SPÖ verlangt deshalb seit langem Direktförderung für die Bauern. Man muß dem Bauern ehrlich sagen, wie die Zukunft aussehen wird. In diesem Zusam-

menhang spreche ich mich gegen eine Erhöhung des Milchpreises aus - wie viele andere auch. Denn, werde Freunde, Österreich liegt ohnehin mit den höchsten Preisen im Spitzenfeld. Die Erhöhung des Milchpreises würde nur zu einer Bevorzugung - und das weißt auch Du - von den reichen Bauern in Niederösterreich oder Oberösterreich führen, während eine Direktförderung jenen zugute käme, die diese dringend brauchen - etwa die Bergbauern. Das wäre eigentlich kurz gesagt, was mich gestört hat, Kollege Halder.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abg. Präsident Halder.

Halder: Kollege Pröckl, mir ist der heilige Zorn gestern schon gekommen, Dir wesentlich geringer aber heute doch noch. Ich glaube, Du bist gegen eine Erhöhung des Milchpreises für die Bauern. Du hast schon gesagt, die reichen Bauern profitieren davon. Ich habe geglaubt, Du wärst gegen eine Erhöhung der Konsumentenmilchpreise. Aber die Kunde wird Dich auch schon ereilt haben, daß der Konsumentenmilchpreis um 70 Groschen gesenkt wird, der Milchpreis der Bauern zwar nur um 18 Groschen erhöht, aber wenn man die Mehrwertsteuer dazurechnet, ergibt es 19,8 Groschen. Wir sind nicht zufrieden, aber wir leben nach dem Motto »es ist besser als nichts«. Direktförderungen zu fordern und gleichzeitig zu glauben, die Marktordnung und die Förderung, die in der Marktordnung, z.B. die Exportfinanzierung abzuschaffen, halte ich für total falsch. Wir brauchen die Direktförderung daneben und Vorarlberg ist ein gutes Beispiel. Wenn Sie das Beispiel aus dem Ländle weitertragen im ganzen Bundesgebiet, dann haben Sie eine missionarische Tätigkeit. Die Marktordnung wird nicht in den Papierkorb geworfen, auch wegen der GATT-Verhandlungen nicht. Denn wir werden in Genf deponieren, daß natürlich die Vorleistungen, welche die österreichische Milchwirtschaft erbracht hat, freiwillige Einschränkungen - also der Lieferverzicht - weniger Anlieferungen um 5%, aber auch Einschränkungen auf dem Getreidesektor, ein Viehwirtschaftsgesetz, Oberbestandsgrenzen. Wir haben uns überall freiwillig eingegrenzt, sodaß wir nicht mit immer mehr Produkten auf den Weltmarkt kommen und das muß das Hauptziel der Verhandlungen sein, das einzurechnen. Ein weiterer Punkt ist sicherlich die Anerkennung der Direktzahlungen, weil diese nicht als wettbewerbsverzerrend von den Produkten her gesehen werden dürfen. Amerika will das zur Zeit nicht anerkennen. Vor einigen Monaten hat man da noch eher Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Die GATT-Verhandlungen laufen ja schon seit 1986 und sollen 1990 zum Abschluß gebracht werden. Ich glaube doch, daß hier Österreich mit aller Vehemenz den Standpunkt deponieren muß, aber in erster Linie die österreichische Bevölkerung wissen muß, was für eine Landwirtschaft sie will in Österreich. Eine Landwirtschaft, die fähig ist, die Landschaft zu erhalten. Man könnte es aber auch so sagen, wie es der Universitätsprofessor Wohlmeier im Rahmen von GATT-Gesprächen gesagt hat: »Wir haben ein Haus und einen schönen

Garten« - er hat da die Alpen gemeint, die Bergregionen - «und was tut man da, wenn Wildschweine kommen? Entweder man macht einen Zaun um diesen Garten und hält die Wildschweine fern, oder man schießt die Wildschweine ab.« Ich kann nicht im Jägerjargon sprechen und traue mich nicht, die Wildschweine abzuschießen. Aber ich glaube, er hat im Grunde genommen nicht ganz unrecht. Und darum freut es mich, daß hier die große Gefahr dieser GATT-Verhandlungen erkannt wird. Pröckl ist gegen eine Erhöhung des Bauernmilchpreises. Ja, bitte, die 18 Groschen werden wir uns schon verdient haben. Wenn Du die uns noch neidig bist, dann müßten wir in Deinem Stall einmal herumstöbern. Ich glaube, da käme noch mehr zum Vorschein. (Zwischenruf Pröckl: Ich bin es Dir nicht neidig, lieber Freund,..... Glocke! Präsident: Bitte um Ruhe!) Du hast hier erwähnt, Du wärest gegen eine Erhöhung des Milchpreises. Aber Du kannst ja gerne erläutern, wie das gemeint war. Zur Marktordnung: Die Marktordnung ersatzlos streichen? Es wird nicht lange dauern, aber es ist notwendig, zur Marktordnung zu reden. Die Marktordnung ist nach wie vor ein Bindeglied vom Produzenten zum Verarbeiter und zum Konsumenten. Ja, Kollege Pröckl, wenn Sie glauben, daß sechs Handelsketten in Österreich die Marktordnung ersetzen, dann ist das falsch. Nicht Raiffeisen, Sie sagen immer Raiffeisen, das ist schon so wohlthuend. Wenn die Wortmeldung nicht gekommen wäre, dann hätte ich gedacht, die SPÖ-Riege ist krank, aber so sieht man, daß sie noch gesund sind und nicht vergessen haben, auf die Genossenschaften zu schimpfen. Aber wenn Sie glauben, daß die Milchproduktion in Österreich diesen Handelsketten ausgeliefert wird und wenn Sie dann glauben, daß die entfernten Bauern, die Bergbauern hier noch eine Chance hätten, zu vernünftigen Preisen Milch anzuliefern, dann täuschen Sie sich. Das garantiert eben die Marktordnung, daß hier ein bestimmter Ausgleich möglich ist. Das Hauptelement der Marktordnung ist der Preisausgleich. Butter kostet 92,- S - nach neuester Meldung auch gesenkt auf 84,- S, müßte aber, weil ein Kilo Butter 241 benötigt, 120,-S kosten, um die Kosten nur der Bauern abzudecken. Also hier greift der Preisausgleich. Ein weiterer Punkt ist der Transportausgleich, er ist auch ein Bestandteil der Marktordnung, den Sie auch scheinbar verteuern und abschaffen wollen, wenn Sie die Marktordnung abschaffen. Entlegenen Bauern und besonders Bauern im Berggebiet wird dadurch die Milchproduktion erst möglich gemacht, denn wenn den Transport der Bauer selbst zahlen muß, der entlegen ist, dann wird nur noch der Milch produzieren können, der eben kostengünstig vor der Tür des Marktes steht und das sollten auch Sie eigentlich begreifen, wo Sie doch wahrscheinlich als Eisenbahner durch das ganze Land Österreich fahren. (Zwischenruf Pröckl) Und gerade weil im Berggebiet eine Produktion möglich ist, ist natürlich auch eine zufriedenstellende Bewirtschaftung möglich. Nur mit Direktzahlungen können wir die Bewirtschaftung des Berggebietes nicht halten. Wir müssen größte Sorge tragen, daß in den Berggebieten auch eine Produktion möglich und zugeordnet wird, in verstärktem Maße sogar.

Dann gibt es auch in bestimmter Weise einen Importschutz, er ist zwar unbefriedigend, aber er wird in der Marktordnung teilweise wirksam. Bestandteil der Marktordnung ist weiter das Richtmengensystem. Es ist zwar eine beschränkte, aber doch eine Produktionsmöglichkeit, ein Produktionsrecht der Bauern, das man vielleicht besser verteilen könnte, aber die Verteilung darf man sicher nicht Ihnen überlassen. Es ist damit verbunden eine Mindestpreis- und Absatzgarantie. Weiterer Bestandteil ist die Exportfinanzierung. Der Bund und die Bauern decken diesen Export ab und ich glaube, daß diese Eckpfeiler, auch wenn die Marktordnung 1988 entrümpelt und novelliert wurde, erhalten bleiben müssen. Ich glaube, daß gerade daher die Marktordnungs-Novelle 1988 unter Landwirtschaftsminister Riegler die Weichen in die Zukunft gestellt hat. Wenn noch mehr Zeit wäre, könnte ich Ihnen noch ein Beispiel des Milchwirtschaftsfonds sagen, wie der abgespeckt wurde. Ich nehme mir die Zeit z.B. den Weg eines Produktes darzustellen. Bisher - Entwicklung - Probe - Antrag - Untersuchung - Fachgutachten - Bericht im Zentrallabor - Antrag im Fondsbüro - Beschluß der Obmännerkonferenz - positiver Beschluß, das Produkt ist okay - Verkauf noch nicht möglich - Produktionsauftrag an den Betrieb - Ermittlungsverfahren im Fondsbüro - Beschluß durch den Fonds - Investitions genehmigung, wenn Investitionen notwendig sind durch dieses Produkt - wenn alles klar ist gemeinsame Preiskalkulation, also nicht nur vom Betrieb - Antrag im Preisunterausschuß der paritätischen Kommission - Preisbeschluß - jetzt kann das Produkt auf den Markt. Also unmöglich bisher. Nun die neue Regelung. Entwicklung des Produktes im Betrieb: Der Betrieb stellt den Preisantrag - Mitteilung im Fonds über das Produkt - das Produkt kommt auf den Markt. Und wenn Sie jetzt begreifen, daß etwas anders geworden ist, dann hoffe ich und glaube ich auch, daß Sie dann mitdiskutieren können. Sonst leider nicht.

Präsident: Das Wort hat der Abg. Pröckl.

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre jetzt nicht herausgegangen, Kollege Halder, aber weil Du jetzt ein bißchen unfair geworden bist. Du weißt ganz genau, daß letztes Jahr einer jener Vorsitzenden von allen neun Bundesländern der Willi Pröckl gewesen ist, der zusammen mit dem Molkereidirektor von Dornbirn das unterzeichnet hat, daß alle jene Kleinsennereien Bestand haben sollen und die aushaftenden 4,5 oder 5,5 Millionen Schilling wieder zur Verfügung gestellt werden. Zum Zweiten: Ich bin weder den Bauern die 18 Groschen neidig - ich wäre froh, wenn sie 30 Groschen bekommen würden. Aber das ist ja nicht ausdrücklich meine Aufgabe. Als ÖGB-Vorsitzender habe ich die Arbeitnehmer zu vertreten, die in den Molkereien arbeiten, lieber Freund. Für das andere bist ja Du zuständig. Wenn für die Arbeitnehmer in den Molkereien die Fachgewerkschaft mehr erreicht hat, so ist das richtig, dann seid Ihr zu schwach gewesen. Aber ich glaube, das Problem liegt ja ganz woanders, lieber Freund, das liegt in

dem Großen - nein, jetzt sage ich nicht mehr Raiffeisen, aber trotzdem sage ich es - daß halt dort drinnen Leute sitzen, die halt viel zu viele Funktionen haben und beim einen nicht ja sagen können und beim anderen nicht nein sagen können und letzten Endes fällt es den Kleinbauern auf den Buckel. Jetzt höre ich aber schon auf, Dankeschön.

Präsident: Das andere würde ich bitten privat miteinander auszumachen. Ich habe keine Wortmeldungen mehr zur Gruppe 7. Gruppe 8 - Dienstleistungen. Dazu eine Wortmeldung? (Zwischenruf Pröckl: Entschuldigung, ich habe jetzt noch nicht zugehört, mir sind noch bei Gruppe 7. Da hätte die SPÖ einen Antrag!)

Pröckl: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurz halten, weil ich letztes Jahr auch den Antrag auf Erhöhung von 380.000,- S um 570.000,- S auf 950.000,-S für das BFI eingebracht habe. Ich hoffe, daß wir die Zustimmung erhalten. Das Programm hat jeder nach Hause bekommen. Dankeschön.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zur Gruppe 7 liegen nicht vor. Gruppe 8? (Zwischenruf: Antrag zur Geschäftsordnung!) Ich glaube, es braucht den Antrag zur Geschäftsordnung nicht, weil die Klubobmänner vereinbart haben, daß um 1/2 10 Uhr Schluß ist. Ich schließe die Sitzung. Morgen um 8.30 Uhr wird fortgesetzt.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr unterbrochen und vom Vorsitzenden am 15.12.1989, 8.30 Uhr wieder eröffnet.

Präsident: Ich begrüße die Damen und Herren Abgeordneten, den Herrn Landeshauptmann und die Mitglieder der Landesregierung. Wir setzen die gestern unterbrochene Sitzung fort. Wir haben gestern das Kapitel 7 abgeschlossen und ich rufe deshalb auf das Kapitel 8 - Dienstleistungen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um Einleitung.

Ing. Fink: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Gruppe 8 - Dienstleistungen - beinhaltet die eigenen und auch die zugepachteten Dienstleistungsbetriebe, unter anderem den Gutshof Rheinhof in Hohenems, den Forstgarten, Fischzuchtanstalt und Anstaltsmetzgerei Tufers und wird mit 16.104.000,-S Einnahmen und 19.479.000,-S Ausgaben präliminiert. Ausgegebenem Anlaß darf ich aber auf den absehbaren Gebarungserfolg des Rheinhofes im heurigen Jahr hinweisen und wie der Kollege Greber vorgestern in der Gruppe 2 darauf verweisen, daß notwendige Um- und Ausbauten mit dem Wirtschaftserfolg nicht verbunden werden sollten, da dies eine Bestandsvermehrung ist, die bei Pachtauflösung abgegolten werden müßte. Im Ausschuß wurde in dieser Gruppe kein Antrag gestellt. Dies ist der Bericht zur Gruppe 8.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wort-

meldungen zur Gruppe 8 gibt es keine. Dann kommen wir zur Gruppe 9 - Finanzwirtschaft.

Ing. Fink: Herr Präsident! Die Gruppe 9 - Finanzwirtschaft - sieht Einnahmen von 3.610.565.000,- S und Ausgaben in der Höhe von 479.548.000,- S vor. Die Haupteinnahmen dieser Gruppe stammen aus den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 2,8 Milliarden Schilling und die Schwerpunktausgaben sind die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden mit 263,5 Millionen Schilling. In diesem Fall um ca. 40 Millionen Schilling mehr als im heurigen Jahr, wobei Landesrat Lins vorgestern feststellte, daß diese positive Entwicklung heuer für die Gemeinden bereits 140 Millionen über dem Voranschlag 1989 einbrachte. Soweit mein Bericht zur Gruppe 9.

Präsident: Gibt es Wortmeldungen zur Gruppe 9? Der Abgeordnete Greber. Ich erteile ihm das Wort.

Greber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Auch einen recht guten Morgen allen Kollegen hier im Hohen Hause. Unter dieses Kapitel fallen die Bedarfszuweisungen - wie der Berichterstatter schon erwähnt hat. Erfreulicherweise wurden im Voranschlag 1990 ja an Bedarfszuweisungen an die Gemeinden um 48 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag 1989 angeführt. Es hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt, daß der Finanz-Landesrat in Zusammenarbeit und Koordination mit dem Gemeindeverband die Richtlinien für die Aufteilung der Bedarfszuweisungsmittel erarbeitet hat. Ich möchte in meiner Wortmeldung auf eine der Gemeindeunterstützungen eingehen, und zwar auf den neuen Aufgabenbereich von Landesrat Dr. Sausgruber - der Gemeindeentwicklung. Wir wissen alle, daß vitale und lebenswerte Gemeinden die Voraussetzung schlechthin sind, daß Bürger Heimat erfahren und erleben. Der Vater der Kinderdörfer meinte einmal bescheiden auf die Frage, wie er sein Lebenswerk beurteile - nämlich Hermann Gmeiner: »Ich wollte meinen Kindern eine Mutter, ein Haus und ein Dorf geben. Ich wollte meinen Kindern das Gefühl von Heimat vermitteln.« Ende des Zitats. Es ist aus diesem Zitat abzuleiten, daß das Dorf also nicht nur eine Siedlungsform und eine Siedlungseinheit ist, das Dorf ist eine Lebensform als Teil unserer Heimat. Nach den bisherigen Richtlinien fördert das Land durch Bedarfszuweisungsmittel die Gemeindeplanungen, die eine Verbesserung der Ortsbild- und Zentrumsgestaltungen beinhalten. Die Agenden hier im Hause sind bei Hofrat Dipl.-Ing. Rohner angesiedelt. Hofrat Rohner besuchte in den letzten Monaten schon verschiedene Gemeinden, um im Kontakt mit den örtlichen Stellen zu erheben, inwieweit nebender finanziellen Unterstützung seitens des Landes eine begleitende Projektbetreuung oder Beratung erforderlich ist. Aus Sicht des Referates erschöpft sich die Gemeindeentwicklungsplanung nicht in Fassadenfärbelaktionen oder Straßenrückbauten, es geht auch darum, mit der Gemeindeentwicklungsplanung das Zusammenleben der Gemeindebürger auch im zwischenmenschlichen

Bereich, sei es in Vereinen, Sozialinitiativen oder Gruppen, zu unterstützen. Dies kann in letzter Konsequenz weder geplant noch von oben verordnet werden. Die öffentliche Hand, sei es Kommune oder Land, kann in Zusammenarbeit jedoch positive Rahmenbedingungen schaffen. Wir haben gerade in diesem Jahr in Thal bei Sulzberg ein positives Beispiel einer Gemeindeentwicklung erlebt, obwohl die Fraktion »Thal« nur ein Teil der Gemeinde Sulzberg ist. Dort haben initiative Bürger - für viele andere wäre dies ein Vorbild - einen Ortsgasthof wieder in Schwung gebracht, auch ein Lebensmittelgeschäft sollte angeschlossen werden. Die Bürger haben nicht nur auf eine Anordnung von oben gewartet, sie haben in Eigeninitiative durch persönliche Beiträge das Gemeinschaftswerk geschaffen und dadurch ist das einzige Gemeinschafts- und Kommunikationszentrum für den Ort neu entstanden. Die initiativen Initiatoren verdienen wohl volle Anerkennung und es ist wohl angebracht, daß solche Beispiele auch von Seiten des Landes gefördert werden. In 14 Vorarlberger Gemeinden bzw. Städten sind bereits Planungen für Ortszentren oder Ortsbildgestaltungen und Konzepte in Umsetzung bzw. im Vorplanungsstadium. Gerade die Vielfalt der Planungsmöglichkeiten läßt erkennen, daß die Gemeindeentwicklungsplanung ein Aufgabenbereich mit großen Zukunftsaufgaben beinhaltet.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist auch die Gruppe 9 behandelt. Wünscht jemand zu den Untervoranschlägen das Wort? Das ist nicht der Fall. Zu den Nachweisen zum Voranschlag 1990? Ebenfalls nicht. Dann zu den sonstigen programmatischen Aufgliederungen? Auch dazu keine Wortmeldung. Dann kommen wir zur Abstimmung, wobei ich darauf verweisen möchte, daß zu zwei Anträgen eine namentliche Abstimmung verlangt worden ist. Diese beiden namentlichen Abstimmungen betreffen beide die Gruppe 5. Ich bitte nun den Herrn Berichterstatter, die Anträge bekanntzugeben, soweit sie auch schon im Finanzausschuß gestellt worden sind. Die Abänderungsanträge der grünen Fraktion werde ich dann bei den entsprechenden Kapiteln vortragen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter.

Ing. Fink: Herr Präsident! Im Finanzausschuß wurden zur Gruppe 3 - Zwischenruf

Präsident: Moment, wir kommen zuerst zur Gruppe 0, weil bei der Gruppe 0 Anträge der grünen Fraktion gestellt wurden und zwar ein Abänderungsantrag, den Beitrag an die im Landtag vertretenen Parteien zu kürzen und die Umwidmung der verbleibenden 5.585.214,- S auf die neue Haushaltsstelle »Umweltberatung« - Gruppe 5, Ansatz 529. Wer diesem Antrag der grünen Fraktion zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Das ist nicht die Mehrheit.

Dann ebenfalls in der Gruppe 0 - eine neue Haushaltsstelle »Straßenrückbau an der Bundesstraße zwischen Lochau und Höchst. Aufbringung von Flüsterbelägen, gleichzeitig Projektierung, Bauleitung und Bauausführung

für die Straßenbahnstrecke Bregenz - Lustenau - 20 Millionen Schilling« Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Auch das ist nicht die Mehrheit.

Wir kommen zum nächsten Antrag der grünen Fraktion, das ist der »Antrag, den Beitrag an den Pensionsfonds gemäß § 18 Landesbezügegesetz als auch gemäß § 37 Landesbezügegesetz ersatzlos zu streichen.« Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Auch das ist nicht die Mehrheit. Ich bitte nun den Herrn Berichterstatter, die Anträge zur Gruppe 3 bekanntzugeben.

Ing. Fink: Seitens der SPÖ-Landtagsfraktion wurde in der Gruppe 3 der Antrag gestellt, die Beiträge für Musikschulen der Gemeinden von 31 Millionen um 15 Millionen auf 46 Millionen Schilling zu erhöhen. Der Finanzausschuß hat diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilt.

Präsident: Der Antrag ist wieder gestellt worden. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Auch das ist nicht die Mehrheit. Gruppe 4.

Ing. Fink: In der Gruppe 4 stellte die SPÖ-Fraktion im Finanzausschuß den Antrag, eine neue Haushaltsstelle zu errichten »Beitrag des Landes zur Errichtung mobiler Hilfsdienste« mit einem Ansatz 5 Millionen Schilling.

Präsident: Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Auch das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ing. Fink: Ein weiterer Antrag der SPÖ-Fraktion, neue Haushaltsstelle »Fonds zur Unterstützung der Fachkommission für Prostituiertensozialarbeit« mit einem Ansatz von 200.000,-S.

Präsident: Ich lasse darüber abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Das ist nicht die Mehrheit.

Ing. Fink: Ebenfalls ein Antrag der SPÖ-Fraktion, neue Haushaltsstelle »Fonds zur Schuldensanierung von unverschuldet in Not geratenen Personen« mit einem Kreditansatz von 4 Millionen Schilling.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Der Antrag hat nicht die Mehrheit gefunden.

Ing. Fink: Ein weiterer Antrag der SPÖ - »Familienförderung des Landes« eine Erhöhung von 50 Millionen um 10 Millionen auf 60 Millionen Schilling.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Das ist nicht die Mehrheit.

Ing. Fink: Und der letzte Antrag im Finanzausschuß von seiten der SPÖ in der Gruppe 4 »Darlehen an die VOGEWOSI« Erhöhung um 100 Millionen Schilling von 98 auf 198 Millionen Schilling.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Auch das ist nicht die Mehrheit. Wir kommen zur Gruppe 5.

Ing. Fink: In der Gruppe 5 stellte die SPÖ im Finanzausschuß den Antrag, eine neue Haushaltsstelle zur Schaffung eines mobilen EEG-Teams mit einem Ansatz von S 500.000.- zu eröffnen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Auch das ist nicht die Mehrheit.

Ing. Fink: Ein weiterer Antrag ist eine neue Haushaltsstelle »Beitrag zur Sanierung des Bodenseeufer« mit einem Kreditansatz von 500.000,- S. Hier war der Finanzausschuß der Meinung, daß diese Entschädigung in die Haushaltsstelle »Entschädigung für Erhaltung und Pflege von Biotopen« 520005 7330029 einzugliedern sei und dieser Ansatz um 500.000,- S zu erhöhen wäre.

Präsident: Dieser Antrag ist in der Landtagssitzung nicht mehr gestellt worden. (Zwischenrufe) Ich lasse darüber abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Angenommen.

Ing. Fink: Der nächste Antrag der SPÖ im Finanzausschuß ist ebenfalls in modifizierter Form angenommen worden und zwar lautet der Antrag der SPÖ, eine neue Haushaltsstelle für einen Emissionskataster mit einem Ansatz von 1,5 Millionen Schilling zu errichten. Der Finanzausschuß war der Meinung, daß diese 1,5 Millionen Schilling Erhöhung im Luftreinhaltkonzept des Landes Vorarlberg unter der Ansatzstelle 522008 6440 006 aufzunehmen sei» Antrag des Finanzausschusses.

Präsident: Ich lasse darüber abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Das ist die Mehrheit.

Ing. Fink: Ein weiterer Antrag der SPÖ, eine neue Haushaltsstelle »Umweltberaterstellen in allen Landesbezirken« einzurichten mit einem Kreditansatz von 8 Millionen Schilling.

Präsident: Ich habe hier den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag neue Haushaltsstelle 529, der auch unterzeichnet ist von Dr. Häfele. (Zwischenruf Dr. Häfele: Aber er ist nicht gleichlautend!) Ja, auf 4,5 Millionen. (Zwischenruf Dr. Häfele: Wir haben 8 Millionen!) Gut, dann lasse ich also über den SPÖ-Antrag zunächst abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Das ist nicht die Mehrheit. Und nun kommt der Antrag der grünen Fraktion, je eine

Umweltberatungsstelle in Bregenz und Feldkirch einzurichten und dafür 4,5 Millionen Schilling einzusetzen. Über diesen Antrag ist namentlich abzustimmen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Namen der Abgeordneten, zu verlesen und bitte jeden Abgeordneten mit ja oder nein zu votieren.

Dr. Schwarz:

Aberer: nein! Dipl.-Ing.
Batlogg: nein! Dr. Bernhard:
nein! Dr. Bösch: nein!
Dörler: nein! Falschlunger:
ja! Fend: nein! Ing. Fink:
nein! Flinspach: ja! Dipl.-
Vw. Gasser: nein! Gehrer:
nein! Gorbach: nein!
Greber: nein! Dr. Häfele: ja!
Halder: nein! Holzer: nein!
Hummer: nein! Jäger: nein!
Dr. Keckeis: ja! Dr.
Kornexl: nein! Kräutler-
Berger: ja! Lampert: nein!
Langanger: ja! Dr. Mader:
nein! Elmar Mayer: ja!
Gerald Nosko: nein! Pröckl:
ja!
Dr. Purtscher: nein!
Riedmann: ja! Mag. Sternen
nein! Strohmaier: nein!
Vallaster: nein! Dr. Werber:
nein!

Präsident: Das ist also nicht die Mehrheit für den Antrag.

Ing. Fink: Im weiteren stellte im Finanzausschuß die SPÖ-Fraktion den Antrag, eine neue Haushaltsstelle zu errichten mit einem Ansatz von 400.000,- S »Beitrag an den Arbeiter-Samariterbund (ASB)«.

Präsident: Auch dazu wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. (Zwischenruf: Verwendungszusage ist gegeben!) Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Dr. Schwarz:

Aberer: nein! Dipl.-Ing.
Batlogg: nein! Dr. Bernhard:
nein!

Dr. Bösch: nein! Dörlner:
nein! Falschlunger: ja!
Fend: nein! Ing. Fink:
nein! Flinspach: ja! Dipl.-
Vw. Gasser: nein! Gehrler:
nein! Gorbach: ja!
Greber: nein! Dr. Häfele:
ja! Halder: nein! Holzer:
nein! Hummer: nein!
Jäger: nein! Dr. Kornexl:
nein! Kräutler-Berger: ja!
Lampert: nein!
Langanger: ja! Dr. Mader:
nein! Elmar Mayer: ja!
Gerald Nosko: nein!
Pröckl: ja!
Dr. Purtscher: nein!
Riedmann: ja! Salzgeber:
nein! Mag. Stemer: nein!
Strohmaier: nein!
Vallaster: nein! Dr.
Werber: nein!

Präsident: Auch das war nicht die Mehrheit. Ich bitte den Berichterstatter fortzufahren.

Ing. Fink: In der Gruppe 5 stellte im Finanzausschuß die ÖVP den Antrag, eine neue Haushaltsstelle zu errichten und zwar unter der Ansatzstelle 530004 7660 013 »Beitrag des Landes an den Rettungsfonds« und mit einem Kreditansatz von 1.000,-S zu dotieren.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Das ist die Mehrheit. Ich bitte fortzufahren.

Ing. Fink: Zur Gruppe 6: Die SPÖ stellte im Finanzausschuß den Antrag, die Ansatzstelle »Öffentlicher Nahverkehr« um 10 Millionen Schilling von 15 auf 25 Millionen Schilling zu erhöhen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Ich muß nun noch einmal zurück zur Gruppe 5, weil zur Gruppe 5 die grüne Fraktion einen Antrag gestellt hat, ein Ökologieinstitut einzurichten und für die Grundsteinlegung eine Million Schilling vorzugehen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Das ist nicht die Mehrheit. Ich bitte den Berichterstatter fortzufahren.

Ing. Fink: In der Gruppe 7 stellte die FPÖ den Antrag,

den Beitrag an das Berufsförderungsinstitut (BFI) von 380.000,-S um 570.000,-S auf 950.000,-S zu erhöhen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich das mit einem Handzeichen bekanntzugeben. Danke. Das ist nicht die Mehrheit.

Ing. Fink: Weiters stellte in der Gruppe 7 die SPÖ im Finanzausschuß den Antrag, die Sicherung der Lebensmittelnahversorgung um 400.000,-S von 1,6 Millionen Schilling auf 2 Millionen zu erhöhen und einen artverwandten Antrag, eine neue Haushaltsstelle »Beitrag für die Erstellung eines Entwicklungsplanes für die Versorgungsinfrastruktur« mit einem Ansatz von 300.000,-S einzurichten. Hier war der Finanzausschuß der Meinung, daß die Summe dieser beiden Anträge, also 700.000,-S in der Ansatzstelle 782005 7430013 einzufügen sei und zwar eine Erhöhung beider Antragssummen um 700.000,-S.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Das ist die Mehrheit.

Ing. Fink: Das sind alle in der SPÖ im Finanzausschuß gestellten Anträge.

Präsident: Damit sind alle Anträge behandelt. Nun zum Antrag der Vorlage.

Ing. Fink: Von allen eingebrachten Anträgen wurden fünf durch das Plenum jetzt angenommen und diese erhöhen den Gesamtbudgetausgaberrahmen um den Betrag von 2.701.000,-S. Im einzelnen sind die Ausgabenerhöhungen den Budgetposten 5200057330029 mit plus 500.000,-S, 5220086440006 mit plus 1.500.000,-S, 7820005 7430 013 mit plus 700.000,-S und 530004 7660 013 mit plus 1.000,-S zuzuschreiben. Ich komme daher zur Berichtigung der Präambel des Landesvoranschlags 1990, also der Beilage 4. Namens des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: »Der Voranschlag über den Landeshaushalt des Verwaltungsjahres 1990 wird mit einer Einnahmensumme von 7.710.835.000,-S anstatt 7.708.254.000,-S und mit einer Ausgabensumme von 7.780.774.000,-S statt 7.778.073.000,-S festgelegt. Unter Punkt 2 erhöht sich aufgrund der in den einzelnen Budgetgruppen durchgeführten Änderungen das Ausmaß der IO^oigen Kreditbindung von 69.819.000,-S auf S 69.939.000,-S. Das Gesamtausmaß aller Förderungsausgaben mit der finanzwirtschaftlichen Kennziffer 5 beträgt nunmehr 669.392.000,-S. Die weiteren Bestimmungen des Punktes 2 sowie der Punkte 3-12 sollen unverändert angenommen werden. Die Bedeckung der zugestimmten Mehrausgaben in Höhe von 2.701.000,— S kann wie folgt erfolgen: 1. Durch die Erhöhung der 10%igen Kreditbindung im Ausmaß von S 120.000,-. 2. Durch die Erhöhung der Voranschlagsstelle 9100058293003 »Zinsertrag für Bankguthaben« von 7 Millionen um S 2.581.000,- auf S 9.581.000,-, ergibt in Summe eine Bedeckung von

S 2.701.000,-. Dies ist mein Antrag namens des Finanzausschusses an das Plenum.

Präsident: Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag mit den dort vorgesehenen Ermächtigungen. Ich lasse über den Antrag, wie er in der Beilage 4 enthalten ist, mit den Korrekturen, die der Berichterstatter bekanntgegeben hat, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Danke. Das ist die Mehrheit. Damit ist der Voranschlag 1990 mit den erwähnten Korrekturen angenommen. Ich danke dem Herrn Berichterstatter. (Applaus) Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3